

Reutlinger Geschichtsblätter
Jahrgang 2018 · Neue Folge Nr. 57

Reutlinger Geschichtsblätter



Jahrgang 2018 · Neue Folge Nr. 57

Stadtarchiv Reutlingen
Reutlinger Geschichtsverein e.V.

Herausgeber:
Stadtarchiv Reutlingen
Reutlinger Geschichtsverein e.V.

Schriftleitung und redaktionelle Bearbeitung:
Dr. Roland Deigendesch (Stadtarchiv)

Redaktionsbeirat:
Irmtraud Betz-Wischnath, Dr. Wilhelm Borth, Dr. Heinz Alfred Gemeinhardt,
Werner Krauß, Dr. Werner Ströbele, Prof. Roland Wolf

Für Inhalt und Form der Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.
Zuschriften, Manuskripte und Besprechungen werden erbeten an:
Stadtarchiv Reutlingen (zugleich Geschäftsstelle des Geschichtsvereins),
Marktplatz 22, 72764 Reutlingen, Telefon: 0 71 21 / 3 03 23 86,
Fax: 0 71 21 / 3 03 27 58, E-Mail: stadtarchiv@reutlingen.de

Die Reutlinger Geschichtsblätter erscheinen jährlich. Sie können über den
Buchhandel und beim Reutlinger Stadtarchiv bezogen werden. Mitglieder
des Reutlinger Geschichtsvereins erhalten den jeweiligen Band gegen Entrichtung
des Jahresbeitrags.

Satz: typoscript GmbH, Walddorfhäslach
Druck: Oertel+Spörer Druck und Medien-GmbH + Co. KG, Riederich
Einband: Lachenmaier GmbH, Reutlingen

Drucktechnische Beratung und Umschlaggestaltung:
Hermann Pfeiffer, Reutlingen

Dieses Buch ist auf säure- und holzfreiem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt
und entspricht den Frankfurter Forderungen zur Verwendung alterungsbeständi-
gen Papiers für die Buchherstellung.

Grundschrift: Garamond, Papier: FocusArt Cream (90 g/m²)
Einbandstoff: EfaIn/Feinleinen

Auflage: 1000 Exemplare

Dem Regierungspräsidium Tübingen wird für einen Druckkostenzuschuss gedankt.

© 2019 Stadtarchiv Reutlingen, Reutlinger Geschichtsverein e.V.
Printed in Germany
ISSN 0486-5901

Abbildung auf Umschlag:
Kundgebung auf dem Marktplatz am 11. November 1918.
Stadtarchiv Reutlingen S 100 F Nr. 5/449

Inhalt

Vorwort	9
<i>Ewald Frie</i> Institution, Arena, Verdichtungsraum, Baustelle. Zur Bedeutung der Städte in der Weimarer Republik	11
<i>Roland Deigendesch</i> Reutlingen in den Weimarer Jahren: Krisenmanagement der jungen Demokratie am Beispiel von Wohnungspolitik und kommunalem Bauen 1919–1929	29
Studentische Beiträge	
<i>Lukas Kuhn</i> „Ohne eigentliche Störung der öffentlichen Ordnung“. Der November 1918 in Reutlingen	65
<i>Nils Marvin Schulz</i> Die Reutlinger Generalstreiks des Jahres 1920 in Zeiten der sozialen Krise: Ruhe und Ordnung oder Fortsetzung der Revolution?	91
<i>Andreas Bauer</i> Die ersten Wahlen in Reutlingen	115
<i>Gabriel Johannes Pscheidt</i> Der Reutlinger Gemeinderat im Moment der Revolution 1918	133
<i>Miriam Adler</i> Feiern zum Schutz der Republik. Die Begehung des Verfassungstages am 11. August in Reutlingen	153
<i>Elena Müller</i> Demokratisches Gedenken: Die Erinnerung an Matthias Erzbinger in Reutlingen	175
<i>Jonathan Mall</i> Das Unglück vor der Tür und die Taube auf dem Dach – zur evangelischen Kirche in Reutlingen in der unmittelbaren Nachkriegs- und Revolutionszeit	201

<i>Bernhard Madel</i>	
Fußmarsch, Finanzprobleme und Taktverkehr – Die Straßenbahn in Reutlingen und Umgebung 1918–1932	233
<i>Silke Knappenberger-Jans</i>	
Hochverrat oder versuchte Abwehr der Nazis? Ein Reutlinger Kriminalfall Mitte der 1920er Jahre	281
<i>Christopher Dowe</i>	
Unverhofft Vizekanzler in der Endphase des Ersten Weltkriegs. Der Reutlinger Ehrenbürger Friedrich von Payer (1847–1931)	369
<i>Marco Birn</i>	
Adolf Kommerell (1866–1931). Der erste Reutlinger Landrat in einer „neu angebrochenen Zeit“	399
<i>Wilhelm Borth</i>	
Reutlinger Reformationsgedenken im 19. Jahrhundert und die Säkularfeiern von 1917 und 1924 in ihrem zeitgeschichtlichen Zusammenhang	409
<i>Reinhard Hirth</i>	
Johann Christoph Hermann. Auf den Spuren eines vergessenen Malers der Barockzeit aus Reutlingen	441
Buchbesprechungen (siehe die folgende Übersicht)	458
Abkürzungen	477
Autoren und Rezensenten	478
Abbildungsnachweise	480

Buchbesprechungen

- Die Reformation in Württemberg. Freiheit – Wahrheit – Evangelium, hrsg. vom Landesarchiv Baden-Württemberg. 2 Bde., 2017 (W. Borth)
- Armee im Untergang. Württemberg und der Feldzug Napoleons gegen Russland 1812, hrsg. von Wolfgang Mährle und Nicole Bickhoff, 2017 (S. Knödler)
- Gustav Landauer: Briefe und Tagebücher 1884–1900, hrsg. von Christoph Knüppel. 2 Bde., 2017 (S. Knödler)
- Rose Hajdu, Dietrich Heißenbüttel: Theodor Fischer. Architektur der Stuttgarter Jahre, 2018 (G. Kronberger)
- Mut bewiesen. Widerstandsbiographien aus dem Südwesten, hrsg. von Angela Borgstedt, Sibylle Thelen und Reinhold Weber (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 46), 2017 (I. Opfermann)
- Sarah Kleinmann: Nationalsozialistische Täterinnen und Täter in Ausstellungen. Eine Analyse in Deutschland und Österreich, 2017 (J. Constantin)
- Landesstelle für Museumsbetreuung Baden-Württemberg und Arbeitsgemeinschaft der Freilichtmuseen in Baden-Württemberg (Hrsg.): Anders. Anders? Ausgrenzung und Integration auf dem Land, 2018 (W. Alber)
- Hohenzollern – Burg, Adelshaus, Land, hrsg. und bearb. von Volker Trugenberger, 2017 (R. Deigendesch)
- Waltraut Pustal: Historische Wasserwirtschaft der Echaz in Pfullingen (Beiträge zur Pfullinger Geschichte, Bd. 19), 2018 (W. Konold)

Vorwort

Der Jahresband 2018 der Reutlinger Geschichtsblätter steht ganz im Zeichen des großen demokratiegeschichtlichen Aufbruchs, der sich mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Sturz der Monarchie in Deutschland vor 100 Jahren verbindet. Anders als das vier Jahre währende Frontgeschehen hatten „Novemberrevolution“ und der Beginn der Weimarer Jahre ihren Schauplatz ganz konkret in den Städten. Hier mussten, nach der Durchsetzung einer parlamentarischen Regierungsform im Reich und im Land, politische und gesellschaftliche Spielregeln angewandt und erprobt werden, hier spielte sich zu einem nicht geringen Teil das Ringen um die neue Ordnung ab.

Reutlingen erlebte die Novemberrevolution scheinbar „ohne eigentliche Störung der öffentlichen Ordnung“, wie Lukas Kuhn seinen näheren Blick auf diese Tage in der Stadt betitelt. Und doch ist gerade in Reutlingen sehr gut zu beobachten, wie sich die Verantwortlichen und die Stadtgesellschaft insgesamt auf die neuen demokratischen Spielregeln einließen und – bei allen widerstreitenden Interessen und trotz vielfältiger akuter Notlagen – die Chancen der ersten wirklichen Demokratie auf deutschem Boden auf vielen Feldern – Sozialfürsorge, Wohnungsbau, Partizipation – ergriffen.

Dankenswerterweise hat sich 2017 eine Gruppe von Tübinger Studenten am Seminar für Neuere Geschichte unter der Anleitung Professor Ewald Fries auf demokratiegeschichtliche Spurensuche in Reutlingen gemacht. In diesem Band werden die Erträge dieses Seminars zu den ersten Wahlen, zu Ausformungen eines neuen demokratischen Bewusstseins, aber auch zu Konfliktpotenzialen in den Milieus von Arbeitern und Kirche zusammengetragen, ergänzt durch den Essay Ewald Fries über die Stadt als „Institution, Arena, Verdichtungsraum, Baustelle“ in Weimarer Zeit.

Zu diesen studentischen Beiträgen gesellt sich die Studie Bernhard Madels zur Reutlinger Straßenbahn als Beispiel für die beachtliche Entwicklung kommunaler Infrastruktur in diesen Jahren, außerdem eine nachgerade atemberaubende Episode aus der Feder von Silke Knappenberger-Jans, die im Berliner Bundesarchiv auf umfangreiche Akten eines Hochverratsprozesses gegen Reutlinger Kommunisten im Jahr 1925 gestoßen ist. Schließlich werfen Lebensbilder des liberalen Politikers und Reutlinger Ehrenbürgers Friedrich Payer (Christopher Dowe) und Adolf Kommerells, Reutlingens erstem Landrat in dieser „neu angebrochenen Zeit“ (Marco Birn), ein Licht

auf Haltungen und Handlungsspielräume zwischen Kaiserreich und Demokratie.

Zu dem Themenschwerpunkt Weimar fügt sich der Abschluss der im Vorjahresband begonnenen Arbeit Wilhelm Borths über das Reformationsgedenken in Reutlingen bis ins Jahr 1924, dem Gedenkjahr des Reutlinger Markteides, der auf eindrucksvolle Weise und selbstbewusst vor der Kulisse dieser „neuen Zeit“ interpretiert wurde.

Außerhalb des Themas kommt das überarbeitete Vortragsmanuskript von Reinhard Hirth aus Bietigheim zum Abdruck, der sich ausgehend von seiner Heimatkirche in Bissingen mit dem wenig bekannten Reutlinger Barockmaler Johann Christoph Hermann befasst. Wie immer schließt ein Blick auf neu erschienene regional- und landesgeschichtliche Literatur den Band ab, dem eine breite und interessierte Leserschaft zu wünschen ist.

Reutlingen, im April 2019

Roland Deigendesch

Institution, Arena, Verdichtungsraum, Baustelle. Zur Bedeutung der Städte in der Weimarer Republik

Ewald Frie

Die Weimarer Republik war das erste zumindest mittelfristig überlebende demokratische Staatswesen auf deutschem Boden. Seine Geschichte wird häufig aus der Perspektive des Reiches und Berlins erzählt: der revolutionäre Übergang am 9. November, der Spartakusaufstand und die Reichstagswahlen im Januar 1919, das Ringen um den Versailler Vertrag und die Verfassungsausarbeitung, Reichspräsident Ebert und sein Nachfolger Hindenburg, Ruhrbesetzung und Hyperinflation im Krisenjahr 1923, die relative Stabilisierung und die Berliner Kulturblüte, der Börsencrash 1929, die Weltwirtschaftskrise und das Zerbrechen der letzten parlamentarisch gestützten Regierung unter Hermann Müller 1930, die immer rascher wechselnden Präsidialkabinette Brüning, von Papen und von Schleicher, schließlich die Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933, der Fackelzug der SA durchs Brandenburger Tor, der Reichstagsbrand, das Ermächtigungsgesetz, das Ende der Parteien und der Tod Hindenburgs. Neben der Forschung zum Reich gibt es natürlich Arbeiten zu den Bundesstaaten: Preußen als Stabilitätsanker der Demokratie; Bayern, das sich Anfang der 1920er Jahre weit nach rechts entwickelte; das linksrepublikanische Sachsen; Hannover, Württemberg, Baden usw. Es gibt Untersuchungen zu Personen und Personengruppen, zu Parteien und Bewegungen. Alles das ist richtig und gut so.

Zum einhundertjährigen Jubiläum von Kriegsende und Revolution entstehen nun eine Reihe von Ausstellungen und Texten, die das lokale Erleben ins Zentrum stellen.¹ Sie können an Darstellungen zu einzelnen Städten und Dörfern anknüpfen, die oft geprägt sind vom Wunsch nach lokaler Selbstvergewisserung in Zeiten des Wandels oder nach Aufarbeitung einer schwierigen und streitigen Vergangenheit. Hieran möchte der folgende Essay anknüpfen. Denn Geschichte wird lokal und situational erlebt. Aus der Verwebung von lokalen und situationalen Erfahrungen entsteht einerseits der tragfähige

¹ Vgl. Ewald Frie: 100 Jahre 1918/19. Offene Zukünfte, in: Zeithistorische Forschungen 15 (2018), S. 98–114; Klaus Weinbauer; Anthony McElligott; Kirsten Heinsohn: Introduction. In Search of the German Revolution, in: Germany 1916–1923. A Revolution in Context, hrsg. von dens., Bielefeld 2015, S. 7–35.

Boden regionaler und nationaler Geschichten.² Andererseits müssen nationale und regionale Ereignisse, Gesetze und Initiativen vor Ort kleingearbeitet und in die Praxis überführt werden. Für die Weimarer Republik kommt hinzu, dass die nationale Politik im sozialen und ökonomischen Bereich oft städtische Vorerfahrungen nutzte und Städte wiederum zu Orten des Praxistests für neue Gesetze und Ideen wurden. Insofern gilt gerade für die Weimarer Republik, dass „Lokalgeschichte als allgemeine Geschichte“³ verstanden werden kann und sollte. Kommunen waren, so soll im Folgenden gezeigt werden, während der Weimarer Republik in mehrfacher Weise Orte, an denen sich Demokratie ereignete und entschied: als demokratische Institutionen, als Arenen des Konfliktaustrags, als Schauplätze für die Probleme der Zeit und als Baustellen des neuen Staatswesens.

1. Institution

Zu Beginn der Weimarer Republik blickten die Städte auf eine längere Geschichte des Zusammenwirkens mit regionalen und nationalen Ebenen zurück. Unabhängig von ihrer vorherrschenden Funktion als Residenz-, Verwaltungs-, Universitäts-, Handels-, Industrie- oder Multifunktionsstadt waren die deutschen Kommunen im Zuge der Ausbildung von Staatlichkeit Teil eines übergreifenden Institutionengefüges geworden. In ihnen und durch sie wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts in immer stärkerem Maße Staatlichkeit exekutiert, ausgehandelt und erfahren. Dabei sind mit dem Ausgreifen von Staatlichkeit die Aufgaben der Städte allmählich erweitert, spezifiziert und normiert worden. Dieser Prozess verlief weder einheitlich noch gleichmäßig. Es gab Unterschiede zwischen verschiedenen Einzelstaaten, zwischen Wirtschaftsregionen und Stadttypen. Um einen Überblick zu gewinnen, sind dennoch verschiedene Periodisierungsvorschläge gemacht worden. Wolfgang R. Krabbe hat die deutsche Stadtgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts in drei Phasen unterteilt:⁴

1. Vorbereitung (1800–1870), „in der sich die rechtlichen, ökonomischen und sozialen Grundlagen des modernen Städtewesens ausbildeten“,

² Literaturnahe Verwebungsgeschichten erzählen Volker Weidermann: *Träumer*. Als die Dichter die Macht übernahmen, Köln 2017; Daniel Schönplüg: *Kometenjahre*. 1918: *Die Welt im Aufbruch*, Frankfurt/M. 2017.

³ Das Zitat im Titel der bahnbrechenden Studie von Hans Medick: *Weben und Überleben in Laichingen 1650–1900. Lokalgeschichte als Allgemeine Geschichte* (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 126), Göttingen 1996. Zum hier gewählten Ansatz vgl. John Bingham: *Weimar Cities. The Challenge of Urban Modernity in Germany, 1919–1933*, London–New York 2014.

⁴ Wolfgang R. Krabbe: *Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Einführung*, Göttingen 1989, S. 177.

2. Blüte (1870–1920), „in der die deutsche Gesellschaft eine verstädterte Industriegesellschaft wurde, in der die städtische Selbstverwaltung ihre höchste politische Potenz erreichte und in der sich die heutige städtische Infrastruktur entfaltete“,
3. Defensive (nach 1920), „in der das Gewicht der Städte und ihrer kommunalen Selbstverwaltung gegenüber dem wachsenden Übergewicht des Interventionsstaates wellenförmig sank“.

Die skeptische Bewertung der 1920er Jahre begründet Krabbe mit der Stärkung des Zentralstaats nach der Revolution, als deren wichtigster Ausdruck die Erzbergersche Finanzreform von 1920 gilt. Sie wird als finanzpolitische Großtat gewertet, weil sie das Reich gegenüber den Ländern steuertechnisch verselbstständigte und so die politische Gestaltungskraft der Weimarer Republik in schwierigen Zeiten vergrößert hat. Die Kommunen aber beklagten den Verlust ihrer Steuerautonomie und die wachsende Gängelung durch Reich und Land. Viele von ihnen verloren während der Hyperinflation die Erträge eines reichen bürgerschaftlichen Stiftungswesens, das weite Bereiche des Armenwesens und der Kulturförderung finanziert hatte.⁵ Sie standen überdies unter dem Eindruck der zehnjährigen Dauerkrise 1914–1924, in der ihre Gestaltungsfähigkeit angesichts allgemeiner Not und politischer wie finanzieller Hektik gegenüber den politisch wie finanziell vergleichsweise ruhigen und wirtschaftlich prosperierenden Jahren des späten Kaiserreichs stark abgenommen hatte. Von einer „Krise der Selbstverwaltung“⁶ wurde gesprochen.

In diesen Klagen schwang allerdings auch die Skepsis der städtischen Verwaltungen und ihrer Spitzenbeamten gegenüber der Demokratisierung der Kommunalparlamente mit. Viele blickten nostalgisch verklärend zurück auf die aufgrund ungleicher Wahlrechte bürgerlich-liberal und oft von Hausbesitzern geprägten Stadtverordnetenversammlungen und Räte des Kaiserreichs. Mit diesen eher Eliten- als Volksvertretern war eine Verständigung aufgrund geteilter Werte und Interessen vergleichsweise leicht gewesen. Nun aber brachten Sozialdemokraten, Kommunisten und mancherorts linke Zentrums-politiker ganz neue Positionen in die städtische Politik ein. Eine durchgreifende Demokratisierung der Beamenschaft unterblieb hingegen. Wie in

⁵ Vgl. Holger Starke: *Wirtschaft und Verkehr*, in: *Geschichte der Stadt Dresden*, Bd. 3: *Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart*, hrsg. von Holger Starke, Stuttgart 2006, S. 284–297, hier S. 292; Reinhard Tietzen: *Vom Weltkrieg bis zur Behauptung der Republik*, in: *Nürtingen 1918–1950. Weimarer Republik – Nationalsozialismus – Nachkriegszeit*, hrsg. von Petra Garski-Hoffmann u. a., Nürtingen–Frickhausen 2011, S. 13–50, hier S. 49. Grundlegend: Wilfried Rudloff: *Die Wohlfahrtsstadt. Kommunale Ernährungs-, Fürsorge- und Wohnungspolitik am Beispiel Münchens 1910–1933*, Göttingen 1998.

⁶ Vgl. Jürgen Reulecke: *Geschichte der Urbanisierung in Deutschland*, Frankfurt/M. 1985, S. 151.

Reich und Ländern wurde die Notwendigkeit der Kontinuität der Verwaltung nicht in Zweifel gezogen.⁷ Arbeiter- und Soldatenräte kontrollierten Verwaltungen, sie ersetzten sie nicht. Die allermeisten Oberbürgermeister blieben im Amt, beteiligten aber im Winter 1918/19 „vor wichtigen Entscheidungen aus Gründen der Selbsterhaltung die lokalen Arbeiter- und Soldatenräte am kommunalpolitischen Willensbildungsprozeß“.⁸ Der altgediente und etablierte Sozialdemokrat Robert Leinert, in Hannover am 13. November 1918 zum Oberbürgermeister gewählt, blieb „der einzige Sozialdemokrat, der unmittelbar im Ergebnis der November-Revolution Oberbürgermeister einer preußischen Großstadt werden konnte“.⁹ Weil die Revolution nicht auf die Verwaltungsapparate ausgriff, konnten diese überhaupt nur über lästige Parlamentarier, knappes Geld und unnötige Neuerungen klagen.

In der Sache war die Bilanz nicht so eindeutig. Zahlreiche Infrastrukturelemente, die großenteils noch heute im Stadtbild sichtbar sind (Theater, Schwimmbäder, Straßen, Schienen, sozialer Wohnungsbau), wurden in den 1920er Jahren geschaffen oder entscheidend fortentwickelt. Gerade die neuen politischen Gruppen in den städtischen Parlamenten wollten die moderne, soziale wie rationale Stadt schaffen. Das konnte den Spielraum gestaltungswilliger Stadtoberhäupter auch ausweiten. Nicht zufällig gab es Ende der 1920er Jahre eine nun wieder aus dem rechten politischen Spektrum befeuerte öffentliche Debatte über die schnell wachsende städtische Verschuldung. Hatten die Städte zur Befriedigung neuer Wählerschichten und Pressure-Groups über ihre Verhältnisse gelebt?

Anstatt in die Klagen zahlreicher kommunaler Spitzenvertreter über das abnehmende Gewicht der Städte einzustimmen, sollte die kommunale Politik der 1920er Jahre unter Berücksichtigung von Aufgabenfeldern und Zukunftsvisionen in die Kontinuität des späten Kaiserreichs gestellt werden. Weil in den Verwaltungen kein Elitenaustausch stattfand, reagierten die Verwaltungen zwar auf den neuen Druck der politischen Linken in den Kommunalparlamenten wie auf die wachsende Not im Mangel- und Inflationsjahrzehnt 1914–1924. Doch sie taten dies auf der Grundlage und in den Bahnen der Leitbilder und Lösungsmodelle kommunaler Sozial-, Wirtschafts- und Kulturpolitik des späten Kaiserreichs. Detlev Peukert hat die Weimarer Republik als „Krisenzeit der klassischen Moderne“ bezeichnet und damit den Zusammen-

⁷ Vgl. Ulrich Herbert: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 179–181; Andreas Wirsching: *Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft*, München 2000, S. 5–8.

⁸ Hermann Beckstein: *Städtische Interessenpolitik. Organisation und Politik der Städtetage in Bayern, Preußen und im Deutschen Reich 1896–1923*, Düsseldorf 1991, S. 330.

⁹ Klaus Mlynek: *Hannover in der Weimarer Republik und unter dem Nationalsozialismus 1918–1945*, in: *Geschichte der Stadt Hannover*, Bd. 2: *Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart*, hrsg. von Klaus Mlynek; Waldemar R. Röhrbein, Hannover 1994, S. 405–577, hier S. 419.

hang des halben Jahrhunderts 1880–1930 betont.¹⁰ Auf der Ebene der Institutionen und der in ihnen gespeicherten Strukturen, Sinnhorizonte und Handlungsmöglichkeiten erscheint dieser Vorschlag angesichts der Kontinuitäten über die Revolution 1918/19 hinweg und angesichts des Ausbaus von Infrastruktur und Wohnungswesen nach wie vor plausibel. Insofern kann auch die Weimarer Zeit noch zur Blütezeit der Stadtgeschichte im Sinne Krabbes gerechnet werden. Erst Weltwirtschaftskrise und die Machtübertragung an die Nationalsozialisten änderten hier Grundsätzliches.

2. Arena

Städte sind Orte der Begegnung, des Beobachtens, des Agierens, der Interaktion und der Aushandlung. Hierfür stellt die Stadt Arenen¹¹ bereit: das städtische Parlament mit seinen Ausschüssen, aber auch die öffentlichen Straßen und Plätze, die Wirtshäuser und Vereinslokale. Im öffentlichen Raum der Städte hatte die Revolution 1918/19 ihren Ort. Bilder von Demonstrationen mit roten Fahnen und Reden auf (Markt-)Plätzen und von Rathausbalkonen fehlen in keiner Dokumentation der Revolution. Die Revolution begann nicht in der Hauptstadt und endete auch nicht dort. Sie begann Ende Oktober als Revolte der Kieler Matrosen gegen das militärisch sinnlose Auslaufen der Hochseeflotte. Seit dem 3. November pflanzte sich der Aufruhr von Stadt zu Stadt fort. Am 9. November erreichte die Bewegung Berlin.¹²

Jede Stadt hat daher ihre eigene Revolutionsgeschichte.¹³ In Dresden nahm die Stadtverordnetenversammlung am 8. November mehrere Sozialdemokraten in den Verfassungsausschuss auf, wohl um der anlaufenden revolutionären Bewegung die Spitze zu nehmen. Dennoch gab es am gleichen Abend eine Soldatendemonstration, wurden Festungsgefängnis und Kasernen geöffnet, ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Am 9.11. entstanden

¹⁰ Detlev J. K. Peukert: *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt/M. 1987. Den Zusammenhang über den Ersten Weltkrieg hinweg betont auch Friedrich Lenger: *Zur Einführung*, in: *Kollektive Gewalt in der Stadt. Europa 1890–1939*, hrsg. von Friedrich Lenger, München 2013, S. IX–XV.

¹¹ Zum Begriff: Karsten Holste; Dietlind Hüchtker; Michael G. Müller: *Aufsteigen und Obenbleiben in europäischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts. Akteure – Arenen – Aushandlungsprozesse*, in dem von dens. hrsg. gleichlautenden Band, Berlin 2009, S. 9–19.

¹² Vgl. Volker Stalman: *Die Wiederentdeckung der Revolution von 1918/19. Forschungsstand und Forschungsperspektiven*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 64 (2016), S. 521–541.

¹³ Vgl. Nils Freytag: *Steckengeblieben – vernachlässigt – vergessen. Neuerscheinungen zur Revolution 1918/19*, in: *Sehepunkte* 13 (2013) Nr. 3 [<http://www.sehepunkte.de/2013/03/21766.html>] [15.03.2013]; Peter Keller: *Ruhe und Ordnung in Ostfriesland? Ein Beitrag zur Geschichte des ‚Anti-Chaos-Reflexes‘ nach dem Ersten Weltkrieg*, in: *Ostfriesland im Ersten Weltkrieg*, hrsg. von Michael Hermann; Paul Weßels, Aurich 2014, S. 335–350.

zwei neue Arbeiter- und Soldatenräte, einer mehrheitssozialdemokratisch und einer von der USPD und dem Internationalen Bund der Kommunisten geführt. Die Räte vereinigten sich am 10.11., am 16.11. zog sich die radikale Linke wieder zurück. Am 23.11. bildete sich ein Dresdner Bürgerrat, der zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zur Schaffung einer Nationalversammlung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zusammenarbeiten wollte. Der Arbeiter- und Soldatenrat selbst wurde am 24.11. neu gewählt: 47 Mitglieder bekannten sich zur Mehrheitssozialdemokratie, 3 zur USPD. Zwischendurch hatte der sächsische König erklärt, auf den Thron verzichten zu wollen. Besonderes Interesse fand das nicht. Keine Hand rührte sich, die alte Ordnung zu verteidigen. Die Revolution konnte daher bis Ende November weitgehend gewaltlos bleiben.¹⁴

In Mannheim konstituierte sich am 9. November ein Arbeiter- und Soldatenrat, ergriff die Vollzugsgewalt und besetzte die öffentlichen Gebäude und den Hauptbahnhof. Oberbürgermeister Kutzer rief einen Wohlfahrtsausschuss ins Leben, um die Bewegung zu kanalisieren. Obwohl dieser Ausschuss bei Mehrheitssozialdemokraten durchaus Interesse fand, konnte er sich gegen den seit dem 10. November aus MSPD- und USPD-Mitgliedern paritätisch zusammengesetzten Arbeiter- und Soldatenrat nicht durchsetzen und schief ein. Doch das musste Kutzer nicht grämen. Der Rat „begnügte sich mit der allgemeinen Kontrolle der behördlichen Maßnahmen und nahm im Lauf des November Angestellten- und Beamtenvertreter auf.“¹⁵ Gegenseitiges Vertrauen von Verwaltung und SPD, gestützt auf die Erfahrung langjähriger Zusammenarbeit, scheint für eine Art verwaltungskompatible Revolution gesorgt zu haben.

Hunderte solcher Revolutionsgeschichten haben stattgefunden zwischen Kiel und München, zwischen Aachen und Königsberg. Ähnlichkeiten zeichnen sich ab: Räte waren die Organisationsform der Revolution. Sie handelten ebenso spontan wie zielgerichtet: sie übernahmen die Kontrolle, besetzten öffentliche Plätze und Kasernen, suchten Anschluss an die Arbeiterparteien. Nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen in Kiel Ende Oktober stießen die Revolutionäre in den anderen Städten nicht auf Widerstand. Das Kaiserreich implodierte. Die Räte übernahmen daher sofort Verantwortung, und vor dem Hintergrund einerseits der nach Deutschland zurückkehrenden Truppen und andererseits der beunruhigenden Nachrichten aus dem revolu-

¹⁴ Mike Schmeitzner: Dresden in der Novemberrevolution, in: Geschichte der Stadt Dresden, Bd. 3: Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart, hrsg. von Holger Starke, Stuttgart 2006, S. 252–259. Ein Überblick zu Sachsen insgesamt, der den „erstaunlich ruhig[en] und friedlich[en]“ Verlauf der Revolution notiert, bei Claus-Christian W. Szejnmann: Vom Traum zum Alptraum. Sachsen in der Weimarer Republik, Leipzig 2000, S. 14–21, das Zitat S. 20.

¹⁵ Christoph Popp: 1918–1933 Die Weimarer Republik, in: Geschichte der Stadt Mannheim, Bd. III: 1914–2007, hrsg. von Ulrich Nieß; Michael Caroli, Heidelberg u. a. 2009, S. 50–223, hier S. 54.

tionären Russland taten sie das mit dem doppelten Ziel, die soziale und demokratische Republik zu befördern, ohne Ruhe und Ordnung zu gefährden. Die alten Gewalten schienen ja bereits besiegt. Und die radikale Linke hatte in der Rätebewegung keine Chance. Russland war für die Allermeisten Schreckbild, nicht Vorbild. Die Räte verstanden sich „als Übergangsglieder für die Zeit des Machtvakuum, weniger als Klassenorgane der Arbeiterschaft; sie stimmten in übergroßer Zahl für die baldige Einberufung einer Nationalversammlung, um ihr die Macht, die sie treuhänderisch übernommen hatten, rückübertragen zu können.“¹⁶

Umgekehrt bildeten an vielen Orten die Bürger und Bauern ihrerseits Räte, um mit den Arbeiter- und Soldatenräten ins Geschäft zu kommen. Sie konnten dabei an ständische, Genossenschafts-, Vereins- und Parteiideale anknüpfen. In Freiburg nahm der Arbeiter- und Soldatenrat am 14.11. je einen Vertreter der christlichen Gewerkschaften, des demokratischen Bürgertums und der an der Universität lehrenden Nationalökonominnen auf und benannte sich in „Volksrat“ um.¹⁷ In Erfurt hingegen lehnte der am 20.11. gebildete Bürgerrat Mitte Dezember die Zusammenarbeit mit dem Arbeiter- und Soldatenrat ab, nachdem ihm nur drei von 72 Sitzen im Rat angeboten worden waren.¹⁸ Auch in Greifswald kam eine Zusammenarbeit zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und den Ende November, Anfang Dezember gebildeten Räten der Beamten, Kaufleute, Handwerker, Angestellten und Bauern nicht zustande. Die bürgerlichen Räte schlossen sich Ende Dezember zu einem Bürgerrat zusammen. Am Neujahrstag gab es eine vom Arbeiter- und Soldatenrat organisierte Demonstration gegen den Bürgerrat.¹⁹ Doch das war nicht mehr so wichtig, weil nun die Entwicklung hin zur Nationalversammlung Fahrt aufnahm.

Unglücklicherweise hat die mehrheitssozialdemokratische Führung in Berlin um Friedrich Ebert die Macht der Räte nicht zur Stabilisierung ihrer Macht genutzt. Geplagt von der Furcht vor einem zweiten Russland, wo die bolschewistische Revolution gerade in Hunger und Gewalt unterzugehen drohte, geprägt von jahrzehntelangen Kämpfen um allmähliche Mitbestimmung der Arbeiterschaft in einem sich allmählich demokratisierenden Land,

¹⁶ Gunther Mai: *Die Weimarer Republik*, München 2009, S. 22–23. Vgl. P. Keller (wie Anm. 13).

¹⁷ Heiko Haumann; Hans-Georg Merz; Thomas Schnabel: *Kartoffelbrot, Soldatenräte und Arbeitskämpfe. Erster Weltkrieg, Revolution, Stabilisierung (1914–1929)*, in: *Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau*, Bd. 3: *Von der badischen Herrschaft bis in die Gegenwart*, hrsg. von Heiko Haumann; Hans Schadek, Stuttgart 1992, S. 255–296, hier S. 269.

¹⁸ Vgl. Steffen Raßloff: *Bürgerkrieg und Goldene Zwanziger. Erfurt in der Weimarer Republik*, Erfurt 2008, S. 43.

¹⁹ Joachim Mai: *Die Jahre der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur*, in: *Greifswald. Geschichte der Stadt*, hrsg. von Horst Wernicke, Schwerin 2000, S. 121–140, hier S. 122.

beindruckt von dem Unterschied zwischen den vor- und frühindustriellen Revolutionen des 19. Jahrhunderts und dem hochanfälligen Industriestaat Deutschland erlagen Ebert und seine Parteifreunde einem „Anti-Chaos-Reflex“ (Löwenthal). Angesichts der rasend erfolgreichen Revolution hielten sie die alten Mächte für besiegt und glaubten sich auf die Loyalitätsbekundungen von Armee und Bürokratie verlassen zu können. Nur ein Höchstmaß an Kontinuität würde das Land retten können. Für sozialistische und Räteexperimente sei nicht die richtige Zeit. Das wiederum trieb einen Keil zwischen die gerade erst wieder vereinten Mehrheitssozialdemokraten und Linkssozialisten. Ende Dezember gab es in Berlin die ersten Toten. Sie waren das Ergebnis nicht der Konfrontation zwischen Revolution und alten Gewalten, sondern der Konfrontation zwischen radikalen und gemäßigten Revolutionären, Letztere überhaupt nur gewaltfähig aufgrund ihrer Kollaboration mit den alten Gewalten. Der Rat der Volksbeauftragten um Ebert befand sich, nachdem er sich nicht auf die Räte hatte stützen wollen, „sicherheitspolitisch vollständig in der Hand der alten Kräfte, d. h. der O[bersten] H[eer]e[re]s]L[eitung] und der seit Anfang Januar 1919 gebildeten Freikorps.“²⁰

Verquere militärische Fronten und erste Gewaltaktionen prägten den Winter 1918/19. Mehr Hoffnung machten neu-alte politische Koalitionen. Die Wahlen zur Nationalversammlung gewannen die Kräfte, die seit der zweiten Hälfte des Krieges auf Verständigungsfrieden und Demokratisierung hingearbeitet hatten: Mehrheitssozialdemokraten, katholisches Zentrum und linksliberale DDP erreichten gemeinsam eine Dreiviertelmehrheit. Auf der Grundlage dieser „Weimarer Koalition“ ließ sich eine Verfassung bauen.

Auf lokaler Ebene sahen die Konstellationen allerdings regelmäßig anders aus. Weil das Zentrum nur in katholischen Gegenden Erfolg hatte, mussten in protestantischen Regionen meistens Liberale und Sozialdemokraten ohne das Zentrum auskommen, während in katholischen Regionen das Zentrum oft die beiden anderen Parteien majorisierte. Das führte im kommunalpolitischen Alltag zu Konstellationen, in denen an die Stelle der Weimarer Koalition die Konfrontation zwischen Weltanschauungen trat. Im Kern nämlich beruhte die Weimarer Koalition auf der Bereitschaft der drei politischen Lager (Sozialisten, Bürgerlich-Nationale und Katholiken) zur Zusammenarbeit. Die aber war fragil, weil das deutsche Parteiensystem aufgrund langjähriger Gewohnheit während des Kaiserreichs eher weltanschauliche Reinheit als die Bereitschaft zum Kompromiss honorierte.²¹ Das konnte zu einem koalitionsfeindlich wirkenden Überbietungswettbewerb in Sachen reiner Lehre führen. Beobachtbar ist dies in den Städten, in denen die USPD entweder seit der Spaltung 1917 oder aufgrund der direkten Nachkriegserfahrung stärker war als die Mehrheitssozialdemokratie. In Leipzig beispielsweise, aber auch im

²⁰ A. Wirsching (wie Anm. 7), S. 8.

²¹ Ebd., S. 19–20.

württembergischen Nürtingen prägten sich aufgrund der Radikalität der Linken wie der Rechten während der gesamten Weimarer Republik die Gegensätze zwischen bürgerlichem und proletarischem Lager scharf aus. Kommunen lösten das Problem letztlich durch eine ausgabenfreundliche Politik, die Ende der 1920er Jahre vor fast unlösbaren finanziellen Schwierigkeiten stand.²² Wesentlich häufiger als im sozialistischen trat die weltanschauliche Überbietungskonkurrenz im bürgerlich-nationalen Lager auf. Hier wurde die linksliberale DDP mehr und mehr von konservativeren, ja antirepublikanischen und antidemokratischen Kräften sowie reinen Interessenparteien beiseite gedrückt.

3. Verdichtungsraum

Um die weitere Entwicklung in den politischen Arenen verstehen zu können, müssen wir die Städte als Verdichtungsräume²³ zeittypischer Problemlagen analysieren. Wir erwähnen nur im Vorbeigehen die Katastrophen, die es auch während der 1920er Jahre in einem uns Menschen des frühen 21. Jahrhunderts erschreckenden Ausmaß gegeben hat. Grubenunglücke begleiteten die 1920er Jahre wie all die Jahrzehnte seit der Industrialisierung des Bergbaus zuvor; allein 1925 kamen in Dortmund bei einer Schlagwetterexplosion in der Zeche Minister Stein und einer Sprengstoff- und Kohlenstaubexplosion in der Zeche Dorstfeld knapp 200 Bergleute ums Leben.²⁴ Im Ludwigshafener Stadtteil Oppau explodierten am 21. September 1921 4000 Tonnen Ammoniumsulfatsalpeter in einem Stickstoffwerk der BASF. Es entstand ein Krater von der Größe eines Fußballfeldes mit bis zu 19 Meter Tiefe. 521 Tote und 1952 Verletzte sowie mehr als 7000 Obdachlose waren beim „bis zu jenem Zeitpunkt furchtbarsten Explosionsunglück der Weltgeschichte“²⁵ zu beklagen.

Stärker als diese Extremereignisse wirkte auf die politische Kultur der Weimarer Republik die alltägliche politische Gewalt. Die Revolution war überraschend friedlich verlaufen und im Spätherbst hofften auch Bürgerliche im Einklang mit gemäßigten Revolutionären auf eine neue Zeit.²⁶ Dann aber

²² Paul Brandmann: *Leipzig zwischen Klassenkampf und Sozialreform. Kommunale Wohlfahrtspolitik zwischen 1890 und 1929*, Köln–Weimar–Wien 1998; R. Tietzen (wie Anm. 5).

²³ Nicht stadtgeographisch, sondern eher metaphorisch-historisch gemeint, vgl. etwa Kathrin Krogner-Kornalik: *Tod in der Stadt. Religion, Alltag und Festkultur in Krakau, 1869–1914*, Göttingen 2015, S. 17–26.

²⁴ Zusammenstellung der Unglücke bei Evelyn Kroker; Michael Farrenkopf: *Grubenunglücke im deutschsprachigen Raum. Katalog der Bergwerke, Opfer, Ursachen und Quellen*, Bochum 1998.

²⁵ C. Popp (wie Anm. 15), S. 64.

²⁶ Vgl. K. Weinbauer u. a. (wie Anm. 1), S. 19.

kam es im ersten Halbjahr 1919 zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen.²⁷ Die Parteien der Weimarer Koalition, entschlossen, ihren verfassungsmäßigen Weg zu verteidigen, setzten Militär und Freikorps gegen streikende Arbeiter ein, die die Revolution weitertreiben und eine Sozialisierung mindestens der Bergwerke erreichen wollten. Verschiedene Städte wurden daraufhin in verschiedener Weise zu Verdichtungsräumen der Gewalt. In Witten im Ruhrgebiet forderten Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Streikenden am 24. und 25. März 1919 elf Tote und zahlreiche Verwundete. In Berlin kamen bei Kämpfen rund um große Streiks im März 1919 mindestens 1200 Menschen ums Leben. In München starben in den Kämpfen um die Räterepublik Anfang Mai 1919 mehr als 600 Menschen.²⁸ Nur 38 von ihnen gehörten den Regierungstruppen an – Militärs und Freikorps würden in den nächsten Jahren noch häufiger die Gelegenheit eines Kampfauftrags der Regierung nutzen, um ein Blutbad unter linksradikalen Arbeitern anzurichten.

Die Streiks und Aufstandsversuche der Jahre 1919–1924 blieben regional. Doch die Gewalterfahrungen waren erstaunlich weit verbreitet. Bekannt sind neben den großen Streiks der ersten Monate des Jahres 1919 die Unruhen rund um den Kapp-Putsch 1920 mit Schwerpunkten im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland mit mehreren Tausend Toten. Doch auch in beschaulicheren Orten kam es zu politischer Gewalt. Weit über die unmittelbaren Revolutionsereignisse hinaus waren erstaunlich viele Waffen im Umlauf, und sie wurden auch eingesetzt. In Dresden gab es bei Zusammenstößen zwischen Sicherheitswehr und Demonstranten, die das Gebäude der Dresdner Volkszeitung bedrängten, am 10. Januar 1919 12 Tote und 52 Verwundete.²⁹ Im Juli 1919 forderten Schießereien in Hannover zwischen Arbeitern und Reichswehr, die mit einem Eisenbahnerstreik zusammenhingen, mehrere Tote.³⁰ In Freiburg im Breisgau blieb zwar der „Milch-Krawall“ vom März 1919 ohne Todesopfer, dafür kamen bei Gewaltaktionen im Anschluss an den Kapp-Putsch mehrere Menschen ums Leben.³¹ Ebenfalls mit dem Kapp-Putsch hängen fünf Todesopfer in Greifswald zusammen, Resultat des Angriffs von Reichswehr und Freiwilligen auf demonstrierende Arbeiter.³² In der Stadt Erfurt forderten die Auseinandersetzungen um den Kapp-Putsch acht Tote und 79 Verletzte.³³

²⁷ Vgl. Mark Jones: *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*, Berlin 2017; Dirk Schumann: *Politische Gewalt in der Weimarer Republik. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001.

²⁸ Vgl. Heinrich August Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Berlin–Bonn²1985, S. 172, 181, 190.

²⁹ Vgl. M. Schmeitzner (wie Anm. 14), S. 258.

³⁰ Vgl. K. Mlynek (wie Anm. 9), S. 425.

³¹ Vgl. Haumann/Merz/Schnabel (wie Anm. 17), S. 274.

³² Vgl. G. Mai (wie Anm. 16), S. 124.

³³ Vgl. S. Raßloff (wie Anm. 18), S. 51.

Das die Zeitgenossen Verstörende dieser Gewalterfahrungen wird im Vergleich mit den doch disziplinierten Demonstrationen und Wahlkämpfen der wilhelminischen Ära deutlich. Auch waren im späten Kaiserreich eher die ländlichen Gebiete als gewaltaffin verstanden worden, während die Stadt aufgrund ihres höheren Durchstaatlichungsgrades als vergleichsweise pazifiziert galt.³⁴ Zur Gewalt kamen andere beunruhigende Alltagserfahrungen: Zwischen 1915 und 1923 war Hunger ein ständiges Thema auf der Straße.³⁵ Ein letztes Mal gab es Brotkrawalle, die historisch eigentlich dem 18. und 19. Jahrhundert zugerechnet werden und die dann auch 1929–1933 nicht mehr auftraten. Im Straßenbild wurden neue Akteure sichtbar: bettelnde Kriegsoffer, herumstehende Erwerbslose (das späte Kaiserreich hatte hohe Arbeitsmobilität und auch saisonale und ländliche Unterbeschäftigung, aber wenig Arbeitslosigkeit gekannt), frustrierte Jugendliche, die dem verpassten Frontenerlebnis nachtrauerten und in der zunehmend rationalisierten Arbeitswelt der 1920er Jahre ihren Platz nicht finden konnten, selbstbewusste junge Frauen, Angestellte, Sozialarbeiterinnen, Lehrerinnen, die in Mode und Habitus die bürgerliche Hausfrau des Kaiserreichs verabschiedeten. Der „Konflikt zwischen den Generationen wie zwischen den Geschlechtern wurde durchaus auch als Kulturkampf wahrgenommen: als Auflösung traditioneller Ordnungsmuster, Lebensformen und Wertvorstellungen.“³⁶ Aus den Straßen der Städte verschwand das Selbstverständliche. „Das Stakkato der Umwälzungen, Katastrophen und Demütigungen war so lang anhaltend und intensiv, dass kaum einer der Zeitgenossen diesen Wirbel der Veränderungen, der Leidenschaften und des Irrsinns unbeschadet überstand – umso mehr, wenn man berücksichtigt, aus welcher Höhe diese Deutschen so tief stürzten. Und je tiefer der Fall wurde, desto harmonischer, glücklicher und wunderbarer erschien die Vorkriegswelt des Kaiserreiches.“³⁷

Die Inflation krönte den Hexensabbat, der auf dem Schauplatz Stadt 1914–1924 aufgeführt zu werden schien. Sicher, die Geldentwertung lief schon seit Beginn des Weltkrieges und war eine Folge der Grundentscheidung des Kaiserreichs, den Krieg im Wesentlichen über Schulden zu finanzieren. Die frühen Regierungen der Weimarer Republik hatten die Geldentwertung nicht entschlossen gestoppt. Die lockere Geldpolitik hatte Deutschland 1921/22 eine Sonderkonjunktur mit Vollbeschäftigung beschert, während die Siegermächte über hohe Arbeitslosenzahlen klagten. Doch mit der Ruhrbesetzung durch Franzosen und Belgier Anfang 1923 und der Finanzierung

³⁴ Vgl. Wolfgang Hardtwig: *Gewalt in der Stadt 1917–1933. Erfahrung – Emotion – Deutung in: Kollektive Gewalt in der Stadt. Europa 1890–1939*, hrsg. von Friedrich Lenger, München 2013, S. 1–23.

³⁵ Vgl. G. Mai (wie Anm. 16), S. 34.

³⁶ Ebd., S. 82.

³⁷ U. Herbert (wie Anm. 7), S. 203.

des passiven Widerstandes durch die Notenpresse verschwanden alle positiven Effekte der Inflation hinter der nun rasend schnell sich vollziehenden Entwertung alles Überkommenen. In der Endphase der Inflation verlor das Geld einen Großteil seines Wertes bereits auf dem Weg zwischen Druckerei und Empfänger. Städte, Gemeinden und Firmen begannen, eigene lokale Notgeldscheine herauszugeben. Die Folgen waren dramatisch. Behäbige Rentiers, ehrenvolle Männer zumeist, die von den Erträgen ererbten oder erarbeiteten Vermögens gelebt hatten, standen buchstäblich vor dem Nichts. Arbeiter, Angestellte und Beamte blickten ratlos in Lohntüten mit weitgehend wertlosem Papier. Teuerungszulagen konnten nicht so schnell bewilligt werden, wie die Währung an Wert verlor. Umgekehrt waren alle, die sich verschuldet und überschuldet hatten, quasi über Nacht ihrer Verpflichtungen ledig. Imaginierte oder tatsächliche Inflationsgewinnler verdankten ihren Reichtum nicht ordentlicher Arbeit, sondern Spekulation, vorteilhaftem Tausch und allerlei zeitbedingten Tricks. „Gutbürgerliche Familien, die seit Jahren ‚ordentlich‘ gelebt, gespart und Krieganleihen gezeichnet hatten, verloren über Nacht all ihr Vermögen, während Inflationsgewinner, Spekulanten und ‚Schieber‘ ebenso schnell reich wurden. Die Grundprinzipien von ‚Treu und Glauben‘ galten nicht mehr, Kategorien wie Rechtschaffenheit oder Bescheidenheit schienen sich ebenso aufzulösen wie feststehende Lebensentwürfe, Institutionen und Werte.“³⁸

Kriegsfolgen, Unglücke, Gewalt, Armut, Hunger, die Entwertung des Bestehenden – all das kam im Hyperinflationsjahr 1923 zusammen. Dennoch brach das Reich nicht zusammen. Es fehlten die Alternativen. Die aus dem Kaiserreich stammenden Lösungsmodelle hatten nicht überzeugen können. Die Weimarer Koalition, 1919 in der Nationalversammlung mit einer Dreiviertelmehrheit ausgestattet, sank bei den Reichstagswahlen von 1920 unter 50 % und errang nie wieder die Mehrheit der Wählerstimmen oder Mandate im Reichstag. Doch auch die radikalen Alternativen scheiterten. Die kommunistischen Revolutionsversuche, 1919 bis 1921 regional stark und blutig niedergeschlagen, endeten auch im Herbst 1923 erfolglos und hatten damit vorerst ihre Kraft eingebüßt. Der nationalsozialistische Hitlerputsch in München, dilettantisch vorbereitet und operettenhaft ausgeführt, scheiterte schnell. Keiner Partei gelang es, die vielfältigen Katastrophenerfahrungen auf den Begriff zu bringen und für sich zu nutzen. „Das deutsche Volk ist seit zehn Jahren krank“, schrieb Alfons Steininger in der Allgemeinen Zeitung am 2. Januar 1924. Doch das Scheitern der radikalen Alternativen von rechts und

³⁸ U. Herbert (wie Anm. 7), S. 203–204. Frederick Taylor sieht in diesen Urteilen eine unzulässige Verallgemeinerung der historisch äußerst wirkmächtigen, zeitgenössisch aber nicht repräsentativen Weltsicht des Bildungsbürgertums, vgl. Ders.: *Inflation. Der Untergang des Geldes in der Weimarer Republik und die Geburt eines deutschen Traumas*, München 2013.

links und die Beruhigung der finanziellen, wirtschaftlichen und innenpolitischen Verhältnisse biete Raum für nüchternen politischen Realismus. Die einfachen Lösungen seien dahin. Und „mag der deutsche Parlamentarismus der letzten Jahre noch so schlecht gewesen sein (und er war es), das eine hat er geleistet: er hat den unpolitischen Deutschen zum politischen Wesen gemacht. [...] Auf längere Sicht ist es ein Fortschritt in der Erziehung des freien deutschen Menschen. [...] Die Erkenntnis der wirklichen Welt ist ein erstes Zeichen der Gesundheit.“³⁹ In den politischen Arenen der Städte begann 1924 eine neue Zeit.

4. Baustelle

Nach 1924 konnten Menschen in deutschen Städten ermutigende Erfahrungen machen. Es wurde gebaut. Das war auch bitter nötig, denn die nicht einfache Lage auf dem Wohnungsmarkt vor 1914 hatte sich im Mangel- und Inflationsjahrzehnt dramatisiert. Zunächst wegen des Krieges, dann wegen der unsicheren Wirtschafts- und Währungslage war kaum neuer Wohnraum geschaffen worden, während gleichzeitig der Bedarf ständig zunahm. Bereits während der Kriegszeit war dieses Problem drängend gewesen. Die Antwort hatte in der besseren Verwaltung des Mangels durch Mieterschutz, Deckelung der Mieten und der Bewirtschaftung des vorhandenen Wohnraums bestanden. Die frühe Weimarer Republik knüpfte hier an, band aber die bestehenden Mieteinigungsämter, Wohnungsausschüsse und Wohnungsämter an die neuen parlamentarischen Gremien und stattete sie mit mehr Befugnissen aus. Das Mieteinigungsamt in Münster/Westfalen tagte nach 1918 immer häufiger und stellte mehr Mitarbeiter ein, um den wachsenden Problemen zu begegnen. Prämien für den Verzicht auf Wohnungen wurden vergeben und Baracken für obdachlose Einzelpersonen und Familien gebaut.⁴⁰ Andernorts griffen die Behörden auf der Bewirtschaftungs- wie auf der Förderungs- und Bauseite energischer ein. Zahlreiche Stadtgeschichten erwähnen Konflikte zwischen Wohnungseigentümern und Wohnungsämtern als Kennzeichen der frühen 1920er Jahre. Auch Versuche zur Aktivierung des Wohnungsbaus jenseits der Erstellung von Notwohnungen werden genannt. Sie scheiterten in der Regel daran, dass der Wohnungsmarkt für private Investoren angesichts der Decke-

³⁹ Alfons Steininger: Der Traum vom deutschen Führer, in: Allgemeine Zeitung, 127. Jg. Nr. 1, 2. 1. 1924, S. 1–2.

⁴⁰ Vgl. Alfred Reckendrees: Kommunalpolitik versus Privatisierung – Öffentliches und privates Interesse im Wohnungswesen der Stadt Münster zwischen 1918 und 1933, in: Stadtgesellschaft im Wandel. Untersuchungen zur Sozialgeschichte Münsters im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Franz-Josef Jakobi, Münster 1995, S. 149–213, hier S. 152–162.

lung der Mieten und der öffentlichen Bewirtschaftung des Wohnraums wenig attraktiv war. Genossenschaften und die öffentliche Hand waren unsicher, wie sie mit der Inflation umgehen sollten. Von Ausnahmen wie Nürtingen abgesehen, wo der Wohnungsbau bereits vor 1923 deutliche Fortschritte machte⁴¹, wurden daher bis 1924 nur wenige neue Wohnungen errichtet.

In den mittleren Jahren der Weimarer Republik holten die Städte dann in einer gewaltigen Kraftanstrengung mindestens einen Teil des Rückstands auf.⁴² Der soziale Wohnungsbau, oft mittels großer genossenschaftlicher oder gemeinschaftlicher Bauprojekte, wurde zum hervorstechendsten Kennzeichen städtischer Politik. Zentrales Finanzierungsinstrument war die Hauszinssteuer, bereits 1922 eingeführt, aber erst ab 1924 wirklich wirksam. Die Steuer sollte einen Teil der Gewinne abschöpfen, die Eigentümer aufgrund ihrer inflationsbedingten Entschuldung gemacht hatten. Das Steuervolumen war gewaltig: etwa ein Achtel des gesamten Steueraufkommens in Deutschland bis Anfang der 1930er Jahre.⁴³ Ein Teil wurde für einen Ausgleichsfonds für finanzschwache Kommunen genutzt. Von dem Steueranteil, den die Städte und Gemeinden erhielten, wanderte die Hälfte in den allgemeinen Haushalt. Die andere Hälfte war zur Förderung des Haus- und Wohnungsbaus bestimmt und wurde faktisch entweder zur Senkung der Mieten oder zur Subventionierung des Wohnungsneubaus genutzt. Erstmals seit 1914 verfügten die Kommunen damit über die finanziellen Mittel, um im Wohnungsbau gestaltend tätig zu werden. Und unter dem Druck der parlamentarischen Machtverhältnisse und der nackten (Wohnungs-)Not begannen die Kommunen entweder selbst zu bauen oder den genossenschaftlichen Wohnungsbau zu fördern. Ganze Quartiere oder Stadtviertel entstanden neu. Von der „Hauszinssteuerzeit“⁴⁴ oder gar der „Hauszinssteuerära“⁴⁵ ist gesprochen worden. Das ist richtig, aber auch ein wenig eng. Denn die deutsche Entwicklung war Teil eines „Muster[s] der europäischen Wohnungspolitik“, in dem ursprünglich kriegswirtschaftlich gemeinte Interventionsinstrumente auf

⁴¹ Vgl. R. Tietzen (wie Anm. 5), S. 33–35.

⁴² Vgl. neben den bereits genannten Stadtgeschichten auch Dörte Beier: Kiel in der Weimarer Republik. Die städtebauliche Entwicklung unter der Leitung Willy Hahns, Kiel 2004; Kerstin Küppersbusch: Von der Mietskaserne zur Gartenvorstadt. Siedlungs- und sozialer Wohnungsbau während der Weimarer Republik in Halle, Halle/Saale 2010; Gabriele Bußmann-Strelow: Kommunale Politik im Sozialstaat. Nürnberger Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik, Nürnberg 1997, S. 330–390.

⁴³ Vgl. Dennis Kutting: „Neues Bauen für Neue Menschen?“ Planungen städtischer Verwaltungen und Aneignung durch die Bewohner im sozialen Wohnungsbau der 1920er Jahre, Speyer 2010, S. 40.

⁴⁴ A. Reckendrees (wie Anm. 40), S. 176.

⁴⁵ Ulrike Haerendel: Kommunale Wohnungspolitik im Dritten Reich. Siedlungsideologie, Kleinhausbau und „Wohnraumarisierung“ am Beispiel Münchens, München 1999, S. 112.

Dauer gestellt und der großstädtische Wohnungs- und Siedlungsbau auf gemeinnütziger Grundlage massiv ausgeweitet wurde.⁴⁶

Im europäischen Muster fällt der deutsche Fall auf, weil sich hier die fürsorgende Politik der Kommunen in besonderer Weise mit dem Schicksal des Staates im Ganzen verband. Die Weimarer Republik verstand sich als Sozial- oder Wohlfahrtsstaat. War die Verfassung des Kaiserreichs nicht mehr als ein Organisationsstatut gewesen, so handelte die Weimarer Verfassung, den revolutionären Impetus aufgreifend, ausführlich von den „Grundrechte[n] und Grundpflicht[e]n der Deutschen“. Nicht nur wurde in Artikel 165 die Rätebewegung aufgenommen. Vielmehr machten fünf Abschnitte mit mehr als fünfzig Artikeln teils programmatische Aussagen zur „Einzelperson“, zum „Gemeinschaftsleben“, zu „Religion und Religionsgesellschaften“, zu „Bildung und Schule“ sowie zum „Wirtschaftsleben“. „Damit ging die Verfassung das Wagnis ein, den Inhalt des demokratischen und sozialen Rechtsstaats in seinen Grundzügen zu detaillieren.“⁴⁷ Doch die Verheißungen der Verfassung mussten großenteils noch politisch umgesetzt und in soziale Praxis überführt werden. Das war die Aufgabe der Kommunen. In ihren Wohlfahrts- und Wohnungsämtern, in ihren Sozialeinrichtungen und Notmaßnahmen wurde der Sozial- oder Wohlfahrtsstaat praktisch. Daher steckt auch im je lokal unterschiedlich ausgeprägten sozialen Wohnungsbau der 1920er Jahre allgemeine Geschichte. Die Kommunen gaben sich alle Mühe, den 1914–1924 aufgelaufenen Wohnungsrückstand aufzuholen. Aber die Zeit bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 war kurz, oft zu kurz, um das Ziel zu erreichen. Die finanziellen Mittel waren begrenzt. Die Hauszinssteuer half, reichte aber oft nicht aus. Die Kommunen verschuldeten sich und zogen Kritik wegen unsolider Haushaltsführung auf sich. Die Gebäude selbst waren architektonisch auf der Höhe der Zeit. Aber sie entsprachen nicht immer den Bedürfnissen der Bewohner.⁴⁸ Und „das Bauen war für die unteren Einkommensbezieher dauerhaft zu teuer, die Wohnkosten waren für sie zu hoch.“⁴⁹ Die Zielgruppen der Wohnungspolitik wurden weder im Eigenheim- noch im Mietwohnungsbau wirklich erreicht. Stadtgeschichten von Mannheim, Hannover und Dresden⁵⁰ erzählen daher zwar beeindruckende Baugeschichten der 1920er Jahre: Straßen und Schienen, Schulen und Bäder, Museen und Theater, vor allem aber sozialer Wohnungsbau. Es konnte auch gezeigt werden, dass

⁴⁶ Vgl. Günther Schulz: Perspektiven europäischer Wohnungspolitik 1918 bis 1960, in: Wohnungspolitik im Sozialstaat. Deutsche und europäische Lösungen 1918–1960, hrsg. von Günther Schulz, Düsseldorf 1993, S. 11–45.

⁴⁷ D. Peukert (wie Anm. 10), S. 51.

⁴⁸ Vgl. D. Kutting (wie Anm. 43).

⁴⁹ G. Schulz (wie Anm. 39), S. 42.

⁵⁰ Vgl. C. Popp (wie Anm. 15), S. 102–145; K. Mlynek (Anm. 9), S. 433–439; Gilbert Lupfer: Architektur und Stadtplanung, in: Geschichte der Stadt Dresden, Bd. 3: Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart, hrsg. von Holger Starke, Stuttgart 2006, S. 305–315.

das Interesse an Kommunalpolitik seit der Mitte der 1920er Jahre zunahm, sowohl bei den Parteien als auch in der Presse.⁵¹ Doch in diesen Erfolgsgeschichten waren beinahe unlösbare Probleme enthalten. Einerseits waren Zeit und Mittel während der „relativen Stabilisierung“ 1924–1929 zu knapp, andererseits barg das Wohlfahrtsstaatskonzept selbst unlösbare Widersprüche, die zur Kritik einluden. Auch und gerade in den Kommunen zeigte sich „die doppelte Möglichkeit des Interventions- und Sozialstaates: Stabilisierung durch sozialen Ausgleich oder Delegitimierung infolge Überlastung“.⁵²

Die Baustelle Stadt der mittleren 1920er Jahre war insofern auch ein Verdichtungsraum der Probleme des Weimarer Wohlfahrtsstaates, die in der lokalen Arena der Institution Stadt diskutiert wurden. Hoffnungen und Enttäuschungen wurden sichtbar und kamen in den Arenen zur Sprache. Nach wie vor ist die Frage offen, wie viel demokratisches und wie viel Destruktionspotenzial in den Jahren 1924 bis 1929 steckte. „In diesen ‚Goldenen Jahren‘ erfolgte die eigentliche Destabilisierung der Republik“,⁵³ schreibt Gunther Mai. Ulrich Herbert ist optimistischer. Die Reichstagswahlen von 1928 hätten die radikalen Flügelparteien geschwächt, die Erfolge der jungen Republik seien durchaus honoriert worden. „Eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, das konnte man voraussagen, würde die Republik weiter stabilisieren und nach längerer Zeit gegenüber radikalen Gegenentwürfen weniger empfänglich machen. Ohne eine solche wirtschaftliche Stabilisierung hingegen waren eine Rückkehr zu Zuständen wie zwischen 1919 bis 1923 und der erneute Aufschwung der radikalen Gegenkräfte zumindest naheliegend.“⁵⁴

Um Chancen und Grenzen der Weimarer Republik zwischen Pessimismus und vorsichtigem Optimismus angemessen bewerten zu können, ist die Analyse der kommunalen Ebene, so sollte hier gezeigt werden, aufschlussreich. Die Weimarer Jahre waren mit der Durchsetzung der Moderne seit den 1880er Jahren verbunden und bildeten deren grundsätzliche Problemkonstellationen auf kommunaler Ebene ab. Sie waren Teil des Mangel- und Inflationsjahrzehnts 1914–1924, was die Durchsetzung der Revolution 1918/19 in ihrer Breite und Tiefe national wie lokal von vornherein begrenzt hat.⁵⁵ Und sie atmeten den Geist eines Neuaufbruchs, der im Wohnungsbau der Mittzwanzigerjahre zum Ausdruck kommt. Reichs- und Landespolitik wurde auf lokaler Ebene wirksam, wie anders herum die Erfahrungen der Menschen vor Ort ihre politischen Ansichten und Wahlentscheidungen prägten. Wir brau-

⁵¹ Vgl. Stephanie Günther: Unpolitische Kommunalpolitik? Die Deutsche Volkspartei in der Weimarer Republik, Marburg 2011, S. 67–87.

⁵² A. Wirsching (wie Anm. 7), S. 83.

⁵³ G. Mai (wie Anm. 16), S. 51.

⁵⁴ U. Herbert (wie Anm. 7), S. 257.

⁵⁵ K. Weinbauer u. a. (wie Anm. 1).

chen daher mehr Lokalgeschichte, um angemessen verstehen und beurteilen zu können, wann und inwieweit Menschen auf der Grundlage ihrer jeweiligen Erfahrungen mit der Institution, der Arena, dem Verdichtungsraum und der Baustelle Stadt Vertrauen in die Demokratie gewannen und wie stark diese Vertrauenspotenziale in verschiedenen Regionen und Milieus waren. Die nachfolgenden Artikel zur Reutlinger Geschichte sind einige von hoffentlich vielen Beiträgen des Jubiläumsjahres 2018/19 zu diesem Forschungsfeld.

Reutlingen in den Weimarer Jahren: Krisenmanagement der jungen Demokratie am Beispiel von Wohnungspolitik und kommunalem Bauen 1919–1929

Roland Deigendesch

Wenn auf diesen Seiten Reutlingen als „Verdichtungsraum“ oder auch als „Arena“¹ vor allem in der frühen Weimarer Zeit näher beleuchtet werden soll, so hat ein solcher Beitrag mit den Folgen der kapitalen Verluste in den städtischen Registraturen zu kämpfen, die nach den Bombenangriffen am Ende des Zweiten Weltkriegs zu beklagen sind. Diese Studie versteht sich deshalb auch als Essay, der ausschnitthaft und anhand eines – allerdings einschlägigen – Themas Spielräume und Entscheidungsprozesse jener Jahre verdeutlichen soll. Auf welche Weise sich die Kommune dem enormen Handlungsdruck am Übergang vom Kaiserreich zur Demokratie stellte, soll anhand der Wohnungsfrage als einem der brennendsten Probleme der Zeit beleuchtet werden. Dabei sind auch Fragen der Stadtplanung berührt und schließlich wird am Beispiel des städtischen Hallenbads in der Albstraße ein Vorhaben aufgegriffen, das in besonderer Weise das Agieren der Kommune in der neuen, demokratisch geprägten Zeit anschaulich macht.

Doch wie hat man sich Reutlingen zu dieser Zeit überhaupt vorzustellen? Reutlingen war im Jahr 1919 mit knapp 29.000 Einwohnern (einschließlich Betzingsens) eine der größten württembergischen Oberamtsstädte und Sitz der Regierung des Schwarzwaldkreises. Seit dem Übergang der alten Reichsstadt an Württemberg 1802 hatte sich die Einwohnerschaft mehr als verdreifacht, eine Entwicklung, die sich in erster Linie dem Zuzug in die vor allem in der Zeit der Hochindustrialisierung enorm wachsende Stadt verdankte.²

Neben den dürren Zahlen und Fakten hilft zuweilen der Blick von außen. Als sich der bereits betagte Pfarrer Otto Stahl (1876–1972) an seine erste Begegnung mit Reutlingen 1919 nach Jahren des Pfarrdienstes in Jerusalem und Izmir zurückerinnerte, erschien ihm die schwäbische Stadt höchst widersprüchlich, als Industriestadt mit weltweiten Wirtschaftskontakten einerseits und mit ausgeprägten Besonderheiten einer alten Reichsstadt auf der anderen Seite. „Auch in der Bürgerschaft“, so Stahl, sei „noch der alte Bürgerstolz lebendig“ und als Folge davon sei Reutlingen nicht zuletzt „eine Hochburg

¹ Vgl. den Beitrag von Ewald Frie in diesem Band.

² Nach dem Staatshandbuch für Württemberg 1922, Stuttgart 1922, stand Reutlingen bei der Einwohnerzahl an fünfter Stelle nach Stuttgart, Ulm, Heilbronn und Esslingen. S. a. KB Rt., Bd. 2, S. 362–363, 366–369 sowie den Beitrag von Andreas Bauer in diesem Band.



Reutlingen im Postkartenformat, um 1930. Die Stadt zeigt sich zwischen Klein-Venedig-Idyll und moderner Schwimmbadarchitektur. Auffallend ist die Aufnahme zweier Bildungsanstalten, des Textil-Technikums und des Gymnasiums.

der württembergischen Demokratie.“³ Stahl spricht hier offenkundig vom „alten Reutlingen“, das in besonderer Weise seine, die Klientel der evangelischen Kirche war. Das andere, das von der Textil-, Leder- und Metallindustrie geprägte Reutlingen und dessen Arbeiterschaft kommen bei ihm weniger vor. Und wenn vom „roten Reutlingen“ die Rede ist, dann sind ehemalige, rot bemützte Mitglieder der Studentenverbindung „Roigel“ gemeint, die zu Stahls Reutlinger Bekannten zählten. Reutlingen hatte jedoch schon 1904 6200 Industriebeschäftigte und verfügte damit zu dieser Zeit über die „zweitdichteste Arbeiterbevölkerung in Württemberg“ (nach Göppingen). Auch waren nach dem Fall der Sozialistengesetze 1890 kraftvolle Gewerkschaften vor allem der Metall- und der Textilarbeiterschaft entstanden,⁴ 1913 wurden vier Sozial-

³ Jakob Eisler (Hrsg.): Otto Stahl – Pfarrer in Nahost und Schwaben. Lebenserinnerungen (Kleine Schriften des Vereins für Württembergische Kirchengeschichte, Bd. 11), Stuttgart 2012, S. 170.

⁴ Paul Landmesser; Peter Pässler (Bearb.): Wir lernen im Vorwärtsgen! Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Reutlingen 1844–1949, Heilbronn 1990, S. 133–135.

demokraten in den nach wie vor bürgerlich dominierten Gemeinderat gewählt.⁵

Seit 1898 stand Emil Hepp (1864–1934) an der Spitze der Stadt. Bei seiner Amtseinstellung, damals noch als Stadtschultheiß (1902 Oberbürgermeister), strich Oberamtmann Zorer heraus, dass es sich nun erstmals um einen Stadtvorstand handelte, der nicht aus Reutlingen stammte. Hepp war 1864 als Sohn eines Försters in Sulz geboren und nach dem Jurastudium zuletzt bei der Stadt Stuttgart tätig gewesen. Auch Zorer bemerkte, dass „Besonderheiten und berechnete Eigentümlichkeiten“ in der Stadt lebendig seien, darunter ein „trefflicher Bürgersinn“. Hepp indes als Mann „von trefflicher Geistesbildung“, so war sich Zorer sicher, werde sich hier in bester Weise bewähren.⁶

1923 konnte er sein 25. Dienstjubiläum begehen, 1929 trat er, nach mehr als 30 Jahren im Amt, in den Ruhestand. Hepp erfuhr alle öffentlichen Ehrungen der Stadt; für seine Leistungen im Zuge der Eingemeindung Betzingens wurde bereits 1908 ein die Kernstadt mit dem neuen Stadtteil verbindendes Straßenstück nach ihm benannt. Bei seiner Versetzung in den Ruhestand wurde ihm die Ehrenbürgerwürde zugesprochen.⁷

Die oben nur kurz angerissenen Umbrüche der einstigen Stadt der Gerber und Färber waren enorm, so auch die Herausforderungen für die kommunale Daseinsvorsorge und Stadtplanung. Exemplarisch kann das Ringen um eine gute Anbindung an das Eisenbahnnetz, der Bau einer – allerdings privatwirt-



Oberbürgermeister Emil Hepp (1864–1934), um 1921. Die Widmungsaufschrift für „Herrn Stadtpfleger Brucklacher“ vom 4. 6. 21 zeigt, dass es sich um ein persönliches Geschenk Hepps an seinen Kämmerer handelt.

⁵ Vgl. den Beitrag von Gabriel Pscheidt in diesem Band.

⁶ StA Sigmaringen Wü 65/27 T 1–2 Bü 170.

⁷ Eine umfangreiche Würdigung erschien aus Anlass seines Todes in: Reutlinger General-Anzeiger (künftig: GEA) vom 17. 9. 1934, ein Pressespiegel zur Person in: StadtA Rt., Hauptamt Az. 004–31 sowie ebd., Az. 006–10 und S 74 Nr. 65.

schaftlich betriebenen – Straßenbahn sowie die Versorgung von Gewerbe und Einwohnern mit Wasser und Energie angeführt werden. Die Eingemeindung des einstigen Bauerndorfs und nun zur Arbeiter-Industriegemeinde gewandelten Betzingen im Jahr 1907 steht beispielhaft für das dynamische Wachstum der Jahrhundertwende. Dann hatten vier Jahre Krieg der bis dahin beispiellosen Expansion von Einwohnerschaft, Wirtschaftsleistung und Infrastruktur ein Ende gesetzt. Kriegsbegeisterung war – so zumindest die subjektive Erinnerung des damaligen Dekans Gotthilf Herzog (1858–1923) – den Reutlingern auch schon 1914 eher fremd gewesen.⁸ Jetzt waren Mangelverwaltung der Güter des täglichen Bedarfs und oft genug bedrückende Einblicke in die Abgründe des Krieges an die Stelle von Wachstumsdynamik getreten. Vielfach hatten die Familien Kriegstote zu beklagen, das 1914 in und bei der Frauenarbeitsschule eingerichtete Lazarett betreute im Lauf des Krieges mehr als 14.000 Verwundete.⁹ Emil Hepp war all dies vertraut und er machte sich von den Problemen seiner Zeit gerne auch ein eigenes Bild. Auf Einladung des Kriegsministeriums nahm er im Mai 1917 an einem Frontbesuch in Frankreich zusammen mit seinem Heilbronner Amtskollegen und einer Parlamentarierdelegation auf Einladung des Kriegsministeriums teil.¹⁰

Als Manager des Wachstums und auch in Zeiten der Not hatte sich Hepp allseits Achtung erworben, sodass auch während der Revolutionstage zu keinem Zeitpunkt die Forderung nach seiner Absetzung laut wurde. Auch war in Reutlingen bald eine Art von Arbeitsteilung zwischen den neu, fast über Nacht entstandenen Räten und der althergebrachten bürgerschaftlichen Vertretung in Gemeinderat und Bürgerausschuss gefunden. Dazu trug sicherlich bei, dass unter den im November 1918 gewählten Arbeiterräten auch einige Gemeinderatsmitglieder waren,¹¹ darunter Jakob Kurz (1867–1944), damals die Führungsgestalt der Reutlinger Sozialdemokratie und 1919 Abgeordneter in der Verfassunggebenden Landesversammlung.¹² Kurz machte sich für eine

⁸ LKA Stuttgart, Pfarrbericht 1920, S. 4. Anders bewertet dies Wolfgang Jung: Kriege, Brüche, Krisen – Wiederaufstieg. Reutlingen im 20. und 21. Jahrhundert, in: Reutlingen. Von der Reichsstadtherrlichkeit zur selbstbewussten Großstadt, hrsg. von Wilhelm Borth u. a., Reutlingen 2013, S. 173–174, vermutlich aufgrund der Jugenderinnerungen Karl Keims (Jahrgang 1902) in: Ders.: Alt-Reutlingen. Bilder, Berichte, Erinnerungen, in: RGB NF 13 (1975), S. 142.

⁹ K. Keim (wie Anm. 8), S. 147–154; Roland Brühl: Zeit war geprägt von Armut, Hunger und Not, in: GEA vom 20. 9. 2014; W. Jung (wie Anm. 8), S. 174.

¹⁰ Der Vorgang ist belegt in StA Sigmaringen Wü 65/27 T 1–2 Bü 170, zudem erwähnt der ebenfalls mitreisende Sozialdemokrat Wilhelm Keil Hepp gelegentlich des Frontbesuchs in seinen Lebenserinnerungen, vgl. Wilhelm Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 1, Stuttgart 1947, S. 383.

¹¹ Landmesser/Päßler (wie Anm. 4), S. 239.

¹² 100 Jahre SPD Reutlingen, hrsg. von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Ortsverein Reutlingen, Reutlingen 1972, S. 41–42; Frank Raberg (Bearb.): Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933, Stuttgart 2001, S. 487–488;

enge Kooperation der Räte mit Gemeinderat und Stadtverwaltung stark¹³ und auch das bürgerliche Lager signalisierte Entgegenkommen. Der als Gegengewicht zum Arbeiterrat noch am Abend des 11. November auf Initiative der Liberalen gebildete Volksrat sah sich im Wesentlichen in Übereinstimmung mit dem Arbeiterrat. Schließlich verstand sich der bis 1919 tätige Soldatenrat, der die „gesamte militärische Verwaltungsarbeit“ beanspruchte,¹⁴ als „politisch vollkommen neutral“.¹⁵ Von einem „Umsturz“ oder von eigenen exekutiven Ansprüchen war bis auf den militärischen Bereich also nirgends die Rede. Vielmehr konzentrierten sich die Räte auf eine Kontrollfunktion und äußerten Kritik bei den spürbarsten Alltagsnöten der Menschen wie Verfügbarkeit und Preise der Lebensmittel oder dem Wohnungsmangel.¹⁶

So war die Haltung der Stadtspitze von umso größerer Bedeutung. Am Tag der Aufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen in dem abgelegenen Eisenbahnknotenpunkt bei Compiègne war der Gemeinderat zu seiner letzten Sitzung während des Krieges zusammengekommen. Nach reichsweiten Streikaktionen, dem Kieler Matrosenaufstand (3./4. 11. 1918) und der Ausrufung der Republik in Bayern (7. 11. 1918) war den Anwesenden klar, was die Stunde geschlagen hatte. Am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung erklärte der Oberbürgermeister, „dass wir [...] einen Frieden schließen müssen, der auf unsere wirtschaftliche Lage überaus ungünstig wirke und der die Entwicklung der Städte für die nächsten Jahrzehnte hemme.“¹⁷ Trotzdem dürfe man den Kopf nicht hängen lassen, vielmehr ging es nun um geeignete Maßnahmen für die Umstellung der Stadt auf Friedenswirtschaft. Zur Beschäftigung der Heimkehrer wurden Finanzmittel für Notstandsarbeiten, hauptsächlich im Tiefbau, beantragt, die auch einhellig bewilligt wurden. Hepp informierte darüber, dass die wichtigen industriellen Arbeitgeber Reutlingens einem Weiterbetrieb der auf Kriegsproduktion ausgerichteten Werke auch nach dem Waffenstillstand zugestimmt hatten. Am Tag des Abschlusses des Waffenstillstands, am 11. November, kam es zur bekannten, von den Räten und den

W. Jung (wie Anm. 8), S. 175. Das Protokollbuch der SPD-Fraktion setzt für die interessierende Zeit leider erst am 11. 6. 1919 ein. Auf dieser Sitzung wird Kurz zum Vorsitzenden gewählt (StadtA Rt., S 1 Nr. 134).

¹³ Landmesser/Päßler (wie Anm. 4), S. 242; Heidi Stelzer: Reutlingen in den Zwanziger Jahren. Die Zeit von Kriegsende 1918 bis zu Hitlers Machtübernahme im Januar 1933, Reutlingen 2001, S. 7.

¹⁴ HStA Stuttgart E 135 b Bü 82. Online einsehbar unter der URL: <https://www.leo-bw.de/web/guest/themenmodul/von-der-monarchie-zur-republik> (30. 5. 2018). Aber auch in diesem Bericht des Vorsitzenden des Reutlinger Soldatenrats wird die Zusammenarbeit mit staatlichen und städtischen Behörden etwa bei der Demobilmachung herausgestrichen.

¹⁵ GEA Nr. 266 vom 12. 11. 1918.

¹⁶ Siehe etwa das Sitzungsprotokoll der Arbeiterräte im Oberamt Reutlingen vom 15. 11. 1919, in: HStA Stuttgart E 135 a Bü 94. Online einsehbar unter der URL: <https://www.leo-bw.de/web/guest/themenmodul/von-der-monarchie-zur-republik> (30. 5. 2018).

¹⁷ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 8. 11. 1918, § 945; das Folgende ebd.

betrieblichen Arbeiterorganisationen vorbereiteten Großdemonstration auf dem Marktplatz und dem Hissen der Roten Fahne am Rathaus.¹⁸ Zwei Tage später trat der (bisherige) Gemeinderat wieder zusammen, der Oberbürgermeister erklärte:

„Wir stehen unter einer anderen Regierung als bisher: wir haben eine Volksverfassung und eine Volksregierung, in deren Grundzügen sich wohl nicht mehr viel ändern dürfte. Es sei offensichtlich, daß es der neuen Landesregierung, die sich durch verschiedene tüchtige Kräfte verstärkt hat, darum zu tun ist, aufgrund der bisherigen Gesetzesbestimmungen die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, damit wir die schwere Zeit überstehen können. Die neue Regierung habe denn auch jedermann aufgefordert, hierzu beizutragen und nach wie vor in seinem Berufe weiter seine Pflicht zu tun. Das gelte auch ausdrücklich für die Beamten, zu welchen im weiteren Sinne auch die bürgerlichen Kollegien zählen.“¹⁹

Wie schon dargelegt, galt Reutlingen keineswegs als Hort der Monarchie, vielmehr empfand man bis ins sozialdemokratische Lager hinein²⁰ Stolz auf die reichsstädtische Tradition und eine etwa in der Revolution von 1848/49 zum Ausdruck gebrachte demokratische Gesinnung. Auch aus diesem Grund mochte man dem Übergang zur „Volksregierung“ auf staatlicher Ebene pragmatischer begegnet sein. In keineswegs selbstverständlicher Weise trat man in Reutlingen während der gesamten Weimarer Zeit für das neue Staatswesen auch auf der Ebene symbolischer Handlungen ein: Die Verfassungsfeierlichkeiten wurden regelmäßig begangen²¹ und auch die Straßennamensgebung berücksichtigte republikanische Persönlichkeiten wie den von der politischen Rechten angefeindeten und ermordeten Außenminister Walter Rathenau, nach Ulrich Herbert eine der „Symbolfiguren des neuen Staates“.²² Dass

¹⁸ Die dramatische Abfolge der Ereignisse auf Reichs- wie auf lokaler Ebene lässt sich an der Tagespresse gut ablesen, dazu etwa die Ausgabe des GEA Nr. 265 vom 11. 11. 1918, die bereits tagesaktuell einen Kurzbericht der Kundgebung auf dem Marktplatz an diesem Tag enthält (Exemplar in: StadtA Rt., S 60 Nr. 112). S. a. den Beitrag von Lukas Kuhn in diesem Band.

¹⁹ Landmesser/Päßler (wie Anm. 4), S. 241, zitiert nach der Schwarzwälder Kreiszeitung vom 14. 11. 1918 (im Folgenden: SKZ).

²⁰ Deutlich etwa an dem Selbstverständnis der Sozialdemokratin Laura Schradin, vgl. 100 Jahre SPD (wie Anm. 12), S. 36.

²¹ Vgl. den Beitrag von Miriam Adler in diesem Band. Die Begehung des Verfassungstages hinderte den Gemeinderat nicht, 1921 gegen das Votum der SPD zu beschließen, den 50. Jahrestag der Reichsgründung von 1871 ebenfalls feierlich zu begehen. Für den damaligen Redner, Stadtpfarrer Otto Stahl, war es *das* Ereignis, um sich in der Stadt zu etablieren, vgl. J. Eisler (wie Anm. 3), S. 173–174 sowie StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 4. 1. 1921, § 19.

²² Ulrich Herbert: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 201. 1927 waren bereits Straßen nach den beiden demokratisch gewählten Reichspräsidenten Ebert und Hindenburg benannt worden. Zu Letzterem vgl. Gerald Kronberger: *Wegweiser zur*

republikanische Symbolik freilich auch Widerstände zu provozieren vermochte, zeigt der Streit um die Beteiligung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bei der Einweihung des Gefallenendenkmals auf dem Friedhof Unter den Linden im Jahr 1926.²³

Die drängendsten Aufgaben, mit denen sich Stadtverwaltung und Gemeinderat zu befassen hatten, zeichneten sich bereits in den letzten Kriegsjahren überdeutlich ab: Es galt, die Ernährung sicherzustellen, die auf den Krieg ausgerichtete Wirtschaft auf Friedensbedingungen umzustellen und der Wohnungsnot zu begegnen.²⁴ Wie unter den neuen politischen Rahmenbedingungen Spielräume genutzt wurden und Entscheidungsprozesse verliefen, soll im Folgenden am Beispiel des Wohnungsbaus und der Wohnraumbewirtschaftung exemplarisch nachverfolgt werden. Die Wohnungsfrage gehörte zu den großen Herausforderungen der Weimarer Republik²⁵ und sie ist, ganz abgesehen von heutiger Tagesaktualität, wie nur wenige Themen geeignet, das Agieren der Stadt unter den Bedingungen der jungen Demokratie zu betrachten. Die Aufgabe war ebenso enorm wie die Erwartungen, die von der Bevölkerung und von Interessengruppen wie dem 1918 gegründeten Haus- und Grundbesitzerverein²⁶ oder seinem Gegenpart, dem 1919 gegründeten Mieterverein, ausgingen. Schließlich bieten die diskutierten Lösungsansätze auch Einblicke in gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen der Zeit und in die urbane Entwicklung Reutlingens.

Stadtgeschichte: Die Historie der Reutlinger Straßennamen, in: RGB NF 50 (2011), S. 92–93. 1928 folgte die Rathenaustraße.

²³ Zum Reutlinger Reichsbanner vgl. den Beitrag von Elena Müller in diesem Band, zur Kontroverse um die Einweihung des Denkmals Wolfgang Jung: Die Polemik um die Einweihung des Reutlinger Kriegerdenkmals von 1926, in: Beiträge zur Geschichte Reutlingens und der Region. Festschrift für Heinz Alfred Gemeinhardt, hrsg. von Wilhelm Borth, Reutlingen 2012, S. 92–109.

²⁴ Einen sprechenden Einblick gewährt der Bericht des Oberbürgermeisters „Reutlingens Stadtverwaltung im Jahr 1918“, abgedruckt in: SKZ 28. 1. 1919, s. a. den Beitrag von Gabriel Pscheidt in diesem Band.

²⁵ U. Herbert (wie Anm. 22), S. 232; Detlev Peukert: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt 1982, S. 181–185; Günther Schulz: Kontinuitäten und Brüche in der Wohnungspolitik von der Weimarer Zeit bis zur Bundesrepublik, in: Hans-Jürgen Teuteberg (Hrsg.): Stadtwachstum, Industrialisierung, Sozialer Wandel. Beiträge zur Erforschung der Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1986, S. 135–173; Karl Christian Führer: Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914–1960 (Vierteljahreshefte für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte 119), Stuttgart 1995. Für Württemberg vgl. Paul Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 4, Stuttgart 2003, S. 88–89.

²⁶ Eugen Wendler: 100 Jahre Haus und Grund Reutlingen, in: Festschrift 100 Jahre Haus und Grund 1918–2018, o. O., o. J. [Reutlingen 2018], S. 6–10.

Ursachen der Wohnungsnot

Eine Vielzahl von Quellenbelegen macht die Brisanz des Themas deutlich, das den Verantwortlichen vor allem in den großen Städten schon lange vor Kriegsende bewusst war. Das württembergische Innenministerium hatte bereits im August 1917 in einem Runderlass an die Oberämter Berichte zur Wohnungslage im Land angefordert.²⁷ Doch ließe sich zunächst die Frage stellen, weshalb es überhaupt angesichts gesunkener Einwohnerzahlen in Reutlingen (28.897 im Jahr 1919 gegenüber 29.763 1910), vieler Kriegstoter und zurückgehender Geburtenraten²⁸ zu einer Wohnraumknappheit kommen konnte. Zwei Gründe werden im Wesentlichen genannt: Zum einen war die Bautätigkeit allenthalben über vier Jahre praktisch zum Erliegen gekommen. Die Feststellung des Bau- und Sparvereins gelegentlich der Jahresversammlung am 6. Februar 1916, dass „nicht neu gebaut“ werde, wird durch weitere Quellen bestätigt: Während das Anmeldeverzeichnis der Gebäudebrandversicherung für das Jahr 1913 noch 171 Hochbaumaßnahmen in der Stadt verzeichnete, waren dies während des Krieges mit Ausnahme des Jahres 1914 nie mehr als einhundert, darunter so gut wie keine Neu-, sondern lediglich An- und Umbauten.²⁹ Ein noch deutlicheres Bild vermittelt das Register des Baukontrolleurs, das für 1914 noch 204 – zum Teil allerdings kleinere An- und Umbauten –, 1915 dann aber nur noch 52 und 1917 gar lediglich 15 Baumaßnahmen enthält.³⁰ Der Stillstand lag also auf der Hand.

Daneben spielte in Reutlingen wie in Deutschland generell ein zweiter Grund eine Rolle: Zahlreiche kriegsgetraute Paare drängten nun auf den Wohnungsmarkt.³¹ So wandte sich etwa Lina Decker aus Eningen 1922 an das Oberamt Reutlingen. Sie hatte im Vorjahr geheiratet, ohne dass das Paar bis-

²⁷ StA Sigmaringen Wü 65/27 T 1–2 Bü 1094. In allzu großem Optimismus schrieb das Oberamt Reutlingen darauf, „daß in allen Bezirksgemeinden – bis auf Reutlingen – jetzt und nach dem Kriege die Wohnungen für den Bedarf genügen“. Generell zum Thema: G. Schulz (wie Anm. 25), S. 137; K. C. Führer (wie Anm. 25), S. 27 ff.

²⁸ Zu dieser Entwicklung generell vgl. den Befund von D. Peukert (wie Anm. 25), S. 92: „Allerdings wurde der Geburtenrückgang, der vor dem Krieg einsetzte, durch den Weltkrieg dramatisch gesteigert; denn die Zahl der in diesen Jahren Neugeborenen lag etwa bei der Hälfte des um 1910 noch Normalen.“ Ein Überblick zu Württemberg, der Peukerts Ergebnis im Wesentlichen stützt, bei Gert Kollmer-von Oheimb-Loup: *Bevölkerung und soziale Verhältnisse*, in: *Handbuch der baden-württembergischen Geschichte*, Bd. 5, Stuttgart 2007, S. 5–6.

²⁹ StadtA Rt., N 802 (Bau- und Sparverein) Nr. 2 (Jahresversammlung vom 6. 2. 1916); Gebäudebrandversicherung: Anmeldeverzeichnis für Hochbauten 1907–1922.

³⁰ StadtA Rt., Bauratsschreiberei, Tabellarisches Protokoll des Baukontrolleurs.

³¹ P. Sauer (wie Anm. 25), S. 88; zur reichsweiten Situation vgl. G. Schulz (wie Anm. 27), S. 140 und K. C. Führer (wie Anm. 25), S. 30. Einen Beleg aus Reutlingen enthält das Protokoll der Generalversammlung des Bau- und Sparvereins vom 10. 3. 1918: „Wenn auch fast 2 Millionen Krieger nicht mehr heimkehren werden aus dem gewaltigen Kriegen [!], so sind in den Kriegsjahren auch 500.000 Wohnungen nicht gebaut worden [...] und sehr vielen Kriegs-

lang eine eigene Wohnung finden konnte. Vielmehr, so Decker, „mußten wir uns mit einem Raum auf der Bühne unter dem Dach, der nicht einmal eingemauert ist, im Hause meiner Schwiegereltern [...] begnügen“.³² Auch der Ingenieur Hermann Schlotterbeck aus Betzingen, der 1915 geheiratet hatte und während des Krieges nicht mit seiner Braut zusammenziehen konnte, suchte noch 1923 nach einem geeigneten Heim.³³

Beide Faktoren waren den Zeitgenossen bekannt und wurden kontrovers diskutiert. Dazu liegt aus Reutlingen ein bemerkenswertes Zeugnis in Form einer vielleicht 1924, spätestens 1925 verfassten Denkschrift vor.³⁴ Der Verfasser kommt darin zu einer ganz anderen Erklärung der Wohnungsnot. Weder die Stagnation der Bautätigkeit in den vergangenen Jahren noch die nachgeholten Hausstandsgründungen seien die Hauptursachen, sondern: „Der verlorene Krieg und seine Folgen haben uns das Schreckgespenst der Wohnungsnot gebracht, das uns schon 4 Jahre in Atem hält, ja sich anschickt, bei uns sich dauernd heimisch zu machen.“³⁵ Mit Kriegsfolgen war einerseits die Geldentwertung und andererseits ein rigides gesetzliches Mietpreisregime gemeint,³⁶ das zu „Wohnungsluxus“ in der Form geführt habe, dass die Menschen immer mehr den durch Geldentwertung günstig gewordenen Wohnraum in Anspruch nehmen und die mangelnde Rendite Vermietungen und Instandhaltungsinvestitionen unattraktiv machten.³⁷ Das Heilmittel war für den Autor der Schrift ein Umsteuern staatlicher Politik im Sinn einer Prämie-

getrauten wird es nach dem Krieg an Wohnungen wie Aussteuern fehlen.“, StadtA Rt., N 802 Nr. 2.

³² StA Sigmaringen Wü 65/27 T 1–2 Bü 1096.

³³ Ebd., Bü 2027.

³⁴ StA Sigmaringen Wü 65/27 T 1–2 Bü 1095. Die zehenseitige, mit Eingangsvermerk und Paraphe Landrat Kommerells vom 20. 2. 1925 versehene masch. Denkschrift „Warum haben wir Wohnungsmangel? Kann der Wohnungsmangel beseitigt werden auf welchem Wege?“ ist auf die Stadt Reutlingen bezogen und trägt eine schwer leserliche Unterschrift (S. 10), vermutlich „Eisenlohr“. Wenn dies zutrifft, handelte es sich um den Amtmann beim Oberamt Reutlingen, Dr. jur. Georg Eisenlohr (1887–1951), später Regierungsrat bei der Abteilung Bezirks- und Körperschaftsverwaltung des württembergischen Innenministeriums und 1929–1938 (und wieder 1945) Landrat in Münsingen. Während des Zweiten Weltkriegs war Eisenlohr Referent des Generalgouverneurs Hans Frank in Polen, vgl. Die Amtsvorsteher der Oberämter, Bezirksamter und Landratsämter in Baden-Württemberg 1810 bis 1972, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Kreisarchive beim Landkreistag Baden-Württemberg, Stuttgart 1996, S. 233. Als weitere, allerdings weniger wahrscheinliche Möglichkeit kommt der Gemeinderat Johannes Eisenlohr in Betracht, der des Öfteren die Sitzungen des Gemeinderats in Stellvertretung des Oberbürgermeisters leitete. Zu diesem s. den Beitrag von Gabriel Pscheidt in diesem Band.

³⁵ StA Sigmaringen Wü 65/27 T 1–2 Bü 1095, Denkschrift S. 1.

³⁶ Ebd., S. 7: „Es unterliegt also keinem Zweifel, daß die Nichtanpassung der Mietpreise an die fortschreitende Geldentwertung die Ursache dieses Wohnungselends sind [!]“.

³⁷ Damit stand der Verfasser keineswegs allein; im Gemeinderat äußerte Stadtpfleger Brucklacher 1926, es sei ein Fehler gewesen, die „Mieten künstlich niedrig zu halten.“, StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 16. 9. 1926, § 701.

rung der Schaffung weiteren Wohnraums und eine Lockerung des Mieterschutzes. Vor allem seien die Eigentümer in die Lage zu versetzen, in Wohnraum zu investieren, andernfalls drohe ein langsamer Verfall: „Wer aufmerksam beobachtet, kann jetzt schon hie und da beobachten, wie eine Reihe von Häusern, insbesondere in der Altstadt, immer mehr verwahrlosen, außen und innen. [...] In der Tat, wenn die verantwortlichen Stellen diesem „Häusersterben“ keinen wirksamen Riegel vorschieben, dann gehen immer mehr Wohnungen ein, nicht weil der Hauseigentümer sie für sich beansprucht, sondern weil sie eben nicht mehr bewohnbar sind.“³⁸

„[...] dem einfachsten menschlichen Gebot Rechnung tragen“: Mietpreisbremse und Zuzugssperre

Dies führt zu den gesetzlich vorgegebenen Handlungsspielräumen, in deren Rahmen die Gemeinden agierten. Bereits im Januar 1919 war eine Reichsverordnung zur Unterbringung obdachloser Familien in Kraft getreten, in deren Folge Wohnungskommissionen gebildet wurden.³⁹ Zu den Maßnahmen gegen Wohnungsmangel gehörten weiter ein Abbruchverbot von Wohngebäuden und die Meldepflicht für leerstehenden Wohnraum.⁴⁰ Auf die schon während des Krieges beschlossenen Einzelmaßnahmen⁴¹ folgte das Wohnungsmangelgesetz vom 11. Mai 1920 (verlängert 1923), das die Erfassung und Verteilung verfügbaren Wohnraums durch kommunale Wohnungsämter fest schrieb.⁴² Von einem freien Wohnungsmarkt konnte damit keine Rede mehr sein; Wohnungsinserate in den Zeitungen waren – mit Ausnahme von „Tauschanzeigen“ – nachgerade untersagt.⁴³ Zudem blieben zur verständ-

³⁸ Ebd., S. 9.

³⁹ In Reutlingen in einer Eingabe des Mietervereins am 12. 9. 1919 beantragt, vgl. StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 17. 9. 1919, § 1494. Die vom Gemeinderat bestellte Kommission bestand aus Vertretern des Wohnungsamtes sowie der Mieter- wie der Vermieterseite, vgl. StA Sigmaringen Wü 65/27 T 1–2 Nr. 1095.

⁴⁰ Verfügung des Staatskommissars für die wirtschaftliche Demobilmachung, Sonderabdruck aus dem „Staatsanzeiger“ vom 22. 1. 1919 (Exemplar im StA Sigmaringen Wü 65/27 T 1–2 Nr. 1095. Siehe auch Alfred Dehlinger: Württembergs Staatswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung bis heute, 2 Bde., Stuttgart 1951–1953, § 140.

⁴¹ Verordnung zum Schutz der Mieter vom 26. 7. 1917; Bekanntmachung betr. Änderung der Verordnung zum Schutz der Mieter vom 23. 9. 1918; Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. 9. 1918; Anordnung für das Verfahren vor den Einigungsämtern, vgl. Reichsgesetzblatt 1918, S. 1135–1149.

⁴² Gesetz über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel, in: Reichsgesetzblatt 1920 Nr. 107 (S. 949 ff.); vgl. K. C. Führer (wie Anm. 25), S. 308–319; zuletzt Johann-Frederik Schuldt: Mietpreisbremse. Eine juristische und ökonomische Untersuchung der Preisregulierung für preisfreien Wohnraum, Baden-Baden 2017, S. 32 ff.

⁴³ HStA Stuttgart E 151/08 Bü 369.

lichen Erbitterung der Hauseigentümer die Mieten festgeschrieben.⁴⁴ Argwöhnisch verfolgte man amtlicherseits die Ausweisung von Gewerbe- anstelle von Wohnräumen. Schließlich wurde der Zuzug in die Stadt streng begrenzt: Wer nicht als Arbeitskraft dringend benötigt wurde, erhielt keine Erlaubnis, nach Reutlingen zu ziehen. Die Akten vor allem der unmittelbaren Nachkriegsjahre sind voll von händeringenden Gesuchen um Ausnahmen, die vom städtischen Wohnungsamt meist abschlägig beschieden wurden.⁴⁵ Auch vor den Gasthöfen machte man nicht halt. 1920 wurde der Aufenthalt in Fremdenzimmern auf drei Tage beschränkt.⁴⁶

Viele dieser Restriktionen blieben ein ständiger Begleiter während der Weimarer Jahre. Noch Ende 1928 plädierte Oberbürgermeister Hepp für die Beibehaltung des vom Haus- und Grundbesitzereins heftig befehdeten Gesetzes, da Reutlingen mit inzwischen 34.000 Einwohnern „für einen großen Teil Württembergs Industriemittelpunkt“ sei und bei einer Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes vom Zuzugsproblem besonders betroffen wäre.⁴⁷

In Reutlingen wurde bei der Verteilung freier Mieträume die im Reichsvergleich noch eher vermietetfreundliche württembergische Regelung angewandt, wonach dem Vermieter drei Vorschläge durch das Wohnungsamt unterbreitet wurden, aus denen er den genehmsten auswählen konnte. Zusätzlich kam es auf Intervention des liberalen Gemeinderats Hans Freytag zu einer weiteren Milderung, indem beschlossen wurde, dass Mietwohnungen, die ohne öffentliche Förderung neu geschaffen wurden, von der Zwangsbewirtschaftung befreit wurden. Zur Schlichtung der von Anfang an absehbaren Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern waren Wohnungseinigungsämter vorgesehen, zudem scheuten sich vor allem die Vermieter nicht, sich

⁴⁴ Für das Inflationsjahr 1923 vermerkt G. Schulz (wie Anm. 27), S. 141: „Nie war es angenehmer, Mieter zu sein, als Mitte 1923: Der Mietindex erreichte knapp zwei Prozent des Lebenshaltungindex.“ S. a. J.-F. Schuldt (wie Anm. 42), S. 33–35.

⁴⁵ Ebd., sowie StA Sigmaringen Wü 65/27 T 1–2 Bü 1096–1097. 1923 suchte der bei Stoll beschäftigte Stricker August Beck aus Genkingen vergeblich um Zuzugsgenehmigung an, das Wohnungsamt dazu: „Die Heimat von Beck ist nicht Reutlingen, sondern Genkingen.“ Nicht mehr Glück hatte 1924 Wilhelm Digel aus Ohmenhausen, der von seinem Stiefvater „des Hauses verwiesen“ worden sei. Das Wohnungsamt lehnte den Antrag mit der Begründung ab: „Digel ist hier wirtschaftlich nicht notwendig. Er soll in seiner Heimat Ohmenhausen bleiben; wenn nicht im Elternhaus, dann als Schlafgänger, wie wohl dutzende andere auch.“

⁴⁶ HStA Stuttgart E 151/08 Bü 369.

⁴⁷ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 20. 12. 1928, § 1348. Zur Debatte s. a. die im Nachlass des damaligen Gemeinderats Oskar Kalbfell enthaltenen Ausgaben der Haus- und Grundbesitzerzeitung (StadtA Rt., N 32 Nr. 23) sowie die anonyme Beschwerdeschrift gegen Oberbürgermeister Hepp von 1927 in: StadtA Rt., Hauptamt, Az. 006–10- Die Aufhebung des Gesetzes stand schließlich 1931 auf dem Programm, vgl. StadtA Rt., Liegenschaftsamt Nr. 56.



Der Haus- und Grundbesitzerverein versuchte über die Bewerbung bestimmter Kandidaten für die Gemeinderatswahl, seine Interessen durchzusetzen. Haus- und Grundbesitzerzeitung Reutlingen 1928.

beim Oberamt gegen Wohnungsbeschlagnahmen durch die Stadt zu beschwe-
ren – zum Leidwesen des Wohnungsamtes nicht selten mit Erfolg.⁴⁸

Zur Weimarer Zeit gehört auch die Formierung der gesellschaftlichen Inter-
essen in Verbänden und Vereinen, die mit Nachdruck versuchten, ihre Sicht
der Dinge Gesetzgebern und lokalen Entscheidungsträgern nahezubringen
und auch Wahlen in ihrem Sinn zu beeinflussen. So befasste sich der Gemein-
derat 1922 mit umfangreichen Eingaben des Reutlinger Mietervereins zur
Geschäftsordnung der Wohnungskommission, gegen die sich der Verein der
Haus- und Grundeigentümer wiederum heftig zur Wehr setzte.⁴⁹ Am 8. No-
vember 1920 fand in Reutlingen eine große Mieterversammlung statt, deren
maschinenschriftliches Protokoll auch an das Innenministerium in Stuttgart
gelangte.⁵⁰ Beteiligt waren dabei nicht nur der Mieterverein, sondern auch
Vertreter der Gewerkschaften, des Baugewerbes und weiterer Interessengruppen.
Die dort beschlossene Resolution wandte sich weniger an die Ver-

⁴⁸ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 24. 2. 1921, § 223; HStA Stuttgart E 151/08 Bü 369. Im März 1920 berichtete das städtische Wohnungsamt dem Gemeinderat, dass wiederholt – in neun Fällen – seine Entscheidungen durch das Oberamt außer Kraft gesetzt worden wären, die Gewinnung weiterer Wohnräume sei dadurch gefährdet. Das Thema wurde auch von der sozialdemokratischen Freien Presse aufgegriffen, die beklagte, das Oberamt trage „[...] nicht dem einfachsten menschlichen Gebot Rechnung, sondern – dem Willen des Hausbesitzers.“ Vgl. Freie Presse vom 19. 2. 1924.

⁴⁹ StA Sigmaringen Wü 65/27 T 1 – 2 Nr. 1095.

⁵⁰ HStA Stuttgart E 151/08 Bü 369.

antwortlichen in Gemeinderat und Stadtverwaltung, sondern verstand sich als politisches Forderungspaket, das auf ordnungspolitische und fiskalische Stellschrauben auf Reichs- und Landesebene abzielte. Im Wesentlichen plädierte die Versammlung für die Beibehaltung einer strengen Wohnraumbewirtschaftung, einer Begrenzung der Möglichkeit, Instandhaltungskosten auf die Mieter abzuwälzen, sowie für eine deutliche Erhöhung von Baukostenzuschüssen und Darlehen. Die Finanzierung sollte durch eine Erhöhung der Reichseinkommensteuer und weiterer Abgaben gewährleistet werden.

Kommunaler Wohnungsbau

Im Gemeinderat war der natürliche Verbündete der Mieterseite die Fraktion der SPD, die eine aktive städtische Wohnungsbaupolitik einforderte. Neben den rigiden Eingriffen in den Wohnungsmarkt entwickelte sich dann in der Tat der Wohnungsbau zu einer Konstante der Weimarer Jahre. Emil Hepp hatte bereits am 20. November 1918 im Gemeinderat die absehbare Wohnungsnot zum Thema gemacht und eine Beschlagnahme leer stehenden Wohnraums nicht ausgeschlossen.⁵¹ Im Februar 1919 wurde mit einer städtischen Bautätigkeit begonnen, zunächst allerdings in recht improvisierter Form. Aufgrund der „hier herrschenden Wohnungsnot“ wurden die bisherigen Lazarettbaracken auf der Rennwiese zu Wohnraum umfunktioniert, zusätzlich entstanden in der Lohmühlestraße weitere Barackenbauten zur Unterbringung von Familien.⁵²

In der Folge wurde eine umfangreiche Bautätigkeit auf den Weg gebracht, die einzelne Reutlinger Straßenzüge bis heute prägt. Dabei kann fast von einer Arbeitsteilung gesprochen werden, indem die Stadt vorwiegend (aber keineswegs ausschließlich) größere Mehrfamilienhäuser erstellte, während die sich schnell gründenden Siedlungs- und Bauvereine bzw. -genossenschaften überwiegend Ein- bis Zweifamilienhäuser errichteten. In der Stadt, die durch das Gmindersdorf eine reichsweit beachtete Arbeitersiedlung mit programmatischem Anspruch unmittelbar vor dem Krieg erhalten hatte,⁵³ kam es indes, anders als etwa in Schwenningen in jenen Jahren, zu keiner Errichtung einer

⁵¹ Gemeinderatsprotokoll vom 20. 11. 1918, in: HStA Stuttgart E 151/08 Bü 369.

⁵² StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokolle vom 19.2., 5.3. und 25. 6. 1919; Bauratsschreiberei, Darlehensakten. Demnach boten allein die Rennwiesenbaracken Platz für 21 Dreizimmerwohnungen, die in der Lohmühlestraße für 23 Wohnungen.

⁵³ Arbeiter-Siedlung Gmindersdorf. 100 Jahre Architektur- und Alltagsgeschichte. Begleitband zur Ausstellung des Heimatmuseums Reutlingen, Arbeiter-Siedlung Gmindersdorf, 100 Jahre Architektur- und Alltagsgeschichte, hrsg. vom Heimatmuseum, Reutlingen 2003; Kerstin Renz: Der Fabrikant als Mäzen – Das Beispiel der Textildynastie Gminder in Reutlingen, in: RGB NF 54 (2015), S. 252–254.



1914/15 entstanden auf der Rennwiese bei der Jahnsporthalle Lazarettbaracken, die 1919 für Wohnzwecke umgebaut bis 1926/27 in Gebrauch blieben.

wirklich größeren Siedlung.⁵⁴ Vielmehr wurden die Stadtränder und Ausfallstraßen bebaut und schon lange zur Bebauung vorgesehenes Gelände, für das Baulinienpläne vorlagen, genutzt. Schwerpunkte städtischer Bautätigkeit waren die Tübinger Vorstadt, das Gewand Betzenried, das Gebiet entlang der Sickenhäuser Straße sowie der Vorort Betzingen.

In der Tübinger Vorstadt entstanden im Bereich Hermann-Kurz-, Kurrer- und Grathwohlstraße größere Mehrfamilienhäuser, ein Projekt, das allerdings sein 1919 gesetztes Ziel von 60 neuen Wohnungen⁵⁵ aufgrund Baustoffmangels zunächst nicht erreichen konnte. Einzelhaussiedlungen entstanden aufgrund des Flächenbedarfs eher an der Peripherie. Im Unterschied zu den von örtlichen Architekturbüros geplanten Mehrfamilienhäusern wurden unweit der Sickenhäuser Straße auf einem Grundstück der Armenpflege in städtischer

⁵⁴ KB Rt. Bd. 2, S. 459. Zu Schwenningen vgl. Kilian Fehr: Die Zeit der Weimarer Republik, in: Geschichte der Stadt Villingen-Schwenningen, Bd. 2: Der Weg in die Moderne, hrsg. von Casimir Bumiller, Villingen-Schwenningen 2017, S. 313 ff. Gemeinderat Freytag regte Ende 1919 eine gemeinsame Besichtigung der dortigen Wohnbauten in Einfachbauweise an, StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll 10. 12. 1919, § 1969. Auch im Nachlass des SPD-Stadtrats Kalbfell findet sich ein Notizzettel zum Wohnungsbau in Schwenningen, vgl. StadtA Rt., N 32 Nr. 20.

⁵⁵ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 17. 9. 1919, § 1494. Die Akten dazu in StadtA Rt., Hochbauamt Nr. 1103–1111.



1926 errichtete Reihenhäuser in der Sickenhäuser Straße, einer der Schwerpunkte städtischer Wohnbautätigkeit. Hier wie in Betzingen wurden in erster Linie kleinere Einfamilienhäuser, sogenannte Heimstätten, geschaffen.

Regie zehn Doppelwohnhäuser errichtet, die dann vermietet wurden. 1926 kam ebenfalls an der Sickenhäuser Straße noch eine Reihensiedlung mit 44 Einheiten hinzu.⁵⁶ Diese wiederum vom Stadtbauamt geplanten Reihenhäuser hatten in der ab 1921 am westlichen Ortsrand Betzingens entstandenen Siedlung Fröbelstraße ihr unmittelbares Vorbild, auch dort wurden 44 Häuser errichtet.⁵⁷ Diese Gebäude wurden nach Fertigstellung zu günstigen Konditionen verkauft.

Das Bestreben nach Schaffung von Wohnraum zeitigte auch ein Großprojekt auf vielleicht etwas unerwartetem Gebiet. Zum 200. Jahrestag des großen Stadtbrands von 1726 wurde auf vorherige Initiative des Frauenvereins der Beschluss gefasst, ein Altersheim zu errichten, das insbesondere den durch die Inflationsjahre besonders betroffenen Rentnern zu einem Lebensabend in

⁵⁶ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 12. 1. 1922, § 41; ebd. 18. 3. 1926, § 199; Hochbauamt Nr. 1050–1054.

⁵⁷ StadtA Rt., Bauratsschreiberei, Darlehensakten. Von den eigentlichen Gestehungskosten wurden den Erwerbenden die staatlichen und städtischen Zuschüsse erlassen, sodass die Preise zwischen ca. 25.000 und 30.000 Mark pro Haus samt Gartengrundstück lagen. Zur Fröbelstraße liegen Planungs- und Vergabeakten vor, in: StadtA Rt., Hochbauamt Nr. 1090–1091.



Das im November 1928 eingeweihte, von Baurat Adolf Kober geplante städtische Altersheim im Ringelbach wurde mit vielen Spendenmitteln Reutlinger Bürger errichtet. Den Anstoß bildete der 200. Jahrestag des großen Stadtbrands von 1726 und eine Initiative des Reutlinger Frauenvereins.

Würde verhelfen sollte.⁵⁸ In erster Linie hatte man dabei Alleinstehende und Ehepaare des „Mittelstandes“ im Auge. Dekan Theophil Wurm unterstützte das Vorhaben nachdrücklich und die Bürgerschaft, allen voran der Unternehmer Gustav Groß und weitere Fabrikanten, spendeten in erheblichem Umfang.⁵⁹ Das in „vorzüglicher und ruhiger Lage“ an der Ringelbachstraße errichtete Gebäude wurde nach Besichtigung einschlägiger Vorbilder an anderen Orten durch Stadtbaumeister Adolf Kober (1874–1939)⁶⁰ geplant, die Bauleitung lag bei seinem Mitarbeiter Karl Haid. Nach beachtlich kurzer Bauzeit wurde das Altersheim mit 40 Zimmern im November 1928 eingeweiht.

Die Ergebnisse des städtischen Wohnungsbaus konnten sich also sehen lassen. Allein im Jahr 1921 waren in Reutlingen insgesamt rund 200 neue Woh-

⁵⁸ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 2. 9. 1926, §§ 674, 701 sowie vom 25. 9. 1926, § 730.

⁵⁹ Die wesentliche Überlieferung zum Bau des Altersheims in StadtA Rt., Fürsorgeamt, hier v. a. Nr. 526 und 529.

⁶⁰ Manuel Cuadra: Architektur um 1900 in Reutlingen. Katalog zur Ausstellung, Reutlingen 1990, S. 113.

nungen geschaffen worden, bis Ende 1925 gar 780.⁶¹ Allerdings behob dies den Notstand keineswegs, sondern sorgte allenfalls für eine Milderung. So führte das Wohnungsamt im Herbst 1921 nicht weniger als 700 Wohnungssuchende in seiner Kartei, darunter 100 Familien. Noch Ende des Jahres 1925 ging Gemeinderat Wirsching von 879 Wohnungssuchenden aus, die SPD-Fraktion sprach 1926 von 343 Familien ohne Wohnung.⁶² Es wäre jedoch naiv, von einer einfachen Opposition von Verwaltung und Gemeinderat in dieser Frage auszugehen, waren doch die großen Fraktionen in den entscheidenden Kommissionen, angefangen von der Notwohnungskommission 1919 bis hin zur Baukommission, vertreten. Gleichwohl waren die von der Presse ausführlich wiedergegebenen öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats der Ort, unterschiedliche Positionen in der Wohnungsfrage zum Ausdruck zu bringen. Während die SPD-Fraktion immer wieder eine aktivere städtische Baupolitik zum Bestandteil von Haushaltsanträgen machte und dabei besonderen Wert auf größere Bauvolumen legte, verwahrte sich die Stadtspitze dagegen, dem Wohnungsmangel hauptsächlich durch eigene Bautätigkeit zu begegnen. Sicherlich unter dem Eindruck der für die Gemeindehaushalte problematischen Erzbergerschen Finanzreformen⁶³ hatte Oberbürgermeister Hepp schon zu Jahresanfang 1921 gemahnt, die Stadt könne nicht wie bisher fortfahren, wenn die Schuldenlast nicht zu groß werden solle. Noch deutlicher wurde er, nachdem 1926 im Zuge der Errichtung von Siedlungshäusern in der Sickenhäuser Straße und einigen Mehrfamilienhäusern die Bedienung der aufgenommenen Kredite fraglich geworden und neuerlich Forderungen nach öffentlicher Bautätigkeit aufgekomen waren: „Ein Lump sei, der mehr ausbebe, als er habe“, so der Oberbürgermeister im Gemeinderat.⁶⁴ Bauen war für die Stadt nämlich

⁶¹ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 16. 6. 1926, § 521. Die hier genannte Zahl von 780 Wohnungen findet eine Bestätigung durch die Baukontrollregister: Nach 147 dort verzeichneten Baumaßnahmen 1920 steigerten sich die Zahlen mit Ausnahme des Inflationsjahrs 1923 kontinuierlich bis auf 425 allein im Jahr 1925, StadtA Rt., Bauratsschreiberei, Baukontrollregister 1920–1925. Es handelte sich keineswegs durchweg um Neubauten, gerade in den frühen Jahren wurden auch sehr viele Dachböden zu Wohnraum ausgebaut.

⁶² StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 12. 1. 1922, § 41; 16. 6. und 16. 9. 1926, §§ 521, 701. Ein leider nicht weiter zuweisbarer lokaler Pressebericht „Wohnungsbau 1924–1926 in Württemberg“ (in: StadtA Rt., N 32 Nr. 20) weist Reutlingen gar einen der hinteren Ränge im Land zu, weit hinter anderen Industriestädten wie Esslingen, Ulm oder Stuttgart. Allerdings berücksichtigt diese Statistik lediglich den öffentlich geförderten Wohnungsbau.

⁶³ Die im Wesentlichen 1920 verabschiedeten Reichssteuergesetze führten dazu, dass die bislang von den Ländern und Kommunen erhobenen Einkommensteuern zu Reichssteuern wurden. Den Kommunen verblieben nun vor allem die Realsteuern (Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer) als eigene Einnahmen, vgl. A. Dehlinger (wie Anm. 40), §§ 380, 387; Kurt Jeserich: Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, Stuttgart 1985, S. 511–513.

⁶⁴ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 16. 9. 1926, § 701. Die Kreditakten in: StadtA Rt., Stadtpflege II, Nr. 826. Oberbürgermeister Hepp im Juli 1927 an die Aufsichtsbehörde im Innenministerium: „Übrigens ist die Sachlage heute so, dass eine Rückzahlung aus lau-

schon lange ein Verlustgeschäft. 1921 bezifferte die Baukommission einen jährlichen Abmangel von 3000 Mark für jede Wohnung.⁶⁵

Während sich Hepp mit seinen Bedenken in erster Linie an die SPD-Fraktion im Gemeinderat wandte, die gleichwohl an ihren Forderungen festhielt,⁶⁶ sahen auch die Bürgerlichen die Lösung nicht im Wohnungsbau in städtischer Trägerschaft. Das städtische Wohnbauprogramm kam am Ende aber erst unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise weitgehend zum Erliegen. 1929 betonte Stadtamtmann Rapp im Gemeinderat nochmals, wie sehr sich die Stadt seit Beendigung des Krieges auf diesem Feld engagiert habe.⁶⁷ In Zukunft sei aber ein städtisches Wohnungseigentum wegen zu hoher Bewirtschaftungskosten nicht mehr möglich.

Genossenschaftliche Bauvereine als Akteure auf dem Wohnungsmarkt

Neben der städtischen Bautätigkeit setzte man auf einen von Reich und Land geförderten privaten Wohnungsbau. Bereits vom 30. Mai 1919 datiert das Wohnungsbürgschaftsgesetz des Landes.⁶⁸ Ziel war es, „zu Gunsten der minderbemittelten Bevölkerung und der wirtschaftlich schwachen Teile des Mittelstandes, das Baukapital für [...] Kleinwohnungsbauten [...] zu verbilligen.“⁶⁹ Das Gesetz sah die Gemeinden und eine noch zu gründende Kreditanstalt des Landes⁷⁰ je hälftig als Bürgschaftsträger vor. Es war an den Städten, Förder- und Kreditwürdigkeit der Antragsteller zu prüfen. Nimmt man die

fenden Mitteln ein Ding der Unmöglichkeit ist und dass Rückzahlungen nur erfolgen können bei neuer Anleheaufnahmen (!).“ Die Lage der Stadt unterschied sich darin in nichts von der der meisten Kommunen, vgl. K. Jeserich (wie Anm. 63), S. 514.

⁶⁵ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 24. 2. 1921, § 223.

⁶⁶ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 18. 3. 1926, § 199 und 16. 9. 1926, § 701. 1926 etwa wurden ein Bauprogramm und Investitionen in Höhe von einer Million Mark beantragt, 1928 schrieb Oskar Kalbfell in einem Zeitungsbeitrag: „Notwendig ist, nachdem die Regierung und die Wokra [Wohnungskreditanstalt, d. Verf.] bis jetzt vollständig versagt hat, dass die Städte den Bauenden solange an die Hand gehen, bis der Staat seine Pflicht erfüllt.“, StadtA Rt., N 32 Nr. 20. Der Beitrag erschien u. a. in der von der Gemeinnützigen Wohnungsfürsorge der Mietervereine herausgegebenen Monatsschrift Schwäbisches Heim 2 (1928), Heft 3.

⁶⁷ Gemeinderatsprotokoll vom 21. 6. 1929, in: StadtA Rt., Bauratsschreiberei, Darlehensakten. 1930 war lediglich noch davon die Rede, Ersatz für die abgebrochenen Baracken zu schaffen, ebd.

⁶⁸ Regierungsblatt für Württemberg 1919, Nr. 19 (S. 131 ff.); vgl. A. Dehlinger (wie Anm. 40), § 140.

⁶⁹ Wie die vorige Anm.

⁷⁰ Gegründet 1924 als Wohnungskreditanstalt, vgl. A. Dehlinger (wie Anm. 40), § 78; P. Sauer (wie Anm. 25), S. 111–112. Zuvor gab es bereits eine Darlehens- und Baustoffverwaltung, die, so Innenminister Bolz, nun mit einem „neuen Firmenschild“ versehen werden sollte,

Bereitstellung von Bauland und die Aufgabe der Erschließung neuer Wohnquartiere hinzu, so wird deutlich, über welche Schlüsselstellung die Städte und Gemeinden beim Wohnungsbau verfügten. Der Finanzierung der Wohnbauförderung diente unter anderem eine Wohnungsabgabe, die 1924 in eine Gebäudeentschuldungssteuer umgewandelt wurde. Allerdings führte die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung dazu, dass allenfalls ein Teil dieser eigentlich für den Wohnungsbau gedachten Steuer, mit denen der inflationsbedingte Wertzuwachs von Grundvermögen abgeschöpft werden sollte, diesem tatsächlich zugutekam.⁷¹

Die Begünstigten der Wohnbaukredite waren nicht nur Einzelpersonen. Vielmehr war dies die Stunde der gemeinnützigen Baugenossenschaften und der Bauvereine, denen Bezirksnotar Jakob Rieber 1919 in einer öffentlichen Versammlung das Wort redete. Das Eigenheim, so Rieber, sei „der schönste Adelsbrief, den der einfache Mann erwerben und dessen er sich zeitlebens freuen kann.“⁷²

In Reutlingen existierte bereits seit 1892 der nach Esslinger Vorbild gegründete Bau- und Sparverein, einer der Vorläufer der heutigen GWG-Wohnungsgesellschaft.⁷³ Sein Ziel war es, Arbeitern modernen und gesunden Wohnraum zu verschaffen, sodass der Verein, ähnlich wie die Stadt, zunächst vor allem größere Häuser errichtete, die dann ebenfalls in der Tübinger Vorstadt entstanden. Auch Mischformen zwischen Einzel- und Mehrparteienhaus wie die fünf 1922 errichteten dreistöckigen Reihenhäuser in der Gabelsbergerstraße, erbaut nach Plänen des Reutlinger Büros Zimmermann,⁷⁴ wurden vom Bau- und Sparverein geplant. Gerade hier zeigte sich jedoch auch die Schwäche der genossenschaftlich finanzierten Bauinitiativen, die für konjunkturelle Entwicklungen anfälliger waren als die öffentliche Hand. So wurde das schon begonnene Unternehmen der Stadt zum Kauf angeboten, da die Bauten

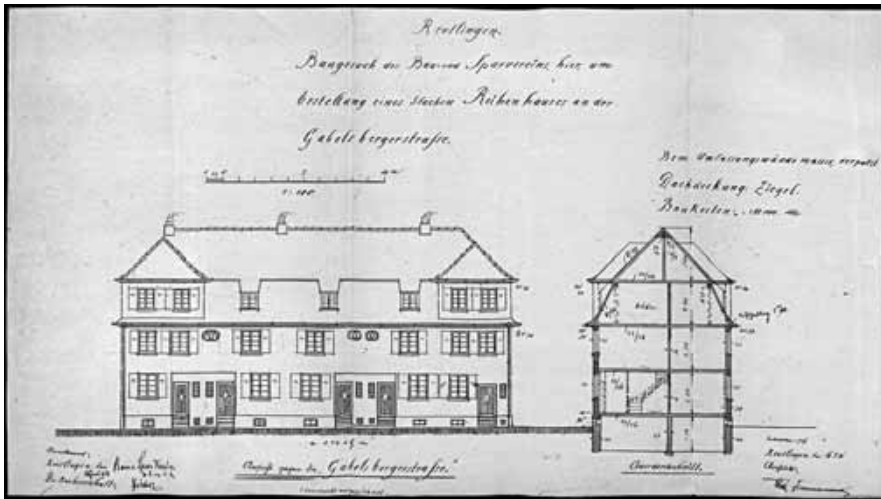
vgl. Ansbert Baumann (Bearb.): Die Protokolle der Regierung des Volksstaats Württemberg 1 (Kabinett Hieber Juli 1920–Mai 1924), Stuttgart 2017, Bd. 2, S. 975–977.

⁷¹ A. Dehlinger (wie Anm. 40), § 382. Nach dem Rechenschaftsbericht der Wohnungskreditanstalt des Landes für 1924/25 betragen die Einnahmen aus dieser Steuer 1924 rund 2,25 Millionen Reichsmark, 1925 annähernd sechs Millionen. 1924 wurden indes Kredite in Höhe von 13,3 und 1925 in Höhe von 22 Millionen zugesagt (veröffentlicht in: Schwäbisches Heim 1 (1927), Heft 6). Bemerkenswert das Eintreten Emil Hepps im Gemeinderat für diese Abgabe, deren Veranlagung „eine soziale und dem Steuerpflichtigen weitgehend Rechnung tragende“ sei, StadtA Rt., C 1 Gemeinderatsprotokoll 1928 II vom 20. 12. 1928, § 1348.

⁷² SKZ Nr. 57 vom 10. 3. 1919. Rieber selbst wurde Vorsitzender des 1921 gegründeten Heimstättenvereins, StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll 7. 4. 1921, § 463.

⁷³ Dazu im Wesentlichen die beiden Festschriften 75 Jahre Genossenschaftlicher Wohnungsbau in Reutlingen 1892–1967, o. O., o. J.; Einhundertfünfundsanzig Jahre Wohnungs-Genossenschaft in Reutlingen, hrsg. von Ders., Reutlingen [2017]. Ein Überrest des Vereinsarchivs liegt vor mit StadtA Rt N 802 (Bau- und Sparverein), bes. Nr. 2 (Protokoll 1914–1932).

⁷⁴ Es handelt sich um die heutigen Hausnummern 4–12, vgl. StadtA Rt., Hochbauamt Nr. 1093. Zum Architekturbüro Zimmermann, vgl. M. Cuadra (wie Anm. 60), S. 117.



Die Ansicht der Gabelsbergerstraße 4–12 aus dem Jahr 1921 zeigt den Einstieg in den Reihenhausbau: Nach außen entspricht das Gebäude den bislang vom Bau- und Sparverein errichteten Mehrfamilienhäusern. Die Eingänge deuten aber an, dass der Entwurf des Büros Zimmermann Einzelgebäude vorsah. Aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten wurden sie vor Fertigstellung von der Stadt übernommen.

„wegen eingetretener Teuerung“ nicht vollendet werden konnten.⁷⁵ Nach Überwindung der Inflation setzte wiederum Kapitalmangel der privaten und genossenschaftlichen Bautätigkeit Grenzen.

1918 entstand der genossenschaftlich verfasste „Siedlungsverein“ unter der Geschäftsführung von Gewerbelehrer Karl Haug.⁷⁶ Zu den Gesellschaftern zählten Reutlinger Fabrikanten, deren Engagement hier und ebenso in weiteren Baugenossenschaften eine Art von indirektem unternehmerischem Wohnungsbau anzuzeigen scheint.⁷⁷ Neben dem Bau- und Sparverein war der Siedlungsverein sicherlich der aktivste Zusammenschluss für den Wohnungsbau in der Stadt. Auch er hatte zum Ziel, Wohnraum „für die minderbemittelte Bevölkerung von Reutlingen auf gemeinnütziger Grundlage und unter vorzugsweiser Berücksichtigung von Kriegsteilnehmern und kinder-

⁷⁵ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokolle 30. 12. 1921, § 1678; 2. 3. 1922, § 255, vgl. dazu den Protokollband des Vereins, StadtA Rt., N 802 Nr. 2, dessen Einträge vom April 1921 bis Januar 1922 Planung und Abgabe des Bauprojektes spiegeln.

⁷⁶ Über die erste Generalversammlung im März 1919 im Altenhof des Gmindersdorfs berichtet die SKZ Nr. 55 vom 7. 3. 1919.

⁷⁷ Eine Liste der Genossen aus dem Jahr 1920 nennt etwa die Fabrikantenfamilien Ammer und Gminder, HStA Stuttgart E 151/08 Bü 236. Zur Vereinsgründung s. a. die handschriftlichen Nachträge von Rudolf Finckh in der Chronik von Egmont Fehlisen, StadtA Rt., DB 17 b, zum Jahr 1918.

reichen Familien“ zu schaffen, der Chronist Rudolf Finckh bezeichnete den Verein nachgerade als „Kriegersiedlungsverein“. Allerdings ging es hier nicht um größere Bauten, wie sie in der Tübinger Vorstadt unter Regie der Stadt oder des Bau- und Sparvereins entstanden, sondern um „Heimstätten“, in Reihen- oder Einzelbauweise errichtete Ein- bis Zweifamilienhäuser, denen vielfach noch ein kleines Gartengrundstück beigegeben war.⁷⁸ Der Verein war vorwiegend in Betzingen (Gewande Ehrsberg, Steig) tätig, aber auch in der Kernstadt im Gewand Hirschland, unweit der Wörth- und Lindachstraße. Bis 1928 waren etwa 50 Häuser entstanden. Eine 1924 erstellte Liste der Bewohner im Hirschland lässt durchblicken, wer hier eine neue Heimat fand: Von den 34 Bewohnern übte die Hälfte einen Handwerkerberuf aus, in 16 Fällen gehörten sie dem tertiären Sektor an, in erster Linie Kaufleute.⁷⁹ Es handelte sich also durchweg um eine vergleichsweise ökonomisch abgesicherte Mittelschicht, die Arbeiterschaft oder aber „minderbemittelte“ Schichten waren – wenn überhaupt – in diesem Fall offenbar nur in geringem Maß vertreten.⁸⁰

Die städtische Unterstützung für den Verein zeigte sich von Beginn an, als die Stadt selbst Mitglied in der Genossenschaft wurde, aber mehr noch in Zeiten der Krise. Der Verein hatte sich 1925/26 mit der Errichtung von vier Doppelwohnhäusern übernommen, nachdem die beauftragte Baufirma in Zahlungsschwierigkeiten geraten war. Da der Bau stockte, konnte der Verein die aufgenommenen Kredite mangels Möglichkeit, fertige Wohnungen zu verkaufen, nicht mehr bedienen. Die bemerkenswerte Lösung bestand nun darin, dass die Stadt – die gleichzeitig zu den größten Gläubigern gehörte – an die Stelle der zahlungsunfähigen Genossenschaft trat. Die Form der Genossenschaft blieb jedoch auch unter städtischer Regie erhalten: Die Gesellschafter-

⁷⁸ Das Folgende aus StadtA Rt., C 50; Stadtpflege I Nr. 331–332; Bauratsschreiberei, Baukontrollregister sowie Darlehensakten; HStA Stuttgart E 151/08 Bü 236.

⁷⁹ StadtA Rt., Stadtpflege I, Nr. 331. Ein prominenter Bewohner war der DVP-Gemeinderat (1928 Wechsel zum Christlichen Volksdienst), Kaufmann und Leiter der Ortsgruppe des Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverbandes, Eugen Wirsching (1891–1983), 1946 Gründungsmitglied der CDU in Reutlingen, später Arbeitsminister und Landtagsabgeordneter des Landes Baden-Württemberg, vgl. Frank Raberg: Wirsching, Carl Eugen, in: Baden-Württembergische Biographien, Bd. 2, hrsg. von Bernd Ottnad, Stuttgart 1999, S. 490–491.

⁸⁰ Allerdings war „einfachen“ Arbeitern Wohneigentum keineswegs gänzlich versperrt. Sowohl im Fall der um 1922 entstandenen städtischen Reihenhäuser in der Gabelsbergerstraße als auch in der Fröbelstraße in Betzingen finden sich Fabrikarbeiter, Boten, ja sogar Tagelöhner und „Notstandsarbeiter“ unter den Erwerbern, wenn auch zum Teil unter prekären Verhältnissen: Im Haus des bei der Firma Gminder beschäftigten Färbers Gottlob Junger in der Gabelsbergerstraße lebte 1925 auch dessen Schwägerin als Kostgängerin, die ihren Mietzins zur Darlehenstilgung „alle 14 Tage unmittelbar selbst ins Bankhaus“ trug, StadtA Rt., Bauratsschreiberei, Darlehensakten.

versammlung war nunmehr die Stadtgemeinde, Stadtpfleger Brucklacher wurde zum Geschäftsführer.⁸¹

Weitere örtliche wie überörtliche Bau- und Siedlungsvereine⁸² erhielten in gleicher Weise wie die beiden genannten Genossenschaften Darlehens- und Zuschussmittel der Wohnungskreditanstalt und der Stadt, die eine Darlehensvergabe in aller Regel mit einem Vorkaufsrecht verband. Nach einer Statistik der städtischen Wohnungsbauförderung 1924 bis 1926 hatten sich die Ausgaben für Wohnungsbauförderung mehr als verdreifacht.⁸³ Die Stadt griff den Bauherren mit Darlehen zu stark verringertem Zinssatz (2–5 % im Vergleich zu sonst üblichen Zinssätzen von um die 8–10 %) und insbesondere den Genossenschaften durch die Abgabe von günstigem Bauland unter die Arme.⁸⁴ Dazu benötigte die Stadt, wie schon angedeutet, eigene Haushaltsmittel, die durch Schuldaufnahmen, aber auch durch erhöhte Umlagen auf die verbliebenen Realsteuern gedeckt wurden – Maßnahmen, die angesichts des gerade für Reutlingen wichtigen konjunkturabhängigen Steueraufkommens im Körperschafts- und Gewerbesteuersektor nicht nur bei der liberalen Gemeinderatsfraktion, sondern auch bei der aufsichtführenden Kommunalabteilung des Innenministeriums zu kritischen Nachfragen führten.⁸⁵ Aber auch die neu

⁸¹ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 23. 6. 1926, § 545. Der Beschluss zur Übernahme erfolgte schließlich am 22. 12. 1927 in nichtöffentlicher Sitzung auf Vorschlag von Stadtamtmann Rapp, StadtA Rt., Stadtpflege I Nr. 331; HStA Stuttgart E 151/08 Bü 236. Dieser Weg war im Siedlungsverein selbst keineswegs unumstritten. Der Unternehmer Emil Gminder plädierte in der Jahresversammlung 1926 dafür, die Flinte „nicht ins Korn zu werfen“, fand jedoch keine Mehrheit.

⁸² Die städtischen Darlehensakten führen weiter den Verein „Soziale Bauleute“ und den 1921 gegründeten Heimstättenverein eGmbH an (StadtA Rt., Bauratsschreiberei, Baudarlehensakten); außerdem waren eine Bauarbeitergenossenschaft (StadtA Rt., Bauratsschreiberei, Baukontrollregister 1922) und der Schwäbische Siedlungsverein mit Sitz in Stuttgart aktiv. Erst 1929 entstand die Baugenossenschaft Reutlingen, s. Einhunderfünfundsanzig Jahre (wie Anm. 73), S. 16–17. Nicht aufzufinden waren Darlehensakten zu der ebenfalls in Reutlingen aktiven Gemeinnützigen Wohnungsfürsorge des Landesverbands der württembergischen Mietervereine, s. dazu einige spärliche Unterlagen ab 1928 im Nachlass Oskar Kalbfell, StadtA Rt., N 32 Nr. 20.

⁸³ 1924: 174.600,-; 1925: 389.000,-; 1926: 637.200,- M., nach StadtA Rt., Liegenschaftsamt Nr. 56.

⁸⁴ Die Stadt hatte für das Wohnungsbauprogramm des Jahres 1927 bei der Girozentrale ein Darlehen von einer halben Million zu 8 % aufgenommen, gab selbst Baudarlehen aber zu 5 % aus, StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 25. 10. 1929, § 1153. Ein Zinsfuß von 19 % wurde etwa für ein privates Darlehen 1925 von dem Reutlinger Bankhaus Ruoff und Quenzer verlangt, StadtA Rt., Bauratsschreiberei, Baudarlehen. S. dazu auch G. Schulz (wie Anm. 27), S. 144, der von regulären Kapitalmarktzinsen von 8,5 bis 10,5 % ausgeht.

⁸⁵ StadtA Rt., Stadtpflege II Nr. 826; HStA Stuttgart E 151/41 Bü 480, 587. Die Haltung der DDP im Gemeinderat ergibt sich u. a. aus den in den Gemeinderatsprotokollen dokumentierten Haushaltsberatungen, vgl. StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokolle vom 17. 1. 1921, § 64; 18. 2. 1926, § 97; 7. 4. und 26. 10. 1927, §§ 249, 932. Hingegen plädierte die SPD-Fraktion 1921 für die Anhebung der Gemeindeumlage zur Förderung des Wohnungsbaus, ebd. 17. 1. 1921, § 64.



Die Mitte der 1920er Jahre errichteten Tuffsteinbauten in der Hindenburgstraße (damals: Gustav-Schwab-Straße) sind bis heute beeindruckende Zeugnisse städtischer Wohnbauaktivitäten der Weimarer Jahre.

gegründeten Bausparkassen und die regulären Kreditinstitute stellten Mittel bereit. Stellvertretend sei die Reutlinger Oberamtssparkasse genannt, die 1924 Hypothekendarlehen im Umfang von etwas über 200.000 Reichsmark ausgegeben hatte, zwei Jahre später bereits die Millionengrenze überschritt und 1927 1,9 Millionen Reichsmark an Krediten ausgab.⁸⁶

Zuletzt ist auf den Wohnungsbau durch Reutlinger Unternehmen hinzuweisen. Das große Arbeitersiedlungsprojekt Emil Gminders hatte in den Weimarer Jahren keine Nachahmer gefunden, wiewohl gerade dieses Textilunternehmen in der Betzinger Hauffstraße nochmals Arbeiter- und Angestelltenhäuser errichtete.⁸⁷ Allgemein engagierten sich die Reutlinger Unternehmer, darunter auch Gminder, in den örtlichen Baugenossenschaften und förderten damit indirekt die Wohnbauaktivitäten in der Stadt. Die Firma Emil

⁸⁶ 75 Jahre Oberamtssparkasse Reutlingen 1853–1928, dargestellt von Kübler und Werenwag, Reutlingen 1928.

⁸⁷ Arbeiter-Siedlung Gmindersdorf (wie Anm. 53), S. 16.

Adolff brachte 1921 eine eigene Werksiedlung mit 13 Doppelwohnhäusern auf den Weg.⁸⁸

Die Bilanz des Wohnungsbaus in Weimarer Zeit blieb zwiespältig. Unmittelbar nach Beendigung des Krieges war die Stadt durch entschlossene Maßnahmen, zu denen die konsequente Anwendung des Wohnungsmangelgesetzes einerseits und die Schaffung von Notwohnungen andererseits zählten, in der Lage, der schlimmsten Wohnungsnot zu begegnen. Bei dem staatlich geförderten Heimstättenbau wirkte die Stadt nach Kräften mit und war selbst über Jahre hinweg der wichtigste Bauherr. Im Laufe der 1920er Jahre konnte auf diese Weise Wohnraum in beträchtlichem Maß geschaffen werden. Gegen Ende dieses Zeitraums verschwanden die Barackenwohnbauten auf der Rennwiese und in der Lohmühlestraße, ein auch in der Öffentlichkeit wahrgenommenes Zeichen für die Überwindung der äußersten Wohnungsnot.⁸⁹ Aufgrund knapper Ressourcen blieb es eine strittige und letzten Endes auch eine politische Frage, ob man sich für den vorwiegend von der SPD propagierten städtischen Wohnungsbau in Form größerer Einheiten oder aber für den Weg öffentlich geförderter Heimstätten entschied.⁹⁰ Selbstverständlich waren Einzelhäuser teurer und so verwundert es nicht, dass vielfach zum Bau von Reihenhaussiedlungen geschritten wurde. Sie können vielleicht als eine Mischform zwischen Einzel- und Mehrfamilienhaus gelten und vielfach übertraf ihr Wohnraum kaum die entsprechenden Flächen in Mehrfamilienhäusern. Bei aller Förderung des Eigenheims gilt es festzuhalten, dass der städtische Wohnungsbau in seinen unterschiedlichen Ausprägungen über die gesamten Weimarer Jahre nie ganz aufgegeben wurde.

Die Baugenossenschaften leisteten auf dem Feld des „Heimstättenbaus“ Beträchtliches, wenngleich gerade für sie konjunkturelle Einbrüche besonders fatal waren. So vermochte die Zahlungsunfähigkeit eines einzelnen Bauunternehmens den Reutlinger Siedlungsverein, der viele Projekte realisieren konnte und auch die Inflationsjahre überstanden hatte, auszuhebeln. Das Ziel der meisten gemeinnützigen Zusammenschlüsse, für „Minderbemittelte“ und Kinderreiche Wohnraum zu schaffen, konnte nur mit Abstrichen erreicht

⁸⁸ Hülsen und Spulen. Ihre Verwendung und Herstellung. Festschrift aus Anlass des 75-jährigen Bestehens der Firma Emil Adolff Reutlingen, Reutlingen 1954, S. 136; KB Rt. Bd. 2, S. 459.

⁸⁹ Die Baracken auf der Rennwiese wurden 1927 auf Abbruch verkauft, StadtA Rt., Gemeinderatsprotokoll vom 13. 1. 1927, § 23, Bauratsschreiberei, Darlehensakten, sowie H. Stelzer (wie Anm. 13), S. 107.

⁹⁰ Diese eher bei liberalen und bürgerlichen Gruppierungen anzutreffende Meinung wurde indes auch im Bau- und Sparverein diskutiert, der sich durchaus dem Arbeiterwohnungsbau verschrieben hatte. Auf der Generalversammlung am 10. 3. 1918 äußerte der Vorsitzende die Ansicht: „Vielfach werden speziell für die heimkehrenden Krieger, Kriegsheimstätten und Einfamilienhäuser gewünscht [...]“, StadtA Rt., N 802 Nr. 2. S. dazu auch den Beitrag von Gabriel Pscheidt.

werden – die wirklich Armen konnten sich gewiss auch kein gefördertes Wohneigentum leisten.⁹¹ Doch zeigen immerhin die Belegungen einiger Heimstättensiedlungen, dass die aus Angestellten, Facharbeitern und Handwerkern bestehende Mittelschicht bedient werden konnte, ohne Frage ein wichtiger Beitrag zu einer positiven Bindung der Menschen an die junge Demokratie. Eine wirkliche Lösung der Wohnungsnot war dann, unter gänzlich anderen Vorzeichen, dem Wohnungsbau der Wiederaufbaujahre nach 1945 vorbehalten.⁹²

Stadtplanung und Stadterweiterung

Großformatige Wohnsiedlungen als Ergebnis eines ambitionierten und mit den Ideen des „neuen Bauens“ verbundenen sozialen Wohnungsbauprogramms entstanden in Reutlingen, anders als in Großstädten wie Berlin (Britz bei Neukölln), Wien (Karl-Marx-Hof) oder aber im „Neuen Frankfurt“ nicht. Es gab nicht nur generelle Vorbehalte gegen „Mietskasernen“, auch die Stadtplanung bewegte sich im Allgemeinen noch in den Bahnen der vor dem Krieg angelegten Baulinienpläne.⁹³ Dies gilt etwa für das großzügig angelegte bürgerliche Wohngebiet auf dem Bloos und auf dem Haag um Volkspark und Rennwiese, wo der 1914 niedergelegte Baulinienplan ein Quartier „in landhausartigem Stil“ mit maximal zweistöckigen Einzelhäusern vorsah. Eine „angemessene architektonische Ausbildung“ und Dachformen wie Grundstücksabstände sollten ein gediegenes Wohnen ermöglichen.⁹⁴ Auch der 1922 erstellte Baulinienplan für die damalige Schwabstraße (die spätere Hindenburgstraße) entsprach diesem Rahmen. Von Bedeutung war hier, wie auch im benachbarten Steinenberggebiet, das Verbot von gewerblichen Bauten. Die Mischung von industrieller Arbeit und – zum Teil durchaus repräsentativem – Wohnen, die noch bis nach 1900 geradezu ein Markenzeichen der Reutlinger Oststadt gewesen war, wurde nun zusehends als Problem gesehen.⁹⁵

⁹¹ In diesem Sinn auch die reichsweiten Ergebnisse von G. Schulz (wie Anm. 27), S. 146.

⁹² Dazu Thomas Braun: Zwischen Traditionalismus und Modernismus. Bauen in Reutlingen im Zeitraum 1930–1950, in: RGB NF 34 (1995), S. 315.

⁹³ Dazu der Vorsitzende des Bau- und Sparvereins in der schon angeführten Sitzung vom 10. 3. 1918: „[...] und werde niemand bezweifeln, daß Einfamilienhäuser mit genügendem Garten und Kartoffel-Land und Platz zur Kleinvieh Haltung zweckentsprechender als die großen Mietskasernen seien, denn es ist doch das Ideal ein solches eigenes Heim mit Zubehör für sich allein bekommen zu können.“ (wie Anm. 90). Zur baulichen Entwicklung der Stadt vgl. T. Braun (wie die vorige Anm.) sowie KB Rt. Bd. 2, S. 459–460.

⁹⁴ StadtA Rt., Stadtplanungsamt Akzess. 2014/10, Nr. 12.

⁹⁵ In Teilen der Oststadt wurden 1921 Vorschriften für die bis heute typischen Vorgartenstreifen erlassen, ebenso für Gehwege und Baumreihen. 1928 folgten neue „Anbauvorschriften“, wonach weitere gewerbliche Betriebe mit starken Immissionen untersagt wurden. Neue Maschinenanlagen wurden nur genehmigt, wenn Elektromotoren anstelle des bisherigen



Der Stadtplan der 1920er Jahre zeigt anhand der geplanten Wege (gelb markiert) die Stadterweiterungen der 1920er- und 1930er Jahre nach Westen und Süden. Die Siedlungsschwerpunkte an der Sickenhäuser Straße und in Betzingen liegen außerhalb des Ausschnitts.

Als typisch kann für diesen Bereich der heutige Dorotheenweg gelten, wo 1928 ein geschlossenes Wohnquartier von dem Tübinger Architekten Richard Knecht realisiert wurde.⁹⁶ Die dortigen Ein- bis Zweifamilienhäuser zeigen allesamt gleichmäßig abgewalmte und mit Mansardenfenstern versehene Dächer und vermitteln mit ihren erkerartigen Vorbauten, Balkonen und Veranden den Eindruck gediegenen bürgerlichen Wohnens. Auch ein Nahversorger in Form einer Bäckerei war vorgesehen. Vermutlich der Wirtschaftlichkeit geschuldet, erscheinen die Bauabstände verringert, was den Eindruck einer geschlossenen Siedlung noch erhöht. In den Worten des Architekten sollten „diese Bauten nichts als ruhige gutbürgerliche Behausungen darstellen, die in Form und Einteilung an bewährten Baugedanken festhalten, jedoch zugleich auf dem Gebiet des Innenausbaus auch die neuesten Erfahrungen und Konstruktionen berücksichtigen [...]“. ⁹⁷ Dieses eher traditionellen Bauformen verpflichtete Siedlungsprojekt ist umso bemerkenswerter, als derselbe Architekt ebenfalls 1928 ein überaus modern anmutendes Hochhaus für den Albtorplatz plante, dessen Errichtung dann allerdings der Weltwirtschaftskrise zum Opfer fiel.⁹⁸

In ganz anderem Maßstab bewegten sich die Heimstättensiedlungen, deren Bauten aus Kosten-, aber auch aus Zeitgründen sichtlich auf Sparsamkeit und Bescheidenheit ausgerichtet waren. Dafür sprechen schon die überschaubaren Größen, war doch etwa in der 1926 entstandenen Reihenhaussiedlung Sickenhäuser Straße eine Dreizimmerwohnung für eine Familie die Regel, ebenso in deren Vorbildsiedlung Fröbelstraße, die allerdings im Obergeschoss noch eine zusätzliche Kammer aufwies. Im Grunde handelte es sich um dieselbe Raumdisposition, die schon die 1919 und 1920 geplanten Mehrparteienhäuser in der Tübinger Vorstadt aufwiesen. Zudem wurden 1922 bauliche Normen wie Wand- und Sockelstärken bei Kleinhausbauten herabgesetzt.⁹⁹ Doch auch bei einer verdichteten Bauweise einer Reihenhaussiedlung war der Wille erkennbar, durch Gartenland, Platzgestaltung und Begrünungen ein Gefühl von Wohnlichkeit zu schaffen. In der vom Siedlungsverein erbauten Siedlung

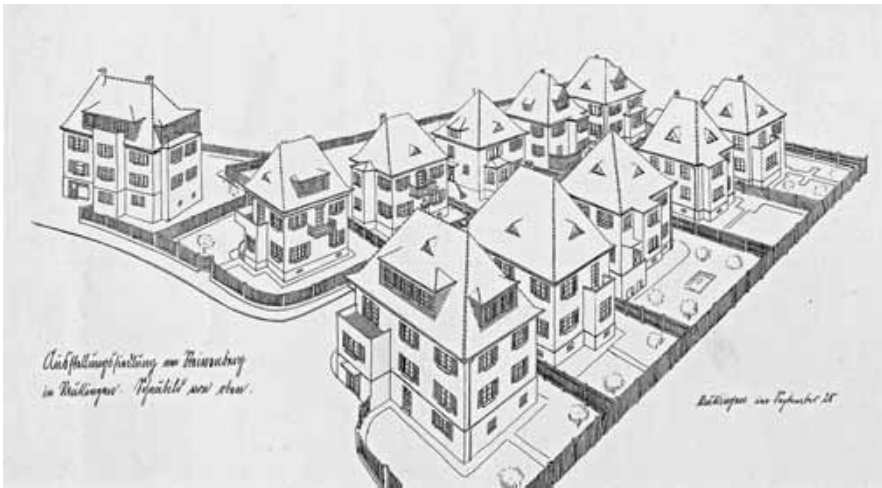
Dampfbetriebs traten, StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokolle vom 29. 4. 1921, § 590; 12. 7. 1928, § 794.

⁹⁶ Siedlung Steinenberg Reutlingen. Besichtigung November 1928 (Druck), StadtA Rt., DB 3819. Auch für dieses als „Wohnviertel ohne Gewerbe“ charakterisierte Gebiet war 1927 und 1928 ein Baulinienplan festgelegt worden, StadtA Rt., Stadtplanungsamt Akzess. 2014/10, Nr. 12.

⁹⁷ Siedlung Steinenberg (wie die vorige Anm.). In dem neu entstandenen, etwas randständigen Wohngebiet wurde die Bürgerlichkeit jedoch bald durch zunehmende Bettelei getrübt – womöglich eine Reaktion darauf, dass dies als „besseres“ Wohngebiet erkannt worden war? Vgl. StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 28. 6. 1928, § 700.

⁹⁸ T. Braun (wie Anm. 92), S. 319–321.

⁹⁹ StadtA Rt. C 50 Gemeinderatsprotokolle vom 18. 2. und 27. 5. 1920, §§ 241, 322; ebd. 2. 3. 1922, § 245; Hochbauamt Nr. 1050, 1053 (Baupläne), 1090. Hinzu kam die Verwendung möglichst sparsamer Baustoffe wie Tuff- und Schlackensteine, vgl. Anm. 102.



Siedlung Steinberg. Isometrische Darstellung des Architekturbüros Richard Knecht, 1928.

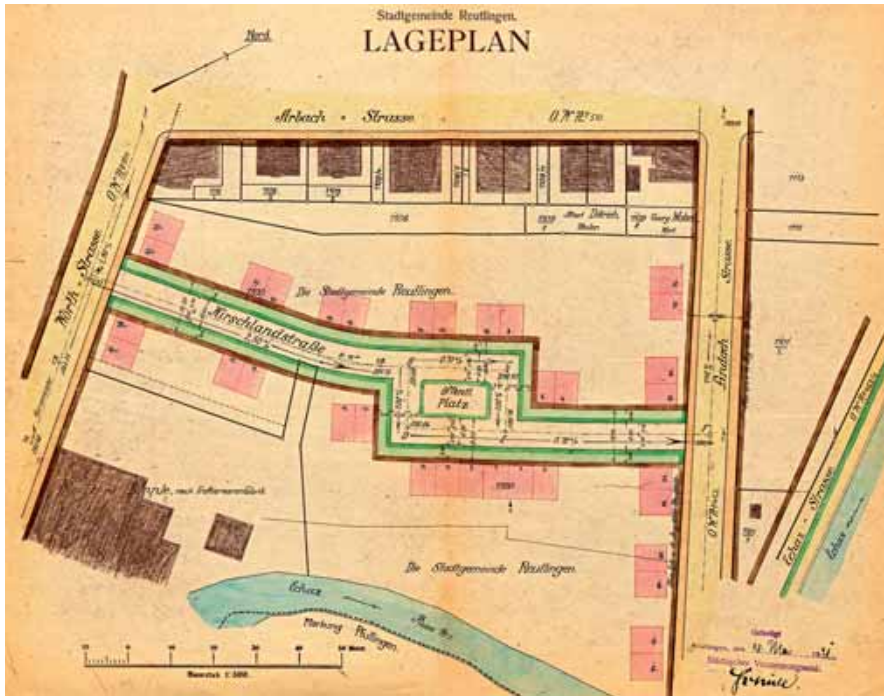
Hirschland etwa war ein erweiterter und begrünter Platz inmitten der Wohnstraße vorgesehen. Und vielen erschienen diese bescheidenen Häuschen immer noch weit attraktiver als die Wohnverhältnisse in mancher Altstadtwohnung. 1926 bat ein Bewohner der Weingärtnerstraße dringend um Einweisung in eine Wohnung in der Sickenhäuser Straße, da „die Gesundheit und das Leben seiner Frau“ in der überaus kalten Wohnung stets so gefährdet sei, dass es ausgeschlossen sei, nochmals einen Winter dort zu verbleiben.¹⁰⁰

Etwas großzügiger waren die großenteils privat erbauten Einfamilienhäuser im Gewand Betzenried angelegt, etwa die heute noch gut erhaltenen Straßenzüge entlang des Amalienwegs oder des Gartenwegs.

Neues Bauen?

Eine architekturgeschichtliche Gesamtbetrachtung der Weimarer Zeit in Reutlingen harrt noch der Bearbeitung. Die Innovationen dieser Jahre, soviel scheint jedoch klar, konzentrierten sich auf das Feld des massenhaften Wohnungsbaus in möglichst rationeller Bauweise. Das zeigen bereits die überall am Stadtrand und in Betzungen entstandenen und vielfach als Reihenhäuser errichteten „Heimstätten“, bei denen günstige Baustoffe und herabgesetzte Normen in Erwägung gezogen wurden. Auf dem Feld der Industriebauten war der 1927 errichtete spektakuläre, 101 Meter hohe Zentralkamin der Firma

¹⁰⁰ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 16. 9. 1926, § 701.



Der Lageplan der Siedlung Hirschland zwischen Wörth- und Lindachstraße zeigt die Platzgestaltung in mitten des überwiegend von Angestellten und Facharbeitern bewohnten Gebiets.

Ulrich Gminder an der Tübinger Straße¹⁰¹ eher die Ausnahme. Bei den in dieser Zeit entstandenen Mehrfamilienhäusern fällt die Verwendung regional verfügbarer Baustoffe auf. Besonders die Tuff- bzw. Kunsttuffsteine des Steinbruchbetriebs Wilhelm Schwarz in Gönningen wurden als günstige Alternative gerne genutzt.¹⁰² Gegen Ende der Weimarer Jahre fallen einige wenige Bauten auf, die sich deutlich auf die Bauhausbewegung beziehen. Nach der

¹⁰¹ K. Renz (wie Anm. 53), S. 275–276.

¹⁰² Margarete Blank-Mathieu: Der Tuffsteinabbau in Gönningen, in: RGB NF 51 (2012), S. 231–265. Das Unternehmen warb nachgerade mit der Verwendung des neuen Baustoffs bei neuen Wohnhausbauten in Pfullingen und Reutlingen, ebd. S. 241–242. Vermutlich wegen des bei Massivbauten aus Tuffstein entfallenden Verputzes galt eine derartige Ausführung sogar als günstiger als das sonst gebräuchliche Holzriegelfachwerk, StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 26. 6. 1925, § 464. Weiter wurde mit den noch günstigeren sog. Schlackensteinen experimentiert, die Architekt Zimmermann dem Bau- und Sparverein für die Reihenhäuser in der Gabelsbergerstraße vorschlug, vgl. StadtA Rt., N 802 Nr. 2 (Sitzung vom 30. 12. 1919).

Studie Thomas Brauns zum Bauen in Reutlingen zwischen 1930 und 1950¹⁰³ waren es vor allem öffentliche wie private Großprojekte wie das Hallenbad an der Albstraße (eingeweiht 1929), der von dem Frankfurter Architekten Ernst Balsler (1893–1964) geplante Neubau der AOK (1930–1932) sowie das schon angesprochene Hochhausprojekt von Richard Knecht am Ende der oberen Wilhelmstraße (1928), die die neuen, klaren Bauformen zeigen. Das vielleicht am besten dokumentierte Projekt zur Errichtung eines Hallenbads¹⁰⁴ soll mit Blick auf die damit verbundene öffentliche Diskussion abschließend näher betrachtet werden.

Nur wenige Tage nach der Einweihung des Altersheims im Ringelbach am 15. 11. 1928 stand das Richtfest für ein ganz anders geartetes Bauunternehmen an.¹⁰⁵ Das Reutlinger „Hallenschwimmbad“ an der Albstraße auf dem Platz der abgebrochenen Armenkelter war im Rückblick auch nach Ansicht der auf-sichtführenden Kommunalabteilung im württembergischen Innenministerium eine „hygienische Notwendigkeit für Reutlingen“,¹⁰⁶ die auch große finanzielle Opfer von am Ende über 1,3 Millionen Reichsmark¹⁰⁷ rechtfertigte. Diese Wertung verweist bereits auf den Charakter des kommunalen Bauwerks, das nicht reine Schwimmhalle, sondern in gleicher Weise eine Einrichtung zur Hygiene und Gesunderhaltung sein sollte. Deswegen waren Kneipp- und Schwitzbad, Duschen und Wannenbäder, ja ein Gymnastikraum fester Bestandteil des Raumkonzepts.

Es handelte sich um ein seit Langem gehegtes Vorhaben, für das erste Überlegungen noch weit in die Vorkriegszeit zurückreichen, und lange stand es in Konkurrenz zu weiteren Hochbauprojekten der Stadt, namentlich zur Errichtung einer Festhalle und zu einem Neubau des Gymnasiums. Schließlich brachte ein interfraktioneller Antrag von DDP, SPD und Zentrum – der „Weimarer Koalition“ also – das Schwimmbadvorhaben auf den Weg. Bereits zu diesem Zeitpunkt stand der später realisierte Bauplatz fest, der Ort der damals noch bestehenden Armenkelter in der Albstraße,¹⁰⁸ ein städtebaulich durchaus nicht ganz einfaches Quartier zwischen Altstadt und Echaz, das durch die

¹⁰³ T. Braun (wie Anm. 92).

¹⁰⁴ T. Braun (wie Anm. 92), S. 317–319; Yasmin Renges: Die Stadtbäder der Goldenen Zwanziger. Kommunale Prestigearchitektur zwischen Tradition und Moderne, Diss. Köln 2015, jeweils mit Quellenangaben.

¹⁰⁵ StadtA Rt., C 1 Gemeinderatsprotokolle 1928 II (23. 11. 1928, § 1245).

¹⁰⁶ HStA Stuttgart E 151/41 Bü 587 (Aktenermerk vom 12. 2. 1930).

¹⁰⁷ StadtA Rt., Stadtpflege I, Nr. 138, der Kostenvoranschlag lag bei 1,1 Millionen, ebd., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 26. 7. 1928, § 846.

¹⁰⁸ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 5. 5. 1927, § 383. Die Vorgeschichte ergibt sich zudem aus den Publikationen zur Einweihung am 15. 11. 1929: Das neue Hallenschwimmbad der Stadt Reutlingen, o. O. 1929, S. 1 sowie „Festausgabe des Reutlinger Generalanzeigers“ vom 14. 11. 1929; „Die Städtische Badeanstalt in Reutlingen“. Sonderausgabe der Schwarzwälder Kreiszeitung, schließlich die Freie Presse 268 vom 14. 11. 1929, alles in: StadtA Rt., F 2 a (Gas-, Wasserwerke und Badeanstalten), Nr. 452.

verkehrsreiche Straße und Betriebe der Leder- und Textilindustrie geprägt war.

Reutlingen war, wie die Arbeit von Yasmin Renges zeigt, mit dem Bäderbau in guter Gesellschaft. In knapp 40 deutschen Kommunen entstanden Hallenbäder während der Weimarer Jahre, drei davon in Württemberg (neben Reutlingen noch in Freudenstadt und Stuttgart-Heslach).¹⁰⁹ Und doch gab es bei dem Reutlinger Projekt Besonderheiten. Es zählte zu den ganz wenigen Bauvorhaben reichsweit, die nicht, wie noch beim Altersheim geschehen, in eigener Regie durchgeführt wurden, sondern aus einem von einer Fachjury begleiteten architektonischen „Ideenwettbewerb“ hervorgingen. Neben Reutlingen wurde lediglich noch im Solinger Stadtteil Ohligs und in Trier so verfahren.¹¹⁰ Dem Wettbewerb, zu dem ausschließlich Architekten aus Württemberg und Auswärtige, sofern sie gebürtige Württemberger waren, zugelassen waren, lag ein Raumbedarfskonzept des Stuttgarter Stadtbaurats Oskar Schmidt zugrunde, der seine Erfahrung beim Bau des Hallenbads in Stuttgart-Heslach einbringen konnte.¹¹¹ Die für die Stadt ungewöhnliche Auslobung des Wettbewerbs wurde nach kontroverser Diskussion im Gemeinderat am 15. September 1927 beschlossen. Die Ausschreibung folgte im Oktober desselben Jahres auf dem Fuß.¹¹² Fachberater waren der schon genannte Stuttgarter Stadtbaurat zusammen mit dem Bäderfachmann Max Nowotny aus Frankfurt, als Architektursachverständige gehörten die Stuttgarter Professoren Paul Bonatz und Clemens Hummel dem Gremium an.

Nach der Wertungssitzung des Preisgerichts am 9. und 10. Februar 1928 wurden unter den – angesichts der Beschränkung des Teilnehmerkreises beachtlichen – 127 Entwürfen fünf Preise vergeben und einige wenige Ankäufe beschlossen. Ein erster Preis wurde nicht vergeben, dafür zwei zweite, an Oberbaurat Rudolf Lempp (Esslingen) und Hans Wurster (Stuttgart), die aber beide nicht zum Zuge kamen.¹¹³ Dritte Preise gingen an die Stuttgarter Karl Gonser und an Richard Döcker (1894–1968), der in späterer Zeit für die Nachkriegsmoderne in Württemberg eine nicht unerhebliche Rolle spielen sollte.¹¹⁴ Einen weiteren dritten Preis erhielt der Entwurf „Klare Baukörper“

¹⁰⁹ Y. Renges (wie Anm. 104), S. 3.

¹¹⁰ Ebd., S. 45–46.

¹¹¹ Ebd., Teil 2, S. 85–87.

¹¹² Ebd., Teil 2, S. 76. Der Vorschlag, einen Wettbewerb durchzuführen, ging sicher nicht vom Gemeinderat aus, sondern wurde von der Verwaltung, evtl. aufgrund vorherigen Austauschs mit dem Stuttgarter Stadtbaurat Schmidt, eingebracht, vgl. StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokolle vom 15. und 30. 9. 1927, §§ 809, 836.

¹¹³ Die Unterlagen des Preisgerichts in StadtA Rt., Hochbauamt Nr. 864–865.

¹¹⁴ Döcker richtete, obwohl er den Auftrag nicht erhielt, ein anerkennendes Schreiben an die Stadt, indem er den Wettbewerb hervorhob. Sicher ein weiterer Hinweis des damals noch ungewöhnlichen Verfahrens, StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 28.2.1928, § 331.

des Frankfurter Architekten Gottlob Schaupp aus Frankfurt, der schließlich mit dem Zuschlag bedacht wurde.

Gottlob Schaupp (1891–1977) war als gebürtiger Reutlinger zum Wettbewerb zugelassen worden. Nach dem Studium in Stuttgart arbeitete er seit 1925 als Freier Architekt in Frankfurt am Main und war keineswegs auf Bäderbauten spezialisiert. Seine Werkauswahl zeigt vielmehr eine intensive Beschäftigung mit Stadtplanung und zeitgemäßem Wohnen (Stadtplanungsprogramm Neues Frankfurt ab 1925) sowie mit herausragenden Einzelbauwerken und Industriebauten (Telegraphenamt in Mainz, 1928/30).¹¹⁵ Allerdings kannte Schaupp zweifellos das 1927 begonnene Hallenbadprojekt seines schwäbischen Landsmanns, des Frankfurter Oberbaurats Martin Elsässer, im Frankfurter Stadtteil Fechenheim. Zudem hatte Schaupp, der mit mehreren Wettbewerbsbeiträgen ins Rennen gegangen war, einen bädertechnischen Fachberater hinzugezogen.

Das Urteil des Preisgerichts war das eine, die Diskussion in der Öffentlichkeit und im Gemeinderat das andere. Der Gemeinderat war dem Vorschlag des Preisgerichts in nichtöffentlicher Sitzung am 8. März, einem Monat also nach dessen Sitzung, gefolgt. In der anschließenden öffentlichen Beratung kam es im Gremium dann aber doch zu einer intensiven Diskussion um das augenfälligste Merkmal des Bades, sein, wie es hieß, „moderner Stil“,¹¹⁶ der ganz wesentlich von ersten und schon öffentlich gemachten Vorentwürfen anderer Architekten abwich.¹¹⁷ Schaupps Idee sah nun weder das in Süddeutschland seit alter Zeit gewohnte Satteldach vor noch zeigte er eine gerade für öffentliche Bauten charakteristische Natursteinfassade. Vielmehr handelte es sich um einen Komplex quaderförmiger Baukörper mit flachem Dach und Putzfassaden. Gliederung und Abstufung der Baukörper spiegelten die unterschiedlichen Funktionen des Bades. Die zur Eröffnung 1929 erschienene gedruckte Baubeschreibung streicht ebendiesen Aspekt besonders heraus:

„Die Hauptschönheit des Baues liegt in der Ausgeglichenheit der Verhältnisse; der lang herausgezogene Wannensbadflügel an der äußeren Kelterstraße wirkt durch seine ruhige Fläche, von dem Austritt gegen die Albststraße und die geschlossene Fensterreihe wirksam unterbrochen. Im kühnen Aufschwung erhebt sich in der Mitte der wuchtige 21 Meter hohe Hochbau, der das ganze Bild mit seiner glänzend gelungenen Flächenaufteilung beherrscht. Schön schmiegt sich an diese Baumasse die [...] Schwimmhalle mit ihren großen Lichtfallöffnungen an. In der äußeren Kelterstraße bildet der einstöckige Flügel für das medizinische und Kneipbad [...] einen schönen Übergang zu der noch bestehenden Kelter. Die Laden-

¹¹⁵ T. Braun (wie Anm. 92), S. 317; Y. Renges (wie Anm. 104), S. 193.

¹¹⁶ StadtA Rt., C 1 Gemeinderatsprotokoll 1928 I (8. 3. 1928, § 280).

¹¹⁷ GEA vom 15. 1. 1927 (in: StadtA Rt., Hochbauamt Nr. 865). Vgl. T. Braun (wie Anm. 92), S. 317.

vorbauten in der Albstraße geben dem ganzen Gebäudekomplex erst den richtigen Maßstab, so ordnet sich jeder einzelne Baukörper in das Gesamtbild harmonisch ein.“¹¹⁸

Schaupp selbst betonte rückblickend den Bezug seines Entwurfs zu einer zeitgemäßen technischen Funktionalität: „Ein [...] Bauorganismus, der in erster Linie durch technische Erfordernisse bestimmt ist, der eine Menge neuartiger Konstruktionen in sich vereinigt, kann unmöglich in Formen erstellt werden, wie sie unsere Urahnen für ihre Wohngebäude angewandt haben [...]“¹¹⁹

Die Mehrheit im Gemeinderat war gewillt, ihm zu folgen. Den Kern des Konflikts aus Sicht des Gremiums brachte Emil Roth zur Sprache. Es gehe darum, ob ein Gebäude entstehe, „das ganz dem neuzeitlichen Geschmack entspreche oder das sich mehr dem bestehenden Stadtbild anpasse.“¹²⁰ Roth erklärte sich als Anhänger der „neuen Bauweise“, doch blieb seine Auffassung nicht unwidersprochen. „Eine solche Kiste passe mehr in eine südamerikanische Stadt, aber nicht nach Reutlingen“, war zu hören. Solche Einwürfe blieben aber in der Minderheit. Auch der konservative Gemeinderat Wirsching konnte seinen Frieden mit den Schauppschen Plänen machen: „Man solle bauen, wie man heute baue.“ Vehement warf sich Hans Freytag, der wie Wirsching an der Jury teilgenommen hatte, für das Projekt „Klare Baukörper“ in die Bresche. Für ihn stand die technische Funktionalität im Vordergrund und er zeigte sich – wie andere Befürworter auch – zuversichtlich, dass künftige Zeiten für die Akzeptanz der noch ungewohnten Formen sorgen würden. Nur Freytag hatte damit die Grundidee Schaupps argumentativ aufgegriffen. Für die Mehrheit im Gemeinderat ging es schlicht um die Frage, ob man bereit war, ein bauliches Zeichen der Moderne zu akzeptieren, das zur Umgebungsbebauung deutlich im Kontrast stand.

Nachdem sich schließlich auch Oberbürgermeister Hepp ins Lager der Befürworter geschlagen hatte, erbrachte die Abstimmung eine deutliche Mehrheit für die „moderne“ Lösung mit zwanzig zu sieben Stimmen. Nach Umarbeitung der Pläne entsprechend den Anregungen des Preisgerichts und der städtischen Baukommission beriet der Gemeinderat die überarbeitete Planung abschließend am 12. April 1928. Der persönlich anwesende Architekt warb nochmals für seine Lösung und insbesondere für die kritisch hinterfragte Ausführung der Bauten mit Flachdach. Sein Argument rekurrierte auf die Grundidee, die äußere Form der Aufgabenstellung und der Funktionalität des Badegebäudes anzupassen. Als letzten Endes technisches Gebäude zeigte sich der Hallenbadentwurf vom Industriebau beeinflusst und hier, so Schaupp, könne man bereits auf eine jahrzehntelange Erfahrung mit dieser Bauweise

¹¹⁸ Das neue Hallenschwimmbad der Stadt Reutlingen, o. O. 1929, S. 2, 8. Dazu auch T. Braun (wie Anm. 92), S. 318.

¹¹⁹ Festschrift des Reutlinger Generalanzeigers (wie Anm. 108), S. 3.

¹²⁰ Wie Anm. 116.



Die Broschüre des 1929 eingeweihten Hallenschwimmbads in der Achalmstraße zeigt das moderne Gebäudeensemble auf dem Titel. Graphik und Farbgebung sind von der zeitgenössischen Neuen Sachlichkeit beeinflusst.

zurückblicken.¹²¹ Der Gemeinderat folgte seiner schon zuvor eingeschlagenen Linie, mit dem Bau konnte begonnen werden. Nach nur anderthalb Jahren Bauzeit wurde es am 15. November 1929 – auf Jahr und Tag nach der Einweihung des Altersheims 1928 – der Öffentlichkeit übergeben.

Für Reutlingen war die Realisierung dieses kommunalen Zweckbaus sicherlich ein Höhepunkt der Weimarer Jahre, die mit dem Bau des Altersheims und dem Hallenschwimmbad zwei bedeutende und zukunftsweisende Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge erbrachten. Die Parteien der Weimarer Koalition – und das waren wegen des geringen Anteils des Zentrums im Wesentlichen Sozialdemokraten und Liberale – hatten auf diese Weise zusammen mit Stadtverwaltung und Oberbürgermeister die aktive Rolle der Kommune auf dem Feld der Gesunderhaltung und Hygiene mit städtebaulichen und architektonischen Ausdrucksmitteln ihrer Zeit verbunden und ein Bauvorhaben auf den Weg gebracht, das nach dem Urteil Thomas Brauns „in Reutlingen eine neue Architektursprache“ einführt.¹²²

¹²¹ StadtA Rt., C 1 Gemeinderatsprotokoll 1928 I (12. 4. 1928, § 417).

¹²² T. Braun (wie Anm. 92), S. 318.

Fazit

Wohnungsbau und Stadtplanung während der Weimarer Jahre zeigen die Entscheidungsträger vor Ort unter einem enormen Handlungsdruck, der fast an das Diktum Ursula Büttners von der „überforderten Republik“ denken lässt.¹²³ Es ging darum, angesichts der Knappheit an Finanzen und Gütern nicht nur einfache, praktikable Lösungen zu finden, es galt darüber hinaus, widerstreitenden Bedürfnissen der Gesellschaft entgegenzukommen. Diesem Erwartungsdruck begegnete Stadtverwaltung und Gemeinderat mehrfach mit dem Hinweis auf die beschränkten eigenen Möglichkeiten, vor allem aber darauf, dass die akute Not letzten Endes eine der Folgen des verlorenen Krieges sei, denen man sich nun zu stellen habe.¹²⁴

Bei allen äußeren Schwierigkeiten haben die Stadtväter und -mütter intensiv um einen Weg gerungen, der nicht nur neuen Wohnraum schuf, sondern auch einen gesellschaftlichen Ausgleich ermöglichte. Exemplarisch steht dafür der Wohnungsbau in städtischer Regie, an dem trotz aller finanziellen Engpässe während der gesamten Weimarer Zeit festgehalten wurde. Eine Langzeitbetrachtung, die dann die Jahre nach 1945 einzubeziehen hätte,¹²⁵ müsste das Augenmerk auf Kontinuitäten und Brüche zu den Weimarer Jahren richten. Es sollte nicht verwundern, wenn nicht wenige der damals entwickelten Instrumente, Institutionen und Vorstellungen wieder aufgegriffen und fortentwickelt wurden.

Der Bau des Altersheims und des Hallenbads in den späten Weimarer Jahren belegt darüber hinaus, dass man in Reutlingen bei allen wirtschaftlichen Problemen gewillt war, die Stadt als Gestalterin des öffentlichen Lebens und als entscheidende Instanz der Daseinsvorsorge auf dem Gebiet des Sozialen, der Gesunderhaltung, aber auch der Freizeit zu etablieren. Reutlingen bestätigt dadurch die Vorstellung von der Stadt als bedeutsamem „Erfahrungsraum“, der die Einstellungen der Menschen zu dem neuen demokratischen Gemeinwesen positiv wie negativ mit bestimmt hat.

¹²³ Ursula Büttner: Weimar – Überforderte Republik und überforderte Bürger, in: Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert, hrsg. von Michael Dreyer und Andreas Braune (Weimarer Schriften zur Republik, Bd. 1), Stuttgart 2016, S. 81–102, bes. S. 81–84.

¹²⁴ Dazu stellvertretend Emil Hepp im Gemeinderat zur finanziellen Lage und zur Wohnungsnot: „Es sei dies ganz die durch den verlorenen Krieg geschaffene Lage. Unsere Gegner hätten den Krieg angefangen, um uns wirtschaftlich kaputt (!) zu machen, weil sie die deutsche Konkurrenz fürchteten.“ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 2. 9. 1927, § 674.

¹²⁵ Dazu Werner Schmahl: Neues Leben aus Ruinen, Reutlingen o. J. [ca. 1954], S. 91–98; T. Braun (wie Anm. 92) sowie Christiane Glauning: Planen, Bauen, Wohnen – Zwischen Requirierung und Wiederaufbau, in: Reutlingen 1930–1950. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit, hrsg. von der Stadt Reutlingen, Reutlingen 1995, S. 382–392.

„Ohne eigentliche Störung der öffentlichen Ordnung“.¹ Der November 1918 in Reutlingen

Lukas Kuhn

Der November 1918 war im ganzen Deutschen Reich eine Zeit „grundstürzender Vorgänge“:² Der Krieg war verloren, revoltierende Arbeiter und Soldaten stürzten das Kaiserreich und die Republik wurde ausgerufen. Das alte System war am Ende, und was die Zukunft nach dieser Phase des Übergangs bringen würde, war völlig offen. Es gab Freude über den Sturz des autoritären Regimes und zugleich Skepsis, Zukunftsangst und Trauer über das Verlorene. Große soziale Visionen und idealistische Hoffnungen auf ein besseres Zusammenleben trafen auf nicht minder große Alltagsorgen. Über verschiedene Zukunftsvorstellungen wurde heftig (auch gewaltsam) gestritten. Im November 1918 begann ein schwieriger Prozess der Umgestaltung, der zu einer neuen demokratischen Ordnung führte. Obwohl diese mit zahlreichen Problemen behaftet war und keine zwei Jahrzehnte Bestand hatte, prägt sie Deutschland bis heute wesentlich.³

Was aber geschah in dieser Zeit umwälzender Veränderungen in Reutlingen? In den meisten Geschichtswerken über die Revolution stehen ihre wichtigsten Zentren im Mittelpunkt des Interesses, vor allem Berlin und die Städte an der Küste. Für die Geschichte Württembergs liegt der Fokus auf Stuttgart. Im Folgenden soll gezeigt werden, wie die Revolution in einer Stadt abseits der großen Zentren verlief, was dort die Menschen beschäftigte und wie sie die Ereignisse bewerteten. Hauptquelle für diese Untersuchung sind die beiden am weitesten verbreiteten Reutlinger Tageszeitungen vom November 1918, die bürgerlich-konservative Schwarzwälder Kreiszeitung (SKZ) und der Reutlinger General-Anzeiger (GEA), welcher der in Reutlingen stark ver-

¹ Das Titelzitat stammt aus der Schwarzwälder Kreiszeitung (im Folgenden: SKZ) vom 11. November 1918 und bezieht sich auf die Revolutionsereignisse der vorigen Tage in ganz Württemberg. Die Aussage passt auch gut zu den Ereignissen in Reutlingen. Vollständig lautet das Zitat: „Ueberall in den Garnisonen und Städten die Macht des Soldatenrates – glücklicherweise auch da ohne eigentliche Störung der öffentlichen Ordnung.“, SKZ Nr. 265 (11. 11. 1918), S. 1.

² Titelschlagzeile der SKZ Nr. 265 (11. 11. 1918).

³ Für eine aktuelle Gesamtdarstellung und -bewertung der Revolution und ihrer Bedeutung vgl. z. B. Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie, Berlin 2017. Zu den in der Revolutionszeit erkämpften Errungenschaften, die für uns heute selbstverständlich sind, zählen unter anderem das Frauenwahlrecht, die Verankerung von Grundrechten in der Verfassung, der Achtstundentag, die Tarifpartnerschaft und die betriebliche Mitbestimmung. Vgl. ebd., S. 17.

tretenen Fortschrittlichen Volkspartei (später Teil der Deutschen Demokratischen Partei) nahestand und sich „in der Weimarer Republik von Anfang an auf den Boden der Verfassung“ stellte. Leider sind aus der fraglichen Zeit von der in geringerer Auflage gedruckten SPD-nahen Reutlinger Zeitung „Freie Presse“ keine Ausgaben mehr erhalten,⁴ sodass die Perspektive der Arbeiter und Sozialdemokraten im Folgenden zwangsläufig etwas zu kurz kommen muss. Um diesen Mangel zumindest ein wenig auszugleichen, wurde ersatzweise das überregionale „Organ der Sozialdemokraten Württembergs“ herangezogen, die in Stuttgart erschienene „Schwäbische Tagwacht“: Es ist davon auszugehen, dass deren Schwerpunkte und Wertungen bei den großen Themen der Zeit denjenigen der Reutlinger Freien Presse entsprach.

1. Blick nach Berlin und Stuttgart – Die Berichte der Reutlinger Zeitungen über die Revolutionsereignisse

Reutlingen lag nicht im Zentrum der Revolution: Die Stuttgarter SPD-Zeitung Schwäbische Tagwacht, die in den Tagen nach dem 9. November den württembergischen Revolutionsereignissen auch außerhalb Stuttgarts zahlreiche Berichte widmete,⁵ erwähnt Reutlingen nur einmal kurz am 12. November in einer Auflistung mehrerer Orte, ohne weitere konkrete Details zu nennen: „Machtvolle Demonstrationen werden sodann aus Eßlingen, Göppingen, Gmünd, Reutlingen, Ulm und Friedrichshafen berichtet.“⁶ Da entscheidende Ereignisse anderswo stattfanden, vor allem in Berlin und Stuttgart, waren Informationen über das Weltgeschehen wichtig für die Reutlinger, um sich ein Bild von den auch sie betreffenden dramatischen Entwicklungen zu machen. Neben den in jenen Tagen zahlreichen Versammlungen, die weiter unten noch behandelt werden, waren dafür in einer Zeit ohne Radio, Fernsehen und Internet vor allem die Tageszeitungen von großer Bedeutung. Der Überblick über die lokale Presse zeigt, dass die Reutlinger über die wichtigen Entwicklungen recht gut und zeitnah informiert wurden. Bereits Anfang November, noch vor dem Umsturz, wurde umfassend berichtet über die Ereignisse in Berlin, in den norddeutschen Marinestützpunkten und auch über Versammlungen und Streikaufrufe in Stuttgart. Dasselbe gilt auch für

⁴ Zur Reutlinger Presselandschaft vgl. z. B. Wolfgang Jung: Kriege, Brüche, Krisen – Wiederaufstieg. Reutlingen im 20. und 21. Jahrhundert, in: Reutlingen. Vergangenheit trifft Zukunft. Von der Reichsstadtherrlichkeit zur selbstbewussten Großstadt, hrsg. von Wilhelm Borth; Bernd Breyvogel; Wolfgang Jung, Reutlingen 2013, S. 173–240, hier S. 179 (hier auch das Zitat).

⁵ Es gab dafür eine eigene, fast tägliche Rubrik mit der Überschrift „Kundgebungen im Lande“. Vgl. z. B. Schwäbische Tagwacht Nr. 265 (10. 11. 1918), S. 3; Nr. 269 (14. 11. 1918), S. 3 und Nr. 270 (15. 11. 1918), S. 3.

⁶ Schwäbische Tagwacht Nr. 267 (12. 11. 1918), S. 3.

den Ablauf der eigentlichen Revolution in Berlin und Stuttgart. Wenig überraschend dominieren die Ereignisse in Berlin die Titelseiten und den vorderen Teil der Zeitungen, es folgen die Nachrichten aus Stuttgart, das Lokale muss sich mit den hinteren Seiten begnügen. Die Zeitungen bewerteten die Ereignisse sehr unterschiedlich. Die Reutlinger erhielten ihre Nachrichten je nach Orientierung der von ihnen gelesenen Zeitung in verschiedenen politischen Färbungen: Die kaisertreue, bürgerlich-konservative Schwarzwälder Kreiszeitung stand den Entwicklungen kritisch gegenüber. Einen Bericht über einen Streikaufruf und einen Protestmarsch der Unabhängigen Sozialdemokraten bei Daimler in Stuttgart betitelte sie am 5. November mit „Unabhängige Wühlereien in Stuttgart“.⁷ Hinter jedwedem Protest und Widerstand vermutete sie den Bolschewismus und die lenkende Hand Moskaus. Am 6. November lautete die Titelschlagzeile: „Die russische Botschaft in Berlin als Revolutions-Mittelpunkt“,⁸ Berichte von den Ereignissen in Hamburg, Bremen und Kiel wurden am 8. November überschrieben mit „Die Epidemie des Bolschewismus“,⁹ und die Titelzeile am 9. November, am Morgen vor dem Umsturz, lautete „Das schwerkgeprüfte Deutschland im Chaos des Bolschewismus“.¹⁰ Der Leitartikel vom 11. November fasste die Gefühle der Konservativen unter der Überschrift „Die Sturmflut über Deutschland“ zusammen: „Die Tage um den 10. November 1918 werden uns bis zu unserem letzten Stündchen in furchtbarer Erinnerung bleiben. [...] Der Massenterror, die Arbeiter- und Soldatenräte reißen überall die Gewalt an sich. [...] Wir müssen [die gegenwärtigen Vorgänge] betrachten als die Geburtswehen einer neuen Zeit [...]. Wie diese neue Zeit aussehen wird, vermögen wir heute nicht zu sagen.“¹¹ In interessantem Kontrast zu den Titelschlagzeilen und den Texten der Reutlinger Redakteure stehen ab dem 11. November die unkommentiert übernommenen Agenturmeldungen aus Berlin, die, unter Verantwortung des dortigen Arbeiter- und Soldatenrats geschrieben, ein ganz anderes Bild zeichnen. So konnten die Reutlinger eine Seite nach dem obigen Zitat folgende Meldung des WTB („Wolffs Telegraphisches Bureau“) lesen: „Berlin, 9. November. Hier hat die Revolution einen glänzenden fast gänzlich unblutigen Sieg errungen. [...] In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung.“¹² Einen Tag später berichtete dieselbe Agentur: „Noch immer sind die Straßen voll von Menschen, die die freudige Erregung aus den Häusern treibt.“¹³ Es blieb den Lesern überlassen, mit diesem offenen Widerspruch zurechtzukommen. Nachdem die schlimmsten Befürchtungen von bolschewis-

⁷ SKZ Nr. 260 (5. 11. 1918), S. 2 f.

⁸ SKZ Nr. 261 (6. 11. 1918), S. 1.

⁹ SKZ Nr. 263 (8. 11. 1918), S. 2.

¹⁰ SKZ Nr. 264 (9. 11. 1918), S. 1.

¹¹ SKZ Nr. 265 (11. 11. 1918), S. 1.

¹² Ebd., S. 2.

¹³ SKZ Nr. 266 (12. 11. 1918), S. 2.

tischer Gewaltherrschaft nicht eintraten, mäßigte sich der Ton der Kreiszeitung später deutlich, und sie setzte sich konstruktiver für die Interessen des bürgerlich-konservativen Lagers innerhalb der neuen Ordnung ein. Beibehalten wurden ein „wehmütiger Nationalismus“, welcher der verloren gegangenen Illusion von Größe nachtrauerte und sich unter anderem im Abdruck entsprechender Gedichte zeigte („Was einstmals blühte, nun sank es dahin. [...] Verlassen von allen bahnt Deutschland allein/den Weg sich durch Not und Gefahren“¹⁴), sowie eine feindselige Haltung gegenüber den Siegermächten und den von ihnen gesetzten Waffenstillstands-Bedingungen.¹⁵

Sachlicher berichtete der Reutlinger General-Anzeiger: Die Matrosenproteste mit mehreren Toten in Kiel beschrieb er am 6. November ohne Wertung und Parteinahme unter der Überschrift „Bedauerliche Vorgänge in Kiel“,¹⁶ die Berichte aus Norddeutschland vom Folgetag tragen die neutralen Titel „Die Lage in Kiel“ sowie „Arbeiteraufstände in Hamburg und Lübeck“.¹⁷ Der Bericht aus Berlin vom 9. November (vor dem Umsturz) trägt den Titel „Die Ereignisse in Berlin“,¹⁸ und der Umsturz vom 9. November wurde am 11. November in Form von unkommentierten Agenturmeldungen dargestellt, die, mit ihrem positiven Grundton, teils wortgleich auch in der Kreiszeitung zu finden waren. Nur aus Stuttgart gab es eigene Berichte, die jedoch die Vorgänge nicht bewerten.¹⁹ Während die Schwarzwälder Kreiszeitung in jenen Tagen mit Titelschlagzeilen über bolschewistisches Chaos und grundstürzende Vorgänge (s. oben) aufmachte, beschäftigten sich die Schlagzeilen des General-Anzeigers mit dem Krieg und den Waffenstillstands-Verhandlungen (vgl. *Abb. 1*). Einen Kommentar zur innenpolitischen Lage findet man im General-Anzeiger erst am 13. November. Im Leitartikel mit der Überschrift „Die deutsche Revolution“ werden die Ziele der Revolution grundsätzlich positiv bewertet: „Und in einer entscheidenden Plötzlichkeit, wie wohl noch nicht oft in der Weltgeschichte die Utopien von gestern die Realitäten von heute geworden sind, hat diese Revolution im Bewußtsein des Volkes ihren Sinn gefunden: die eine deutsche Republik, der freie deutsche Volksstaat, das Reich auch der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit und Freiheit – das soll sie bringen!“ Kritisiert wird allerdings die Gewaltsamkeit des Umsturzes. Außerdem wird ein Mitwirkungsanspruch des Bürgertums an der neuen Ordnung angemeldet und zur Mitgestaltung der Zukunft aufgerufen: „Auch dem deutschen Bürgertum wird die Revolution neuen Schwung und neues Leben bringen zu neuer, positiv gestaltender Arbeit.“

¹⁴ SKZ Nr. 270 (16. 11. 1918), S. 3. Weitere Beispiele ließen sich nennen.

¹⁵ Vgl. z. B. SKZ Nr. 275 (22. 11. 1918), S. 1: „Der ‚Völkerbefreier‘ wahres Gesicht“.

¹⁶ Reutlinger General-Anzeiger (im Folgenden: GEA) Nr. 261 (6. 11. 1918), S. 1.

¹⁷ GEA Nr. 262 (7. 11. 1918), S. 2.

¹⁸ GEA Nr. 264 (9. 11. 1918), S. 1 f.

¹⁹ GEA Nr. 265 (11. 11. 1918), S. 1.



Abb. 1: Titelseite des Reutlinger General-Anzeigers vom 11. November 1918. Aufmacher war die Abdankung Kaiser Wilhelms II. und das Ende des Krieges.

Nicht die Diktatur der Klasse – alle Klassen, alle Schichten und alle lebendigen Kräfte, die vorwärts wollen, sollen die deutsche Demokratie gestalten, zum Heile unseres Volkes.“²⁰ Fünf Tage später positionierte sich der General-Anzeiger mit dem Leitartikel „Demokratie und Bürgertum“ eindeutig in der demokratischen Mitte: „Das deutsche Volk sieht jetzt auf die ehrlichen Demokraten in seiner Mitte. Mögen sie die Augen weit offen halten, mögen sie schnell Klarheit schaffen über das, was not tut – auch der ‚Reutlinger General-Anzeiger‘ wird versuchen, an dieser Arbeit seinen Teil zu übernehmen – mögen sie dann rücksichtslos und entschlossen auf dem einmal gewählten Wege geradeaus vorwärts schreiten!“²¹

Einen euphorisch-positiven Grundton hatten die Beiträge in der SPD-Zeitung Schwäbische Tagwacht aus Stuttgart: „Der Sieg der Revolution! Eine gewaltige, aber glücklicherweise unblutige Revolution hat sich heute vollzogen: *Die Republik ist erklärt. Eine neue Epoche der Demokratie und Freiheit* bricht an, die alten Gewalten treten ab und das Volk, das die Revolution bewirkt hat, übernimmt die politische Macht [Hervorhebungen im Original,

²⁰ GEA Nr. 267 (13. 11. 1918), S. 1.

²¹ GEA Nr. 271 (18. 11. 1918), S. 1.

der Verf.].“²² Der Tenor der Reutlinger Arbeiterzeitung „Freie Presse“ dürfte ähnlich gewesen sein.

2. Die Revolution in Reutlingen

Öffentlich sichtbar wurde die Revolution in Reutlingen am 11. November. Bevor ausführlich auf diesen Tag eingegangen wird, soll hier noch etwas zu den Tagen zuvor gesagt werden: Denn anders als Karl Keim, der die Ereignisse als 16-Jähriger miterlebte, in seinem 1975 im Rahmen der Reutlinger Geschichtsblätter erschienenen Werk „Alt-Reutlingen“ impliziert („Man legte sich ruhig ins Bett und erwachte – in der Republik“²³), kam der Umbruch auch in Reutlingen keineswegs aus dem Nichts. Vorböten der kommenden Umbrüche waren zum Beispiel die öffentlichen Versammlungen, die bereits vor den entscheidenden Tagen von verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Gruppen organisiert wurden und jeweils viele Besucher anzogen. Sie waren neben den Zeitungen oft die einzige Möglichkeit, sich über die aktuelle Lage zu informieren und sich eine Meinung zu bilden. In unsicheren Zeiten boten sie Orientierung und Halt sowie die Möglichkeit zum Austausch mit Schicksalsgenossen. Der politische Umsturz mag nicht das Ziel der meisten Veranstalter und Besucher gewesen sein, teilweise war die Absicht ganz im Gegenteil das Beruhigen der Gemüter und das Motivieren zum disziplinierten „Durchhalten“. Dennoch sind diese Veranstaltungen ein Beleg dafür, dass es in der Gesellschaft rumorte und ein grundsätzliches Redebedürfnis bestand über die gegenwärtige Situation und zukünftige Lösungsmöglichkeiten. Die folgenden beiden Beispiele sind den Reutlinger Zeitungen entnommen: Am Nachmittag des 3. Novembers fand in der Leonhardskirche eine „Versammlung für Frauen“ statt zum Thema „Das Gebot der Stunde an die deutsche Frau“: „Je ernster die Tage sind, denen wir entgegengehen, desto mehr gilt es, alle ruhigen und besonnenen Elemente zu sammeln und zu stärken, daß in des Vaterlands schwerster Stunde nicht durch innere Unordnung und Zerwürfnisse die Not noch größer werde.“²⁴ Einen Tag zuvor sprachen die SPD-Landtagsabgeordneten Jakob Kurz aus Reutlingen und Bertold Heymann aus Stuttgart (später Minister in der provisorischen Landesregierung) auf einer „sehr stark besuchten öffentlichen Versammlung“ im Löwensaal (Kurz übernahm wenige Tage später, während der Revolutionsereignisse in Reutlingen, eine führende Rolle). Nach dem Bericht der Kreiszeitung schlug Heymann in

²² Schwäbische Tagwacht Nr. 265 (10. 11. 1918), S. 1. Der Text ist eine offizielle Proklamation der neuen provisorischen Regierung Württembergs zur Revolution.

²³ Karl Keim: Alt-Reutlingen. Bilder, Berichte, Erinnerungen, Reutlingen 1975 (gleichzeitig: Reutlinger Geschichtsblätter NF 13 (1975)), S. 155.

²⁴ SKZ Nr. 258 (2. 11. 1918), S. 3. Vgl. auch GEA Nr. 260 (5. 11. 1918), S. 5.

seiner Rede „Die Zukunft des deutschen Volkes und die Sozialdemokratie“ einen anderen Ton an als die Veranstalter der Frauenversammlung: „Den Schlager des Abends bildete naturgemäß die Kaiserfrage. Als Heymann ausführte, wenn es sich erweisen sollte, daß Personen dem Frieden im Wege stehen sollten, die deutsche Volksregierung den Weg werde zu finden wissen, diese Hindernisse aus dem Weg zu räumen, gab explosiver Beifall die klare Auskunft darüber, wieviel Uhr es da geschlagen hatte.“²⁵

In Reutlingen begann die Revolution in der Nacht nach den großen Umstürzen, die der 9. November in Berlin und Stuttgart gebracht hatte: Vermutlich als direkte Reaktion auf diese Ereignisse bildete sich auch hier ein Soldatenrat. Er wurde „in geheimer und direkter Wahl durch die Angehörigen des Ersatz-Bataillons gewählt“ und trat erstmals am Morgen des 10. Novembers zusammen.²⁶ Noch am selben Tag entstand auch ein Reutlinger Arbeiterat, dem laut Kreiszeitung „aus den größeren Betrieben je zwei Vertreter angehören und der 15 Köpfe zählen soll.“²⁷ Nach Karl Keim hatten „Abordnungen des Stuttgarter Soldatenrats“ die Nachrichten von den dortigen Ereignissen nach Reutlingen gebracht.²⁸ Revolutionäre aus verschiedenen Orten in Württemberg standen während der entscheidenden Tage miteinander in Kontakt und tauschten Informationen aus: Wilhelm Keil, SPD-Politiker und Redakteur der Schwäbischen Tagwacht, erinnerte sich später, dass bereits am Abend des 8. Novembers „Vertrauensleute“ aus mehreren württembergischen Industriestädten in Stuttgart zusammenkamen, „um sich zu informieren und sich dem Stuttgarter Vorgehen anzuschließen.“²⁹ Er erwähnt es dabei zwar nicht explizit, es ist aber durchaus möglich, dass auch Reutlinger bei diesem Treffen anwesend waren. Auch das abgebildete Telegramm, mit dem der Reutlinger Soldatenrat seine Gründung nach Stuttgart meldete, belegt den Informationsaustausch (*Abb. 2*). Den Vorsitz des Reutlinger Arbeiterrats übernahm der bereits erwähnte SPD-Landtagsabgeordnete Jakob Kurz, der Reutlingen seit 1906 in Stuttgart vertrat. Mit der Reutlinger Gewerkschafterin, Sozialdemokratin und Frauenrechtlerin Laura Schradin gehörte auch eine Frau zu den Mitgliedern des Arbeiterrats.³⁰ Schradin wurde im Januar 1919 als eine von nur 13 Frauen in die Verfassunggebende Landesversammlung Württembergs gewählt und war von 1919 bis 1925 Mitglied des Reutlinger

²⁵ SKZ Nr. 259 (4. 11. 1918), S. 3. Vgl. auch GEA Nr. 260 (5. 11. 1918), S. 5.

²⁶ So eine in der Schwarzwälder Kreiszeitung veröffentlichte Erklärung des Soldatenrats: SKZ Nr. 265 (12. 11. 1918), S. 4.

²⁷ Ebd.

²⁸ K. Keim (wie Anm. 23), S. 155 f.

²⁹ Wilhelm Keil: *Erlebnisse eines Sozialdemokraten*, Bd. 2, Stuttgart 1948, S. 70.

³⁰ Die Zusammensetzung des Arbeiterrats findet sich in einer Notiz in SKZ Nr. 268 (14. 11. 1918), S. 4.

№ 479 *		SOLDATENRAT GOVERNEMENT STUTTGART	
Abteilung Nr. 283		Stuttgart	
Telegramm Nr. _____		Telegramm Amt Stuttgart	
Aufgenommen von Rp den <u>10/11</u> 191 <u>8</u> um <u>12</u> Uhr <u>12</u> Min. <u>12</u> Sek. durch _____			
Telegramm aus <u>Reutlingen</u> am <u>24 10 11. 10</u> v. _____ ES. den _____ um _____ Uhr _____ Min. _____ Sek.			
Soldatenrat in Reutlingen (gleicher Weise konstituiert) sitzt Fizionstrasse 28 telefonnummer 758 protestpunkte abgeschlossen berichtet sehr beschlossene vorgeschritten laufend arbeitet Soldatenrat VORPRES. + + +			

Abb. 2: Der Reutlinger Soldatenrat gibt seine Gründung bekannt. Telegramm, gesendet am 10. November 1918 an den Stuttgarter Soldatenrat (angekommen um „12 Uhr 42 nachmittags“).

Gemeinderats.³¹ Ein gemeinsamer Plakatanschlag beider Reutlinger Räte rief Arbeiter und Soldaten am 11. November um 9 Uhr morgens zu einer Versammlung auf dem Karlsplatz zusammen.³² Laut General-Anzeiger folgten etwa 5000 bis 8000 Menschen diesem Aufruf, „darunter viele Soldaten, Frauen und Jugendliche“.³³ Den Ablauf der Kundgebung beschreibt die Zeitung so: „Vormittags von 9 Uhr ab stellte sich der Zug auf dem Karlsplatz zusammen und bewegte sich dann unter Vorantritt der Militärkapelle des Ersatzbataillons und unter Mitführen roter Fahnen durch die Gartenstraße, über den Burgplatz und die Wilhelmstraße zum Marktplatz. [...] Auf dem Marktplatz sprachen von drei Rednertribünen Landtagsabgeordneter Kurz und zwei weitere Redner über die bereits bekannten politischen Forderungen.“³⁴ Die Schwarzwälder Kreiszeitung identifiziert die Redner als „die Genossen Kurz, Sailer und Ruoff“, welche „die Errungenschaften der sozialen Volksrepublik feier-

³¹ Zu Laura Schradin vgl. z. B. W. Jung (wie Anm. 4), S. 176; Christina Klausmann: Laura Schradin, in: Württembergische Biographien, Bd. 1, Stuttgart 2006, S. 251 f.; Gustav Adolf Rieth: Laura Schradin. Ein Leben für das Recht der Frau, in: Reutlinger Geschichtsblätter NF 17 (1978), S. 7–37.

³² SKZ Nr. 265 (11. 11. 1918), S. 4.

³³ GEA Nr. 265 (11. 11. 1918), S. 3.

³⁴ Ebd.

ten, den absoluten Schutz von Eigentum und Leben durch den Arbeiter- und Soldatenrat garantierten, zur Einhaltung eiserner Manneszucht aufforderten und ein dreifaches Hoch auf die neue Staatsform und ihre Vertreter ausbrachten.“³⁵ Einen Eindruck von der Situation auf dem Platz und von der Größe und Zusammensetzung der dort versammelten Menge vermitteln drei Fotografien von diesem Tag, die sich in den Beständen des Stadtarchivs Reutlingen befinden (*Abb. 3–5*): Auf den *Abb. 3* und *4* ist vor dem „Warenhaus Kahn“ (Marktplatz 5) eine der drei Rednertribünen zu erkennen. Eine waghalsig improvisierte Konstruktion zeigt *Abb. 5*: Hier wurde für den Redner ein Holzbrett über das Becken des Marktbrunnens gelegt.

Eine Abordnung der Versammlung zog am Ende der Kundgebung ins Rathaus und übergab die Revolutionsforderungen an Oberbürgermeister Emil Hepp, der „auf Wunsch der Veranstalter eine kurze Ansprache an die Menge hielt und dabei seinerseits auf die Bedeutung dieser Tage für die Zukunft des deutschen Volkes verwies. Er zeichnete in kurzen Strichen den Ernst der inneren und äußeren Lage und gab zum Schlusse der Hoffnung Ausdruck, daß trotz allem was uns noch Schweres bevorstehe, doch unserem Volke eine neue Zukunft erblühe. Ein von ihm ausgebrachtes Hoch auf unser Vaterland fand begeistertsten Widerhall.“³⁶ Die städtischen Ämter wurden als im Dienst von Arbeiter- und Soldatenrat stehend erklärt, und zum Zeichen dafür wurden am Neuen Rathaus rote Fahnen gehisst (diese Situation zeigt *Abb. 6*). Auch das königliche Oberamt wurde entsprechend beflaggt. „[A]uf der Hermann Kurz-Schule als der hiesigen Kaserne und am Dienstgebäude des Bataillons weht die rote Fahne schon seit gestern.“³⁷

Von Zwischenfällen oder gar gewalttätigen Auseinandersetzungen während dieser Kundgebung wird nichts berichtet, „nirgends kam es in der Stadt zu Schlägereien und Schießereien.“³⁸ Wie aus den oben zitierten Reden hervorgeht, waren die Vertreter von Arbeiter- und Soldatenrat sehr darauf bedacht, die Sicherheit aller zu gewährleisten und die öffentliche Ordnung weiter aufrechtzuerhalten – deshalb der Aufruf zu „eiserner Manneszucht“. Entsprechende Appelle, auch an die eigenen Leute, wurden vom Soldatenrat in den Zeitungen veröffentlicht: „Wir erklären, daß wir mit aller Strenge gegen Ausschreitungen vorgehen werden. Kameraden! Wir befehlen was notwendig ist. Fügt euch unseren Anordnungen, haltet Ordnung und Disziplin und lasset euch von fremden Elementen nicht beeinflussen.“³⁹ Wenig Anhaltspunkte gibt es für folgende Behauptungen Karl Keims: „Sowohl die räterepublikanischen als auch die utopischen Ideen wurden von unbekanntem Fremden

³⁵ SKZ Nr. 265 (11. 11. 1918), S. 4.

³⁶ GEA Nr. 265 (11. 11. 1918), S. 3.

³⁷ SKZ Nr. 265 (11. 11. 1918), S. 4.

³⁸ K. Keim (wie Anm. 23), S. 157.

³⁹ GEA Nr. 265 (11. 11. 1918), S. 5.

nach Reutlingen hineingetragen und verbreiteten sich rasch. Doch bald dämmten mehrere linksbürgerliche, sozialdemokratische und gewerkschaftliche Einheimische die Uferlosigkeiten ein.“⁴⁰ „Die Mitglieder der Räte, meist unbekannte Männer von auswärts ohne politische Erfahrung, nahmen auf einige Tage das Heft in die Hand; der Name und das Gespenst ‚Spartakus‘ drohten.“⁴¹ Keine der beiden Zeitungen berichtet von derartigen Fremden, auch nicht die Schwarzwälder Kreiszeitung, die ja anfänglich hinter jedem Revolutionsereignis den „Bolschewismus“ vermutete (s. oben). Vielmehr hatten Einheimische von Anfang an die Führung inne: Hauptredner auf dem Marktplatz war der etablierte Reutlinger Landtagsabgeordnete und Gemeinderat Jakob Kurz. Auf derselben Kundgebung sprach außerdem der sich schon seit 20 Jahren im Amt befindliche Oberbürgermeister. Auch die anderen beiden Redner waren der Zeitung namentlich bekannt (s. oben). Allenfalls die von *Abb. 5* bekannte wackelig improvisierte Redeplattform auf dem Marktbrunnen (s. oben) könnte die Anwesenheit „inoffizieller“ Redner nahelegen, die mit ihrem Gedankengut keinen Raum auf den „offiziellen“ Tribünen fanden – aber auch das ist reine Spekulation. Jakob Kurz war auch Vorsitzender des Arbeiterrats, und statt „unbekannter Männer von auswärts“ hatte der Rat Mitglieder wie die in Reutlingen geborene und dort schon lange politisch aktive Laura Schradin (s. oben). Das Ziel von Jakob Kurz „und das der Mehrheit im Reutlinger Arbeiterrat war die parlamentarische Demokratie. Der Rat [...] stellte sich hinter die gemäßigte württembergische Regierung.“⁴² Auch Keim erkennt die Bedeutung von Kurz in der Revolutionszeit an: „Ihm kam das unbestreitbare Verdienst zu, allen Uferlosigkeiten Einhalt geboten und die Grundlagen für ein Weiterleben bis zur Bildung neuer politischer Formen geschaffen zu haben.“⁴³ Der Soldatenrat hielt sich aus politischen Fragen vollständig heraus: Am 13. November veröffentlichte er in allen Zeitungen eine Bekanntmachung, „um alle falschen Anschauungen über die Vorgänge der letzten Tage auszuschließen“. Darin heißt es: „Der Soldatenrat betrachtet sich als eine rein militärische Organisation, die sich nur mit militärischen Fragen beschäftigt. Er erklärt sich deshalb für politisch neutral, gibt jedoch jedem einzelnen Soldaten seine politische Gesinnungsfreiheit.“⁴⁴

Die Situation in Reutlingen nach den Ereignissen des 11. Novembers zeigte große Kontinuität: Die Autorität von Oberbürgermeister Hepp wurde nie in Frage gestellt. Er war seit der Jahrhundertwende im Amt und blieb es bis 1929.

⁴⁰ K. Keim (wie Anm. 23), S. 157.

⁴¹ Ebd., S. 158.

⁴² W. Jung (wie Anm. 4), S. 175.

⁴³ K. Keim (wie Anm. 23), S. 159. Ein Ursprung für die nicht belegbaren Erinnerungen Keims könnte eventuell der oben beschriebene Austausch zwischen Revolutionären aus verschiedenen württembergischen Städten gewesen sein, den Keim als das Wirken fremder Einflüsse interpretiert haben könnte.

⁴⁴ SKZ Nr. 267 (13. 11. 1918), S. 4; GEA Nr. 267 (13. 11. 1918), S. 3.



Abb. 3–4: Menschenmenge auf dem Marktplatz am 11. November 1918.



Abb. 5: Improvisierte Redeplattform auf dem Marktbrunnen.



Abb. 6: Rote Fahnen am Rathaus der Stadt.

Die Stadtverwaltung verrichtete in der neuen Ordnung ihren Dienst wie zuvor, Gemeinderat und Bürgerausschuss tagten unverändert weiter in wöchentlichem Rhythmus.⁴⁵ Wichtiger als gesellschaftspolitische Grundsatzfragen oder etwaige Loyalitätskonflikte der kaiserzeitlichen Beamten waren das Aufrechterhalten der Ordnung und das Lösen der drängenden Alltagsprobleme, beispielsweise bei der Lebensmittel- und Energieversorgung (mehr dazu unten).⁴⁶ Ein Aufruf des Reutlinger Oberregierungsrats Friedrich Zorer „an die Bezirksangehörigen“ vom 12. November unterstreicht das: „Ich richte daher an alle mir unterstellten Organe die dringende Aufforderung, in der seitherigen Weise ihres Amtes zu walten und für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung innerhalb ihres Wirkungskreises zu sorgen.“⁴⁷ Auch Oberbürgermeister Hepp äußerte sich entsprechend in seiner Ansprache zu Beginn der ersten Sitzung des Gemeinderats nach dem Umsturz am 13. November: „Uns den Beamten und ehrenamtlich Tätigen in der Gemeindeverwaltung ist die Mahnung gegeben, auf dem Posten zu bleiben und auszuhalten wie bisher. Das geloben wir in dieser Stunde mit tiefem sittlichen Ernst. Wir wollen Trennendes nach Möglichkeit auf die Seite legen und uns mühen, Gutes zu schaffen für unsere Stadt.“⁴⁸ Die in der Revolution entstandenen Räte ersetzten nicht die etablierten Institutionen, sondern wurden als Interessenvertreter ihrer jeweiligen Klientel in die bestehenden Entscheidungsprozesse eingebunden. Beispiele dafür sind die „Lebensmittelabteilung“ und die „Kartoffelstelle“. Auf Beschluss des Gemeinderats wurden in beiden Gremien Vertreter des Arbeiterrats aufgenommen.⁴⁹ Auch Vertreter des etwas später gegründeten „Volksrats“ (s. unten) erhielten Sitze. Außerdem wurde von nun an öffentlich getagt – erstmals am 19. November. Beide Ausschüsse hatten „sowohl eine beratende wie kontrollierende Eigenschaft“ bei Fragen der Lebensmittelversorgung. Wie die Schwarzwälder Kreiszeitung nach der ersten Sitzung feststellte, wurde hier konstruktiv und transparent zusammengearbeitet: „Es wurde [...] offenbar, daß die Vertreter des Arbeiter- und des Volksrates es mit der ihnen übertragenen Aufgabe ernst nehmen, ebenso daß die Beamtung gerne bereit ist, in alle Schubfächer und Winkel des schwierigsten und dabei undankbarsten aller städtischen Ressorts schauen zu lassen.“⁵⁰

Kurz nach der Kundgebung auf dem Marktplatz begannen sich nach den Arbeitern und Soldaten auch weitere Bevölkerungsgruppen zu organisieren: Bereits am Abend des 11. November wurde bei einer sehr gut besuchten

⁴⁵ Nachzuvollziehen über die Gemeinderatsberichte in den Zeitungen: s. unten.

⁴⁶ Vgl. W. Jung (wie Anm. 4), S. 175 f.

⁴⁷ SKZ Nr. 267 (13. 11. 1918), S. 4.

⁴⁸ Wiedergegeben in GEA Nr. 269 (15. 11. 1918), S. 2. Vgl. auch SKZ Nr. 268 (14. 11. 1918), S. 2.

⁴⁹ GEA Nr. 269 (15. 11. 1918), S. 2. Vgl. auch SKZ Nr. 268 (14. 11. 1918), S. 2 f.

⁵⁰ SKZ Nr. 273 (20. 11. 1918), S. 3.

Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei im Hotel Kronprinz die Gründung eines „Volksrats“ in Angriff genommen, der all jene Bürger repräsentieren sollte, die sich weder im Arbeiter- noch im Soldatenrat vertreten fühlten: „Wenn Sozialdemokraten und Gewerkschaften sich eine Vertretung im Arbeiterrat schaffen, so kann es dem übrigen freiheitlich gesinnten Volksteil nicht verwehrt werden, sich ebenfalls eine Vertretung zu sichern, um auf den Gang der Dinge Einfluss zu gewinnen.“⁵¹ Der Volksrat sollte keine „Kampforganisation“ sein, sondern mit den anderen Organisationen ein „friedliches Nebeneinanderarbeiten“ pflegen. Vertreter des Soldatenrats waren bei der Versammlung eingeladen und anwesend, und auch mit dem Arbeiterrat sollte Einvernehmen hergestellt werden.⁵² Dominiert wurde der Volksrat zu Anfang von der Fortschrittlichen Volkspartei – Nationalliberale sollten nur aufgenommen werden, wenn „sie sich auf den Boden der deutschen Volksrepublik stellen und nicht der Vaterlandspartei angehören.“⁵³ Nach längerer Vorbereitung (der erste entsprechende Aufruf datiert vom 13. November⁵⁴) gründete sich außerdem am 28. November im Gasthaus „Falken“ ein „Rat geistiger Arbeiter für Stadt und Bezirk Reutlingen“, der sich unter anderem an Lehrer, Angestellte und Beamte richtete. Anwesend war dabei auch der Kultminister (heute „Kultus-“) der provisorischen Landesregierung, Bertold Heymann (SPD), der in vorrevolutionärer Zeit schon einmal in Reutlingen aufgetreten war (s. oben). Es wurde betont, man wolle „nicht im Gegensatz zu den Handarbeitern und ihren Räten, sondern in enger Fühlung mit ihnen“ arbeiten. Parteipolitisch erklärte der Rat geistiger Arbeiter sich neutral.⁵⁵ Erste Schritte hin zu einer gemeinsamen Organisation in einem „Angestelltenausschuss“ unternahm Ende November auch „kaufmännische Angestellte, Techniker und Werkmeister“.⁵⁶ Von der Fortschrittlichen Volkspartei wurde seit Mitte November zudem die Gründung von Bauernräten im Oberamtsbezirk Reutlingen betrieben.⁵⁷ Der Sinn all dieser Interessenvertretungen erschloss sich nicht jedem: Im General-Anzeiger wurde am 2. Dezember an der Gründung des Rats geistiger Arbeiter folgende Kritik geäußert: „Derartige Gründungen tragen den Keim künftigen Zwietrachtes und Unfriedens in sich: anstatt im jetzigen Augenblick die bestehenden Klassenunterschiede zu beseitigen, werden neue geschaffen – werden durchaus unnatürliche künftige Gegensätze ins Leben gerufen.“⁵⁸ In einem in der Kreiszeitung am 29. Novem-

⁵¹ GEA Nr. 266 (12. 11. 1918), S. 2 f. Zitat: S. 3. Vgl. auch SKZ Nr. 266 (12. 11. 1918), S. 3.

⁵² Ebd.

⁵³ GEA Nr. 272 (19. 11. 1918), S. 2.

⁵⁴ Vgl. SKZ Nr. 267 (13. 11. 1918), S. 4.

⁵⁵ SKZ Nr. 281 (29. 11. 1918), S. 2 f.; GEA Nr. 281 (29. 11. 1918), S. 2 f.

⁵⁶ Vgl. SKZ Nr. 279 (27. 11. 1918) S. 4; SKZ Nr. 281 (30. 11. 1918), S. 2; GEA Nr. 282 (30. 11. 1918), S. 2 f.

⁵⁷ Vgl. z. B. GEA Nr. 271 (18. 11. 1918), S. 2.

⁵⁸ GEA Nr. 283 (2. 12. 1918), S. 5.

ber direkt nach dem Bericht von der Gründung des Rats geistiger Arbeiter abgedruckten Mundartgedicht von „Ernst Fröhlich“ mit dem Titel „De nui Zeit“ finden sich folgende Zeilen: „Rät wo ma goht und schoht./Blos ois fehlt no: jetzt wisse mer/Vor lauder Rät koin Rot.“⁵⁹

Rätegründungen waren nicht die einzigen gut besuchten Veranstaltungen im November 1918: Versammlungen unterschiedlichster Veranstalter zur Zukunft von Staat und Gesellschaft fanden den ganzen Monat hindurch statt. Die Schwarzwälder Kreiszeitung schrieb am 18. November: „Oeffentliche Volksversammlungen, in denen die verschiedensten Gruppen um die politische Macht und allerhand geistige Strömungen um Anerkennung ringen, ohne daß sich bisher für jedermann klare Verhältnisse herausgebildet hätten, nehmen seit den Tagen der Revolution und des einstweiligen Rechtszustandes einer vorläufigen Regierungsform alle Kreise unserer Bevölkerung in Anspruch.“⁶⁰ Die Räumlichkeiten für all diese Veranstaltungen boten die Reutlinger Hotels und Gasthäuser. Der Tagungsort, der in Veranstaltungsankündigungen und -berichten am häufigsten auftaucht, war das Hotel Kronprinz am Bahnhof, dessen „Gartensaal“ auch Platz für größere Gruppen bot – hier fand unter anderem die Gründungsversammlung des Volksrats statt (s. oben).

3. Alltagsorgen

Den Vertretern der neuen Ordnung waren Ruhe und Ordnung sowie das ungebrochene Weiterarbeiten der alten Institutionen und Amtsträger sehr wichtig. Ein wesentlicher Grund dafür waren die zahlreichen Probleme, mit denen (nicht nur) Reutlingen im Herbst 1918 konfrontiert wurde: Es galt, die Versorgung der Bevölkerung und das öffentliche Leben aufrechtzuerhalten. Einen erheblichen Einfluss auf das Alltagsleben hatte die größte und tödlichste Pandemie der jüngeren Geschichte: die sogenannte Spanische Grippe. Am 31. Oktober gab das königliche Oberamt Reutlingen in der Schwarzwälder Kreiszeitung bekannt: „Angesichts des immer größeren Umgreifens der Grippe werden [...] alle Ansammlungen von Personen bei Märkten, Messen, Versammlungen und Uebungen sowie bei allen Vergnügungen (Theater, Konzerte, Lichtspielvorführungen, Tanzkurse u. dergl.) im Oberamtsbezirk Reutlingen bis auf weiteres verboten. Mit Kattarrhen und Husten behafteten Personen wird dringend nahegelegt, den Besuch von Gottesdiensten zu unterlassen.“⁶¹ Die Revolutions-Versammlungen einige Tage später konnte dieses Verbot nicht verhindern. Die Schulen waren Anfang November geschlossen („Grippe-Vakanz“) und sollten es auf Anordnung des Oberamts bis 9. No-

⁵⁹ SKZ Nr. 281 (29. 11. 1918), S. 3.

⁶⁰ SKZ Nr. 271 (18. 11. 1918), S. 3.

⁶¹ SKZ Nr. 256 (31. 10. 1918), S. 4.

vember bleiben. Die württembergische Staatsbahn musste ab 1. November das Verkehren einiger Güterzüge wegen Erkrankungen beim Zugbegleitpersonal einstellen.⁶² Am 6. November schrieb die Kreiszeitung: „Die Grippe hat auch in Reutlingen in äußerst bedenklicher Weise um sich gegriffen. Die finanziellen Wirkungen der Seuche sind für die Krankenkassen ganz ungeheuerliche: dabei ist die Krankheit durchaus noch nicht nennenswert im Abnehmen begriffen. [...] Leider sind auch eine ganze Reihe Todesfälle auf die Grippe zurückzuführen. Dringend ist zu wünschen, daß das Auftreten dieser heimtückischen Krankheit in Bälde ernstlich wieder nachläßt.“⁶³ Zu den Gesundheitsgefahren kamen im ganzen Reich Versorgungsprobleme, die insbesondere die unteren Schichten betrafen und die als Mitauslöser des Umsturzes gelten (erinnert sei an den berühmtesten Schlachtruf der Revolution: „Friede und Brot“).⁶⁴ Als vergeblicher Versuch, die Lage zu beruhigen, erscheint dabei die in Reutlingen am 8. November veröffentlichte Ankündigung des Berliner Kriegsernährungsamts, ab 1. Dezember die Brotration erhöhen zu wollen – am Tag danach kam es zum endgültigen Sturz des alten Systems.⁶⁵ An den Versorgungsengpässen konnte dieser zunächst allerdings auch nichts ändern. Am bedrohlichsten für das Überleben der Menschen waren die Probleme mit der Lebensmittelversorgung, insbesondere in den Städten. Einrichtungen wie die „Lebensmittelabteilung“ und die „Kartoffelstelle“ (s. Abschnitt 2) konnten die knappen Ressourcen nur verwalten, nicht vermehren: „darüber dürfte man sich aber nirgends in Zweifel sein, daß man im allgemeinen mit dieser neuen Einrichtung, die wir deshalb beileibe nicht als überflüssig hinstellen möchten, nicht satter wird.“ Die Kreiszeitung hoffte deshalb auf ein Einsehen der Siegermächte: „Da kann – Gott sei’s gesagt – zurzeit nur [US-Präsident] Wilson helfen.“⁶⁶ Den ganzen November gibt es zahlreiche Hinweise auf die bedrohliche Situation: Immer wieder wurden Appelle an die Bevölkerung veröffentlicht, die unter Verweis auf die Nahrungsmittelsituation zum Bewahren von Ordnung und Disziplin aufriefen: Am 11. November, dem Tag der Revolutionskundgebung in Reutlingen, erschien in der Kreiszeitung der folgende Aufruf des neuen Reichskanzlers Ebert: „Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung

⁶² SKZ Nr. 257 (1. 11. 1918), S. 3 und 4.

⁶³ SKZ Nr. 261 (6. 11. 1918), S. 3. Vgl. auch GEA Nr. 261 (6. 11. 1918), S. 5.

⁶⁴ Vgl. W. Niess (wie Anm. 3), S. 19, 126 f.; Schwäbische Tagwacht Nr. 275 (21. 11. 1918), S. 1: „Die Kriegsfurie, begleitet vom Hunger hat das deutsche Volk gezwungen, sich gegen seine bisherigen Machthaber zu erheben. Das deutsche Volk will Friede und Brot.“ Für Reutlingen nachvollziehen lassen sich die Engpässe während des Krieges bei Antonia Jeismann: Im Krieg gemeinsam? Die Feldpostbriefe des Ehepaars Goehrlich. Eine Fallstudie zu „Front“ und „Heimat“ im Ersten Weltkrieg, in: Reutlinger Geschichtsblätter NF 52 (2013), S. 223–289, hier insbes. S. 252–257.

⁶⁵ SKZ Nr. 263 (8. 11. 1918), S. 3.

⁶⁶ SKZ Nr. 273 (20. 11. 1918), S. 3.

des politischen Lebens, bedroht. Es muß die Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern [...]. Wer sich an Nahrungsmitteln [...] oder den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs Schwerste an der Gesamtheit. Mitbürger! Ich bitte euch alle dringend: Verlasst die Straße, sorgt für Ruhe und Ordnung.“⁶⁷ In einem anderen Aufruf vom selben Tag an die Arbeiter- und Soldatenräte schrieb Ebert: „Das Volk muß verhungern, wenn die Bahntransporte gestört werden.“⁶⁸ Einen Tag später ließ die neue württembergische Regierung mitteilen: „In erster Linie muß die strengste Ordnung gesichert werden, um die Städte und Industriegebiete vor dem Hungertod zu bewahren.“⁶⁹ Die Rückkehr der Soldaten in die Heimat drohte das Problem noch zu verschärfen. Im selben Aufruf der Landesregierung heißt es: „Die heute schon herrschende Not wird durch das Zurückfluten Hunderttausender von Soldaten ins Ungeheure gesteigert.“⁷⁰ In der zweiten Novemberhälfte ist diese Verschlimmerung des Problems im schärfer werdenden Ton der Aufrufe zu erkennen: In einem Appell des Reutlinger Oberamtes vom 19. November wurde auf das Problem des zurückkehrenden „Millionenheers von der Westfront“ hingewiesen, und die Nahrungsmittelerzeuger wurden „im allerdringendsten Landesinteresse“ aufgefordert „ihr Äußerstes zu tun, um abzuliefern, soviel irgend im Bereich des Möglichen liegt“. Andernfalls wären die Behörden gezwungen „zur rücksichtslosen Erfassung des Vorhandenen schreiten zu müssen“. „Ganz zu schweigen von der Gefahr, daß infolge Hungersnot einzelne besonders betroffene Gruppen der Bevölkerung vielleicht versuchen könnten, mit Gewalt den Landwirten abzunehmen, was sie zu ihrer Ernährung nötig zu haben glauben.“⁷¹ Eine weitere „ernste Mahnung“ ähnlichen Inhalts veröffentlichte der württembergische Ernährungsminister am 25. November.⁷² Von konservativer Seite wurde die Not auch zum Schüren einer konterrevolutionären Stimmung benutzt. Am 23. November schrieb die Kreiszeitung unter der Überschrift „Auf das Konto der Revolution“: „Ein Zusammenbruch unserer Lebensmittelversorgung wäre, wie man von zuständiger Stelle entgegen anderslautender Behauptungen hört, ohne Eintritt der Revolution nicht erfolgt.“⁷³

⁶⁷ SKZ Nr. 265 (11. 11. 1918), S. 2.

⁶⁸ GEA Nr. 265 (11. 11. 1918), S. 2.

⁶⁹ SKZ Nr. 266 (12. 11. 1918), S. 1.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ GEA Nr. 273 (20. 11. 1918), S. 6; SKZ Nr. 273 (20. 11. 1918), S. 4.

⁷² SKZ Nr. 277 (25. 11. 1918), S. 3 f.

⁷³ SKZ Nr. 276 (23. 11. 1918), S. 2.

Gegenüber dem Lebensmittelmangel erscheint das Fehlen von Gebrauchsgegenständen, wie von Schuhen⁷⁴ oder Papier⁷⁵, als kleineres Problem. Ebenfalls bedrohlich war allerdings die Situation bei der Brennstoff-Versorgung, welche für die Haushalte im kommenden Winter sowie für Industrie und Stromversorgung besonders wichtig war. Es fehlte besonders an Kohle. Das Arbeitsministerium ordnete im November mehrfach Verkürzungen der Arbeitszeit an, um Energie zu sparen: Es sollte nur noch bei Tageslicht gearbeitet werden.⁷⁶ In Betrieben, die auf durch Kohlen erzeugte Energie angewiesen waren, durfte Ende November nur noch fünf bis sechs Stunden gearbeitet werden, und reduziert wurden die Arbeitstage auf fünf (der Samstag war 1918 noch ein normaler Werktag), die Wochenarbeitsstunden auf maximal 30.⁷⁷ Wegen des akuten Kohlemangels wurden außerdem weitere Sparmaßnahmen eingeführt (der deutsche Rückzug blockierte den Rhein und damit die Kohleversorgung des rohstoffarmen Württemberg): Geschäfte und Dienstleister mit Publikumsverkehr mussten ihre Öffnungszeiten auf die Zeit mit Tageslicht einschränken. Ab 21 Uhr galt eine strikte Polizeistunde. Die Straßenbahn stellte ab 22 Uhr den Verkehr ein, und zur selben Zeit wurde die Straßenbeleuchtung ausgeschaltet. Es gab Klagen über schlecht geheizte Kirchen.⁷⁸ Auch der öffentliche Bahnverkehr wurde im Laufe des Novembers wegen des Transportaufwandes für die Demobilmachung eingeschränkt.⁷⁹ Hinzu kamen Geldsorgen: „Um dem zurzeit außerordentlich hohen Bedarf an Zahlungsmitteln abzuhelfen“, wurde Anfang November kommunal organisiertes „Notgeld“ ausgegeben.⁸⁰ Immer wieder kursierten Gerüchte über eine drohende Beschlagnahme von Bankguthaben (die SKZ berichtete dazu u. a. am 6., 15. und 16. November).⁸¹

Die dominierenden Themen in der zweiten Novemberhälfte waren die Demobilmachung und die Rückkehr der Soldaten in die Heimat. In einem am 19. November fast wortgleich im *General-Anzeiger* und in der Kreiszeitung veröffentlichten Willkommensgruß wurde gefordert, den Soldaten, die trotz

⁷⁴ SKZ Nr. 269 (9. 11. 1918), S. 4.

⁷⁵ In der zweiten Novemberhälfte musste z. B. der *General-Anzeiger* seinen Erscheinungsumfang aus Papiermangel einschränken. Vgl. z. B. GEA Nr. 275 (22. 11. 1918), S. 5; GEA Nr. 278 (26. 11. 1918), S. 2; GEA Nr. 280 (28. 11. 1918), S. 6.

⁷⁶ Vgl. z. B. SKZ Nr. 269 (15. 11. 1918), S. 4; SKZ Nr. 271 (18. 11. 1918), S. 3; GEA Nr. 272 (19. 11. 1918), S. 5; SKZ Nr. 278 (26. 11. 1918), S. 4.

⁷⁷ GEA Nr. 279 (27. 11. 1918), S. 2; GEA Nr. 280 (28. 11. 1918), S. 3; SKZ Nr. 280 (28. 11. 1918), S. 4; (SKZ Nr. 282 (30. 11. 1918), S. 2.

⁷⁸ SKZ Nr. 278 (26. 11. 1918), S. 3; SKZ Nr. 280 (28. 11. 1918), S. 4; GEA Nr. 280 (28. 11. 1918), S. 3.

⁷⁹ Vgl. z. B. GEA Nr. 269 (15. 11. 1918), S. 2; GEA Nr. 270 (16. 11. 1918), S. 3; SKZ Nr. 269 (15. 11. 1918), S. 3.

⁸⁰ SKZ Nr. 257 (1. 11. 1918), S. 3; SKZ Nr. 258 (2. 11. 1918), S. 3.

⁸¹ SKZ Nr. 261 (6. 11. 1918), S. 3; SKZ Nr. 269 (15. 11. 1918), S. 4; SKZ Nr. 270 (16. 11. 1918), S. 3.

der Niederlage mit dem „guten Gewissen der vollauf erfüllten Pflicht“ und erhobenen Hauptes zurückkehren könnten, einen ehrenhaften Empfang zu bieten: „wir vergessen es ihnen nie und nimmer, was sie 4½ Jahre für uns, für die traute Heimat getan, gelitten und geopfert haben, wir sehen in ihnen ruhmgekrönte Krieger“. ⁸² In der Gemeinderatssitzung vom 20. November wurde beschlossen, die Stadt für die Rückkehrer zu schmücken: Bahnhofsgebäude, Listplatz und die als Soldatenquartiere genutzten Schulen sollten beflaggt werden, ebenso die Zugangsstraßen zum Bahnhof und der Ortsausgang nach Betzingen. Am Bahnhofsausgang wurden „kleine Ehrenpforten“ errichtet. ⁸³ Die Kreiszeitung brachte Gedichtvorschläge, mit denen Kinder ihre Väter „in Reimen“ begrüßen konnten („Gottlob nun ist das Morden aus/die Krieger ziehen froh nach Haus [...]“). ⁸⁴ Arbeiter-, Soldaten- und Volksrat veröffentlichten am 22. November einen gemeinsamen Aufruf (die immer wieder betonte gute Zusammenarbeit der verschiedenen Räte hatte in diesem Fall also tatsächlich funktioniert): „Zu Ehren der heimkehrenden Krieger! Unsere Truppen, die von unerschütterlichem Glauben und Liebe zu ihrem deutschen Vaterlande getragen, die unerhörtesten Strapazen ertragen, die herrlichsten Heldentaten verrichtet haben, um die Schrecken des Schlachtfeldes von dem heimatlichen Boden fernzuhalten, beginnen heimzukehren. Wir richten deshalb heute an die Bürgerschaft der Stadt Reutlingen die Aufforderung: Heraus mit den Fahnen als Willkommensgruß für unsere Helden! Fort mit gedrückter und trüber Stimmung! Unser deutsches Vaterland geht nicht unter! Ein jeder trage den Kopf aufrecht, ein jeder sei stolz auf unsere Armee!“ ⁸⁵ Die Appelle scheinen erfolgreich gewesen zu sein: In der Gemeinderatssitzung vom 27. November wurde ausdrücklich „der Einwohnerschaft [...] für die reiche Beflagung gedankt.“ ⁸⁶

Die ersten Soldaten, die auf dem Rückweg durch Reutlingen zogen, waren jedoch keine Einheimischen: Ungarische Truppen durchquerten auf dem Weg zu Sammelstellen in Münsingen und Ulm die Stadt und hinterließen dabei einen nachhaltigen Eindruck. Laut Karl Keim prägte sich das Bild dieser fremdartigen Soldaten, die in Reutlingen für kurze Zeit Quartier nahmen, „als letzte Kriegserinnerung unauslöschlich in das Gedächtnis der Reutlinger ein.“. Einige Ungarn verkauften Teile ihrer Ausrüstung, darunter auch Munition. Laut Keim wechselten sogar Pferde den Besitzer. ⁸⁷ Wenig begeistert war die nationalistische Schwarzwälder Kreiszeitung: „Man beobachte also äußerste Vorsicht und die nötige Zurückhaltung Truppen gegenüber, deren

⁸² GEA Nr. 272 (19. 11. 1918), S. 5; SKZ Nr. 272 (19. 11. 1918), S. 5.

⁸³ GEA Nr. 274 (21. 11. 1918), S. 2.

⁸⁴ SKZ Nr. 277 (25. 11. 1918), S. 4.

⁸⁵ GEA Nr. 275 (22. 11. 1918), S. 2; SKZ Nr. 275 (22. 11. 1918), S. 3.

⁸⁶ GEA Nr. 280 (28. 11. 1918), S. 6.

⁸⁷ K. Keim (wie Anm. 23), S. 160; SKZ Nr. 275 (22. 11. 1918), S. 3.

Heimat Dankbarkeit für deutschen Heldenmut [nicht] kennt [...] und wende alle Liebe und Verehrung *den eigenen Truppen* zu, die sie tausendfach verdient haben [Hervorhebung im Original, der Verf.].⁸⁸ Nicht alle Rückkehrer hatten den Krieg körperlich unbeschadet überstanden (von den damals kaum beachteten psychischen Traumata ganz zu schweigen): Am 22. November traf ein Lazarettzug mit 168 Verwundeten ein, die in den Lazaretten der Stadt untergebracht wurden. Auch die Bundeshalle war für diese Zwecke umfunktioniert worden.⁸⁹ Dass die Aufnahme der zahlreichen Soldaten nicht immer reibungslos verlief, zeigt ein Aufruf des Landesausschusses der Soldatenräte Württembergs vom 30. November: „Kameraden! Freiheit bedeutet nicht Zügellosigkeit. [...] Benehmt euch auch außerhalb der Kaserne als Männer. [...] Duldet nicht, daß einzelne schlechte Beispiele verallgemeinert werden.“⁹⁰ Mehrere militärische Bekanntmachungen in der Kreiszeitung vom 23. November beschäftigen sich mit dem unerlaubten Entfernen von der Truppe.⁹¹ Neben den bereits erwähnten Anstrengungen, die Rückkehrer mit Nahrungsmitteln zu versorgen, mussten die offiziellen Stellen vor allem ausreichend Wohnraum und Arbeit beschaffen. Einige der zurückgekehrten Soldaten mussten vorübergehend auch bei Privatleuten in „Bürgerquartieren“ untergebracht werden.⁹² Das gefiel nicht jedem: „Man hört von Industriellen, die besondere Räume in der Fabrik herrichten lassen, um ja keinen Feldgrauen ins eigene Haus nehmen zu müssen, von anderen Herrschaften, die sich mit Händen und Füßen wehren, einen deutschen Soldaten ins Quartier nehmen zu müssen.“⁹³ Um das Problem mit dem Mangel an Arbeitsmöglichkeiten nicht nur für Kriegsheimkehrer anzugehen, wurde von den „bürgerlichen Kollegien“ bereits am 13. November eine „Kommission für Arbeiterversorgung“ eingerichtet, der neben Vertretern aus Bürgerausschuss und Gemeinderat auch Arbeitgeber und -nehmer angehörten. Die Kommission sollte „Maßnahmen aller Art zur Beschaffung von Arbeit oder Lebensunterhalt“ beraten und dem Gemeinderat vorschlagen. Gleichzeitig wurde der Bau eines „großen städtischen Arbeiterwohnhauses“ an der Ecke Tübinger und Hohenzollernstraße beschlossen. Dieser sollte als „Notstandsarbeit“ helfen, zugleich Arbeits- und Wohnungsmangel zu bekämpfen.⁹⁴ Am 19. November rief der General-Anzeiger dazu auf, etwaige im Krieg zurückgestellte Handwerksarbeiten jetzt in Auftrag zu geben, um zurückkehrenden Handwerkern Arbeitsgelegenheiten zu bieten.⁹⁵ Am 22. November erschien in beiden

⁸⁸ SKZ Nr. 275 (22. 11. 1918), S. 3.

⁸⁹ GEA Nr. 276 (23. 11. 1918), S. 5.

⁹⁰ GEA Nr. 282 (30. 11. 1918), S. 5; SKZ Nr. 282 (30. 11. 1918), S. 3.

⁹¹ SKZ Nr. 276 (23. 11. 1918), S. 4.

⁹² GEA Nr. 272 (19. 11. 1918), S. 2.

⁹³ GEA Nr. 276 (23. 11. 1918), S. 5.

⁹⁴ GEA Nr. 268 (14. 11. 1918), S. 2.

⁹⁵ GEA Nr. 272 (19. 11. 1918), S. 2.

Zeitungen an prominenter Stelle ein umfangreicher Aufruf des Stadtschultheißenamtes und der neu eingerichteten „Städtischen Kommission für Arbeitsbeschaffung und Demobilmachung“. Er hielt Arbeitgeber aller Schichten dazu an, den demobilisierten Soldaten Beschäftigung zu geben. Alle anderen Gruppen von Berufstätigen sollten zugunsten der zurückgekehrten Männer zurückstehen: Während des Krieges als Ersatz für eingezogene Soldaten eingestellte „Hilfskräfte“, darunter auch viele Frauen, sollten ihre Plätze nun wieder räumen, „Arbeiter und Arbeiterinnen vom Lande“ sollten „für die schlimmste Zeit des Übergangs“ dorthin zurückkehren und in der Landwirtschaft arbeiten, „Weibliche Angestellte und Arbeiterinnen“ wurden aufgefordert, „sich nach Möglichkeit hauswirtschaftlicher Betätigung zuzuwenden.“⁹⁶

All die drängenden Probleme der Zeit spiegeln sich in der Tagesordnung des Gemeinderats, die in den Sitzungsberichten der Zeitungen dokumentiert ist: Im Vordergrund standen die Fragen der Lebensmittel-, Energie- und Kohleversorgung, daneben das Betreuen der zurückkehrenden Frontsoldaten und das Bereitstellen von Wohnraum und Arbeit. Das „Krisenmanagement“ ließ kaum Raum für die alltäglichen Aufgaben einer Stadtverwaltung oder gar für das Nachdenken über die neue politische und gesellschaftliche Ordnung.⁹⁷

4. „Freudige Stimmung“ und „herzliche Trauer“: Der Blick der Reutlinger auf die Revolution

Wie haben die Reutlinger die Revolution erlebt? Wie bewerteten sie die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die im November 1918 angestoßen wurden? Wolfgang Jung beschreibt die allgemeine politische Stimmungslage in der Stadt: „Die Mehrheit der Reutlinger war im 19. Jahrhundert monarchistisch gesinnt, wollte aber, wie die Wahlergebnisse gegen Ende des Jahrhunderts belegen, mehr Macht und Rechte für den demokratisch gewählten Reichstag. [...] Im November 1918 stand die Erleichterung über das Ende des fürchterlichen Kriegs im Vordergrund. Das Reutlinger Bürgertum wollte den Sturz von Kaiser und König nicht aus politischer Überzeugung, nahm ihn aber als Preis des Friedens in Kauf und stellte sich in seiner Mehrheit auf den Boden der parlamentarischen Demokratie. Radikale hatten – das zeigen die Ereignisse – in Reutlingen keine Chance.“⁹⁸ Der Blick auf die Ereignisse

⁹⁶ GEA Nr. 275 (22. 11. 1918), S. 2. SKZ Nr. 275 (22. 11. 1918), S. 3.

⁹⁷ Sitzung vom 13. 11.: GEA Nr. 269 (15. 11. 1918), S. 2. Sitzung vom 20. 11.: SKZ Nr. 274 (21. 11. 1918), S. 3; GEA Nr. 274 (21. 11. 1918), S. 2. Sitzung vom 27. 11.: SKZ Nr. 280 (28. 11. 1918), S. 2 f.; GEA Nr. 280 (28. 11. 1918), S. 6. Vgl. auch den Beitrag von Gabriel Pscheidt in diesem Band.

⁹⁸ W. Jung (wie Anm. 4), S. 175.

unterschied sich je nach politischer Überzeugung. Anhänger der Sozialdemokraten blickten eher optimistisch auf den Umsturz. Ein Mitarbeiter der Stuttgarter SPD-Zeitung Schwäbische Tagwacht bereiste in den Revolutionstagen mit dem Zug das Land und beschrieb die Stimmung der Menschen, die ihm dabei begegneten. Seine Eindrücke können sicher auch auf die Reutlinger Sozialdemokraten übertragen werden: „Von einzelnen Ausnahmen abgesehen herrschte eine freudige Stimmung, die dadurch gehoben wurde, daß die Umwälzungen sich vollzogen hatten, ohne daß ein Tropfen Blut geflossen wäre. Es war, als ob man den Massen einen schweren Druck abgenommen hätte, der wie ein Alp auf ihren Seelen lastete. Die Revolution wirkt erlösend und erhebend! [...] Die Mitteilung, daß in dieser Stunde der Entscheidung die beiden Richtungen der Arbeiterklasse allen Hader auf die Seite gestellt und sich zu gemeinsamen Handeln zusammengefunden haben, löste stürmischen Beifall aus. [...] Ich habe den Eindruck mit nach Hause genommen, daß die neue Ordnung sich rasch durchführen und sicherstellen läßt, wenn nicht außer Acht gelassen wird, daß Einigkeit und und Geschlossenheit das Fundament zu bilden haben und wenn eine neue Ordnung und nicht das Chaos zustandekommt.“⁹⁹ Am 16. November schrieb die gleiche Zeitung: „Die Revolution ist vollzogen. Ein Zurück gibt es nicht mehr. Die Soldaten und Arbeiter haben den bisherigen militärischen Machthabern die Gewalt entzogen. Der Gama-scheingeist des Kadavergehorsams, des Drills ist überwunden. Mit der Überhebung des Offizierskorps ist es vorbei. Die Heeresorganisation ist auf demokratische Grundlage gestellt. Die Bürokratie der Zivilregierung, die dem Volksleben fremd gegenüber stand und von den stärksten Vorurteilen der größten Volksklasse gegenüber erfüllt war [gemeint sind die Arbeiter, der Verf.], ist matt gesetzt. Die Regierung und Verwaltung Deutschlands und Württembergs wird von nun ab vom Geiste der Freiheit und des Sozialismus getragen sein.“¹⁰⁰

Die bürgerlich-konservative Gegenposition dazu findet sich, wie oben dargestellt, in der Schwarzwälder Kreiszeitung, die von Massenterror, russischem Einfluss und Bolschewismus schrieb (vgl. Abschnitt 1). Auch die evangelische Kirche Reutlingen lehnte die Revolution ab, und noch zwei Jahre später stand sie der neuen Republik erschreckend feindselig gegenüber: „Dekan a. D.“ Gotthilf Herzog berichtete am 19. Juli 1920 für die Diözesan-Synode Reutlingen über die Kriegsjahre in der Stadt und machte in seinem später gedruckten Vortrag (wie anfangs auch die Kreiszeitung) ausländische Einflüsse für den Umsturz verantwortlich: Die Revolution sei „unter dem Einfluss internationaler ungeschichtlicher Gedankengänge und mit den Mitteln russischen Goldes, wie ein dumpfes Verhängnis, in einer Stunde der Verwirrung und moralischen Erschöpfung über die ahnungslose Masse des deutschen Volkes

⁹⁹ Schwäbische Tagwacht Nr. 267 (12. 11. 1918), S. 3.

¹⁰⁰ Schwäbische Tagwacht Nr. 271 (16. 11. 1918), S. 1.

gekommen. [...] Sie hat die Macht des Staates nach innen und außen gebrochen und der Gesetzlosigkeit [...] vollends Tür und Tor geöffnet. [...] Was ist aus unserem ehemals so ruhigen und geordneten, fleißigen und arbeitsamen Volke geworden? Wo ist die deutsche Ehrlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit hingekommen?“¹⁰¹ Entsprechend zeichnete die Kirche in einem Pfarrbericht von 1920 ein ganz anderes Bild als die Tagwacht von der Stimmung in der Bevölkerung während der Revolutionszeit: „Der Zusammenbruch mit den Ereignissen der Novemberrevolution kam [...] für jedermann überraschend. Sie wurden von den durch die lange Kriegsdauer zermürbten Gemütern als unbegreiflich, aber doch schließlich willenlos wie ein unentrinnbares Verhängnis hingenommen. Um den König war weithin herzliche Trauer [...]. Der leichte Sieg der radikalen Demokratie führte ihr zahlreiche Mitläufer zu. [...] Andererseits löste auch die nicht unbegründete Sorge um die von der Revolution bedrohte Kirche und Schule eine kräftige Gegenbewegung aus. [...] Die sittlichen Folgen der Revolution waren noch schlimmer als die des Krieges.“ Der Bericht spricht in dramatischer Übertreibung von der „Auflösung der öffentlichen Ordnung“, von „Hamstern und Wuchern“, „Diebstahl und Betrugerei“, „Lebens- und Vergnügungshunger“ sowie „Orgien“ und „Tanzlust“.¹⁰² Die Tageszeitungen vom November 1918 wissen von derartigen Zuständen nichts zu berichten.

Die Meinung der meisten Reutlinger zu den Vorgängen im Reich und in ihrer Heimatstadt hat sich wohl irgendwo im Bereich zwischen beiden Positionen bewegt. Alle waren jedoch verunsichert und sorgten sich um die Zukunft. Das spricht auch aus vielen Zeitungsbeiträgen des Novembers 1918. Ein Beitrag der Kreiszeitung zum Totensonntag 1918 fasst diese Grundstimmung gut zusammen: „Noch ist alles ungeklärt, noch können wir uns der neuen Zeit nicht erfreuen, noch gilt es aufzubauen und mit Ernst und Sorge in die Zukunft schauen.“¹⁰³ Die allgemeine Unsicherheit äußerte sich auch in zahlreichen, meist unbegründeten Gerüchten, die in den Zeitungen widerlegt werden mussten.¹⁰⁴

¹⁰¹ LKA Stuttgart, A 29 Nr. 3766, „Aus sechs Kriegs-Jahren, Übersichts-Bericht für die Diözesan-Synode Reutlingen am 19. Juli 1920 erstattet von Dekan a. D. Herzog“, S. 26 f. S. a. den Beitrag von Jonathan Mall in diesem Band.

¹⁰² LKA Stuttgart, A 29 Nr. 3766, „Pfarrbericht für die Kirchenvisitation in Reutlingen, ausgeschrieben für den 18.–23. Juli 1920“, S. 6.

¹⁰³ SKZ Nr. 276 (23. 11. 1918), S. 3.

¹⁰⁴ Vgl. z. B. SKZ Nr. 266 (12. 11. 1918), S. 3; SKZ Nr. 269 (15. 11. 1918), S. 1; SKZ Nr. 270 (16. 11. 1918), S. 3.

Zusammenfassung

Die Revolution erreichte Reutlingen am 11. November 1918. In einer großen Kundgebung wurde auch hier die Republik ausgerufen. Wie überall organisierten sich verschiedene Bevölkerungsgruppen in Räten, zunächst die Soldaten und Arbeiter, kurz darauf auch das Bürgertum im sogenannten Volksrat und später im Rat geistiger Arbeiter. Von Anfang an hatten in Reutlingen bereits etablierte Kräfte das Heft in der Hand. Neben vielen anderen ist hier als Beispiel der Sozialdemokrat Jakob Kurz zu nennen. Bereits am 11. November verbürgten sich die Vertreter der Reutlinger Räte für das Aufrechterhalten der Ordnung und den Schutz von Leib, Leben und Eigentum. Damit gelang es ihnen, Befürchtungen des bürgerlichen Lagers zumindest für die erste Zeit etwas abzuschwächen. Es blieb friedlich, zu keiner Zeit kam es zu einer „eigentlichen Störung der öffentlichen Ordnung“. Die alten Institutionen stellten sich in den Dienst des neuen Systems. Der kaiserzeitliche Oberbürgermeister Emil Hepp und die ihm unterstellten städtischen Ämter und Gremien setzten ihre Arbeit fort. Reutlingen unterschied sich hier nicht von vielen anderen Orten im Reich: „Beamte und Behörden verhalten sich abwartend und akzeptieren die neuen Machthaber in der Regel ohne offenen Widerstand.“¹⁰⁵ Die Angst vor unkontrollierbarem Chaos war größer als die Treue zum alten System. Der letzte Innenminister des Königreiches Württemberg, Ludwig von Köhler, schrieb 1930 in seinen Erinnerungen über die Revolutionszeit:

„Ich habe später vielfach sagen hören, die Beamten, insbesondere die höheren, hätten eine Mitwirkung ablehnen, zum mindesten passiven Widerstand leisten sollen. Die neuen Machthaber hätten dann bald bankrott gemacht. Das glaube ich auch. Aber nicht die Wiederherstellung der Monarchie wäre dann gekommen, sondern die Anarchie.“¹⁰⁶

Groß waren die Herausforderungen der Zeit: Es fehlte an Nahrungsmitteln und Brennstoffen, Wohnraum und Arbeit. Die Infrastruktur stand vor dem Zusammenbruch. Die Spanische Grippe bedrohte auch Reutlingen. Zugleich mussten Tausende zurückkehrende Soldaten wieder in die Zivilgesellschaft aufgenommen und versorgt werden. Nicht die politischen Umwälzungen, die großen Visionen und Gesellschaftsentwürfe bestimmten den Alltag, sondern existenzielle Sorgen und Probleme, die rasch umsetzbare Lösungen erforderten.

Die Anhänger der Revolution sahen die entstehende Republik als Chance, Träume von Mitbestimmung, Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit endlich verwirklichen zu können. Konservative Kräfte, wie etwa die Reutlinger Kir-

¹⁰⁵ W. Niess (wie Anm. 3), S. 119.

¹⁰⁶ Ludwig von Köhler: Zur Geschichte der Revolution in Württemberg. Ein Bericht, Stuttgart 1930, S. 160.

chenoberen, sahen ihren Status und die Ordnung bedroht und trauerten der Monarchie nach. Die hier aufkommenden Gegensätze begleiteten die Weimarer Republik von Anfang an und bedrohten mehr als einmal ihr Bestehen. Ob jedoch überzeugte Revolutionäre oder trauernde Monarchisten: In den schwierigen ersten Wochen der neuen Zeit einte alle im Nachkriegsalltag der Kampf ums Überleben und die Ungewissheit, was die Zukunft bringen würde.

Die Reutlinger Generalstreiks des Jahres 1920 in Zeiten der sozialen Krise: Ruhe und Ordnung oder Fortsetzung der Revolution?

Nils Marvin Schulz

Einleitung

„Auf dem Platz vor dem Adler hielt [Karl Digel] eine fürchterliche Hetzrede. Ich erinnere mich noch genau, daß er gesagt hat im Jahre 1918 haben wir den Fehler gemacht, daß wir das Bürgertum nicht aufgeknüpft u. an die Wand gestellt haben. Das müssen wir jetzt noch nachholen. Wenn wir nicht so vorgehen, kommt es noch so weit, daß die Reichswehr und Soldaten die Herrschaft wieder kriegen u. dann wird es noch schlimmer als vorher.“¹

Diese radikale Rede hielt der dreiunddreißigjährige Eisendreher und Arbeiterführer Karl Digel am 30. August 1920, dem ersten Tag des einwöchigen Reutlinger Sommer-Generalstreiks, auf dem Karlsplatz.² Beinahe zwei Jahre nach der Deutschen Novemberrevolution 1918 war es für Digel an der Zeit, die Revolution zu einem für die Arbeiterschaft günstigen Ausgang fortzusetzen, die Allianz der Herrschenden zu brechen und das Bürgertum mitsamt dem Militär zu stürzen.³ Diese Revolution war in Reutlingen nach der Meinung Wolfgang Jungs friedlich verlaufen und fand allenfalls am 11. November 1918 einen Höhepunkt mit dem durch die Innenstadt ziehenden Demonstrationzug aus Soldaten und Arbeitern sowie im Hissen roter (Arbeiter-)Fahnen auf dem Rathaus. In Deutschland verabschiedete sich die Monarchie weitgehend widerstandslos und vielerorts übernahmen nach russischem Vorbild lokale Arbeiter- und Soldatenräte, die relativ zügig von MSPD-Mitgliedern dominiert wurden, die Kontrolle, so auch in Reutlingen.⁴

¹ StA Sigmaringen Wü 28/3 T 13 Az. L 344/20, Fasz. Landgericht Tübingen, Voruntersuchungsakten in Sachen Digel Karl, Quadr. 30: Zeugenaussage des Reutlinger Notariatspraktikanten Hermann Lerch in der Voruntersuchung gegen Karl Digel und Gen., 10. 9. 1920.

² Vgl. Paul Landmesser; Peter Päßler: Wir lernen im Vorwärtsgehen! Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Reutlingen 1844–1949, hrsg. von der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Verwaltungsstelle Reutlingen, Heilbronn 1990, S. 270 f.

³ Vgl. Zeugenaussage (wie Anm. 1).

⁴ Vgl. Wolfgang Jung: Kriege, Brüche, Krisen – Wiederaufstieg. Reutlingen im 20. und 21. Jahrhundert, in: Wilhelm Borth; Bernd Breyvogel; Ders. (Hrsg.): Reutlingen. Von der Reichsstadtherrlichkeit zur selbstbewussten Großstadt, Reutlingen 2013, S. 173–241, hier:

Im Sommer-Generalstreik 1920, das zeigt eben diese Rede Digels, sollte sowohl die vom Kaiserreich herrührende Frontstellung zwischen dem sozialistischen und den übrigen bürgerlich-konfessionellen Milieus (Katholiken, Liberale und Konservative) als auch die Spaltung innerhalb des sozialistischen Milieus wieder offen zutage treten.⁵ Noch fünf Monate zuvor hatte sich vor dem Hintergrund des Kapp-Putsches in Reutlingen ein zweitägiger Generalstreik mit ganz anderen Bündniskonstellationen ereignet.

Wie konnte es in so kurzer Zeit zu solch einem grundlegenden Wandel kommen? Ulrich Herbert charakterisiert die Zeit zwischen 1919 und 1923 als eine Periode, die von gewaltsamen Versuchen der Machtübernahme von den radikal Linken wie auch von den radikal Rechten geprägt worden sei.⁶ Das Jahr 1920 bietet hierfür reichlich Anschauungsmaterial. War der württembergische Generalstreik des Jahres 1920, in dessen Rahmen auch der Sommer-Generalstreik in Reutlingen gehört, ein solcher Putschversuch der radikalen Linken?

Dazu soll im Folgenden dieser Sommer-Streik mit dem Reutlinger März-Generalstreik verglichen werden. Zunächst aber wird die zeitweise als lokaler Garant der staatlichen Ordnung auftretende und von der Forschung wenig beachtete Reutlinger Einwohnerwehr und ihr Handeln gegenüber der Streikbewegung untersucht.⁷ Aufgrund der wenigen Forschungsliteratur zu diesem Themenkomplex⁸ wurden in erster Linie zeitgenössische Reutlinger Zeitungen sowie Archivalien der Staatsarchive Ludwigsburg und Sigmaringen herangezogen.

S. 174 f., Andreas Wirsching: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 58), München²2008, S. 52.

⁵ Nach der Definition von Mario Rainer Lepsius, der Mitte der 1960er Jahre sein fünfgliedriges soziokulturelles Gesellschaftsmodell einführte, um die zutiefst separierte Weimarer Gesellschaft durch sich abgrenzende Milieus zu erklären, sind sozialmoralische Milieus soziale Einheiten, die sich hinsichtlich der Religion bzw. Konfession, der regionalen Traditionen, der wirtschaftlichen Lage, der kulturellen Orientierung und der schichtspezifischen Zusammensetzung unterscheiden, vgl. Mario Rainer Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Ders. (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 100), Göttingen 1993, S. 25–50, hier: S. 38 und S. 44.

⁶ Vgl. Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert (Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert), München²2017, S. 186.

⁷ Diese Arbeit orientiert sich an der politischen Sozialgeschichte, vgl. Petra Weber: Geschlechterte Sozialpartnerschaft – gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918–1933/39) (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 77), München 2010, S. 18.

⁸ In Bezug auf die Reutlinger Arbeiterbewegung von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gründung der Bundesrepublik liegt von den Autoren Paul Landmesser und Peter Päßler ein hervorragendes, an den Quellen orientiertes Werk vor, vgl. Landmesser/Päßler (wie Anm. 2).

Die Reutlinger Einwohnerwehr im Kontext des württembergischen Sicherheitskonzepts

Unter der Regie des württembergischen Oberpolizeipräsidenten Paul Hahn⁹ wurden ab dem 20. Dezember 1918 in ganz Württemberg militärisch organisierte Sicherheitskompanien zur Unterstützung der jeweiligen Ortspolizei aufgebaut und zunächst vom württembergischen Generalkommando und ab Februar 1919 von dem noch bestehenden württembergischen Kriegsministerium koordiniert. Auch die Friedensbedingungen des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919, welche eine Beschränkung der Reichswehr auf 100.000 Mann vorsahen, spielten eine Rolle. Mit der Aufstellung von lokalen Einwohnerwehren konnte das staatliche Gewaltmonopol gewährleistet und gleichzeitig die Bedingungen des Friedensvertrages unterlaufen werden. Insbesondere ehemalige Soldaten und weltkriegserfahrene Offiziere bildeten diese Sicherheitskompanien, was den militärischen Charakter dieser Einheiten unterstreicht. Ihre Hauptaufgaben bestanden neben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Schutz der militärischen und öffentlichen Einrichtungen, des Privatbesitzes sowie in der Bekämpfung des Schleichhandels.¹⁰ Diese Sicherheitskompanien konnten im Bedarfsfall durch Reserve-Wehren der Stuttgarter und Tübinger Studenten sowie durch lokale Einwohnerwehren verstärkt werden. Die Furcht vor „russischen“ Verhältnissen in Württemberg bewog die Verantwortlichen dazu, das Sicherheitskonzept auf die Abwehr eines potenziellen Umsturzes seitens der Kommunisten bzw. der Linkssozialisten (USPD) auszurichten. Die drohende revolutionäre „rote Gefahr“¹¹ schien allgegenwärtig. Bereits im Januar 1919 war es im Zuge der ersten Wahlen zu Unruhen mit zahlreichen Toten und Verletzten in Stuttgart gekommen, was die provisorische württembergische Regierung um Wilhelm

⁹ Paul Hahn diente während des Ersten Weltkriegs als Landwehroffizier bzw. Leutnant an der Ost- und Westfront und wurde im Zuge der Revolution in den Soldatenrat von Isny gewählt. Im Dezember 1918 wurde Hahn vom Landesausschuss der Soldatenräte mit der Aufstellung von Sicherheitskompanien beauftragt. Im März 1919 wurde er zum Befehlshaber der Sicherheitstruppen ernannt und im Oktober 1919 zum Leiter der Polizeiwehr. Von 1920 bis 1922 hatte Hahn das Amt des Oberpolizeidirektors inne, vgl. die Onlinebiographie unter der URL: https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kg_l_biographie_n/123_632080/Hahn+Paul+Julius (27.10.2017).

¹⁰ Vgl. Manfred Reicherter: Reutlinger Polizeigeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, in: RGB NF 32 (1993), S. 119–235, hier: S. 169 ff.; vgl. Paul Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 4, Stuttgart 2003, S. 73–149, hier: S. 84 f.; vgl. Christopher Sterzenbach: Die Heidenheimer Einwohnerwehr. Unpolitische Freiwilligenorganisation, staatliche Ordnungsmacht oder paramilitärische „Streikbrechertruppe“?, in: Jahrbuch des Heimat- und Altertumsverein Heidenheim 14 (2011/12), S. 295–318, hier: S. 297 ff.

¹¹ Paul Hahn: Erinnerungen aus der Revolution in Württemberg. Der rote Hahn, eine Revolutionserscheinung (Zeitgenössische Memoirenwerke, Bd. 3), Stuttgart 1923, S. 112.

Blos (MSPD) dazu veranlasste, Schutz im Stuttgarter Bahnhofsturm zu suchen. Dort befand sich das provisorische Hauptquartier der Sicherheitstruppen um Paul Hahn.¹²

Die spätere Reutlinger Einwohnerwehr wurde als Reaktion auf den Reutlinger Frühjahrs-Generalstreik im April 1919 als eine Reserve-Sicherheitskompanie (RSK) gegründet. Die Reutlinger RSK sollte sowohl als lokaler Selbstschutz der ca. 29.000 Einwohner¹³ dienen als auch die regulären Sicherheitskompanien, die Polizei sowie das Militär im Bedarfsfall unterstützen. Ein Reutlinger Ausschuss unter der Leitung von Oberbürgermeister Emil Hepp bestimmte den Reutlinger Strickwarenfabrikanten und Textilwareneinzelhändler Carl Krimmel – ein weltkriegserfahrener Major der Landwehr a. D. – zum Unterbezirksführer der RSK Reutlingen. Damit fungierte Krimmel, der enge Kontakte zu militärischen Stellen in Württemberg unterhielt, als Kopf der späteren Reutlinger Einwohnerwehr bis zu deren Auflösung im Jahr 1921.¹⁴

Diese Praxis einer militärisch organisierten Eingreiftruppe erregte bald den Anstoß der alliierten Siegermächte, die dieses Vorgehen als einen Verstoß gegen die Heeresbeschränkung des Versailler Vertrages werteten. Daher sollten die Sicherheitskompanien nach außen hin ihres militärischen Charakters entkleidet werden, indem sie dem Innenministerium unterstellt und im August 1919 in Einwohnerwehren umbenannt wurden. Ein Gesetz zur Errichtung von Einwohnerwehren in Württemberg erfolgte Anfang Oktober 1919. Die regulären Sicherheitskompanien wurden dagegen im selben Monat aufgelöst und deren Personal teilweise von der Reichswehr und der neu geschaffenen Polizeiwehr übernommen. Außerdem sollten die württembergischen Einwohnerwehren nur im äußersten Notfall eingesetzt werden. Die Einwohnerwehr Reutlingen war organisatorisch der Bezirksstelle III für Einwohnerwehren in Tübingen unterstellt und über die württembergische Polizeiwehr an das württembergische Innenministerium angegliedert. Aufgrund der alliierten Heeresbeschränkung sollte nach außen hin jeglicher Bezug zum Militär vermieden werden. Die Konzeption der württembergischen Einwohnerwehren sah jedoch im Notfall auch einen militärischen Einsatz in Württemberg vor.¹⁵ Bezeichnenderweise erhielt die Einwohnerwehr-Unterbezirksstelle Reutlingen im August 1920 den Befehl, aufgrund des Verbotes schwerer Waffen durch die Entente die offizielle Waffenbestandsliste für die

¹² Vgl. P. Sauer (wie Anm. 10), S. 80–85; vgl. Wilhelm Blos: Von der Monarchie zum Volksstaat. Zur Geschichte der Revolution in Deutschland insbesondere in Württemberg, Bd. 1, Stuttgart 1922, S. 90 ff.

¹³ Zur Entwicklung der Einwohnerzahlen nach amtlichen Volkszählungen vgl. Stadt Reutlingen, Amt für Wirtschaft und Immobilien (Hrsg.): Reutlingen im Spiegel der Statistik 2012, Reutlingen 2013, S. 20.

¹⁴ Vgl. StA Ludwigsburg E 186 Bü 483, Ausschuss für R.S.K., 21. 4. 1919.

¹⁵ Vgl. C. Sterzenbach (wie Anm. 10), S. 298–304.

Entente-Kommission zu schönen und ein Maschinengewehr samt Munition von der Liste zu tilgen.¹⁶

Die Reutlinger Einwohnerwehr

Paul Hahn rekrutierte die Hauptträger der Reserve-Sicherheitskompanien bzw. Einwohnerwehren im besitzenden Bürgertum. Freiwillige sollten Eigentum schützen und die öffentliche Sicherheit gewährleisten.¹⁷ Die Führungspersönlichkeiten der Reutlinger Wehr waren Carl Krimmel und Emil Roth. Nach der Übernahme der Position als Unterbezirksführer der Reutlinger Einwohnerwehr erlebte der Strickwarenfabrikant Carl Krimmel in den 1920er und 1930er Jahren einen persönlichen und wirtschaftlichen Aufstieg. Krimmel lenkte die Geschicke des sich seit über 250 Jahren in Familienbesitz befindenden Unternehmens Krimmel & Cie. und stieg zu einer der lokalen und regionalen Größen im Bereich der Textilwirtschaft auf: 1920 wurde der Fabrikant Mitglied der Industrie- und Handelskammer Reutlingen, 1923 deren stellvertretender Vorsitzender und ab 1932 bis zu seinem Tod 1939 amtierte Krimmel sogar als deren Präsident. Ferner war Krimmel in der Wirtschaftskammer für Württemberg und Hohenzollern aktiv.¹⁸ Neben Krimmel, der enge Kontakte zu militärischen Kreisen und zur regionalen Industrie unterhielt, sollte der Vorsitzende der wirtschaftsliberalen Reutlinger DDP, der Fabrikant Emil Roth, das Amt des Stellvertreters übernehmen. Roth war langjähriger Landtagsabgeordneter und Mitglied des Reutlinger Gemeinderats. Beide gehörten dem Wirtschaftsbürgertum an und waren dem liberalen Milieu zuzurechnen. Die Fabrikanten gehörten zur regionalen wie auch zur lokalen Elite. Für diese galt es, den Status quo insbesondere in Bezug auf sozialpolitische Reformen möglichst zu bewahren. Als Fabrikanten waren die beiden Anführer der Reutlinger Einwohnerwehr darum bemüht, durch Streiks hervorgerufene Produktionsausfälle möglichst zu verhindern oder zumindest einzudämmen.¹⁹

¹⁶ Vgl. StA Ludwigsburg E 186 Bü 483, Schreiben der Bezirksstelle III für Einwohnerwehren Tübingen an die Einwohnerwehr-Unterbezirksstelle Reutlingen, 29. 8. 1920.

¹⁷ Vgl. P. Hahn (wie Anm. 11), S. 112.

¹⁸ Vgl. „Carl Krimmel, der Sechzigjährige“, in: Reutlinger Tagblatt vom 11. 11. 1937; vgl. „Handelskammerpräsident Carl Krimmel –“, ebd. vom 17. 3. 1939, in: StadtA Rt., S. 74. Mappe „Krimmel“; vgl. „Aus der Kreishauptstadt/Die Handelskammer Reutlingen“, in: SKZ vom 25. 3. 1920, S. 2.

¹⁹ Vgl. „Aus der Kreishauptstadt/Bauernschaft und Deutsch-Demokratische Partei“, in: SKZ vom 18. 3. 1920, S. 4; allgemein vgl. Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008, S. 87 ff.; M. R. Lepsius (wie Anm. 5), S. 34 und 41; vgl. Frank Raberg: Roth, Emil, in: Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933 (VKGL), Stuttgart 2001, S. 738 f.



Der Fabrikant und Kriegsveteran Carl Krimmel (1877–1939) war „Unterbezirksführer“ der Reutlinger Sicherheitskompanie. Porträtfoto, wohl aus den 1920er Jahren.

In Reutlingen wurden mehrere geheime Ausrüstungs- und Waffendepots angelegt. Das Hauptdepot befand sich im Kammergebäude des Reutlinger Bezirkskommandos, welches sich unter dem Schutz von Angestellten befunden habe.²⁰ Die Befehls- und Kommunikationsstruktur war hierarchisch gegliedert. Carl Krimmel stand in engem Kontakt mit der übergeordneten Tübinger Bezirksstelle. Als Unterbezirksführer hatte er über die allgemeine soziale Lage, über politische Gegner sowie über potenzielle Konfliktherde zu berichten.

„Die von mir in letzter Zeit aufgestellte Studentenkompagnie am [Textil-]Technikum hat dieser Tage geschossen & geübt, zu unserer Freude und Spartakus Verdross. Einige linksradikale junge Leute haben wiederholt Schmähungen & Drohungen ausgestossen & sind sogar in Häuser gegangen

& haben sich bei Dienstboten erkundigt, ob der betreffende Mieter auch zur E. W. [= Einwohnerwehr, d. Verf.] gehört. Auch in der Nähe des Waffendepots hielten sich in den letzten Tagen wiederholt unsichere Elemente auf. [...] Die Arbeitslosigkeit ist zur Zeit hier sehr gross, wegen Kohlen- & Strommangel. Gestern stattgefundene Betriebsversammlungen einiger grosser Maschinenfabriken sind ruhig auseinander gegangen. Für alle Fälle habe ich von heute Mittag bis Montag früh ein Wachkommando einberufen.“²¹

Das I. Aufgebot der Reutlinger Wehr hatte einen Monat vor dem Reutlinger März-Generalstreik eine Stärke von 245 Männern. In einem Schreiben der Tübinger Bezirksstelle an die württembergische Oberleitung der Polizeiwehren von Ende März 1920 wird deutlich, dass dieses Reutlinger Aufgebot

²⁰ Vgl. StA Ludwigsburg E 186 Bü 483, Schreiben der Bezirksstelle III für Einwohnerwehren Tübingen an die Oberleitung der württembergischen Polizeiwehr Stuttgart, 26. 3. 1920.

²¹ Ebd., Schreiben Carl Krimmels an die Bezirksstelle III für Einwohnerwehren Tübingen, 7.11.1919.

auf ca. 300 Mann ausgebaut werden sollte. Es war für den Notfalleinsatz in ganz Württemberg vorgesehen. Das II. Aufgebot bestand im Februar 1920 aus insgesamt 931 Männern, die im Bedarfsfall ausschließlich in der Stadt und im Oberamtsbezirk Reutlingen eingesetzt werden sollten. Weitere Elemente des Sicherheitskonzeptes waren Ärzte, die Verkehrswehr sowie die Technische Nothilfe, die in Ausnahmesituationen die Grundversorgung gewährleisten sollte. Dies beinhaltete die Instandsetzung und Überwachung von Strom- und Gasleitungen, die Erhaltung des Betriebs der Gas- und Elektrizitätswerke sowie sonstiger überlebenswichtiger Betriebe. Die Mitglieder der Einwohnerwehr mussten überdies beim Eintritt ein Gelöbnis ablegen, eine Verpflichtungsurkunde unterschreiben und erhielten kurz darauf einen Lichtbildausweis.²² Aufgrund des allgemeinen Kleidungs- und Textilmangels wurde nur das I. Aufgebot mit Uniformen ausgerüstet, dem II. Aufgebot blieben lediglich Armbinden.²³ Es wurde zwar seitens der württembergischen Behörden suggeriert, dass jeder Freiwillige – so lange sich dieser zur Weimarer Verfassung bekannte – in der jeweiligen lokalen Einwohnerwehr aufgenommen werden sollte. Doch in der Praxis gestaltete sich dies gänzlich anders: In einem Schreiben der Bezirksstelle Tübingen an die Unterbezirksstelle Reutlingen wurde im Oktober 1919 unmissverständlich erklärt, keine Mitglieder der Linkssozialisten (USPD) aufzunehmen.²⁴ Auch eine Intervention Ernst Hipps von den Vereinigten Gewerkschaften Reutlingens konnte nichts an dieser Haltung des Innenministeriums ändern. Innenminister Berthold Heymann (SPD) erklärte in einem Brief Ende Dezember 1919, dass Mitglieder der USPD und der KPD nicht auf dem Boden der Verfassung stünden und daher auszuschließen seien. Dies betraf auch den Reutlinger USPD-Gemeinderat Fritz Fleck, der sich vor dem Eintritt in die Einwohnerwehr geweigert habe, die Verpflichtungserklärung zu unterschreiben.²⁵ Anders verhielt es sich dagegen mit den Mehrheitssozialdemokraten: In der MSPD-nahen Freien Presse Reutlingen wurde im Mai 1919 ein offizieller Beitrittsaufruf veröffentlicht.²⁶

Neben Studenten des Reutlinger Technikums schlossen sich ebenso 180 Schüler der Landwirtschaftlichen Winterschule zweitweise der Reutlinger

²² Vgl. C. Sterzenbach (wie Anm. 10), S. 303 f.; vgl. StA Ludwigsburg E 186 Bü 483: Übersicht bez. der Stärke der Reutlinger Einwohnerwehr, 9. 2. 1920.

²³ Vgl. StA Ludwigsburg E 186 Bü 483: Schreiben der Bezirksstelle III für Einwohnerwehren Tübingen an die Oberleitung der württembergischen Polizeiwehr Stuttgart, 26. 3. 1920 sowie Schreiben der Bezirksstelle III für Einwohnerwehren Tübingen an die Einwohnerwehr-Unterbezirksstelle Reutlingen, 23. 10. 1919.

²⁴ Vgl. ebd.: Schreiben der Bezirksstelle III für Einwohnerwehren Tübingen an die Unterbezirksstelle Reutlingen, 6. 10. 1919.

²⁵ Vgl. ebd.: Abschrift des Schreibens des württembergischen Innenministers Berthold Heymann an die Hauptstelle für Einwohnerwehren Stuttgart, 29. 12. 1919.

²⁶ Vgl. ebd.: Schreiben Carl Krimmels an das Generalkommando des XIII. Armeekorps in Stuttgart, 7. 5. 1919.



Die Reutlinger Einwohnerwehr rekrutierte sich auch aus Studenten des Technikums für Textilindustrie in der Kaiserstraße, hier eine Postkartenansicht der 1920er Jahre.

Einwohnerwehr an.²⁷ Der militärische Verband hatte also eine gewisse Attraktivität bei jungen Leuten, sei es wegen der Uniformen, sei es um sich so mangels entgangener Kriegserfahrung zu bewähren.²⁸ Lutz Raphael spricht in Bezug auf diese öffentliche Inszenierung paramilitärischer Milizen, Verbände und Wehren von einem „[...] öffentliche[n] Schauspiel symbolischer, aber auch militärisch-physischer Stärke [...]“.²⁹

Abgesehen von jungen Leuten erblickte Carl Krimmel Unterstützer insbesondere in der Angestelltenschaft, dem sogenannten „neuen Mittelstand“.³⁰ Die Reutlinger Einwohnerwehr sollte nur im äußersten Notfall eingesetzt werden. Anlässe boten die beiden Generalstreiks des Jahres 1920.

²⁷ Vgl. ebd.: Schreiben Carl Krimmels an die Bezirksstelle III für Einwohnerwehren Tübingen vom 6. und 24. 12. 1919.

²⁸ Vgl. Lutz Raphael: *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945*, München 2011, S. 102 ff.

²⁹ Ebd., S. 103.

³⁰ U. Büttner (wie Anm. 19), S. 239.

Der Reutlinger März-Generalstreik des Jahres 1920: Die Abwehr des Kapp-Putsches als Symbol gesellschaftlicher Geschlossenheit

Der Impuls für den Reutlinger März-Generalstreik kam von der Reichsebene bzw. aus der Reichshauptstadt Berlin. Durch das Inkrafttreten des Versailler Vertrages zu Beginn des Jahres 1920 geriet das virulente Problem der Begrenzung der Reichswehr auf 100.000 Soldaten wieder in den allgemeinen Fokus der Aufmerksamkeit. In Berlin glaubten Wolfgang Kapp sowie hochrangige Militärs um General Ludendorff und General Walther von Lüttwitz, die Unzufriedenheit großer Teile des entlassenen und des zu entlassenden Heeres sowie Freikorps für den Plan eines Umsturzes am 13. März 1920 nutzen zu können. Dieser Putsch sollte insbesondere vom konservativen Milieu getragen werden. Eine offene Konfrontation wurde von der Reichsregierung aufgrund der fragwürdigen Loyalität der Reichswehrspitzen mit der Flucht über Dresden nach Stuttgart umgangen. Zwar rief sich Kapp am 13. März zum Reichskanzler in Berlin aus, doch scheiterte der Putsch insbesondere an der Loyalität der Berliner Ministerialbeamten, die die Militärregierung durch Nichtbeachtung ihrer Anweisungen ins Leere laufen ließen. Der in weiten Teilen Deutschlands angelaufene Generalstreik, zu dem die MSPD-Regierungsmitglieder sowie Reichspräsident Friedrich Ebert aufgerufen hatten, aktivierte unter der Regie der großen deutschen Arbeiter- und Angestellten-gewerkschaften (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, kurz: ADGB sowie Arbeitsgemeinschaft für Angestellte, kurz: AfA-Bund) den vereinten Widerstand der ansonsten auf gesellschaftliche Separation ausgerichteten Arbeiter- und Angestelltenschaft. Der ungenügend vorbereitete Rechts-Putsch fand durch die Aufgabe der Putschisten am 17. März ein rasches Ende. Die großen Gewerkschaftsverbände versuchten indessen durch den fortgesetzten Generalstreik die Notsituation der Reichsregierung zu nutzen und die aus ihrer Sicht ins Stocken geratene Revolution durch politische und soziale Forderungen fortzusetzen. Das Neun-Punkte-Programm der Gewerkschaften sollte überdies Maßnahmen einleiten, die junge Republik vor weiteren Putschversuchen zu schützen. Darüber hinaus sollten die Reichsregierung um Reichskanzler Gustav Bauer (MSPD) umgebildet sowie Reichswehrminister Gustav Noske (MSPD) entlassen werden, was im Anschluss an das Zusammenbrechen des Putsches geschah.³¹

Oberpolizeipräsident Hahn konstatierte in seinen Memoiren, dass durch die Konzentration der staatlichen Sicherheitskräfte auf die Linke rechte Kräfte erst erstarken konnten.³² In der einzigen in Stuttgart abgehaltenen

³¹ Vgl. U. Büttner (wie Anm. 19), S. 137–145; vgl. M. R. Lepsius (wie Anm. 5) S. 32–35; vgl. Reinhard Sturm: Kampf um die Republik 1919–1923, in: Informationen zur politischen Bildung 261 (2003), S. 18–31, hier: S. 23.

³² Vgl. P. Hahn (wie Anm. 11), S. 112.

Sitzung der Nationalversammlung im Alten Schloss³³ knüpfte der MSPD-Reichskanzler Gustav Bauer an den Wahlspruch des Königreichs Württemberg an und schloss seine Rede mit den denkwürdigen Worten: „Wir danken den schwäbischen Brüdern für ihre Gastfreundschaft. Wir wollen den Wahlspruch mit hinaus nehmen, der seit alters her im schwäbischen Wappen steht und der fernerhin über der Reichsregierung stehen soll: Furchtlos und treu!“³⁴

Wie in Stuttgart entschlossen sich im März auch in Reutlingen große Teile der Arbeiterschaft, durch einen Generalstreik gegen eine erneute Militärregierung vorzugehen. In der Achalmstadt schloss sich daher das Reutlinger Gewerkschaftskartell dem von den Vereinigten Gewerkschaften Stuttgart beschlossenen zweitägigen Generalstreik an und dokumentierte damit das gemeinsame Vorgehen in Form eines Streikkomitees.³⁵ Am 16. März 1920 zogen demonstrierende Reutlinger Arbeiter auf den Reutlinger Karlsplatz:

„Von 11 Uhr an wurden die Arbeitsstätten verlassen und die Arbeiter strömten dem Karlsplatz zu, wo für 12 Uhr eine Massenversammlung angesagt war. Die Beteiligung war aber nicht allzugroß. Es sprachen fünf Arbeiterführer, GR Wandel, GR Müller, die Herren Klett und Hipp, die das wahnsinnige Unternehmen der Berliner Putschisten in kräftigen Worten brandmarkten. Die Redner drückten ihre Befriedigung darüber aus, daß die Arbeiterschaft in dieser Stunde der Not sich wieder über die Parteischranken hinüber zusammengefunden habe; sie ermahnten zur Ruhe und Besonnenheit während des Streiks, der bis Donnerstag früh dauern soll. Mit einem Hoch auf die Republik ging die Versammlung auseinander. [...] Die Stimmung der Versammelten war durchaus ruhig [...]“³⁶

Die lokalen Reutlinger Repräsentanten der MSPD, der Vereinigten Gewerkschaften Reutlingen³⁷ und der USPD in Gestalt des Gemeinderats Paul Müller sprachen sich gemeinsam für den Erhalt der Republik aus und demonstrierten auf diese Weise die Einigkeit der Arbeiterbewegung angesichts eines drohenden Putsches von rechts. Im Falle des USPD-Gemeinderates Müller bestätigen sich die am Beispiel des nahe gelegenen Dorfs Eningen gewonnenen Ergebnisse Gabriele Karus': Durch die Eingebundenheit in das lokale politische Tagesgeschäft mussten die Linkssozialisten bzw. Kommunisten von ihren Maximalforderungen abrücken und konnten so durchaus in

³³ Vgl. P. Sauer (wie Anm. 10), S. 92.

³⁴ „Stuttgarts großer Tag. Denkwürdige Tagung der Nationalversammlung“; „Das Scherbengericht über die Aufrührer“; „Die glänzenden Reden von Bauer, Payer und Fehrenbach“; „Noske und Heine treten zurück“, in: GEA vom 19. 3. 1920, S. 1 f., hier: S. 2.

³⁵ Vgl. Landmesser/Päßler (wie Anm. 2), S. 252 ff.

³⁶ „Generalstreik in Reutlingen“, in: GEA vom 18. 3. 1920, S. 3.

³⁷ Gemeinderat und führender Gewerkschafter der Vereinigten Gewerkschaften Reutlingen um Otto Wandel und Ernst Hipp.

Opposition zu ihren Landesparteien geraten.³⁸ Das bürgerlich-liberale Milieu Reutlingens in Gestalt der Angestelltengewerkschaft und der Beamten schloss sich dem Generalstreik ebenfalls an, da er auch von der Landesregierung um Wilhelm Bloss unterstützt wurde.³⁹ Auch die republiktreue Reutlinger DDP um Emil Roth stellte sich hinter die verfassungsmäßige Regierung und gegen eine drohende Militärdiktatur. Am 15. März sprach sie sich in einer Anzeige auf dem Titelblatt des parteinahen Reutlinger General-Anzeigers für den Erhalt der jungen Republik aus. In Bezug auf den vom 16. bis zum 18. März abgehaltenen Generalstreik übte das vom DDP-Gemeinderat Hans Freytag geleitete Blatt dennoch scharfe Kritik. Es hätte nur in jenen Gebieten ein Generalstreik stattfinden sollen, welche von den Putschisten bedroht gewesen seien. Die Folgen eines leichtfertig losgetretenen Streiks bestünden in Lohn- und Produktionsausfällen und in weiteren unkalkulierbaren Gefahren. Darüber hinaus habe der GEA aufgrund des Generalstreiks am 17. März zum Ärger der Redakteure nicht erscheinen können.⁴⁰

Wie gestaltete sich das Verhalten der Reutlinger Einwohnerwehr in Bezug auf den März-Generalstreik angesichts des Streikaufrufes durch die Reichs- und Landesregierung? Am Morgen des 16. März kam es zu Verhandlungen zwischen Carl Krimmel sowie Anführern der Arbeiterschaft im Rathaus. Eingeladen hatte der MSPD-Gemeinderat Kurz, Oberbürgermeister Hepp vermittelte. Im Ergebnis versprachen Behörden und Einwohnerwehr, sich jedes Eingriffs bezüglich des Streiks zu enthalten.⁴¹ Einwohnerwehr-Chef Krimmel hatte bereits am 11. März die Einwohnerwehr bewaffnen lassen und die



Zeitungsmeldung des Reutlinger General-Anzeigers vom 16. März 1920 über den bevorstehenden Streik. Bemerkenswert ist die Bemühung von Gewerkschaften, Sicherheitswehr und Oberbürgermeister Hepp um gegenseitige Information und Abstimmung.

³⁸ Vgl. Gabriele Karus: Eningen. Portrait der Achalmgemeinde, Eningen 1990, S. 185; vgl. Landmesser/Päßler (wie Anm. 2), S. 259–264; vgl. Heidi Stelzer: Reutlingen in den Zwanziger Jahren. Die Zeit von Kriegsende 1918 bis zu Hitlers Machtübernahme im Jahr 1933, Reutlingen 2001, S. 15.

³⁹ Vgl. P. Sauer (wie Anm. 10), S. 92; vgl. „Die Haltung Württembergs“, in: GEA vom 16. 3. 1920, S. 2.

⁴⁰ Vgl. „An die Mitglieder und Anhänger der Deutsch-Demokratischen Partei in Stadt und Land!“, in: GEA vom 15. 3. 1920, S. 1; „Generalstreik in Reutlingen“, in: GEA vom 18. 3. 1920, S. 3; „Stadt und Land/Gestern konnte der ‚Generalanzeiger‘ nicht erscheinen [...]“, in: GEA vom 18. 3. 1920, S. 7.

⁴¹ Vgl. „Letzte Nachrichten/Streiklust auch in Reutlingen“, in: GEA vom 16. 3. 1920, S. 3; „Generalstreik in Reutlingen“, in: GEA vom 18. 3. 1920, S. 3.

Bewachung der Waffendepots veranlasst.⁴² Die am Rathaus bereits postierten Wachmannschaften mussten nach Protesten der Behörden verringert werden. Das Hauptereignis für die Einwohnerwehr bestand bezeichnenderweise im Diebstahl einer Mauser-Pistole samt Munition von einer Wache auf dem Reutlinger Rathaus in der Nacht vom 16. auf den 17. März, deren Kosten der Pistolen-Verlierer selbst zu tragen hatte.⁴³ Insgesamt wurde das besonnene Handeln Krimmels wie auch jenes der Reutlinger Einwohnerwehr während des März-Generalstreiks von der Stuttgarter Hauptstelle ausdrücklich gelobt. Die Maßnahmen Krimmels hätten „[...] sicherlich ganz besonders dazu beigetragen die Ruhe im Unterbezirk Reutlingen während der letzten Ereignisse aufrecht zu erhalten.“⁴⁴

Während auf der Reichsebene durch den Generalstreik eine weitere Fragmentierung des sozialistischen Milieus erfolgte⁴⁵ – Ursula Büttner bewertet den Sieg über den militaristischen Rechts-Putsch und dessen Folgen als einen „Pyrrhussieg“,⁴⁶ dessen Konsequenzen sich in den massiven Stimmenverlusten der MSPD und der DDP in den im Juni 1920 abgehaltenen Reichs- und Landtagswahlen offenbarten – scheint auf der lokalen Ebene in Reutlingen die Loyalität gegenüber der verfassungsmäßigen republikanischen Regierung in Form eines milieuübergreifenden Zusammenschlusses kurzzeitig gestärkt worden zu sein. Der Einwohnerwehr-Vizechef und Vorsitzender der Reutlinger DDP Emil Roth äußerte kurz darauf in einer Rede im Marchtaler Hof die Hoffnung, dass die Alliierten nun endlich erkennen sollten, dass die junge deutsche Republik „[...] größerer Machtmittel zur Niederhaltung von Putschen von Rechts und von Links bedarf, als sie im Friedensvertrag zugestanden wurden.“⁴⁷

⁴² Vgl. StA Ludwigsburg E 186 Bü 483: Schreiben der Bezirksstelle III für Einwohnerwehren Tübingen an das Kassenamt, 18. 03. 1920; vgl. Schreiben Carl Krimmels an die Bezirksstelle III für Einwohnerwehren Tübingen, 11. 03. 1920.

⁴³ Vgl. ebd.: Schreiben Carl Krimmels an die Bezirksstelle III für Einwohnerwehren Tübingen vom 24.3. und 23. 4. 1920; vgl. Schreiben der Bezirksstelle III für Einwohnerwehren Tübingen an die Hauptstelle für Einwohnerwehren Stuttgart, 26. 4. 1920.

⁴⁴ Ebd.: Abschrift des Schreibens der Hauptstelle für Einwohnerwehren Stuttgart an die Bezirksstelle III für Einwohnerwehren Tübingen, 28. 3. 1920.

⁴⁵ Vgl. U. Büttner (wie Anm. 19), S. 142–145; R. Sturm (wie Anm. 31), S. 23.

⁴⁶ U. Büttner (wie Anm. 19), S. 137.

⁴⁷ „Aus der Kreishauptstadt/Die jüngsten politischen Ereignisse (...)“, in: SKZ vom 22. 3. 1920, S. 3 f.

Der Reutlinger Sommer-Generalstreik 1920 als Zeichen einer fragmentierten Gesellschaft: Die Voraussetzungen und die Motivation der „Frontgeneration“⁴⁸ in Zeiten der sozialen Krise in Reutlingen

Neben der hohen Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot war insbesondere die Nahrungsmittelversorgung eines der Hauptprobleme der Nachkriegszeit.⁴⁹ Die angespannte Versorgungslage erwies sich als ein ständiger Instabilitätsfaktor, was jederzeit zu spontanen und unkalkulierbaren sozialen Unruhen führen konnte. Martin H. Geyer weist daher auf den engen Konnex zwischen der gesellschaftlichen Stimmung und der Lebensmittelversorgung hin. Eine ungenügende Versorgung konnte das ganze Staatssystem infrage stellen.⁵⁰ Neben Kartoffeln kam dem Getreide die bedeutendste Rolle in der Lebensmittelversorgung zu. Zu den Hauptgründen der geringen Ernteerträge zählten ein Mangel an Arbeitskräften, an Dünger, an Maschinen und an Zugvieh sowie minderwertiges Saatgut. Die württembergische Landwirtschaft sollte erst Mitte der 1930er Jahre wieder die Erträge der Vorkriegsjahre erreichen.⁵¹ Die Getreideablieferungen waren Ende August 1920 derart schlecht, dass sich die württembergische Regierung außerstande sah, Vorräte anzulegen. Eine schwierige Lage im folgenden Winter und Frühjahr war damit absehbar. Darüber hinaus besaß das Brot aufgrund der Versetzung mit Streckmitteln ohnehin eine niedrige Qualität.⁵² Eine verheerende Maul- und Klauenseuche verschärfte im Sommer und Herbst 1920 die angespannte Lage der Bauern. Durch die Seuche stiegen im August die Preise für Kühe, Pferde und Gespännvieh erheblich.⁵³ Krisenverschärfend wirkte die staatliche Zwangswirtschaft, die aus den Kriegszeiten übernommen wurde. Es wurden Höchstpreise festgesetzt und Rationierungen mithilfe von Lebensmittelkarten durchgeführt. Durch die gesteuerte Preispolitik ergab sich bald ein

⁴⁸ Detlev Peukert: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt 1987, S. 26.

⁴⁹ Vgl. Wolfram Gekeler; Hellmut Haasis; Gerlinde Hummel-Haasis: Generalstreik, SS und der Knick im Sofakissen. Episoden aus der Geschichte Reutlingens und der Alb, Reutlingen-Betzingen 1985, S. 11–14; vgl. Landmesser/Päßler (wie Anm. 2), S. 239–262.

⁵⁰ Vgl. Martin H. Geyer: Teuerungsprotest und Teuerungsunruhen 1914–1923. Selbsthilfegesellschaft und Geldentwertung, in: Manfred Gailus; Heinrich Volkmann (Hrsg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 74), Opladen 1994, S. 319–345, hier: S. 325–329.

⁵¹ Vgl. Hugo Ott: Land- und Forstwirtschaft, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 5, Stuttgart 2007, S. 92–121, hier: S. 92.

⁵² Vgl. „Stadt und Land/Die Getreideablieferung [...]“, in: GEA vom 28. 8. 1920, S. 2.

⁵³ Vgl. „Stadt und Land/Die Maul- und Klauenseuche [...]“, in: GEA vom 24. 8. 1920, S. 5; vgl. „Stadt und Land/Die Maul- und Klauenseuche [...]“, in: GEA vom 13. 9. 1920, S. 6.

ständig veränderndes Netz von Verordnungen auf Reichs-, Landes- und Gemeindeebene.⁵⁴

Hinzu kam eine letztlich auf die Art der Kriegsfinanzierung zurückgehende grassierende Inflation, die den Arbeitslohn buchstäblich auffraß. Phasen von Preiserhöhungen konnten daher ein Misstrauen bzw. eine Ablehnung gegenüber staatlichen Behörden nach sich ziehen und dadurch das staatliche System insgesamt infrage stellen.⁵⁵ Eine durch Teuerungen verursachte Welle von sozialen Unruhen erfasste bereits im Juni 1920 ganz Deutschland, die sich ebenfalls in Württemberg niederschlug. In Ulm und Ravensburg kam es im Anschluss an Teuerungsdemonstrationen zu heftigen Ausschreitungen, die zu sieben Todesopfern führten.⁵⁶ In Heidenheim führten hohe Obstpreise Ende Juni 1920 zu einem mehrtägigen Generalstreik sowie zur Besetzung des Rathauses und der Entwaffnung der dortigen Einwohnerwehr durch Arbeiter. Erst die aus Stuttgart eingerückte Polizeiwehr konnte die Lage beruhigen.⁵⁷ Auch in Reutlingen kam es nach einem Gewerkschaftsaufruf Ende Juni 1920 zu einer Demonstration gegen die Teuerung und zu einer anschließenden Aussprache einer Delegation der Demonstranten mit dem Gemeinderat und dem Oberamtsvorstand. Kurz vor dem Sommer-Generalstreik Ende August 1920 wurde im Reutlinger Rathaus eine Versammlung aus Vertretern des Handels und Gewerbes sowie der Arbeiterschaft abgehalten. Es bestand Einigkeit darüber, dass die Lebenshaltungskosten für die Bevölkerung eindeutig zu hoch seien.⁵⁸ Darüber hinaus verschärfte Kurzarbeit durch geringere Löhne und die Arbeitslosenzahl von 1300 Erwerbslosen in Reutlingen im Juli und August die Situation in der Achalmstadt.⁵⁹ Die nicht abreißende soziale Krise bereitete den Nährboden für radikale Aktionen zur Verbesserung der eigenen sozialen und wirtschaftlichen Lage.

Die eingangs zitierte Rede Karl Digels, die dieser am 30. August 1920 beim Reutlinger Sommer-Generalstreik auf dem Karlsplatz gehalten hatte, besticht durch ihre radikalen Aussagen gegenüber dem Bürgertum. Ohne Zweifel ließ sich Digel, der als Eisendreher bei der Firma Ulrich Gminder arbeitete, hierbei vom marxistischen Klassenkampf begriff leiten, wonach sich die moderne kapitalistische bzw. vorkommunistische Gesellschaft in zwei sich gegenüberstehende Klassen unterteilen lasse: Das Proletariat bzw. die Arbeiterschaft,

⁵⁴ Vgl. M. H. Geyer (wie Anm. 50), S. 326.

⁵⁵ Vgl. H. Ott (wie Anm. 51), S. 92; vgl. M. H. Geyer (wie Anm. 50), S. 326–329; vgl. U. Büttner (wie Anm. 19), S. 166–170.

⁵⁶ Vgl. „Ausschreitungen bei den Teuerungsdemonstrationen. Tote und Verwundete in Ulm u. Ravensburg“, in: GEA vom 23. 6. 1920, S. 2 f.; vgl. M. H. Geyer (wie Anm. 50), S. 328.

⁵⁷ Vgl. Hans Wulz; Manfred Allenhöfer: *Das Heidenheimer Land*, Bd. 4, Heidenheim an der Brenz 1995, S. 61–65.

⁵⁸ Vgl. „Teuerungsdemonstration in Reutlingen“, in: GEA vom 23. 6. 1920, S. 2; vgl. „Preisabbau in Reutlingen“, in: GEA vom 25. 8. 1920, S. 2 f.

⁵⁹ Vgl. Landmesser/Päßler (wie Anm. 2), S. 262.

welche von der Bourgeoisie bzw. dem Produktionsmittel besitzenden Bürgertum beherrscht und ausgebeutet werde. Aus der marxistischen Perspektive könne allein der Klassenkampf bzw. eine weltweite politische Revolution seitens der Arbeiterklasse die herrschende bürgerliche Klasse stürzen, um eine klassenlose kommunistische Gesellschaftsform herbeizuführen und auf diese Weise das emanzipierte proletarische Individuum von der Armut sowie von dem monotonen und beschwerlichen Fabrikalltag befreien. Diese Deutung der Gesellschaftsverhältnisse war ausschließlich im sozialistischen Milieu beheimatet.⁶⁰

Die von großen Hoffnungen begleitete Revolution sollte nun endlich auch dem einfachen Arbeiter Ergebnisse in Form einer Besserung der persönlichen sozialen Lage liefern. Neben Digel mussten sich weitere 21 Männer für die im Verlauf des Generalstreiks begangenen Betriebsstilllegungen vor der Strafkammer des Landgerichts Tübingen verantworten. Elf Angeklagte wurden freigesprochen, gegen Karl Digel wurde die Höchststrafe von sechs Monaten Gefängnishaft verhängt. Allein für seine Rede auf dem Reutlinger Karlsplatz erhielt Digel drei Monate. Hingegen konnte General Lüttwitz – einer der Hauptdrahtzieher des Kapp-Putsches 1920 – nach seiner Rückkehr aus dem ungarischen Exil gegen Kaution einer Haftstrafe entgehen. Das Durchschnittsalter der 22 Reutlinger Angeklagten betrug 30,6 Jahre, wobei der jüngste Angeklagte 16 und der älteste 50 Jahre alt war.⁶¹ Fünfzehn der Angeklagten – darunter Karl Digel – wurden in den 1880er und 1890er Jahren geboren und gehörten damit der sogenannten „Frontgeneration“⁶² an, die am meisten und am längsten an den Weltkriegsfronten gekämpft hatte. Die Kriegsjahre verzögerten nicht nur die persönliche Entwicklung, sondern ebenso die Berufswahl und die Familiengründung um Jahre.⁶³ Verständlicherweise knüpften die Angehörigen der „Frontgeneration“ des Arbeitermilieus große Hoffnungen an die Novemberrevolution, die aus ihrer Sicht bitter enttäuscht wurden.

Während der März-Streik eine Reaktion auf einen versuchten Umsturz von Rechts war, führten im Kern die Auswirkungen der Reichsfinanzreform der

⁶⁰ Vgl. die Zeugenaussage (wie Anm. 1); vgl. Marco Iorio: III. C Philosophische Konzeption der Marxschen Theorie – 2 Geschichtsphilosophie, in: Michael Quante; David Schweikard (Hrsg.): Marx-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart 2016, S. 208–218, hier: S. 211–215.

⁶¹ Vgl. „Gerichtszeitung“, in: GEA vom 8. 1. 1920, S. 2; vgl. „Der Generalstreik in Reutlingen“, in: SKZ vom 4. 9. 1920, S. 2 f.; vgl. StA Sigmaringen Wü 28/3 T 13 Az. L 344/20, Fasz. Strafkammer des Württembergischen Landgerichts Tübingen, Akten betreffend die Straf-Sache gegen Digel, Karl, Eisendreher von Betzingen u. a.: Urteil, 7. 1. 1921, S. 1–20, hier: S. 19 f.; vgl. U. Büttner (wie Anm. 19), S. 141.

⁶² D. Peukert (wie Anm. 48), S. 26.

⁶³ Vgl. D. Peukert (wie Anm. 48), S. 27–30; vgl. StA Sigmaringen Wü 28/3 T 13 Az. L 344/20 (wie Anm. 61), S. 19 f.

Jahre 1919/1920 zu dem zweiten Generalstreik im Sommer 1920. Der neu geschaffene deutsche Staat benötigte sowohl Kapital für die Erfüllung des Versailler Vertrages und die daran anknüpfenden Reparationsforderungen der alliierten Siegermächte als auch für die Liquidierung des Krieges und den Aufbau eines modernen Sozialstaates, durch den in der krisenhaften Nachkriegszeit der innere Frieden hergestellt werden sollte. Zunächst stand die Milderung der Not der Opfer von Krieg und Inflation im Zentrum. Insbesondere auf Kosten der zuvor finanzpolitisch weitgehend selbstverwalteten Kommunen und Länder wurde die Reichsfinanzverwaltung zugunsten des Weimarer Zentralstaates ausgebaut. Das Kernstück dieser Reform bestand in der Einkommensteuer, die auf zehn Prozent festgesetzt wurde und in Gänze an den Weimarer Zentralstaat abfließen sollte.⁶⁴ Im August 1920 kam es in Stuttgart zu einer Massenkundgebung mit ca. 10.000 Demonstranten gegen diesen zehnpromzentigen Steuerabzug vom Lohn. In den Werken von Daimler in Stuttgart-Untertürkheim, von Bosch in Stuttgart und Feuerbach sowie bei der Maschinenfabrik Esslingen in Mettingen kam es zu Unruhen und Arbeitsniederlegungen. Dies zog die Aussperrung der jeweiligen kompletten Belegschaft von etwa 16.000 Arbeitern nach sich.⁶⁵ Paul Sauer bewertet dieses Vorgehen der Stuttgarter Arbeitgeber als unverhältnismäßig hart.⁶⁶ Die Schwarzwälder Kreiszeitung machte überdies auf den Sachverhalt aufmerksam, dass die Daimler-Gesellschaft schon vor Ausbruch des Generalstreiks geplant hätte, 2000 bis 4000 Arbeiter und Angestellte zu entlassen, sodass dieser Generalstreik nur als ein Vorwand gedient habe.⁶⁷ Als Reaktion auf das unnachgiebige Handeln der Stuttgarter Arbeitgeber wurde seitens der Groß-Stuttgarter Betriebsräte ein Aktionsausschuss zur Interessenvertretung gegenüber den Arbeitgebern und der Landesregierung gebildet und der verschärfte Generalstreik ausgerufen. Der Stuttgarter Generalstreik sollte nicht nur sämtliche Wirtschaftsbetriebe treffen, sondern ebenso auf die Gas- und Elektrizitätsversorgung ausgeweitet werden. Diesem verschärften Sommer-Generalstreik in der Landeshauptstadt schlossen sich ebenfalls Aktionsausschüsse der Betriebsräte Göppingens, Heilbronnns, Ravensburgs und Reutlingens an. Der Impuls zum Generalstreik kam also ursprünglich von der Reichsebene und wurde auf Landesebene durch das unnachgiebige Handeln der Arbeitgeber verschärft, sodass dieser Generalstreik auf die Industriezentren Württembergs ausstrahlte und damit auch in Reutlingen Gestalt annahm.

⁶⁴ Vgl. Ulrich Kluge: Die Weimarer Republik (UTB Geschichte, Bd. 2805), Paderborn 2006, S. 50 ff.; vgl. R. Sturm (wie Anm. 31), S. 20; vgl. A. Wirsching (wie Anm. 4), S. 27 ff.

⁶⁵ Vgl. „Das Ende des sogen. Generalstreiks“, in: SKZ vom 4. 9. 1920, S. 1 f.; vgl. P. Sauer (wie Anm. 10), S. 89.

⁶⁶ Vgl. P. Sauer (wie Anm. 10), S. 89.

⁶⁷ Vgl. „Das Ende des sogen. Generalstreiks“, in: SKZ vom 4. 9. 1920, S. 1 f., hier: S. 2.

Das Betriebsrätewesen als Träger des Reutlinger Sommer-Generalstreiks

Nachdem das Betriebsrätegesetz⁶⁸ im Januar 1920 vom Reichstag verabschiedet worden war, wuchs den bestehenden Gewerkschaften mit den Betriebsräten zeitweise ein mächtiger Konkurrent um die Vertretung der Arbeiterschaft heran. Betriebsräte sollten in allen Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten gewählt und aufgestellt werden. Sie sollten beispielsweise bei der Einstellung neuer Mitarbeiter, bei Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen, bei Lohnverhandlungen und außertariflichen Teuerungszulagen mitwirken. Außerdem sollten sie Einblick in die Bilanzen des Unternehmens und bei Konzernen einen Sitz im Aufsichtsrat erhalten. Hierbei wurden Arbeiter- und Angestelltenvertretungen getrennt gewählt. Das Betriebsrätewesen wurde durch seinen basisdemokratischen Anspruch mit dem revolutionären Rätssystem assoziiert.⁶⁹ Die Gewerkschaften wiederum hatten durch das Stinnes-Legien-Abkommen erlebt. Sie wurden von den Arbeitgebern als Verhandlungspartner bei kollektiven Tarifverträgen anerkannt, nicht zuletzt, um Sozialisierungsbestrebungen in der Wirtschaft abzuwehren und den Privatbesitz zu garantieren. Außerdem wurden paritätisch besetzte Schlichtungsausschüsse in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten eingeführt. Mit der paritätisch-besetzten „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände Deutschlands“ (ZAG) sollten wirtschafts- und sozialpolitische Probleme gemeinsam gelöst werden. Die größte sozialpolitische Errungenschaft der Revolution bestand in der Einführung des Achtstundentages bei vollem Lohnausgleich, der später allerdings durch die Arbeitgeber schrittweise ausgehöhlt wurde. 1924 sollte die ZAG endgültig scheitern.⁷⁰ Die von der USPD und KPD unterstützten Betriebsräte erwiesen sich in der Landeshauptstadt Stuttgart und auch in Reutlingen als Träger des Sommer-Generalstreiks, in deren Verlauf sie von den Arbeitgebern, den Schlichtungsausschüssen, aber auch von den traditionellen Gewerkschaften bekämpft wurden.⁷¹

⁶⁸ Vgl. Auszug des Betriebsrätegesetzes, abgedruckt in: Landmesser/Päßler (wie Anm. 2), S. 325 f.

⁶⁹ Vgl. Landmesser/Päßler (wie Anm. 2), S. 250 ff.; vgl. Kurt Brigl-Matthiaß: Die Betriebsräte in der Weimarer Republik. Von der Selbstverwaltung zur Mitbestimmung, Bd. 2, Berlin 1978, S. 22–25; vgl. U. Büttner (wie Anm. 19), S. 143; vgl. A. Wirsching (wie Anm. 4), S. 26.

⁷⁰ Vgl. U. Büttner (wie Anm. 19), S. 51 ff.

⁷¹ Vgl. „Das Ende des sogen. Generalstreiks“, in: SKZ vom 4. 9. 1920, S. 1 f., hier: S. 2.

Der Reutlinger Sommer-Generalstreik: Verlauf und Träger

In Reutlingen wurde – wie in der Landeshauptstadt und in den übrigen vom Solidaritätsstreik für die ausgesperrten Stuttgarter Arbeiter betroffenen württembergischen Städten – ein Aktionsausschuss der Betriebsrätevollversammlung gebildet. Dem Reutlinger Aktionsausschuss gehörten der USPD-Gemeinderat Fritz Fleck, der Betriebsrat der Firma Stoll & Co. August Becker, Ernst Wacker von der KPD, Gottlob Sigmund von den Vereinigten Gewerkschaften und gleichzeitiges USPD-Mitglied sowie Gustav Niessen an. Diese Delegation befand sich mit dem Oberamts- und dem Stadtvorstand in ständigen Verhandlungen, die jedoch erfolglos blieben.⁷² Am 28. August erfolgte in der Achalmstadt der Beschluss zum zweiten Reutlinger Generalstreik des Jahres 1920 durch eine Betriebsrätevollversammlung im Siberschen Bierkeller. Dies führt zur Frage, welchen Charakter diese Betriebsräte besaßen und wie sich deren Verhältnis zu den traditionellen Gewerkschaften gestaltete. Am 30. August zogen „[...] die Arbeiter auf den Karlsplatz [...], um sich dort zu formieren zu einem nach Tausenden zählenden Demonstrationzug, der die Gartenstraße herauf und die Wilhelmstraße hinunter durch die Katharinenstraße auf den Platz bei der großen Turnhalle führte. [...]“⁷³ Die streikenden Arbeiter eroberten augenscheinlich den öffentlichen Raum, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Darüber hinaus unterstrich die Anwesenheit von hochrangigen Rednern wie des Landtagsabgeordneten Wilhelm Ehrle oder des Reichstagsabgeordneten Hermann Remmele (beide USPD) das Gewicht des Reutlinger Streiks.⁷⁴ Sowohl die KPD als auch die USPD versuchten, die Protestwelle zu nutzen bzw. auszuweiten. In der Streikwoche wurden jeden Abend öffentliche Versammlungen abgehalten, um das gemeinsame Gruppenbewusstsein des ohnehin gesellschaftlich separierten sozialistischen Milieus zu schärfen.⁷⁵

Am 30. und 31. August 1920 kam es unter Androhung von Gewalt zu Fabrikstilllegungen in Reutlingen, Pfullingen sowie in Unterhausen. Der eingangs zitierte Karl Digel agierte dabei meist als Anführer einer mindestens einhundert Mann starken Gruppe von Arbeitern. Am 30. August wurden die Maschinenfabrik und die Möbelfabrik des Bruderhauses sowie die Contessa-Camera-Werke in Reutlingen stillgelegt. Am nächsten Tag folgten die Firma Schirm in Reutlingen, die Papierfabrik Laiblin in Pfullingen sowie die Spinnerei in Unterhausen.⁷⁶ Im Nachhinein betonten die Verantwortlichen der

⁷² Vgl. Landmesser/Päßler (wie Anm. 2), S. 264–269.

⁷³ „Der Generalstreik in Reutlingen“, in: SKZ vom 4. 9. 1920, S. 2 f., hier: S. 2.

⁷⁴ Vgl. Frank Raberg: Ehrle, Wilhelm, in: Biographisches Handbuch (wie Anm. 19), S. 166; vgl. Andreas Herbst; Hermann Weber: Remmele, Hermann (1880–1939), in: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918–1945, Berlin²2008, S. 721 f.

⁷⁵ Vgl. „Der Generalstreik in Reutlingen“, in: SKZ vom 4. 9. 1920, S. 2 f.

⁷⁶ Vgl. StA Sigmaringen Wü 28/3 T 13 Az. L 344/20 (wie Anm. 61), S. 6–18.

Aufruf an die Bevölkerung!

In der veröffentlichten Kundgebung der Staatsregierung wurde vor Versuchen **gewarnt**, Besitzer und Angestellte von Betrieben und offenen Ladengeschäften unter Androhung von Gewalt oder Schädigungen zur Schließung des Betriebs oder zur Arbeitsniederlegung zu bestimmen.

Trotz dieser Warnung sind schwere gesetzwidrige Veruche der Nötigung und Eindringen in Fabrikräume und Kontore vorgekommen, um Arbeitswillige zur Niederlegung der Arbeit oder Fabrikbesitzer zur Entlassung ihrer Arbeiter zu zwingen.

In Ausübung des von der Staatsregierung den **Arbeitswilligen zugesicherten Schutzes** und zur **Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung** sah sich die Regierung **genötigt, die Polizeiwehr und Einwohnerwehr aufzubieten.**

Unter Hinweis auf die aus dem Ernst der Lage drohenden Gefahren wird die Bevölkerung aufgefordert, **Ruhe und Besonnenheit** zu bewahren. **Unbeteiligte** und **Neugierige** wollen sich, wenn sie vor Schaden bewahrt sein wollen, **fernhalten.**

Auf Grund des Paragraphen 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzes wird angeordnet, daß **Störungen des Verkehrs durch Ansammlung von Personen oder sonstige Belästigungen von Passanten verboten** sind. Zuwiderhandlungen werden strenge bestraft werden.

Reutlingen, den 31. August 1920.

O b e r a m t. K o m m e r e l l.

Im Druck verbreiteter Aufruf des Oberamts zu Ruhe und Ordnung während des August-Generalstreiks.

Möbelfabrik zum Bruderhaus in Reutlingen und der Papierfabrik Laiblin in Pfullingen, dass ihre jeweiligen Betriebsräte sich klar gegen einen Streik ausgesprochen hätten.⁷⁷

Hinsichtlich der streikunterstützenden Gruppen schlossen sich im Unterschied zum März-Generalstreik der eng mit der MSPD verbundene ADGB und der Beamtenbund DBB nicht an. Die Angestelltengewerkschaften, darunter der AfA-Bund, verweigerten wie schon beim achttägigen April-Generalstreik des Vorjahres ebenfalls eine Teilnahme.⁷⁸ Zwar näherte sich aus ökonomischer Sicht der „neue Mittelstand“⁷⁹ aus mittleren und kleinen Angestellten der Berufssituation der Arbeiterschaft an, jedoch zielten beide Gruppen auf eine klare gesellschaftliche Abgrenzung voneinander. Das zeigt sich beispielsweise an separierten Interessenvertretungen bei Betriebsräten und Gewerkschaften sowie Sozialversicherungssystemen. Die Angestelltenschaft orientierte sich eher an den Arbeitgebern als an den Arbeitern, weshalb Carl Krimmel in seiner Eigenschaft als Fabrikant diesen „neuen Mittelstand“ als Verbündeten einordnete und bezüglich des Reutlinger Sommer-Generalstreiks recht behalten sollte.⁸⁰ Der Gegensatz zwischen dem sozialistischen und dem liberal-bürgerlichen Milieu, der vom Kaiserreich übernommen wurde, trat einmal mehr offen zutage. Lepsius betont, dass sämtliche Parteien der Weimarer Republik einem bestimmten Milieu verhaftet geblieben seien, wodurch sich spezifische „sozialmoralische“ Vorstellungen tradiert hätten und es weder zu einem Wandel dieser Wertvorstellungen noch zur Integration in das neue demokratisch-parlamentarische Staatssystem gekommen sei. Durch eine klare moralisch-kulturelle Distanzierung zwischen dem sozialistischen Milieu und den übrigen Lagern sei insbesondere die Integration der Arbeiterschaft verhindert worden und damit also jener Berufsgruppe, die besonders stark mit den Bedingungen der Industrialisierung bzw. Modernisierung konfrontiert war.⁸¹ Diese tiefe Zerrissenheit der Weimarer Gesellschaft lässt sich auch am Beispiel des Reutlinger Sommer-Generalstreiks belegen.

⁷⁷ Vgl. StA Sigmaringen Wü 28/3 T 13 Az. L 344/20, Fasz. Landgericht Tübingen, Strafsache, Digel Karl, Quadr. 10: Schreiben der Möbelfabrik zum Bruderhaus an den Untersuchungsrichter am Landgericht Tübingen, 4. 9. 1920; vgl. ebd., Quadr. 16: Abschrift der Bekanntmachungen der Firma Laiblin vom 30. 8. 1. und 6. 9. 1920.

⁷⁸ Vgl. Zeugenaussage (wie Anm. 1); vgl. „Der Generalstreik in Reutlingen“, in: SKZ vom 4. 9. 1920, S. 2 f., hier: S. 2; vgl. Landmesser/Päßler (wie Anm. 2), S. 248 ff. und S. 265.

⁷⁹ U. Büttner (wie Anm. 19), S. 239.

⁸⁰ Vgl. Werner Faulstich: Einführung: „Ein Leben auf dem Vulkan“? Weimarer Republik und die „goldenen“ 20er Jahre, in: Ders. (Hrsg.): Die Kultur der zwanziger Jahre, München 2008, S. 7–20, hier: S. 8 f.; R. Sturm (wie Anm. 31), S. 36; vgl. A. Wirsching (wie Anm. 4), S. 75 f.; vgl. StA Ludwigsburg E 186 Bü 483: Schreiben der Bezirksstelle III für Einwohnerwehren Tübingen an die Oberleitung der württembergischen Polizeiwehr Stuttgart, 26. 3. 1920.

⁸¹ Vgl. M. R. Lepsius (wie Anm. 5) S. 32–39 und S. 44–50.

Die Beendigung des Generalstreiks durch das Vorgehen der staatlichen und kommunalen Institutionen

Die Fabrikstilllegungen durch Teile der Reutlinger Arbeiterschaft veranlassten Oberamt und Stadtverwaltung dazu, die Reutlinger Einwohnerwehr strategisch wichtige Positionen im Stadtgebiet besetzen zu lassen, die Polizeiwehr aus dem benachbarten Tübingen sowie Reichswehrtruppen aus Böblingen anzufordern und schließlich zur Abschreckung ein Maschinengewehr vor dem Rathaus aufzustellen. Die Polizeiwehr bezog Quartier im Rathaus und schützte die Betriebe vor Übergriffen. Es kam zu vier nächtlichen Festnahmen.⁸² Aufgrund der als bedrohlich empfundenen Präsenz der Polizeiwehr und der Reichswehrtruppen wurde am Mittwoch, 1. September, eine Gemeinderatssitzung in den „Schwanen“ einberufen, in der es zu heftigen Diskussionen kam. Gemeinderat und Einwohnerwehr-Vize Emil Roth verteidigte den Einsatz der Polizeiwehr und sprach in Bezug auf die Fabrikstilllegungen von Terror, ja es habe die Gefahr einer kommunistischen Herrschaft in Reutlingen bestanden. Der Aktionsausschuss der Reutlinger Betriebsräte nahm ebenfalls an der Sitzung teil und forderte gemeinsam mit den USPD- und MSPD-Fraktionen den Abzug der Tübinger Polizeiwehr. Ferner setzte sich eine Delegation dieses Ausschusses für die Freilassung der vier Gefangenen ein. Die Tübinger Polizeiwehr zog noch am selben Abend ab. Unterdessen wurde die Technische Nothilfe zur Aufrechterhaltung des Betriebs im Gaswerk eingesetzt, da dieses ebenfalls bestreikt wurde. Die Reutlinger Einwohnerwehr wurde zu deren Schutz als Bewachung aufgestellt.⁸³

Durch eine Einigung mit den Gewerkschaften wurde der einwöchige Generalstreik beigelegt, die zehnpromtente Lohnsteuer blieb bestehen. Insgesamt waren in Reutlingen 12.000 Arbeiter betroffen. Die Schwarzwälder Kreiszeitung ging von einem Verdienstaussfall von 2 Millionen Mark aus.⁸⁴ Der Sommer-Generalstreik war jedoch nicht nur für die Betriebsrätewegung ein Misserfolg, sondern auch für die Reutlinger Einwohnerwehr. Schon bei deren Einberufung am 1. September erschienen nur 335 Männer von insgesamt ca. 1000 Mitgliedern. Oberamtsvorstand Kommerell fällt in seinem Schreiben vom 9. September 1920 rückblickend ein negatives Urteil über die Verfasstheit der Stadtpolizei sowie indirekt über die Einwohnerwehr. Diese hätten sich den jüngsten Streikunruhen nicht gewachsen gezeigt, weshalb nach Absprache mit dem württembergischen Innenministerium die Aufstellung einer ständigen Polizeiwehr mit einer Stärke zwischen 80 und 100 Mann

⁸² Vgl. W. Jung (wie Anm. 4), S. 178; vgl. „Der Generalstreik in Reutlingen“, in: SKZ vom 4. 9. 1920, S. 2 f.

⁸³ Vgl. „Der Generalstreik in Reutlingen“, in: SKZ vom 4. 9. 1920, S. 2 f.; vgl. Landmesser/Päßler (wie Anm. 2), S. 267 ff.

⁸⁴ Vgl. „Das Ende des sog. Generalstreiks“, in: SKZ vom 4. 9. 1920, S. 1 f.

Bitte bequemen Sie sich

Betzingen, den 28. August 26.

Es ist hier mit der Möglichkeit des
"Verschärften" Generalstreiks, der auch die lebenswichtigen Be-
triebe Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke einschliesst, zu rechnen.

Die nachstehend genannten Herren, welche
sich für solche Fälle zur Bedienung des Gaswerkes in dankenswerter
Weise zur Verfügung gestellt haben, bitte ich demnach sich sofort
nach Bekanntwerden des verschärften Generalstreiks auf dem Gas-
werk zu melden.

Stadt Gas- u. Wasserwerk
Reutlingen.

Myer

Zirkuliert zur gefl. Kenntnisnahme bei folgenden Herren:

- Kenrad R e t h , Verwaltgs. Praktikant, *J.H. Wagner*
- Emil S c h e i d e r , Kfm. *Herrmann beim Gaswerke*
- Adolf H e i n r i c h , Kfm. *Wahlverpflichtig*
- Robert B a n t l e , Kfm. *Emil Schuchman*
- Jesef H u b e r , Schutzmann, *1 Punkt*
- Albert A n k e l e , Kfm. *1 Punkt*
- Alfred B u d e r e r , Stadtpflege- *Assistent* *1 Punkt*
- Georg P a s s e n a c h t , Verm. *Assistent*, *1 Punkt*
- Anton K l i n g , Kanzlist, *1 Punkt*
- Karl W e i m a r , Vermessungstechniker, *1 Punkt*
- Otto Arndt, Kaufmann, *1 Punkt*
- Eugen G a n s e n m u l l e r , Kfm. *1 Punkt*

Die Leitung der Reutlinger Stadtwerke organisierte einen aus Freiwilligen bestehenden Notbetrieb angesichts des bevorstehenden Streiks.

beabsichtigt sei. Diesem Vorschlag stimmte der Reutlinger Gemeinderat im Oktober 1920 zu.⁸⁵ Auf dem Betriebsrätekongress in Berlin in demselben Monat wurde mit einer Dreiviertelmehrheit die Eingliederung der Betriebsräte in die Gewerkschaften beschlossen, sodass das Eigenleben der Betriebsräte beendet wurde.⁸⁶

Revolution in Reutlingen?

Die im November 1918 einsetzende Revolution wurde im Jahr 1920 in Reutlingen – zum Ärger des Eisendrehers Karl Digel und der „Frontgeneration“, der er angehörte – nicht fortgesetzt. Anhand Digels Rede, die zu Beginn dieser Arbeit zitiert wurde, wird die gesellschaftliche Separation der verschiedenen Milieus deutlich. Arbeiter und Angestellte arbeiteten in Bezug auf die Verbesserung der eigenen sozioökonomischen Lage nicht zusammen. Der sozialpolitisch motivierte Reutlinger Sommer-Generalstreik, der sich im Kern an der zehnprozentigen Lohnsteuer entzündet hatte, brach in der Achalmstadt relativ zügig zusammen. Auch die im Reutlinger Bürgertum verankerte Einwohnerwehr, die nur im äußersten Notfall eingesetzt werden sollte und als Abwehr gegen die „rote Gefahr“ konzipiert wurde, scheiterte, sodass sich die Reutlinger Oberamts- und Stadtvorstände dazu genötigt sahen, die Tübinger Polizeiwehr und die Reichswehr zur Abschreckung aufzubieten, um die Proteste im Keim zu ersticken. Für die bis Oktober 1920 von den Gewerkschaften relativ unabhängig agierenden basisdemokratisch orientierten Betriebsräte implizierte das Scheitern der württembergischen Lohnstreikbewegung ebenfalls das Ende als eine eigenständig agierende Interessenvertretung der Belegschaften. Während im Reutlinger März-Generalstreik im Kontext des Kapp-Putsches ein milieuübergreifendes Bündnis aus Protestierenden auf die Straße ging, um für das Fortbestehen der Weimarer Demokratie zu demonstrieren, trugen die angespannte Versorgungslage, Teuerungen und die allgemeine soziale Krise der Nachkriegszeit zur Unzufriedenheit insbesondere des gespaltenen sozialistischen Milieus bei, die sich in Gestalt des Sommer-Generalstreiks auf den Reutlinger Straßen und in den Fabriken entlud. Im folgenden Jahr sollte der Gesellschaftskonflikt durch die Einführung von Akkordarbeit, die Abschaffung des Achtstunden-Arbeitstages und Lohnsenkungen im Kontext der Unternehmeroffensive⁸⁷ weiter befeuert werden und viele kom-

⁸⁵ Vgl. StA Ludwigsburg E 186 Bü 483: Schreiben Carl Krimmels an die Bezirksstelle III für Einwohnerwehren Tübingen, 1. 9. 1920; vgl. StA Sigmaringen Wü 65/27 T 1–2 Nr. 1792, Nr. 1: Schreiben von Landrat Kommerell an den Reutlinger Gemeinderat, 9. 9. 1920; vgl. W. Jung (wie Anm. 4), S. 178.

⁸⁶ Vgl. K. Brigl-Matthiaß (wie Anm. 69), S. 29 f.

⁸⁷ Vgl. Landmesser/Päßler (wie Anm. 2), S. 271 f.

munistisch gesinnte Arbeiter grämten sich ob der – aus ihrer Sicht – verpassten Chance, die die Revolution von 1918 für einen grundlegenden Umbau des Staates und der Gesellschaft geboten hatte.

Die ersten Wahlen in Reutlingen

Andreas Bauer

Einleitung

„Das Haus steht in Flammen! Da offenbart sich der Geist der Frau. Die eine versteckt sich im Winkel oder sie rettet den Kanarienvogel. Die andere hat in zwei Minuten die Feuerwehr gerufen und die Kinder in Sicherheit gebracht. Zu welcher Art von Frauen gehört ihr, deutsche Bürgerinnen? Heut, da unser Heim Deutschland in Flammen steht, muss sich's zeigen.“¹

Die Metapher des brennenden Hauses wurde im Reutlinger General-Anzeiger von der Deutschen Demokratischen Partei für einen Aufruf an die Frauen zu den Wahlen im Januar 1919 verwendet. Das brennende Haus in dieser Wahlkampfanzeige symbolisiert eine Gefahr, der sich die Frau im Zuge der ersten Wahlen 1919 stellen musste. War noch im November die Revolution durch Deutschland gezogen, stellte sich nun die Frage, wie sich Deutschland in den ersten Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung des Volksstaats Württemberg am 12. Januar und zur Verfassunggebenden Weimarer Nationalversammlung am 19. Januar 1919 politisch entscheiden würde. Das Zitat zeigt auch, mit welchen Mitteln die Parteien, wie in diesem Fall die Deutsche Demokratische Partei (DDP), versuchten, Wahlkampf zu betreiben und bis dahin unerschlossene Wählerschichten zu mobilisieren.

Reinhold Weber spricht in diesem Kontext von einer Politisierung des Landes im Januar 1919.² Lässt sich diese Politisierung im Zuge der Wahlen auch für Reutlingen belegen, wie zeigte sie sich und wie wurde die Bevölkerung, insbesondere die Frauen, mobilisiert und angesprochen?

Um die Frage nach dem Grad der Politisierung zu beantworten, scheint es lohnenswert, die Struktur der Bevölkerung Reutlingens näher zu betrachten. Im darauf folgenden Schritt sollen Probleme und Herausforderungen, die diese ersten Wahlen mit sich brachten, analysiert werden; Formen der Politisierung werden anhand der Presseberichterstattung und von Wahlanzeigen untersucht. In einem letzten Schritt wird die Mobilisierung der Frauen als „der“ neuen Wählerschaft untersucht und in den Kontext der Wahlen ein-

¹ Gabriele Reuter: Der Geist der Frau, in: Reutlinger General-Anzeiger (künftig: GEA) vom 7.1.1919.

² Vgl. Reinhold Weber: Kleine Geschichte der Länder Baden und Württemberg 1918–1945, Stuttgart 2008, S. 29.

gebettet. Grundlage sind die drei für Reutlingen einschlägigen Tageszeitungen, die sich aus der damaligen Zeit bis auf wenige Ausnahmen vollständig erhalten haben: Der der DDP nahestehende Reutlinger General-Anzeiger (GEA),³ die Schwarzwälder Kreiszeitung (SKZ) und das „Amtsblatt für Reutlingen“.⁴ Die Zeitungen liefern ein Abbild des politischen Diskurses, der Wahlkampfstrategien und der Stimmung in der Zeit vor den Wahlen. Mangels lokaler Vorarbeiten⁵ konnte überwiegend nur Übersichtsliteratur zu den Wahlen in Weimarer Zeit und zur Rolle der Frau in der Politik nach dem Ersten Weltkrieg herangezogen werden.⁶

Reutlingen im Jahr 1918/1919: Eckdaten zu Bevölkerung, Konfession und Profession

Die Bevölkerungszahl Reutlingens lässt sich für den Januar des Jahres 1919 nicht genau feststellen, der nächste Referenzwert liegt aber in Form einer Volkszählung vom Oktober desselben Jahres vor. Reutlingen hatte zu diesem Zeitpunkt 28.897 Einwohner.⁷ Der Erste Weltkrieg hatte in Reutlingen 954

³ Trotz der Nähe zur DDP liefert der General-Anzeiger auch Wahlwerbung und Wahlkampfinserate der anderen Parteien; er ist zwar DDP-nah, aber nicht ausschließlich ein exklusives Instrument des DDP-Wahlkampfes.

⁴ Amtsblatt für Reutlingen und Anzeigebblatt für die Stadt und den Oberamtsbezirk Reutlingen (künftig Amtsblatt). Exemplare im StadtA Rt.

⁵ Zu nennen sind: Sybille Oßwald: Beobachtungen zu Sozialstruktur und Wahlverhalten in Reutlingen zwischen 1924 und 1933, masch. Reutlingen 1981; KB Rt. Bd. 2, S. 490ff., S. 530ff.; Wolfgang Jung: Die Polemik um die Einweihung des Reutlinger Kriegerdenkmals, in: Beiträge zur Geschichte Reutlingens und der Region. Festschrift für Heinz Alfred Gemeinhardt, hrsg. von Wilhelm Borth, Reutlingen 2012, S. 92–109.

⁶ Maja Riepl-Schmidt: Wider das verkochte und verbügelte Leben. Frauenemanzipation in Stuttgart seit 1800, Tübingen 1998; Richard J. Evans: German Social Democracy and Women's Suffrage 1891–1918, in: Journal of Contemporary History 15 (1980), S. 533–557; Kathleen Channing: Das Geschlecht der Revolution – Stimmrecht und Staatsbürgertum, 1918–1919, in: Die vergessene Revolution von 1918/19, hrsg. von Alexander Gallus, Göttingen 2010, S. 84–116.

⁷ Reutlingen im Spiegel der Statistik 1993. Stadt Reutlingen – Amt für Wirtschaftsförderung 1994, S. 10. Interessant hierbei ist noch festzustellen, dass der Wert der vorherigen Volkszählung vom Jahr 1910 mit 29.763 Einwohnern beziffert ist. Ansonsten ist den Volkszählungen davor und danach immer ein ungefährender Gleichstand (selten) oder ein starkes Wachstum zu entnehmen. Die Differenz, die hier zwischen den Jahren 1910 und 1919 zutage tritt, lässt sich wohl mit den vielen Gefallenen aus dem Ersten Weltkrieg erklären und zeigt, wie viele Verluste Reutlingen in diesen vier Jahren ertragen musste. Vgl. hierzu auch: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jahrgang 1919/1920, Stuttgart 1922, S. 302. Das Ausmaß der Kluft zwischen lebender männlicher und weiblicher Bevölkerung im Jahr 1919 wird hier deutlich: Im Alter zwischen 20 und 25 Jahren wurden im Jahr 1919 in der Statistik 119.426 Frauen und nur 96.894 Männer erfasst. In dieser Altersgruppe beträgt die Differenz zwischen männlicher und weiblicher Bevölkerung fast ein Viertel.

Opfer gefordert. Die Stadt hatte damit einen Blutzoll von ungefähr 1/15 der gesamten männlichen Bevölkerung entrichtet.⁸ Im Vergleich zur demographischen Entwicklung zur Vorkriegszeit war die Bevölkerung in den Jahren nach dem Krieg zum ersten Mal rückläufig, was sich auf die hohen Opferzahlen im Krieg zurückführen lässt. Im Januar waren von den 28.897 Einwohnern der Stadt 17.639⁹ Bürger stimmberechtigt, was auf die Gesamtbevölkerung gesehen lediglich einen Anteil von 61,04 Prozent an wahlberechtigten Männern und Frauen über 20 Jahren entsprach.¹⁰ Konfessionell war Reutlingen stark protestantisch geprägt. Im Jahr 1900 betrug der Anteil der Protestanten 90,6 Prozent der Gesamtbevölkerung.¹¹ Die Stadt hatte sich im Zuge der Industrialisierung immer mehr von der Landwirtschaft entfernt. Nach Hermann Schindler teilte sich die Reutlinger Bevölkerung 1907 prozentual folgendermaßen auf die verschiedenen Tätigkeitsbereiche auf: Landwirtschaft 25,3 %, Industrie und Handwerk 54,2 %, Handel und Verkehr 8,7 % und sonstige Berufe 11,8 %.¹² Noch bis in die 1860er Jahre war die Landwirtschaft und hier vor allem der Weinbau das dominierende Beschäftigungsfeld in Reutlingen gewesen. In der industriellen Fertigung dominierte die Textilindustrie.¹³

Die Wahlen als logistische Herausforderung

Die beiden Wahlen des Jahres 1919 gingen im Gegensatz zu den letzten Wahlen vor dem Krieg 1912 unter veränderten Bedingungen vonstatten. Das vorhergehende Wahlrecht wurde schon am 30. 11. 1918 im Reichswahlrechtsgesetz¹⁴ wesentlich erweitert. Es war nun allen männlichen und weiblichen Personen ab zwanzig Jahren erlaubt, an einer gleichen und geheimen Wahl teilzunehmen. Die erste große Veränderung war die Wählerzahl, die aufgrund der Zulassung aller Männer und Frauen über 20 Jahren beträchtlich angestiegen war.¹⁵ Der zweite große Punkt war die zeitliche Komponente: Die Wahlen fanden nur knapp zwei Monate nach der Revolution im November 1918

⁸ KB RT Bd. 2, S. 490; W. Jung (wie Anm. 5), S. 92 f.

⁹ SKZ vom 20. 1. 1919. Die Wahlbeteiligung bezieht sich auf die Stadt Reutlingen, nicht den gesamten Wahlkreis.

¹⁰ Die Zahl ist ein angenommener Wert unter der Einbeziehung der Volkszählung von Oktober 1919, vgl. Anm. 7.

¹¹ KB Rt Bd. 2, S. 363. Der Protestantenanteil schlägt sich auch im Wahlergebnis nieder und bedingt auch den relativ geringen Anteil, mit dem für die Zentrumsparterie votiert wurde.

¹² Hermann Schindler: Die Reutlinger Wirtschaft von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, Tübingen 1969, S. 142.

¹³ KB Rt Bd. 2, S. 364 ff.

¹⁴ Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden Reichsversammlung vom 30. 11. 1918 (Reichswahlgesetz), in: Reichsgesetzblatt 1918, S. 1345.

¹⁵ Vgl.: Reinhold Weber; Hans-Georg Wehling: Geschichte Baden-Württembergs, München 2007, S. 84.

statt. Verglichen mit heutigen Wahlkampfphasen blieb den Parteien folglich nur diese knapp bemessene Zeit, um die Wähler für ihre Sache zu gewinnen. In den Tageszeitungen begann der Wahlkampf erst in der zweiten Dezemberhälfte.¹⁶

Die provisorische Regierung von Württemberg hatte die Aufgabe, die Wahlen in kurzer Frist und zudem unter dem Eindruck der Januarunruhen in Berlin und Stuttgart zu organisieren, die Wähler zu mobilisieren und einem Großteil der Bevölkerung zu erklären, wie der Wahlvorgang überhaupt vonstatten gehen sollte. Im Reutlinger Amtsblatt vom 14. 12. 1918 erging ein erster Aufruf an die Bürger und Bürgerinnen, sich in die Wählerlisten einzutragen.¹⁷ Um registriert zu werden, musste ein Erhebungsbogen ausgefüllt werden, der zuvor an jeden Haushalt verteilt worden war.¹⁸ Schon dieser Vorgang lässt erahnen, wie viel Zeit es in Anspruch nahm, allein in der Stadt Reutlingen alle 17.639 Wähler zu erfassen. Diese Bögen mussten dann in einem genau festgelegten zeitlichen Rahmen¹⁹ ausgefüllt und abgegeben werden.²⁰ Ab dem 30. Dezember konnten die Wählerlisten eingesehen und eventuell korrigiert werden.²¹

In der Ausgabe des Amtsblatts vom 30. 12. 1918 findet sich eine Auflistung der zwölf Wahllokale in Reutlingen. Die Auflistung erfolgte in nummerierter Form des Lokals mit Adresse, Wahlvorsteher und Vertreter sowie einer Auflistung aller Straßen, die an dem jeweiligen Wahllokal an der Abstimmung teilnehmen konnten. Diese Auflistung wiederholte sich in weiteren Ausgaben des Amtsblattes und wurde in der Ausgabe vom 10. 1. 1919 nochmals in alphabetischer Sortierung von Straße und dazugehörigem Wahlbezirk aufgelistet, um eine bessere Übersicht zu gewähren und Verwechslungen und Komplikationen, soweit es denn möglich war, schon im Vorfeld auszuschließen.²²

¹⁶ Vgl. hierzu: Die Ausgaben der Schwarzwälder Kreiszeitung, des GEA und des Amtsblattes. In den Anzeigen kam der Wahlkampf erst Mitte Dezember langsam ins Rollen und erlebt dann im Januar kurz vor den Wahlen einen Höhepunkt, bei dem die Parteien teilweise mehrfach in einer Ausgabe der Zeitung inserieren.

¹⁷ Vgl. Amtsblatt vom 14. 12. 1918. „Wahlberechtigt sind alle Deutschen männlichen und weiblichen Geschlechts einschließlich der Personen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben [...]“.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd.: „Die genannten Erhebungsbögen sind am Mittwoch den 18. Dezember 1918, nachmittags zwischen 1 und 4 Uhr in den bekannten Abgabelokalen 1–10 für die Ausgabe der Mehl- und Brotkarten in der Reihenfolge der Nummern der blauen Ausweiskarten [...] abzuliefern.“

²⁰ Im Amtsblatt vom 18., 20. und 21. 12. 1918 findet sich jeweils ein weiterer Aufruf des Oberbürgermeisters Hepp, in dem die Nachreichung der Bögen im Rathaus als möglich angegeben wurde.

²¹ Vgl. Amtsblatt vom 28. 12. 1918.

²² Vgl. Amtsblatt vom 10. 1. 1919.

Doch nicht nur die organisatorische Vorbereitung der Wahl erforderte einen hohen logistischen Aufwand, es musste auch eine Aufklärung über den Wahlvorgang an sich erfolgen. Dieser Aufgabe nahmen sich auch die Parteien an. Die DDP druckte im General-Anzeiger vom 8.1.1919 ein „Wähler-ABC“, welches viele der möglichen Probleme, die bei den Wahlen auftreten konnten, thematisierte. Der Fokus lag hier auf der Durchführung des Wahlvorgangs und Besonderheiten wie dem Umstand, dass der Wähler mit dem Wahlzettel für die Verfassunggebende Landesversammlung eine Parteienliste und keine Einzelpersonen wählte.²³ Zwei weitere Artikel zum gleichen Thema finden sich im General-Anzeiger vom 10.1. mit dem Titel „Wie man wählt“²⁴ und vom 11.1.1919 unter dem Thema „Aufklärung für Wähler und Wählerinnen“,²⁵ der ebenfalls von der DDP inseriert wurde. Durch die gesamte Erläuterung des Wahlvorgangs zieht sich die Mahnung, die Stimmzettel gültig abzugeben und sie nicht zu verändern. Auf diese Weise wollte man sichergehen, dass keine potenziellen Stimmen verloren gehen²⁶. Auch für die Wahl zur Nationalversammlung finden sich – teilweise identische – Wahlhinweise in General-Anzeiger und Amtsblatt.²⁷

Die Wahlaufklärung hatte durchaus Erfolg, denn die Wahlbeteiligung bewegte sich nach heutigen Maßstäben fast in utopischen Größenordnungen: Für die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung lag die Wahlbeteiligung bei 93,38 %²⁸ und bei den Wahlen zur Nationalversammlung

Stadt Reutlingen.

Wichtig! Wählerliste! Wichtig!

Nach Mitteilung des Ministeriums werden die Wählerlisten bis Samstag den 11. ds. Mo. offen gehalten. Wer nicht aufgenommen ist, kann sich also auch jetzt noch und bis dahin zur nachträglichen Aufnahme zu den obigen Anzeigern, also bis Samstag nachmittags 3 Uhr auf dem Zimmer Nr. 12 des neuen Rathauses bes. in Begleitung auf dem dortigen Rathaus anmelden.
Den 9. Januar 1919. Oberbürgermeister Hepp.

Wahl zur verfassunggebenden württ. Landesversammlung.

Art der Stimmzettelabgabe. Gültige und ungültige Zettel.

Für die am Sonntag den 12. Januar 1919 stattfindende Wahl sind bei der Landeswahlkommission 9 Wahlvorstände eingerichtet worden, die sämtliche im neuen Umfang als gültig zugelassen wurden. Sämtliche gültigen Wahlvorstände werden im Wahlraum angedrungen, außerdem in der Stimmzettel-Prüfung, Reutlinger Generalanzeiger und der örtlichen Presse veröffentlicht.

Jeder abstimme Wähler hat sich für einen dieser Wahlvorstände zu entscheiden und nur den dem betreffenden Wahlvorstand entsprechenden amtlichen Stimmzettel abzugeben. Nichtamtliche Stimmzettel, sowie amtliche Stimmzettel, denen auch nur ein Name von einem anderen Wahlvorstand beigelegt ist, sind ihrem ganzen Inhalt nach ungültig.

Jeder gültig abgegebene Stimmzettel gilt als eine Stimme für den ganzen betreffenden Wahlvorstand. Wiederholungen, Umstellungen und Eintragungen des Namens auf gültigen amtlichen Stimmzetteln, sowie Befügungen weiterer Vorbenennungen, die auf dem Zettel oder auf seinem Wahlvorstand stehen, machen nach § 10 Abs. 3-4 der Wahlordnung vom 2. Dezember unzulässig; solche Änderungen der amtlichen Stimmzettel sind daher verboten. Es hat also jeder Wähler seine stammfähige Zettel für irgend einen der amtlichen Stimmzettel (Wahlvorstände) zu entscheiden und lediglich diesen **einmal umgehört** abzugeben. Aber zu keinem der neun Wahlvorstände sich entscheiden kann, aber doch abstimmen will, erhebe dann aber, um die Stimmabgabe nicht ganz sinnlos zu erledigen, einen **weißen Zettel** oder einen **weiß durchscheinenden Zettel** ab.
Den 9. Januar 1919. Oberbürgermeister Hepp.

Wahlhinweise und Aufruf zum Eintrag in die Wählerliste für die Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 12. Januar 1919. Reutlinger Amtsblatt vom 10. 1. 1919.

²³ Vgl. GEA vom 8. 1. 1919. Interessant an diesem „Wähler-ABC“ ist, dass sich die DDP dazu entschied, den Aufruf nicht in der dritten Person zu verfassen, sondern den Leser direkt in der zweiten Person in persönlicher Anrede anzusprechen. Die Wahlanzeige erläutert den Vorgang vom Stimmzettel bis zu dessen Abgabe.

²⁴ GEA vom 10. 1. 1919, S. 2.

²⁵ GEA vom 11. 1. 1919, S. 1. Auch dieser Artikel ist in persönlicher Form gehalten.

²⁶ Vgl. alle drei Inserate.

²⁷ Teilweise identische Anzeigen in GEA vom 17. 1. 1919; Amtsblatt für Reutlingen 17. 1. 1919.

²⁸ SKZ vom 13. 1. 1919.

am 19. 1. nur wenig darunter bei 93,0 %.²⁹ Diese Ergebnisse beziehen sich auf Reutlingen mit dem eingemeindeten Stadtteil Betzingen. Die Furcht der Parteien vor geringer Teilnahme oder zu vielen ungültigen Stimmzetteln hatte sich nicht bewahrheitet. Der Großteil der Bevölkerung nahm an der politischen Entscheidung über die Zukunft Württembergs und Deutschlands teil. Die Reutlinger Wahlbeteiligung lag sogar noch über dem württembergischen Durchschnitt von 90,9 %.³⁰

Der Wahlkampf im Kontext der ersten Wahlen in Reutlingen

Der Wahlkampf begann in Reutlingen mit einer großen Anzahl von Wahlveranstaltungen, zu denen die Parteien einluden. Hierzu erschienen Wahlkampfanzeigen in den Reutlinger Zeitungen. Das Amtsblatt für Reutlingen erwies sich hierbei als die ertragreichste und vielfältigste Quelle, während im *General-Anzeiger* und in der *Schwarzwälder Kreiszeitung* die Anzeigen der DDP die der anderen Parteien weit überstiegen. Bei der Analyse der Wahlkampfanzeigen habe ich mich der Übersicht wegen für eine chronologische Vorgehensweise entschieden.

Der Wahlkampf begann mit Einladungen zu Wahlkampfveranstaltungen. Sie richteten sich explizit an beide Geschlechter. Bei den Rednern überwogen Abgeordnete des bisherigen Landtags und des Reichstags, Berufe des öffentlichen Dienstes sowie der Kirche. Seltener waren Frauen darunter.³¹ Diese Wahlkampfveranstaltungen waren das am häufigsten vertretene Instrument der Wahlwerbung, das sich durch den ganzen Wahlkampf zog und den Parteien als Meinungsmacher und als Aufklärungsplattform diente. Die Versammlungen fanden sogar in kleinen Teilorten oder Dörfern im Wahlkreis Reutlingen statt, dann aber meist ohne bekannten Redner.³² Alle großen Parteien inserierten in den Reutlinger Zeitungen. Die einzige Ausnahme hierbei ist die relativ kleine Friedenspartei, die bei keiner der beiden Wahlen wirklich ins Gewicht fiel.

²⁹ SKZ vom 20. 1. 1919.

³⁰ Vgl. R. Weber (wie Anm. 2), S. 29.

³¹ Vgl. GEA vom 2. 1. 1919–18. 1. 1919. Den Wahlkampfveranstaltungen stand meist ein Redner der oben genannten Professionen vor. Die Redner gaben auch Auskunft darüber, wer die Repräsentationsfiguren der Parteien im Wahlkampf waren. Das einschlägigste Beispiel hierfür war wohl Friedrich Payer von der DDP, der kurz vor der Wahl zur Nationalversammlung in Reutlingen eine Rede hielt.

³² GEA vom 2. 1. 1919. Jede Ausgabe der GEA vom des Amtsblattes oder der *Schwarzwälder Kreiszeitung* druckte diese Anzeigen, wenn auch in verschiedener Frequenz. Nach Reutlingen kamen im Verlauf des Wahlkampfs viele bekannte Personen wie z. B. Arthur Crispian und Friedrich Payer.



Anzeige für eine Wahlkampfveranstaltung der DDP mit dem Reutlinger Ehrenbürger Friedrich Payer in der ‚Bundeshalle‘. Schwarzwälder Kreiszeitung vom 15. 1. 1919.

Die Parteien waren jedoch nicht die einzigen, die zur Diskussion politischer Themen aufriefen, auch verschiedene berufliche Interessengruppen³³ sowie der „Rat der geistigen Arbeiter“ agierten im Wahlkampf, ebenso die evangelische Kirche, die durch Aufrufe des Kirchengemeinderates aktiv am Wahlkampf teilnahm und forderte: „Vergesst Eure Kirche nicht! Erhaltet sie Euch und Euren Kindern!“³⁴ Hier zeigt sich die eingangs zitierte Politisierung aller gesellschaftlichen Gruppen des Landes, die sich im Januar vollzog³⁵ und die für Reutlingen anhand der Anzeigen und Berichte in den Zeitungen definitiv belegt werden kann.

Der USPD ging es in ihren Wahlkampfveranstaltungen um „Die Revolution und die Wahlen zur National- und Landesversammlung.“³⁶ Sie war die einzige Partei, welche die Revolution zu einem großen Thema im Wahlkampf machte und auf die Weiterentwicklung der Ergebnisse der Revolution hoffte und dafür mit ihrem politischen Programm warb.

³³ Im GEA vom 13. 1. 1919 inserierten die Handwerker für ein eigenes Mitglied, das von der DDP auf die Liste gesetzt wurde. Im GEA vom 4. 1. 1919 richtet sich das Inserat der DDP „Hausangestellten-Versammlung“ an die Frauen, die als Dienstmägde angestellt waren. Die WBP startete im Amtsblatt vom 4. 1. 1919 einen Aufruf an die „Handlungsgehilfen, Techniker, Werkmeister, Staats- und Gemeindebeamten“, vgl. auch GEA vom 2. 1. 1919.

³⁴ GEA vom 11. 1. 1919.

³⁵ Vgl. R. Weber (wie Anm. 2), S. 29. Hierzu auch GEA vom 9. 1. 1919 („Die Demokratischen Kundgebungen am Dreikönigstag“) mit dem Hinweis auf gut 250 Versammlungen der DDP am Dreikönigstag.

³⁶ Amtsblatt vom 3. 1. 1919. Diese Wahlanzeige sticht etwas heraus, da der Redner, Arthur Cripsien, zu diesem Zeitpunkt noch in einer leitenden Rolle in der provisorischen Regierung tätig war. Sie zeigt gleichzeitig, wie umkämpft die Wählerstimmen waren und wie intensiv der Wahlkampf von den Politikern geführt wurde.

Die konservative Württembergische Bürgerpartei (WBP) betrieb in ihren Wahlkampfveranstaltungen zuerst eine Klärung zum Programm hinsichtlich der „Zwecke und Ziele der Württembergischen Bürgerpartei und Stellung zu Kirche und Staat“,³⁷ sowie „die Bedeutung der kommenden Wahlen für unser Volk“.³⁸ Sie versuchten ihre Wählerschaft aus einer konservativen Gruppe der Bevölkerung zu rekrutieren.

Die Zentrumspartei inserierte seltener als die DDP oder die WBP, was sich aber durch den relativ kleinen Teil der katholischen Bevölkerung Reutlingens erklären lässt.³⁹ Das zentrale Element der Zentrumspartei war die Rolle der Kirche im neuen Staat.

Die SPD äußerte sich zu den Themen „Kirche, Staat und Schule“⁴⁰ und den „Aufgaben der Frau im neuen Staat“.⁴¹ Die DDP betrieb den umfassendsten Wahlkampf und äußerte sich anfangs zu „Demokratie und Kirche“.⁴² Diese beiden Parteien, die in Reutlingen auch am erfolgreichsten abschneiden sollten, führten einen breitgefächerten Wahlkampf in Reutlingen.

An diesen Beispielen lässt sich ablesen, welche wichtige Stellung Konfession und Kirche im Wahlkampf in Reutlingen hatten.

In den Tagen unmittelbar vor der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung entwickelte sich der Wahlkampf in der Presse von bloßen Wahlkampfaufrufen und Berichten über Wahlversammlungen zu einer publizistisch ausgetragenen Debatte. Federführend waren vor allem die DDP und die Bürgerpartei, die zu den Wahlkampfaussagen der jeweiligen anderen Partei oder der SPD Stellung bezogen und aus ihrer Sicht Mängel am Programm der gegnerischen Parteien aufzeigten. So warf die DDP der SPD vor, widersprüchliche Aussagen zu ihrer Stellung zur Kirche und zum Religionsunterricht zu machen. Die Kirchenprogrammatik wurde hier von der DDP als „wesentlicher Programmpunkt“⁴³ im Wahlkampf betitelt, außerdem warf sie der SPD „völlige Irreführung des Wählers“⁴⁴ vor. Im Artikel „Ein ernstes Wort an die Bauernschaft“ in derselben Ausgabe des General-Anzeigers erweiterte die DDP ihre Kritik an der SPD und der WBP. Der SPD wurde hier

³⁷ Amtsblatt vom 3. 1. 1919. In der gleichen Ausgabe des Amtsblattes spezifizierte die WBP dies noch und wendete sich direkt an die „Evangelische[n] Männer und Frauen“. Bezug wurde hierbei auf die gleiche Wahlkampfveranstaltung genommen. Schon hier zeigt sich, welche Rolle die Konfession im protestantisch geprägten Reutlingen spielte.

³⁸ Amtsblatt vom 8. 1. 1919.

³⁹ Vgl.: Amtsblatt vom 4. 1. 1919.

⁴⁰ Amtsblatt vom 8. 1. 1919.

⁴¹ Ebd.

⁴² Amtsblatt vom 10. 1. 1919. In dieser Anzeige verwendete die DDP eine ganze Seite, um zu erklären, dass sie nicht kirchenfeindlich ist, sondern eine „freie Kirche im freien Staat“ anstrebe.

⁴³ GEA vom 7. 1. 1919: Sozialdemokratie und Kirche.

⁴⁴ Ebd.

eine Enteignungsbestrebung vorgeworfen,⁴⁵ und die zwanghafte und stringente Einhaltung des Achtstundentages als Gefahr für die Produktivität dargestellt, die zum „Ruin“⁴⁶ der Bauern führen würde. Der Bürgerpartei wurden Wurzeln bei den Großgrundbesitzern und der alten politischen Elite nachgesagt, die die Schuld am Leid der Bauern trage.⁴⁷ Hingegen stellte die DDP klar, dass sie sich auch um Schule und Kirche sorgen und deren Stellung im Staat garantieren würde.⁴⁸ Auch die geistigen Arbeiter als Gruppe wurden von DDP⁴⁹ und SPD⁵⁰ hitzig umworben.

Im General-Anzeiger vom 9. 1. 1919 verfasste die DDP einen Wahlkampfaufruf, in welchem sie anmerkte, dass die USPD beabsichtige, die Kriegsanleihen, für die noch bis Ende Oktober im Amtsblatt⁵¹ inseriert wurde, für wertlos zu erklären.⁵² Einen Tag später plädierte die DDP in einem einseitigen Statement für eine „freie Kirche im freien Staat“.⁵³ Kurz vor der Wahl findet sich im General-Anzeiger eine massive Kampagne der DDP, mit welcher sie versuchte, alle Gruppen der Bevölkerung anzusprechen.⁵⁴ Nur die WBP inserierte ähnlich oft. Während die DDP vorwiegend in dem ihr politisch nahestehenden General-Anzeiger, aber auch in der Schwarzwälder Kreiszeitung inserierte, finden sich nur wenige Anzeigen der SPD im General-Anzeiger. Am 8. 1. ließ sie ihr Wahlprogramm abdrucken, und am 11. 1. erschien ihr Aufruf, bei der Wahl für die SPD, für „die Errungenschaften der Revolution“ und „gegen Militäradokratie und Kapitalismus“⁵⁵ zu stimmen.

Die WBP inserierte im Amtsblatt vom 8.1. und stilisierte sich als die Partei, die den „politischen und wirtschaftlichen Standpunkt der bürgerlichen Wähler“⁵⁶ vertrat.

In den beiden Tagen vor der Wahl inserierte die WBP noch zweimal in gleicher Weise zu den Vorwürfen, die sie an die SPD und die DDP richtete.⁵⁷ In allen Zeitungen wurden die gleichen Wahlkampfanzeigen verwendet.

⁴⁵ GEA vom 7. 1. 1919: „Die Rechte und das Eigentum des Bauern dürfen nicht angetastet werden.“

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Vgl. GEA vom 10. 1. 1919.

⁵⁰ Vgl. GEA vom 7. 1. 1919.

⁵¹ Vgl. Amtsblatt, Oktoberausgaben 1918.

⁵² GEA vom 9. 1. 1919.

⁵³ GEA vom 10. 1. 1919.

⁵⁴ GEA vom 11. 1. 1919. Allein in dieser Ausgabe finden sich acht Wahlkampfanzeigen der DDP, die sich an die Bauern, an die Besitzer von Kriegsanleihen, schließlich an Arbeiter, Angestellte und Kaufleute richtete. Jeder dieser Gruppen empfahl die DDP ihren Wahlvorschlag und griff dabei die existenzbedrohenden Fragen der Zeit auf.

⁵⁵ Vgl.: GEA vom 8. und 11. 1. 1919.

⁵⁶ Amtsblatt vom 8. 1. 1919.

⁵⁷ GEA vom 10. und 11. 1. 1919.

Bei der Wahl zur Nationalversammlung war die Wahlwerbung ähnlich konzipiert, allerdings wurde der Wahlkampf zusehends personenzentrierter⁵⁸ und die Wahlkampfanzeigen traten nicht mehr in der gleichen Häufigkeit wie zuvor auf.⁵⁹ Die Anzeigen der DDP konzentrierten sich nun noch stärker auf den General-Anzeiger, während sich in der Schwarzwälder Kreiszeitung insgesamt weniger Anzeigen finden. Der personenbezogene Fokus des Wahlkampfes lässt sich anhand der folgenden Beispiele gut zeigen. Das Mittelstandskartell in Reutlingen inserierte für die DDP, da diese den Vorgesetzten des Mittelstandskartells, Karl Hermann, an die vierte Stelle auf dem Wahlzettel gesetzt hatten.⁶⁰ Auch warb die DDP mit dem Ehrenbürger der Stadt, Friedrich Payer. Über seine Wahlkampfveranstaltung wurde in jeder Ausgabe der drei Zeitungen berichtet.⁶¹ Ein ähnliches Wahlkampfverhalten lässt sich bei der Zentrumsparterie beobachten, die ihre Wahlkampfanzeigen auf die bekannte Person Matthias Erzbergers ausrichtete.⁶²

In den zwei Tagen vor der Wahl wiederum intensivierte sich der Wahlkampf in den Reutlinger Zeitungen. Die DDP wandte sich nun über ihre Klientel hinaus besonders an die Weingärtner und Kleinlandwirte und präsentierte sich als die „wahre Bürgerparterie“.⁶³ Mitglieder des Weingärtnervereins, die der DDP angehörten, unterstützten dies. Die WBP reagierte am Tag vor der Wahl auf das Gerücht, dass es einen kompletten Übertritt von Mitgliedern zur DDP gegeben hätte, und insistierte auf Stimmvergabe an die Bürgerparterie.⁶⁴ Die SPD wandte sich am 18. 1. in zwei kleinen Anzeigen gegen die bürgerlichen Parteien⁶⁵ und erläuterte ihre Thesen in Kurzform.⁶⁶ Die USPD griff

⁵⁸ Vgl.: R. Weber (wie Anm. 2), S. 27 ff. Der Fokus auf prominente Personen stellt, so Weber, einen erfolgreichen Schritt der Parteien zur Wählermobilisierung dar. Treten die Personen bei der Wahl vom 12.1. hauptsächlich in Wahlkampfveranstaltungen als Redner auf, so wird in der Wahl am 19.1. noch stringenter mit ihnen als Person geworben.

⁵⁹ Am 11.1. inserierte die DDP im GEA mit acht Anzeigen, im GEA vom 13.1. finden sich nur noch zwei.

⁶⁰ Vgl. GEA vom 13. und 15. 1. 1919. Karl Hermann war zur gleichen Zeit auch mit einem Wahlkampf Vortrag in Reutlingen zu dem Thema „Für was kämpft die bürgerliche Demokratie“ präsent.

⁶¹ Vgl.: GEA, SKZ. und Amtsblatt im Zeitraum vom 10. bis 16. 1. 1919. Es finden sich in fast jeder Ausgabe Anzeigen, die für die Wahlkampfveranstaltung Payers warben.

⁶² GEA vom 17. 1. 1919.

⁶³ Vgl. GEA vom 16. 1. 1919: „Ein ernstes Wort an die Weingärtner und Kleinlandwirte“. Vgl. auch GEA und SKZ. Vom 17. und 18. 1. 1919. Die DDP schaltete Aufrufe an die Bauern, Handwerker, Kaufleute und an die Jugend.

⁶⁴ GEA vom 18. 1. 1919 („Nationalliberale“).

⁶⁵ GEA vom 18. 1. 1919: „Wählerinnen Württembergs: Die bürgerlichen Parteien umschmeicheln euch mit schönen Versprechungen. Sie haben solche bisher nicht gehalten und werden sie auch zukünftig nicht halten.“

⁶⁶ GEA vom 18. 1. 1919: „Wähler und Wählerinnen: Für die Einheit des Reiches! Gegen Ausbeutung! Gegen Sonderrechte und Terrorismus, für Demokratie, Frieden und Volkswohl-“

in einer ihrer wenigen Wahlkampfanzeigen „die politische Lage und die Wahlen zur Nationalversammlung“⁶⁷ auf.

Das Zentrum schließlich stieg auch in den zwischenparteilichen Diskurs ein und machte unter dem Slogan der christlich-sozialen Volkspartei Stimmung gegen die SPD.⁶⁸

Zusammenfassend lässt sich eine Entwicklung im Wahlkampf feststellen: Die Parteien begannen mit Wahlkampfveranstaltungen und gingen dann immer weiter zu einer in der Presse ausgetragenen Kritik der anderen Parteien über. Finden sich zunächst noch viele Aufrufe, sich überhaupt an der Wahl zu beteiligen, so verschwand diese Unsicherheit nach der ersten Wahl. Die Wahlbeteiligung am 12. 1. 1919 von über 90 Prozent bot sich auch als Anhaltspunkt für die Wahl zur Nationalversammlung an. Da aber nicht wie in der ersten Wahl 150 Mandate vergeben werden konnten, sondern Württemberg nur sieben Personen zur Weimarer Nationalversammlung entsenden durfte, wurde der Wahlkampf nun stärker von einer personenbezogenen Komponente geprägt.

Die Spartakus-Aufstände in Württemberg kurz vor der Wahl trugen sicherlich noch zur Entscheidung der Bürger gegen ein radikales Votum bei.⁶⁹ Die Wahlen wurden deshalb auch als „Antichaosreflex“ bezeichnet.⁷⁰ Es ist sicher ein Zusammenhang zwischen dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und den Wahlergebnissen abzulesen, denn weder geriet die radikalere USPD in eine führende Rolle in der Regierung noch fanden die Spartakus-Aufstände in Stuttgart großen Zulauf. Folgt man der These von Rainer Lepsius, dann lässt sich auch für die erste Wahl in Württemberg am Beispiel Reutlingen ein Wahlverhalten in Sozialmilieus feststellen.⁷¹ Reutlingen war, wie eingangs erläu-

fahrt! Gegen die Kriegshetzer in allen bürgerlichen Parteien, die Deutschland ins Elend gestürzt haben.“

⁶⁷ GEA vom 16. 1. 1919.

⁶⁸ GEA vom 18. 1. 1919: „Auf zur letzten Entscheidung!“ Dieser Aufruf verlieh dem Wahlkampf schon fast die Aura eines Schlachtrufes.

⁶⁹ Vgl.: Weber/Wehling (wie Anm. 15), S. 83 f.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Rainer Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wilhelm Abel, Knut Borchardt (Hrsg.): *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte*. Stuttgart 1966, S. 371–393. Lepsius argumentiert, dass es eine starke Verbindung zwischen den sozialen Milieus und den Parteien in Deutschland gab. „Das deutsche Parteiensystem erweist sich sozio-kulturellen Milieus eng verbunden. Die Parteien entstehen aus diesen vorstrukturierten Einheiten und bleiben auf sie fixiert.“, ebd., S. 391. Die Erforschung des Reutlinger Wahlkampfes und des Wahlergebnisses fördert die gleiche Erkenntnis zutage. Besonders klar ersichtlich wird dies am Beispiel der Zentrumsparterie, die in Reutlingen kaum Fuß fassen konnte, jedoch in anderen Landesteilen auf bis zu 80 Prozent Stimmenanteil gelangte. Ein weiteres Argument hierfür liefert auch der Ausgang der Wahl in Baden, in dem wegen der katholischen Prägung das Zentrum vor der SPD und DDP stand, vgl. R. Weber (wie Anm. 2), S. 28 f. Weber legt hier dar, wie sehr sich die konfessionellen Verhältnisse auf die Wahlergebnisse niederschlugen.



Die Parteien ebenso wie der damals erst neu entstandene Verein für Volksbildung und der „Frauenverein“ luden zu einer ganzen Serie von Veranstaltungen speziell für die nun wahlberechtigten Frauen ein. Annonce in der Schwarzwälder Kreiszeitung vom 2. 1. 1919.

Der Bauernbund und die WPB schwankten jeweils zwischen neun Prozent bei der ersten und sieben Prozent bei der zweiten Wahl.⁷² Der hohe Arbeiteranteil spiegelte sich im hohen Wahlergebnis der SPD wider, das bürgerlich-liberale Milieu schlug sich im hohen Ergebnis der noch jungen DDP nieder. Die radikalere USPD und die Friedenspartei spielten im Ausgang der Wahl sowohl in Reutlingen als auch auf Landesebene keine große Rolle. Bei der Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung wurde keiner ihrer Kandidaten mit einem Mandat für Württemberg ausgestattet. Somit kann man Lepsius' These der Wahl in Sozialmilieus auch hier für bestätigt ansehen.⁷³

Die Frau in der Pflicht – Die Geschlechterrolle in Wahlkampf und Wahlwerbung

Den Frauen kam bei den ersten Wahlen eine Sonderrolle zu, da sie einen Präzedenzfall für die Beteiligung von Frauen am politischen Leben in Deutschland darstellten.⁷⁴ Die politische Erstentscheidung der Frau war für die

⁷² GEA vom 20. 1. 1919.

⁷³ Die Ergebnisse der Wahl sind mit einer Grafik zur jeweiligen Wahl in Anhang 1 zu finden.

⁷⁴ Gabriele Bremme: Die politische Rolle der Frau in Deutschland, Göttingen 1956, S. 117 ff. Noch bis 1908 galt für die Mehrzahl der Bundesländer politisches Versammlungs- und Ver-

tert, eine industriell geprägte, protestantische Stadt, in der die Landwirtschaft, vor allem der Weinbau, noch eine große Rolle spielte. Das Zentrum blieb bei beiden Wahlen wegen geringer katholischer Bevölkerung unter vier Prozent, während die DDP mit knapp 35 und die SPD mit knapp 43 Prozent jeweils die zwei stärksten Parteien darstellten.

Parteien nicht vorherzusehen. In diesem Kontext ist auch der anfangs beschriebene Appell zu verstehen. Die Frau sollte sich zur Retterin der Nation aufschwingen. Doch um dies zu gewährleisten, mussten sich die Parteien um die Wahlbeteiligung der Frauen bemühen und sie mit dem Vorgang der Wahl vertraut machen. Für die Parteien waren die Frauen eine umso wichtigere Zielgruppe,⁷⁵ da sie nach den Verlusten der männlichen Bevölkerung im Krieg in der Überzahl war.

Die „Wahlaufklärung“, speziell die der Frauen, wurde durch „Staatsbürgerliche Vorträge für Frauen“ zu den Themen Parteien und Gesetzgebung oder zu den Pflichten der Frau gehalten. Organisiert wurden sie vom Frauenverein und dem Verein für Volksbildung.⁷⁶ Vergleichbare Aufklärung für den männlichen Bevölkerungsteil gab es nicht. Im Artikel „An die weiblichen Angestellten“ von der DDP im Reutlinger General-Anzeiger vom 24. Dezember stellte



Laura Schradin (1878–1937). Die in Reutlingen als Tochter eines Weingärtners geborene Sozialdemokratin gehörte zu den ersten weiblichen Abgeordneten in Württemberg und wurde zudem 1919 in den Reutlinger Gemeinderat gewählt.

einsverbot für Frauen. Erst darauf wurde es den Frauen langsam gestattet, an Vereinen und Versammlungen teilzunehmen. Von der Seite der Politik ging die Initiative zum gleichberechtigten Frauenwahlrecht vor der Revolution 1919 einzig und allein von der SPD aus, nach der Revolution schlossen sich die anderen Parteien aber schnell den Forderungen an. Vgl. hierzu auch R. Evans (wie Anm. 6). Evans legt hier die Entwicklung des Frauenwahlrechts am Ende des Ersten Weltkrieges dar und beschreibt, wie die Parteien vor Kriegsende zum Frauenwahlrecht standen. Vgl. auch M. Riepl-Schmidt (wie Anm. 6). In den Übersichtskapiteln legt Riepl-Schmidt die Entwicklung der Frau in der Politik um den hier besprochenen Zeitraum und darüber hinaus dar.

⁷⁵ Dies wird auch explizit im Wähler-ABC vom 8. 1. 1919 im GEA dargelegt: „Wahlberechtigt bei den kommenden Wahlen ist jeder Mann und jede Frau vom 20. Lebensjahr an und weil die Frauen in der Mehrzahl sind, werden sie den Ausschlag geben und müssen daher auch alle unbedingt zur Wahlurne gehen.“

⁷⁶ Amtsblatt vom 14. 12. 1918: Katholische Frauenvereine Reutlingen: Vortrag über die Pflichten der Frau, vgl. auch Amtsblatt vom 15. 12. 1918: Staatsbürgerliche Vorträge für Frauen vom Verein für Volksbildung und Frauen-Verein. Zusätzlich bemühten sich die Parteien selbst und führten Wahlaufklärung bei den Frauen durch, um sie damit ihrer Partei gewogen zu machen, GEA vom 2. 1. 1919.

die Partei den Frauen die Vorzüge der „demokratischen“ Republik im Gegensatz zur „sozialistischen“ Republik dar. Dort heißt es analog zum Einführungszeit: „Bedenkt, dass zum ersten Male eure und eurer Kinder Zukunft in eurer Hand ist“.⁷⁷ Hier tritt der gleiche Topos auf: Es wird argumentiert, dass es um die Zukunft Deutschlands geht, doch nicht nur um die Zukunft Deutschlands als Staatsgebilde, sondern auch um die Zukunft und Sicherheit der Kinder. Die Frau hatte also für die Sicherheit der Kinder zu sorgen. Der Aufruf wird gegen Ende des Artikels konkreter: „Deutschland braucht euch. Der deutsche Volksstaat kann und darf nicht allein aus den Massen der Handarbeiter und -arbeiterinnen neu aufgebaut werden, er bedarf einer starken und selbständig denkenden Mittelschicht von Männern und Frauen“.⁷⁸ Hier zeigt sich das Bestreben der SPD über die eigene Wählerschicht hinauszugreifen und sich auch hin zur Mitte der Gesellschaft zu orientieren. Die beiden erfolgreichsten Parteien in Reutlingen zeigen somit klare Bestrebungen, über das eigene angestammte Wahlmilieu hinauszugreifen und sich in einem schichtenübergreifenden Wahlkampf möglichst viele Wählerstimmen aus den verschiedensten Milieus zu sichern.

Am 3. 1. 1919 findet sich im *General-Anzeiger* ein Bericht über die Wahlkampfveranstaltung von Olga Kaufmann,⁷⁹ die auf Einladung der DDP über die Rolle der Frau sprach und forderte, dass zentrale Errungenschaften aus dem Krieg nicht aufgegeben werden dürften. Weiterhin argumentierte sie gegen die SPD, dass diese die Tüchtigkeit der Menschen einschränke und gegen die WBP, die sich für eine Rückkehr zu alten Verhältnissen ausspreche. Kaufmann stilisierte die Frau, wenn sie mit der Partei zusammenwirke, als „Stimme der Gemeinde“.⁸⁰

Im „Brief an die Landfrau“ vom 10. 1. 1919 versuchte die DDP diejenigen Frauen für den Wahlgang zu gewinnen, die der Wahl noch unentschlossen oder ablehnend gegenüberstanden.⁸¹ Sechs Punkte werden genannt, die für einen Wahlgang sprechen: Wiederum die Sicherheit von Haus und Hof, die Erziehung der Kinder, der Status der Kirche im neuen Staat, der Schutz des Handwerkers, der Frieden und die Entlohnung nach Leistung. Die Anzeige schließt mit einem Aufruf, auch die anderen Landfrauen zur Wahl zu animieren.⁸²

⁷⁷ GEA vom 24. 12. 1918.

⁷⁸ Ebd. S. 2.

⁷⁹ Kandidatin der DDP, die aber keinen Sitz im Landtag erringen konnte.

⁸⁰ GEA vom 3. 1. 1919.

⁸¹ SKZ vom 10. 1. 1919: „Liebe Freundin! Ich habe gehört, daß du nicht gesonnen bist dein Wahlrecht auszuüben. ‚Mich bringen keine sechs Gäul zum Wählen aufs Rathaus‘ sollst du gesagt haben.“

⁸² SKZ vom 10. 1. 1919: „Wenn dir daran liegt, daß dein Haus und Hof in der Familie bleibt und deiner Hände Arbeit dich und die deinigen nährt mußt du wählen. Denn es gibt Leute, die nichts lieber wollen als aufzuteilen, was du erspart und erschaffen hast.“ Dieses Bild einer

Die hier aufgeführten Anzeigen verdeutlichen, wie die Parteien mit ihrer Wahlwerbung versuchten, alle sozialen Schichten anzusprechen und sie mit Problemen oder Ängsten zu konfrontieren, die im Fall bei mangelnder Wahlbeteiligung oder einer politisch „falschen“ Entscheidung auftreten könnten. Der „Brief an die Landfrau“ verdeutlicht auch, wie das Wahlrecht und die politische Mitbestimmung nicht unbedingt von allen Teilen der weiblichen Bevölkerung begrüßt wurden.⁸³

Sowohl SPD⁸⁴ als auch DDP⁸⁵ erwähnen in ihren Wahlkampfanzeigen explizit die angestrebte Gleichheit von Mann und Frau vor dem Gesetz. Nach der Wahl vom 12. 1. 1919 finden sich im Reutlinger General-Anzeiger keine weiteren Hinweise auf staatsbürgerliche Vorträge für Frauen. Am Tag nach der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung wurde ein Aufruf mit einem Vers der Schriftstellerin Anselma Heine abgedruckt, der sich direkt an die Frauen wandte: „Deutsche Frau sei nicht faul. Wähle! Denk nicht ‚auf eine kommt’s nicht an.‘ Du weißt die Waage senken kann ein Zettelchen ein kleines. Vielleicht ist es deines. Wähle!“⁸⁶ Zusätzlich versuchte die DDP, die Frauen über die große Anzahl an weiblichen Mitgliedern zur Wahl der DDP zu bringen. Im General-Anzeiger vom 15. 1. 1919 erörtert die DDP, dass die einzige Möglichkeit, eine Frau in die Weimarer Nationalversammlung zu schicken, ein Wahlerfolg der DDP sei,⁸⁷ ähnlich argumentierte ein weiterer Aufruf der DDP am Tag vor der Wahl.⁸⁸

Vor der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung lässt sich anhand der Lokalpresse feststellen, dass die Parteien versuchten, möglichst alle Menschen zum Wahlgang zu bewegen, aber eben besonderen Fokus auf die Frauen legten. Vonseiten des „Spartakus“ gab es Initiativen, die Bürger zur Wahlverweigerung zu bringen. Kathleen Channing argumentiert, dass die Frauen als Wahlgruppe zur am meisten umkämpften Gruppe in Deutschland

existenziellen Bedrohung verdeutlicht nochmals die Furcht, die vor dem Kommunismus geschürt werden sollte.

⁸³ Vgl. K. Channing (wie Anm. 6), S. 103 f.

⁸⁴ GEA vom 9. 1. 1919: „Alle Vorrechte der Geburt und des Standes und Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen, sind aufzugeben.“ Die mit dem Wahlprogramm veröffentlichte Wahlliste weist auch zwei Reutlinger Frauen auf, die für die SPD antraten, Elisabeth Zundel und Laura Schradin.

⁸⁵ SKZ vom 10. 1. 1919: „Die wirkliche Bürgerpartei, die eintritt für Einheit, Freiheit und Gleichberechtigung, ist die Deutsche Demokratische Partei.“

⁸⁶ GEA vom 14. 1. 1919.

⁸⁷ Vgl. GEA vom 15. 1. 1919. Die DDP hob in dieser Anzeige hervor, dass sie die einzige Partei sei, bei der die Frauen von Württemberg die Chance auf eine weibliche Vertretung in der Nationalversammlung hätten.

⁸⁸ Vgl. GEA vom 18. 1. 1919. Die DDP hatte laut der Anzeige eine Frau mehr im Landtag als die SPD, ebd.: „Frauen besinnt euch! Ihr dürft nicht weiter die Parteien unterstützen die aus der Revolution nichts gelernt haben. So wie sie die Frau rechtlos und drunten halten wollen, so wollen sie es mit all den Volksgenossen tun, die noch um ihre Geltung ringen.“

gehörten, da es keine Erkenntnisse über das Wahlverhalten der Frauen gab.⁸⁹ Die Frauen stellten für die Parteien folglich eine Chance dar, ihre Stimmenzahl beträchtlich zu erhöhen, aber eben auch ein Risiko, da die Parteien zumindest bei der ersten Wahl am 12. 1. 1919 keinerlei Anhaltspunkte zu ihrem Wahlverhalten besaßen.⁹⁰ Im Wahlkampf in Reutlingen wurde somit versucht, die Frauen persönlich anzusprechen und sie damit zur Stimmabgabe zu bewegen. Nach der hohen Wahlbeteiligung der gesamten Bevölkerung fanden keine weiteren speziellen Veranstaltungen für Frauen mehr statt. Die am häufigsten angesprochenen Themen waren neben der Wichtigkeit der Wahl an sich die Sicherheit von Heim und Herd sowie die Pflicht der Frau, an der Bildung des neuen Staates mitzuwirken. Die Parteien versuchten die Frauen in ihrer Gesamtheit anzusprechen. Zum einen wurden von ihnen konkrete Themen wie Sicherheit der Versorgung, die Erziehung der Kinder, die Sicherheit der Berufe und des Einkommens angesprochen, andererseits wurden die Frauen konkret in die politische Verantwortung gezogen und es wurde von ihnen erwartet, auf diese Probleme mit ihrer Stimmvergabe einzuwirken. Auf diese Weise zeigt sich wiederum die allumfassende „Politisierung“ der Wählerschaft im Januar 1919. Der Anteil der Frauen, die in Württemberg eine politische Aufgabe übernahmen, blieb indes gering. Auch die DDP, welche die meisten expliziten Wahlkampfaufrufe an die Frauen inserierte, vergab nur fünf ihrer 33 Mandate auf Landesebene an Frauen.⁹¹ Insgesamt erhielten Frauen 13 der 150 Mandate.⁹²

Schlussbetrachtung

Die Wahlen stellten die Verantwortlichen vor eine große logistische Herausforderung und am Beispiel Reutlingens zeigt sich anhand der hohen Wahlbeteiligung, dass diese Aufgabe mit Bravour gemeistert wurde. Dennoch vermitteln die Berichte und Inserate der Tageszeitungen ein Bild der Unsicherheit, welches sich einerseits auf den Wahlausgang, andererseits auf die noch ungewisse Entwicklung und Prägung des neuen Staates gründete. Die Furcht vor dem Kommunismus wurde geschürt und das Wahlergebnis zeigt,

⁸⁹ Vgl. K. Channing (wie Anm. 6), S. 90 f.

⁹⁰ „Frauen als Wähler stellten eine unbekannte, unvorhersehbare Größe dar [...]“, ebd., S. 102 f.

⁹¹ GEA vom 18. 1. 1919.

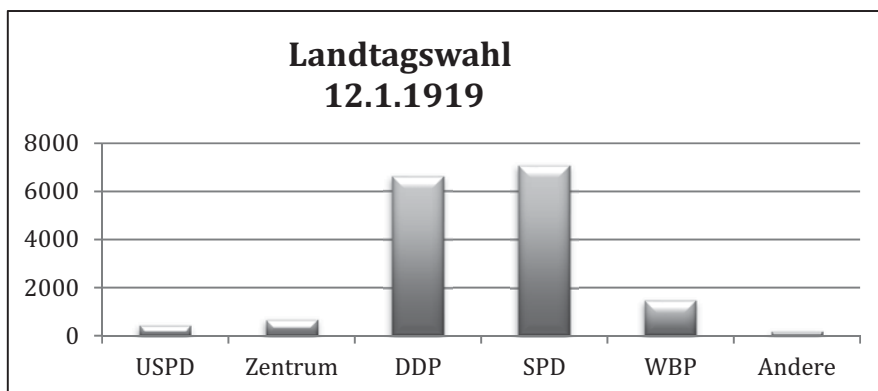
⁹² GEA vom 14. und 20. 1. 1919: Die einzige Frau, die aus Württemberg in die Verfassunggebende Nationalversammlung einzog, war Anna Blos, die für die SPD kandidierte. Zu Anna Blos siehe auch: M. Riepl-Schmidt (wie Anm. 6), S. 173–182.

dass die Bevölkerung Sicherheit und Konstanz suchte.⁹³ Nur ein kleiner Teil strebte eine radikale Umgestaltung der Verhältnisse an.⁹⁴

Die Frauen waren die größte Gruppe unter den Neuwählern und um sie wurde mit allen Mitteln geworben. Sie wurden in die Pflicht genommen, um die junge Republik zu retten, als auch mit existenziellen Ängsten vor weiteren Notzuständen konfrontiert. Das eingangs genannte Zitat zeigt, welche Ängste die Menschen zur damaligen Zeit hatten. Es ging ihnen nach den verlustreichen Jahren des Krieges erst einmal um Wiederaufbau und Konstanz. Die Wahlen in Reutlingen und der Wahlkampf in der Reutlinger Presse zeigen exemplarisch, wie Wahlkampf und politischer Diskurs in Württemberg während den ersten Wahlen vorstättengingen.

Anhang

1.1 Wahlergebnisse vom 12. Januar 1919⁹⁵



⁹³ SKZ vom 10. 1. 1919: Friedrich Payer zur Lage. Payer stellt hier die Wünsche und Sorgen der Bevölkerung dar: „Das Volk brauche Arbeit und Frieden zur Heraushebung aus dem Elend.“

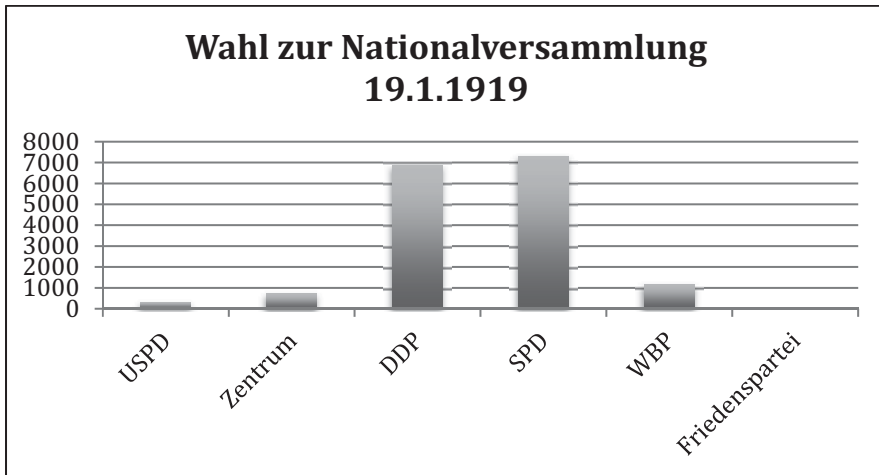
⁹⁴ „Dass bei der politischen Neuordnung in Württemberg der Gedanke der kontinuierlichen Reformen gegenüber radikalen, revolutionären Umsturzideen die Oberhand behielt, zeigt sich besonders deutlich innerhalb der Rätebewegung, wo sich seit dem Beginn der Revolution die gemäßigten Kräfte mehr und mehr behaupten konnten, während radikale Elemente zusehends ins Hintertreffen gerieten.“ Ansbert Baumann (Bearb.): Die Protokolle der Regierung des Volksstaates Württemberg 1: Die provisorische Regierung und das Kabinett Blos, November 1918 – Juni 1920, Stuttgart 2013, S. XXIII.

⁹⁵ Quelle: SKZ vom 13. 1. 1919.

Von 17.395 Wahlberechtigten wurden bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung 16.198 gültige Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung lag somit bei 93,4 % (gerundet).

Die unter „Andere“ zusammengefassten Parteien waren der Weingärtnerbund, die Friedenspartei und die Landwirte Oberschwabens, die jeweils weniger als 100 Stimmen erhielten.

1.2 Wahlergebnisse vom 19. Januar 1919⁹⁶



Die Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung hatte eine annähernd hohe Wahlbeteiligung von 93,0 % (gerundet). Von 17.639 Wahlberechtigten wurden 16.405 gültige Stimmen abgegeben.

Da viele der zuvor unter „Andere“ aufgeführten Parteien auf nationaler Ebene nicht antraten, verblieb hier nur die Friedenspartei, deren Stimmen kaum ins Gewicht fielen.

⁹⁶ Quelle: SKZ vom 20. 1. 1919.

Der Reutlinger Gemeinderat im Moment der Revolution 1918

Gabriel Johannes Pscheidt

„Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen“,¹ mit diesen Worten begrüßte Reutlingens Oberbürgermeister Emil Hepp am 12. Juni 1919 den neu gewählten Gemeinderat. Es folgten mahnende Worte, denn die Zukunft des Landes und der Stadt sei ungewiss. Dennoch blitzte zwischen den teilweise auch von Zweifel geprägten Passagen der Ansprache Hoffnung hervor: „Neues Leben blüht aus den Ruinen“.²

Während der krisenhaften Monate des endenden Ersten Weltkrieges und der Revolution von 1918 in Reutlingen repräsentierte keiner Kontinuität und Beständigkeit überzeugender als Oberbürgermeister Emil Hepp. Von 1898 bis 1929 war er für die Geschicke der Stadt verantwortlich.³ 1898 gewählt, vom König eingesetzt und von der Bevölkerung auch nach 1918 als Stadtvorsteher akzeptiert, übernahm er das Ruder und steuerte in Richtung Wiederaufbau dessen, was eine Ruine war. Als Vorsteher der Stadtverwaltung war es an ihm, Schwierigkeiten zu meistern und eine neue Ordnung herzustellen. Dies ließ sich nicht von Hepp alleine erreichen, dazu bedurfte es vor allem auch des Gemeinderats, der als gewähltes Legislativorgan der exekutiven Stadtverwaltung gegenüberstand.

In diesem Beitrag spielen Kontinuität und Bruch im Anschluss an die Revolution 1918 eine maßgebliche Rolle. Auf zwei Themenblöcke soll dabei der Fokus gelegt werden.

Zum einen wird nach Kontinuität in der Zusammensetzung des Gemeinderats (Persistenz) gesucht. Hierbei sollen drei verschiedene Indikatoren Auf-

¹ Schwarzwälder Kreiszeitung (künftig: SKZ) vom 13. 6. 1919, S. 3.

² Ebd.

³ Karl Emil Hepp wurde am 8. März 1864 in Sulz am Neckar geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft in Tübingen und Leipzig war er mehrere Jahre stellvertretender Amtsstellenleiter in verschiedenen württembergischen Oberämtern. Am 11. April 1898 wurde Hepp mit 53 % der Stimmen zum Reutlinger Schultheißen gewählt und drei Jahre später zum Oberbürgermeister ernannt. Nach 31 Jahren an der Spitze der Stadtverwaltung schied Hepp am 7. März 1929 aus dem Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Reutlingen aus. Im Alter von 70 Jahren starb Hepp am 7. März 1934 in Reutlingen. Vgl. StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 7. März 1929, § 262; Reutlinger General-Anzeiger (künftig: GEA) vom 7. 3. 1964, S. 3; Paul Schwarz: Die Bürgermeister der Stadt Reutlingen ab 1575, in: RGB NF 5 (1967), S. 25.



Am 11. November 1918 wurde am Rathaus die rote Fahne aufgezogen und augenfällig der Anbruch einer neuen Zeit demonstriert. Die Aufschrift von Ort und Datum wurden auf dem Foto nachträglich angebracht.

schluss über die Persistenz des Rats geben. Erster Indikator: die direkte Wiederwahl von Ratsmitgliedern (*direkte personelle Kontinuität*). Zweiter Indikator: die über mehrere Legislaturperioden andauernde Ratsmitgliedschaft von Familienmitgliedern eines Ratsmitgliedes (*indirekte oder tradierte Kontinuität*). Dritter Indikator: die Ratsmitgliedschaft, gemessen an Berufsständen (*soziale Kontinuität*).

Zum anderen wird die Arbeit des Gemeinderats beleuchtet: Welche Maßnahmen wurden getroffen, um die Notsituation zu überwinden? Welchen sozialen Gruppen wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt? Welche Auswirkungen hatten die getroffenen Maßnahmen? Die Gemeinderatstätigkeit betraf vor allem die Linderung der gesellschaftlichen Not und nicht politische Themen.⁴ Die Revolution von 1918 dient dabei als Fluchtpunkt, von dem aus die Analyse des Reutlinger Gemeinderats anhand der vorgestellten Fragen durchgeführt werden soll.

⁴ Vgl. Wolfgang Jung: Kriege, Brüche, Krisen – Wiederaufstieg. Reutlingen im 20. und 21. Jahrhundert, in: Wolfgang Borth; Bernd Breyvogel; Wolfgang Jung (Hrsg.): Reutlingen. Von der Reichsstadtherrlichkeit zur selbstbewussten Großstadt, Reutlingen 2013, S. 176 und SKZ vom 13.6.1919.

Da die Literatur zu diesem speziellen Thema wenig bereithält,⁵ müssen Quellen in Form von Gemeinderatsprotokollen⁶ und Presseberichterstattung des Reutlinger General-Anzeigers (GEA), der Schwarzwälder Kreiszeitung (SKZ) und des Amtsblattes der Stadt Reutlingen (AR) herangezogen werden. Diese Quellen bieten einen direkten Blick auf die Geschehnisse während der revolutionären Phase sowie die Not der Bevölkerung.

Die Analyse beschränkt sich dezidiert auf die Arbeit des Reutlinger Gemeinderats der Jahre 1918 und 1919. Zur genaueren Bestimmung der Kontinuität der Mitglieder muss der Blick ein wenig geweitet werden. Hierfür bildet das Jahr 1913 den Ausgangspunkt, da in diesem Jahr die letzte Gemeinderatswahl vor 1919 durchgeführt wurde.⁷ Die Kontinuität der Gemeinderatszusammensetzung über das Jahr 1919 hinaus zu untersuchen, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Dieser Beitrag befasst sich dezidiert mit der Revolution von 1918 und der Kontinuität des Gemeinderats über diesen Moment hinweg.

Die Gemeinde wird nach der damals geltenden Gemeindeordnung durch einen gewählten Gemeinderat vertreten. Dieser hat neben der Repräsentation auch die Aufgabe, der Verwaltung der Gemeinde nachzukommen.⁸ Hierzu werden dem Gemeinderat die erforderlichen Gemeindebeamten zur Seite gestellt. Der Gemeinderat setzt sich aus dem Ortsvorsteher, welcher gleichzeitig der Vorsitzende des Rats ist (in Reutlingen der Oberbürgermeister), und den gewählten Mitgliedern zusammen. Zur Überwachung der Verwaltung und speziell der Arbeit des Gemeinderats wurde bereits im frühen 19. Jahrhundert der Bürgerausschuss als Kontrollgremium eingeführt.⁹ Dieser wurde in derselben Art und Weise wie der Gemeinderat gewählt. In speziellen Fällen

⁵ Einige wenige Spezialstudien zur Kommunalpolitik und der lokalen Verwaltung während der Weimarer Republik wären beispielsweise: Jörg Bogumil; Lars Holtkamp: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung, Wiesbaden 2006, oder Hans Heinrich Blotevogel (Hrsg.): Kommunale Leistungsverwaltung und Stadtentwicklung vom Vormärz bis zur Weimarer Republik, Köln 1990, schließlich Harald Pohl: Kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bayern zur Zeit der Weimarer Republik. Dargestellt am Beispiel der Wirtschaftsregion Ingolstadt, Regensburg 1985.

⁶ Die im Stadtarchiv Reutlingen vorliegenden Gemeinderatsprotokolle sind keine Originale. Während des Zweiten Weltkrieges wurde das Rathaus stark beschädigt und die Protokolle größtenteils vernichtet. Die hier analysierten Protokolle sind Abschriften der originalen Ergebnisprotokolle, welche an anderem Ort aufbewahrt wurden. Es sind vor allem solche Protokolle überliefert, die eine Buchung im Stadthaushalt ausgelöst haben.

⁷ Während des Ersten Weltkrieges wurde in Reutlingen keine Gemeinderatswahl abgehalten. Erst nach Ende des Krieges und Ordnung der Verhältnisse nach der Revolution im November 1918 wurde im Frühjahr 1919 eine Neuwahl des kompletten Gemeinderats vorgenommen.

⁸ Die Gemeindeordnung und die Bezirksordnung für Württemberg, Stuttgart 1909, Abschnitt II, Art. 9 Abs. 1.

⁹ Ebd., Abs. 2.

war er berechtigt, an der Verwaltung der Gemeinde mitzuwirken.¹⁰ Darüber hinaus hat der Bürgerausschuss gegenüber dem Gemeinderat ein Vorschlagsrecht für Anträge und alle Gemeindeangelegenheiten.¹¹

Kontinuität oder Wandel – Gemeinderatswahlen 1913 und 1919

Kontinuität in revolutionären Zeiten ist keine Selbstverständlichkeit, im Gegenteil. Es ist zu erwarten, dass eine Revolution Altes beiseite räumt und Neues erschafft. Am Beispiel des Reutlinger Gemeinderats zeigt sich jedoch, dass auch über die Revolution von 1918 hinweg eine Kontinuität der Mitglieder zu verzeichnen war. Im Folgenden werden die drei vorgestellten Kontinuitätsindikatoren angewendet, um die Beständigkeit des Rats genauer zu definieren.

In einer im Amtsblatt erschienenen Bekanntmachung vom 10. November 1913 wird darauf hingewiesen, dass am 12. Dezember desselben Jahres eine Ergänzungswahl des Gemeinderats stattfand.¹² Sie wurde einerseits aus pragmatischen Gründen erforderlich, da das Gemeinderatsmitglied Kehrer aus Betzingen im Laufe des Jahres verstorben war,¹³ andererseits, weil die Amtszeit von sieben Gemeinderäten nach sechsjähriger Mitgliedschaft endete.¹⁴ Von drei Parteien wurden daraufhin Wahlvorschläge eingereicht. Derjenige des Fortschrittlichen Volksvereins Reutlingens und der Sozialdemokratischen Partei umfasste jeweils acht Kandidaten, der Vorschlag der Nationalliberalen Partei und des Jungliberalen Vereins nur sieben. Auffällig an den Vorschlägen ist die Verbindung von verschiedenen Kontinuitätsmustern: Wo auf der einen Seite eine bereits bestehende Gemeinderatsmitgliedschaft verlocken sollte, da funktionierte die Werbung auf der anderen Seite über tradierte Kontinuität wie beispielsweise bei Gottlob Benz, SPD. Hier warb die Partei mit dem Zusatz „Konrads Sohn, seither im Bürgerausschuss“.¹⁵ Diese Art der Wahlwerbung wurde zur Gemeinderatswahl im Frühjahr 1919 merklich intensiviert. Jede Berufsgruppe, die in Reutlingen im frühen 20. Jahrhundert anzutreffen war, wurde durch Kandidaten repräsentiert. Allen voran gab es da die Weingärtner, welche auch durch eigens geschaltete Anzeigen für ihre Repräsentanten im Gemeinderat warben.¹⁶ Bankiers und Fabrikanten standen ebenso zur

¹⁰ Ebd., Abschnitt II, Art. 49 Abs. 1–15.

¹¹ Ebd., Abschnitt II, Art. 50 Abs. 1–4.

¹² AR vom 10. 11. 1913, Nr. 175, S. 1.

¹³ AR vom 13. 12. 1913, Nr. 194, S. 1.

¹⁴ Gustav Groß, Johannes Eisenlohr, Fritz Walz, Jakob Blessing, Gustav Adolf Fuchs, Jakob Friedrich Röhm und Georg Bauer. AR vom 19. 11. 1913, Nr. 180, S. 1.

¹⁵ AR vom 5. 12. 1913, Nr. 189, S. 1.

¹⁶ Fritz Wahl wurde durch den Ausschuss der Reutlinger Weingärtner in mehreren Anzeigen in AR vom und Schwarzwälder Kreiszeitung direkt beworben. Die Anzeigen argumentier-

Wahl wie Landwirte, Handwerker, Gastwirte, Bauarbeiter, Landtagsabgeordnete und Feuerwehrkommandanten. Mit gewissem Stolz wurde in der Wahlwerbung mit eben dieser Diversität in sozialer und beruflicher Hinsicht geworben.¹⁷

Nach Durchsicht der Amtsblätter und Zeitungsartikel zwischen November und Dezember 1913 lässt sich festhalten, dass der Wahlkampf überwiegend sachlich geführt wurde. In der Regel wurde nur das eigene Wählerklientel angesprochen und es gab kaum strittige Themen in den Anzeigen.¹⁸ Die Wahl am 11. Dezember ergab, dass fünf Kandidaten des Fortschrittlichen Volksvereins gewählt wurden. Hiervon waren bereits vier Kandidaten zuvor Mitglied des Gemeinderats. Die SPD entsandte zwei Gemeinderäte, die beide auch zuvor schon in Gemeinderat und Bürgerausschuss tätig waren. Damit blieb für die Nationalliberale Partei nur noch ein Mandat, wobei auch dieses an ein bisheriges Gemeinderatsmitglied vergeben wurde.¹⁹ Die Größe des Gemeinderats betrug nach 1913 20 Mitglieder. Erst 1919 wurde diese Zahl auf 30 Mandatsträger angehoben.²⁰ Es handelte sich nach 1913 nicht um eine vollkommene Neuwahl des Gremiums. Sechs von acht zu vergebende Mandate gingen damals an auch zuvor schon amtierende Mitglieder des Gemeinderats.

Mit Blick auf das Jahr 1919 rückt nun auch die Frage nach *direkter Kontinuität* in den Fokus der Betrachtung. Erneut rief das Amtsblatt dazu auf, Wahlvorschläge für die anstehende Gemeinderatswahl einzureichen.²¹ Die

ten, dass man ohne Fritz Wahl im Gemeinderat nicht mehr repräsentiert wäre und die Wahl Wahls nur dadurch erreichen könne, wenn alle Weingärtner für ebendiesen Kandidaten stimmen würden. Dem gegenüber stand Gottlob Benz, ein weiterer Weingärtner, jedoch von der SPD, als Kandidat zur Wahl. Das Ergebnis des 12. Dezember 1913 ergab sogar, dass beide zur Wahl stehenden Weingärtner in den Gemeinderat gewählt wurden. AR vom 8. 12. 1913, S. 2–5, und AR vom 13. Dezember 1913, Nr. 194, S. 1.

¹⁷ Hier sind die Anzeigen der SPD und des Fortschrittlichen Volksvereins Reutlingens zu nennen. AR vom 10. 12. 1913.

¹⁸ Einzig die SPD stilisierte den Wahlkampf 1913 zum Konflikt zwischen Arbeitern, Handwerkern und Weingärtner auf der einen sowie Fabrikanten und Bürgerlichen auf der anderen Seite, AR vom 8. 12. 1913.

¹⁹ Fortschrittlicher Volksverein: Gustav Groß, Johannes Eisenlohr, Fritz Wahl, Georg Sauer und Martin Wolpert.

SPD: Gottlob Benz und Gustav Adolf Fuchs.

Nationalliberale Partei: Jakob Blessing senior. AR vom 13. 12. 1913, S. 1.

²⁰ Die Neufassung der Württembergischen Gemeindeordnung vom 15. 3. 1919 regelte diese Anhebung der Gemeinderatsmitglieder wie folgt (Art. 4, Abs. 1): „Die Zahl der in den Gemeinderat zu wählenden Mitglieder, welche durch 2 teilbar sein muß, beträgt in großen Städten von mehr als 100.000 Einwohnern 40 bis 72, in solchen von mehr als 50.000 bis 100.000 Einwohnern 24 bis 44, in mittleren Städten 18 bis 30, in den übrigen Gemeinden erster Klasse 14 bis 20 in Gemeinden zweiter Klasse 10 bis 16, dritter 6 bis 12.“ Zitiert nach: Die Gemeindewahlen in Württemberg. Nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 15. März 1919, betr. das Gemeindewahlrecht und die Gemeindevertretung, bearb. von Anton Michel, Stuttgart 1919, S. 83.

²¹ AR vom 26. 4. 1919, S. 1.

Vorschläge, die in den folgenden Tagen eingingen, zeigten zunächst, dass neben der SPD nur die DDP einen vollständigen Vorschlag mit je 30 Kandidatinnen²² und Kandidaten eingereicht hatte. Die anderen Parteien rangierten mit ihrer Kandidatenzahl zwischen zehn und fünfzehn. Aus dem vormalig 20-köpfigen Gremium ließen sich 1919 elf erneut zur Wahl aufstellen: Von der SPD Gottlob Benz, Jakob Kurz, Karl Schofer, Otto Wandel und G. A. Fuchs; von der DDP Johannes Eisenlohr, Gustav Groß sen., Johann Georg Sauer, Martin Wolpert, Konrad Röcker und Fritz Kurr.²³

Der in den folgenden Wochen einsetzende Wahlkampf war im Vergleich zur Ergänzungswahl 1913 politischer und insgesamt auch ideologisch aufgeheizt. Es waren die Anzeigen der SPD, in welchen die Revolution von 1918 zum Thema gemacht wurde und die den anderen Parteien vorwarfen, die erkämpften Rechte und Privilegien untergraben zu wollen und die Ideale der Revolution zu bekämpfen.²⁴ Vereine und teilweise auch Einzelpersonen schalteten ebenfalls Anzeigen, um für einzelne Kandidaten zu werben. Besonders fleißig waren die Weingärtner, die für ihren einzigen Kandidaten, Georg Fritz, jeden Tag in allen drei Zeitungen Anzeigen schalteten. Daneben gab es auch die Werbung für die weiblichen Kandidaten der einzelnen Wählerlisten. Parteiübergreifend standen sieben Kandidatinnen für die Plätze des Gemeinderats zur Wahl. Frauen wurden als neue Wählergruppe besonders beworben. Das Argument, dass nun auch Frauen im Gemeinderat vertreten sein müssten, damit die Anliegen der Frauen gebührend repräsentiert würden, wurde von allen Parteien eingebracht.²⁵

Das Ergebnis der Wahl vom 11. Mai 1919 ergab für die DDP mit 15 Mandaten²⁶ die meisten Sitze. Gewählt wurden für diese Partei Fritz Georg, Emil Roth, Wilhelm Osterieder, Emil Rüdinger, Johannes Eisenlohr, Gustav Groß sen., Christian Fiechtner, Wilhelm Zech, Fritz Schneider, Christian Quenzer, Fritz Kurr, Hans Freytag, Konrad Röcker, Johann Georg Sauer und Martin Wolpert. Die zweithöchste Zahl an Sitzen kam der SPD zu. Die zehn von der SPD errungenen Mandate erhielten Gottlob Benz, Jakob Kurz, Georg Stein, Elisabeth Zundel, Karl Schofer, Otto Wandel, Eugen Weit, Albert Raff, Laura

²² Seit dem 12. November 1918 besaßen Frauen das aktive und passive Wahlrecht.

²³ AR vom 5. 5. 1919, S. 1; hinzu kamen 10 Bürgerausschussmitglieder: Von der SPD: Georg Stein, Friedrich Endreß, Heinrich Schneider, Adam Reusch, Johann Zeller; von der DDP: Hans Freytag, Fritz Georg, Emil Roth, Christian Quenzer. AR vom 5. 5. 1919, Nr. 69, S. 1. Zum Bürgerausschuss: Dieses zweite Gremium der Stadtlegislative wurde zum 30. April 1919 in Reutlingen aufgelöst. Die Stadt hatte daraufhin nur noch den Gemeinderat. Die Auflösung des Bürgerausschusses wurde damit begründet, dass es sich hierbei um ein ineffizientes Organ gehandelt habe, welches meist wie ein Bremsklotz die Arbeit des effektiveren Gemeinderats behinderte, SKZ vom 13. 6. 1919.

²⁴ AR vom 9. 5. 1919, S. 3 und vom 10. 5. 1919, S. 2.

²⁵ AR vom 9. 5. 1919, S. 1–6. Vgl. den Beitrag von Andreas Bauer in diesem Band.

²⁶ AR vom 16. 5. 1919, S. 3.

D i e g r ö ß t e P a r t e i
Reutlingen-Betzungen

- die von den bei keiner politischen Organisation eingeschriebenen wahlberechtigten Männern und Frauen unseres Gemeinwesens gebildet wird. -

gibt zur Gemeinderatswahl am Sonntag neben bewährten bisherigen Mitgliedern des Kollegiums auch vertrauenswürdigen neuen Bewerbern ihre Stimme und bevorzugt zur Vermeidung einer zu großen Zersplitterung nachstehende

L i s t e

Kaib Georg, Karls Sohn, Weingärtner	2	Stimmen	
Spörer Johanna, Redakteurs Witwe	1	=	
Roth Emil, Fabrikant	2	=	
Böhle Wilhelm, Prekuriert	2	=	
Hoyler Johs., Schreiner	2	=	
Gaterieder Wilhelm, Rechtsanwalt	2	=	
Rüdinger Emil, Güterverwalter	2	=	
Eisenlohr Johs., Feuerw.-Kommandant	2	=	
Grob sen. Gustav, Fabrikant	2	=	
Riechtor Christian, Mittelschull.	2	=	
Guenzer Christian, Bankier	2	=	
Kurr Fritz, Notar	2	=	
Haffner Karl, Malermeister	2	=	
Koch Karl, Redakteur	2	=	27
Sauer Joh. Gz., Zimmerm., Betzingen	1	=	
Wolbert W., Seb.S., Ldw., Betzingen	1	=	
Schickhardt Karl, Fabrik., Betzgen	1	=	3
Gesamtstimmenzahl			30

=

Wahlbürger! Wahlbürgerinnen!

Verhelßt diesen allgemein als charaktervolle Persönlichkeiten bekannten Männern und Frauen, die allen schaffenden Ständen und Berufen entnommen und in hohem Maße befähigt sind, die Interessen unserer Stadt von einer höheren Warte aus in den kommenden schweren

Z

Entwurf für eine Wahlanzeige aus dem Nachlass des Redakteurs der Schwarzwälder Kreiszeitung, Karl Koch, 1919. Der Text gibt sich parteiunabhängig, die Liste enthält jedoch in erster Linie Kandidaten der DDP.

Schradin, Hugo Rothermel.²⁷ Jeweils zwei Mandate erhielt die USPD für Paul Müller und Fritz Fleck²⁸ sowie die Württembergische Einheitspartei für Dr. jur. Ernst Wendler und Gottlob Tochtermann.²⁹ Mit nur einem Mandat für Josef Rieblinger ging die Zentrumsparlei³⁰ aus der Gemeinderatswahl hervor. Das bedeutet, dass von den elf vormaligen Gemeinderatsmitgliedern, die zur Wahl angetreten waren, neun von der Bürgerschaft wiedergewählt wurden. Außerdem sind zusammen mit den ehemaligen Bürgerausschussmitgliedern 15 bisherige Mandatsträger erneut berufen worden.

Das Kriterium der *direkten Kontinuität* ist somit gegeben, da 1919 die Hälfte des neugewählten Gemeinderats von ehemaligen Mitgliedern besetzt wurde. Laut Schwarzwälder Kreiszeitung seien die übrigen Gemeinderatsmitglieder nicht mehr zur Wahl angetreten, da diese das Gefühl gehabt hätten, die „neue Zeit“ müsse von jungen und frischen Männern und Frauen angegangen werden. Ihre Zeit an der Spitze der Stadt sei durch den Wandel der Ordnung im November 1918 an ihr Ende gekommen.³¹

Ein weiterer Kontinuitätsindikator, die *tradierte Kontinuität*, lässt sich bei vier Bewerbern feststellen. Mit Zusätzen zu den Namen wie „Fritz Georg, Karls Sohn, Weingärtner“ oder „Thekla Hartmann, Stadtpfarrers Ehefrau“³² versuchte man, Traditionen aufzubauen und Bedeutungen zu vergeben. Scheinbar war diese Art der Wahlwerbung für die Kandidatinnen nicht erfolgreich. Mit ihrer Vater-Sohn-Beziehung konnten nur die beiden Gemeinderatsanwärter Fritz Georg und Martin Wolpert bei der Wählerschaft erfolgreich punkten. Die Ehefrau des Stadtpfarrers, Thekla Hartmann, und die des Bäckermeisters, Anna Hirschburger, erhielten 1919 dagegen kein Mandat im Gemeinderat. Dieser Indikator ist für Fehler anfällig. In einer Stadt der Größe Reutlingens ist die Wahrscheinlichkeit, mehrere Personen mit demselben Namen zu finden, recht hoch. Und in der Tat findet sich in den Adressbüchern der Stadt eine nicht greifbare Menge an Personen, die denselben Vor- wie Nachnamen besitzen. Zur genauen Unterscheidung der einzelnen Personen ist es hilfreich, die Vater-Sohn-Beziehung als Merkmal heranzuziehen, um einer Verwechslung vorzubeugen. Wenn man nun diejenigen Kandidaten für die Gemeinderatswahl in den Blick nimmt, welche einen Zusatz wie „Sohn von“ bei sich tragen und diese im Adressbuch der Stadt sucht, findet man lediglich bei einem die Präzisierung „Sohn von“. Martin Wolperts Eintrag im Adressbuch führt zur genauen Bestimmung seiner Person den Zusatz

²⁷ Ebd.

²⁸ Ebd.

²⁹ Ebd.

³⁰ Ebd.

³¹ SKZ vom 13. 6. 1919, S. 4.

³² AR vom 5. 5. 1919, Nr. 69, S. 1.

„Sebastians Sohn“.³³ Bei den übrigen Personen fehlt diese Präzisierung im Adressbuch.

Der aussagekräftigste Kontinuitätsindikator ist die *soziale Kontinuität*. Handwerker, Fabrikanten, Redakteure, Weingärtner und Bauern waren ebenso vertreten wie Lehrerinnen und Lehrer, Juristen und Einzelhändler.³⁴ Wie 1913 war der Reutlinger Gemeinderat auch 1919 von besonderer Vielfalt der Mitglieder geprägt. Weder Arbeiter, Handwerker oder Angestellte waren nach der Revolution 1918 mehrheitlich vertreten, noch Fabrikanten, Akademiker oder Bankiers. Der Rat bildete einen Querschnitt der Reutlinger Gesellschaft ab.

Kontinuität im Reutlinger Gemeinderat ist in *persönlicher* wie *sozialer* Hinsicht gegeben. Der Rat hat sich nach Ende des Ersten Weltkrieges demnach nicht vollkommen neu formiert und auch die Auswirkungen der Revolution von 1918 auf die Ordnung der Stadt waren diesbezüglich gering. Die Bürgerschaft der Stadt hatte offensichtlich nicht das Bedürfnis, das Alte vollkommen einzureißen, sondern wollte aus vormalig bereits gewählten Gemeinderatsmitgliedern auch die nahe Zukunft gestalten.³⁵ Der Kommentar der Schwarzwälder Kreiszeitung zur Einsetzung des neuen Gemeinderats deutet am 13. Juni 1919 an, dass die Aufgaben des Rats für die kommenden Wochen und Monate weiterhin für Stadt und Gemeinderat eine große Herausforderung darstellen werden.³⁶



Offizieller gedruckter Wahlzettel der SPD für eine Gemeinderatswahl Mitte der 1920er Jahre.

³³ Adressbuch für die königlich württembergische Kreishauptstadt Reutlingen mit dem Vorort Bezlingen 1913–1914, S. 156.

³⁴ Ebd.

³⁵ Der Rückzug der älteren Gemeinderatsmitglieder erscheint hier nicht ganz folgerichtig und lässt sich nur mit persönlichen Entscheidungen begründen.

³⁶ SKZ vom 13. 6. 1919.

Arbeit des Gemeinderats im Nachklang der Revolution 1918

Während des Ersten Weltkrieges war die Arbeit des Gemeinderats von der Notwendigkeit bestimmt, Mangel und Not zu lindern. Dies endete mit der Revolution im November 1918 keinesfalls. Der Winter nahte, die Kohlenkeller waren leer und die Armenspeisungen vom großen Andrang überfordert.³⁷

Es waren drei Hauptfelder, auf denen sich der Gemeinderat nach der Revolution 1918 betätigte: Armenfürsorge, Wohnungspolitik und Infrastrukturmaßnahmen. Der Beschluss von Notstandsarbeiten wird hier nicht als Betätigungsfeld definiert, da die beschlossenen Tiefbauvorhaben stets als Notstandsarbeiten durchgeführt wurden.

Die Versorgungslage der Stadt war nach der Revolution 1918 gleich desolat wie zuvor. Die zentralgesteuerte Lebensmittelversorgung war mangelhaft und die Not der Bevölkerung konnte so kaum verringert werden. Die Schwarzwälder Kreiszeitung berichtet, dass am 13. November eine „Kommission zur Verteilung der Lebensmittel“ vom Gemeinderat eingesetzt wurde, deren Aufgabe es war, die Lebensmittelversorgung innerhalb der Stadt zu optimieren und diese vor allem bedarfsgerechter zu gestalten.³⁸ In dem Artikel wird dem vormaligen Versorgungsamt vorgeworfen, ineffizient und abwartend zu agieren, wodurch die Knappheit noch vergrößert werde. Dabei seien Lebensmittel verdorben oder in zu großen Mengen verteilt worden, was zur Folge gehabt habe, dass ein Teil der Bevölkerung keine Lebensmittel mehr erhalten habe. Die neue Kommission bestand zu gleichen Teilen aus Mitgliedern des Gemeinderats und des Bürgerausschusses sowie aus Beamten des Lebensmittelamtes der Stadt.³⁹ Die entsandten Bürger hatten den Auftrag erhalten, die Arbeit der Behörde zu kontrollieren und die Verteilung der Rationen besser zu koordinieren. Der Gemeinderat erhoffte sich von der direkten Beteiligung der Rats- und Ausschussmitglieder an der Versorgung der Menschen eine bedarfsgerechtere Verteilung von Lebensmitteln. Weil die Gemeinderatsmitglieder die Stadt und ihre Bevölkerung besser kennen als die eingesetzten Beamten aus Stuttgart, würde die Kommission, wie man es sich optimistisch ausmalte, ihre Aufgaben eher bewältigen.⁴⁰

Im Winter 1918/1919 wurde die Definition bedürftiger Bürger geändert. Am 18. Dezember 1918 beschloss der Gemeinderat, dass die Volksküche nun nicht mehr nur für ehemalige Soldaten und deren Angehörige zugänglich sein

³⁷ AR vom 16. 11. 1918, S. 1 sowie Protokolle des Reutlinger Gemeinderates vom 27. 11. 1918, § 1009 und vom 2. 1. 1919, § 7.

³⁸ SKZ vom 14. 11. 1918, ein entsprechendes Gemeinderatsprotokoll ist leider nicht überliefert. Zur Überlieferung der Gemeinderatsprotokolle vgl. Anm. 6.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Ebd.

solle, sondern auch von Erwerbslosen besucht werden könne.⁴¹ Die Lebensmittelversorgung der Stadt war gefährdet, da von 90.000 Zentnern Kartoffeln nur 30.000 eingetroffen waren.⁴² Mit der gleichzeitigen Öffnung der Volksküchen für die zivile Bevölkerung kam es zu einem enormen Andrang. Die bestehende Küche war auf den Zustrom der Massen nicht vorbereitet und ihre Kapazität von 800 Mahlzeiten pro Tag reichte bei Weitem nicht aus.⁴³ Daher beschloss der Gemeinderat einstimmig, dass zwei weitere Küchen eingerichtet werden sollten und ein Tagesziel von 1400 Mahlzeiten pro Tag und Küche anzustreben sei.⁴⁴ In einem weiteren Schritt wurde der Zugang zu den Volksküchen in Reutlingen am 2. Januar 1919 erweitert. Dem Beschluss des Gemeinderats zufolge war dies möglich, da die Zahl der ehemaligen Soldaten, welche die Volksküche in Anspruch nehmen mussten, deutlich zurückging.⁴⁵ Dieser Rückgang lässt sich damit begründen, dass die Soldaten wieder in Lohn und Arbeit gebracht werden konnten.⁴⁶ Somit konnte nun jeder gegen Vorkasse einer Lebensmittelmarke ein warmes Mittagessen erhalten.

Der Betrieb der Volksküchen war von der Entgegennahme der Lebensmittelmarken abhängig. Mitte Februar 1919 war jedoch ein Punkt erreicht, an dem die Ausgaben die Einnahmen derart überschritten, dass die Schließung von zwei der drei Küchen beantragt wurde. Grund hierfür war, dass zu wenig Konsumenten Lebensmittelkarten vorlegen konnten, da die zugewiesenen Karten für die Bevölkerung schlicht nicht ausreichten. Ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern deshalb die Mahlzeiten zu verwehren, daran dachten die Küchen nicht. Auf Beschluss des Gemeinderats wurden die städtischen Zuschüsse erhöht, um die Küchen den Winter über weiter betreiben zu können. Im Frühjahr 1919 wurde erneut darüber entschieden, wie es mit den Küchen weitergehen sollte.⁴⁷

Mangel herrschte nicht nur bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Wohnraum war im Winter 1918/1919 in Reutlingen ein ebenso knapp bemessenes Gut wie Kartoffeln oder Kohle.⁴⁸ Schon am 14. November beriet der Gemeinderat über den Bau von zwei großen Mietshäusern mit 17 Dreizimmerwohnungen und 19 Zweizimmerwohnungen. Der Plan stieß

⁴¹ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 18. 12. 1918, § 1126.

⁴² GEA vom 21. 11. 1918, S. 2. Außerdem waren mehrere Tonnen der eingetroffenen Kartoffeln im Laufe des Winters verfault und mussten als Futterkartoffeln aussortiert werden, StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 18. 12. 1918, § 1118.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 2. 1. 1919, § 7.

⁴⁶ Viele von ihnen wurden im Rahmen der Notstandsarbeiten die Gesellschaft integriert. Zum Agieren des Gemeinderates bei Notstandsarbeiten s. u., Anm. 61.

⁴⁷ GEA vom 20. 2. 1919, S. 2.

⁴⁸ Der GEA berichtet am 21. November 1918 davon, dass mehr als 4000 Tonnen zu Beginn des Winters fehlen würden und deshalb zu erhöhter Sparsamkeit aufgerufen wurde.

aber keineswegs auf breite Zustimmung, denn eigentlich hätten an dieser Stelle zwei frei stehende Einfamilienhäuser mit Garten gebaut werden sollen. Laut SKZ entzündete sich der Streit daran, dass mehrere Mitglieder des Gemeinderats und des Bürgerausschusses der Meinung waren, dass die großen Mietshäuser nur eine provisorische Übergangslösung darstellten und nach wenigen Jahren oder Monaten ohnehin nicht mehr gebraucht würden. Ein teurer Umbau oder auch ein Abriss der Häuser wäre dann die notwendige Folge. Diese Ausgaben könne man sich sparen, wenn man von vornherein die geplanten Einfamilienhäuser bauen würde. Im Übrigen wären die Mehrfamilienhäuser insgesamt teurer und deshalb nur für verhältnismäßig hohe Mieten bewohnbar.⁴⁹ Die Kritik an den Mehrfamilienhäusern klingt zynisch und wenig empathisch gegenüber der Bevölkerungsnotlage. Auf der anderen Seite verschweigen die Kritiker die Notlage der Menschen nicht, sie nahmen diese durchaus wahr. Was sie daneben aber auch wahrnahmen, ist das Potenzial, welches in dieser Situation lag. Ihrer Meinung nach könnte es möglich sein, dass binnen weniger Monate sich die Lage der Stadt und des Landes derart verbessert, dass die Familien sich eigene Häuser würden leisten können und dann nicht mehr in großen Mietskasernen hausen müssten. Sehr viel wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Kritiker verhindern wollten, dass sich mit dem Bau großer Wohnsiedlungen ein sozialer Brennpunkt bildet. Die Mietskasernen wurden trotz der Gegenstimmen an der Tübinger und der Hohenzollernstraße gebaut. Oberbürgermeister Hepp bezog laut Zeitungsberichten für die Mehrfamilienhäuser Stellung: Die Menschen wären froh, wenn sie Wohnraum finden würden. Im Laufe der nächsten Monate beschloss man von städtischer Seite mehrere solcher Baumaßnahmen. Dabei wurden stets eigentlich schon beschlossene Bauvorhaben von Einfamilienhäusern zurückgestellt und im Gegenzug der Bau von großen Mehrfamilienhäusern festgelegt. In der Presse wurden diese Projekte positiv aufgenommen und begrüßt, da der Wohnraum mit einer steigenden Zahl heimkehrender Soldaten von Tag zu Tag knapper wurde.⁵⁰

Doch hatte der Bau von Mehrfamilienhäusern wegen der Länge der Bauphase auch Nachteile. Um schneller Wohnraum zu beschaffen, beschloss der Gemeinderat im Dezember 1918 Regelungen zur Zwangsenteignung von leer stehenden Wohnungen und Häusern im gesamten Stadtgebiet.⁵¹ Ausgeführt wurden diese Enteignungen von einem hierfür eingesetzten „Mietenteignungsamt“ unter Vorsitz des Gemeinderatsmitglieds und Rechtsanwalts Wilhelm Osterieder.⁵²

⁴⁹ SKZ vom 14. 11. 1918, S. 4.

⁵⁰ SKZ vom 28. 11. 1918, S. 4.

⁵¹ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 20. 11. 1918, § 983 und GEA vom 21. 11. 1918.

⁵² StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 20. 11. 1918, § 983.

Die beschlossenen Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot im Winter 1918/1919 lassen sich schlicht als Tropfen auf dem heißen Stein ansehen. Weitere Maßnahmen mussten getroffen werden. So wurden im Frühjahr 1919 acht frei gewordene Lazarettbaracken auf der Rennwiese per Beschluss des Gemeinderats zu Notwohnungen umfunktioniert. Auch hier gab es kein einstimmiges Votum, da es ähnlich wie beim Entscheid, Mietskasernen an der Tübinger und der Hohenzollernstraße zu bauen, zu Widerspruch kam. Doch der erneute Protest, wonach die Wohnungen zu teuer würden und nach kurzer Zeit ohnehin nicht mehr brauchbar wären, hatte keinen Erfolg. Auf den Beschluss des Gemeinderats hin wurden die Baracken zu Notwohnungen ausgebaut.⁵³ Gleichzeitig stellte man bereits beschlossene Bauvorhaben zurück, da es sich dabei lediglich um Einfamilienhäuser handle, die zu wenig Wohnraum schaffen würden.⁵⁴ Außerdem lehnte der Gemeinderat den Antrag von Karl Weiblen aus Betzingen ab, 10,5 Hektar Land zur Errichtung eines Milchviehbetriebs zu erwerben, da an dieser Stelle eine neue Kleinwohnungssiedlung geplant sei und schon zur Umsetzung bewilligt worden war.⁵⁵ In der Presse wurde die entschiedene Haltung des Gemeinderats mit großer Zustimmung kommentiert. Zwar spiele ein landwirtschaftlicher Betrieb für die Versorgung der Stadt eine wichtige Rolle, doch erbringe die Linderung von Wohnungsnot aktuell und kurzfristig einen größeren Nutzen, so die Kommentatoren des *General-Anzeigers* und der *Schwarzwälder Kreiszeitung*.⁵⁶

Langfristig positive Effekte ergaben sich für die Stadt aus Infrastrukturmaßnahmen. Schmale, bisher nicht befestigte Straßen wurden ausgebaut und große Teile der Stadt mit Gas- und Wasserleitungen erschlossen.⁵⁷ Konkret erweiterte man die Hermann-Kurz-Straße, die Kurrer-, Marien- und die Hohenzollernstraße auf 7,5 Meter Breite, samt einem 2,25 Meter breiten Gehweg. Darüber hinaus versah man sie mit Gas- und Wasserleitungen.⁵⁸ Das alte Gaswerk am städtischen Bauhof wurde auf Entschluss des Rats abgerissen und durch ein neues ersetzt. Es wurden die Wald- und Feldwege instand gesetzt und eine Verbindung von der Hermann-Kurz-Straße zur Hohenzollernstraße gebaut.⁵⁹

Voraussetzung für all das waren ausreichend verfügbare Arbeiter. Wie oben bereits bemerkt, stieg in Reutlingen die Nachfrage nach Volksküchen im Winter 1918/1919 merklich an. Der Hauptgrund hierfür war die steigende Arbeitslosigkeit in der Stadt. Damit die betroffenen Personen trotzdem einer Arbeit

⁵³ GEA vom 20. 2. 1919, S. 4.

⁵⁴ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 19. Februar 1919, § 244.

⁵⁵ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 19. Februar 1919, § 220.

⁵⁶ GEA vom 20. 2. 1919, S. 4; SKZ vom 20. 2. 1919, S. 3.

⁵⁷ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 19. 2. 1919, § 231.

⁵⁸ GEA vom 20. 2. 1919, S. 4.

⁵⁹ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 13.11., § 966.

nachgingen und etwas Lohn mit nach Hause brachten, setzte der Gemeinderat am 13. November 1918 eine Kommission ein, welche die Notstandsarbeiten koordinieren, die Arbeiter anwerben und diese anschließend auszahlen sollte.⁶⁰ In dieser Kommission saßen unter dem persönlichen Vorsitz von Oberbürgermeister Hepp Mitglieder des Gemeinderats und des Bürgerausschusses sowie Arbeitnehmervertreter. Der Kommission ging über den Winter 1918/1919 die Arbeit nicht aus. Besonders für den Februar lassen sich durch die Auswertung der Gemeinderatsprotokolle mehrere Notstandsarbeiten⁶¹ nachweisen. Es handelte sich meist um Tiefbauarbeiten wie Straßenbau- und Kanalisierungsarbeiten wie zum Beispiel die Verbreiterung der Haagstraße, des Steinenbergwegs und der Alexanderstraße.⁶² Auch der Ausbau der Bahnhofstraße und der Bismarckstraße, ferner die Verlegung von Gas- und Wasserleitungen in die neuen Straßenzüge wurden beschlossen.⁶³ Vielfach konnte man auf Pläne für die Erweiterung und Erneuerung des Straßennetzes vor 1914 zurückgreifen, sie lagen bereits in den Schubladen des Tiefbauamtes.⁶⁴ Der Krieg hatte die Umsetzung dieser Maßnahmen zunächst unmöglich gemacht, nun war es plötzlich nicht nur möglich, die Pläne zu verwirklichen, sogar oft auch notwendig, da dringend kommunale Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen her mussten. Da es viel Arbeit gab und die Arbeiter die Baumaßnahmen zügig ausführten, wurde ihnen zu Beginn des Jahres 1919, am 3. Januar, der Lohn um 10 Pfennig pro Stunde erhöht.⁶⁵ Diese Erhöhung war den Arbeitern allerdings nicht genug, weshalb sie am 4. Januar gesammelt vor das Rathaus zogen, um dort lautstark ihre Lohnforderungen kundzutun. Im Protokoll der Gemeinderatsitzung des 10. Januar 1919 wurde hierzu vermerkt, dass dieser Zug „übrigens in durchaus geordneter Weise“⁶⁶ vor das Rathaus trat. Auf Vermittlung des Demobilisierungsausschusses unter Vorsitz des Bürgerausschussmitglieds Emil Roth handelte man einen Kompromiss aus, wonach die 18- bis 20-jährigen Notstandsarbeiter 80 Pfennig pro Stunde und die über 20-jährigen eine Mark pro Stunde erhalten sollten, beides rückwirkend zum 1. Januar 1919.⁶⁷ Die Proteste der Arbeiter und die Anhebung der Löhne kön-

⁶⁰ GEA vom 14. 11. 1918, S. 2.

⁶¹ Bei Notstandsarbeiten handelte es sich vorrangig um kommunale oder städtische Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, um damit arbeitslose Jugendliche und Veteranen in die Gesellschaft einzugliedern. Das Ausführen dieser Arbeiten war meist an die Bedingung geknüpft, soziale Hilfsleistungen von der Stadt oder dem Staat zu erhalten. Die dabei entstehenden Kosten wurden größtenteils vom Staat und vom Land getragen und nur ein kleiner Teil der Kosten musste von den Kommunen selbst aufgebracht werden.

⁶² StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 19. 2. 1919, § 232.

⁶³ Ebd., § 233.

⁶⁴ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 19. 2. 1919, §§ 231–237.

⁶⁵ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 10. 1. 1919, § 42.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Ebd.

nen auch in direktem Zusammenhang mit der beginnenden Preissteigerung stehen.

Fazit

Die vorliegenden Seiten haben gezeigt, wie der Reutlinger Gemeinderat im Übergang vom Kaiserreich zur frühen Weimarer Republik in hohem Maße von Kontinuität geprägt war. Die zur Anwendung gebrachten Indikatoren – *direkte Kontinuität*, *tradierte Kontinuität* und *soziale Kontinuität* – haben gezeigt, auf welche Weise sich diese Kontinuität manifestierte. Aus den gewonnenen Ergebnissen lässt sich der Schluss ziehen, dass die deutsche Revolution 1918 in Reutlingen nur bedingten Einfluss auf die Ordnung der Stadt hatte. Zehn ehemalige Mitglieder des Gemeinderats und fünf des Bürgerausschusses erhielten auch nach der Neuwahl des Rats 1919 ein Mandat.

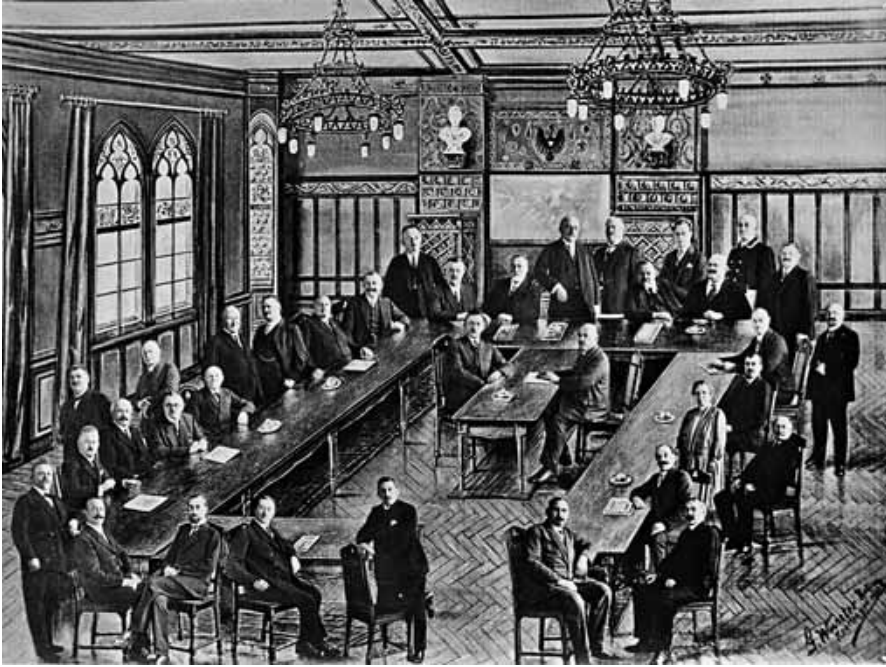
Neben Kontinuität und Bruch in der Zusammensetzung des Gemeinderats wurde auch die Arbeit des Gemeinderats im Nachklang der Revolution 1918 untersucht. Hierbei ließen sich drei Betätigungsfelder herausarbeiten: Beim Thema Armenfürsorge sind die Öffnung der Volksküchen für jedermann und die Einrichtung zweier weiterer Küchen zur Versorgung der Stadtbevölkerung anzuführen. Darüber hinaus setzte der Rat eine Kommission zur Verteilung der Lebensmittel ein, um die Not der Menschen zu lindern. Dabei zeigte sich, dass die Maßnahmen vornehmlich der armen Bevölkerung, ehemaligen Soldaten und deren Angehörigen zugutekamen.

Das zweite Betätigungsfeld des Gemeinderats bestand im Wohnungsbau. Neben großen Mietshäusern, die vom Gemeinderat bewilligte und in Auftrag gegeben wurden, gab es das neu gegründete „Mietenteignungsamt“, welches unter dem Vorsitz von Gemeinderat Wilhelm Osterieder leer stehenden Wohnraum enteignen und an Bedürftige vermitteln sollte.

Die Bauprojekte waren nicht unumstritten und so wurde auch der Ausbau ehemaliger Lazarettbaracken zum Streitthema im Gemeinderat. Mit Blick auf die akute Not entschied sich der Gemeinderat jedoch stets für den Bau großer Mietshäuser und den Ausbau ehemaliger Militäranlagen zu Wohnungen. Diese auf kurzfristig wirkende Effekte ausgelegte, bedarfsorientierte Politik wurde von der Bevölkerung überwiegend dankbar angenommen.

Kriegsbedingt aufgeschobene Pläne zur Erweiterung und Verbesserung der Infrastruktur der Stadt konnten nun in Angriff genommen werden. Mehrere Straßenzüge wurden erneuert, verbreitert und mit Gas- und Wasserleitungen versehen. Dieses dritte Betätigungsfeld des Gemeinderats beruhte vor allem auf umfassenden Notstandsarbeiten.

Durch das bedarfsorientierte und auf Kurzfristiges reagierende Handeln des Gemeinderats der Stadt kam es in Reutlingen über den Moment der Revolution von 1918 hinaus zu Kontinuität in der Zusammensetzung des Gemein-



Gruppenbild mit Frau: Der Reutlinger Gemeinderat, noch unter Vorsitz von Emil Hepp, im Sitzungssaal des Rathauses 1929. Fotomontage von Gotthold Wurster.

derats. Die drei vorgestellten Betätigungsfelder trugen maßgeblich zu dieser Kontinuitätsstiftung bei. Damit wurde durchaus „neues Leben aus den Ruinen des Alten“ erschaffen, wie Oberbürgermeister Hepp in seiner Eröffnungsrede am 12. Juni 1919 sagte.

Weiterer Forschungsbedarf besteht bei der Frage, inwiefern die Kontinuität über das Jahr 1919 hinausgeht. Wann kam die Stadt Reutlingen nach der Revolution zur Ruhe und zu welcher Zeit war die Not der Bevölkerung wirklich überwunden? Darüber hinaus ließe sich untersuchen, inwiefern sich die Frau als Bürgerin mit aktivem und passivem Wahlrecht in den lokalen politischen Diskurs eingeschaltet hat und diesen mitgestalten konnte? Laura Schradin und Elisabeth Zundel, zwei prominente Frauenrechtlerinnen des frühen 20. Jahrhunderts, die in den Reutlinger Gemeinderat gewählt wurden, könnten für eine nähere Beschäftigung als Exempel dienen.

Anhang

Die Mitglieder Gemeinderats 1913 und 1919

Abkürzungen

DDP = Deutsche Demokratische Partei

F.V. = Fortschrittlicher Volksverein

JLV = Jungliberaler Verein

NLP = Nationalliberale Partei

sen. = senior

SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands

USPD = Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

WBP = Württembergische Bürgerpartei

Tabelle 1: Gemeinderatsangehörige 1913

	Name, Vorname	Partei	Spezifizierung	Stimmen
1	Kurz, Jakob	SPD	MdL	
2	Benz, Karl		Lottereeinnehmer	
3	Ganz, Matthias		Bauunternehmer	
4	Röcker, Konrad		Bauwerkmeister	
5	Wandel, Otto	SPD	Krankenkassenbeamter	
6	Schaal, Ernst		Privatier	
7	Schön, Paul		Privatier	
8	Schofer, Karl		Gastwirt	
9	Plaue, Adolf		Former	
10	Grözinger			
11	Fischer			
12	Kurr, Fritz		Notar	
13	Wolpert, Martin (Sebastians Sohn)	F.V.	Landwirt in Betzingen ⁶⁸	1218

⁶⁸ Laut AR vom 13. 12. 1913 wurde Martin Wolpert für vier Jahre als Ersatz für den verstorbenen Gemeinderat Kehrler in Betzingen in den Gemeinderat gewählt.

	Name, Vorname	Partei	Spezifizierung	Stimmen
14	Groß, Gustav	F.V.	Fabrikant ⁶⁹	2611
15	Eisenlohr, Johannes	F.V.	Feuerlöschinspektor	2587
16	Fuchs, Gustav Adolf	SPD	Gastwirt	2059
17	Sauer, Georg	F.V.	Zimmermeister, Betzungen	1942
18	Walz, Fritz	F.V.	Weingärtner	1903
19	Benz, Gottlob (Konrads Sohn)	SPD	Weingärtner	1282
20	Blessing	NLP/JLV	Fabrikant	1212

Der Inhalt dieser Tabelle basiert auf dem Adressbuch für Reutlingen mit dem Vorort Betzingen von 1913 sowie auf Beilagen zur jährlichen Rechnungslegung. Das „Verzeichnis der Taggelds-Ansprüche der Gemeinderats-Mitglieder vom 1. Janr. bis 31. März 1914“⁷⁰ weist alle Personen auf, welche nach der Gemeinderatswahl im Dezember 1913 Mitglied des Rats waren. Bei dieser Gemeinderatswahl handelte es um eine Ergänzungswahl. Zu vergeben waren hierbei acht Gemeinderatssitze, sieben davon wurden auf sechs Jahre vergeben, einer nur auf vier Jahre. Diese acht Mitglieder konnten mit genauem Stimmanteil kommentiert werden.

Tabelle 2: Gemeinderatsangehörige 1919

1) Auf sechs Jahre gewählt (bis Ende 1925)

	Name, Vorname	Partei	Spezifizierung	Stimmen
1	Eisenlohr, Johannes	DDP	seither Gemeinderat	11.786
2	Groß, Gustav	DDP	sen., Fabrikant, seither Gemeinderat	10.903
3	Fritz, Georg	DDP	Weingärtner, seither Bürgerausschussmitglied	8785
4	Roth, Emil	DDP	Fabrikant, seither Bürgerausschuss-Obmann	8355

⁶⁹ Die Gemeinderatsmitglieder Groß, Eisenlohr, Fuchs, Sauer, Walz, Benz und Blessing wurden für sechs Jahre in den Gemeinderat gewählt. Die Spezifizierungen zu ihrer Person und die Stimmenanzahl wurde dem AR vom 13. 12. 1913 entnommen.

⁷⁰ StadtA Rt., Beilage zur Stadtpflegerechnung 1913, Nr. 1175.

	Name, Vorname	Partei	Spezifizierung	Stimmen
5	Kurr, Fritz	DDP	Notar, seither Gemeinderat	7946
6	Osterieder, Wilhelm	DDP	Rechtsanwalt	7033
7	Quenzer, Christian	DDP	Bankier, seither Bürgerausschussmitglied	7004
8	Kurz, Jakob	SPD	Landtagsabgeordneter u. seither Gemeinderat	6920
9	Sauer, Georg	DDP	Zimmermeister, seither Gemeinderat, Betzingen	6226
10	Wandel, Otto	SPD	Bureaubeamter, seither Gemeinderat	6097
11	Weit, Eugen	SPD	Hauptlehrer	6035
12	Zundel, Elisabeth	SPD	Hauptlehrerin	5157
13	Benz, Gottlob	SPD	Weingärtner, seither Gemeinderat	5009
14	Wendler, Ernst	WBP	Dr. jur., Fabrikant	3102
15	Müller, Paul	USPD	Buchdrucker	2810

2) Auf drei Jahre gewählt (bis Ende 1922)

	Name, Vorname	Partei	Spezifizierung	Stimmen
16	Röcker, Konrad	DDP	Bauwerkmeister, seither Gemeinderat	6180
17	Rüdinger, Emil	DDP	Güterverwalter	5766
18	Fiechtner, Christian	DDP	Mittelschullehrer	5628
19	Freytag, Hans	DDP	Redakteur, seither Bürgerausschussmitglied	5603
20	Schneider, Fritz	DDP	Schuhmacherobermeister	5387
21	Wolpert, Martin	DDP	Bauer, seither Gemeinderat Betzingen	5261
22	Zech, Wilhelm	DDP	Bäckerobermeister	5062

	Name, Vorname	Partei	Spezifizierung	Stimmen
23	Schradin, Laura	SPD	Hausfrau	4736
24	Stein, Georg	SPD	Geschäftsführer, seither Bürger- ausschussmitglied	4506
25	Schofer, Karl	SPD	Gastwirt, seither Gemeinderat	4519
26	Rothermel, Hugo	SPD	Lagerhalter, Betzingen	3957
27	Ruff, Albert	SPD	Geschäftsführer	3592
28	Fleck, Fritz	USPD	Mechaniker	2793
29	Tochtermann, Gottlob	WBP	Schreinermeister	2138
30	Riedlinger, Josef	Zentrum	Werkmeister	2128

Feiern zum Schutz der Republik. Die Begehung des Verfassungstages am 11. August in Reutlingen

Miriam Adler

„Wir haben seither gelernt, daß die Welt nicht durch Vernunft geführt wird, sondern durch Kinkerlitzchen, oder weniger salopp gesagt, daß jede Politik der Symbole und der Phantasie bedarf“, schreibt Gustav Radbruch, ehemaliger Reichsjustizminister der Weimarer Republik, in seinen unter dem Eindruck der NS-Zeit verfassten Memoiren.¹ Dieser Meinung, wonach die Anziehungskraft des Nationalsozialismus unter anderem darin bestand, dass durch emotional aufgeladene Symbolik und Massenveranstaltungen Gemeinschaftsgefühle geweckt wurden, die in der Weimarer Republik vernachlässigt worden waren, schlossen sich auch die Historiker lange Zeit an.² Inzwischen wird aber zunehmend infrage gestellt, ob in der Weimarer Republik tatsächlich ein solcher Mangel an sinn- und einheitsstiftenden Ritualen und Symbolen herrschte wie bislang angenommen.³ Allein die Einführung des Amtes des Reichskunstwarts zeigt, dass man sich der Wichtigkeit nationaler Symbolik durchaus bewusst war. Die Aufgabe des Reichskunstwarts war „die künstlerische Formgebung des Reichs“, also die Schaffung eines Symbolhaushalts der Republik, der vom Design der Flagge und des Reichsadlers bis zur Organisation von Festen und Staatsbegräbnissen reichte.⁴

Gerade bei Verfassungen können Feiern eine wichtige Rolle für die Entfaltung einer integrativen Wirkung spielen. Denn Verfassungsfeiern – genauso wie andere Vorgänge, die Verfassungen erlebbar machen – stellen die symbolische Repräsentation der Leitideen ebendieser Verfassungen dar.⁵ Die Verfassungsfeiern in der Weimarer Republik waren Teil des Versuchs, die

¹ Gustav Radbruch: *Der innere Weg. Aufriß meines Lebens*, Stuttgart 1951, hier: S. 177.

² So bspw. Hagen Schulze: *Weimar: Deutschland 1917–1933*, Berlin 1982, hier: S. 424.

³ Vgl. Benjamin Ziemann: *Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924–1933*, Bonn 2011, hier: S. 8.

⁴ Christian Welzbacher: „Die künstlerische Formgebung des Reichs“. Der Reichskunstwart und die Kulturpolitik in der Weimarer Republik 1918–1933, in: Ders. (Hrsg.): *Der Reichskunstwart. Kulturpolitik und Staatsinszenierung in der Weimarer Republik 1918–1933*, Weimar 2010, S. 11–58, hier: S. 13–17.

⁵ Vgl. Hans Vorländer: *Integration durch Verfassung? Die symbolische Bedeutung der Verfassung im politischen Integrationsprozess*, in: Ders. (Hrsg.): *Integration durch Verfassung*. Wiesbaden 2002, S. 9–40, hier: S. 20.

„demokratische Gemeinschaft sichtbar und erfahrbar zu machen“.⁶ Das konnte aber vor dem Hintergrund der zerrissenen politischen Kultur dieser Zeit durchaus zu Schwierigkeiten führen. Beinahe die gesamte staatliche Symbolik der Weimarer Republik wurde zum politischen und öffentlichen Streitthema.⁷

In dieser Arbeit soll der Frage nachgegangen werden, auf welche Weise der Verfassungstag auf lokaler Ebene begangen wurde. Reutlingen galt als Hochburg der Demokratie – 1919 vertraten 27 der insgesamt 30 Gemeinderatsmitglieder die demokratischen Parteien DDP und SPD/USPD⁸ – und bietet sich gerade deswegen als Beispiel an. Denn trotz der, wenn auch kleiner werdenden, demokratischen Mehrheit, die erst mit der Wahl des Jahres 1933 verloren ging, kam es auch in Reutlingen zu Konflikten über die nationale Symbolik. So wurde 1928 im Gemeinderat darüber diskutiert, dass in Reutlingen nach wie vor verschiedentlich mit der schwarz-rot-weißen Fahne des Kaiserreichs geflaggt wurde.⁹ Und zwei Jahre zuvor hatte die Teilnahme des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bei der Einweihung eines Denkmals zu Ehren der im Ersten Weltkrieg gefallenen Reutlinger Bürger für öffentliche Diskussionen gesorgt.¹⁰ Bei der Untersuchung, wie in Reutlingen der Verfassungstag begangen wurde und ob es dabei zu ähnlichen Konflikten kam, ist es zunächst notwendig, die Situation im Reich und vor allem in Württemberg näher zu betrachten. Erst in einem zweiten Schritt soll dann anhand der Protokolle des Gemeinderats und verschiedener Reutlinger Zeitungen auf die Organisation und den Ablauf der Reutlinger Feiern im Besonderen eingegangen werden. In einem dritten Schritt werden schließlich die an diesen Tagen gehaltenen Festreden analysiert, um eventuelle gemeinsame Themen und Bezugspunkte feststellen zu können.

⁶ Nadine Rossol: Repräsentationskultur und Verfassungsfeiern der Weimarer Republik, in: Detlef Lehnert (Hrsg.): *Demokratiekultur in Europa. Politische Repräsentation im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln/Weimar/Wien 2011, S. 261–279, hier: S. 271.

⁷ Ebd.

⁸ Vgl. Wolfgang Jung: *Kriege, Brüche, Krisen – Wiederaufstieg. Reutlingen im 20. und 21. Jahrhundert*, in: Wilhelm Borth u. a. (Hrsg.): *Reutlingen: Vergangenheit trifft Zukunft. Von der Reichsstadtherrlichkeit zur selbstbewussten Großstadt*. Reutlingen 2013, S. 173–241, hier: S. 177.

⁹ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 9. 8. 1928, § 869.

¹⁰ Vgl. Wolfgang Jung: *Die Polemik um die Einweihung des Reutlinger Kriegerdenkmals von 1926. Eine lokalgeschichtliche Fallstudie zur politischen Kultur der Weimarer Republik*, in: *Beiträge zur Geschichte Reutlingens und der Region. Festschrift für Dr. Heinz Alfred Gemeinhardt*, Reutlingen 2012, S. 92–109.

Tag der Verfassung – Tag der Nation?

Nachdem der erste Geburtstag der Verfassung der Weimarer Republik am 11. August 1920 ohne besonderes Gedenken vorübergegangen war, regte Ministerialdirektor Arnold Brecht für das zweite Verfassungsjubiläum im Jahr 1921 die Abhaltung einer behördlichen Feier an. Seiner Meinung nach war es an der Zeit, dass die junge Republik, die sich bisher „nur im Arbeitsrock“ gezeigt habe, sich in einer angemessenen und repräsentativen Form feierte.¹¹ Brechts Vorschlag traf auf Zustimmung und Reichskunstwart Dr. Edwin Redslob wurde beauftragt, die in der Berliner Oper stattfindende Veranstaltung zu planen. Um dem schwelenden Streit um die Nationalfarben keinen weiteren Zündstoff zu liefern, wurde bei der Veranstaltung auf Flaggenschmuck verzichtet. Einzige Dekoration bildete ein großer Reichsadler im hinteren Teil der Bühne, der als nationales Symbol weniger kontrovers war. Der goldene Adler mit roten Krallen auf schwarzen Grund zeigte die Reichsfarben so auf eine weniger dominante Weise, als es Flaggen getan hätten.¹² Als musikalische Einführung wurde die Ouvertüre von Webers „Freischütz“ gewählt, da eine „rauschende Festouvertüre“ unangemessen schien.¹³ Die Suche nach einem geeigneten Festredner gestaltete sich schwierig, sodass letztendlich Reichskanzler Joseph Wirth die Rede hielt. Die Feier endete mit dem Abschreiten einer Ehrenkompanie durch Reichspräsident Ebert. Brecht zufolge war die Stimmung auf der Verfassungsfeier zwar „kühl und reserviert“, die Veranstaltung an sich aber „sehr würdig“.¹⁴

Am Ablauf dieser ersten Feier orientierten sich alle bis 1932 folgenden Verfassungsfeiern, die ab 1922 im Reichstag stattfanden. Die Feiern zum Verfassungstag etablierten sich im Laufe der Jahre als ein fester Termin, dessen Tradition auch die späteren deutsch-nationalen Regierungen achteten.¹⁵ Im Sommer 1922 wurde nach der Ermordung von Reichsaußenminister Walther Rathenau die Notwendigkeit deutlich, die Republik fester im Volk zu verwurzeln. Durch ein rein rational-argumentatives Vorgehen konnte kein staatliches Gemeinschaftsbewusstsein geschaffen werden. Dazu benötigte man zusätzlich emotionale und symbolische Bezugspunkte wie gemeinsame republikanische Traditionen. Aus diesem Grund stellten die Koalitionsparteien einen Antrag, den 11. August als Nationalfeiertag der Weimarer Republik festzu-

¹¹ Arnold Brecht: Die ersten Verfassungsfeiern, in: *Der Heimatdienst*, Nr. 15 (1929), S. 274–275, hier: S. 274.

¹² Vgl. Manuela Achilles: *With a Passion for Reason: Celebrating the Constitution in Weimar Germany*, in: *Central European History*, Bd. 43, Nr. 4 (2010), S. 666–689, hier: S. 673.

¹³ A. Brecht (wie Anm. 11), S. 274.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Vgl. Hans-Andreas Kroiß: *22 Reden und Aufsätze zum Verfassungstag (11. August) der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Erforschung der politischen Kultur der Zeit*, Würzburg 1985, hier: S. 131.

Der Tag der Republik

Berlin, 11. August

Der Reichstag hat am 11. August 1928 mit einer großen, aber ruhigen, aber lebhaften Mehrheit von 400, 128 für die Reichsverfassung die Reichsverfassung angenommen. Dieser Beschluss hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde. Der Reichstag hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Berlin und Reichstag haben ganz im Zeichen des Tages.

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Reichsregierung im Reichstag

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Die Landtage des Reichskanzlers

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Die Volkstage in Berlin

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.



Die Feier im Reichstag

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Festreden

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Berliner Feiertagsbill

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Die Reichsbannerfeier in Frankfurt

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Festakt der Reichsbanner in der Paulskirche

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Die Verfassungsfeier in Weid

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Verfassungsfeier im Ausland

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Die deutsche Delegation des Bräuterei Kongresses

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Die Reichsregierung hat die Reichsverfassung zum ersten Mal wieder mit einer Mehrheit angenommen, die seit dem 18. März 1920 nicht mehr erreicht wurde.

Der Verfassungstag als „Tag der Republik“ 1928. Die sozialdemokratische Reutlinger Freie Presse geht auf die Ereignisse in Berlin und weiteren großen Städten des Reichs ein. Ausgabe vom 13. 8. 1928.

legen.¹⁶ Die Verabschiedung des Antrags vor der Sommerpause gelang jedoch aufgrund eines Gegenantrags der nach wie vor monarchisch gesinnten DVP nicht. Diese schlug den 18. Januar, also den Tag der Reichsgründung 1871, als Nationalfeiertag vor. Teile der SPD und die KPD sprachen sich dagegen für den 1. Mai oder auch für den 9. November als Tag der Revolution aus. Das Zentrum wiederum nahm eine schwankende Haltung zwischen dem Tag der Verfassung und dem Tag der Kaiserproklamation ein.¹⁷

Zum dritten Jubiläum der Verfassung 1922 musste aufgrund der nach wie vor fehlenden Entscheidung für einen gesetzlichen Feiertag erneut auf die Veranstaltung einer behördlichen Feier zurückgegriffen werden. Reichsinnenminister Adolf Köster rief die Länder dazu auf, den Verfassungstag ebenfalls zu begehen. Die Behörden sollten in den Reichsfarben flaggen und den Beamten, Angestellten und Arbeitern war auf Wunsch Urlaub zu gewähren. Sofern keine Sommerferien waren, sollte auch in den Schulen eine entsprechende Feier stattfinden und den Schülern anschließend schulfrei gewährt werden.¹⁸ Kösters Nachfolger Rudolf Oeser bemühte sich ebenfalls um die gesetzliche Verankerung des 11. August als nationalen Feiertag. Der Antrag des Jahres 1923 wurde vom Reichsrat am 20. 4. 1923 verabschiedet, verlor sich aber dann in den Ausschüssen des Reichstags.¹⁹ In den folgenden Jahren wurden immer wieder aufs Neue Anträge zur Einführung des Verfassungstags als Nationalfeiertag gestellt, die jedoch allesamt entweder im Reichsrat oder im Reichstag scheiterten. Für Gerhard Jasper sind die Widerstände gegen die Vorbereitungen der Verfassungsfeierlichkeiten und die gesetzliche Grundlage des Feiertags, die keinesfalls nur von den Oppositionsparteien kamen, ein klares Zeichen dafür, dass in der Politik „die Notwendigkeit des konstruktiven Republiksschutzes keineswegs allgemein anerkannt war“.²⁰

Bis einschließlich 1932 wurden jedes Jahr behördliche Feiern veranstaltet, deren Ausmaß beständig wuchs. In Berlin organisierte das Reichsinnenministerium gemeinsam mit der Berliner Stadtverwaltung, den preußischen Schulbehörden und den demokratischen Parteien Festumzüge, Sportwettkämpfe und Konzerte zum Verfassungstag.²¹ Ziel dieser volksfestartigen Gestaltung des Tages war es einerseits, eine möglichst breite Masse anzusprechen und dadurch die Weimarer Republik als Volksstaat hervorzuheben.²² Andererseits sollte die Teilnahme an den Feiern die aktive Teilhabe der Bevölkerung am

¹⁶ Vgl. Gotthard Jasper: *Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930*, Tübingen 1963, hier: S. 227 f.

¹⁷ Vgl. Peter Hoeres: *Die Kultur von Weimar. Durchbruch der Moderne*, Berlin-Brandenburg 2008, hier: S. 15.

¹⁸ Vgl. G. Jasper (wie Anm. 16), S. 299.

¹⁹ Vgl. H.-A. Kroiß (wie Anm. 15), S. 119.

²⁰ G. Jasper (wie Anm. 16), S. 234.

²¹ Vgl. N. Rossol (wie Anm. 6), S. 263.

²² Vgl. ebd., S. 279.

politischen Prozess symbolisieren.²³ Das Öffnen der Türen des Reichstags nach dem offiziellen Festakt und das Hinaustreten auf die Treppe zu der auf dem Königsplatz (heute: Platz der Republik) versammelten Menge war von Reichskunstwart Redslob bewusst inszeniert, um die Regierungsfeier – und damit die Regierung – mit dem Volk zu verbinden.²⁴ Fraglich ist, inwieweit solche symbolischen Botschaften verstanden wurden und auf der beabsichtigten emotionalen Basis wirksam waren für eine Bindung der Bevölkerung an die Republik.

Die Feierlichkeiten und insbesondere die Sportwettkämpfe waren jedes Jahr sehr gut besucht. Ob diese aber einen Bezug zur Verfassung darstellten, wurde unter anderem von Carlo Mierendorff (SPD) bezweifelt. Seiner Meinung nach spielte der Staatsgedanke bei diesen Veranstaltungen eine untergeordnete Rolle.²⁵ Auch die in Reutlingen erscheinende konservative Schwarzwälder Kreiszeitung äußerte sich kritisch zu dem „sehr unfestlichen Rummel“ in Berlin, der schlicht „geschmacklos“ sei.²⁶ Man schütze die Republik vor „dem Hohn der Lächerlichkeit“, wenn man eine solche Veranstaltung ablehne.²⁷

Wie der Verfassungstag in den Ländern des Reichs begangen wurde, hing von den jeweiligen Landesregierungen ab. Im Reichsrat sprachen sich traditionell Bayern und Württemberg gegen eine Festlegung des 11. August als Nationalfeiertag aus. Preußen, Hessen und Baden dagegen waren Fürsprecher einer gesetzlichen Regelung. Dieser Linie folgend führten Baden und Hessen den Verfassungstag 1923 bzw. 1929 auf Landesebene als Feiertag ein.²⁸ Durch diese verschiedenen Positionen der Landesregierungen unterschieden sich auch die Erfahrungen der Bevölkerungen der einzelnen Länder trotz der jährlichen Aufrufe des Innenministeriums zur Abhaltung von Feiern erheblich.

In Württemberg war man 1922 und 1923 den Empfehlungen der Reichsregierung gefolgt und hatte nicht nur in der Landeshauptstadt Stuttgart, sondern in allen größeren Städten Feiern abgehalten. Obwohl der württembergische Staatspräsident Johannes von Hieber 1921 kurzfristig und unter fadenscheinigen Gründen seine Teilnahme als Festredner an der ersten Verfassungsfeier in Berlin abgesagt hatte, unterstützte er die württembergischen Feiern.²⁹ Er bedauerte sogar, dass es wegen der Sommerferien unmöglich war,

²³ Vgl. ebd., S. 275.

²⁴ Vgl. Bernd Buchner: Um nationale und republikanische Identität. Die deutsche Sozialdemokratie und der Kampf um die politischen Symbole in der Weimarer Republik, Bonn 2001, hier: S. 333.

²⁵ Vgl. N. Rossol (wie Anm. 6), S. 278.

²⁶ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 4. 8. 1928 (Nr. 181), S. 1.

²⁷ Ebd.

²⁸ Vgl. H.-A. Kroiß (wie Anm. 15), S. 128.

²⁹ Hieber hatte nach seiner anfänglichen Zusage einen Brief an Reichskanzler Wirth geschrieben, in dem er das Schreiben einer Festrede für den Verfassungstag aufgrund der politischen

die Schulen mit in die Feiern einzubeziehen.³⁰ Die Haltung der Landesregierung änderte sich mit den Landtagswahlen von 1924, als der deutschnationale Wilhelm Bazille neuer württembergischer Staatspräsident wurde. Während Bazilles Regierungszeit wurden in Württemberg keine Regierungsfeiern mehr abgehalten. Dies musste aber nicht bedeuten, dass in Stuttgart und anderen württembergischen Städten keinerlei Feiern zum Verfassungstag stattfanden. Lediglich offizielle Regierungsfeiern blieben aus und man beschränkte sich auf Anordnungen, die Dienstgebäude in den Landes- und Reichsfarben zu beflaggen.³¹ Begründet wurde dieses Vorgehen auf zweierlei Weise: Die SPD erhielt auf eine Anfrage im Landtag die Antwort, dass die württembergische Bevölkerung nicht an einer solchen Feier interessiert sei, was mit der angeblich geringen Teilnehmerzahl der vorangegangenen Veranstaltungen begründet wurde. 1926 verkündete Staatsminister Bazille außerdem, dass die Beteiligung der DNVP an Veranstaltungen der Linksparteien, wie es die Verfassungsfeiern seien, ausgeschlossen sei.³² Nachdem 1928 der Zentrumspolitiker Eugen Bolz Bazilles Nachfolger wurde, fanden ab 1929 am Verfassungstag in Stuttgart wieder Regierungsfeiern statt. Auch den Oberämtern wurde empfohlen, ihrerseits Feiern zu organisieren, verbindlich angeordnet wurde dies aber nicht. Bereits in den Jahren zuvor hatte sich Bolz zusammen mit seinem Parteifreund Josef Beyerle für das Abhalten von Regierungsfeiern eingesetzt, konnte sich aber gegen Bazille nicht durchsetzen. So waren Württemberg und Bayern in den mittleren Jahren der Republik die einzigen Länder, in denen keine offiziellen Feiern der Regierung zum Verfassungstag stattfanden.³³

Der 11. August in Reutlingen: Organisation und Ablauf

Nachdem im vorherigen Kapitel die Versuche einer gesetzlichen Verankerung des Verfassungstags als nationalem Feiertag im Reich und die Haltung Württembergs thematisiert wurden, soll nun auf Reutlingen als konkretes Beispiel eingegangen werden. Anhand von Reutlingen wird geprüft, ob und wie sich die jährliche Abhaltung von amtlichen Feiern anlässlich des Verfassungstags über die Zeit etablierte und zu einem festen Bestandteil des jährlichen Veranstaltungskalenders wurde. Außerdem soll der Frage nachgegangen werden,

Lage als Qual bezeichnete. Wirth antwortete, dass Hieber als Festredner unverzichtbar sei. Einige Tage später sagte Hieber wegen einer Fiebererkrankung seine Teilnahme an der Feier ab. Hierzu und zur Suche nach weiteren Festrednern für die Feier von 1921 vgl. M. Achilles (wie Anm. 12), S. 674 f.

³⁰ Vgl. G. Jasper (wie Anm. 16), S. 235.

³¹ Vgl. H.-A. Kroiß (wie Anm. 15), S. 127 f.

³² Vgl. G. Jasper (wie Anm. 16), S. 235 f.

³³ Vgl. H.-A. Kroiß (wie Anm. 15), S. 128.



Eingang der ‚Bundeshalle‘ in der Kaiserstraße, um 1925. Mangels einer Festhalle war die 1921 durch die Stadt erworbene Bundeshalle mit ihrem geräumigen Saal der wichtigste Veranstaltungsort während der Weimarer Jahre. Auch die Verfassungsfeiern wurden hier begangen.

ob die oben geschilderte ablehnende Haltung der Landesregierung unter Staatsminister Bazille aufgrund des geringen Interesses der Bevölkerung gerechtfertigt erscheint oder lediglich die Parteimeinung widerspiegelt.

Am 2. August 1922 gab das württembergische Staatsministerium bekannt, dass der 11. August als Tag der Verfassung „wie überall im Reiche [...] auch in Württemberg seiner Bedeutung entsprechend amtlich gefeiert werden“ sollte.³⁴ Die Vorbereitungen zur Reutlinger Verfassungsfeier kamen in Gang und am 8. August verkündete der Reutlinger General-Anzeiger, man habe einen Festredner – Stadtpfarrer Dr. Esenwein aus Stuttgart – gefunden.³⁵ Wer sich in Reutlingen um die Planung dieser ersten Verfassungsfeier kümmerte, ist nicht bekannt. Vor den Reutlinger Gemeinderat kam die Angelegenheit erst am 10. August – am Vortag der geplanten Feier. Nachträglich stimmte der Gemeinderat der Übernahme der Kosten der Feier zu.³⁶ Mit Anzeigen in

³⁴ Reutlinger General-Anzeiger vom 3. 8. 1922 (Nr. 179), S. 2.

³⁵ Reutlinger General-Anzeiger vom 8. 8. 1922 (Nr. 183), S. 3.

³⁶ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 10. 8. 1922, § 874.

verschiedenen Zeitungen wurden diejenigen Reutlinger, „die sich auf den Boden der Verfassung stellen, ohne Unterschied der Partei“ zur städtischen Verfassungsfeier in der Gaststätte ‚Bundeshalle‘ in der Kaiserstraße eingeladen.³⁷ Der Einladung wurde Folge geleistet und der Saal – damals der größte der Stadt – war voll besetzt, wie die Schwarzwälder Kreiszeitung meldete.³⁸ Besonders erfreulich war für den Reutlinger General-Anzeiger neben dem Erscheinen vieler prominenter Reutlinger auch die Teilnahme einer großen Anzahl Frauen.³⁹

Nach einer musikalischen Eröffnung der Veranstaltung durch die Stadtkapelle unter der Leitung von Musikdirektor Schäfer hielt Oberbürgermeister Hepp die Begrüßungsansprache. Anschließend, nach einem weiteren Musikstück, ergriff der Festredner, Stadtpfarrer Esenwein, das Wort und hielt eine dreiviertelstündige Rede, in der er den Charakter der Weimarer Verfassung erklärte. Seine Ausführungen, die „einen tiefen Eindruck in den Herzen der Zuhörer“ hinterließen,⁴⁰ endeten mit einem Hochruf auf „unser liebes deutsches Volk und Vaterland“.⁴¹ Oberbürgermeister Hepp dankte dem Redner und gemeinsam wurden die patriotischen Lieder „Ich hab mich ergeben“ und „In der Heimat ist es schön“ gesungen. Die Stadtkapelle spielte weitere Stücke, bis die Feier nach etwa zweieinhalb Stunden endete.⁴² Es war – darin sind sich die Berichte einig – eine „würdige“⁴³ und „erhabene“⁴⁴ Feier. Auffallend ist nur, dass das von Reichspräsident Ebert anlässlich des Verfassungstags zur Nationalhymne bestimmte Deutschlandlied von Hoffmann von Fallersleben auf der Reutlinger Feier weder gemeinsam gesungen noch von der Stadtkapelle gespielt wurde.

Am Verlauf dieser ersten Reutlinger Verfassungsfeier des Jahres 1922 orientierten sich auch die Feiern der folgenden Jahre, die – im Gegensatz zu der ersten Feier – auch das gemeinsame Singen der Nationalhymne in den Festakt integrierten. 1923 musste die Feier einen Tag früher, am 10. August, stattfinden, da die ‚Bundeshalle‘ am Verfassungstag bereits durch die Jubiläumsfeier der Turngemeinde belegt war.⁴⁵ Abgesehen von dieser Ausnahme fand die Verfassungsfeier jedes Jahr am 11. August statt, unabhängig davon, auf welchen Wochentag das Datum fiel. War der 11. August ein Werktag, war entsprechend

³⁷ Gleichlautende Anzeige in der Schwarzwälder Kreiszeitung vom 9. 8. 1922 (Nr. 183), S. 4, dem Reutlinger Amtsblatt vom 9. 8. 1922 (Nr. 121) und dem Reutlinger General-Anzeiger vom 11. 8. 1922 (Nr. 186), S. 4.

³⁸ Vgl. Schwarzwälder Kreiszeitung vom 12. 8. 1922 (Nr. 186), S. 3.

³⁹ Vgl. Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1922 (Nr. 187), S. 3.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 12. 8. 1922 (Nr. 186), S. 3.

⁴² Ebd.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1922 (Nr. 187), S. 3.

⁴⁵ Vgl. Reutlinger Amtsblatt vom 10. 8. 1923 (Nr. 122), S. 345.

der Anweisung der Landesregierung den Beamten und Angestellten – sofern es die Dienstverhältnisse zuließen – frei zu geben, um diesen die Teilnahme an den Feierlichkeiten zu ermöglichen.⁴⁶ Der Reutlinger Gemeinderat beschloss weiterhin, „wenn schon gefeiert werde“, die städtischen Kanzleien am Nachmittag des 11. August zu schließen.⁴⁷ Außerdem sollten nicht nur, wie von der Landesregierung gefordert, die Dienstgebäude in den Reichs- und Landesfarben beflaggt werden, sondern der Gemeinderat rief ab 1929 die Reutlinger Bevölkerung dazu auf, auch ihrerseits ihre Wohnhäuser zu beflaggen.⁴⁸ Diesem Aufruf des Gemeinderats schloss sich auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold an, das in einer eigenen Anzeige seine Mitglieder zur Beflaggung ihrer Häuser anhielt.⁴⁹ Für das Reichsbanner war der Verfassungstag der wichtigste Gedenktag und es war ein erklärtes Ziel des Verbands, diesen Tag zu einem Volksfeiertag werden zu lassen.⁵⁰ Die Bevölkerung scheint diesen Aufforderungen zumindest zum Teil nachgekommen zu sein, auch wenn neben den nach wie vor umstrittenen Reichsfarben auch die unverfänglicheren Landes- und Stadtfarben an den Häusern hingen.⁵¹ Von einem demonstrativen Hissen schwarz-rot-weißer Flaggen wird aber nicht berichtet.

Wie in Berlin und in anderen Städten des Reiches fanden die Feierlichkeiten in Reutlingen zum zehnjährigen Jubiläum der Verfassung einen ersten Höhepunkt. Der Andrang vonseiten der Bevölkerung zu der erneut in der ‚Bundeshalle‘ stattfindenden Feier war außerordentlich groß. Einem Bericht des Reutlinger General-Anzeigers zufolge mussten Hunderte Menschen abgewiesen werden, da die Bundeshalle bereits eine halbe Stunde vor Beginn der Veranstaltung überfüllt war.⁵² Noch übertroffen wurde dies von der Feier des darauffolgenden Jahres. Auch hier lässt sich eine Parallele zur allgemeinen Entwicklung ziehen, denn auch in Berlin fand im Jahr 1930 die größte Verfassungsfeier statt.⁵³ In den folgenden Jahren wurden die Feiern in Berlin wie in Reutlingen wieder kleiner, wenn auch das Abhalten einer solchen Veranstaltung nie zur Debatte gestanden zu haben scheint.⁵⁴ So wurde 1931 im

⁴⁶ Vgl. u. a. Reutlinger General-Anzeiger vom 5. 8. 1924 (Nr. 182), S. 2.

⁴⁷ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 5. 8. 1927, § 693. Einen ähnlichen Beschluss gab es auch im Vorjahr, vgl. ebd. Gemeinderatsprotokoll vom 5. 8. 1926, § 617.

⁴⁸ Aufruf des Staatsministeriums vgl. Reutlinger General-Anzeiger vom 5. 8. 1924 (Nr. 182), S. 3, sowie Aufruf an die Reutlinger Bevölkerung vgl. Reutlinger Amtsblatt vom 7. 8. 1929 (Nr. 122), S. 581.

⁴⁹ Vgl. ebd., S. 583.

⁵⁰ Vgl. Marcel Böhles: Im Gleichschritt für die Republik. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Südwesten, 1924 bis 1933, Essen 2016, hier: S. 142.

⁵¹ Vgl. Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1930 (Nr. 186), S. 4. Zum Flaggenstreit in der Weimarer Republik vgl. B. Buchner (wie Anm. 24), S. 45–131.

⁵² Vgl. Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1929 (Nr. 187), S. 7.

⁵³ Vgl. P. Hoeres (wie Anm. 17), S. 16.

⁵⁴ Noch 1931 wurde die Abhaltung einer Verfassungsfeier am 11. August einstimmig vom Gemeinderat beschlossen. Vgl. Schwarzwälder Kreiszeitung vom 12. 8. 1931 (Nr. 186), S. 3.

Gemeinderat entschieden, eine Feier abzuhalten, da man dies bisher jedes Jahr getan habe und „keine Veranlassung bestehe, hievon abzuweichen.“⁵⁵ Die Reutlinger Verfassungsfeiern hatten also über die Jahre einen gewissen Traditionswert erhalten, sodass allein der Hinweis auf die alljährlichen Feiern als Begründung für die Abhaltung der nächsten Feier ausreichend war. Die anfallenden Kosten übernahm jeweils die Stadtkasse.⁵⁶

Auch in den Jahren, in denen vonseiten der Landesregierung keine offizielle Aufforderung zur Abhaltung von Feiern gegeben wurde, wurden in Reutlingen auf Antrag einzelner Gemeinderatsmitglieder Feiern veranstaltet. Die Anträge erfolgten von Mitgliedern der DDP und der SPD des Gemeinderats.⁵⁷ Mehrfach genannt wurden dabei Gemeinderat Vollmer, der auch Vorsitzender des Reutlinger Ablegers des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold war, sowie die Gemeinderäte Freytag, Rapp und Roth.⁵⁸ Diese wurden nach dem Beschluss, eine Feier abzuhalten, damit beauftragt, einen Festredner zu finden und das Programm der Veranstaltung aufzustellen. Die Festredner kamen jeweils abwechselnd aus den Reihen der SPD und der DDP und waren in der Regel Mitglieder des württembergischen Landtags bzw. der Landesregierung. Eine Ausnahme bildete Rudolf Daur, der Festredner des Jahres 1924 war und keiner Partei angehörte. Als Reutlinger Jugendpfarrer war er aber eine bekannte Persönlichkeit der Stadt.⁵⁹ Neben Daur waren auch Albert Esenwein⁶⁰ und Gotthilf Schenkel⁶¹ – die Redner der Jahre 1922 und 1931 – evangelische Pfarrer, die aber beide einer Partei angehörten. Die Tatsache, dass das Zentrum als dritte große demokratische Partei unter den Festrednern nicht vertreten war, lässt sich auf den geringen Rückhalt der Partei in Reutlingen zurückführen.

Die Feier des Jahres 1930 stellt eine Besonderheit in der Reihe der Reutlinger Verfassungsfeiern dar. In diesem Jahr fand die Feier nicht wie in den

⁵⁵ StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 24. 7. 1931, § 770.

⁵⁶ Ebd., Gemeinderatsprotokoll vom 10. 8. 1922, § 874.

⁵⁷ Ebd., Gemeinderatsprotokoll vom 5. 8. 1926, § 617; Gemeinderatsprotokoll vom 14. 7. 1927, § 597; Gemeinderatsprotokoll vom 24. 7. 1931, § 770; Gemeinderatsprotokoll vom 28. 7. 1932, § 739.

⁵⁸ Vgl. u. a. ebd., Gemeinderatsprotokoll vom 5. 8. 1926, § 617; Gemeinderatsprotokoll vom 5. 8. 1927, § 693; Gemeinderatsprotokoll vom 24. 7. 1931, § 770.

⁵⁹ Rudolf Daur (1892–1976) war evangelischer Pfarrer. Ab 1921 war er Jugendpfarrer in Reutlingen und ab 1932 in Rohr. Von 1939 bis zu seinem Ruhestand im Jahr 1962 war er Stadtpfarrer in Stuttgart. Vgl. Heinrich Jantzen (Hrsg.): *Namen und Werke. Biographien und Beiträge zur Soziologie der Jugendbewegung*, Band 3, Frankfurt am Main 1975, hier: S. 79–84.

⁶⁰ Albert Esenwein (1867–1940) studierte Theologie und hatte verschiedene Pfarrstellen, zuletzt in Stuttgart-Gaisburg, inne. Er war 1918 Gründungsmitglied der DDP und 1920 ihr stellvertretender Landesvorsitzender. Vgl. Frank Raberg: *Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933*, Stuttgart 2001, hier: S. 184.

⁶¹ Gotthilf Schenkel (1889–1960) war Theologe und von 1918 bis 1933 Stadtpfarrer in Stuttgart-Zuffenhausen. Er war zunächst Mitglied der DDP, trat aber 1929 zur SPD über. Von 1952 bis zu seinem Tod war er Mitglied des baden-württembergischen Landtags. Vgl. Bernd Ottnd (Hrsg.): *Baden-württembergische Biographien*, Bd. 2, Stuttgart 1999, hier: S. 402 f.

vorherigen Jahren in der ‚Bundeshalle‘, sondern auf dem Marktplatz statt. Dieser Ortswechsel ist vermutlich auf die beengten Verhältnisse in der ‚Bundeshalle‘ zurückzuführen, da in den vorhergehenden Jahren mehrfach nicht alle Interessierten Platz gefunden hatten.⁶² Der Reutlinger General-Anzeiger betont außerdem den „besonderen öffentlichen Charakter“, welchen die Veranstaltung durch ihre Abhaltung im Zentrum der Stadt und unter freiem Himmel erhielt.⁶³ Der Verfassungstag bekomme damit auch „nach außen hin die Bedeutung, die ihm zukommt.“⁶⁴ Auf dem rundum in den Reichsfarben geschmückten Marktplatz versammelten sich nach Schätzung des General-Anzeigers, der von einer „Riesenmenschenmenge“ spricht, 2000 bis 3000 Personen.⁶⁵ Auch die Schwarzwälder Kreiszeitung berichtet, dass der Marktplatz „ziemlich voll Menschen“ war, was „nur schwer ein Durchkommen möglich“ machte.⁶⁶ Trotz des Erfolgs der Veranstaltung und des zahlreichen Erscheinens der Reutlinger Bevölkerung fanden die Verfassungsfeiern der folgenden Jahre wieder in der ‚Bundeshalle‘ statt. Der Grund hierfür ist nicht bekannt. Auch der General-Anzeiger ging in seinem Bericht der Feier von 1930 noch von einer erneuten Nutzung des Marktplatzes in den folgenden Jahren aus.⁶⁷ In Berlin wurde die Verkleinerung der Feiern anlässlich des Verfassungstags in den Jahren 1931 und 1932 mit der Notwendigkeit der Kostensenkung in Zeiten wirtschaftlicher Not begründet.⁶⁸ Es ist möglich, dass in Reutlingen ähnliche Überlegungen eine Rolle spielten.

Die Reutlinger Verfassungsfeiern waren im Allgemeinen sehr gut besucht, was ein Interesse der Bevölkerung an Veranstaltungen dieser Art deutlich macht. Bereits bei der ersten Feier 1922 war die ‚Bundeshalle‘ bis auf den letzten Platz besetzt⁶⁹ und die Teilnehmerzahlen blieben auch in den folgenden Jahren auf diesem Niveau. Der „glänzende Besuch“ der Feier des Jahres 1927 ist für den Reutlinger General-Anzeiger ein deutliches Zeichen, dass die Weimarer Republik und ihre Verfassung immer stärkere Akzeptanz in der Bevölkerung findet.⁷⁰ Zu der Feier im folgenden Jahr erschienen weniger Menschen, was aber darauf zurückzuführen ist, dass die Reutlinger Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die normalerweise einen großen Teil der Teilnehmer ausmachten, zur Verfassungsfeier des Reichsbanners nach

⁶² Vgl. Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1924 (Nr. 188), S. 6 und vom 12. 8. 1929 (Nr. 187), S. 7.

⁶³ Reutlinger General-Anzeiger vom 8. 8. 1930 (Nr. 183), S. 5.

⁶⁴ Reutlinger General-Anzeiger vom 8. 8. 1930 (Nr. 183), S. 5.

⁶⁵ Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1930 (Nr. 186), S. 4.

⁶⁶ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 12. 8. 1930 (Nr. 186), S. 3.

⁶⁷ Vgl. Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1930 (Nr. 186), S. 4.

⁶⁸ Vgl. P. Hoeres (wie Anm. 17), S. 16.

⁶⁹ Vgl. Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1922 (Nr. 187), S. 3.

⁷⁰ Vgl. Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1927 (Nr. 186), S. 2.

Frankfurt am Main gefahren waren.⁷¹ Hinzu kommt, dass in diesem Jahr der 11. August auf einen Samstag fiel und einige der Reutlinger Musik- und Sportvereine zeitgleich Mitgliederversammlungen abhielten.⁷² Dieser Umstand macht deutlich, dass – trotz der euphorischen Berichterstattung des DDP-nahen Reutlinger General-Anzeigers, dessen Chefredakteur sowohl Mitglied der DDP-Fraktion des Gemeinderats als auch Reichsbannerfunktionär war – für einen nicht unbedeutenden Teil der Reutlinger Bevölkerung der Verfassungstag ein Tag ohne besondere Bedeutung blieb. In den Jahren 1929 und 1930 waren die Reutlinger Verfassungsfeiern, wie bereits oben geschildert, wiederum sehr gut besucht. Auch zu den beiden letzten Verfassungsfeiern 1931 und 1932 erschien die Bevölkerung zahlreich und füllte die ‚Bundeshalle‘ bis auf die letzten Plätze.⁷³ Ab 1933 fanden wie überall im Reich auch in Reutlingen keine Verfassungsfeiern mehr statt, obwohl die Verfassung nach wie vor in Kraft war. Weder in den Gemeinderatsprotokollen noch in den Reutlinger Zeitungen findet der Verfassungstag in diesem Jahr eine Erwähnung.

Der Gemeinderat lud über den Anzeigenteil verschiedener Zeitungen die Bevölkerung Reutlingens zu den Verfassungsfeiern ein. Die Einladung umfasste ausdrücklich die „gesamte Einwohnerschaft“⁷⁴ beziehungsweise „sämtliche Bürger und Bürgerinnen, die sich auf den Boden der Verfassung stellen, ohne Unterschied der Partei“⁷⁵. Tatsächlich scheinen sich die Besucher an den Verfassungsfeiern in Reutlingen aus den verschiedenen Kreisen der Bevölkerung zusammenzusetzen. Dies ist sicherlich auch auf den Umstand zurückzuführen, dass weder Eintrittsgeld erhoben wurde noch Trinkzwang bestand⁷⁶ und damit zumindest die wirtschaftliche Situation kein Hinderungsgrund war. Der Reutlinger General-Anzeiger meldete, dass Besucher „aus allen Teilen der Bevölkerung“⁷⁷ anwesend waren, und zeigte sich erfreut darüber, dass „auch Damen in großer Zahl“ erschienen waren.⁷⁸ Einen großen Teil der Teilnehmer machten die Mitglieder des parteienübergreifenden Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold aus, die durch separate Anzeigen im

⁷¹ Vgl. Schwarzwälder Kreiszeitung vom 13. 8. 1928 (Nr. 188), S. 3.

⁷² Nicht weniger als fünf Vereine kündigen für den 11. 8. abends Mitgliederversammlungen an, vgl. Reutlinger Amtsblatt vom 10. 8. 1928 (Nr. 123), S. 572–574.

⁷³ Vgl. Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1931 (Nr. 186), S. 5 und vom 12. 8. 1932 (Nr. 191), S. 6; Schwarzwälder Kreiszeitung vom 12. 8. 1931 (Nr. 186), S. 3 und vom 12. 8. 1932 (Nr. 187), S. 5.

⁷⁴ Reutlinger Amtsblatt vom 7. 8. 1926 (Nr. 120), S. 523.

⁷⁵ Reutlinger General-Anzeiger vom 11. 8. 1922 (Nr. 186), S. 4.

⁷⁶ Vgl. Schwarzwälder Kreiszeitung vom 8. 8. 1925 (Nr. 182), S. 4.

⁷⁷ Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1932 (Nr. 191), S. 6. Ähnlich auch Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1931 (Nr. 186), S. 5.

⁷⁸ Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1922 (Nr. 187), S. 3. Ähnliches wird auch im Bericht zur Feier des Jahres 1926 angemerkt, vgl. Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 08. 1926 (Nr. 186), S. 7.

Amtsblatt zum Besuch der Feier aufgefordert wurden.⁷⁹ Als das Reutlinger Reichsbanner 1928 zur Verfassungsfeier des Reichsbanners nach Frankfurt fuhr, fiel die Teilnehmerzahl an der Reutlinger Verfassungsfeier – wie bereits oben erwähnt – merklich geringer aus.⁸⁰ Bis einschließlich 1928 hielt Oberbürgermeister Hepp auf den Veranstaltungen die Begrüßungsansprache. Sein Amtsnachfolger Karl Haller nahm hingegen an keiner der städtischen Verfassungsfeiern teil, da er sich jedes Jahr im August im Urlaub befand.⁸¹ Haller verhinderte die Abhaltung der jährlichen Feierlichkeiten zwar nicht und ließ einen Stellvertreter aus dem Gemeinderat für das Halten der Begrüßungsrede bestimmen, aber die Tatsache, dass er seinen Sommerurlaub konsequent über den Verfassungstag legte, zeigt die geringe Wichtigkeit, die er der städtischen Feier beimaß. Die Möglichkeiten des „konstruktiven Republiksschutzes“⁸² und ihre Notwendigkeit waren also auch in der Reutlinger Stadtverwaltung nicht restlos anerkannt.

Die Reutlinger Festreden: Themen und Schwerpunkte

Als Oberbürgermeister Hepp die Anwesenden bei der ersten städtischen Verfassungsfeier Reutlingens im Jahr 1922 begrüßte, tat er dies mit dem Hinweis, dass diese kein Fest sein solle, sondern eine „ernste Feier- und Weihestunde“ zu Ehren der Verfassung.⁸³ Die Betonung der Schwere und Krisenhaftigkeit der Zeit, in der eine ausgelassene Feststimmung unangemessen sei, findet sich auch in den Ansprachen der folgenden Jahre.⁸⁴ Auch aufgrund dieser Krisenstimmung bleiben die Reutlinger Verfassungsfeiern über die gesamten 1920er Jahre hinweg ernste Angelegenheiten. Ähnliche Versuche wie die der Reichsregierung, den Berliner Feiern durch die Veranstaltung von Sportwettkämpfen einen volkstümlichen Charakter zu geben, gibt es vonseiten des Reutlinger Gemeinderats nicht. Einzig das Reichsbanner veranstaltete im Jahr 1929 am Vorabend des Verfassungstags einen Fackelzug.⁸⁵

Die Reutlinger Verfassungsfeiern sollten also weniger rauschende Feste, sondern vielmehr würdevolle Feiern sein, die auch einen deutlich erzieherischen Charakter aufweisen. So erklärt Stadtpfarrer Esenwein aus Stuttgart in

⁷⁹ Vgl. Reutlinger Amtsblatt vom 8. 8. 1930 (Nr. 121), S. 1.

⁸⁰ Vgl. Schwarzwälder Kreiszeitung vom 13. 8. 1928 (Nr. 188), S. 3.

⁸¹ Vgl. StadtA Rt., C 50 Gemeinderatsprotokoll vom 26. 7. 1929, § 876; Gemeinderatsprotokoll vom 24. 7. 1930, § 748; Gemeinderatsprotokoll vom 30. 7. 1931, § 715 und Gemeinderatsprotokoll vom 28. 7. 1932, § 801.

⁸² G. Jasper (wie Anm. 16), S. 234.

⁸³ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 12. 8. 1922 (Nr. 186), S. 3.

⁸⁴ Vgl. Schwarzwälder Kreiszeitung vom 11. 8. 1923 (Nr. 186), S. 3, sowie Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 08. 1924 (Nr. 188), S. 6.

⁸⁵ Vgl. Reutlinger Amtsblatt vom 7. 8. 1929 (Nr. 122), S. 583.

seiner Festrede des Jahres 1922 nicht nur die Grundgedanken der Weimarer Verfassung – Deutschland als Einheit, als demokratische Republik, als „der Staat des sozialen Rechts“ und als Kulturstaat –, sondern er macht auch deutlich, wie wichtig der Einsatz des Einzelnen in einer Demokratie sei. Jeder trage in ihr Verantwortung und müsse dieser auch gerecht werden.⁸⁶ Ähnlich argumentiert der Festredner der darauffolgenden Feier im Jahr 1923. Der Heilbronner Landtagsabgeordnete Fritz Ulrich⁸⁷ von der SPD bemängelt wie Esenwein das nach wie vor unzureichende Verantwortungsbewusstsein des Volkes. Jeder Einzelne müsse beginnen, sich politisch zu betätigen, schließlich sei „nun das Volk selbst berufen [. . .], über sein Schicksal zu entscheiden.“⁸⁸ Der erzieherische Anspruch, der hinter den Verfassungsfeiern stand, ergab sich nicht nur aus der Notwendigkeit, das Zugehörigkeits- und Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Weimarer Republik mit der Verfassung als Symbol für den Staat zu fördern, sondern auch ein politisches Bewusstsein in einem Volk zu erwecken, das bisher ein nur sehr eingeschränktes politisches Mitspracherecht besessen hatte.

Ein wiederkehrendes Motiv der Reutlinger Verfassungsreden ist die Rückbesinnung auf demokratische und einheitsstiftende Elemente der deutschen Geschichte. Der Weimarer Republik fehlte eine allgemein anerkannte „heroische und emotionale Gründungserzählung“,⁸⁹ auf die Bezug genommen werden konnte. Und so betonten die Redner jeweils unterschiedliche historische Traditionen, auf die sich die Verfassung stützen konnte. Die Entstehung der Verfassung ließ sich von den Reutlinger Festrednern aufgrund der zeitlichen Nähe zur Kriegsniederlage nur schwer in eine positiv besetzte Verbindung mit der Revolution von 1918/19 bringen. Der sozialdemokratische ehemalige württembergische Staatspräsident Wilhelm Blos,⁹⁰ der die Festrede des Jahres 1925 hielt, bedauerte die „ungünstige Zeit“, in welcher die Verfassung entstand.⁹¹ Dennoch sei die Revolution ein „ungeheurer Fortschritt“ gewesen, da sie die republikanische Verfassung möglich gemacht habe.⁹²

⁸⁶ Vgl. Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1922 (Nr. 187), S. 3.

⁸⁷ Friedrich (Fritz) Ulrich (1888–1969) war Redakteur bei verschiedenen Zeitungen, u. a. von Februar 1911 bis September 1912 bei der Reutlinger Freien Presse. Er war seit 1907 Mitglied der SPD. 1919 bis 1933 gehörte er dem württembergischen Landtag sowie 1930–1933 dem Reichstag an. 1945 war er Mitgründer der Nachkriegs-SPD. Vgl. F. Raberg (wie Anm. 60), S. 936–938.

⁸⁸ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 11. 8. 1923 (Nr. 186), S. 4.

⁸⁹ N. Rossol (wie Anm. 6), S. 267.

⁹⁰ Wilhelm Blos (1849–1927) war Journalist und Schriftsteller. Seit 1872 war er Mitglied der SPD und 1878 erstmals im Reichstag. 1919 bis 1920 war er der erste Staatspräsident Württembergs, vgl. F. Raberg (wie Anm. 60), S. 82 f.

⁹¹ Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1925 (Nr. 187), S. 2.

⁹² Ebd.

Auch der Festredner des Jahres 1926, der Landtagsabgeordnete Johannes Fischer,⁹³ spricht von „düsteren Begleitumständen“ bei der Entstehung der Verfassung, die das Aufkommen von Freude verhinderten.⁹⁴ Für Stadtpfarrer Schenkel aus Zuffenhausen ist es bewundernswert, wie in den „ungeheuren wirren Zeiten nach dem Krieg“ überhaupt eine Verfassung entstehen konnte, die mehr war als ein „Notdach“ und die „Ordnung schuf in dem Chaos“.⁹⁵ Erinnerungen „an die furchtbaren Zeiten des Zusammenbruchs, des Elends und des Jammers“ sind für den Reichstagsabgeordneten Conrad Broßwitz⁹⁶ mit dem 11. August verbunden, wie er in seiner Rede des Jahres 1929 darlegt.⁹⁷ Für ihn ist dieser Tag auch nicht die eigentliche Geburtsstunde der Verfassung, da diese eine sehr viel längere Tradition aufweise und mit Männern wie Schiller und Kant beginne. Die Befreiungskriege am Anfang des 19. Jahrhunderts sowie die Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 handelten bereits von derselben Staatsidee, die schließlich in der Weimarer Verfassung umgesetzt wurde. Der Vorwurf, die Verfassung sei traditionslos und undeutsch, ist damit in Broßwitz' Augen nicht gerechtfertigt.⁹⁸

Wie Broßwitz beziehen sich auch andere Festredner der Verfassungstage auf die längere geschichtliche Tradition der Weimarer Verfassung. Die Verbindung zur Frankfurter Nationalversammlung wird von Fritz Ulrich (1923) und Wilhelm Bloss (1925) ebenfalls gemacht. Bloss geht sogar so weit, sich über 1848 hinaus auf den Bauernkrieg von 1524/25 zu beziehen, da man auch damals nach einer deutschen Verfassung gestrebt habe.⁹⁹ Die Versuche einer Legitimation der Weimarer Verfassung durch das Pochen auf ihre historischen Ursprünge verdeutlichen, wie sehr die demokratische Tradition der Deutschen und damit auch die Daseinsberechtigung der Demokratie überhaupt angezweifelt wurde. Inwieweit die Weimarer Verfassung auch in der Tradition des Kaiserreichs stand, ist unter den Reutlinger Festrednern umstritten. Johannes Fischer (1926) verurteilt es als „Gedankenträgheit“, der Weimarer Republik Undankbarkeit gegenüber der eigenen Vorgeschichte vorzuwerfen. 1918 hätte es keinen Bruch mit den Idealen des Kaiserreichs gegeben, sondern

⁹³ Johannes Fischer (1880–1942) war Mitarbeiter verschiedener Zeitungen, u. a. des Reutlinger General-Anzeigers. Er war 1918 Mitgründer der württembergischen DDP und Mitglied des Landesvorstands. Von 1929 bis 1933 war er im württembergischen Landtag, vgl. F. Raberg (wie Anm. 60), S. 210–212; Johannes Fischer: Aus Fünfzig Jahren. Eine Niederschrift von 1933/34, bearb. von Günther Bradler (Lebendige Vergangenheit, Bd. 12), Stuttgart 1990.

⁹⁴ Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1926 (Nr. 186), S. 7.

⁹⁵ Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1931 (Nr. 186), S. 5.

⁹⁶ Conrad Broßwitz (1881–1945) war Mitglied der SPD und von 1919 bis 1933 Parteisekretär in Frankfurt am Main. Von 1928 bis 1933 war er Mitglied des Reichstags. Vgl. Wilhelm Heinz Schröder: Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete 1898–1918, Düsseldorf 1986, hier: S. 89.

⁹⁷ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 12. 8. 1929 (Nr. 187), S. 3.

⁹⁸ Vgl. Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1929 (Nr. 187), S. 7.

⁹⁹ Vgl. Schwarzwälder Kreiszeitung vom 12. 8. 1925 (Nr. 186), S. 2.

lediglich deren Weiterentwicklung.¹⁰⁰ Diese Ansicht wiederholt Fischer vier Jahre später bei seiner zweiten Festrede in Reutlingen. Zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik gebe es keinen Gegensatz. Der Weg vom Kaiserreich zur Republik sei der „geschichtlich organische Fortgang normaler Entwicklung.“¹⁰¹ Für Broßwitz hingegen stellt die Weimarer Verfassung keinesfalls die Weiterentwicklung der Verfassung des Kaiserreichs dar. Das Kaiserreich sei nichts als ein Fürstenbund gewesen, in dem das Volk keine Macht besaß. Das hätte sich nun grundlegend und zum Besseren geändert.¹⁰² Diese zwiespältige Haltung zwischen dem Bedürfnis, der Weimarer Republik durch Bezugnahme auf das Kaiserreich Legitimation zu geben, und der Ablehnung des Kaiserreichs als Obrigkeitsstaat war charakteristisch für die Weimarer Republik. Dies machte die Republik aber in den Augen ihrer Gegner unglaublich unwürdig, wie sich auch im Streit um die Flagge zeigte.¹⁰³

Bemerkenswert ist der apologetische Grundton, der bei einigen der Verfassungstagsreden eine Rolle spielt. 1926, bei Johannes Fischers erster Rede in Reutlingen, gibt er zu, dass „an der jetzigen Reichsverfassung noch manches gefeilt werden [muss].“¹⁰⁴ Aber die Verfassung sei etwas „immer Werdendes“ und gerade das sei ein Fehler des Kaiserreichs gewesen, da man sich damals nicht rechtzeitig an die Entwicklungen angepasst habe und sich stattdessen an „die Beständigkeit des Staates klammerte.“¹⁰⁵ Deutlicher wird Fischer in seiner Rede des Jahres 1932, die bereits stark von den Auflösungserscheinungen der Weimarer Republik geprägt war. Besonders der heutigen Jugend fehle das Verständnis für die „Zwangslage geschichtlicher Art“, in der die Verfassung entstanden sei.¹⁰⁶ Man habe sich in Weimar unter Umständen zu viel vorgenommen, aber ohne den „kühnen Mut“, der damals geherrscht habe, wäre Deutschland untergegangen.¹⁰⁷ Überhaupt hätte in allen Bemühungen stets Deutschland im Vordergrund gestanden, das sei 1919 nicht anders gewesen als 1871 bei der Gründung des Kaiserreichs.¹⁰⁸ Auch Wolfgang Haußmann¹⁰⁹ von der DDP, der die Festrede des Jahres 1928 hielt, merkt an, dass man sich nicht vorstellen könne, welche „ungeheure Arbeit“ der Verfassungsausschuss geleistet habe, und dass die Weimarer Verfassung „nichts Endgültiges, wohl

¹⁰⁰ Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1926 (Nr. 186), S. 7.

¹⁰¹ Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1930 (Nr. 186), S. 4.

¹⁰² Vgl. Schwarzwälder Kreiszeitung vom 12. 8. 1929 (Nr. 187), S. 3.

¹⁰³ Vgl. G. Jasper (wie Anm. 16), S. 239–242.

¹⁰⁴ Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1926 (Nr. 186), S. 7.

¹⁰⁵ Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1926 (Nr. 186), S. 7.

¹⁰⁶ Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1932 (Nr. 191), S. 6.

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Ebd.

¹⁰⁹ Wolfgang Haußmann (1903–1989) war Rechtsanwalt in Stuttgart und seit 1920 Mitglied der DDP. Vgl. F. Raberg (wie Anm. 60), S. 333.

Städtische Verfassungsfeier

Entsprechend der Anordnung der Reichs- und Landesregierung
findet auch in Reutlingen am

**Montag den 11. August 1924, abends 8 Uhr
in der Bundeshalle**

eine Verfassungsfeier statt.

Die Feier soll weiten Volkskreisen Gelegenheit geben, sich freudig und offenen Herzens zur Heimat und zum Staatsgedanken zu bekennen, und dem Gedanken Ausdruck verschaffen, daß die Weimarer Verfassung nach den Erschütterungen des Krieges und des Umsturzes den staatlichen Grundlagen des Reiches wieder ein festes Gefüge gab.

Namens des Gemeinderats erlaube ich mir, die Einwohner-
schaft zum Besuch der Feier herzlich einzuladen.

Den 9. August 1924.

Der Stellvertreter des Oberbürgermeisters:
Gemeinderat: (gez.) J. Eisenlohr.

Vortragsfolge

1. Treu dem Vaterland, Marsch A. Schlüter
2. Festouvertüre W. Wallace
3. Begrüßungsansprache
4. Melodien aus der Oper „Die Zauberflöte“ W. A. Mozart
5. Festrede des Herrn Stadtpfarrer Daur
anschließend gemeinsamer Gesang des Deutschlandliedes
6. Szenen aus der Oper „Die Meisterfinger von Nürnberg“ R. Wagner
7. Ungarische Tänze (Nr. 5 und 6) Joh. Brahms
8. Gemeinschaftlicher Gesang: „Von dir o Vaterland zu singen“
9. Schwabenmarsch O. Schöfänger

Kein Eintrittsgeld!

Kein Trinkzwang!

Der Ablauf der Verfassungsfeier am 11. August 1924 ergibt sich aus der Annonce im städtischen Amtsblatt. Redner war in diesem Jahr Stadtpfarrer Rudi Daur.

aber eine feste Grundlage“ darstellen sollte.¹¹⁰ Der ehemalige württembergische Kultusminister Berthold Heymann¹¹¹ betont in seiner 1927 gehaltenen Festrede die Schwierigkeiten, die mit der Entstehung der Verfassung einhergingen. Angesichts dessen, dass der Versailler Vertrag während der Ausarbeitung der Verfassung noch nicht unterschrieben war, hätte „eine kleine Unvorsichtigkeit“ genügt und der Erhalt der deutschen Einheit wäre nicht mehr möglich gewesen.¹¹² Besonders deutlich tritt der apologetische Grundton bei der Rede von Stadtpfarrer Rudolf Daur im Jahr 1924 hervor. Er sieht die Verfassung als unvollkommen und als „ein Werk der Verhandlungen und Kompromisse“, das es eben deswegen niemandem recht machen kann.¹¹³ Daur bezweifelt daher auch, dass es in Deutschland auch nur einen „hingerissenen Bewunderer des Werks von Weimar“ gibt.¹¹⁴ Er gibt aber zu bedenken, dass auch die beste Verfassung nichts nütze, wenn das Volk in sich uneinig und zerstritten sei.¹¹⁵

Die äußere deutsche Einheit und die innere Einigkeit der Deutschen sind viel betonte Themen der Reden zum Verfassungstag, auf die nicht nur Heymann und Daur in ihren Festansprachen eingehen. Stadtpfarrer Esenwein (1922) nennt in seiner Rede über die vier Grundsätze der Verfassung die Einheit Deutschlands als ersten Punkt.¹¹⁶ Es sei die wichtigste Aufgabe der Verfassung, die deutsche Einheit, die trotz großer Gebietsabtretungen nach wie vor bestehe, zu bewahren und weiter zu festigen.¹¹⁷ Auch Fritz Ulrich (1923) stellt die Verfassung als „Trägerin und Bürgerin“ der Einheit Deutschlands dar.¹¹⁸ Für Conrad Broßwitz ist die innere Einheit des Volkes ein maßgeblicher Punkt, denn „ein im Inneren zerstrittenes Volk kann nach außen keine Achtung einflößen.“¹¹⁹ Einheit und Einigkeit scheinen also im Empfinden der jeweiligen Redner eng zusammenzuhängen. Mehrfach wird in diesem Zusammenhang auch die Präambel der Verfassung zitiert, so bei Daur (1924), Schenkel (1931) und Fischer (1932).¹²⁰

Die Motive und Thematiken der Reutlinger Reden finden sich nicht nur hier, sondern auch in den 22 von Hans-Andreas Kroiß analysierten Reden und Aufsätzen zu den Verfassungstagen. Kroiß identifiziert insgesamt sechs

¹¹⁰ Reutlinger General-Anzeiger vom 13. 8. 1928 (Nr. 188), S. 9.

¹¹¹ Berthold Heymann (1870–1939) war seit ca. 1895 Mitglied der SPD und von 1906 bis 1933 im württembergischen Landtag. Vgl. F. Raberg (wie Anm. 60), S. 353 f.

¹¹² Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1927 (Nr. 186), S. 2.

¹¹³ Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1924 (Nr. 188), S. 6.

¹¹⁴ Ebd.

¹¹⁵ Ebd., S. 7.

¹¹⁶ Vgl. Schwarzwälder Kreiszeitung vom 12. 8. 1922 (Nr. 186), S. 3.

¹¹⁷ Vgl. Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1922 (Nr. 187), S. 3.

¹¹⁸ Reutlinger General-Anzeiger vom 11. 8. 1923 (Nr. 186), S. 4.

¹¹⁹ Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1929 (Nr. 187), S. 7.

¹²⁰ Vgl. Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1924 (Nr. 188), S. 6 und vom 12. 8. 1931 (Nr. 186), S. 5 sowie Schwarzwälder Kreiszeitung vom 12. 8. 1932 (Nr. 187), S. 5.

Problemkreise, die sich zwar nicht in jedem einzelnen der Texte finden lassen, aber doch mit großer Regelmäßigkeit wiederholt werden. Diese sind erstens die Bewahrung der Einheit des Reiches durch die Verfassung, zweitens die Nation als Grundlage des Staates, drittens die Betrachtung der verschiedenen Verfassungsorgane, viertens die Erklärung der Pflichten und Rechte des Einzelnen in der Verfassung, fünftens die Frage nach der Tradition der Verfassung in der Geschichte Deutschlands und schließlich die Bezugnahme auf aktuelle wirtschaftliche Probleme.¹²¹ In den Reutlinger Reden lagen die Schwerpunkte vor allem auf dem ersten, vierten und fünften der von Kroiß identifizierten Punkte. Auf den zweiten Punkt der Nation wurde in Reutlingen nur in Verbindung mit der nationalen Einheit eingegangen. Wirtschaftliche Belange werden ebenfalls kaum diskutiert. Die Redner gehen dabei auf keine konkreten wirtschaftlichen Fragen ein, sondern nehmen nur allgemein Bezug auf die aktuelle schwierige Lage.¹²² Interessanterweise werden die verschiedenen Verfassungsorgane in Reutlingen überhaupt nicht behandelt. Es lässt sich auch keine Änderung oder Weiterentwicklung der behandelten Themen im Laufe der Jahre feststellen. Die bei allen Gemeinsamkeiten doch deutlich unterschiedliche Schwerpunktsetzung der Festreden auf den Reutlinger Verfassungstagen lässt sich wohl durch das jeweilige Publikum erklären. Die von Kroiß analysierten Reden wurden größtenteils auf den Verfassungsfeiern der Reichsregierung in Berlin gehalten. Zum offiziellen Festakt der Regierung im Reichstag hatte nur ein geladenes Publikum Zugang.¹²³ In Reutlingen dagegen richteten sich die Feiern in der ‚Bundeshalle‘ explizit an die „gesamte Einwohnerschaft“.¹²⁴ Dass hier also insbesondere die Notwendigkeit des Zusammenhalts und der Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten jedes Einzelnen betont wird und weniger auf wirtschafts- und verfassungstheoretische Fragen eingegangen wird, ist wenig verwunderlich.

Schlussbetrachtung

Die Verfassungsfeiern der Weimarer Republik waren Teil des Versuchs, die Verfassung als Bezugspunkt des demokratischen Staates und der Gesellschaft zu verankern. Sie waren nicht nur Feiern der Verfassung, sondern auch Feiern der Demokratie und der Republik. Was die Etablierung der Verfassung als schützenswerte Grundlage des Staates erschwerte, war das Fehlen einer einheitsstiftenden Gründungserzählung, auf die Bezug genommen werden kann-

¹²¹ Vgl. H.-A. Kroiß (wie Anm. 15), S. 454 f.

¹²² Zum Beispiel Fischer (1930) und Schenkel (1931), vgl. Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 8. 1930 (Nr. 186), S. 4 sowie ebd. 12. 8. 1931 (Nr. 186), S. 5.

¹²³ Vgl. N. Rossol (wie Anm. 6), S. 263.

¹²⁴ Reutlinger Amtsblatt vom 7. 8. 1929 (Nr. 122), S. 881.

te.¹²⁵ „Dem 11. August fehlt die Erschütterung durch einen eindrucksvollen Geschichtsvorgang [. . .]. Es fehlt ihm auch das Pathos einer Echo weckenden Verkündigung, das heimlich Bildhafte eines Geschehnisses, an dem die Phantasie sich entzünden könnte“, schrieb der spätere Bundespräsident Theodor Heuss zum Verfassungstag 1927.¹²⁶ Der Weg zur Verfassung durch die Revolution 1918/19 war dafür nicht geeignet, gelang es doch nicht, die Revolution und die Erschaffung des neuen Staates von der Kriegsniederlage zu lösen. Statt der Revolution wurden andere Bezugspunkte gesucht, sei es indem die Weimarer Republik als logische Fortführung der Bismarckschen Bemühungen um die Reichsgründung gesehen wurde oder indem man Bezüge zur Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 herstellte. Das lässt sich bei den Regierungsfeierlichkeiten in Berlin genauso beobachten wie bei den auf den Reutlinger Verfassungsfeiern gehaltenen Reden. Weitere wesentliche und immer wieder vorkommende Bestandteile der Reutlinger Festreden waren Aufrufe an die Bevölkerung, am demokratischen Staat Anteil zu nehmen und ihn mitzugestalten. Dies war das Recht, aber auch die Pflicht eines jeden. Die für einen funktionierenden Staat benötigte Einigkeit des Volkes sollte unter anderem auch durch das Abhalten der Verfassungsfeiern bestärkt werden.

In Reutlingen fanden die Veranstaltungen durchaus Anklang, wie sich aus den Besucherzahlen ablesen lässt. Im Gegensatz zu dem eingangs erwähnten Streit um die Teilnahme des Reichsbanners an der Einweihung des Kriegerdenkmals scheint es im Zusammenhang mit den Verfassungsfeiern im Gemeinderat keine Uneinigkeiten gegeben zu haben, jedenfalls wird nichts dergleichen in den Sitzungsprotokollen erwähnt. Trotz der kleiner werdenden Mehrheit der demokratischen Parteien und der fehlenden verpflichtenden Aufforderungen der Landesregierung zum Abhalten der Feiern veranstaltete man in Reutlingen ab 1922 jedes Jahr eine Verfassungsfeier. Das Argument von Staatsminister Bazille, wonach die Württemberger Bevölkerung kein Interesse an Feierlichkeiten zu Ehren der Verfassung habe, lässt sich im Falle Reutlingens widerlegen. Die Reutlinger ‚Bundeshalle‘ war jedes Jahr so gut gefüllt, dass zum Teil auch Interessierte abgewiesen werden mussten. Die Feierlichkeiten anlässlich der Verfassungstage stellen einen deutlichen Schritt in Richtung der Etablierung gemeinschaftsstiftender Rituale in der Weimarer Republik dar. Gezielt sollte auch die Bevölkerung abseits der Hauptstadt in die Verfassungsfeierlichkeiten mit einbezogen werden, was aber aufgrund der unterschiedlichen Haltungen der verschiedenen Landesregierungen nur bedingt möglich war. Reutlingen als Stadt mit einer Mehrheit von DDP und SPD, die auch auf Reichsebene die Verfassungstage unterstützten, bot in dieser Hinsicht eine ideale Voraussetzung für die jährliche Abhaltung der Verfassungstage.

¹²⁵ N. Rossol (wie Anm. 6), S. 267.

¹²⁶ Ebd.

Demokratisches Gedenken: Die Erinnerung an Matthias Erzberger in Reutlingen

Elena Müller

„Erzberger! Wohl kaum ein Deutscher unserer Zeit kann diesen Namen unbefangenen Gemüts hören; [...] Dem einen erscheint er als Vertreter eines Systems, das uns in Untergang und Verderben führte, während die andern in ihm den verkannten, verlästerten, niedergetretenen, aber hellsehenden Vorkämpfer der neuen Zeit erblickten.“¹

Mit diesen Worten beschrieb Ernst Bauer 1925 den Zentrumspolitiker Matthias Erzberger und seine Rezeption in Deutschland. Erzbergers Politik und Persönlichkeit waren so umstritten, dass Klaus Epstein in seiner Biografie von 1959 so weit ging zu sagen, dass „kein Mann in Deutschland in den letzten hundert Jahren erbitterter gehasst wurde.“² Nachdem Erzberger am 26. August 1921 auf einem Spaziergang in Bad Griesbach (Baden) in Begleitung seines Reichstagskollegen Carl Diez ermordet wurde,³ war dementsprechend auch die Bandbreite an Reaktionen auf den Mord an dem polarisierenden Reichstagsabgeordneten und ehemaligen Reichsfinanzminister groß: Tiefe Trauer bis hin zu Jubel über die Tat durchzogen die Presselandschaft der jungen Republik.

Matthias Erzberger stammte aus der Reutlinger Region: Aufgewachsen in Buttenhausen bei Münsingen, heute im Landkreis Reutlingen, fand er seine

¹ Ernst Bauer: *Erzberger. Bilder aus seinem Leben und Wirken, Kämpfen und Leiden*, München 1925, S. 7. Ernst Bauer, ein Vertrauter Erzbergers, war selbst Zentrumspolitiker und Funktionär des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold (s.u.). Vgl. Marcel Böhles: *Im Gleichschritt für die Republik. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Südwesten, 1924 bis 1933*, Essen 2016, S. 125; Christopher Dowe: *Katholische Geschichtspolitik. Öffentliches Erinnern an die Zentrumsführer Matthias Erzberger und Adolf Gröber in der Weimarer Republik*, in: *Die Zentrumspartei im Kaiserreich: Bilanzen und Perspektiven*, hrsg. von Andreas Linsenmann; Markus Raasch, Münster 2015, S. 387–422, hier: S. 409.

² Klaus Epstein: *Matthias Erzberger and the Dilemma of German Democracy*, Princeton/NJ 1959, S. viii. In Deutschland erschienen als: *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, Berlin 1962.

³ Die Mörder Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen waren als Mitglieder des völkischen „Germanenordens“ von der geheimen rechtsextremen „Organisation Consul“ zur Ausschaltung Erzbergers beauftragt worden. Dies war die gleiche Organisation, die auch die Attentate auf Philipp Scheidemann und Außenminister Walther Rathenau 1922 in Auftrag gab. Vgl. Martin Sabrow: *Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution*, Frankfurt 1998, S. 72 und S. 78.



Matthias Erzberger (1875–1921).

politische Basis nicht in seiner überwiegend protestantischen und jüdischen Heimat,⁴ sondern im ober-schwäbischen Biberacher Wahlkreis, für den er 1903 als Zentrumsabgeordneter in den Reichstag einzog. Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass im Mai 1927 an Erzbergers Geburtshaus von der Reutlinger Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold eine große Gedenkfeier initiiert und durchgeführt wurde. Das Reichsbanner war zwar ein republikanischer Schutzbund, gegründet von DDP, SPD und Zentrum; Reutlingen war aber mehrheitlich protestantisch und wählte in erster Linie die Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten – und gedachte hier eines katholischen Zentrums

politikers.⁵ Diese Tatsache wirft die Frage auf, ob die Reaktionen auf Erzbergers Ermordung und das weitere Gedenken Aufschlüsse über die lokale Demokratieentwicklung geben können. Um diese Frage zu klären, werden im Folgenden zunächst die Reaktionen auf Erzbergers Ermordung anhand der lokalen Berichterstattung dargestellt. Dazu gehörten auch Kundgebungen und Demonstrationen, zu denen Sozialdemokraten und Kommunisten aufgerufen hatten und an denen sich die Reutlinger beteiligten. Das öffentliche Gedenken im Reutlinger Raum wurde vor allem durch das 1924 gegründete Reichsbanner geprägt, dessen Reutlinger Ortsgruppe mit ihrer Feier zumindest vorübergehend ins Blickfeld der Erinnerung an Erzberger rückte.

Die Untersuchung stützt sich vornehmlich auf die lokale und regionale Presse, im Einzelnen auf den Reutlinger General-Anzeiger (im Folgenden GEA) und die Schwarzwälder Kreiszeitung (im Folgenden SKZ); relevant

⁴ Nach zeitgenössischen Aussagen gab es in Buttenhausen 420 Protestanten, 33 Katholiken und 150 Juden. In: „Erzberger-Gedächtnisfeier in Buttenhausen,“ in: Anzeiger vom Oberland (künftig: AvO) vom 10. 5. 1927, S. 6.

⁵ Vgl. den Beitrag von Andreas Bauer in diesem Band. Im Beitrag von Gabriel Pscheidt findet sich eine Auflistung der Parteizugehörigkeit im Reutlinger Gemeinderat, dazu auch Wolfgang Jung: Kriege, Brüche, Krisen – Wiederaufstieg. Reutlingen im 20. und 21. Jahrhundert, in: Reutlingen. Von der Reichsstattherrlichkeit zur selbstbewussten Großstadt, hrsg. von Wilhelm Borth u. a., Reutlingen 2013, S. 173–241, hier S. 177. Für das Zentrum saß zwischen 1919 und 1933, mit Ausnahme von 1925, jeweils nur ein Mitglied im Gemeinderat.

sind zudem der Alb-Bote – Münsinger Tagblatt (im Folgenden AB) und für den Vergleich auch die Biberacher Zeitung, der Anzeiger vom Oberland (im Folgenden AvO).

„Allgemein ist man der Ansicht, daß es sich um einen politischen Mord handelt.“ Reaktionen und Berichterstattung in Reutlingen

Die Nachricht vom Mord an Erzberger „ging wie ein Lauffeuer durch Deutschland.“⁶ Anders als bei der Ermordung des USPD-Politikers Karl Gareis nur zwei Monate vorher erregte dieser Mord lang anhaltendes Aufsehen in Deutschland. Zum einen hielten die langwierige Fahndung nach den Mördern und die Aufdeckung der genauen Tathintergründe das Reich lange in Atem. Mehr Aufmerksamkeit aber zog die Ermordung auf sich, da Erzberger nicht nur ein politisches Schwergewicht war, sondern auch einen ambivalenten Ruf genoss.⁷

Was die politische Motivation des Mordes betraf, waren die Meinungen in der Reutlinger Berichterstattung gespalten. Der General-Anzeiger schrieb gleich in der ersten Meldung, dass er im Kontext anderer politischer Morde gesehen werden müsse, die sich in Deutschland „in einem recht bedenklichen Maße“ häuften.⁸ Zweifelsfrei stehe fest, dass es sich bei den Tätern um Fanatiker gehandelt haben müsse und „Erzberger ‚politischer‘ Verbissenheit, Verbohrtheit zum Opfer [gefallen wäre].“⁹ Auch die Schwarzwälder Kreiszeitung setzte die Tat in die Reihe „jener verabscheuungswürdigen Taten, wie sie die nachnovemberliche Zeit in leider schon so großer Zahl geboren“,¹⁰ meldete aber noch am 30. August unter der Überschrift „Kein politischer Mord?“ neue Entwicklungen in der Zeugenvernehmung, die beweisen sollten, dass ein politischer Mord nicht in Frage käme.¹¹

Im Falle eines politischen Mordes war schnell klar, dass die Verdächtigen in rechtsgerichteten Kreisen gesucht werden müssten. Der GEA bezichtigte „die maßlose schändliche Hetze [...], die die Deutschnationalen ohne irgendwel-

⁶ Erinnerungen des Zeitzeugen Alex Möller, in: Ders.: Reichsfinanzminister Matthias Erzberger und sein Reformwerk, Bonn 1971, S. 7.

⁷ M. Sabrow (wie Anm. 3), S. 69. In den Reutlinger Zeitungen waren diese Aspekte fortwährend Bestandteil der Berichterstattung zum Tode Erzbergers, auch noch Jahre später, z. B. „Deutsches Ersuchen um Auslieferung des Erzbergermörders Förster-Schulz“, SKZ vom 26. 8. 1924, S. 1.

⁸ „Erzberger ermordet“, in GEA vom 27. 8. 1921, S. 1. In den vier Jahren nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts wurden 324 politische Morde von der Rechten begangen, 22 von der extremen Linken, M. Böhles (wie Anm. 1), S. 42.

⁹ „Erzberger ermordet“, in: GEA vom 27. 8. 1921, S. 1.

¹⁰ „Matthias Erzberger ermordet“, in: SKZ vom 27. 8. 1921, S. 1.

¹¹ SKZ vom 30. 8. 1921, S. 2.

che moralische Hemmung gegen den Mann inszenierten und unterhielten“ als die „himmelschreiende Wahnsinnstat“ erst ermöglichend.¹² Die SKZ ging auf solche Vorwürfe nur indirekt ein. Vielmehr wurde das, was von anderen Zeitungen als Hetze benannt wurde, bei der SKZ euphemistisch als die „Atmosphäre, die das vielseitige Wirken Erzbergers schuf“ bezeichnet. Sie stellte fest, dass wohl niemand erwartet hätte, dass sich daraus „einmal die Hand recken würde, die den Vielgehaßten mit dem Revolver niederstreckte.“¹³ Dies ist insbesondere deshalb eine überraschende Feststellung, als der Mordanschlag vom 21. August nicht der erste war auf Erzberger. Nach sechs Attentaten, darunter auch im Zuge des Kapp-Putsches,¹⁴ war zuletzt im Januar 1920 in Berlin auf ihn geschossen worden.

Zwar zeigte sich die SKZ im Vergleich zum unverhohlenen Jubel rechtsgerichteter Zeitungen¹⁵ weitaus gemäßigter, jedoch ist eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber Erzberger zu erkennen. Obwohl die Tat verurteilt und betont wurde, dass „der Angriff auf das physische Leben nie das Mittel zum Zweck im politischen Leben sein darf“, solle der Glaube solcher Bevölkerungsteile nicht abgesprochen werden, die in Erzberger einen der „größten Schädlinge des Volkes“ sahen. Erzberger hatte während des Ersten Weltkrieges, im Juli 1917, zusammen mit der Sozialdemokratie und der Fortschrittlichen Volkspartei die Friedensresolution im Reichstag durchgesetzt. Schon damit begann die Hetze gegen Erzberger, die durch seine Unterzeichnung des Waffenstillstands in Compiègne am 11. November 1918 noch mehr Nahrung fand. Die SKZ konnte sich nur soweit durchringen, in diesem Zusammenhang in Erzberger das „gutgläubige Opfer der [...] feindlichen Lügenbrut“ zu sehen.¹⁶ Eindeutig verdammt wurde Erzberger nicht; besonders vorteilhaft beschrieben aber auch nicht. So solle die Geschichte ihr Urteil über den „so überaus umtriebige[n] Parlamentarier“ sprechen. Die SKZ positionierte sich außerdem in der weit verbreiteten negativen Interpretation von Erzbergers Wirken nach Ende des Krieges. Nach der Revolution hatte Erzberger in der Nationalversammlung am Verfassungsentwurf teilgenommen, sich für die Annahme des Friedensvertrages eingesetzt und in den ersten beiden Koalitionsregierungen mitgewirkt. Diese politische Verantwortung zu übernehmen hieß auch, Verantwortung für die „nationale Demütigung“, die der Verlust des Krieges und der Versailler Vertrag dem deutschen Volk

¹² „Erzberger ermordet“, in: GEA vom 27.8.1921, S. 1.

¹³ „Matthias Erzberger ermordet“, in: SKZ vom 27.8.1921, S. 1.

¹⁴ Der Erzberger-Mord. Dokumente menschlicher und politischer Verkommenheit, Bülh 1921, S. 75.

¹⁵ Der Jubel über die Tat war so verbreitet, dass ein Kreis von Erzberger-Unterstützern eine Art Verteidigungsschrift veröffentlichte, in der die Reaktionen auf der Straße und in der Presse zusammengetragen wurden: Der Erzberger-Mord (wie Anm. 14).

¹⁶ „Matthias Erzberger ermordet“, in: SKZ vom 27.8.1921, S. 1.

beschert hatten, zu übernehmen.¹⁷ Als Reichsfinanzminister von Juni 1919 bis März 1920 zog er zudem durch seine umfassende Finanz- und Steuerreform den Unmut vermögender Bevölkerungsteile auf sich.¹⁸ Die SKZ zählte sich also nicht zu den Freunden, die Erzberger „besonders in unserem engeren Vaterlande [fand]“¹⁹ und begründete ihre Distanz aus ihrer Sicht von Kriegsende, Revolution und ersten Jahren der Republik.

Im Vergleich hierzu können im GEA Tendenzen in eine ganz andere Richtung erkannt werden. Auch diese Reutlinger Zeitung stellte die Mittel infrage, mit denen Erzberger ans Werk ging, hob aber seine Arbeit für das Vaterland mit durchweg lauterem Motiven, „unermüdlicher Tatkraft, seltener Energie und ganz hervorragender Begabung“ hervor.²⁰ Auffallend ist der auszugsweise Abdruck von Erzbergers Memoiren „Erlebnisse im Weltkrieg“,²¹ womit auch seine publizistische Tätigkeit gewürdigt wurde.²² Dies ist insbesondere deshalb bezeichnend, weil damit Erzbergers eigene Darstellung der Geschehnisse, die ihn zu einer solch umstrittenen Person gemacht hatten, nochmals in die Öffentlichkeit getragen wurde. Im Leitartikel derselben Ausgabe wurde der reaktionären Presse vorgeworfen, „ihre Betrachtungen über die Ermordung Erzbergers mit Beschimpfungen der Republik“²³ zu verbinden. Die Berichterstattung des GEA schien auf diese Weise dem Ziel der rechtsgerichteten Presse, die Republik durch Angriffe auf die Person Erzbergers zu schwächen, entgegenwirken zu wollen.

Auch die dezidiert politische Berichterstattung zur Beisetzung Erzbergers schien sich ganz nach dieser Agenda zu richten. Anders als zunächst von den Angehörigen geplant, wurde Erzberger nicht in Berlin bestattet, sondern im oberschwäbischen Biberach, dessen katholische Kirchengemeinde ein Ehrengrab gestiftet hatte. Die Beisetzung am 31. August 1921 mit 30.000 Trauer Gästen, einschließlich zahlreicher hochkarätiger Prominenz der Reichs- und Landespolitik, wurde zu einem großen öffentlichen Ereignis in der 10.000-Einwohner-Stadt. Im etwa achtzig Kilometer entfernten Reutlingen übernahm die SKZ den Bericht einer Nachrichtenagentur, den sie in einer Spalte auf der zweiten Seite wiedergab.²⁴ Er fasst in aller Kürze die Zeremonie und punktuell einzelne Reden zusammen. Obwohl sehr sachlich formuliert, kommt eine gewisse Verwunderung über den politischen Aspekt der Feier

¹⁷ Andreas Wirsching: Die paradoxe Revolution 1918/19, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 50/51 (2008), S. 6–12, hier: S. 9.

¹⁸ Rudolf Morsey: Matthias Erzberger (1875–1921), in: *Politische Köpfe aus Südwestdeutschland*, hrsg. von Reinhold Weber; Ines Mayer, Stuttgart 2005, S. 84–93, hier: S. 89.

¹⁹ „Matthias Erzberger ermordet“, in: SKZ vom 27. 8. 1921, S. 1.

²⁰ „Erzberger ermordet“, in: GEA vom 27. 8. 1921, S. 1.

²¹ Matthias Erzberger: *Erlebnisse im Weltkrieg*, Stuttgart-Berlin 1920.

²² „Aus Erzbergers Memoiren“, in: GEA vom 1. 9. 1921, S. 5–6.

²³ „Für die Republik“, GEA vom 1. 9. 1921, S. 1.

²⁴ „Erzbergers Beisetzung in Biberach“, in: SKZ vom 1. 9. 1921, S. 2.

zum Tragen. Der GEA wiederum fokussierte in seinem dreispaltigen Bericht auf der ersten Seite ganz die Eigenschaft der Feier als „imposante[n] politische[n] Akt.“²⁵ Von der Zeremonie wurde in aller Kürze berichtet, um dann auf die politischen Gäste und deren Beiträge einzugehen. Zur Beerdigung reiste eine Vielzahl von Politikern an, neben Ministern und Abgeordneten aus Reich und Ländern auch Reichskanzler Josef Wirth (Zentrum) und Reichstagspräsident Paul Löbe (MSPD). Der Nachruf Wirths auf seinen Parteikollegen wurde im Ganzen abgedruckt und bezeugte den in der Tat stark politischen Charakter der Trauerfeier. Umso mehr, da er „von Kundgebungen der Zustimmung, sogar des Beifalls am Grabe begleitet“ wurde. In seinen Ausführungen sprach er all die Punkte an, die Erzberger von nationalistischen Kreisen vorgeworfen wurden – Compiègne, Versailles, Finanzreform – deutete sie um und hielt mit dieser Rechtfertigung den „schützenden Schild über ihn.“ Einerseits Nachruf, andererseits aber tatsächlich energischer Mahnruf: „Deutsches Volk wache auf [...]. Folge dem Stern des demokratischen Volksstaates!“ Der Bericht im Allgemeinen und die Zitate von Wirth und des USPD-Abgeordneten Adolf Geck im Besonderen stehen nicht allein, sondern können zumindest im GEA in die am selben Tag stattfindenden Protestveranstaltungen eingereiht werden.

„Der sozialistische Erzbergertag“: Kundgebungen und Demonstrationen

Am Tag von Erzbergers Beisetzung wurden im ganzen Deutschen Reich Kundgebungen abgehalten. Zeitgenössische Angaben sprachen von Zehntausenden Teilnehmern in größeren Städten,²⁶ in Berlin sogar von einer halben Million.²⁷ Zu den Demonstrationen „[g]legen den politischen Mord – für die Republik!“ hatten allen voran die beiden sonst zerstrittenen sozialdemokratischen Parteien aufgerufen, ebenso die KPD. Diese forderte die Bildung einer „sozialistische[n] Einheitsfront in Württemberg,“ was von der USPD mit der Begründung abgelehnt wurde, der KP keine „Zutreiberdienste“ leisten zu wollen. Dies hinderte die Kommunisten allerdings nicht daran, sich den Gruppen dennoch anzuschließen.²⁸

Auf dem Reutlinger Karlsplatz, wo sich etwa 2000 Menschen zur Kundgebung versammelt hatten, führte dieses widerwillige Miteinander zu einer

²⁵ Im Folgenden: „Erzbergers Bestattung“, in: GEA vom 1. 9. 1921, S. 1.

²⁶ Für Karlsruhe nannte der AB (1. 9. 1921, S. 2) 30.000, für Mannheim 35.000. Für Stuttgart lagen die Zahlen zwischen 10.000 (SKZ vom 1. 9. 1921, S. 2), 15.000 (GEA vom 1. 9. 1921, S. 2) und 20.000 (AB).

²⁷ „Ruhiger Verlauf der Demonstrationen“, in: GEA vom 1. 9. 1921, S. 2.

²⁸ „Eine sozialistische Einheitsfront in Württemberg“, in: SKZ vom 30. 8. 1921, S. 1.

Situation, die nur von der SKZ dargestellt wurde:²⁹ Jakob Kurz, württembergischer Landtagsabgeordneter der SPD und Reutlinger Gemeinderat, stieg gerade auf einen Tisch an einer Mauer, um für die sozialistischen Parteien und die Freien Gewerkschaften das Wort zu ergreifen, als das KPD-Mitglied Gustav Ohnsmann aus Esslingen genau das Gleiche tat, allerdings in der Mitte des Platzes. Dass die Zahl der Zuhörer um Ohnsmann doppelt so groß wurde wie die um Kurz, erklärte sich die SKZ mit der Tendenz der Masse zur „jeweils schärferen Tonart“ sowie dem „menschlichen Unterhaltungsbedürfnis.“ Dies sei in Deutschland wohl „kein psychologisches Rätsel“ mehr. Ohnsmanns Ausführungen, dominant aufgrund seines „kräftigeren Organ[s]“, hätten sich gegen die rednerische Konkurrenz gerichtet und für den Kampf der Kommunisten und die Revolutionierung der Arbeiterschaft geworben. Nachdem Jakob Kurz, der den anderen Teil der Versammlung zur „Verteidigung der Errungenschaften der Revolution und der Verfassung“ aufgerufen hatte, seine Rede nach einer halben Stunde beendete, sprach Arbeitersekretär und Gemeinderat Paul Müller von der „Abscheu und der Entrüstung der Reutlinger Arbeiterschaft über den Meuchelmord an Erzberger“, um dann die allgemeinen sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Forderungen kundzutun, die auch in anderen Städten vorgebracht wurden. Mit einem „dreifachen Hoch auf die deutsche Republik und den internationalen Sozialismus“ wurde die Erklärung von der Versammlung angenommen.

Auch der GEA berichtete über eine zweigeteilte Massendemonstration, allerdings ohne die kommunistischen Ausführungen Ohnsmanns wiederzugeben oder unterschiedliche Versammlungsgrößen zu erwähnen.³⁰ Jakob Kurz hingegen wurde mit den Worten zitiert, Erzberger „habe sein Leben lassen müssen, weil er als einziger Mann aus den bürgerlichen Parteien gemeinsame Interessen mit der Sozialdemokratie gehabt habe.“ Nach einer Wiedergabe der allgemeinen Forderungen wurde berichtet, dass einige der Zuhörer nach Ende der MSPD-Veranstaltung noch dem kommunistischen Redner zuhörten, der sich weitere zehn Minuten „im anderen Lager ereiferte“. Insgesamt scheint die Veranstaltung nicht sehr viel länger als eine halbe Stunde gedauert zu haben. Während der GEA einen klaren Fokus auf die sozialdemokratische Kundgebung und deren Forderungen legte, ging es im Bericht der SKZ hauptsächlich darum, eine Demonstration „unter dem Zeichen maßloser Angriffe gegen diejenigen Volkskreise und Einzelpersonen, denen man skrupellos die Grundschuld an dem ruchlosen Attentat auf Erzberger“ zu delegitimieren: Auch in den „Tagen der sozialistischen Einheitsfront“ seien die Gegensätze zwischen MSPD/USPD und KPD in Württemberg sichtbar gewesen und beide Gruppen hätten sich jeweils zu übertönen versucht.³¹

²⁹ Im Folgenden: „Aus der Kreishauptstadt,“ in: SKZ vom 1. 9. 1921, S. 3.

³⁰ Im Folgenden: „Stadt und Land,“ in: GEA vom 1. 9. 1921, S. 2.

³¹ „Aus der Kreishauptstadt,“ in: SKZ vom 1. 9. 1921, S. 3.

Die Ermordung Erzbergers bildete für die Organisatoren der Kundgebung aber wohl nur den Anlass zur allgemeinen Entrüstung, die geeignet war, die Massen zu mobilisieren. Der Anlass für diese Entrüstung und die bei der Kundgebung erhobenen Forderungen klappten allerdings weit auseinander. So richteten sich die Demonstranten beispielsweise gegen Frontkämpfertage und militaristische Veranstaltungen und beharrten auf dem Erhalt des Achtsturentages.³² Im Aufruf der KPD, an Kundgebungen „gegen Hunger und politischen Meuchelmord“ teilzunehmen, kann man noch viel deutlicher erkennen, dass hier die Gelegenheit genutzt wurde, verschiedenste Missstände anzuprangern.³³ Die Parolen und Forderungen der verschiedenen Gruppierungen veranschaulichen also die zeitgenössischen politischen Interpretationen des Mordes. Wie der marxistische Historiker Wolfgang Ruge erläuterte, sah ihn die KPD „als erneutes Symptom dafür an, daß die Konterrevolution im Begriff war, zum endgültigen Schlag gegen die [...] Errungenschaften der Novemberrevolution von 1918/19 auszuholen.“³⁴ Daher offenbar auch der Aufruf zu einer geschlossenen Front mit den Sozialdemokraten. Diese wiederum sahen in der Ermordung keinen Angriff auf eine Person, sondern auf die Neuordnung nach der Revolution – d. h. auf Republik und Verfassung.

Auch die DDP rief zu einer „geschlossene[n] Front aller Verfassungsfreunde“ auf, insbesondere mit den Regierungsparteien.³⁵ In Berlin nahm sie auch an den Kundgebungen teil, was allerdings die Ausnahme gewesen zu sein scheint. Das Zentrum fehlte in der Berichterstattung völlig; dieses organisierte gemeinsam mit den christlichen Gewerkschaften eigene Protestveranstaltungen sowie viele lokale Trauer- und Gedächtnisfeiern nach der Beerdigung,³⁶ wie beispielsweise am 4. September in Stuttgart.³⁷ Zu Kundgebungen riefen die Zentrumsparterie, deren Reichstagsfraktion, der Reichsverband deutscher Windthorstbunde und sogar die evangelischen Mitglieder des Zentrums auf.³⁸ Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes sprach sich gegen eine Teilnahme an den Kundgebungen aus, da er sich gegen eine „geräuschvolle Straßenpolitik“ wandte.³⁹

Dass die SKZ den Tag der Kundgebungen als „sozialistische[n] Erzbergertag“⁴⁰ beschrieb, unterstreicht zum einen die Instrumentalisierung eines der führenden Zentrums Politiker durch die sozialistischen Parteien, die auch

³² „Stadt und Land,“ in: GEA vom 1. 9. 1921, S. 2.

³³ „Aufrufe zu Massendemonstrationen“, in: GEA vom 30. 8. 1921, S. 1.

³⁴ Wolfgang Ruge: Matthias Erzberger. Eine politische Biographie, Berlin, 1976, S. 7.

³⁵ „Eine Kundgebung der Deutschen Demokratischen Partei“, in: SKZ vom 31. 8. 1921, S. 2.

³⁶ C. Dowe, Katholische Geschichtspolitik (wie Anm. 1), S. 393–394.

³⁷ „Die Stuttgarter Gedächtnisfeier für Erzberger“, in: SKZ vom 5. 9. 1921, S. 2.

³⁸ Der Erzberger-Mord (wie Anm. 14), S. 115–118.

³⁹ „Der christlich-nationale Gewerkschaftsbund gegen geräuschvolle Straßenpolitik“, in: SKZ vom 30. 8. 1921, S. 1–2.

⁴⁰ „Der sozialistische Erzbergertag“, in: SKZ vom 1. 9. 1921, S. 2.

angesichts Erzbergers Zugehörigkeit zum linken Flügel des Zentrums⁴¹ paradox erschien. Zum anderen illustriert der Titel auch das seltene Moment einer Zusammenarbeit von MSPD und USPD, die sich dann aber wiederum gemeinsam von den bürgerlich-liberalen und konservativen Parteien einerseits und den Kommunisten andererseits abgrenzten. Der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann, zur Zeit der Ermordung noch Student, bezeichnete das „entschlossene und geschlossene Eintreten der Sozialisten für diesen bürgerlichen Politiker“ noch vor den Kundgebungen als herausragendes Zeichen und sah darin auch die „große Dummheit“ der Tat vonseiten derer, die sich ganz andere Ergebnisse erhofft hatten.⁴² Der überaus friedliche Verlauf der Demonstrationen überall im Reich ließ es nicht zu einem Aufstand der Linken, einer Volksfront gegen die Republik und damit einem Putsch von Rechts kommen.⁴³

Auch diese hohe Zahl an Kundgebungsteilnehmern wurden bei den Demonstrationen nach Walther Rathenaus Ermordung im Juni 1922 noch übertroffen, ebenso die Breite des politischen Spektrums.⁴⁴ Die allgemeine Aufgebrachtheit nach Erzbergers Ermordung schien von nur kurzer Dauer gewesen zu sein. Was sich hingegen lange in den Zeitungen hielt, war die Suche nach den Mördern und die Aufdeckung der Tathintergründe. Die Frankfurter Zeitung kommentierte nach Rathenaus Ermordung und der einhergehenden allgemeinen Empörung, dass „auch damals Entrüstung [aufflammte]. Doch das Feuer flackerte nur kurz, dann fiel es zusammen in der allgemeinen Müdigkeit und geistigen Ermattung [...]“⁴⁵ Was also blieb in Reutlingen von dieser Empörung in den Jahren nach 1921?

⁴¹ Erzberger galt in gegnerischen Kreisen als „schwarzer Sozialdemokrat“, vgl. E. Bauer (wie Anm. 1), S. 156.

⁴² Gustav Heinemann, Tagebucheintrag, 29. 8. 1921, zitiert in: Günter Randecker: Der gute Geist von Buttenhausen oder: Die Alternative zum „Geist von Potsdam“, in: Matthias Erzberger. „Reichsminister in Deutschlands schwerster Zeit.“ Essays zur Ausstellung, hrsg. von Wolfgang Michalka, Potsdam 2002, S. 13–34, hier: S. 19.

⁴³ Wolfgang Michalka: Vom „Dolchstoß“ zum politischen Mord. Matthias Erzberger in der Strategie terroristischer Gegenrevolution, in: „Reichsminister in Deutschlands schwerster Zeit“ (wie Anm. 42), S. 83–94, hier: S. 90–92.

⁴⁴ In Berlin z. B. gingen eine Million Menschen auf die Straßen, in München und Chemnitz je 150.000, in Hamburg und Breslau je 100.000, vgl. M. Sabrow (wie Anm. 3), S. 94; hier nahmen auch Zentrumsmitglieder teil, obwohl sie den Demonstrationen generell eher distanziert gegenüberstanden und die Reichstagsfraktion eine Teilnahme ablehnte (ebd., S. 96). In Reutlingen demonstrierten mehrere Tausend auf dem Marktplatz unter einem fast gleichlautenden Motto wie bei den Erzberger-Kundgebungen („Der Protest auf dem Marktplatz“, in GEA vom 28. 6. 1922, S. 2).

⁴⁵ Frankfurter Zeitung vom 25. 6. 1922, zitiert in: M. Sabrow (wie Anm. 3), S. 107.

Erinnerungskultur und öffentliches Gedenken an Erzberger

Vergleicht man die Berichterstattung der Münsinger mit der Biberacher Zeitung nach der Ermordung, so erweckt sie den Eindruck, dass die familiäre Heimat Erzbergers im Laufe seines Lebens gänzlich durch die politische Wahlheimat ersetzt wurde. Im Alb-Boten vom 29. August wurde auf der zweiten Seite in einem kurzen biographischen Abriss erwähnt, dass Erzberger „am 20. September 1875 in Buttenhausen [Oberamt] Münsingen als Sohn eines Briefträgers geboren [wurde]“. ⁴⁶ Erzberger war kein mit Stolz genannter Sohn der Gemeinde, sondern blieb in konfessioneller wie politischer Hinsicht ⁴⁷ ein Außenseiter. Statt Buttenhausen entwickelten sich deshalb Erzbergers letzte Ruhestätte in Biberach sowie Bad Griesbach als Sterbeort zu den wichtigsten Erinnerungsorten. ⁴⁸ Jedes Jahr an Erzbergers Todestag wurden beide Orte Schauplätze von Gedenkfeiern, meistens organisiert von der badischen bzw. der württembergischen Zentrumsparlei. In Bad Griesbach entstand kurz nach Erzbergers Ermordung ein kleines Denkmal, ein Marterl. Schon bei der Beerdigung erfolgte ein Spendenaufruf zugunsten einer „Sühnekapelle“. ⁴⁹ In Biberach wurde am ersten Todestag 1922 ein Denkmal auf Erzbergers Grab eingeweiht, das die Beweinung Christi in Lebensgröße zeigt. Die Inschrift griff einen Bibelvers aus der Trauerrede des vorigen Jahres auf: „Größere Liebe hat niemand als die, daß einer sein Leben hingibt für seine Freunde“ (Johannes 15,13). ⁵⁰ Trotz der anschließenden politischen Kundgebung in der Biberacher Turnhalle überwog hier der kirchlich-religiöse Aspekt des Erzberger-Gedenkens. Diese Feiern waren insgesamt, ähnlich dem Begräbnis, zwar mit (zentrums-)politischen Elementen versehen, der Rahmen aber blieb ein katholisch-religiöser, wodurch der Teilnehmerkreis automatisch eingeschränkt wurde. ⁵¹

Während der AvO nicht nur regelmäßig in aller Ausführlichkeit an Erzbergers Todestagen mit Nachrufen und Berichten von Gedenkfeiern erinnerte, wurde seiner in den Reutlinger Zeitungen weniger gedacht. Die SKZ ver-

⁴⁶ „Die Ermordung Erzbergers“, in: AB, 29. 8. 1921, S. 2.

⁴⁷ Buttenhausen war mehrheitlich nationalliberal eingestellt, vgl. Mike Münzing: Erzberger – aus heutiger Sicht als Buttenhäusener, in: Matthias Erzberger 1875–1921. Patriot und Visionär, hrsg. von Christoph E. Palmer, Thomas Schnabel, Stuttgart/Leipzig 2007, S. 178–200, hier: S. 179.

⁴⁸ Christopher Dowe: Bad Griesbach, Biberach, Buttenhausen. Orte der Erinnerung an Matthias Erzberger, einen Wegbereiter der deutschen Demokratie, in: Baden-württembergische Erinnerungsorte, hrsg. von Reinhold Weber u.a., Stuttgart 2012, S. 418–427, hier: S. 422–424.

⁴⁹ Die Inflation 1923 vernichtete die gesammelten Spendengelder, sodass die Kapelle erst 1931 eingeweiht werden konnte.

⁵⁰ „Gedächtnisfeier für Erzberger,“ in: AvO vom 28. 8. 1922, S. 2.

⁵¹ Vgl. C. Dowe: Bad Griesbach, Biberach, Buttenhausen (wie Anm. 48), S. 424; Ders.: Matthias Erzberger. Ein Leben für die Demokratie, Stuttgart 2011, S. 10.



Das Geburtshaus Matthias Erzbergers in der Buttenhausener Mühlsteige. Im Hintergrund die 1938 zerstörte Synagoge.

öffentliche 1922 noch eine Meldung, in der von der Einweihung des Grabdenkmals berichtet wurde;⁵² etwas ausführlicher berichtete der GEA über die Feier.⁵³ Im „Krisenjahr“⁵⁴ 1923 gab es ungeachtet der Abhaltung einer Trauerfeier in Biberach weder im GEA noch in der SKZ oder im AB eine Meldung.⁵⁵ Im Jahr der Reichsbannergründung 1924 änderte sich dies zumindest im GEA. Nun wurde berichtet, dass die württembergische Reichsbanner-Gauleitung an Erzbergers Todestag im Auftrag des Bundesvorstandes einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife und der Widmung „in dankbarer Erinnerung“ am Grab niedergelegt und die Witwe Erzbergers besucht habe. Obwohl die Zentrumsparterie bislang über die „Erinnerungshoheit“ verfügte, bemerkte der GEA, dass, „wie es scheint, auch die Zentrumsparterie“ einen Kranz niedergelegt habe. Dieser Bemerkung angefügt wurde, dass es für das Reichsbanner „Ehrenpflicht [sei], des aufrechten Kämpfers für Reichseinheit,

⁵² „Württemberg und die Nachbarländer“, in: SKZ vom 28. 8. 1922, S. 2.

⁵³ „Gedächtnisfeier für Erzberger“, in: GEA vom 25. 8. 1922, S. 3.

⁵⁴ Edgar Vincent Viscount D’Abernon: *The Years of Crisis, June 1922 – December 1923*, vol. ii of: *An Ambassador of peace. Pages from the Diary of Viscount D’Abernon*, London, 1929–1930.

⁵⁵ Selbst vom AvO gab es nur eine kurze Meldung in diesem Jahr (AvO vom 25. 8. 1923, S. 2).

Republik und Demokratie zu gedenken.“⁵⁶ Dies war ein erstes Zeichen dafür, dass das Reichsbanner Interesse an einer Aufnahme Erzbergers in ihre eigene Erinnerungskultur hatte. Die „kirchlich-katholischen Erinnerungsformen“⁵⁷ der Gedenkfeiern an Sterbeort und Grab hatten ein Vakuum für ein positives, nicht-katholisches, nicht-kirchliches, republikanisches Erinnern entstehen lassen. In dieses Vakuum trat schließlich die Ortsgruppe Reutlingen des Reichsbanners und machte dabei nun Gebrauch von Erzbergers Geburtshaus in Buttenhausen.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold: Die Ortsgruppe Reutlingen

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wurde im Februar 1924 in den Nachwirkungen des „Krisenjahres“ 1923 und als Antwort auf die Bedrohungen der Republik in Magdeburg gegründet.⁵⁸ Der Kampf der Rechten gegen die Verfassung und die Ermordung von Vertretern der Republik hätten die Dringlichkeit verstärkt, „daß die Republikaner aller Schattierungen sich zu einem Bunde zusammenscharten und das Reichsbanner [...] gründeten.“⁵⁹ Auch das Zentrum erkannte, besonders unter dem Eindruck des Erzberger-Mordes, die Notwendigkeit eines solchen Bundes an und wurde neben DDP und SPD zu einer Trägerpartei.⁶⁰ Obwohl die eigenen Angaben von drei Millionen Mitgliedern⁶¹ übertrieben waren – tatsächlich lag die Zahl nie bei mehr als einer Million⁶² – war das Reichsbanner letztendlich die einzige nennenswerte überparteiliche republikanische Bewegung in der Weimarer Republik.⁶³ Die Sozialdemokraten machten dabei die überwältigende Mehrheit aus,⁶⁴ so auch im 4000 Mann starken württembergischen Reichsbanner.⁶⁵

In Reutlingen schlossen sich bereits im August 1924 „[e]ine große Anzahl ehemaliger Kriegsteilnehmer und andere republikanisch gesinnte Männer aus allen Bevölkerungskreisen [...] zu einer Ortsgruppe [zusammen].“⁶⁶ Die Gruppe muss wohl allein aufgrund der politischen Tendenz in Reutlingen vornehmlich aus deutsch-demokratisch- und sozialdemokratisch orientierten

⁵⁶ „Ehrung Erzbergers durch das Reichsbanner –Schwarz-Rot-Gold“, in: GEA vom 29. 8. 1924, S. 6.

⁵⁷ C. Dowe: Bad Griesbach, Biberach, Buttenhausen (wie Anm. 1), S. 424.

⁵⁸ M. Böhles (wie Anm. 1), S. 11.

⁵⁹ E. Bauer (wie Anm. 1), S. 153.

⁶⁰ Karl Rohe: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966, S. 54.

⁶¹ E. Bauer (wie Anm. 1), S. 153.

⁶² K. Rohe (wie Anm. 60), S. 73.

⁶³ M. Böhles (wie Anm. 1), S. 9.

⁶⁴ Rohe nennt Anteile von 80–90 Prozent, in: K. Rohe (wie Anm. 60), S. 266.

⁶⁵ M. Böhles (wie Anm. 1), S. 64.

⁶⁶ „Stadt und Land: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, in: GEA vom 27. 8. 1924, S. 2.

Männern bestanden haben. Außer beispielsweise in Ludwigsburg (mit Ernst Bauer als prominentem Mitglied) war dies fast überall in Württemberg der Fall.⁶⁷ Erster Vorsitzender war der Sozialdemokrat Eberhard Vollmer, Zweiter Vorsitzender der Reutlinger Ortsgruppe war Hans Freytag, der für die DDP im Gemeinderat saß und als Mitbesitzer und Verlagsleiter des GEA dem Reichsbanner eine wohlgesonnene Presse verschaffen konnte.⁶⁸

Schon zu Beginn bekam die Gruppe Gegenwind von einem in der SKZ abgedruckten Leserbrief, der sich gegen einen Beitritt zum Reichsbanner aussprach.⁶⁹ Den Gründern wurden unter anderem „nicht anzuzweifelnde Partei-Interesse[n]“ unterstellt. Auf diese Zuschrift antwortete Vollmer mit einem Artikel im GEA, allerdings ohne den Vorhaltungen des „Herr[n] Pseudonymus“ bezüglich der „Parteischablone“ des Reichsbanners substantiell etwas zu entgegnen.⁷⁰ Trotz solcher vereinzelter öffentlichen Kritik konnte nach einem Jahr bereits die Bannerweihe vorgenommen werden. An der zweitägigen Veranstaltung – Bannerweihe am 5. und „republikanisch-vaterländische Kundgebung“⁷¹ am 6. September 1925 – nahmen etwa 1500 Mitglieder aus ganz Württemberg teil,⁷² darunter die Ortsgruppen Stuttgart, Ulm, Esslingen, Rottweil und Ludwigsburg.⁷³ Als prominente Gäste waren unter anderen Bundesausschussmitglied Dr. Theodor Bohner (DDP) aus Magdeburg und der württembergische Gauvorstand des Reichsbanners Alfons Buse anwesend, zudem der Reutlinger Oberbürgermeister Emil Hepp und Mitglieder des Gemeinderats. In seiner Rede am 5.9. in der restlos gefüllten ‚Bundeshalle‘ sprach Vollmer von einer 500 Mitglieder starken Ortsgruppe.⁷⁴ Laut Polizeibericht lag die Größe des Reutlinger Reichsbanners zu der Zeit jedoch nur bei 350 Mitgliedern. Bis 1931 sollten noch weitere hundert

⁶⁷ M. Böhles (wie Anm. 1), S. 64.

⁶⁸ Eberhard Vollmer (1886–1976) war Verwaltungsobersekretär beim Tiefbauamt und saß als sozialdemokratischer Gewerkschafter im Stadtrat. Im März 1933 trat er aus der Partei aus und verließ den Stadtrat. Vgl. Manfred Maul-Ilg: *Machtübernahme und Gleichschaltung, in: Reutlingen 1930–1950. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit*, hrsg. von Stadt Reutlingen, Reutlingen 1995, S. 42–73, hier: S. 47. Hans Freytag (1880–1945) war außerdem Gründer der späteren Papiergroßhandlung Packma H. Freytag & Söhne. Er war bis 1930 Stadtrat, wurde aber im April 1933 inhaftiert und im folgenden November vom GEA entlassen. Vgl. G. Randecker: „Der gute Geist von Buttenhausen“, S. 21; M. Maul-Ilg, S. 50; Ute Ströbele: *Luftschutz in Reutlingen. Propaganda und Realität, in: Reutlingen 1930–1950*, S. 217–230, hier: S. 225.

⁶⁹ „Öffentlicher Sprechsaal: Verein Reichsbanner“, in: SKZ vom 26. 8. 1924, S. 4.

⁷⁰ „Verein Reichsbanner!“, in: GEA vom 30. 8. 1924, S. 6.

⁷¹ „Bannerweihe der Ortsgruppen Reutlingen und Unterhausen des Reichsbanners“, in: GEA vom 7. 9. 1925, S. 2.

⁷² M. Böhles (wie Anm. 1), S. 54.

⁷³ „Bannerweihe der Ortsgruppen Reutlingen und Unterhausen des Reichsbanners“, in: GEA vom 7. 9. 1925, S. 2.

⁷⁴ Ebd.

dazukommen.⁷⁵ Marcel Böhles ordnet die Größe der Reutlinger Gruppe nach Stuttgart (1600), Ulm (300) und Schwenningen (250) ein.⁷⁶ Welche Zahl auch korrekt gewesen sein mag, Vollmer stellte jedenfalls hohe Erwartungen an die Ortsgruppe: „Wir in Reutlingen werden ein Eckpfeiler nicht nur im Gau Württemberg, sondern überhaupt in der ganzen Reichsbannerbewegung sein.“⁷⁷ Vor diesem Hintergrund sollte meines Erachtens auch die Gedächtnisfeier für Erzberger in Buttenhausen knapp drei Jahre später gesehen werden, auch wenn die Motivation hinter der Reutlinger Initiative sicherlich vielfältig war. Schon in seiner Rede zur Fahnenweihe sprach Alfons Buse von der „besondere[n] Ehre für das Reichsbanner Württemberg [...], als vor einigen Tagen in Biberach am Grabe eines der größten Staatsmänner die junge deutsche Republik die Fahnen senken konnte, als wir eine Gedächtnisfeier für Erzberger dort abhielten.“⁷⁸ Eine noch viel größere Ehre könnte dann also die Stiftung einer Gedenktafel an seinem Geburtshaus darstellen.

Demokratisch-republikanische Erinnerung: Die Erzberger-Gedenkfeier des Reichsbanners 1927

Trotz aller republikanischer Gesinnung muss es zunächst eigenartig erscheinen, dass gerade das Reichsbanner, zudem eine Ortsgruppe mit wohl sozialdemokratischer und demokratischer Mehrheit, eine Gedächtnisfeier zu Ehren Erzbergers organisierte. Dazu ist es wichtig zu verstehen, welche Rolle Erzberger in deren Erinnerungskultur allgemein spielte. Erinnerungskultur und -politik generell waren wichtige Tätigkeitsfelder des Reichsbanners, da sie Identität und Eigenwahrnehmung stärkten und alternative Symbole und Deutungen in der umkämpften Weimarer Republik anboten. Dazu gehörten neben der Feier des Verfassungstages am 11. August,⁷⁹ der Tradition von 1848 und den Farben Schwarz-Rot-Gold auch das Andenken an republikanische Märtyrer.⁸⁰ Die zeitgenössischen Politiker, die dieses Andenken dominierten, waren Friedrich Ebert (SPD), verstorben am 28.2.1925,⁸¹ Walther Rathenau

⁷⁵ Manfred Maul-Ilg: „Reutlingen war ein harter Boden“ – Anfänge und Aufstieg der NSDAP in Reutlingen, in: Reutlingen 1930–1950 (wie Anm. 68), S. 11–41, hier: S. 39.

⁷⁶ M. Böhles (wie Anm. 1), S. 64.

⁷⁷ „Bannerweihe der Ortsgruppen Reutlingen und Unterhausen des Reichsbanners“, in: GEA vom 7.9.1925, S. 2.

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Siehe den Beitrag von Miriam Adler in diesem Band.

⁸⁰ Zur Symbolpolitik und Erinnerungskultur siehe M. Böhles (wie Anm. 1), S. 129–188.

⁸¹ Obwohl Ebert keinem Mord zum Opfer fiel, wurde er in die Gruppe der Märtyrer aufgenommen, da er aufgrund eines von nationalistischer Seite angeregten Prozesses seine Blinddarmentzündung zu lange verschleppte und in der Folge starb, vgl. Georg Kotowski: Ebert, Friedrich, in: Neue Deutsche Biographie Bd. 4 (1959), S. 254–256.

(DDP, am 24. 6. 1922 ermordet) und eben Matthias Erzberger. Im Gründungsauftrag des Reichsbanners für Württemberg beispielsweise wurden die Morde an Erzberger und Rathenau explizit als Angriffe auf die Republik bezeichnet und für Beitritte geworben.⁸² Mit Erzberger, Rathenau und Ebert konnte also eine „erinnerungspolitische Trias“⁸³ hergestellt werden, die alle drei Reichsbannerparteien einschloss und überparteiliche Identität stärkte. Erzbergers Aufnahme erklärt sich nicht nur durch seine Opferrolle, sondern auch durch seinen bis 1917 zurückreichenden Einsatz für Republik und Parlamentarismus.⁸⁴ Zudem würdigte man ihn wegen der gemeinsamen Feinde im traditionellen, schwarz-weiß-roten Lager.⁸⁵ Mit diesen drei republikanischen „Märtyrern“ hatte das Reichsbanner also parteiübergreifende Referenzpunkte, die sich auch im öffentlichen Raum zeigen sollten. So setzte es sich für die Umbenennung von Straßen und Plätzen ein⁸⁶ sowie für den Bau von Denkmälern, die oft auch den drei Politikern gemeinsam gewidmet wurden. Solche Denkmäler wurden zum Beispiel in Essen, Dortmund, Witten und Osnabrück errichtet.⁸⁷ Zudem wurde der „Trias“ auch durch Beiträge in der Reichsbanner-Presse gedacht, so zu Erzbergers fünftem Todestag 1926.⁸⁸

Dem Reichsbanner im Südwesten kam aufgrund von Erzbergers Herkunft eine besondere Rolle bei dessen Gedenken zu. Die Ortsgruppe Ulm beispielsweise organisierte eine Gedenkfeier in Biberach aus Anlass seines 50. Geburtstages, zu der mehrere Hundert Mitglieder anreisten.⁸⁹ Am Geburtshaus Erzbergers eine Gedenktafel anbringen zu lassen und dies mit einer groß angelegten Kundgebung zu verbinden, mag für die Ortsgruppe Reutlingen auch eine Gelegenheit gewesen sein, vom regionalen Bezug zum Ermordeten Gebrauch zu machen und um dadurch möglicherweise stärker in Erscheinung zu treten, in Vollmers Worten zum „Eckpfeiler“ der Reichsbannerbewegung zu werden.

Warum die Feier nicht wie angekündigt im Herbst 1926 stattfand, sondern im Mai 1927, ist nicht bekannt. Möglicherweise hatte der bereits im August angekündigte Redner Carl Diez, der Tatzeuge des Mordes war, andere

⁸² Schwäbische Tagwacht vom 16. 8. 1924, zitiert in: M. Böhles (wie Anm. 1), S. 51.

⁸³ C. Dowe, „Katholische Geschichtspolitik“ (wie Anm. 1), S. 406.

⁸⁴ R. Morsey (wie Anm. 18), S. 87.

⁸⁵ K. Epstein (wie Anm. 2), S. 441.

⁸⁶ In Reutlingen beispielsweise wurden Straßen nach Friedrich Ebert (1927) und Walther Rathenau (1928) benannt. Vgl. Gerald Kronberger: Wegweiser zur Stadtgeschichte: Die Historie der Reutlinger Straßennamen, in: RGB NF 50 (2011), S. 94.

⁸⁷ Christopher Dowe: Die Ausstellung, in: Matthias Erzberger. Ein Wegbereiter der deutschen Demokratie. Buch zur Dauerausstellung der Erinnerungsstätte Matthias Erzberger in Münsingen-Buttenhausen, Stuttgart 2011, S. 22–95, hier: S. 88.

⁸⁸ M. Böhles (wie Anm. 1), S. 150.

⁸⁹ Ebd., S. 151.

Verpflichtungen, oder die Gedenktafel wurde nicht rechtzeitig fertig.⁹⁰ Eine andere Erklärung könnte sein, dass das Reichsbanner diese als „republikanische Kundgebung“⁹¹ beworbene Feier bewusst auf den Tag verschoben hatte, an dem in Berlin der berühmte „Stahlhelmtag“ stattfand, einer Massenkundgebung des 1918 gegründeten DNVP-nahen Stahlhelm, Bund deutscher Frontsoldaten. Dieser Wehrverband war bis etwa 1930 der Hauptkonkurrent des Reichsbanners.⁹²

Die Erwartungen an die Feier waren so hoch, dass die Reichsbahn einen Extrazug von Reutlingen nach Münsingen für den Morgen des 8. Mai zur Verfügung stellte,⁹³ der für die Kameraden der Reutlinger Reichsbannerleute aus Stuttgart, Tübingen, Rottenburg, Hechingen, Eningen, Unterhausen und vielen weiteren Orten tatsächlich auch notwendig wurde.⁹⁴ Zudem reisten auch Trupps aus Ulm an. Der GEA und die Schwäbische Tagwacht gingen von etwa 500 Reichsbannerleuten aus,⁹⁵ während gerade die SKZ sogar von 1000 sprach.⁹⁶ Hinzu kam auch „eine Menge Volkes aus nah und fern“ zusammen, sodass der AvO die Menge bei der Feier auf insgesamt bis zu 2000 Menschen schätzte, die wohl ein regelrechtes Verkehrschaos verursachte.⁹⁷ Nachdem die Reichsbannerleute zunächst geschlossen „der Stadt Münsingen in einem wohlgeordneten Durchmarsche die Bedeutung des Tages sowohl als auch die Bedeutung und den Sinn des Reichsbanners überhaupt demonstrativ vor Augen [führten]“,⁹⁸ marschierten sie in Buttenhausen „unter flotter Musik“⁹⁹ ein und zwei Stunden später schließlich zum Geburtshaus Erzbergers.

Ganz anders als die Reaktionen auf die Mordtat fiel die Berichterstattung der örtlichen Presse über die Feier aus. Sie wurde nicht nur ausführlich im

⁹⁰ Die Bronzetafel mit Erzbergers Reliefbild und der Inschrift „Matthias Erzberger – Reichsminister in Deutschlands schwerster Zeit – für das Vaterland gestorben am 26. August 1921“ wurde in der kunstgewerblichen Werkstatt von Hermann Braun aus Reutlingen gefertigt („Erzberger-Gedenkfeier in Buttenhausen“, in GEA vom 9. 5. 1927, S. 4; „Erzberger-Gedächtnisfeier in Buttenhausen“, in: AvO vom 10. 5. 1927, S. 6.

⁹¹ „Aus Amt und Kreis“, in: SKZ vom 27. 8. 1926, S. 4.

⁹² Zur Konkurrenz zwischen Reichsbanner und Stahlhelm siehe M. Böhles (wie Anm. 1), S. 220–235.

⁹³ „Aus Stadt, Bezirk u. Umgebung“, in: AB, 6. 5. 1927, S. 7.

⁹⁴ „Erzberger-Gedenkfeier in Buttenhausen“, in: GEA vom 9. 5. 1927, S. 3.

⁹⁵ Ebd.; M. Böhles (wie Anm. 1), S. 151.

⁹⁶ „Buttenhausen“, in: SKZ vom 10. 5. 1927, S. 4.

⁹⁷ „Erzberger-Gedächtnisfeier in Buttenhausen“, in: AvO vom 10. 5. 1927, S. 6.

⁹⁸ „Erzberger-Gedenkfeier in Buttenhausen“, in: GEA vom 9. 5. 1927, S. 3.

⁹⁹ Ebd., S. 6.



Das Bild zeigt den Moment der Enthüllung der Gedenktafel am Erzberger-Haus am 8. Mai 1927.

Alb-Boten angekündigt,¹⁰⁰ „die Heimat Erzbergers“ erwartete nun „die zur Ehrung ihres großen Sohnes erschienenen Gäste.“¹⁰¹ Hans Freytag eröffnete

¹⁰⁰ Unter anderem mit einem ungewöhnlich pathetischen Gedicht, in dem es heißt:

[...]
Du Albsohn! Blume sonnigen Südens;
Ein kalter Mord hat dich zerstört;
Ein Geist stand wider Dich, zu dessen
Irrwahn Du dich nicht bekehrt.

Nun kommen Wackere allenthalben,
Und legen Zeugnis für Dich ab;
Und wollen gern den Dank Dir zollen,
Den Deine Heimat Dir nicht gab.

So rufen wir zu den Gestirnen,
Wenn das Fanal zum Himmel loht:
Kein treuerer Freund ward uns auf Erden;
Er starb für's Volk den Heldentod.
[...]

In: „Zur Einweihung der Gedenktafel des ermordeten Reichsfinanzministers a. D. Erzberger“, in: AB, 6. 5. 1927, S. 7.

¹⁰¹ „Erzberger-Gedenkfeier in Buttenhausen“, in: AB, 9. 5. 1927, S. 6.



Die „Erzberger-Kundgebung“ am 8. Mai 1927 in Buttenhausen. Der Zug von Reichsbannerleuten und Honoratioren in der Ortsmitte, im Hintergrund das Denkmal für den Kriegshelden und Pfarrersohn Otto von Haldenwang.

die Feier im Namen des Reutlinger Reichsbanners mit einer längeren Rede, gefolgt von Schultheiß Gräter als Vertreter Buttenhausens, der einen kurzen Lebenslauf mit den Worten schloss, dass der „der heutige Tag dazu beitragen [möge], den parteipolitischen Zwiespalt zu überbrücken zum Wohle unseres geliebten Vaterlandes.“¹⁰² Weiter sprachen Gemeinderat Franz Vollmar im Namen der Reutlinger Zentrumspartei, die in Reutlingen eine marginale Rolle spielte, der Reichsbannerfunktionär und Landesvorstand der württembergischen Zentrumspartei Ernst Bauer, Landtagsabgeordneter Berthold Heymann (SPD), der DDP-Politiker Johannes Fischer sowie ein Bruder Erzbergers. Offizielle Funktionen wurden somit fast ausschließlich von Politikern übernommen. Auffallend ist die Abwesenheit des zuvor angekündigten Zentrumspolitikers Carl Diez sowie des Vorstands des Reutlinger Reichsbanners Eberhard Vollmer. Im Mittelpunkt der Feier stand die Würdigung von Erzbergers Arbeit als Politiker und Staatsmann, sein Einsatz für den Frieden und die Republik. Während die SKZ hier äußerst wortkarg blieb und lediglich erwähnte, dass Freytag Erzbergers Verdienste für die Republik gewürdigt

¹⁰² Ebd.



Die uniformierten Reichsbannerleute aus Reutlingen und Ulm führten ihre Fahnen mit sich, darunter die mit dem Adler geschmückten Reichsflaggen (links).

habe,¹⁰³ wurden im GEA und AB die Reden in längeren Paraphrasen (unterschiedlich) wiedergegeben. Die Rede seines Mitherausgebers druckte der GEA im Ganzen ab.

Die Redner setzten dabei unterschiedliche Akzente: Der Sozialdemokrat Berthold Heymann beispielsweise würdigte Erzbergers Wirken über die Parteigrenzen hinweg sowie seine Mitarbeit an der Verfassung (GEA). Fischer sah die Feier als „das Symbol für den sittlichen Gehalt der deutschen Republik“ (GEA) und Erzberger als jemanden, „der sich für große, sittliche, politische Ideen einsetzte“ (AB). Besonders bei Heymann und Fischer als Politiker der SPD bzw. DDP ist die Würdigung Erzbergers als Angehöriger einer anderen Partei bemerkenswert. Heymann bezeichnete Erzberger sogar als „den einstigen politischen Mitkämpfer“ (GEA). Hier unterstützte also die Rhetorik das Ziel einer parteiübergreifenden Feier, die sich im gemeinsamen republikanischen Ethos gründen sollte. Nur Bauers Rede divergierte hier leicht, indem sie hervorhob, dass Erzberger „die Ideale des Zentrums verfolgt“ habe (AB). Der GEA gab diesen Teil nicht wieder, wohingegen der AvO ausschließlich diese Rede rezipierte – was im stark dem Zentrum nahestehenden Biberach nicht überrascht.

¹⁰³ „Buttenhausen“, in: SKZ vom 10. 5. 1927, S. 4.

Die Rede, die am genauesten in die Reichsbanner-Ideologie passte, war die Hans Freytags.¹⁰⁴ An diesem Tag wolle er nicht Erzbergers Leistungen als Parteimann untersuchen und bewerten, sondern unter der schwarz-rot-goldenen Flagge „den aufrechten Republikaner, den Märtyrer“ ehren. Erzbergers Ansichten während des Weltkrieges, seine Rolle bei Waffenstillstand und Friedensschluss sowie sein Einsatz für Völkerverständigung würden nun als Realpolitik betrachtet; der „kluge Vorausschauer“ allerdings musste für diesen Mut sein Leben lassen. Mit der Nennung Rathenaus und Eberts als weitere Opfer „am Rande der Straße zum neuen Deutschland“ vervollständigte Freytag die „erinnerungspolitische Trias“.¹⁰⁵ Von diesen Märtyrern der 1920er Jahre ging er dann direkt über zu den Revolutionären von 1848 und ihren Verdiensten für die deutsche Einheit. Dieser Gedanke des großdeutschen,¹⁰⁶ einheitlichen Nationalstaates war grundlegend für das Reichsbanner, der nicht nur im Namen, sondern auch in der Wahl der Flaggenfarbe sichtbar wurde.¹⁰⁷ Erzbergers demokratische Vorreiterrolle kam auch in Freytags Betonung der „freien Bahn für die Tüchtigen“ zum Ausdruck. So solle sein Geburtshaus für Bauern, Handwerker, Arbeiter und Beamte und deren Söhne zur Pilgerstätte werden, an denen der nächsten Generation gesagt werden kann: „[...] auch dir steht in der deutschen Republik der Weg nach oben offen.“ Im sicherlich emphatischsten Teil der Rede ging Freytag auf eine Frage ein, die gewiss einige beschäftigte:

„Warum gerade wir vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zur Ehrung Erzbergers hier stehen? Weil er nach seiner ganzen politischen und sozialen Einstellung und seiner staatsmännischen Auffassung heute neben [Josef] Wirth und [Heinrich] Köhler mit in unseren Reihen stehen würde; weil er allezeit für ‚Einigkeit und Recht und Freiheit‘ sich einsetzte, für die Republik und für die Demokratie, für ein einheitliches und größeres Deutschland, für alle die Ideale, die wir in den Farben Schwarz-Rot-Gold zusammenfassen. Und weil wir der Überzeugung sind, daß der Geist der drei Toten, die als Opfer am Tore der deutschen Republik bestattet sind: Matthias Erzberger, Walter Rathenau und Fritz Ebert, noch oft und oft die Mehrheit des deutschen Volkes wird zusammenführen müssen, wenn der

¹⁰⁴ Im Folgenden wird aus dem Bericht des GEA zitiert.

¹⁰⁵ Hierbei konnte folgende Beobachtung gemacht werden: Während Freytags Rede im AB miteinschließt, dass „Erzberger den Mut besessen [habe], den ruchlosen Mord an Walter [sic] Rathenau, der echt deutsch war und nur das Beste seines Volkes wollte, als gemeines Bubenstück zu bezeichnen“, fehlt diese Ausführung in der vom GEA wohl ansonsten vollständigen Rede Freytags. Sollte Freytag dies wirklich gesagt haben, ließ er es im Abdruck wahrscheinlich löschen, als ihm auffiel, dass Erzberger bei Rathenaus Ermordung bereits tot war.

¹⁰⁶ „[...] wenn einst unsere Brüder in Österreich wieder heimgefunden haben ins Reich [...]“, „Erzberger-Gedenkfeier in Buttenhausen“, in: GEA vom 9. 5. 1927, S. 3.

¹⁰⁷ M. Böhles (wie Anm. 1), S. 161.

Weg in eine bessere Zukunft wieder ein Stück weit frei gemacht werden soll.“

Erzberger wurde hier also nicht nur in die Erinnerungskultur des Reichsbanners aufgenommen, sondern in die Vereinigung des Reichsbanners selbst. Auch Johannes Fischer sprach davon, „daß Erzberger bereits Reichsbannerkamerad gewesen ist, ehe dasselbe formell gegründet war.“¹⁰⁸ Damit wurde retrospektiv eine Gesinnungsgemeinschaft hergestellt, die 1924 mit der Gründung des Reichsbanners formellen Charakter bekommen hatte und nur so die Parteigrenzen überwinden konnte.

Eine kirchlich-religiöse Dimension fehlte bei dieser Feier vollkommen, was sie klar von beinahe allen anderen Gedenkveranstaltungen abgrenzte. Erzbergers Selbstverständnis als gläubiger Katholik kam nirgends zur Sprache. Selbst aus dem Bibelvers, eingemeißelt auf Erzbergers Grabdenkmal, wurde im GEA ein „Dichterwort.“¹⁰⁹ Die ganze Aufmachung der Feier jedoch – der Marsch zum Geburtshaus und dessen Beschreibung als Pilgerstätte, das Anstimmen des Reichsbannerlieds am Ende sowie die ganze Stilisierung Erzbergers als Märtyrer für das deutsche Volk – hatte einen quasi-religiösen Charakter. Hier wurde nun aber kein katholischer, sondern ein republikanischer Erinnerungsort geschaffen mit einer Tafel am Gebäude, das „nicht aus dem Erzberger-Kult verschwinden [dürfe].“¹¹⁰ Damit erreichte das Reichsbanner eine Demokratisierung des Erzberger-Gedenkens: Es war nun nicht mehr nur für Zentrums-Anhänger und Katholiken relevant, sondern für alle republikanisch gesinnten Deutschen wichtig.

Die überschwängliche Berichterstattung des GEA über diese „republikanische Kundgebung“ muss aufgrund von Freytags Doppelrolle als Schriftleiter des GEA und als Reichsbannerfunktionär etwas distanzierter betrachtet werden, beispielsweise in Bezug auf die Beflaggung in Buttenhausen. Laut General-Anzeiger war das ganze Dorf mit schwarz-rot-goldenen Flaggen geschmückt, ebenso die Rednertribüne beim Geburtshaus. Tatsächlich sieht man auf Bildern der Feier, dass solche Flaggen von Dächern und Masten hingen. Die SKZ bemerkte (vielleicht etwas herablassend), dass das Haus Erzbergers „hübsch geschmückt“ war, der AB schrieb von „festlicher Beflaggung“, der AvO schrieb nichts davon. Böhles bemerkt zur Rolle des schwarz-rot-goldenen Banners, dass der Erfolg einer Reichsbanner-Veranstaltung an der Zahl der Flaggen gemessen wurde,¹¹¹ was erklären könnte, warum die SKZ den

¹⁰⁸ „Erzberger-Gedenkfeier in Buttenhausen“, in: AB, 9. 5. 1927, S. 7.

¹⁰⁹ Zu Heymanns Rede s. GEA vom 9. 5. 1927, S. 4.

¹¹⁰ Aus Bauers Rede in „Erzberger-Gedenkfeier in Buttenhausen“, in: AB, 9. 5. 1927, S. 6. Bauer kündigte im gleichen Zug den Entschluss des Reichsbanners an, das Haus zu kaufen und in ein Museum umzuwandeln. Gekauft wurde es schließlich 2001 von der Stadt Münsingen; die Erinnerungsstätte wurde 2004 eröffnet.

¹¹¹ M. Böhles (wie Anm. 1), S. 162.

Punkt der Flaggen möglicherweise bewusst unterschlug. Die anderen beiden Zeitungen standen den Farben der Republik selbst vielleicht eher distanziert gegenüber oder aber betrachteten diesen Punkt als unwesentlich. Die Berichterstattung blieb, außer im GEA und im AB, selbst im AvO ausgesprochen dürftig, obwohl die Veranstaltung der Reutlinger Ortsgruppe allein zahlenmäßig ein Erfolg gewesen zu sein scheint. Die Anreise von einigen anderen Ortsgruppen und die große Beteiligung der Bevölkerung zeugen von erheblichem regionalem Interesse. Auffällig ist aber der rein württembergische Charakter der Feier. Die Redner kamen aus Reutlingen, Stuttgart und Ludwigsburg. Auch wenn die Feier in der Reichsbanner-Zeitung gewürdigt wurde,¹¹² blieb es bei einem regionalen Echo. Noch im Jahre 2010 wurde sie als „unbekanntes Kapitel in der Geschichte des Reichsbanners“ bezeichnet.¹¹³ Für einen begrenzten Zeitraum war das Reutlinger Reichsbanner Akteur des Erzbergergedenkens geworden. Umgekehrt gelangte der Zentrumsmann Erzberger durch die Feier etwas mehr ins Blickfeld der Reutlinger.

Was blieb nach 1927?

Erzbergers Todestages im Jahr der Reichsbannerfeier wurde vom GEA nicht nur mit einer kurzen Meldung gedacht. Dabei wurden mit dem Abdruck eines Artikels aus der „Deutschen Republik“ Erzbergers Friedensbemühungen im Weltkrieg in den Mittelpunkt gerückt.¹¹⁴ Im Jahr darauf wurde eine geplante Ehrung am Grab zusammen mit der Kreistagung des Reichsbanners angekündigt.¹¹⁵ Scheinbar war implizit klar, dass die Ehrung vom Reichsbanner abgehalten werden würde. In einem kurzen Bericht drei Tage später wurde dargelegt, dass die Ortsgruppe Biberach diese Feier organisiert hatte, unter den anwesenden Ortsgruppen wurde Reutlingen aber nicht genannt. Zu den folgenden zwei Todestagen schrieb der GEA nichts mehr, erst 1931, zum zehnten Jahrestag seiner Ermordung, wurde Erzberger wieder Aufmerksamkeit zuteil. So berichtete die Zeitung von einer Zentrums-Feier in Biberach und illustrierte den längeren Artikel mit zwei Bildern.¹¹⁶ Diese Feier war im Unterschied zu 1927 ein Ereignis mit reichsweitem Echo, was die anwesenden Gäste und die Berichterstattung betraf. Auch eine Reichsbannerfeier fand in diesem Jahr wieder statt, diesmal in Verbindung mit dem Deutschen Republikanischen Reichsbund, der für das Kartell der Republikanischen Verbände einen Kranz niederlegte. Anders als bei der Reichsbannerfeier der Reutlinger

¹¹² Reichsbanner-Zeitung 12 (1927), in: M. Böhles (wie Anm. 1), S. 151.

¹¹³ Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 45 (2010), S. 2.

¹¹⁴ „Erzbergers Friedensbemühungen“, in: GEA vom 27. 8. 1927.

¹¹⁵ „Biberach, 23. August“, in: GEA vom 25. 8. 1928, S. 3.

¹¹⁶ „Gedächtnisfeier für Matthias Erzberger“, in: GEA vom 24. 8. 1931, S. 3.

nahm hier auch die Witwe Erzbergers teil.¹¹⁷ Die Verknüpfung Erzbergers mit dem Reichsbanner sorgte offenbar für mehr Aufmerksamkeit im GEA. Hingegen gedachte die SKZ am fünften Todestag 1926 Erzbergers zum letzten Mal. Über die Reichsbannerfeier im Mai 1927 wurde noch berichtet, doch dies war wohl der letzte Artikel im Zusammenhang mit Erzbergers Ermordung.

Der zehnte Todestag markierte für beide Zeitungen das Ende der positiven Erzberger-Erinnerung: 1932 erschien kein Beitrag mehr, 1933 gaben dann die minutiösen Berichte über die Tannenbergsfeier im GEA den Ton an. Reichsweit wurde nun das Erzberger-Gedenken im Sinne Adolf Hitlers geprägt, der schon im November 1920 in München gehetzt hatte: „Erzberger, dieser ist der größte Lump, denn er hat durch Unterzeichnung Volk und Vaterland verraten.“¹¹⁸ Die Bemühungen des Reichsbanners, Erzberger allein und in der „erinnerungspolitischen Trias“ mit Rathenau und Ebert als republikanische Vorbilder in die Weimarer Gesellschaft zu tragen, um diese dadurch zu stärken, konnten am Ende gegen die Nationalsozialisten nichts mehr ausrichten. Die Gedenkfeier der Reutlinger Ortsgruppe war im lokalen Raum öffentlichkeitswirksam und konnte als Werbung für Demokratie und Republik fungieren. Als die von den Reutlingern gestiftete Gedenktafel 1933 verschwinden musste, hatte das Reichsbanner aber auch hier den Kampf verloren.¹¹⁹

„[...] daß es uns ernst mit der Republik ist:“ Das Gedenken an Matthias Erzberger als Indiz demokratischer Entwicklungen in Reutlingen

„Und es ist wahrlich notwendig, daß sich alles, was sich ehrlich zur Republik bekennt, was bereit ist, die Verfassung der deutschen Republik zu verteidigen zusammenfindet und der Reaktion klar und deutlich beweist, daß es uns ernst mit der Republik ist und daß wir nicht gewillt sind sie antasten zu lassen. [...] Man wird der Reaktion deutlich klar machen müssen, [...] daß weitaus die Mehrheit des deutschen Volkes republikanisch gesinnt ist.“¹²⁰

¹¹⁷ „Erzberger-Ehrung“, in: GEA vom 27. 8. 1931, S. 7.

¹¹⁸ Zitiert in: A. Möller (wie Anm. 6), S. 59.

¹¹⁹ Die Tafel wurde von der Familie sichergestellt und befindet sich seit 1966 in der Sammlung der Bundesfinanzakademie. 1971 brachte man eine neue Tafel am Geburtshaus an. Vgl. Paula Lutum-Lenger: „Ein Märtyrer für die Sache der deutschen Republik.“ Die Erinnerungsstätte für Matthias Erzberger in Münsingen-Buttenhausen, in: Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg, hrsg. von Konrad Pflug; Ulrike Raab-Nicolai; Reinhold Weber, Stuttgart 2007, S. 257–262, hier: S. 257.

¹²⁰ „Für die Republik“, GEA vom 1. 9. 1921, S. 1.

„Dieses Tun ändert doch nichts an der Tatsache, daß die große Mehrheit des Volkes froh ist, diesen Menschen los zu sein. Hier in Stuttgart z. B. las alles das Extrablatt mit großer Befriedigung.“¹²¹

Auch wenn im GEA die Verbreitung einer republikanischen Gesinnung im deutschen Volk vielleicht zu optimistisch dargestellt wurde, so belegen Berichterstattung und Kundgebung in Reutlingen für die Republik und besonders die Initiative des Reutlinger Reichsbanners, dass unter den Reutlingern durchaus gemeinsame Ideale mit denen Erzbergers gefunden werden konnten. Stimmen wie die aus Stuttgart zitierte scheinen in Reutlingen zumindest öffentlich nicht geäußert worden zu sein.

Die Pressereaktionen auf die Ermordung Erzbergers zeigten merkliche Unterschiede: Große Bestürzung und Angst um die Republik im DDP-nahen Reutlinger General-Anzeiger, verhaltene Reaktionen in der konservativen Schwarzwälder Kreiszeitung. Trotz ihrer kritischen Haltung gegenüber Erzbergers Rolle am Ende des Krieges verurteilte aber auch sie die Tat. Extreme Haltungen sind in Reutlingen also nicht wahrzunehmen. Die rege Teilnahme der Reutlinger an einer Kundgebung am 31. August 1921 auf dem Karlsplatz und die Zusammenarbeit von MSPD und USPD zu diesem Zweck zeugen von einer positiven Entwicklung der Demokratie im Reutlingen der Weimarer Jahre. Das Ausbleiben von hetzerischen Reaktionen auf der Linie der Deutschnationalen war wegen der Dominanz von DDP und SPD in Reutlingen eigentlich zu erwarten. Es ist aber dennoch bemerkenswert, dass über Parteigrenzen hinweg Solidarität mit einem der wichtigsten Politiker des Zentrums gezeigt wurde. Dies hatte jedoch nicht nur mit Erzbergers Person, sondern auch mit einer symbolischen Funktion zu tun. So wie Erzberger zu einem „cultural code“ für die Rechte geworden war, also die Person mit republikanischer Politik verbunden wurde,¹²² so scheint dies auf der anderen Seite ebenso für das liberale und linke Spektrum gegolten zu haben.

Diese parteiübergreifende Zusammenarbeit zeigte sich besonders deutlich in der Initiative der Reutlinger Ortsgruppe des Reichsbanners, an Erzbergers Geburtshaus eine Gedenktafel anbringen zu lassen und dies mit einer großen Kundgebung zu verbinden. Das Phänomen, dass eine von der SPD dominierte Vereinigung in einer von DDP und SPD dominierten Stadt eine so groß angelegte Feier zu Ehren eines ermordeten Zentrumspolitikern initiierte und organisierte, ist bemerkenswert. Über die Ziele dieser Veranstaltung, abgesehen von den erinnerungspolitischen Anliegen des Reichsbanners allgemein, können nur Vermutungen angestellt werden. Einen Bedeutungs-

¹²¹ Erich Rupp aus Stuttgart (parteilos) in einem Brief an Reichstagspräsident Paul Löbe, 28. 8. 1921, zitiert in: *Der Erzberger-Mord* (wie Anm. 14), S. 9.

¹²² Christopher Dowe wendet hier das von Shulamit Volkov im Zusammenhang mit Antisemitismus grundlegend gewordene Konzept auf den Umgang der Rechten mit Erzberger an. Vgl. ders., „Katholische Geschichtspolitik“ (wie Anm. 1), S. 399 und S. 422.

gewinn erlangte die Reutlinger Ortsgruppe jedoch nur vorübergehend, Stuttgart und Ulm blieben die dominanten Gruppen in Württemberg. Eine Deutungshoheit über das Gedenken an Erzberger zu erlangen, es zu demokratisieren, indem es aus einem katholisch-kirchlichen Kontext in einen republikanischen Bezugsrahmen gesetzt wird, gelang der Ortsgruppe ebenfalls nicht.¹²³ Zum zehnten Todestag fand die zentrale Gedenkfeier, der reichsweite Aufmerksamkeit zuteilwurde, in Biberach statt – das Reutlinger Reichsbanner nahm hier nicht teil. Vielleicht kann dieses nachlassende Engagement damit in Verbindung gebracht werden, dass die Beziehung zwischen Zentrum und Reichsbanner ab 1927 immer mehr von Spannungen geprägt war und die Reichsbanneraktivitäten in Baden und Württemberg allgemein schon seit 1926 rückläufig waren.¹²⁴ Inwieweit die Reutlinger Ortsgruppe hier Teil einer allgemeinen Entwicklung war, müsste genauer untersucht werden. Zweifellos darf diese Entwicklung jedoch nicht nur am Erzberger-Gedenken festgemacht werden. So bildete sich zum Beispiel in Pfullingen noch im August 1929 eine Reichsbanner-Ortsgruppe als Reaktion auf die Provokationen der „Hakenkreuzler.“¹²⁵ Die Partei- und Konfessionsgrenzen mögen am Ende aber schlichtweg stärker gewesen sein als die Ideale des Reichsbanners. Die Deutsch- und Sozialdemokraten in Reutlingen büßten generell an Stärke ein: Die DDP verlor zwischen den Wahlen 1928 und 1931 knapp die Hälfte ihrer Gemeinderatssitze, die der SPD gingen von 12 auf 10 zurück.¹²⁶ Vor diesem Hintergrund war die partei- und konfessionsübergreifende Feier in Buttenhausen aber ein umso bedeutenderes Zeichen für die realen Chancen der Demokratie in Reutlingen, wie sie sich im Reichsbanner manifestierten.

¹²³ Ein auf der Feier angekündigtes Museum in Erzbergers Geburtshaus wurde im Jahre 2004 realisiert, das Buttenhausen erst dann zum zentralen Ort im Erzberger-Gedenken machte.

¹²⁴ M. Böhles (wie Anm. 1), S. 207 und S. 309.

¹²⁵ Ebd., S. 66.

¹²⁶ W. Jung (wie Anm. 5), S. 177.

Das Unglück vor der Tür und die Taube auf dem Dach – zur evangelischen Kirche in Reutlingen in der unmittelbaren Nachkriegs- und Revolutionszeit

Jonathan Mall

Wer von der Weimarer Republik spricht, der spricht zumeist auch von „Krise“. Das gilt für den politisch-kulturellen Diskurs der 1920er Jahre ebenso wie für die entsprechende Historiographie.¹ Auch die kirchengeschichtliche Annäherung, so André Fischer, muss sich des wesentlichen Charakters der Zwischenkriegszeit als „Krisenzeit“ bewusst sein und die Permanenz der damaligen „Krisenerfahrung“ berücksichtigen.² In der Tat bietet sich demjenigen, der die metaphorische Kirchentür zur unmittelbaren Nachkriegs- und Revolutionszeit öffnet, zunächst ein Unglücks-szenario: Mit dem deutschen Kaiserreich endete in den revolutionären Umwälzungen nicht nur die über vierhundert Jahre währende Tradition des landesherrlichen Kirchenregiments, die dem Protestantismus bis dahin einen privilegierten Zugang zur politischen Sphäre gesichert hatte.³ Es wurden auch jene gegen Katholizismus, Sozialismus und die Nationen ins Feld geführten nationalprotestantischen Überzeugungen einer deutsch-protestantischen Kulturüberlegenheit sowie eines gottgewollten nationalen Fortschritts und Heilsgeschehens jählings enttäuscht.⁴ Kurz zuvor hatten diese noch die Kriegspredigten evangelischer Pfarrer geprägt. Diese Glaubenskrise, die von der sozial- und mentalitätsgeschichtlichen Forschung

¹ Vgl. Rüdiger Graf: Die „Krise“ im intellektuellen Zukunftsdiskurs der Weimarer Republik, in: Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, hrsg. von Moritz Föllmer; Rüdiger Graf, Frankfurt–New York 2005, S. 77–106, hier: S. 77.

² Vgl. André Fischer: Zwischen Zeugnis und Zeitgeist. Die politische Theologie von Paul Althaus in der Weimarer Republik (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte B, Bd. 55), Göttingen 2012, S. 23.

³ Vgl. Siegfried Weichlein: Zwischenkriegszeit bis 1933, in: 20. Jahrhundert – Epochen und Themen (Handbuch der Religionsgeschichte im deutschsprachigen Raum, Bd. 6/1), hrsg. von Volkhard Krech; Lucian Hölscher, Paderborn 2015, S. 61–112, hier: S. 64.

⁴ Vgl. Frank Becker: Protestantische Euphorien. 1870/71, 1914 und 1933, in: Nationalprotestantische Mentalitäten. Konturen, Entwicklungslinien und Umbrüche eines Weltbildes (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 214), hrsg. von Manfred Gailus; Hartmut Lehmann, Göttingen 2005, S. 19–44, hier: S. 34, und Claudius Kienzle: Mentalitätsprägungen im gesellschaftlichen Wandel. Evangelische Pfarrer in einer württembergischen Wachstumsregion der frühen Bundesrepublik (Konfession und Gesellschaft, Bd. 45), Stuttgart 2012, S. 77 f.

auch als „nationalprotestantische Traumatisierung“⁵ bezeichnet wird, äußerte sich unter anderem in der Angst vieler kirchlicher Funktionsebenen, ohne die staatskirchlichen Voraussetzungen angesichts des gesellschaftlichen und politischen Pluralismus der Weimarer Demokratie als Institution und Person der Bedeutungslosigkeit ausgeliefert zu sein, und förderte in diesen Kreisen nachgerade eine emotionale Bindung an die untergegangene Monarchie, während die Revolution eher als „nationales Unglück“ angesehen wurde.⁶ Der Befund einer protestantischen Sinnkrise im Anbetracht des allgemeinen und kirchlichen Unglücks der Nachkriegszeit dient in der Forschung zu Recht zur Erklärung der späteren Tendenz der protestantischen Pfarrerschaft zum politischen Konservatismus sowie der letztlichen Tatsache, „dass die evangelische Kirche zu jenen Kräften gehörte, die das politische Desaster des 30. Januar 1933 ermöglichten oder herbeiführten“⁷. Wenngleich es in der Zusammenschau mitunter den Eindruck erweckt, kann die angedeutete historische Entwicklung keinesfalls als Zwangsläufigkeit beschrieben werden. Schon die Tatsache, dass die Kirche den Übergang vom Staatskirchendasein in die verfassungsrechtliche Selbstständigkeit einer Religionsgemeinschaft nicht nur in Württemberg „praktisch problemlos“⁸ vollziehen konnte, deutet darauf hin, dass die Funktionsträger nicht etwa in einer mentalen Schockstarre verharrten, sondern gerade angesichts der praktischen Herausforderungen zu alltagspragmatischem Handeln fähig waren und also bereit, sich den neuen Verhältnissen anzupassen, die eigene Bedeutung geltend zu machen und sie in ihrer gesell-

⁵ Frank-Michael Kuhlemann: Protestantische „Traumatisierungen“. Zur Situationsanalyse nationaler Mentalitäten in Deutschland 1918/19 und 1945/46, in: Nationalprotestantische Mentalitäten (wie Anm. 4), S. 54.

⁶ Vgl. Harald Müller-Baur: Entsakralisierung und Partizipation. Der Modernisierungsprozess evangelischer Kirchengemeinden in Württemberg auf dem Weg in die Weimarer Republik, in: BWKG 108/109 (2008/2009), S. 135–155, hier: S. 136, und Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert, Göttingen 2013, S. 59.

⁷ Günter Wollstein: Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Erschütterung – Besinnung – Deformation, in: Die Kirchen und die Weimarer Republik, hrsg. von Richard Ziegert, Neukirchen-Vluyn 1994, S. 7–22, hier: S. 7. Vgl. für die politische Einstellung evangelischer Pfarrer auch Karl-Wilhelm Dahm: Pfarrer und Politik. Soziale Position und politische Mentalität des deutschen evangelischen Pfarrstandes zwischen 1918 und 1933 (Dortmunder Schriften zur Sozialforschung, Bd. 29), Köln; Opladen 1965, S. 104, und Michael Klein: Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien (Beiträge zur historischen Theologie, Bd. 129), Tübingen 2005, S. 65, sowie David J. Diephouse: Pastors and Pluralism in Württemberg, 1918–1933, Princeton 1987, S. 261.

⁸ Siegfried Hermle: Der Umbruch von 1918/19. Beobachtungen zu den Akteuren und zur Wahl der Landeskirchenversammlung, in: BWKG 108/109 (2008/2009) S. 115–134, hier: S. 115, und Dirk Bockermann: „Wir haben in der Kirche keine Revolution erlebt“. Der kirchliche Protestantismus in Rheinland und Westfalen 1918/19 (Schriftenreihe des Vereins für Kirchengeschichte, Bd. 129), Köln 1998.

schaftlichen Wirkung praktisch zu erhalten. Diesen Eindruck bestätigt auch die Durchsicht einiger Reutlinger Quellen zur unmittelbaren Nachkriegsgeschichte der evangelischen Kirche, die zwar an vielen Stellen jenen Krisencharakter offenbaren, gleichzeitig aber auch von zahlreichen Alltagsbanalitäten wie beispielsweise dem Taubenproblem⁹ der Marienkirche berichten, was für eine überwiegend vom Ende der Weimarer Republik her denkende und das Trauma des Umbruchs betonende Forschungsliteratur in gewisser Hinsicht zum Stolperstein wird: Derart unwichtig scheinende Sorgen erinnern nämlich daran, dass eine Krise immer auch einen Alltag hat und ihr schon deswegen ein „produktiver Modus“ und ein „Möglichkeitsraum“ inhärent ist, sie also „nicht nur pessimistisch die Bedrohung des Alten, sondern eben auch optimistisch die Chance zur Erneuerung bietet“¹⁰. Mit diesem optimistischen Blick möchte die folgende Untersuchung einiger kirchennaher und kirchlicher Stimmen eine Antwort auf die simple Frage finden, wie die evangelische Kirche in Reutlingen auf die politischen Umbrüche von 1918/19 reagierte. Damit will sie sowohl einen Beitrag zur Reutlinger Stadtgeschichte leisten als auch zur Geschichte der Kirche in der Weimarer Republik, die jenem „Möglichkeitsraum“ Geltung zu verschaffen sucht,¹¹ der sich zwischen den Extremen von „nationalem Unglück“ und „Taubenkolonie“ zu ergeben scheint.

Quellengrundlage

Ziel der Quellenauswahl war es, das Spektrum an christlichen Mentalitäten wenigstens anzudeuten und neben den kirchlichen Meinungsführern auch das „normale Kirchenvolk“ beziehungsweise die „Kirchentreuen“ zu Wort kom-

⁹ Das Protokoll der Sitzung des Reutlinger Gesamtkirchengermeinderats vom 6. Februar 1919 notiert wie folgt: „Rektor Fausel fragt wegen der Taubenkolonie auf der Marienkirche, die sich immer mehr vermehre. Kirchenpfleger und Herr Sommer berichten über die bisherigen vergeblichen Versuche die Tiere zu vertreiben.“ Siehe LKA Stuttgart, DA Reutlingen, Nr. 32, Protokoll des Reutlinger Gesamtkirchengermeinderats Bd. 3, S. 309 f.

¹⁰ Moritz Föllmer; Rüdiger Graf; Per Leo: Einleitung. Die Kultur der Krise in der Weimarer Republik, in: Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, hrsg. von Moritz Föllmer; Rüdiger Graf, Frankfurt–New York 2005, S. 9–41, hier: S. 14.

¹¹ Auch Norbert Haag kritisiert die Beschränkung der Forschung auf die Darstellung des theologischen und politischen Weges des deutschen Protestantismus und die Beschreibung der politischen Mentalität von kirchlichen Funktionseleiten wie Universitätstheologen, Kirchenführern und Pfarrleuten, die in ihrem primären Versuch, eine Erklärung für das politische Denken und Handeln des Protestantismus am Ende der Republik zu finden, gegenüber möglichen Handlungsalternativen der unmittelbaren Nachkriegszeit blind ist. Vgl. Norbert Haag: Die Folgen des Krieges. Zur Frage von Kontinuität und Wandel lutherischer Frömmigkeit in der Weimarer Republik am Beispiel Württembergs, in: BWKG 108/109 (2008/2009), S. 35–50, hier: S. 39 f.

men zu lassen. Gemeint sind damit jene „einfachen, überzeugten Christen [...], die sonntags die Kirchenbänke füllten, abends die Bibel lasen und sich in einer protestantischen Wochenzeitschrift über die Probleme der Welt orientierten“¹². In den Blick kommt deswegen zunächst der Jahrgang 1919 des christlichen Wochenblatts „Freiheit und Freude“, das für den Reutlinger Kirchenbezirk vor allem deswegen relevant ist, weil es das meistgelesene¹³ christliche Blatt des Ortes war und sich hier das wohl eher unpolitische¹⁴ Denken pietistischer Gemeindeglieder wiederfindet, die einen wesentlichen Teil des aktiven Reutlinger Kirchenlebens ausmachten.¹⁵ Das Organ zweier neupietistischer Organisationen – dem Verein zur Verbreitung christlicher Schriften in Reutlingen und der Süddeutschen Vereinigung für Evangelisation und Gemeinschaftspflege – wurde von einem Tandem, bestehend aus dem Stuttgarter

¹² Michael Trauthig: Im Kampf um Glaube und Kirche. Eine Studie über Gewaltakzeptanz und Krisenmentalität der württembergischen Protestanten zwischen 1918 und 1933 (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde, Bd. 27), Leinfelden-Echterdingen 1999, S. 5 f.

¹³ Dem Pfarrbericht von 1920, der für die christlichen Zeitschriften keine genauen Auflagenzahlen nennt, ist lediglich zu entnehmen, dass „Freiheit und Freude“ genauso wie auch „Licht und Leben“ „sehr zahlreich“ gelesen wurde. Vgl. LKA Stuttgart, A 29, Nr. 3766.6, Pfarrbericht 1920, S. 12. Für das Jahr 1925 geht Trauthig von 6000 verteilten Exemplaren aus (vgl. M. Trauthig [wie Anm. 12], S. 15) und der Pfarrbericht von 1926 nennt eine Auflage von 11.500, womit „Freiheit und Freude“ weit vor dem Evangelischen Gemeindeblatt (1200) sowie den sonstigen Zeitschriften (allesamt unter 600) als auflagenstärkste christliche Zeitschrift erscheint. Vgl. LKA Stuttgart, DA Reutlingen, Nr. 1188, Pfarrbericht 1926, S. 14.

¹⁴ Vgl. Hartmut Lehmann: Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Stuttgart u. a. 1969, S. 313. Lehmann hält für die pietistischen Gemeinschaftsleute eine bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Skepsis gegenüber dem Politischen fest, die in einer primär auf die Errettung einzelner Seelen ausgerichteten Lebensgestaltung gründet. Auch für Reutlinger Kirchgänger ist eine solche Haltung greifbar. In seinen Lebenserinnerungen berichtet Otto Stahl, der von 1919 bis 1928 als Stadtpfarrer der Marienkirche tätig war, von der wenig begeisterten Aufnahme, die der neue Dekan Theophilus Wurm bei seiner Ankunft in Reutlingen 1920 erhielt: „Es ging ihm der Ruf eines großen Politikers voraus. [...] Wie oft bekam ich es am Anfang nach einer seiner Sonntagspredigten aus Reutlinger Mund zu hören. ‚Jetzt hat er einmal wieder eine politische Predigt gehalten!‘“, vgl. Jakob Eisler [Hrsg.]: Otto Stahl. Pfarrer in Nahost und Schwaben. Lebenserinnerungen (Kleine Schriften des Vereins für württembergische Kirchengeschichte, Nr. 11), Stuttgart 2012, S. 188.

¹⁵ Das engagierte und selbstbewusste Verhältnis der verschiedenen pietistischen Gemeinschaften zur örtlichen Kirchengemeinde ist ein Phänomen der württembergischen Kirche. Vgl. Heinrich Leube: Vereinigung von Gegensätzen. Die Prälatur Reutlingen, in: Das evangelische Württemberg. Gestalt und Geschichte der Landeskirche, hrsg. von Ulrich Fick, Stuttgart 1983, S. 91–102, hier: S. 91 f. Für die Reutlinger Gemeinschaft der frühen 1920er Jahre ist eine vornehmlich altpietistische Prägung festzuhalten, die aber „in ihrer Mitte, namentlich in ihrem begabtesten Sprecher Kaufmann Herm. Thoma auch einige mehr freikirchlich gerichtete Elemente“ (LKA Stuttgart, A 29, Nr. 3766.6, Pfarrbericht 1920, S. 34) besaß. Über das Zusammenwirken von Kirche und Gemeinschaftsleuten berichtet Herzog unter anderem in seinem Übersichtsbericht, vgl. Gotthilf Herzog: Aus sechs Kriegs-Jahren. Übersichtsbericht für die Diözesan-Synode Reutlingen am 19. Juli 1920, Reutlingen 1920, S. 15. Er findet sich als Anhang des Pfarrberichts von 1920.

Oberlehrer Gotthold Schmid und dem in der Korntaler Brüdergemeinde wirkenden Buchhändler und Schriftsteller Ernst Schreiner, verantwortet. Das nationalprotestantische Denken der kirchlichen Funktionsebenen wird sodann exemplarisch anhand zweier Schriften des Reutlinger Dekans Gotthilf Herzog (1858–1923), namentlich seines Übersichtsberichts für die Diözesansynode Reutlingens über die „sechs Kriegs-Jahre“ und seiner Kriegspredigt vom 16. August 1914, in Augenschein genommen, wobei zur Ergänzung der Reutlinger Pfarrberichte von 1920 und weitere kirchliche Stimmen der Kriegszeit hinzugezogen werden. Eine Analyse der Sitzungsprotokolle des Reutlinger Gesamtkirchengemeinderats aus den Jahren 1919 und 1920 sowie der bereits genannten Übersichts- und Pfarrberichte fragt zuletzt nach praktischen Reaktions- und Handlungsmöglichkeiten, die das kirchliche Denken in seiner Fähigkeit zum Alltagspragmatismus in Bezug auf konkrete Bedrohungsmomente formulierte, und konzentriert sich damit ganz auf den produktiven Modus der Krise.

1. „Freiheit und Freude“ als Beispiel für das Nachkriegsempfinden und -denken von Reutlinger Kirchentreuen

Betrachtet man einmal unter Auslassung der erbaulichen Kurzgeschichten und Gedichte für das Jahr 1919 in „Freiheit und Freude“ nur jene, zumeist von einem Bibelvers ausgehenden Kurzpulse, die in irgendeiner Form auf das gegenwärtige Geschehen Bezug nehmen, so wird eine Wahrnehmung von „Umbruch“, verbunden mit einem Gefühl der „Unsicherheit“ und „Orientierungslosigkeit“, schnell offenbar. Gleich zum Auftakt des Jahres beschreibt Schreiner in Anlehnung an Jesaja 54,10:¹⁶

„Gar mancher Berg des Schutzes und der Macht ist gewichen in der vergangenen Zeit. Die Bergeshäupter der Fürsten sind gewichen und die Hügel ihrer Macht sind hingefallen. Auch die Berge der deutschen Macht sind dahingefallen, als wären sie nichts. Alle menschlichen Höhen sind im Wanken in der weiten Welt. Die Freunde, auf die das deutsche Volk sich stützte, haben sich als zu schwach und als zu unzuverlässig erwiesen.“¹⁷

Das Motiv einstürzender Schutz- und Machtinstitutionen und -bündnisse, die bis vor Kurzem noch für feststehend erachtet wurden und denen man Ver-

¹⁶ Dort heißt es in der Lutherübersetzung von 1912: „Denn es sollen wohl Berge weichen und Hügel hinfallen; aber meine Gnade soll nicht von dir weichen, und der Bund meines Friedens soll nicht hinfallen, spricht der HERR, dein Erbarmer.“

¹⁷ Ernst Schreiner: Ein gesegneter Bund. (Zum neuen Jahr), in: Freiheit und Freude Nr. 1/2 (1919), S. 1.



Kopf der in evangelischen Kreisen der Stadt verbreiteten Zeitschrift „Freiheit und Freude“, Ausgabe vom 4. Januar 1920.

trauen schenkte, sowie eine Atmosphäre ruhelosen Wandels bestimmen auch das Szenario zum Eingang von Schreiners Gedanken zum „ewig Bleibenden“¹⁸ am Ende des Jahres 1919:

„Spüren wir nicht, wie ein Erzittern durch das Gebälk der ganzen Welt geht und wie die festesten Grundsäulen wanken? Ist es uns nicht, als wären selbst die Felsen, die den Jahrhunderten trotzten nicht mehr fest, als müßte am Ende alles, alles ins Wanken und Vergehen kommen?“¹⁹

Sicherlich rekuriert diese Aussage auch auf den Untergang der Monarchie und das Ende des eingangs erwähnten Staatskirchentums. Fragt man allerdings in „Freiheit und Freude“ selbst nach jenem „allem“, das in der Bevölkerung vergeht oder ihr bereits abhandengekommen ist, so scheinen Schreiner und Co. damit primär eine christliche Wertevorstellung anzusprechen.²⁰

¹⁸ Ernst Schreiner: Das ewig Bleibende, in: Freiheit und Freude Nr. 49/50 (1919), S. 1 f., hier: S. 2.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Nur wenige Texte wie beispielweise der aus dem Stuttgarter Neuen Tagblatt vom 12. 08. 1919 übernommene Bericht von Gregor Alexinsky über „das Elend, das die Bolschewistenherrschaft in Rußland über dieses unglückliche Land gebracht hat“ (N. N.: So ihr euch aber untereinander beißt und fresset, so sehet zu, daß ihr nicht untereinander verzehret werdet. Gal 5,15, in: Freiheit und Freude 37/38 [1919], S. 3) tragen einen dezidiert politischen Charakter. Und selbst diese wenigen zielen entsprechend der Programmatik des Blattes, der „För-

Da ist zunächst der Glaube an sich, also der Glaube an Gott, der als bedrohtes Gut beschrieben wird, wobei unter anderem der Weltkrieg als Zweifelsgrund und die heimkehrenden Soldaten als vom Zweifel bedrohte oder bereits übermannte Gruppe identifiziert werden. So konstatiert Schreiner, dass viele „vom Glauben, von Gott und seinem Worte“²¹ abgekommen sind. „Sie haben dem Zweifel Raum gegeben und kamen sich klug vor, als sie Gott verantwortlich machten für die Schrecken des Weltkrieges.“²² Der „große Abfall“²³ betrifft vor allem auch die Jugend. Eine Stimme aus dem jüngeren Kreis der Leser des Wochenblatts, es ist der Sohn Gotthold Schmid, konstatiert mit Blick auf den Glaubenszustand seiner Generation:

„Es gab einmal eine Zeit, wo diese Frage [die Frage nach den Autoritäten, d. Verf.] völlig überflüssig war, denn nichts war unsern Altvordern selbstverständlicher, als daß ihnen Gott Autorität war. Freilich war es eine andre Frage, ob sie sich dieser Autorität beugten. [...] Heute jedoch ist das ganz anders geworden. Wie viele gibt es noch [...], bei denen Gott den beherrschenden Platz einnimmt?“²⁴

Im Zusammenhang mit der Rede vom allgemeinen Unglauben wird konkretisierend darauf verwiesen, dass zentrale Inhalte des christlichen Weltbildes, so zum Beispiel die Existenz von Sünde, von unzählig vielen verneint werden, was mit einem allgemeinen Verfall der Sittlichkeit in Verbindung gebracht wird: „Wohl gibt es ungezählte Menschen, die an eine Sünde nicht mehr glauben wollen. Sie möchten tun, was ihnen behagt und sich ausleben nach den Lüsten und Begierden. [...] Darum nehmen sie es gar leicht mit Sünden aller Art [...].“²⁵ Verbrechen wie Diebstahl, Einbruch, Raub und Mord erscheinen als Beispiele einer sittlichen Entgleisung und sind im Vergleich zu früheren Zeiten nicht mehr nur die „Taten einzelner, bedauernswerter, entgleister“, sondern „Allgemeingut aller Menschen“.²⁶ In Bezug auf die moralische Verkommenheit vieler Menschen heißt es verallgemeinernd:

Sie „denken nur noch daran, wie sie sich auf Kosten ihres Nebenmenschen bereichern können. Und dabei ist ihnen die Person jenes anderen kein Hindernis mehr. [...] Die Zeiten sind dahin, wo ein Graf Eberhard mit dem

derung entschiedenen, tatkräftigen Christentums“, letztlich auf eine biblische Wortauslegung.

²¹ Ernst Schreiner: Herr, wohin sollen wir gehen?, in: Freiheit und Freude 3/4 (1919) S. 3 f., hier: S. 3.

²² Ebd.

²³ Ernst Schreiner: Lasset uns mit Jesu ziehen!, in: Freiheit und Freude 15 (1919), S. 1 f., hier: S. 1.

²⁴ Gerhardt Schmid: Autoritäten?, in: Freiheit und Freude 37/38 (1919), S. 4.

²⁵ E. Schreiner (wie Anm. 17), S. 2.

²⁶ Vgl. N. N.: Zeichen der Zeit, in: Freiheit und Freude 45/46 (1919), S. 4.

Barte singen konnte: „Ich mein Haupt kann kühnlich legen jedem Untertan in Schoß!“²⁷

Den moralischen Verfall betont auch Gotthold Schmid, wenn er zum Jahresabschluss für das „erste Friedensjahr“ bilanzierend festhält, dass es genauso schwer gewesen sei wie ein Kriegsjahr selbst, in manchen Bereichen sogar noch schlimmer, „besonders weil man mit Schmerz sehen mußte, wie es bei unserem Volk reizend abwärts geht, nicht nur äußerlich, sondern vor allem auch innerlich.“²⁸ Statt „Gemeinsinn“ zeige sich vielfach „gemeiner Sinn“, statt „Ehrlichkeit“ „Begehrlichkeit“ und statt „Brüderlichkeit“ „Liederlichkeit“.²⁹ Neben den heimkehrenden Soldaten kommt als in ihrer sittlichen Verfassung bedrohte Gruppierung auch die Jugend in den Blick.³⁰ In Bemerkungen wie denjenigen, dass der Jugend „aller Schein so durchaus verächtlich“³¹ sei und man für ein sittenreines Leben Mut bräuchte, weil dem „keuschen Jüngling“³² Spott drohe, schimmert das Problemfeld jugendlicher Sittlichkeit deutlich hindurch.

Dass in Anbetracht des hier beschriebenen Wankens und Verfallens ehemals christlicher Grundsätze gerade keine Umkehr zu Gott und keine Rückkehr zum Glauben erfolgt, sondern an nichts anderes gedacht wird als an „Tanz und Spiel und Lust“,³³ kommt der größten Sünde gleich. Diese geistliche Zeitdeutung Jakob Gustav Siebels, eines pietistischen Laienpredigers des 19. Jahrhunderts, scheint in den Augen der Herausgeber auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit wieder Relevanz zu besitzen. Ernst Schreiner formuliert es in einer Flugschrift, deren Inhalt sich auch in „Freiheit und Freude“ wiederfindet, wie folgt: „O des großen Jammers und der grauenvollen Blindheit, daß die Tanzmusik noch nicht aufhören will und der leichte Geist weiter das Volk betört und berauscht! O der großen Sünde der Verstockung, unter dem Gericht weiter zu sündigen [...]“³⁴ Und an anderer Stelle heißt es:

„Europa ist erschüttert worden bis in seine Grundfesten, und Europa wankt immer deutlicher seinem Untergange entgegen; aber die Menschen achten es immer noch nicht. Sie tanzen auf den Trümmern jener unter-

²⁷ Ebd.

²⁸ Gotthold Schmid: An unsere lieben Leser zum Jahresschluß, in: Freiheit und Freude 51/52 (1919), S. 4.

²⁹ Vgl. ebd.

³⁰ Nicht umsonst finden sich in der Rubrik „Büchertisch“, die jede Ausgabe von „Freiheit und Freude“ auf Seite 4 beschließt, immer wieder auch Büchervorschläge zum Thema „Erziehung“. So zum Beispiel in Freiheit und Freude 23/24 (1919), S. 4.

³¹ Paul Le Seur: Was sollen wir tun?, in: Freiheit und Freude 37/38 (1919), S. 2.

³² N. N.: Wem fehlt die „Zivilcourage“, in: Freiheit und Freude 3/4 (1919), S. 2 f., hier: S. 3.

³³ Jakob Gustav Siebel: Der tolle Pöbel von Schar, in: Freiheit und Freude 37/38 (1919), S. 1 f., hier: S. 1.

³⁴ Ernst Schreiner: Deutschlands einzige Rettung, in: Freiheit und Freude 29/30 (1919), S. 3 f., hier: S. 3.

gegangenen Städte weiter, sie feiern mit lustiger Musik frohe Feste und sprechen: „Lasset uns essen und trinken, denn morgen sind wir tot.“³⁵

Auf die Frage nach den Ursprüngen des Unglaubens und der Unsittlichkeit findet „Freiheit und Freude“ ganz unterschiedliche Antworten. Da ist zunächst der Weltkrieg, für den verschiedenartige Wirkungen festgestellt werden können. Wenn der unbekannte Verfasser eines bereits zitierten Aufsatzes vom „furchtbaren, verrohend und entsittlichend wirkenden Weltkriege“ spricht, „der auch Moral und Gewissen auf das entsetzliche untergraben hat“,³⁶ spricht er damit jene Kriegsumstände an, die an der Front und dann auch in der Heimat eine moralische Skrupellosigkeit fördern. Auch dass „die Schrecken des Weltkrieges“ bei vielen den Glauben an einen „guten Gott“ erschütterten, ist oben schon angeklungen. Viele, die als Kind noch gerne über den „Gott der Liebe“ gesungen haben, so kann man es andernorts lesen, würden es heute nicht mehr singen können: „Sie glauben nicht mehr daran. Ein spöttischer Zug legt sich um ihre Lippen, wenn sie davon reden hören, oder es ist gar ein bitterer und feindseliger. Gott soll die Liebe sein?“³⁷ Neben dem Weltkrieg geraten dann vor allem Wissenschaft und Aufklärung als Erklärung für Unglaube und Sittenlosigkeit in den Fokus. Von „falschen Propheten und philosophisch angehauchten Schwätzern“ ist die Rede, die dem Volk damals wie heute den Glauben an die Ewigkeit, aber auch den Glauben an die Existenz der Hölle rauben würden.³⁸ Zusammen mit diesen Philosophen, die „uns mit ihren elenden Firlfanzereien die Augen verklebt [haben], sodaß die Majestätsrechte des lebendigen Gottes nicht mehr erkannt werden“,³⁹ treten auch „falsche Propheten“ auf, die ein „Evangelium ohne das Erlösungsoffer Jesu“ predigen.⁴⁰ Die ihrer Glaubensinhalte unter dem Einfluss moderner Wissenschaft beraubte Kirche erscheint als „weltförmig“, was Prälat Christian Friedrich Römer, dessen Worte aus dem Evangelischen Kirchenblatt von 1919 in „Freiheit und Freude“ in Auszügen als „Goldene Wahrheitsworte“ präsentiert werden, als Zustand für das protestantische Kirchenchristentum für

³⁵ N. N.: Die Menschen werden verschmachten vor Warten der Dinge die da kommen sollen, in: *Freiheit und Freude* 47/48 (1919), S. 3 f., hier: S. 4.

³⁶ N. N. (wie Anm. 26), S. 4.

³⁷ Ernst Modersohn: Ist Gott die Liebe?, in: *Freiheit und Freude* 6/7 (1920), S. 1 f., hier: S. 1.

³⁸ „Freiheit und Freude“ zitiert hier aus dem damals noch unveröffentlichten Ernst Schreiner: Die erste Auferstehung, Gießen 1919. Vgl. N. N.: Vom ewigen Leben, in: *Freiheit und Freude* 27/28 (1919), S. 3. Auch in den erbaulichen Kurzgeschichten wird die Wissenschaft immer wieder als Glaubenshindernis bezeichnet. Vgl. zum Beispiel N. N.: Zurück zum alten Kinderglauben. Ein Kriegserlebnis d.J. 1915 aus dem Westen, in: *Freiheit und Freude* 49/50 (1919), S. 3 f., hier: S. 3.

³⁹ Gotthold Schmid: Es lebt ein Gott, zu strafen und zu rächen. Der Du aller Welt Richter bist. 1. Mose 18,25, in: *Freiheit und Freude* 45/46 (1919), S. 1 f., hier: S. 2.

⁴⁰ Ernst Schreiner: Wie wird der kommende Herr uns finden?, in: *Freiheit und Freude* 47/48 (1919), S. 1 f., hier: S. 1.

gegeben erachtet.⁴¹ Als Anzeichen des verkümmerten Glaubenslebens erkennt Römer den Umstand, dass der Ewigkeitsgedanke und die Gestalt Jesu als Mittler zwischen Gott und Menschen in der kirchlichen Verkündigung und im christlichen Bewusstsein zunehmend abhanden kommen. Die „Saat der Freigeister“, die in „üppiger Blüte“ stehe, beeinflusst auch die Jugend in einem widerchristlichen Sinn, indem sie den Glauben in Form des Religionsunterrichts aus der Schule zu verbannen droht.⁴² Die Sünde des Unglaubens erscheint letztlich auch als Ursache für den Krieg, der als Gottesgericht und -strafe beschrieben wird. Vor diesem Hintergrund können diejenigen, die die „Sünde des Unglaubens auf gewöhnlichem, philosophischem oder theologischem Wege“ gefördert haben, unter anderem also jene „Freigeister“, für die derzeitige Misere des deutschen Volkes verantwortlich gemacht werden:

„Der Unglaube ist der Totengräber unserer Volksgröße geworden, er hat unser nationales Rückgrat gebrochen. [...] Nicht freizusprechen an unserem Unglück sind alle, die Gott verlassen haben, alle, die die Fundamente gelockert, die Sitten verhöhnt, die Sittlichkeit verseucht haben. Ob diese nun an der Spitze einer Regierung standen, oder ob sie vom Lehrstuhl der Universitäten herab sprachen, ob sie durch Schrift, Wort oder Beispiel wirkten, das ist einerlei, sie alle haben mitgeschaufelt an unserem Grabe.“⁴³

Dass nun in der Revolution und bei dem gerade erfolgenden „Neubau der Welt“ auch solche im weitestgehenden Sinne antireligiösen und antichristlichen Kräfte am Werk sind, die darauf zielen, „manche Säulen, welche die alte Welt stützten und trugen“, darunter „auch den Glauben [. . .], denn sie halten ihn für etwas Überflüssiges“, einzureißen, ist für die Herausgeber von „Freiheit und Freude“ ganz offensichtlich.⁴⁴ Sozialdemokratie und Regierung werden dem Bereich der „Dunkelheit“ zugeordnet, ohne dass sich damit aber eine wirkliche Feindfestlegung verbindet, vielmehr eine Selbstkritik, die vor dem Hintergrund jener grundsätzlichen Erwartung formuliert wird, dass „Regierung, Handwaffen und Gesetze“ kein wirksames Mittel zur Heilung der „Schäden des Volkslebens“ darstellen, sondern lediglich das Ausleben wirklichen Christentums: „Darum“, so formuliert es Paul Le Seur, „ist es so furchtbar zu hören und zu lesen, wie Christen schelten und schimpfen über die Sozialdemokraten, die Regierung – statt sich selbst zu richten. Es ist doch ganz sinnlos die Dunkelheit zu schelten, wenn das Licht versagt.“⁴⁵ Wenngleich man also einer gewissen Geisteshaltung, die sich in der neuen Ordnung offen-

⁴¹ Vgl. N. N.: Goldene Wahrheitsworte, in: Freiheit und Freude 18/19 (1919), S. 2 f., hier: S. 2.

⁴² Vgl. E. Schreiner (wie Anm. 38), S. 1.

⁴³ Ebd., S. 3 f. Sehr bildlich macht es Schreiner, wenn er in seinem Text „das ewig Bleibende“ zusammenfasst: „Weil wir uns des falschen Lichtes der Aufklärung rühmten, versagte uns jetzt sogar das Gaslicht“, vgl. E. Schreiner (wie Anm. 17), S. 2.

⁴⁴ Vgl. N. N.: Was nützt uns der Glaube?, in: Freiheit und Freude 13/14 (1919), S. 1 f., hier: S. 1.

⁴⁵ Paul Le Seur (wie Anm. 31), S. 2.

bart, kritisch bis feindlich gegenübersteht, pflegt man gegenüber der neuen politischen Ordnung selbst und ihrer Regierung zunächst eine auch lehrbedingt unaufgeregte Beziehung oder sucht diese zumindest. Jedenfalls drucken die Herausgeber des Wochenblatts in einer der Februarausgaben nach der Vorlage des Evangelischen Kirchenblatts Auszüge aus Franz Hermann Reinhold von Franks „System einer christlichen Sittlichkeit“, das zuerst 1884 erschienen war, wobei als Erklärung eine Einleitung – wahrscheinlich vom Herausgeber des evangelischen Kirchenblatts, Prälat Römer, verfasst – hinzugefügt wird, die die Ausführungen Franks als nach wie vor gültige und vertretbare Richtlinien christlichen Handelns gegenüber der Obrigkeit legitimiert.⁴⁶ Dort wird unter den Voraussetzungen, dass die Obrigkeit so nötig ist „wie das täglich Brot“ und „eine schlechte Obrigkeit immer besser [ist] als keine“, betont, dass selbst der durch Revolution eingeführten Staatsform der „Wert göttlicher Institution“ nicht ohne Weiteres abgesprochen werden kann.⁴⁷ Für den Christen bedeutet die besagte göttliche Begründung jeder Obrigkeit und die daraus sich ergebende Gehorsamspflicht, dass er selbst nicht aktiv an einer Revolution partizipieren kann, selbst wenn die von der Revolution erstrebte Neuordnung auch christlicherseits erwünscht wäre. Einer erfolgten Revolution steht er aber dennoch nicht in „bornierter Weise“ gegenüber:

„Er weiß, daß die durch Schuld der Menschen unnatürlich gewordenen Verhältnisse durch Sünde zersprengt und umgewandelt werden, und daß Gottes Wille geschieht, wenn durch Sünde die Sünde reprimiert [...] wird [...]. Er macht keine Revolutionen, aber er weiß, daß sie als Eruptionen [...] und Gegenwirkungen der Sünde geschichtlich notwendig sind, und daß [...] die Heiligkeit der Staatsordnung, das göttliche Recht der Obrigkeit, die Forderung des Gehorsams gegen die bestehenden Gewalten immer neu sich begründet.“⁴⁸

Die obrigkeitliche Gehorsamspflicht scheint in Verbindung mit der Glaubensüberzeugung, dass das Heil des Volkes nicht in einem Staatsprinzip, sondern im wirklich gelebten Christentum liege und die Ursachen des Volksleidens weniger im staatlichen Handeln, als vielmehr im Unglauben zu finden seien, auf theoretisch-mentaler Ebene einen Möglichkeitsraum christlich-demokratischen bzw. kirchlich-staatlichen Zusammenwirkens zu schaffen, dem aber von vorneherein eine gewisse innere Distanz eigen ist, die in den eben formulierten Voraussetzungen selbst begründet ist: Als „Torheit“ erweist sich die Sozialdemokratie nämlich unmittelbar dann, wenn man in ihr

⁴⁶ N. N.: Des Christen Stellung zur Obrigkeit, in: Freiheit und Freude 7/8 (1919), S. 1 ff., hier: S. 1.

⁴⁷ Vgl. ebd., S. 2.

⁴⁸ Ebd., S. 3.

das „Allheilmittel aller sittlichen Schäden“⁴⁹ sucht, was aber genauso auch in Bezug auf die konstitutionelle Monarchie betont wird.

Der Durchgang durch das Jahr 1919 von „Freiheit und Freude“ lässt für das Nachkriegsdenken und -empfinden jener Gruppe der Kirchentreuen einige interessante Schlussfolgerungen zu. Die allgemeine Krisenstimmung der Revolutionszeit spiegelt sich schon in den eingangs zitierten Metaphern zur Beschreibung der gegenwärtigen Zeitumstände wieder. Diese Beschreibungen, die im Zusammenhang mit den politischen Unruhen und Umbrüchen erfolgen und den Zusammensturz zuvor sicher scheinender Machtverhältnisse, -institutionen und -bündnisse konstatieren, spielen auf ein Verunsicherungsgefühl der Bevölkerung an. Das christliche System der Wirklichkeitsdeutung, das in den zumeist pietistischen Stimmen zum Ausdruck kommt, scheint durch Krieg und Revolution zunächst allerdings weniger verunsichert: Der Krieg wird unter anderem vor dem Hintergrund einer unter Einfluss aufklärerischer und wissenschaftlicher Kräfte erfolgten Entchristlichung und der damit verbundenen Zunahme gesellschaftlicher Unmoral und Sündhaftigkeit als Gottesstrafe beschrieben. Die Lösung für die Probleme der Zeit werden nicht in den politischen Neustrukturierungen und den Möglichkeiten der Gesetzgebung gesucht, sondern letztlich in der Wiederbesinnung und -stärkung eines vollständig, also nicht aufklärerisch ausgehöhlt, gelebten christlichen Glaubens unter Christen und in der Kirche sowie einer von dieser Warte aus erfolgenden christlichen Beeinflussung der Gesellschaft. Als Problemfeld, das dieser Einwirkung bedarf, gerät neben dem Unglauben vor allem die Sittlichkeit in den Blick, wobei Kriegsheimkehrer und Jugendliche als besonders bedürftige Gruppe in Erscheinung treten. Interessant ist, dass die Revolution in „Freiheit und Freude“ zunächst noch keine allzu deutliche Bewertung im Sinne einer Negierung oder Bestätigung erfährt. Sie ist vielmehr eines von vielen Krisenphänomenen, oder um es in einem geistlichen Sprachgewand auszudrücken, eine Eruption von Sünde gegen Sünde. Hier und da erscheint die eigene Gegenwart im Vergleich zu einer zum Teil idealisierend dargestellten Vergangenheit – zu Zeiten Eberhards im Barte herrschte friedliches Miteinander zwischen Herrscher und Volk und für die Altvordern war die Autorität Gottes noch eine Selbstverständlichkeit – als Extrem, insgesamt aber liegt für die Beschreibung von Unglaube und Sittenlosigkeit auch ein hohes Maß an

⁴⁹ Ebd., S. 2. Einen ähnlichen Zwiespalt gegenüber der politischen Wirklichkeit von Weimar zeigen auch die bereits zitierten „Goldenen Wahrheitsworte“ Römers, der mit Verweis auf den „weltseligen Zeitgeist“, der „in einer Zeitlage, die das ganze Volk nach Gott schreien machen sollte“, wirklich Erzittern bewirkt, konstatiert, dass man „die Losung der Zeit – Trennung von Kirche und Staat“ sich auslegen und werten kann wie man will, da es ja nicht das eigentliche Problem darstellt, um dann aber kurz darauf in einer der möglichen Konsequenzen der Trennung, dass nämlich „die Jugenderziehung und das ganze Volksleben“ möglichst losgelöst werden soll vom kirchlichen Einfluss, ein „sehr bedenkliches Symptom“ eines allgemeinen Krankheitsbildes erkennen will. Vgl. N. N. (wie Anm. 41), S. 3.

Kontinuitätsbetonung vor und erscheint die Revolution nicht als entscheidende Wende einer Entchristlichung und Entsittlichung. Hierfür spielt als Argument eher der Krieg eine Rolle. Wenngleich gegen den Glauben und die Kirche gerichtete Entwicklungen und Gedanken der jüngsten Vergangenheit, wie beispielsweise die Hoffnung mancher auf eine Radikalvariante der Trennung von Staat und Kirche und der Versuch einer möglichst vollständigen Verbannung kirchlicher und religiöser Präsenz aus den Schulen, als Bedrohungspotenziale wahrgenommen werden, findet die beschriebene Glaubensperspektive als mentale Begegnungsvoraussetzung durchaus Möglichkeitsräume, die eine christliche Unterstützung der neuen Verhältnisse unter Vorbehalten begründen könnten. Erstens nämlich wird der Gedanke der Obrigkeitspflicht bewegt und zweitens der Staat nicht als letztgültige Instanz für Lösungen betrachtet.

2. Weitere Nachkriegsstimmen aus dem kirchlichen Umfeld Reutlingens

Auch für den Nationalprotestantismus sind derartige Möglichkeitsräume festzustellen. Ehe diese allerdings erarbeitet werden, soll hier zunächst anhand der Betrachtung einer der Kriegspredigten des Reutlinger Dekans Herzog beispielhaft auf das nationalprotestantische Verständnis von Nation sowie die daran sich anschließende Deutung des Kriegsgeschehens eingegangen und damit jene Mentalität skizziert werden, für die das Kriegsende und die Revolution der gängigen Literatur zufolge eine „Traumatisierung“ bedeutete. Die Predigt mit dem Titel „Völker-Karfreitag“ hielt Herzog am 16. August 1914 in Reutlingen.⁵⁰ Ausgehend von der Beobachtung, dass kriegsbedingt eine Werteveränderung im Gange sei – die äußeren, irdischen Güter verlieren an Bedeutung, die inneren, idealen gewinnen daran –, stellt er fest, dass in Anbetracht des Lebenssturms und der Todesnot auch die Frage nach Gott wieder virulent geworden sei und genauso das „Wort vom Kreuz“ an „Gegenwartswert“ und „Augenblicksbedeutung“ gewinne.⁵¹ In seinen daran anknüpfenden Ausführungen deutet Herzog das Kreuzgeschehen stets auf die Situation und das Ergehen Deutschlands hin. So führt ihn die Vergegenwärtigung der eigentlichen Todesursache Jesu – er findet sie in der „religiös-nationalen Leidenschaft des Volkes Israel und seiner Führer“⁵² begründet – zu der Erklärung, dass genauso England den Krieg, anstatt ihn zu verhindern, überhaupt

⁵⁰ Gotthilf Herzog: Völker-Karfreitag. Predigt am 10. Sonntag nach Trinit., den 16. August 1914, in: *Kriegspredigten aus dem großen Krieg 1914 und 1915 von verschiedenen Verfassern*, hrsg. von Paul Wurster, Stuttgart³ 1915, S. 105–119.

⁵¹ Vgl. ebd., S. 105 f.

⁵² Ebd., S. 108.



Brustbild des Reutlinger Dekans Gottfried Herzog (1858–1923). Fotografie von Otto Lauer, um 1890.

erst „zum allgemeinen Weltbrand“ hat auswachsen lassen, „aus keinem andern Grund, als weil ihm eben jetzt der geeignetste Zeitpunkt gekommen schien, das deutsche Volk tödlich zu treffen, das es in seinen vor Gott und Menschen gleich unberechtigten Ansprüchen, das erste Herrenvolk der Erde zu sein, als Hindernis empfand“⁵³. Des Weiteren korrespondiert Herzogs Beobachtung, dass im Prozess gegen Jesus eigentliche Feinde wie Pilatus und Herodes plötzlich zur Freundschaft finden, mit derjenigen, dass die sonst völlig unabhängig voneinander bestehenden Feinde Deutschlands jetzt allein durch „Neid und Eigennutz, Mißgunst und Scheelsucht gegen unser Volk“ verbunden sind. Ein Volk, das – und hier dringt das nation-

nalprotestantische Überlegenheitsgefühl in einem um Bescheidenheit bemühten Gewand doch klar hervor –

„nichts anderes begehrte, als redlicher Arbeit nachzugehen und den Lohn seines Fleißes im Frieden zu genießen, das ihnen wirklich nichts Unrechtes getan, von dem sie vielmehr – in aller Bescheidenheit darf es gesagt werden – an Gütern und Errungenschaften geistiger Kultur mehr empfangen als sie ihm je gegeben haben.“⁵⁴

Zwar sieht Herzog auch eine gewisse Schuld Deutschlands, ein „Geist des Stolzes, nationaler Selbstgefälligkeit und Eitelkeit [...] der unserer eigensten deutschen Art weder entsprach noch würdig war“⁵⁵, für die aber im Vergleich zu dem, was man jetzt an Hass, Verleumdung und Anklage ertragen muss, doch gelte, dass man letztlich grundlos gehasst werde. So erscheint Deutsch-

⁵³ Ebd., S. 109.

⁵⁴ Ebd., S. 111. Ein ähnliches Selbstbewusstsein bezüglich der geistigen Fähigkeit des deutschen Volkes transportiert eine Aussage des Vorstands der Knabenvorschule, Rektor Mann, der auch Mitglied des Gesamtkirchengemeinderats war. Sie findet sich in seiner kurzen Ansprache anlässlich der Feierlichkeiten zum vierhundertjährigen Jubiläum der Reformation: Luther und der Reformation sei es demnach zu verdanken, „daß wir Deutsche das gebildetste Volk Europas geworden sind“, Die Vierjahrhundertfeier der Reformation zu Reutlingen im vierten Jahr des großen Krieges, Reutlingen 1917, S. 18.

⁵⁵ Ebd., S. 112.

land, „über das diese Leidenszeit vor allem gekommen ist“⁵⁶, schließlich sogar als eine Art Mitträger der Leiden, die Gott selbst im Kriegsgeschehen widerfahren, sowie der abermalig erfolgenden Kreuzigung Christi, die dadurch geschieht, dass der Geist von Recht, Gerechtigkeit, Wahrheit und Frieden, den Deutschland zuvor repräsentiert habe,⁵⁷ durch die Völker ermordet wird. Dieselbe Betonung der deutschen Unschuld, verbunden mit jenem Überlegenheitsgefühl göttlicher Sendung, findet sich auch in der Kriegspredigt des Reutlinger Stadtpfarrers Vöhringer (1872–1949), die er in einer Kriegsbetstunde am 12. August 1914 gehalten hat. Dort heißt es:

„Das deutsche Volk hat nicht nur zu ringen mit Franzosen, Russen, Engländern, sondern mit seinem heiligen Gott, der es in einer langen reichen Geschichte zu Macht und Ansehen geführt und ihm eine große Aufgabe in der Menschheitsgeschichte gestellt hat. Gottlob haben wir uns nichts vorzuwerfen, was wir etwa Unrechtes gegen unsere Feinde getan haben. ‚Mit reinem Gewissen zieht Deutschland in den Krieg‘ hat unser edler Kaiser vor aller Welt bezeugen dürfen.“⁵⁸

Ein reines Gewissen können die Deutschen Jakob Schoell⁵⁹ (1866–1950) zufolge auch nach dem Krieg durchaus haben. Auch er weiß zwar ein Verschulden Deutschlands gegenüber Gott einzugestehen, nennt den „Weltsinn“, der ja auch schon in „Freiheit und Freude“ begegnet ist, genauso wie den Mangel an Gottesfurcht und Gottvertrauen sowie an Brudersinn und Selbstzucht.⁶⁰ Gegenüber den Feinden aber habe man „eine gerechte Sache“ vertreten:

„Weder haben wir von den verwerflichen Mitteln des Meuchelmordes und Verrates, der Gehässigkeit und der Lüge denselben rücksichtslosen

⁵⁶ Ebd., S. 114.

⁵⁷ Ebd., S. 111.

⁵⁸ Ludwig Friedrich Vöhringer: Kriegsbetstunde gehalten in der Marienkirche Reutlingen am 12. August 1914, in: Kriegspredigten (wie Anm. 50), S. 68–77, hier: S. 70 f. Auch für Herzog ist klar, dass Deutschland gehasst wird, „weil es auf- und vorwärts mit unsrem Volke ging, unser Wohlstand wuchs, unser Handel sich ausdehnte, weil unsere wachsende Volkszahl uns auf den Weltmarkt wies und uns nötigte, gleich den anderen jenseits der Länder und Meere auch unsern bescheidenen Platz an der Sonne zu suchen“, G. Herzog (wie Anm. 50), S. 112.

⁵⁹ Jakob Schoell wirkte seit 1918 als Prälat des Sprengels Reutlingen. Er gehörte der liberalen, volkswirtschaftlichen Bewegung an und beteiligte sich an der Freien Volkskirchlichen Vereinigung. Im Oberkirchenrat war er für die Bereiche Schule und Religionsunterricht zuständig. 1919 wohnte er dem Gründungsausschuss des Evangelischen Volksbundes bei, dessen zweiter Vorsitzender er anschließend wurde. Neben seinen Verwaltungstätigkeiten schrieb und veröffentlichte er öffentlichkeitswirksam zahlreiche knappe Bände, die vielfach gelesen wurden. Vgl. J. Eisler (wie Anm. 14), S. 187 f. und Rainer Lächele: Jakob Schoell, URL: www.wkgo.de (4. 11. 2017).

⁶⁰ Vgl. Jakob Schoell: Das Rätsel des Bösen (Glaubensfragen der Gegenwart, Bd. 7), Stuttgart [1919], S. 12.

Gebrauch gemacht, noch haben wir das neidische Ziel verfolgt, aufstrebende Völker niederzuwerfen und auf lange hinaus unschädlich zu machen. Und dennoch sollen wir die Schuldigen sein und uns in der ganzen Welt verlästern lassen; [...] Darf man sich da wundern, wenn mancher zweifelnd fragt, wo denn die Gerechtigkeit Gottes bleibe?“⁶¹

Eine konkrete politische Schuld am Krieg deutet Stadtpfarrer Otto Stahl⁶² (1876–1974) in seiner Rede anlässlich der Reichsgründungsfeier am 18. Januar 1921 zumindest an, wenn er den entscheidenden Funkenwurf als von Deutschland ausgehend beschreibt. Allerdings verbindet sich mit dieser Aussage eine apologetische Intention, immerhin waren es andere, die den Zündstoff im Vorfeld listig angehäuften hatten, und zwar nicht nur Frankreich, auf das er hauptsächlich zielt, sondern „die halbe Welt, getrieben vom Neid auf den immer mächtiger emporwachsenden Mitbewerber“⁶³. Interessant ist neben der Verwendung der Motive von deutscher Unschuld und antideutschem Völkerneid die Zielsetzung seiner Rede, der Aufruf zur Nationalisierung des Volkes und die Hoffnung auf das „Erwachen eines deutschen Nationalbewusstseins“.⁶⁴ Ähnliche Einigkeitsrufe, die das Zusammenschwingen von Nationalismus und Protestantismus andeuten, konnte man auch während des Reutlinger Reformationsjubiläums im Jahre 1917 hören. Bei seiner Rede an die Reutlinger Jugend anlässlich der Pflanzung einer „Lutherlinde“ erinnerte Stadtpfarrer Rommel, „der älteste Geistliche der Stadt“,⁶⁵ an den vorbildlichen Charakter und das wichtige Werk Luthers, dem Deutschen der Deutschen, und mahnt schließlich: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an! Das halte fest mit deinem ganzen Herzen. Seid fleißig, zu halten die Einigkeit im Geiste durch das Band des Friedens, als echte Deutsche und gute evangelische Christen!“⁶⁶

⁶¹ Ebd., S. 13. Schoells Lektüre verweist in ihrem Versuch, eine Antwort auf die Frage nach der Existenz des Bösen zu finden, gleichsam auf den kriegsbedingt drohenden Glaubensabfall, wie sie dahingehend ein Ausdruck der nationalprotestantischen Krisenmentalität darstellt, dass sich mit ihr die Nachkriegsnotwendigkeit zur Apologetik verbindet, zur Verteidigung tatsächlich gescheiterter nationalprotestantischer Kriegspredigtüberzeugungen.

⁶² Zu Stahl vgl. Anm. 14. Genauso wie Prälat Schoell und Dekan Herzog gehörte auch Stahl der Freien Volkskirchlichen Vereinigung an, die sich die Aufgabe gestellt hatte, „dem theologischen Liberalismus ein Daseinsrecht [...] als unentbehrliche Wesensrichtung“ der Landeskirche zu erwerben, vgl. J. Eisler (wie Anm. 14), S. 187.

⁶³ Otto Stahl: Kerndeutsche Bausteine. Rede bei der städtischen Reichsgründungsfeier am 18. Januar 1921, in: Schwarzwälder Kreiszeitung 16 (1921), S. 1–3, hier: S. 1.

⁶⁴ Ebd., S. 2. Den Instinktman gel beschreibt er zunächst als Folge der zu ungünstiger Zeit erfolgten Industrialisierung und sieht in ihm dann den Hauptgrund für die deutsche Niederlage im Weltkrieg: „Die Maschine war da [...] aber der Geist fehlte, der Geist freiwillig stolzer Einfügung des Einzelnen in die Gesamtheit“, ebd.

⁶⁵ Die Vierhundertjahrfeier (wie Anm. 54), S. 21.

⁶⁶ Ebd., S. 23.

Nationalprotestantische Färbungen finden sich hier und da auch in den Beschreibungen und Bewertungen der Glaubens- und Sittlichkeitszustände der Bevölkerung, die in vielen Punkten aber ganz ähnlich wie die von „Freiheit und Freude“ ausfallen, wenngleich sie viel stärker mit der Revolution in Verbindung gebracht werden. In seinem „Wort über die Kriegsfolgen“ verweist Herzog zuvorderst auf den Missmut und die Verdrossenheit weiter Kreise, die „Verbitterung der Gemüter gegen Gott und Menschen“, den „glaubenslosen Sorgengeist“ und die lieblose „Unbrüderlichkeit des Hamster- und Wuchergeistes“. ⁶⁷ Der Reutlinger Visitationsbericht von 1920 hält dabei eine allgemeine Stimmungsverschlechterung für den Sommer 1917 fest: „Von da an, wo der Kampf um die Kriegsziele ins Volk hineingetragen wurde, ging der Krieg über die seelische Kraft des Volks.“ ⁶⁸ Kritik wird in diesem Zusammenhang gegenüber dem linksdemokratischen, vor unsittlichen Anzeigen nicht zurückschreckenden Reutlinger General-Anzeiger geäußert, ⁶⁹ der nach anfänglicher Kriegsunterstützung in antikaiserliche Agitation verfiel und mit dieser halswenderischen Art von Berichterstattung zu einer allgemeinen Verwirrung der Gemüter beigetragen habe: Während er zu Beginn des Krieges mit allen möglichen Mitteln die Kriegsbegeisterung zu wecken und zu erhalten versuchte, schwenkte er im Sommer 1917 fast über Nacht um und beteiligte sich nach dem Zusammenbruch „mit Fanatismus an der leidenschaftlichen Hetze gegen Kaiser, Heeresleitung und bes. gegen Ludendorff“ ⁷⁰. Für die erfolgte Revolution kann Dekan Herzog sodann keinerlei Segensauswirkungen festhalten, was er mit dem Umstand begründet, dass sie „nicht aus der Seele des deutschen Volkes geboren worden“, sondern vielmehr

„unter dem Druck der drohenden und lockenden Feinde, unter dem Einfluß internationaler, ungeschichtlicher Gedankengänge und mit den Mitteln russischen Goldes, wie ein dumpfes Verhängnis, in einer Stunde der Verwirrung und moralischer Erschöpfung über die ahnungslose Masse des deutschen Volkes gekommen“ ⁷¹ sei.

Dass auch die Reutlinger die Ereignisse der Novemberrevolution nur wegen ihrer kriegsbedingt zermürbten Gemüter wie ein unbegreifliches, aber unentrinnbares Verhängnis willenlos hinnahmen, betont wiederum der Visitationsbericht. Ihre wirkliche Überzeugung – so scheinen die Ausführungen hier andeuten zu wollen – zeigt sich dann aber in der „herzlichen Trauer“ um den König und in der Tatsache, dass er „bei der Wiederkehr seines Geburtstags

⁶⁷ Vgl. G. Herzog (wie Anm. 15), S. 26.

⁶⁸ LKA Stuttgart, A 29, Nr. 3766.6, Pfarrbericht 1920, S. 5.

⁶⁹ Ebd., S. 11.

⁷⁰ Ebd., S. 5.

⁷¹ G. Herzog (wie Anm. 15), S. 27.

[...] von Reutlingen eine mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Dankadresse“⁷² zugesandt bekam. Zahlreiche „Mitläufer“ habe die radikale Demokratie dann lediglich wegen ihres „leichten Sieges“ erhalten. Infolge der Revolution sei nun vollständig ausgerissen, was zuvor schon im Aufkeimen begriffen war. So habe sie die innen- und außenpolitische Macht des Staates gebrochen und damit der zuvor schon zunehmenden Gesetzlosigkeit endgültig „Tür und Tor geöffnet“. Als Konsequenz des staatlichen Autoritätsverlustes verlor auch das ehemals so ruhige, geordnete, fleißige und arbeitsame Volk wesentliche Tugenden wie „deutsche Ehrlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit“.⁷³ Ruhe, Ordnung, Zucht und Sitte seien in den Entbehrungs- und Entsagungsjahren einer Genuss- und Vergnügungssucht gewichen, „die schlecht zum Elend unserer Tage und zu unserer tatsächlichen Armut paßt“.⁷⁴ Der Pfarrbericht, der die sittlichen Folgen der Revolution im Vergleich zu den Kriegsfolgen als „noch schlimmer“ bezeichnet, führt nach derselben Feststellung aufgelöster öffentlicher Ordnung, schwindender staatlicher Autorität und allgemeiner – vor allem aber jugendlicher – Gesetzesmissachtung,⁷⁵ die sich im Hamstern,⁷⁶ Wuchern, Stehlen und Betrügen äußert, bezüglich des Lebens- und Vergnügungshungers weiter aus, dass er „vor allem auf dem Tanzboden seine Orgien“⁷⁷ gefeiert habe:

„Es wäre interessant festzustellen, welche Summen leichtverdienten Geldes in diesen Jahren nach dem Krieg der Tanzlust geopfert wurden, um gar nicht zu reden von den sittlichen Gefahren. Die Eltern waren vielfach machtlos. Eine Frau erzählte der anderen, wie sie für die Tanzstunden ihrer zwei Töchter in wenigen Wochen 1400 Mark gebraucht [!]. Söhne bestehlen den Weisszeugschrank der Mutter, um mit den verkauften Sachen die Tanz-

⁷² LKA Stuttgart, A 29, Nr. 3766.6, Pfarrbericht 1920, S. 6.

⁷³ Vgl. G. Herzog (wie Anm. 15), S. 27.

⁷⁴ Auch an anderer Stelle wird beklagt, dass „protzenhaftes Wesen sich breit macht [!], das in ungeniertem Geniessen sich auch in den Tagen der Allgemeinen Not nichts abgehen lässt“ (LKA Stuttgart, A 29, Nr. 3766.6, Pfarrbericht 1920, S. 8). Es wird, wenngleich nur vereinzelt, zum Beispiel beim Reutlinger Parvenütum beobachtet, vgl. ebd., S. 30.

⁷⁵ „Die Vergehen und Verbrechen“, so hält es der Pfarrbericht für den Bezirk Reutlingen fest, „liegen meist auf dem Gebiet des Betrugs, des Diebstahls und der Veruntreuung. Körperverletzungen kommen seltener vor (der Alkohol fehlt). [!] Überaus häufig sind die Einbrüche und Diebstähle in den Weinberghäuschen und bei der Post“, ebd., S. 31.

⁷⁶ Wie der Pfarrbericht verdeutlicht, liegen hinter derartigen Aussagen und Deutungen praktische Alltagserfahrungen der Pfarrer, wie die, dass beispielsweise manche Konfirmandenstunden, die an schulfreien Samstagen gegeben wurden, nur von wenigen wahrgenommen wurden, weil „ganze Scharen [...], natürlich mit Wissen der Eltern, ins Hamstern gegangen waren“, ebd., S. 10.

⁷⁷ Ebd., S. 7.

ausgaben zu bestreiten. [...] Die grossen Löhne reizen zu unsinnigem Geldverbrauch u. steigern den Uebermut der Jugend.“⁷⁸

Unsittliches Verhalten, Tanzvergnügen und Geldverschwendung werden hier in klarem Zusammenhang gesehen. An anderer Stelle wird zu diesem Problemkanon noch die Bildungsarmut hinzugefügt:

„Die ledige Jugend war schon in den Kriegsjahren das Schmerzkind. Sie ist es nach der Revolution noch mehr geworden. Das viele Geld, das sie in Hundertmarknoten in der Hand hat, wird beim Tanz, mit Rauchen und Schleckereien vergeudet. [...] Ein mehrheitssozialistischer Gewerkschaftsmann, der bei einer Sitzung des Volksbildungsvereins nach dem gegenwärtigen Bildungsbedürfnis der Arbeiterjugend gefragt wurde, erwiderte: Da ist rein nichts mehr vorhanden. Die einen gehen zum Tanz, die andern machen in kommunistische Politik und die dritten gehen hamstern.“⁷⁹

Statt der „schlichten Einfachheit, Sparsamkeit, Arbeitsamkeit und Genügsamkeit unserer Väter und Großväter“, so fasst Herzog es zusammen, kann man nun also allenthalben den Dienst am Mammon beobachten, der „am meisten zu unserem Zusammenbruch beigetragen“ hat. Die Vergangenheit als Besinnungs- und Sehnsuchtsort im Gegensatz zu den unerfreulichen Momentanzuständen erscheint noch deutlicher in Herzogs Bedauern über den Umstand, dass die Revolution „den Gedanken des preußisch deutschen Staates, der auf protestantischem Boden erwachsen und in gutem Sinne Kulturstaat gewesen war, verdrängt und an seine Stelle das westeuropäische Ideal des formalistischen demokratischen Rechtsstaates gesetzt“ hat. Bezüglich der jetzt mit der Einführung der demokratischen Ordnung vollzogenen Trennung von Staat und Kirche weist er auf die schon länger zu beobachtende Entwicklung eines sich lockernden Bandes zwischen politischer und geistlicher Sphäre hin, die jetzt allerdings zugunsten der römisch-katholischen Kirche ihr Ende gefunden hat: Im Gegensatz zu den Zeiten des preußisch-deutschen Kulturstaates, der vom Protestantismus getragen war, habe in der jetzigen Ordnung

⁷⁸ Ebd. Über die ehelichen und zwischengeschlechtlichen Sittlichkeitsbedingungen sagt der Pfarrbericht an anderer Stelle, dass unordentliche, durch die Schuld von Mann oder Frau zerrüttete Ehen mannigfaltig vorhanden seien, dass im Krieg Fälle ehelicher Untreue vermerkt werden mussten und auch wilde Ehen in ziemlicher Zahl vorhanden seien, ohne dass die öffentliche Meinung daran Anstoß nehme, zumindest nicht in größerem Ausmaß. Vgl. ebd., S. 9. Hierin zeigt sich auch ein ortsgeistlicher Reflexionsmoment auf die ja genauso von den Autoren von „Freiheit und Freude“ wahrgenommene Abnahme kirchlicher Autorität und die zunehmende gesellschaftliche Ignoranz gegenüber den tradierten christlichen Wertvorstellungen. Ein weiteres Beispiel hierfür findet sich in der Feststellung, dass „die Beziehungen der Geschlechter zueinander [...] freier geworden [sind] und die weibliche Jugend, die schon während des Kriegs gerne mit den hier garnisonierenden Soldaten anbändelnde [...], [...] für die Lockungen weithin empfänglich [ist]“, ebd., S. 10.

⁷⁹ Ebd., S. 10 f.

der katholische Gegner den Hauptvorteil. Als „eine der ernstesten Kriegs- oder richtiger Revolutionsfolgen“⁸⁰ erwähnt Herzog dann noch die Bedrohung der evangelischen Schule, die zwar vorerst abgewehrt scheint, für die aber mit der Notwendigkeit eines weiterhin festen Zusammenstehens vonseiten des evangelischen Volkes rechnet, immerhin erlaube es die staatliche Gesetzgebung, dass Freidenker und Religionslose „rein weltliche Schulen nach ihrem Herzen“⁸¹ bekommen, und müsse dafür gesorgt werden, dass der Staat nicht ihnen gegenüber Gewissensfreiheit, den christlichen Konfessionen gegenüber aber Gewissenszwang ausübe. In Bezug auf die Freidenkerbewegung, die in Reutlingen eine proletarische Freidenkergruppe besitzt, warnt Herzog vor einem allzu saloppen Umgang der Kirche mit der Kirchengausstrittsbewegung: „Wenn es zu einer neuen Revolution käme, so würde sie sich mit Macht gegen die Kirche wenden. Denn es herrscht in diesen Kreisen der Wahn, daß die Revolution von 1918 deshalb nicht mit dem Sieg des Proletariats geendigt hat, weil sie vor der Kirche Halt gemacht habe.“ In diesem Zusammenhang ist auch die Sektenbewegung von Bedeutung, der sich – in geringer Zahl zwar, aber eben immer wieder – ehemalige Kirchenmitglieder zuwenden. Gerade für die jüngsten „Zeiten großer Weltereignisse“ konstatiert Herzog eine besonders eifrige Tätigkeit bei denjenigen Sekten, „die sich mit der Wiederkunft des Herrn beschäftigen“⁸², vornehmlich den Adventisten, Zeugen Jehovas (Russilianern) und Neupostolischen. Derartige Bedrohungspotenziale spielen auch in Herzogs Aufstellung eines sechs Punkte umfassenden kirchlichen Aufgabenhorizonts der Gegenwart und näheren Zukunft eine Rolle, die zu einem späteren Zeitpunkt noch von Bedeutung sein wird.

Fasst man die kurze Betrachtung einiger weiterer Reutlinger Nachkriegsstimmen nationalprotestantischer Mentalität zusammen, so kann zunächst konstatiert werden, dass im Gegensatz zu jener Mentalität, die in „Freiheit und Freude“ zum Ausdruck kommt, im Zusammenhang mit dem Kriegsende von einer stärkeren Enttäuschungserfahrung, die sodann auch die Sichtweise auf die neuen Verhältnisse mit bestimmt, dahingehend ausgegangen werden kann, dass eine patriotische Enttäuschung und nationale Demütigung aufgrund der hier vorliegenden engen Verbindung von Christentumsbegriff und Patriotismus gleichsam eine Enttäuschung des Glaubens und damit eine Glaubenskrisen bedeuten konnte. Die zuvor als gottgewollt verstandene nationale Prosperität und das sich mit dem Kaiserreich verbindende Gefühl deutschprotestantischer Kulturüberlegenheit erfuhren einen tatsächlichen Einschnitt, der wesentliche Aspekte des Denksystems infrage stellte. Die Bewertung der Revolution fällt vor diesem Hintergrund gesehen verständlicherweise deutlich negativer aus: Sie wird als undeutscher Gedanke und ungewolltes Ver-

⁸⁰ G. Herzog (wie Anm. 15), S. 28.

⁸¹ Ebd.

⁸² Ebd., S. 19.

hängnis beschrieben und erscheint überdies als Verdränger eben jenes Gedankens eines protestantisch fundierten preußisch-deutschen Staates, von dem keinerlei Segen, sondern – wie die Liste der beschriebenen, vor allem sittlichen Revolutionsfolgen aufzeigt – eher Fluch für Volk und Kirche ausgeht. Das Festhalten an den alten Verhältnissen, an Monarchie und Kaiser, wird in der Kritik an der antimonarchischen Polemik des linksdemokratischen General-Anzeigers genauso greifbar wie in der Betonung einer allgemeinen Trauer der Reutlinger um den Kaiser, die einer lediglich als Mitläufertum zu bezeichnenden Demokratieunterstützung gegenübergestellt wird. In der Betrachtung der allgemeinen Sittlichkeit wirkt dann derselbe christliche Wertekanon wie bei „Freiheit und Freude“, was sich in der Beschreibung ähnlicher Problemfelder widerspiegelt. Überschneidungen ergeben sich unter anderem in der Beobachtung von „Tanzsucht“, „Gesetzlosigkeit“ und „Autoritätsverlust“ und im Rekurs auf die Jugend als sittlich besonders bedrohte Gruppe. Wenngleich die Revolution als Reflexionsmoment gegenwärtiger Problematiken weit häufiger eine Rolle spielt und insgesamt eine negativere Bewertung erfährt, scheint die vorgestellte nationalprotestantische Sichtweise keineswegs nur dieses Ereignis in die Pflicht zu nehmen, sondern verweisen die ein oder anderen Bemerkungen auch auf ihr Wissen um Entwicklungen, die beispielsweise das Band zwischen Staat und Kirche schon seit Längerem lockerten oder auf die Sittlichkeit des Volkes negativ einwirkten. Dass die kirchlichen Funktionseliten nicht etwa in einer Schockstarre negativen Denkens verharrten, sondern aktiv wurden, jene „traumatisierte“ nationalprotestantische Mentalität also Chancen und Aufgaben wahrzunehmen imstande war, zeigt der nächste Abschnitt, der Herzogs kirchliches Sechs-Punkte-Programm⁸³ und weitere Auszüge aus dem Pfarrbericht sowie einige problemfeld- und bedrohungs-momentbezogene Argumente aus den Protokollen des Reutlinger Gesamtkirchengemeinderats (fortan mit „GKGR“ abgekürzt) in den Mittelpunkt stellt und so auf den „Möglichkeitsräume“ schaffenden Moment der Alltagspragmatik hinweisen möchte.

⁸³ Es geht vielleicht etwas zu weit, von einem Vermächtnis zu sprechen, aber es muss berücksichtigt werden, dass Herzog zum Zeitpunkt der vermutlichen Textverlesung (19. Juli 1920) bereits als Dekan a. D. auftritt. Seine Verabschiedung aus dem Gesamtkirchengemeinderat Reutlings erfolgte erst kurz zuvor am 29. Juni 1920 (LKA Stuttgart, DA Reutlingen, Nr. 32, Protokoll des Reutlinger Gesamtkirchengemeinderats Bd. 3, S. 400). Die Redesituation wird an einer Stelle ersichtlich, wo Herzog sich an die Zuhörer zu wenden scheint, wenn er sagt: „[...] wenn ich Kriegsgewinnler, Schieber, Lohnwucherer hier vor mir hätte, würde ich mich ebenso an sie wenden, aber hier sind wir neben Pfarrern, Lehrern, Beamten, Geschäftsleuten in der Hauptsache Landleute, und gestatten Sie mir darum heute, *wo ich zum letzten Male so zu ihnen reden darf* [hervorg. d. Verf.], ein Wort herzlicher Ermahnung und Bitte [...]“, G. Herzog (wie Anm. 15), S. 27.

3. Die Krisenzeit als Chance: kirchliche Aufgabenfelder und Alltagspragmatik

Es würde ein falscher Eindruck entstehen, wenn aus der Pfarrberichterstattung nur jene Teile herausgepickt würden, die auf Problemwahrnehmung und Krisenmentalität verweisen. Zwar lässt sich ihre Existenz, was die bisherigen Beschreibungen ja vor allem gezeigt haben, bei aller Nüchternheit der Beschreibungart nicht leugnen, genauso aber kommt an vielen Stellen die ebenso vorhandene Wahrnehmung positiver Aspekte und Entwicklungen im kirchlichen Leben zum Ausdruck, was schon der einleitende Satz des Pfarrberichts veranschaulicht:

„Die Teilnahme am ordentlichen Gottesdienst ist im Ganzen im Verhältnis zur Größe der Stadt zu ihrem vorwiegend industriellen Charakter befriedigend, wenn auch bei einzelnen Schichten: Arbeitern, Weingärtnern, auch teilweise bei den Industriellen der Gottesdienstbesuch viel zu wünschen übrig lässt. Der Krieg hat seit Beginn, wie überall die Kirchen mächtig gefüllt, und im Fortgang des Kriegs blieb der Kirchenbesuch, wenn auch der erste Andrang sich wieder verlief, doch im Ganzen besser als vor dem Krieg, und mit der Revolution setzte sofort ein neuer Zudrang zur Kirche ein. Man sieht vielfach Männer wieder in der Kirche, die früher seltene Gäste im Gotteshaus waren. Auch sozialistische Arbeiter werden neuerdings regelmässiger in der Kirche gesehen. Der Ernst der Zeit macht sich doch in zahlreichen Gemütern fühlbar. Er befruchtet die Predigt und verleiht ihr mehr Resonanz [!] in den Herzen.“⁸⁴

Sicherlich tragen derartige Aussagen der Intention einer Pfarrberichterstattung Rechnung, die ja darauf zielt, einen Überblick über verschiedene Entwicklungen zu geben. Das Hin und Her zwischen positiver Feststellung und einschränkender Tatsache lässt insgesamt gesehen dann doch ein Problemszenario entstehen, was aber eine Eigenschaft der Pfarrberichte selbst darstellt, die in der Tradition obrigkeitlicher Berichtswesen stehend, eben vor allem auf Negativentwicklungen hinzuweisen tendieren.⁸⁵ Auch wenn sich hier mit der Benennung von Arbeitern, Weingärtnern und anderen sozialen Gruppen ein Problemfeld kirchlicher Wirkungslosigkeit verbindet, kann für die christliche Wahrnehmung in der Nachkriegszeit anhand dieses Beispiels dennoch eine Fähigkeit konstatiert werden, der Krise, die sich ja mit den Begriffen „Krieg“ und „Revolution“ verbindet, die Chance beziehungsweise der Problemlage einen Möglichkeitsraum abzugewinnen, was in diesem Fall auf die Beobachtung leicht zunehmenden Kirchenbesuchs und beflügelter Predigt zutrifft. Ein kriegsbedingt gestiegenes Interesse nach religiösem

⁸⁴ LKA Stuttgart, A 29, Nr. 3766.6, Pfarrbericht 1920, S. 2.

⁸⁵ Vgl. C. Kienzle (wie Anm. 4), S. 31.

Erleben wird an anderer Stelle konkreter noch für die „höheren Stände“ und hier besonders auch für die „weibliche Jugend“ wahrgenommen: „Ganz von selbst ist aus den Kreisen der Schülerinnen der höheren weiblichen Schulen und auch von älteren Töchtern der besseren Stände der Wunsch nach vertiefter religiöser Erkenntnis und Anregung wiederholt an die Geistlichen gekommen.“⁸⁶ Erfreut scheint man auch über den Umstand, dass während des Kriegs „das gesellige Leben in den Vereinen ruhte“ und wegen der allgemeinen Teuerung auch nach dem Krieg „der Wirtshausbesuch merklich zurückgegangen ist“.⁸⁷ Gleichwohl derartige christliche „Glücksmomente“ – es mag übertrieben klingen – gegenüber der erwähnten Erschütterungserfahrung als gänzlich unbedeutend erscheinen, stellen sie dennoch genauso einen Aspekt der Krisenwahrnehmung beziehungsweise eine Realität der christlichen Denkprozesse in der Krisenzeit dar wie jene Aspekte und Realitäten, die auf eine „Traumatisierung“ schließen lassen, worauf im Vorfeld der Analyse von Herzogs „Sechs-Punkte-Programm“, das an den geeigneten Stellen durch die Aussagen aus den GKGR-Protokollen ergänzt wird, der Sensibilisierung wegen nochmals verwiesen sein soll.

Herzogs „Programm“ ist genauso wie die besagten Argumente der Protokolle deswegen interessant, weil hier vor dem Hintergrund kirchlicher Problemfelder und Bedrohungsmomente eine mögliche Handlungsoption formuliert wird.⁸⁸ Seiner eigenen Aussage zufolge beschränkt sich der Dekan dabei lediglich auf „die nächsten schwersten Aufgaben“. Nachdem er zuvor schon darauf aufmerksam macht, dass bei allen erwähnten „bedenklichen Folgen des Krieges [...] die Spuren von Erstarkung des kirchlichen Lebens“⁸⁹ nicht übersehen werden dürften, beginnt er seine Liste der wichtigsten Aufgaben mit dem ersten Punkt, der das „ungeheure Problem der Wiedergewinnung unserer sozialistisch und kommunistisch beeinflussten Arbeiterschaft

⁸⁶ LKA Stuttgart, A 29, Nr. 3766.6, Pfarrbericht 1920, S. 30.

⁸⁷ Vgl. ebd., S. 31.

⁸⁸ Dies gilt für die problemfeld- und bedrohungsmomentbezogenen Argumente innerhalb einzelner Entscheidungsprozesse des GKGR vielleicht noch stärker, da sie eben nicht nur in Form eines theoretischen Gedankens im Rahmen eines theologischen Sinnierens auf Zeitumstände auftreten, sondern als unmittelbar handlungsleitendes und -begründendes Argument Verwendung finden. Sie verweisen mit ihrem Charakter der Beiläufigkeit in einem praktischen Entscheidungsprozess auf einen Kern christlicher Krisenwahrnehmung und bilden damit gleichsam einen Teil des Möglichkeitsraums des Krisendenkens.

⁸⁹ G. Herzog (wie Anm. 15), S. 28. Erwähnt werden als Zeichen kirchlichen Erstarkens in diesem Zusammenhang die Volkskirchenbewegung im Norden des Landes, die zahlreichen Gemeindeversammlungen sowie der daraus entstandene Evangelische Volksbund im Süden, der in Reutlingen immerhin 3700 Mitglieder zu verzeichnen hat (ebd., S. 18) – beides Reaktionen auf den „plumpe[n] Angriff radikalster Elemente, der zu Beginn der Revolution sich gegen Christentum, Kirche und christliche Schule wandte“ (ebd., S. 28) –, die Errichtung des Kirchenbundes der deutschen Evangelischen Kirchen auf dem Dresdner Kirchentag von 1919 und die von der württembergischen Landeskirchenversammlung bereits „in ernstem Friedenswillen“ erarbeitete neue Kirchenverfassung.

für Evangelium und Kirche“⁹⁰ betrifft. Gleichwohl seine Hoffnungen angesichts der kaum überbrückbaren Kluft zwischen Kirche und Arbeitern nicht gerade groß zu sein scheinen, sieht er zumindest bis zu dem Zeitpunkt, an dem – so die Idee – „ein Brückenschläger aus der [...] Arbeiterschaft“⁹¹ selbst die Vermittlung übernimmt, in der persönlichen Begegnung zwischen Kirche und Arbeitern eine Chance, dem jetzt noch so unheilvollen Misstrauen wenigstens entgegenzuwirken. Dass Herzog selbst eine solche persönliche Begegnung gesucht hat, macht wiederum der Pfarrbericht offenbar, der von Erörterungsabenden weiß, „die Dekan Herzog mit einigen ernstern Arbeitern veranstalten konnte“.⁹² Krankheitsbedingt unterbrochen, hoffte er sie im Ruhestand wieder aufnehmen zu können. Eine Berücksichtigung der Arbeiterschaft als Verweis auf das nachgerade schlechte Verhältnis zu dieser sozialen Gruppe erfolgt im GKGR zum Beispiel in der Entscheidung, die Veröffentlichung der für das Gemeindehaus bisher gesammelten Summe, es handelt sich immerhin um 224.613 M, zu unterlassen, „da die Werbearbeit noch in Gang ist u. die Größe der Einzelgaben in der Arbeiterschaft böses Blut machen könne“.⁹³

Als zweite und gegenüber dem Arbeiterproblem wesentlich leichter zu lösende Aufgabe nennt Herzog die Notwendigkeit, einer weiteren Verschärfung des konfessionellen Gegensatzes entgegenzuarbeiten, wobei er hier vor allem den Erhalt evangelischen Einflusses gegenüber der momentan gestärkten katholischen Macht im Blick hat.⁹⁴ An dieser Stelle tritt seine national-

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ Ebd.

⁹² LKA Stuttgart, A 29, Nr. 3766.6, Pfarrbericht 1920, S. 39. Die Erörterungsabende waren eine direkte Reaktion auf eine Veranstaltung der proletarischen Freidenkergruppe Reutlingens, die im Sommer 1919 stattfand und auf der ein Nürnberger Redner, dessen Name nicht genannt wird, „aus politischen Gründen zum Austritt aus der Kirche aufforderte“ (ebd.). Es wird an dieser Stelle auch konstatiert, dass die Sozialdemokratie zwar „nicht direkt kirchenfeindlich“ sei, sich aber im Zusammenhang mit dem Krieg die Stimmung gegen die „kriegshetzerische Kirche“ verschärft habe, was beispielsweise darin eine Auswirkung zeitigt, dass Arbeiter ihre Kinder nicht mehr gerne zur Taufe in die Kirche brächten und selbst weniger zur Abendmahlsfeier erscheinen würden (vgl. ebd., S. 40). Es wird aber darauf verwiesen, dass andere Gründe dabei durchaus auch ihre Rolle spielen. Wie auch immer zeigt sich hier das Problemfeld der kirchlichen Beziehung zu den Arbeitern deutlich.

⁹³ In der Sitzung vom 10. April 1919. Siehe hierfür LKA Stuttgart, DA Reutlingen, Nr. 32, Protokoll des Reutlinger Gesamtkirchengemeinderats Bd. 3, S. 328.

⁹⁴ Kritisch konnotiert scheint vor diesem Hintergrund auch die Feststellung des Pfarrberichts, dass Reutlingen in Bälde eine katholische Kinderschule besitzen wird und deswegen mit der Niederlassung katholischer Krankenschwestern zu rechnen sei (vgl. LKA Stuttgart, A 29, Nr. 3766.6, Pfarrbericht 1920, S. [40]. Es ist eigentlich Seite 41, aber an ihrer statt erfolgt hier zum zweiten Mal eine Seite 40). Dass, wie danach dargestellt wird, ein evangelischer Lehrer dagegen von „Simultanisierungswut“ ergriffen im Ortsschulrat den Antrag stellte, die neu errichtete Lehrstelle an der Mittelschule mit einem katholischen Lehrer zu besetzen, „weil in der Schule auch katholische Schülerinnen seien“ (ebd.), erscheint jetzt kaum mehr als neutrale Beobachtung, sondern vielmehr als Teil eines Problemereichs, den die Kirche Herzogs

protestantische Sichtweise genauso wie seine antikatholische Haltung nochmals deutlich zutage, wenn er erklärend hinzufügt:

„Die kathol. Kirche ist mächtig gestärkt aus dem Kriege hervorgegangen. Auf evang. Seite ist das protestantische Kaiserhaus zertrümmert, Preußen, die bisherige evang. Vormacht Deutschlands, ist innerlich und äußerlich geschwächt. In Berlin ist dieser Tage der päpstliche Nuntius eingezogen, am Rhein entfaltet der Jesuitenorden bereits eine stille, aber zielbewußte Propaganda. Da gilt es wohl auf der Hut zu sein, [. . .]. Doch brauchen wir uns nicht zu fürchten. Es fehlt doch nicht an Anzeichen, daß das innere Gefüge der katholischen Kirche nicht mehr unerschüttert ist, und wer Gelegenheit hat, je und je in die Seelen von Katholiken hineinzublicken, die mit ihrer Kirche zerfallen sind, der findet hier nicht selten einen entschlosseneren Bruch mit Kirche und Christentum als bei den Entfremdeten der evang. Kirche.“⁹⁵

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Bemerkung der GKGR-Protokolle, die in der Sitzung vom 21. Oktober 1920 im Rahmen der „Neuregelung des Glockenläutens und der Turmbesichtigung der Marienkirche“ vermerkt ist. Dort heißt es auf die Frage, ob neben dem Abendläuten nicht auch das Morgenläuten erhalten werden sollte: „So wünschenswert das namentlich wegen der Kranken u. wegen des Vergleichs mit der katholischen Kirche ist, erregt die Höhe der Kosten Bedenken.“⁹⁶ Letztlich entscheiden sich 10 Mitglieder gegen und 14 für die Erhaltung des Morgenläutens, es ist unabhängig davon aber bemerkenswert, dass vor dem Hintergrund eines als wiedererstarkt empfundenen Nachkriegskatholizismus auch das Glockenläuten als Vergleichsort von Bedeutung wird und als Handlungsoption zur Selbstvergewisserung und Kommunikation der eigenen Machtansprüche in Betracht kommt.

Als drittes unter den Gefahrensymptomen der Zeit erscheint bei Herzog dann die staatliche Neigung, die Kirche und ihren Einfluss aus möglichst vielen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, „besonders in Jugenderziehung, Jugendfürsorge und Volksbildung“⁹⁷, zu verbannen und sie in die eigenen Hände zu bekommen. Für dieses Problem bietet Herzog zumindest an dieser Stelle keine Lösungsvorschläge. Ein kurzer Exkurs auf seine Ausführungen zum Gemeindeleben im selben Übersichtsbericht zeigt aber, welche Handlungsoption er diesbezüglich für die Kirche sieht. Dort prognostiziert er, dass

Agenda zufolge dringend anzugehen hat, um eben nicht im Schatten der katholischen Kirche zu verschwinden, sondern den eigenen Macht-Ort und Einfluss zu bewahren.

⁹⁵ G. Herzog (wie Anm. 15), S. 29.

⁹⁶ LKA Stuttgart, DA Reutlingen, Nr. 33, Protokoll des Reutlinger Gesamtkirchengemeinderats Bd. 4, S. 16.

⁹⁷ G. Herzog (wie Anm. 15), S. 29.

mit der zunehmenden Lösung des einstigen Bandes zwischen Staat und Kirche die Bedeutung des kirchlichen und religiös-sittlichen Lebens der Einzelgemeinde für die Existenz und Wirkung der Landeskirche auf das Volksleben zunehme, woran auch die in der neuen Kirchenverfassung zunächst verankerte Überordnung der Landeskirche über die Einzelgemeinde nichts ändere.⁹⁸ Das Pfarramt, so führt er konkretisierend aus, müsse in Zukunft stärker aus den Gemeinden heraus Unterstützung erfahren, und zwar in Form der Mitarbeit von Vereinen und gemeindlichen Einrichtungen für Junge, Kranke, Arme und Bedürftige mancherlei Art und der Kleinkinderpflege. Die Antwort der Kirche auf den Verlust des staatlichen Rückhalts liegt Herzog zufolge also in der Betonung der Einzelgemeinde hinsichtlich ihres Potenzials im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit. Ein Blick in die Protokolle des GKGR zeigt, dass die Jugendarbeit auch hier als eine der wesentlichen Herausforderungen und Notwendigkeiten des gegenwärtigen kirchlichen Handelns verstanden wird. Im Rahmen der Besprechung eines Gesuchs des örtlichen CVJM um einen Beitrag zur Anstellung eines Jugendhelfers hält das Protokoll für den in Abwesenheit des Dekans Herzog als Vorsitzenden fungierenden Stadtpfarrer Finckh die Aussage fest,

„daß der Verein die Bitte genehmigt habe und 1000 M vorschlage. Die Arbeit des christl. Vereins Junger Männer sei eine Arbeit im Interesse der Gesamtkirchengemeinde. [...] Nirgends sonst seien Ausgaben in gegenwärtiger Zeit so angebracht wie auf dem Gebiet der Jugendpflege.“⁹⁹

Die vorgeschlagene Unterstützung des Vereins findet allgemeine Zustimmung und wird nach Abstimmung sogar mit einer Summe von 1500 M gewährt. An anderer Stelle, dem Gesuch des Jungfrauenvereins um einen unterstützenden Jahresbeitrag, heißt es außerdem, „es werde auch hier gelten, was früher von der Freiwilligen Sonntagsschule und vom Jungmännerverein gegolten habe, daß es notwendig sei diese Veranstaltung dem Organismus der Gemeinde näher anzugliedern“,¹⁰⁰ was auf die Bedeutung der Vereinstätigkeit von Einzelgemeinden hinweist. Die besondere Sorge der Kirche um die Jugend zeigt sich sehr deutlich auch in der Besetzung einer Jugendpfarramtsstelle, die bereits am 4. März 1920 durch das Evangelische Konsistorium unter Zustimmung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens errichtet worden war und für die im Dezember 1920 schließlich Rudolf Daur¹⁰¹ (1892–1976) berufen wurde, der sie dann im Januar 1921 als zweiter Stadtpfarrer der

⁹⁸ Ebd., S. 17.

⁹⁹ In der Sitzung vom 24. Juni 1919. Siehe hierfür: LKA Stuttgart, DA Reutlingen, Nr. 32, Protokoll des Reutlinger Gesamtkirchengemeinderats Bd. 3, S. 338.

¹⁰⁰ In der Sitzung vom 7. August 1919. Siehe hierfür: LKA Stuttgart, DA Reutlingen, Nr. 32, Protokoll des Reutlinger Gesamtkirchengemeinderats Bd. 3, S. 347 f.

¹⁰¹ Rudolf (Rudi) Daur war bis 1932 als Jugendpfarrer in Reutlingen tätig und wirkte schon bald nach seiner Ankunft in Reutlingen aktiv im Bund der Kögenger mit, einem Jugendver-

Katharinenkirche antrat.¹⁰² Was die oben angesprochene Neigung des Staates betrifft, den kirchlichen Einfluss im Bereich der Volksbildung zu reduzieren, findet sich in den Protokollen des GKGR ein interessanter Vorschlag des Kirchengemeinderats Kiefner, der ebendiese Auswirkung der Trennung von Staat und Kirche im Blick hat. In der Sitzung vom 6. Februar 1919 schlägt er vor, einmal im Jahr während der Konfirmationszeit „unter Mitwirkung aller an der Erziehung Beteiligten eine Art kirchliche Schulentlassfeier“ in Form eines Sing-Gottesdienstes zu veranstalten, der „Kirche und Schule auch nach der Trennung“ verbunden halten würde.¹⁰³ Die Idee eines schulisch-kirchlichen Gemeinschaftsgottesdienstes wird dann aber wegen einiger Bedenken gegenüber den von Kiefner vorgeschlagenen Sologesängen und dem Charakter des Gottesdienstes als Entlassfeier aus der Schule als noch nicht spruchreife Angelegenheit zunächst verschoben. Vielleicht spielt auch der Hinweis, dass „eine notgedrungene Verlegung [...] des gesamten Religionsunterrichts aus den Schulräumen heraus“¹⁰⁴ zu befürchten sei, der als Argument für den Kauf eines „Gemeindehausbehelfs“ fungiert, dem Marchtalerhof, der an das vorgesehene Grundstück des später zu errichtenden Gemeindehauses¹⁰⁵ angrenzt, auf den bedrohten kirchlichen Einfluss auf die Schulen im Zuge der Trennung von Staat und Kirche an. Hier könnten aber auch andere Hintergründe plausibel gemacht werden.

Das vierte Problemfeld kirchlicher Handlungsnotwendigkeit liegt im „Umsichgreifen schwärmerischer Richtungen“¹⁰⁶. Herzog hält diese Sekten,

band, den er ab 1933 leitete. Auch Daur gehörte der Freien Volkskirchlichen Vereinigung an. Vgl. J. Eisler (wie Anm. 14), S. 175 und 187.

¹⁰² Vgl. die Sitzungen vom 12. März 1920 (LKA Stuttgart, DA Reutlingen, Nr. 32, Protokoll des Reutlinger Gesamtkirchengemeinderats Bd. 3, S. 381) und vom 29. Dezember 1920 (LKA Stuttgart, DA Reutlingen, Nr. 33, Protokoll des Reutlinger Gesamtkirchengemeinderats Bd. 4, S. 28).

¹⁰³ LKA Stuttgart, DA Reutlingen, Nr. 32, Protokoll des Reutlinger Gesamtkirchengemeinderats Bd. 3, S. 312.

¹⁰⁴ In der Sitzung vom 12. Februar 1920. Siehe hierfür: LKA Stuttgart, DA Reutlingen, Nr. 32, Protokoll des Reutlinger Gesamtkirchengemeinderats Bd. 3, S. 376. Die Vermutung ist nicht ganz abwegig, immerhin besaß die Schulfrage um 1920 noch großes Diskussionspotenzial und war kirchlicherseits die Befürchtung präsent, dass die rein weltliche Schule mehr und mehr an Boden gewinnen könne. Vgl. Kurt Nowak: *Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932*, Göttingen 1981, S. 82 f.

¹⁰⁵ Der Gemeindehausbau stellt für die untersuchten Protokolljahrgänge 1919 und 1920 eines der zentralen Projekte des GKGR dar. Er musste letztlich auch wegen der Wirtschaftskrise lange hinausgezögert werden. Noch der Pfarrbericht von 1926 konstatiert: „Die für dieses [das Gemeindehaus; d. Verf.] gesammelten Mittel sind der Inflation zum Opfer gefallen. Glücklicherweise ist wenigstens ein Teil der Gelder durch den 1920 erfolgten Ankauf des Marchtalerhofs gerettet worden [...]“, LKA Stuttgart, A 29, Nr. 3766.6, Pfarrbericht 1926, S. 11.

¹⁰⁶ G. Herzog (wie Anm. 15), S. 29.

gleichwohl sie hier und da erfolgreich seien, für „nicht so gefährlich“, schließlich „sind sie doch im Grunde wie das Gras, das frühe blühet und bald welk wird“¹⁰⁷. Er deutet den zeitweisen Erfolg solcher Richtungen in diesem Zusammenhang vielmehr dahingehend positiv, als dass sich hierin „ein lebhaftes Bedürfnis nach geistiger Führung“ nicht nur in den unteren Volksschichten, sondern auch unter den Gebildeten offenbare. Diesem müsse die Kirche mit Predigt, besonderer Belehrung und Aufklärung entgegenkommen. Im Rahmen einer Beratung bezüglich der möglichen Öffnung der Reutlinger Leonhardskirche für Evangelisationsvorträge der landeskirchlichen Gemeinschaft, die für den März des Jahres 1919 den Freiburger Pastor Samuel Keller eingeladen hat, damit dieser an sechs Tagen evangelisiert, äußert sich Kirchengemeinderat Tochtermann zugunsten der Veranstaltung, indem er auf ebendiese Sektenproblematik verweist: „Er halte die Heranziehung der Evangelisation in Reutlingen besonders um der Sekten willen für gut, denen dadurch Boden abgegraben werde.“¹⁰⁸

Herzogs vorletzter Punkt spricht dann die Notwendigkeit der Überwindung innerevangelischer Unterschiede zum Erhalt des volksskirchlichen Anspruchs der Kirche an. Als Idealweg formuliert er im Gegensatz zur Verwischung und Verneinung einzelner Strömungen die „klare Einsicht in die gottgewollte und -gefügte Manigfaltigkeit [!] in der Einheit“¹⁰⁹ sowie den Glauben an den Segen gegenseitiger Förderung und Ergänzung, mittels derer das Ziel erreicht werden könne, „gemeinsam den Bau des Reiches Gottes in

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ In der Sitzung vom 6. Februar 1919. Siehe hierfür: LKA Stuttgart, DA Reutlingen, Nr. 32, Protokoll des Reutlinger Gesamtkirchengemeinderats Bd. 3, S. 301.

¹⁰⁹ G. Herzog (wie Anm. 15), S. 29. Nicht umsonst erwähnt Herzog in seinem Bericht die Einrichtung einer Abendmahlsfeier in der Nikolaikirche, die von Gemeinschaftskreisen angeregt und mitgeleitet, dennoch auch für die sonstigen Kirchenmitglieder offen ist. Für einen kurzen Abriss zur Entstehungsgeschichte dieser Einrichtung vgl. LKA Stuttgart, A 29, Nr. 3766.6, Pfarrbericht 1920, S. 52. Kritisch bemerkt Herzog sodann, dass in badischen und norddeutschen Gemeinschaftskreisen die Bestrebung vorherrsche, Abendmahlsfeiern selbstständig und gesondert, also von der Kirche unabhängig und nur für Gemeinschaftsleute zugänglich, zu veranstalten. In derartigen Bestrebungen erkennt er eine Bedrohung für die volksskirchliche Einheit und erklärt, dass das Abendmahl nicht dazu dienen dürfe, „einen Kreis der Christen von dem andern zu scheiden“, G. Herzog (wie Anm. 15), S. 15. Gegenüber den Leuten der Süddeutschen Vereinigung für Evangelisation und Gemeinschaftspflege äußert sich dann auch der Pfarrbericht deswegen kritisch, weil diese „wie man hört, die Absicht haben hier eine Stunde zu gründen, wodurch nicht bloß [!] die bisherige Gemeinschaft gestört, sondern eine nicht recht gesunde Bewegung neupietistischer Art ihren Einzug in Reutlingen halten würde“ (LKA Stuttgart, A 29, Nr. 3766.6, Pfarrbericht 1920, S. 35). Im Kontext des krisenbedingt vorhandenen Einheitsbedürfnisses muss auch die Hoffnungsäußerung des Pfarrberichts gelesen werden, dass es wünschenswert wäre, „wenn es dem neuen Jugendpfarrer gelänge, die Einheit der Jugendarbeit wiederherzustellen“ (ebd.). Zuvor geht er auf die Konkurrenzsituation zwischen der Jugendarbeit der altpietistischen „Stundenleute“ und dem CVJM, dem christlichen Verein junger Männer, ein, vgl. ebd., S. 34.



Der Reutlinger Kirchengemeinderat, vermutlich gelegentlich einer Visitation durch den Kirchenpräsidenten Johannes von Merz (1857–1929), 14. September 1924. Rechts neben Merz, in der ersten Reihe sitzend, Oberbürgermeister Emil Hepp.

unserer Landeskirche und unsern Gemeinden zu fördern“¹¹⁰. Zuletzt berührt er mit dem sechsten Punkt die ganz persönliche Ebene, indem er darauf verweist, dass Gott die schwere Zeit nicht über die Kirche habe kommen lassen, um Kirche und Volk zu vernichten, sondern um zu läutern und zu bessern, weswegen jeder, statt zu klagen und anzuklagen, besser darum ringen solle, „daß diese heilige Gottesabsicht an ihm selber erreicht werde“¹¹¹, auch weil man damit den andern, Volk und Kirche nämlich, am meisten diene.

Die hier erfolgte Durchsicht von Pfarr- und Übersichtsbericht sowie der GKGR-Protokolle lässt bezüglich des kirchlichen Nachkriegsdenkens die grundsätzliche Fähigkeit zur Wahrnehmung positiver Aspekte in einer allgemeinen Krisensituation konstatieren. Wenn der Pfarrbericht und der Dekan Herzog für die Kriegs- und Revolutionszeit beispielsweise ein gesteigertes religiöses Bedürfnis und eine steigende Gottesdienstbesucherzahl feststellen, dann wird dabei sogar die Krise selbst als Chance begriffen. Das Protokoll des GKGR bringt diesen Aspekt auf den Punkt, wenn es im Zusammenhang mit der Frage, ob an der Marienkirche ein Gedenkzeichen für die Gefallenen angebracht werden soll, die allgemeine Bejahung notiert und als Grundtenor der

¹¹⁰ G. Herzog (wie Anm. 15), S. 30.

¹¹¹ Ebd.

Mitglieder den Satz formuliert: „Gerade dieser Krieg habe die Gemeinde in die Kirche geführt wie kein früherer und sein trauriger Ausgang weise ebenfalls die Gemeinde wieder ins Gotteshaus.“¹¹² Die praktischen Aufgabefelder und Handlungsoptionen, die sodann bei Herzog und im GKGR vor dem Hintergrund eines mitunter kirchenbedrohenden Problemszenarios formuliert werden, zeigen, dass neben der vielbemühten „protestantischen Traumatisierung“ für die Nachkriegs- und Revolutionszeit auch von der Aktivierung eines kirchlichen Visions- und Kreativpotenzials geredet werden kann. Dieses konnte, wie es bei den Überlegungen Herzogs der Fall ist, durch ein bewusstes Reflektieren auf die kirchlichen Problemfelder, oder, wie es zum Teil für die Sitzungen des GKGR plausibel zu machen ist, durch eine Beschäftigung mit den Alltagsgeschäften, die nicht unbedingt in unmittelbarem Zusammenhang mit der allgemeinen Krisensituation stehen mussten, angeregt werden. Auf diese Weise erscheint die Alltagspragmatik und -praxis, also die einfache und lösungsorientierte Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen gegenwärtigen Fragestellungen, als Teil eines kirchlichen Möglichkeitsraums, der auch für die nationalprotestantisch denkenden Funktionseliten bestand.

4. Schlussgedanken

Die vorliegende Arbeit hat nach dem Denken evangelischer Christen in der unmittelbaren Nachkriegs- und Revolutionszeit gefragt, wobei letztlich die Mentalität zweier für die Reutlinger Kirche relevanter Gruppen im Fokus stand. Welches Ergebnis kann nun aber aufgrund dieser quellenmäßig klar auf einige wenige Personen beschränkten Analyse für das evangelische Reutlingen in der krisenhaften Umbruchszeit festgehalten werden?

Die Darstellung der Aussagen Dekan Herzogs und anderer Pfarrer sowie einiger Mitglieder des GKGRs legt die Schlussfolgerung nahe, dass in den Kreisen der Reutlinger Pfarrerschaft mit einer nationalprotestantischen Gesinnung zu rechnen ist. Für sie bedeutete der Ausgang des Ersten Weltkriegs eine Enttäuschung der zuvor vielfach formulierten Glaubenserwartungen und die Revolution eine mitunter existenzielle Bedrohung, die zumindest für einen Teil der wahrgenommenen gesellschaftlichen Missstände von Entchristlichung und Sittenlosigkeit als Katalysator begriffen wurde. Enttäuschungserfahrung, Glaubenskrise und als Machtverlust empfundene, revolutionsbedingte Veränderungen des Kirchenstatus prägten das Verhältnis jener Funktionseliten gegenüber dem neuen Staat maßgeblich. Angesichts der beschriebenen Möglichkeitsräume kann aber davon ausgegangen werden,

¹¹² In der Sitzung vom 7. August 1919. Siehe hierfür: LKA Stuttgart, DA Reutlingen, Nr. 32, Protokoll des Reutlinger Gesamtkirchengemeinderats Bd. 3, S. 346.

dass diese nicht ohne Weiteres eine unmittelbare und endgültige Festlegung des kirchlichen Standpunkts in unverrückbarer Opposition und Frontstellung bedingten. Die Fähigkeit zur positiven Aussage, zur kreativen Überlegung, zur Beschreibung neuer Aufgabenfelder sowie zur aktiven Verteidigung ehemaliger Einflussphären verweist einerseits zwar auf eine von den Folgen der Umwälzung bedrohte Kirche, die, in die Ecke gedrängt, zur Aktion gezwungen ist. Sie deutet andererseits aber auch auf den Willen und das Selbstbewusstsein der kirchlichen Funktionsträger zur Neuverortung innerhalb der sich ergebenden Verhältnisse.

Die Analyse des pietistischen Wochenblatts „Freiheit und Freude“ lässt dagegen den Schluss zu, dass unter den Reutlinger Christen genauso mit einer „pietistischen“ Gesinnung gerechnet werden muss, wobei sich diese Bezeichnung primär auf die überwiegende Prägung der Leser bezieht und qualitativ noch ungenau ist. Jene Kirchentreuen begegneten den neuen Verhältnissen im Gegensatz zu den Funktionseleiten zwar genauso mit Vorbehalten, aber insgesamt doch – so die These – wesentlich unaufgeregter. Ohne Frage waren auch sie durch die allgemeinen Umwälzungen verunsichert. Die Erschütterungen der Zeit fügten sich aber derart in ein Deutungssystem geistlicher Erklärungen ein, dass von einer Traumatisierung, anders als beim Nationalprotestantismus, nicht die Rede sein kann. Die Revolution erscheint lediglich als eine von vielen Verunsicherungsquellen beziehungsweise als eine ausbrechende Sünde gegen eine ohnehin schon vorhandene. Im eigenen Problemhorizont, in dem ähnlich wie bei den Funktionseleiten die Schlagworte Entchristlichung und Sittenlosigkeit dominieren, spielt dann allerdings der Weltkrieg als Reflexionsmoment eine bedeutendere Rolle. In Bezug auf die neuen Verhältnisse reichen überdies das Argument der Obrigkeitspflicht und die Tendenz angesichts von Verunsicherung und Umbruch, Unglaube und Unsitte, eine Art Innerlichkeit im Sinne einer Widerbesinnung auf das Eigentliche des Jenseitigen zu betonen, außerdem die Fähigkeit, die



Die zeittypische Postkartenansicht der Marienkirche zeigt die Reutlinger Hauptkirche vor bewegtem Himmel über den Dächern der Bürgerhäuser, um 1926.

Kontinuität glaubensbedrohender Kräfte zu beschreiben, zu einem mentalen Möglichkeitsraum hinsichtlich der Anerkennung der Weimarer Republik.

Die Auseinandersetzung mit verschiedenen „christlichen“ Mentalitäten in der Zusammenschau mit einem alltagsrelevanten Lokalkirchendiskurs als der Analyse der praktisch die unteren Funktionseliten der Kirche herausfordernden Themen und Probleme, wie sie in den Pfarrberichten und Kirchengemeinderatsprotokollen zu finden sind, scheint für die Beschäftigung mit der Kirche in der Weimarer Republik ein vielversprechendes Forschungsfeld darzustellen. Es wird hier womöglich viel stärker als in den bewussten Reflexionen von Kirchenführern, Theologen und Pfarrern die praktische Bedeutung der Revolution für die Kirche greifbar. Wie es die obigen Ausführungen andeuten, wird die Revolution wohl als Hintergrund und Quelle vieler Herausforderungen und Probleme begriffen, erscheint aber keineswegs als „die Bedrohung“, die nun alles in Frage stellt, wie es die Rede von der „Traumatisierung“ mitunter erwarten lässt. Für die Kirche in der Krise eines Umbruchs gilt es unter Bestätigung der Kritik der neueren Forschungsliteratur, die Chance und den Möglichkeitsraum zu betonen. Das sowohl bei Funktionseliten als auch bei Laienpredigern vorhandene Bewusstsein für die Kontinuität bestimmter glaubens- und kirchenbedrohender Kräfte, die man in der Revolution nur zum Teil am Werke sieht, mag den neuen Staat entlasten.

Es stellt sich am Ende für die Betrachtung der Kirche in der Weimarer Republik noch viel stärker die Frage, welche Momente zu einer Verhärtung und Frontstellung gegenüber der jungen Republik geführt haben, wenn zu Beginn zwar unbestreitbare Vorbehalte, aber durchaus auch „Möglichkeitsräume“ festzustellen sind, kurzum also von einer offenen Situation gesprochen werden kann.

Fußmarsch, Finanzprobleme und Taktverkehr – Die Straßenbahn in Reutlingen und Umgebung 1918–1932

Bernhard Madel

Kurzer Überblick zur Gründung und Entwicklung bis 1918

1899 wurde die mit Dampflokomotiven betriebene Lokalbahn Reutlingen–Eningen eröffnet. Mit der Umstellung auf elektrischen Betrieb im Jahre 1912 wurde die Württembergische Eisenbahn-Gesellschaft WEG¹ Besitzerin des Unternehmens. Sie verlängerte im selben Jahr die Strecke bis nach Betzingen. Noch während des Ersten Weltkrieges gelang es dem Unternehmen trotz Mangelwirtschaft, eine Zweigstrecke nach Pfullingen zu bauen. Mit einer Netzausdehnung von insgesamt 8,8 km² entwickelte sich das Unternehmen bis 1918 zu einem wichtigen Verkehrsmittel für Stadt und Umgebung. Die Strecke durchzog die Innenstadt durch die gesamte Albstraße bis zum Burgplatz, folgte der Wilhelmstraße, überquerte den Karlsplatz in Richtung Lederstraße und fuhr dann durch die Tübinger Straße bis zur Betzinger Endstation „Im Dorf“.³

Die örtliche Bahnverwaltung mit Betriebsleitung, Depot und Werkstätten residierte in Eningen. 1918 bestand der Wagenpark aus sieben modernen Triebwagen⁴ und 13 Beiwagen.⁵ Wichtigstes Standbein des Bahnbetriebs war der Berufsverkehr, gefolgt vom Schülerverkehr, dem Einkaufsverkehr in die Oberamtsstadt und nicht zuletzt umgekehrt dem Ausflugsverkehr in Richtung Albvorland. Kriegsbedingt entwickelte sich der Verkehr allerdings ab 1914 zunächst rückläufig, mit der Streckenerweiterung nach Pfullingen führen jedoch im Jahr 1918 insgesamt auf beiden Streckenteilen 2.350.053 Personen mit der Bahn.⁶

¹ Das Unternehmen wurde am 13. 5. 1899 als Aktiengesellschaft in Stuttgart unter Leitung der Firma Artur Koppel gegründet. Zwischen 1900 und 1907 baute die WEG sechs normalspurige und eine schmalspurige Nebenbahn in Württemberg, u. a. Nürtingen–Neuffen und Ebingen–Onstmettingen. Hermann Bürnheim: Württembergische Eisenbahn-Gesellschaft WEG, Stuttgart 1986.

² Betriebslänge 8,81 km, Gleislänge 10,77 km, Geschäfts-Bericht der Württembergischen Eisenbahn-Gesellschaft zu Stuttgart für das Betriebsjahr 1916, Stuttgart 1917.

³ Die Trasse war eingleisig angelegt mit vier Ausweichstellen unterwegs (Südbahnhof, Seestraße, Marktplatz und Karlsplatz).

⁴ Triebwagen Nr. 21–27 der Baujahre 1912 und 1916.

⁵ Beiwagen Nr. 1–10 der Baujahre 1899 und 1903 sowie Nr. 11–13 des Baujahrs 1916.

⁶ Geschäfts-Bericht der Württembergischen Eisenbahn-Gesellschaft zu Stuttgart für das Betriebsjahr 1916, Stuttgart 1917, S. 5.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wie der Straßenbahnbetrieb auf die vielfältigen Herausforderungen und Schwierigkeiten der Zeit zwischen 1918 und 1932 reagierte.⁷ Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Angebot für die Fahrgäste, den Problemen des Betriebes und der Wechselwirkung zwischen den Bedürfnissen von Kommunen und Fahrgästen einerseits und den Erwartungen eines privatwirtschaftlichen Unternehmens andererseits. Eine zentrale Rolle spielten dabei die Fahrplangestaltung und die Erschließung wichtiger Ziele der Stadt. Weitere Themen sind die Infrastruktur (Gleisanlagen, Gebäude und Fahrzeuge) sowie die Lage der Mitarbeiter. Schließlich ist am Beispiel des Karlsplatzes auch der durch die Straßenbahn beeinflusste Wandel des Stadtbilds erkennbar, der diesen Bereich mehr als 40 Jahre prägen sollte.

1928 konnte noch eine weitere Straßenbahnlinie, die weitgehend als Überlandbahn trassierte 8,2 km lange Strecke nach Altenburg, eröffnet werden. Allerdings nutzte diese nur einen Kilometer innerstädtische Straßen, die Straße Unter den Linden und die Rommelsbacher Straße. Als weitgehend eigenständiger Betriebszweig sollen deren Entstehungsgeschichte und die ersten vier Jahre ihres Bestehens abschließend kurz beleuchtet werden.

Schwierige Anfänge: Personal- und Energiemangel 1918–1920

Beschäftigung von Frauen

Die WEG hatte erst ab September 1916 Frauen eingestellt: Als sie kurz vor der Eröffnung der Strecke nach Pfullingen bekannt gab, dass die Pfullinger Wagen wegen Personalmangels in Reutlingen statt bis Karlsplatz nur bis zum Marktplatz fahren werden, kritisierte eine „Anfrage“ in der Pfullinger Tagespresse⁸ die Personalpolitik der WEG: „Könnten nicht auch hier wie auswärts von den zahlreichen beschäftigungslosen Mädchen einige als Schaffnerinnen ausgebildet werden, da es allmählich überall an männlichen Schaffnern fehlt?“ Tatsächlich arbeiteten nach der Eröffnung der Pfullinger Linie im Oktober 1916

⁷ Die Quellenlage zur Reutlinger Straßenbahn 1918 bis 1932 ist schwierig, weil fast sämtliche Akten der WEG-Direktion in Stuttgart durch Kriegszerstörungen am 21. 2. 1944 vernichtet wurden. Auch die in Eningen geführten Unterlagen aus diesem Zeitraum sind zum größten Teil nicht erhalten. Deshalb kommt den Sekundärquellen wie Stadt- und Gemeindearchiven sowie der Tagespresse eine große Bedeutung zu. Auch die Fülle der Straßenbahnliteratur verschiedenster Betriebe hat die Zeit zwischen Inflation und Weltwirtschaftskrise bisher kaum behandelt. Zur Entwicklung des Straßenbahnverkehrs in Reutlingen von 1930 bis 1950 sei auf den Beitrag des Verfassers in den RGB NF 34 (1995) verwiesen.

⁸ Echazbote vom 25. 9. 1916.



Im Oktober 1916 präsentieren sich Personal und Passanten in Pfullingen an der Endstation ‚Traube‘ in der Marktstraße. Links des neuen Triebwagens 26 steht eine Schaffnerin.

erstmal auch Frauen als Schaffnerinnen, die nur 75 % des Lohns ihrer männlichen Kollegen erhielten.⁹ Namentlich überliefert sind sechs Schaffnerinnen aus Eningen, die zwischen 1916 und Mitte 1919 arbeiteten: Luise Baur geb. Eitel, Katharina Buckhabe¹⁰, Julie Eger¹¹, Berta Hagenloch¹², Frau Renz¹³ und Frau Lotterer. Ab Dezember 1918 kehrten die ersten Männer vom Militär zurück, im Juni 1919 traten die letzten Schaffnerinnen zugunsten von neu eingestellten Männern aus.¹⁴

⁹ StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 5, Aussage der Direktoren der WEG am 6. 10. 1922.

¹⁰ StadtA Rt., Stadtwerke Personalabteilung Nr. 821, Personalakte Schlegel, Albert.

¹¹ StadtA Rt., Stadtwerke Personalabteilung Nr. 822, Personalakte Schlegel, Richard; Postkarte Gemeindearchiv Eningen.

¹² Auskunft Werner Hähnle, Eningen, vom 31. 7. 2009.

¹³ StadtA Rt., Stadtwerke Personalabteilung Nr. 34, Personalakte Bader, Otto; Renz.

¹⁴ StadtA Rt., Stadtwerke Personalabteilung Nr. 34, Wiedereintritt von Otto Bader anstelle von Schaffnerin Renz.

Unter dem Diktat der Mangelwirtschaft

Der erste Fahrplanwechsel nach Kriegsende erfolgte zum 1. Dezember; die Fahrten (W 36, SoF 29 Zugpaare)¹⁵ begannen wegen Stromeinschränkung und neuer verkürzter Arbeitszeiten werktags erst kurz vor 7 und sonntags erst um 12 Uhr. Den Strom für ihren Betrieb bezog die Straßenbahn vom Kohlekraftwerk der Neckarwerke Altbach, die als Folge des Krieges größte Schwierigkeiten hatten, genügend Kohle zu erhalten. Die Anordnung des Staatskommissariats für wirtschaftliche Demobilmachung vom 26. 11. 1918 regulierte zur Kohlenersparnis die Arbeitszeit für Betriebe, Büros, Schulen und Läden; Theater und Kinos schlossen um 20 Uhr, Polizeistunde war um 21 Uhr. Morgens und abends wurde deshalb auch der Straßenbahnbetrieb auf diese Zeiten beschränkt.¹⁶ Die letzten Wagen erreichten den Bahnhof Eningen um 21 Uhr.

Vom 3. 2. 1919 an änderte sich jahreszeitlich bedingt wieder die Arbeitszeit in den Fabriken, von 6.33 bis 10 Uhr verkehrten deshalb vormittags alle Züge etwa 20 Minuten früher. Anschließend folgten zwei Stunden Pause bis zum Mittagsverkehr, an Sonn- und Feiertagen begann der Verkehr sogar erst um diese Zeit. Der Berufsverkehr für die Heimfahrt lag ab 3. Februar ebenfalls 20 Minuten früher, eine Maßnahme zur besseren Ausnutzung des Tageslichts. Der letzte Wagen fuhr weiterhin bis 21 Uhr. Bereits am 11. Februar 1919 bremste allerdings der Kohlenmangel auch die verbliebenen Züge vollständig.¹⁷ Zum Fahrplanwechsel ab 5. Juni endete der Betrieb werktags sogar schon um 20.17 Uhr, sonntags eine halbe Stunde später. Dieser Plan wurde auch für den Winter 1919/20 beibehalten, „die Stromverhältnisse lassen eine Vermehrung der Züge nicht zu und die verkehrenden sind den Bedürfnissen angepasst.“¹⁸

Die nächste Stilllegung dauerte bereits über eine Woche (16. bis 23. 8. 1919); betroffen waren nicht nur die Bahn, sondern alle Verbraucher einschließlich der Industrie. Im Oktober 1919 mussten die Neckarwerke Altbach schließlich den Betrieb wegen Kohlenmangels ganz einstellen: Am 10.10. ab 16 Uhr hieß es für die Straßenbahnfahrergäste wieder bis zum 28. Oktober weite Wege zu Fuß zurückzulegen; ab 29.10. fuhren zwar die Züge des Berufsverkehrs wieder, aber nach nur zwei Tagen stand die Bahn erneut. Nun wurde der Unmut auch öffentlich geäußert: Am 14. November protestierte die Arbeiterschaft

¹⁵ W bedeutet werktags, d. h. Montag bis Samstag, SoF Sonn- und Feiertage; ein Zugpaar ist die Hin- und Rückfahrt auf einer Strecke z. B. Eningen–Betzingen und zurück. Geschäftsbericht der WEG über das Betriebsjahr 1918; Reutlinger General-Anzeiger (künftig: GEA) vom 29. 11. 1918.

¹⁶ Schwarzwälder Kreiszeitung (künftig: SKZ) vom 27. 11. 1918: „Weitere Maßnahmen zur Kohlenersparnis.“

¹⁷ GEA vom 11. 2. 1919: „Die Neckarwerke sind durch Kohlenmangel gezwungen die Stromlieferungen einzustellen. [...] Wie lang die Sperre anhalten soll, weiß man anscheinend noch nicht.“

¹⁸ GEA vom 25. 9. 1919: Mitteilung im Reutlinger Gemeinderat vom 24. 9. 1919.

Eningens über ihren Gemeinderat gegen die vollständige Betriebseinstellung, sie bedeute „sowohl für die Arbeiter als Schüler [!] eine schwere Härte“. Es sollten doch wenigstens morgens, mittags und abends Züge zwischen Eningen und Karlsplatz verkehren, „die Führung bis Betzingen könnte ja vielleicht unterbleiben“. Der Gemeinderat „kommt daher zu dem einstimmigen Beschluss sowohl das Verkehrs- als das Arbeitsministerium so geziemend wie dringend zu bitten, mit tunlichster Beschleunigung dahin wirken zu wollen, dass dem berechtigten Wunsche der hiesigen Arbeiterschaft um Ausführung der für ihre Beförderung unumgänglich notwendigen Züge baldmöglichst Rechnung getragen werden möge.“¹⁹ Reaktionen sind nicht überliefert; der „schmerzlich vermisste Straßenbahnverkehr“²⁰ wurde erst nach drei Wochen am 21. 11. 1919 um 9 Uhr wieder aufgenommen.

Im Jahr 1920 verhinderte der Strommangel im Februar acht Tage lang (vom 10. bis 17. 2.) den Straßenbahnverkehr, im Sommer hieß es nochmals eine Woche lang zu Fuß gehen (26. 8. bis 1. 9.). Abgesehen davon wurde der Fahrplan bis zum 23. 10. 1920 eingehalten, denn nun stabilisierten sich die Stromlieferungen.²¹ Der Arbeiterverkehr nahm wieder zu und die Züge des Berufsverkehrs mussten mehr Beiwagen führen. Tagsüber waren die Wagen stark überfüllt.²² Die am Streckenende in Pfullingen 1916 im Hinblick auf einen baldigen Weiterbau erstellte kurze Ausweichstelle ließ aber das Umsetzen längerer Züge nicht zu;²³ sie wurde deshalb im April 1921 um 15 m verlängert und eingepflastert.²⁴ Im Herbst legte die Stadt Pfullingen nochmals nach:

¹⁹ Gemeindecarchiv Eningen, Gemeinderatsprotokolle B 662 § 209.

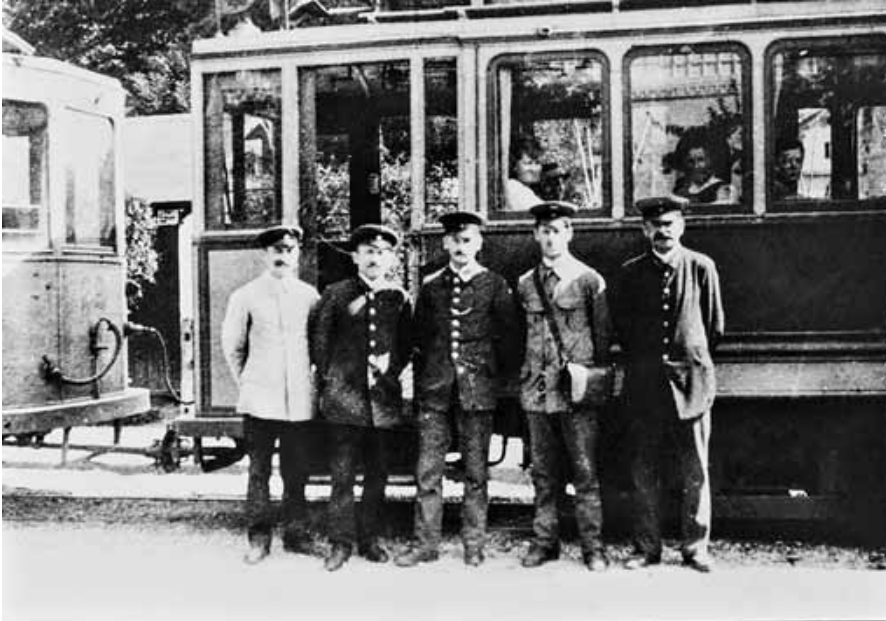
²⁰ GEA vom 12. 11. 1919.

²¹ Ab der folgenden Winterperiode verkehrten die Wagen bis Ende März 1921 wegen der veränderten Arbeitszeiten der Industrie wie üblich vorübergehend etwa zwanzig Minuten später.

²² Gemeinderat Pfullingen 16. 3. 1921, § 173. Schon im Mai 1919 gab es Beschwerden, das Wagenmaterial sei zu knapp, die WEG verwies jedoch auf die Industrie: Neue Wagen seien nicht zu bekommen.

²³ Noch im Oktober 1920 verweigerte Pfullingen eine Verlängerung der Ausweichstelle in der Hoffnung, staatliche Unterstützung für die Stadtbacheindeckung (Gemeinderat 14. 10. 1920, § 435) und damit die Streckenverlängerung zu erhalten. Außerdem wurde die Ausweichstelle als lästig empfunden, da dort in den Zeiten außerhalb des Berufsverkehrs ein bis zwei Anhängewagen abgestellt seien und den Durchgangsverkehr erschwerten; an Samstagen sei der Straßenverkehr besonders stark, deshalb dürften ab Ende Oktober samstags keine Wagen mehr abgestellt werden und der Beiwagen müsse „leer mit nach Eningen genommen“ werden (Gemeinderat Pfullingen 14. 10. 1920 § 435; StadtA Pfullingen A 242 Schr. v. 23. 10. 1920). Am 5. 10. 1921 verbot der Pfullinger Gemeinderat sogar generell das Abstellen von Anhängewagen: „Der starke Verkehr auf der Straße u. ein drohendes Unglück an dieser Stelle haben das Stadtschultheißenamt bewogen, die Erlaubnis zurückzuziehen.“ Auch die Bitte des Bahnverwalters in Eningen kann die Gemeinderäte nicht zum Umdenken bewegen (StadtA Pfullingen Gemeinderatsprotokoll § 623).

²⁴ StadtA. Rt., Tiefbauamt Nr. 456. 18. 3. 1921 Genehmigung, 25. 4. 1921 Bau beendet. Wertzuwachs 11.794,52 Mark (Arbeitslöhne 1643,36 M, Oberbaustoffe 8976,05 M, Pflasterarbeiten 370 M, Entwässerung und Sonstiges 137,50 M, 6 % Verwaltungskosten), HStA Stuttgart



Das 1922 in Eningen entstandene Personalbild zeigt zufällig auch den „Sachsenwagen“ (links), noch trägt er sogar die Hohensteiner Nummer 22.

„Besonders dringlich ist die Führung längerer Züge, eventuell könnten statt kleine größere Anhängewagen verwendet werden, dies ist bisher abgelehnt worden, weil nicht rentabel.“²⁵ Gemeint waren die neueren Beiwagen Nr. 11 – 13, denn nach Pfullingen verkehrten bisher vor allem die umgebauten kleinen Beiwagen Nr. 1–10 aus der Dampfbahnzeit. Nachdem auch der Reutlinger Gemeinderat mehr und größere Wagen forderte, musste die WEG reagieren. Über die gemeinsame Konzernmutter, die Aktiengesellschaft für Bahn-Bau und Betrieb und die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft (DEGA) erreichte sie die Übernahme eines gebrauchten Beiwagens von der Straßenbahn Hohenstein-Ernstthal-Oelsnitz (Erzgebirge).²⁶ Er erhielt in Reutlingen die

E 57 Bü 142. Mit großer Wahrscheinlichkeit bediente sich die WEG der Oberbaustoffe, die sie 1915 erworben und seither für die geplante Fortsetzung bis Laiblingsplatz vor Ort zwischengelagert hatte. Da angesichts der wirtschaftlichen Lage zu diesem Zeitpunkt jedoch keine Aussicht bestand, dass Pfullingen die Straße bis zum Laiblingsplatz weiter ausbauen würde, verkaufte das Unternehmen anschließend sämtliche noch vorhandenen neuen Gleise. (Schreiben der WEG vom 4. 4. 1927) – nicht ahnend, dass die dafür eingenommenen Geldmittel schon kurze Zeit später durch die Inflation nahezu vollständig verloren gehen sollten.

²⁵ StadtA Pfullingen, Gemeinderatsprotokoll, 5. 10. 1921, § 618.

²⁶ Vgl. Mario Schatz u. a.: Die Straßenbahn Hohenstein–Ernstthal–Oelsnitz (Erzgebirge), Nordhorn 2003, S. 76.

Betriebsnummer 14, die amtliche Zulassung wurde am 11.2.1922 erteilt. Angelehnt an seine Herkunft nannten die Straßenbahner diesen Neuzugang „Sachsenwagen“.²⁷

Kulturförderung – auch durch Verkehrsverbindungen

Mit der Konsolidierung des Betriebs dachten die Fahrgäste auch wieder über den Berufsverkehr hinaus. Gewünscht wurde eine Vormittagsverbindung für den Eilzug nach Stuttgart und Abendverbindungen zu städtischen und kulturellen Veranstaltungen in Reutlingen, z. B. an den Spieltagen der Württembergischen Volksbühne. Die Stadt Reutlingen unterstützte das Weiterbestehen dieses Angebots auch finanziell und plante, im kommenden Spieljahr 40 Auführungen anzumelden. Sicher gäbe es auch aus Pfullingen und Eningen viele regelmäßige Interessenten, „wenn die Möglichkeit bestünde, nach Theaterabschluss mit der Straßenbahn nach Hause zu gelangen.“²⁸ In Verhandlungen mit dem Gemeinderat lehnte die WEG zunächst ab: „Wie stark die Reutlinger Theatervorstellungen [...] besucht werden, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir können uns jedoch nicht der Gefahr aussetzen, mit ganz- oder halbleeren Wagen [...] zu fahren, ohne dass wir sichere Deckung der Unkosten für Strom und die vermehrten Personalausgaben erhalten. Wir werden deshalb einen regelmäßigen Theaterzug nicht fahren, sind aber gerne bereit, auf Antrag jeweils einen Sonderzug gegen Erstattung der üblichen Gebühren [...] zu stellen.“²⁹ Der Pfullinger Gemeinderat diskutierte, ob die Stadt diese Garantie übernehmen könne, vertagte dann aber eine Entscheidung mit der Begründung, der Reutlinger Gemeinderat solle „günstigere Bedingungen für solche Fahrten herauschlagen.“³⁰

„Wenn Theatervorstellungen des Volksbildungsvereins oder größere Konzerte in Reutlingen stattfinden, sollte [es] möglich sein, nach Hause zu fahren, da nicht immer günstiges Wetter sei.“³¹

Eine Zusage – wenn man im Sommer genug Strom erhalte – gab die WEG für den gewünschten Vormittagszug Eningen–Reutlingen (mit Anschluss an

²⁷ Die Haltestelle Albstraße trug auf Wunsch der Stadt Reutlingen ab 1. März 1922 den Namen „Umlandstraße“. StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 5.

²⁸ Schreiben des Stadtschultheißenamtes Reutlingen vom 12. 3. 1921 an die Stadt Pfullingen, StadtA Pfullingen A 242.

²⁹ Schreiben der WEG vom 8. 3. 1921 an das Stadtschultheißenamt Pfullingen, StadtA Pfullingen A 242.

³⁰ Auf Anfrage teilt die Bahnverwaltung Eningen mit, dass zur Nachtzeit ein Zug für die Strecke Karlsplatz–Pfullingen–Eningen bei einer Beteiligung von 50 Personen 75 Mark betrage, bei stärkerer Beteiligung pro Person 1,50 M. Sie brauche für die Fahrt zwei Personen Personal. Die Bestellung sei rechtzeitig anzuzeigen, der Besteller hafte für den Fahrpreis. StadtA Pfullingen, Gemeinderatsprotokoll vom 30. 3. 1921, § 195.

³¹ Wohlwollende Äußerung eines sparsamen Pfullinger Gemeinderatsmitglieds in der Sitzung vom 5. 10. 1921.

und von den Eilzügen der Staatsbahn) und zurück über Pfullingen, der die lange Fahrpause zwischen 8 und 11 Uhr unterbrach.

Geld regiert – Die Inflation bestimmte (auch) den Straßenbahnverkehr 1919–1923

Nachdem die Fahrgäste schon ab 16. Mai 1919 bei Einzelfahrten etwa fünf Pfennig mehr bezahlen mussten,³² folgte bereits Anfang Dezember die nächste Steigerung. Eine gesetzliche Änderung stärkte die Verhandlungsposition³³ der Bahn mit der Folge, dass sie ab 1. 12. 1919 für Einzelfahrscheine 20, 25, 35, 40 und 50 Pfennig verlangen durfte. Die Fahrscheinhefte entfielen wieder.

Tatsächlich konnte das Unternehmen die fortwährend steigenden Strom-, Lohn- und sonstigen Betriebskosten nun nur noch über ständige Erhöhungen der Fahrpreise kompensieren. Auf entsprechende Anträge folgten jeweils Verhandlungen mit den Ortsvorstehern oder Gemeinderatsmitgliedern von Reutlingen, Eningen und Pfullingen in einer Tarifkommission. Im Oktober 1921 plante die WEG allerdings, sofort das Schiedsgericht anzurufen, wenn die Gemeinden nicht zustimmten. Davon versprachen sich die Bürgermeister aber außer unnötigen Kosten wenig. Dagegen wollte die gemeinderätliche Tarifkommission auf das Schiedsgericht nur verzichten, wenn die Teilstreckengrenze in Reutlingen so geändert werde, dass zwischen der Albstraße und der Lohmühlestraße nicht die Höchstaxe von 1,10 Mark gelte. Oberbürgermeister Hepp hielt dies für aussichtslos, wurde aber überstimmt.³⁴ Und tatsächlich: Die Anrufung des Schiedsgerichts für die Fahrpreise ab 1. 11. 1921 hatte Erfolg!³⁵ Die Zahlgrenze Neckarstraße wurde zur Haltestelle „Gminners Fabrik“ an der Tübinger Straße zur Lohmühlestraße verlegt und die Haltestellen Marktplatz, Karlsplatz und Hauptbahnhof zu einer Zahlgrenze zusammengelegt.³⁶

³² Zusätzlich neu gibt es leicht rabattierte Fahrscheinhefte, allerdings ohne großen Erfolg; nach Herstellungsproblemen erst ab 26. Juli 1920 ausgegeben, wurden nur 60 Exemplare verkauft und deshalb bereits zum 30. 4. 1922 wieder gestrichen, GEA vom 30. 4. 1922, vgl. WEG Straßenbahn Reutlingen–Eningen–Pfullingen, Tarif Nachtrag 6 vom 16. 5. 1919.

³³ Verordnung vom 21. 2. 1920 über schiedsgerichtliche Erhöhung von Beförderungspreisen der Bahnen. StadtA Pfullingen A 242 (15. 4. 1920).

³⁴ Bericht über die Gemeinderatssitzung vom 13. 10. 1921 in: SKZ vom 14. 10. 1921.

³⁵ GEA vom 4. 11. 1921.

³⁶ StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 5. Die schiedsgerichtliche Verhandlung fand am 24. 10. 1921 im Rathaus Stuttgart statt. Als Vertreter der Stadt Reutlingen waren die Gemeinderäte Röcker und Angele, als Vertreter der WEG Direktor Hässler dabei. Die Kosten des Verfahrens im Betrag von 1200 M wurden hälftig geteilt.

Bei den Verhandlungen über eine Tarifierhöhung ab dem 1. 2. 1922 wurde seitens des „städtischen Revisorats“ Reutlingen Einsicht in die Bücher der WEG genommen, mit dem Ergebnis dass „[...] die derzeitige Finanzlage der Eisenbahngesellschaft als keine rosige bezeichnet werden könne. Eine Ermäßigung der Mindesttaxe von 100 auf 80 Pfg. sei zugestanden worden. Des Weiteren müsse noch eine Aussprache darüber herbeigeführt werden, ob sich durch Zusammenlegung der Haltepunkte Seestraße und Burgplatz die Fahrt bis zum Burgplatz zum Preise von 1,50 Mark ermöglichen lässt.“³⁷ Dies konnte die WEG nicht ohne Weiteres zusagen, war aber bereit, sich dem Entsch. von Bürgermeister Daniel Sigloch aus Stuttgart als Vorsitzendem des Schiedsgerichts zu fügen.³⁸ Er hielt in seinem Gutachten diese Forderung allerdings als eine „tariflich falsche Maßnahme.“³⁹

Im Mai 1922 genehmigte Reutlingen die nächste Fahrpreiserhöhung von 50 % ohne Schiedsgericht.⁴⁰ Auch beim folgenden Anstieg ab August 1922 um ein Drittel „werde nichts anderes übrig bleiben, als zuzustimmen, [...] bei den zu hohen Fahrpreisen habe die Gesellschaft den Schaden selbst, andere Verkehrsmittel (im Besonderen das Fahrrad) würden immer mehr benutzt.“⁴¹ Angesichts der stets knapper werdenden Geldmittel genehmigte die WEG auf Anregung Pfullingens im September Halbmonatskarten für Schüler.⁴²

Mit Fortschreiten der galoppierenden Inflation blieb den Gemeinden ab Herbst 1922 schließlich nur noch die formale Zustimmung zu den laufenden Erhöhungen, denn die WEG drohte inzwischen mit der Einstellung des Betriebes. „Vorsorglicher Weise“ sei dem Personal auf Jahresschluss gekündigt worden.⁴³ Ein weiterer – wesentlich sensiblerer – Baustein zur Erhaltung des Verkehrs war die Senkung der Lohnkosten für die Bahn-Mitarbeiter. In einer ausführlichen Besprechung mit den betroffenen Anliegergemeinden legte die Direktion am 6. 10. 1922 den Stand der Dinge dar: Das Personal habe es abgelehnt, anstelle des bisherigen achtstündigen Dienstes neun Stunden zu arbeiten, obwohl darin mehr als eine Stunde nur Arbeitsbereitschaft enthalten sei. Diese Forderung, die der WEG monatlich 76.000 Mark erspart hätte, wurde in einer Vollversammlung der Belegschaft „strickte“ abgelehnt. Eine weitere Möglichkeit böte der Ersatz der Schaffner durch Frauen, da diese 25 % weniger verdienen; „dieser Weg bleibe offen, zumal allen Männern auf Jahresende vorsorglich gekündigt sei.“ Einmannverkehr bringe keine Ersparnis, denn er wäre nur in den Schwachlastzeiten durchführbar, für den Berufs-

³⁷ GEA vom 20. 1. 1922.

³⁸ SKZ vom 19. 1. 1922. Vgl. dazu auch StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 5, Schreiben vom 21. und 25. 2. 1922.

³⁹ GEA vom 11. 2. 1922.

⁴⁰ GEA vom 19. 5. 1922.

⁴¹ Redebeitrag von Gemeinderat Wandel, GEA vom 28. 7. 1922.

⁴² GEA vom 9. 9. 1922.

⁴³ Gemeinderatssitzung vom 12. 10. 1922, in: SKZ vom 13. 10. 1922.

verkehr sei das gesamte derzeitige Personal wie bisher erforderlich.⁴⁴ Die WEG-Direktoren schlugen den Angestellten schließlich eine Reduktion von der Reichslohnordnung um 20 % vor, da man auf dem Land (in Eningen) billiger als in der Stadt lebe und andere württembergische Straßenbahner noch schlechter bezahlt würden. Bei „Ablehnung müsse eben gekündigt werden.“ In einer Versammlung der Arbeitnehmerschaft gestanden diese jedoch höchstens 5 % Reduktion zu.⁴⁵ Im Ergebnis bedeutete die Reduktion einen Kompromiss: Ab 1. 10. 1922 erhielten die fest angestellten Mitarbeiter nur noch 90 % des Gesamtgehalts.⁴⁶

Noch hielt die WEG weitgehend den Status quo: Im Winterfahrplan ab 8. 10. 1922 entfielen zwar sonntags die Frühzüge wegen schlechter Besetzung, dagegen gab es für die Anschlüsse an die Vormittagszüge der Staatsbahn eine weitere Verbindung.⁴⁷ Durch die Geldentwertung ging die Bahnbenutzung stark zurück.⁴⁸ Die Gemeinderäte in Pfullingen und Eningen resignierten, sie wollten neue Erhöhungen lediglich noch zur Kenntnis nehmen und der Sache ihren Lauf lassen. 1922 mussten die Tarife zehnmals erhöht werden, neun davon ab 1. Juni. Lediglich die Steigerung im Güterverkehr konnte bis dahin mit der Geldentwertung und der Zunahme der Ausgaben etwa Schritt halten, ein Segment, das bei der Reutlinger Bahn im Vergleich zum Personenverkehr aber nur eine geringere Bedeutung hatte.

Steigere sich die Geldentwertung aber weiter, so die WEG, blieben als letztes Mittel nur noch Stilllegungen: Die Strecke nach Betzingen brächte allerdings außer den Stromkosten wegen unverändertem Personalbedarf keine Ersparnisse, aus dem gleichen Grund bringe auch ein 60- statt eines 40-Minuten-Verkehrs wenig. Wollte man die Straßenbahn dagegen erhalten, seien als allerletzter Baustein zur Reduzierung des Betriebsverlustes Zuschüsse seitens der betroffenen Gemeinden gefragt. Direktor Seiffert sprach Klartext: Selbst mit Zuschüssen sei der Betrieb über Ostern hinaus fraglich. Dann bliebe nur der Güterverkehr erhalten, da zwei Leute, die zur Bewachung der stillgelegten Anlage nötig seien, diesen bewältigen könnten – obwohl ein Verkauf der Fahrzeuge und Gleise für die WEG das beste Geschäft wäre!

Trotz dieser drastischen Worte hielten die Gemeinden noch wenig von Zuschüssen, zunächst sollten die Versuche des Unternehmens zur Lohnreduktion und zu einer Strompreisreduktion abgewartet werden; die ge-

⁴⁴ StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 5.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ StadtA Rt., Stadtwerke Personalabteilung Nr. 305. Werkstattleiter Hambrecht, nach dem Bahnverwalter „zweithöchster“ Mitarbeiter in Eningen, erhielt zum Beispiel nun ein Grundgehalt 20.900 M gegenüber 25.000 zuvor und einen Ortszuschlag von 3000 statt 4000 M. Die übrigen Zulagen blieben unverändert.

⁴⁷ GEA vom 30. 9. 1922.

⁴⁸ StadtA Pfullingen A 242, WEG an Stadtschultheißenamt Pfullingen 27. 10. 1922.

wünschten Tarifierhöhungen ab Oktober wurden allerdings von Stadt und Gemeinden jetzt „ohne weiteres“⁴⁹ genehmigt.

Die WEG versuchte auch auf anderen Feldern so weit wie irgend möglich zu sparen. Schon im Dezember 1921 hatte Strommangel den Fahrplan eingeschränkt, der werktags 36 und sonntags 32 Zugpaare verzeichnete.⁵⁰ Ab November 1922 prüfte das Unternehmen, die Stromkosten für ihre Bahn zu reduzieren. Dabei richteten sich die Forderungen nicht nur an den Vertragspartner Elektrizitätswerke Reutlingen (EWR), sondern auch an deren Zulieferer, die Direktion der Neckarwerke Esslingen. Sie müsste aufgrund einer Reichsverordnung der Bahn Vorzugspreise mit 20 % Ermäßigung gewähren, falls das fehlschläge, entscheide ein Schiedsgericht.⁵¹ Tatsächlich kam es dazu: Als Schiedsrichter wurde am 7. Dezember 1922 Rechtsanwalt Reis aus Stuttgart bestimmt.⁵² Der Stadt Reutlingen war es natürlich wichtig, dass in diesem Verfahren die Sache nicht am Reutlinger E-Werk hängen bleibt, ohne die Möglichkeit, die gestiegenen Strompreise auf die Neckarwerke abzuwälzen.⁵³ Der Schiedsspruch erging erst am 22. Februar 1923. Die WEG erzielte in erster Instanz zwar eine Ermäßigung; durch einen Formfehler wurde jedoch eine Revision fällig⁵⁴ und durch die nun zu erwartende längere Verfahrensdauer konnte der Schiedsspruch nicht zum Weiterbetrieb der Bahn beitragen. Die Sache sollte aber trotzdem weiterverfolgt werden.⁵⁵ Die Neckarwerke seien bei einer Erzeugung von 54 Mio. Kilowattstunden und ihrer Rendite im Vergleich zu der Notlage der WEG wohl in der Lage, für den Ausfall aufzukommen. Die Neckarwerke aber forderten von ihrem Kunden, dem EWR, eine sofortige Berufung beim Reichswirtschaftsgericht, da ihrer Ansicht nach in der

⁴⁹ SKZ vom 27. 10. 1922.

⁵⁰ Württembergische Eisenbahn-Gesellschaft, Bericht über das 24. Geschäftsjahr 1922, S. 4. Die Neckarwerke AG berichten, die Kohleneingänge seien in den letzten Tagen so gering gewesen, „dass sie in ihrer Zentrale Altbach ohne jeglichen Vorrat seien. Sie seien auf den täglichen Eingang angewiesen und es müsse damit gerechnet werden, dass falls an einem Tage die Kohlenlieferung ausbleibt [...] eine vollständige Einstellung des Betriebes ohne vorherige Benachrichtigung eintreten müsse.“ GEA vom 30. 11. 1921.

⁵¹ Selbst der Direktion der WEG erschien am 2. 11. 1922 eine Reduktion der Strompreise um 20 % fraglich, bisher hatten die Neckarwerke und infolgedessen auch ihr Kunde – das EWR – dies kategorisch abgelehnt. StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 5, 2. 11. 1922; Gemeinderatsprotokoll vom 3. 11. 1922, § 1265.

⁵² StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 5, Gemeinderatsprotokoll (Verwaltungsabteilung) 7. 12. 1922, § 1682; Gemeinderatsprotokoll vom 13. 12. 1922, § 1368.

⁵³ StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 5, Schreiben vom 22. 1. 1923.

⁵⁴ Beilage zur Aufsichtsratsitzung des EWR vom 22. 2. 1923 StadtA Rt., Stromversorgungsbetriebe Nr. 1, Berufung beim Reichswirtschaftsgericht. Der Stadt entstand durch das zu ihren Ungunsten ausgefallene Urteil ein monatlicher Ausfall von zwei Millionen Mark (SKZ vom 27. 4. 1923). Selbst die Herabsetzung des Strompreises reichte nicht zur Rettung des Straßenbahnverkehrs, vgl. das Schreiben der WEG an die Stadtgemeinde Pfullingen vom 17. 8. 1923, StadtA Pfullingen A 242.

⁵⁵ Gemeinderatssitzung vom 15. 2. 1923, in: SKZ vom 16. 2. 1923.

Urteilsbegründung ein Trugschluss bei der Beurteilung des „Kohlenklauselfaktors“ vorliege. Das Reutlinger Werk musste dem zustimmen, die Neckarwerke traten als Nebenkläger bei.⁵⁶ Im Prozess wegen der Erstattungsansprüche an die Neckarwerke reüssierte das Reutlinger Werk aber ebenfalls nicht, es wurde in erster Instanz zu fünf Siebteilen, die Neckarwerke aber nur zu zwei Siebteilen des Betrags verurteilt.⁵⁷ Der Gemeinderat war deshalb am 26. April 1923 mit einer Berufung einverstanden, weil das zuungunsten der Stadt ergangene Urteil des Schiedsgerichts einen monatlichen Ausfall von 2 Mio. Mark bedeutete.⁵⁸ Aber auch im zweiten Verfahren gegen die Neckarwerke schnitt Reutlingen „nicht günstig ab“, weil das Schiedsgericht beim E-Werk Reutlingen eine eigentliche Notlage nicht feststellen konnte. Der Gemeinderat hielt es für unbillig, die Stromkosten der WEG bei der derzeitigen Notlage der Stadt auf das EWR – also die Stadt – abzuwälzen, und beschloss, sich einer „Erklärung der Stadtpflege über die Notlage der Stadt“ anzuschließen.⁵⁹ Ob das einen finanziellen Ausgleich bedeutete, ist nicht überliefert.

Am 2. 11. 1922 fand auf dem Rathaus in Reutlingen eine Besprechung zur Weiterführung der Bahn statt mit Vertretern der WEG (Direktor Hässler und Bahnverwalter Fink), einem Beamten der staatlichen Aufsichtsbehörde (Regierungsrat Lieb von der Reichsbahndirektion Stuttgart) und Vertretern der drei beteiligten Gemeinden.⁶⁰ Seitens des Personals gebe es keine neuen Ergebnisse, mehreren Mitarbeitern wurde inzwischen bereits zum 15. November gekündigt. Von diesem Tag an sei nämlich vorgesehen, den Betzinger Zweig ganz einzustellen und den Betrieb nach Pfullingen einzuschränken. Ab 16. November stünden dann nur noch 17 Personen zur Verfügung (für Pfullingen würden fünf und für Eningen zwölf Leute benötigt), denen aber allen auf 1. 1. 1923 ebenfalls gekündigt sei. Falls das Personal zu mehr als acht Arbeitsstunden bereit wäre, könne sich ein Mittagzug nach Betzingen ermöglichen lassen. Die Direktion habe zunächst jenen Arbeitnehmern gekündigt, die Mehrarbeit abgelehnt hätten. Die noch verbleibenden 17 Mitarbeiter dagegen hätten „durchblicken“ lassen, mehr als acht Stunden zu arbeiten.⁶¹

Wenn die Gemeinden nun Wert darauf legten, den beschränkten Betrieb (Eningen voll und Pfullingen begrenzt) wenigstens bis Jahresende 1922 weiterzuführen, dann sei es nötig, dass die Gemeinden entweder einen einmaligen

⁵⁶ StadtA Rt., Stadtwerke Stromversorgungsbetriebe Nr. 1 Protokolle der Verwaltungsratssitzungen.

⁵⁷ Mitteilung im Reutlinger Gemeinderat, SKZ vom 29. 3. 1923.

⁵⁸ SKZ vom 27. 4. 1923.

⁵⁹ StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 5, Gemeinderat Reutlingen vom 11. 5. 1923.

⁶⁰ Von Reutlingen Oberbürgermeister Hepp, Stadtpfleger Brucklacher und vier Gemeinderäte, von Eningen Schultheiß Hüzler und vier Gemeinderäte, von Pfullingen Stadtschultheiß Lämmle und zwei Gemeinderäte, StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 5.

⁶¹ Ebd.

Zuschuss leisteten oder aber der WEG den monatlichen Abmangel von 30.000 Mark ersetzen. Eine derartige Zusage machten die drei Kommunen jedoch von einer „namhaften“ Mithilfe der Industrie abhängig; erst dann würden sie unter sich einen prozentualen Beitrag aushandeln – unter Berücksichtigung des besonderen Interesses Eningens. So kam es zunächst zu einer Vertagung.

Zwei Tage nach den Verhandlungen mit der WEG nahm die Stadt Reutlingen zusätzlich in einem Brief an die Bahnverwaltung Eningen die Mitarbeiter der Straßenbahn in die Verantwortung: Nachdem die Gemeinden unter Beteiligung der Industrie grundsätzlich einer Unterstützung zugestimmt haben, müssten als „dritte Beteiligte: die Arbeiterschaft und Angestelltenschaft [...] ihrerseits gleichfalls Opfer“ bringen, und „zwar dadurch, dass die Arbeitnehmer entweder sich zu Überstunden, d. h. zur Verlängerung der Arbeitszeit, oder aber zur Herabsetzung ihrer Lohnbezüge bereit erklären [...]. Welche Folgen diese Einstellung für die Arbeitnehmerschaft des Betriebs selbst wie für die Gesamtheit der Angestellten und Arbeiter, besonders diejenigen von Eningen hat, bedarf wohl keiner weiteren Ausführung.“⁶²

Der Industrieverband Reutlingen signalisierte am 10. November nur dann Beiträge, wenn auch die Gemeinden zahlten, die Höhe des Zuschusses orientierte sich am Beitrag der Stadt Reutlingen. Mit solchen Aussagen ließ sich allerdings die Bahngesellschaft nicht mehr vertrösten, zumal sie inzwischen einen täglichen Betriebsverlust von 8- bis 10.000 Mark konstatierte.⁶³ Sie schrieb am 14. November an die Stadt Reutlingen:

„Nachdem alle unsere Bemühungen zur Aufrechterhaltung [...] gescheitert sind, sind wir wie schon in der Besprechung vom 2. d. Monats auseinander setzen, gezwungen, den Betrieb auf die Stammlinie Eningen-Reutlingen Marktplatz zu beschränken. [...] Um der Bevölkerung, besonders der arbeitenden von Pfullingen und Reutlingen entgegen zu kommen, werden wir noch auf der Linie Pfullingen-Reutlingen und Reutlingen-Betzingen morgens, mittags und abends einige Züge [...] laufen lassen. Diese Maßnahme stellt jedoch nur ein Versuch dar, der eingestellt wird, sobald sich ergibt, dass auch dieser Betrieb nur mit Verlust durchgeführt werden kann und wenn die Gemeinden oder sonstige Interessenten, wobei wir besonders an die grösseren Industrieunternehmen denken, Zuschüsse nicht zu geben bereit sind.“⁶⁴

⁶² Schreiben des Stadtschultheißenamtes Reutlingen an die Betriebsverwaltung der Straßenbahn Reutlingen–Eningen–Pfullingen, StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 5.

⁶³ StadtA Rt., Stadtwerke Personalabteilung, Nr. 97 Paul Bley, Nr. 546 Wagenführer Otto Maier II.

⁶⁴ StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 5.



Ein Fahrgast kritisiert im Reutlinger General-Anzeiger vom 2. Dezember 1922 die Sparsamkeit der Bahnverwaltung.

zu subventionieren, sodann müsse eine Erklärung der Bahnverwaltung abgewartet werden, ob sich die Arbeitsstunden der Bahnbediensteten von acht auf neun Stunden erhöhen lassen, um dann zu sehen, ob für einen beschränkten Verkehr ein Zuschuss der Gemeinde angezeigt erscheine.“⁶⁷ Oberbürgermeister Hepp leitete die Planungen der WEG an den Industrieverband mit der Bemerkung weiter, die Gemeinden verlangten, „dass in *erster Linie* die Industrie Beiträge zusichern soll, es wäre daher zum allermindestens notwendig zu wissen, mit welchem Hundertsatz sich der Industrieverband an einem unter Umständen zu gewährenden Beitrag der Stadtgemeinde Reutlingen beteiligen wird.“⁶⁸

Am 13. 1. 1923 zog die WEG gegenüber der Stadt Reutlingen Bilanz zu den sechs Wochen mit eingeschränktem Betrieb: Die monatlichen Betriebsverluste hatten sich trotz der Betriebseinschränkungen erhöht, sie betragen in den Monaten August 1922 92.349, September 239.544, Oktober 98.481,

Jetzt setzte die WEG also die Anfang November angekündigten Sparmaßnahmen um: Von 30 Bediensteten wurden zum 15. November 13 entlassen,⁶⁵ außerdem mussten sich die verbliebenen 17 Beschäftigten 10% Lohnabzug gefallen lassen und hatten stillschweigend oft mehr als acht Stunden zu arbeiten.

Ab 16. November 1922 galt ein neuer Fahrplan mit den genannten Einschränkungen; dazu gehörte auch die komplette Stilllegung der Abzweigung vom Karlsplatz zum Bahnhof Reutlingen. Darüber hinaus stellte sie die Betriebseinstellung der Strecke nach Pfullingen zum 25. 12. 1922 und die völlige Stilllegung zum 1. 2. 1923 in Aussicht.⁶⁶ Pfullingen zögerte mit städtischen Zuschüssen, „zunächst soll der Reutlinger Industrie anheimgestellt werden, die Sache

⁶⁵ Namentlich bekannt sind Schaffner Otto Bader (Entlassung oder Weiterbeschäftigung nur noch als Schlosser), 5. 11. 1922 Austritt Güterzug-Schaffner Robert Hoffman, der zur Staatsbahn geht, 15. 11. 1922 Austritte Bley, Wagenführer Hans Rothweiler, Hilfsschaffner Albert Schlegel, Wagenführer Otto Maier II., StadtA Rt., Stadtwerke Personalabteilung.

⁶⁶ GEA vom 4. 11. 1922.

⁶⁷ GEA vom 11. 11. 1922.

⁶⁸ StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 5, Schreiben vom 14. 11. 1922.

November 342.769 und Dezember 532.122 Mark.⁶⁹ Es zeigte sich also, dass durch die Betriebseinschränkung der Verlust nicht vermindert wurde, sondern – vor allem im Dezember – sogar anstieg.

Neun Tage später wurde in großer Runde getagt:⁷⁰ Von Reutlingen nahmen der Oberbürgermeister und fünf Gemeinderäte teil, von Pfullingen kam Stadtschultheiß Lämmle mit zwei Gemeinderäten, Eningen sandte Schultheiß Hüzler mit drei Gemeinderäten. Dieses Mal beteiligte sich auch der „Industriellenverband Reutlingen“ mit Dr. Graf von der Firma Ulrich Gminder, Fabrikant Otto Held und Artur Schaal, Betzingen. Als Vertreter der Reichsbahn war Eisenbahninspektor Rüdiger anwesend. Die WEG-Vertreter Direktor Hässler und Betriebsleiter Fink erinnerten zunächst nochmals an ihre Aktivitäten zur alleinigen Fortführung des Betriebes durch Entlassungen und Lohnabzug, außerdem wurde der Stromverbrauch von 15.000 auf 10.000 bis 12.000 KW reduziert. Trotzdem blieb es bei den hohen Betriebsverlusten, die auch im Januar 1923 bei geschätzt 3 Millionen Einnahmen gegenüber 3 ½ Millionen Ausgaben anhalten würden. Eine bereits bei der Aufsichtsbehörde beantragte Einstellung des Personenverkehrs zum 1. Februar sei deshalb nur durch Zuschüsse von Gemeinden und Industrie zu verhindern. Hepp rechnete für Februar sogar mit einem noch höheren Defizit. Angesichts der „trotzlosen“ finanziellen Lage der Stadt und der Gemeinden bat er „deshalb die Industrie um Auskunft, was sie etwa an Zuschüssen zu leisten gedanke“. Der Reutlinger Gemeinderat Osterieder meinte mit Hinweis auf den November 1922 – als noch daran gedacht wurde, einen Beitrag zu leisten – dass sich die Verhältnisse inzwischen durch die gesunkene Kaufkraft wesentlich verschlechtert hätten. Die Industrie sei deshalb „nicht in der Lage, namhafte Beträge zu leisten; vor allem könne es sich nicht darum handeln, dass die gesamte Industrie Reutlingens zuschieße, sondern nur die an der Bahn besonders interessierten Fabriken. Die Vertreter der hauptsächlich hier in Betracht kommenden Firmen seien deshalb in die heutige Versammlung geladen worden, damit sie sich auf Grund der heutigen Darlegung der Verhältnisse selbst entschließen könnten, ob von ihnen etwas geleistet werden wolle oder nicht. Er glaube übrigens, dass man mit den Zuschüssen in einen Topf mit einem großen Loch gieße.“ Schultheiß Hüzler beschwor seinen guten Willen, die Gemeinde Eningen habe aber keine Mittel, um einen großen Beitrag zu leisten, dem schloss sich auch Hepp für Reutlingen an. Direktor Hässler bedauerte dies sehr, machte jedoch ein Angebot: Man könne doch, da Betzingen mit 180.000 M. am Verlust besonders beteiligt sei, diese Strecke einstellen und dafür Reutlingen–Eningen–Pfullingen im Monat Februar weiterführen, wenn die Gemeinden einen festen Zuschuss von 200.000 M. leisteten; vielleicht ermäßige sich diese Summe sogar noch, wenn die WEG im derzeit laufenden Schiedsgerichtsverfahren gegen

⁶⁹ Ebd., WEG an die Stadtgemeinde Reutlingen 13. 1. 1923.

⁷⁰ Ebd.: „Geschehen am 22. Januar 1923“.

das E-Werk siege. Da wurde Hepp allerdings hellhörig: Wenn dieses Verfahren das Reutlinger E-Werk statt die Neckarwerke belaste, gäbe es von Reutlingen natürlich keine Zuschüsse!

Der Betzinger Streckenteil wurde nun zum Knackpunkt der Verhandlungen: Gemeinderat Osterieder erklärte, dass die Industrie nur dann ein Interesse an der Weiterführung habe, wenn Betzingen nicht ausgeschlossen werde. Die Gemeinden wiederum machten ihre Zuschüsse von Beiträgen der Industrie abhängig. Eningen erschwerte eine Einigung zusätzlich, indem es seine Beiträge in Frage stellte. Hepp legte schließlich folgenden Kompromiss vor:

- Falls Eningen sich beteiligt, haben zu leisten: Reutlingen 120.000 M., Pfullingen 40.000 M., Eningen 40.000 M. und die Industrie 100.000 M.
- Unter dieser Voraussetzung führt die WEG den seitherigen Notbetrieb einschließlich Betzingen für den Monat Februar weiter.
- Für die Zustimmung jedes Verhandlungspartners gilt eine Frist von drei Tagen.

Und tatsächlich: Alle Beteiligten stimmten zu, der Eninger Gemeinderat sogar einstimmig!

Angesichts der Hyperinflation verhalfen die Zuschüsse vom Februar jedoch nur zu einer kurzen Atempause. Am 25. 5. 1923 erklärte der Reutlinger Gemeinderat auf Vorschlag des Oberbürgermeisters, man habe am Weiterbetrieb der Bahn und damit auch an den Verhandlungen zu Fahrpreiserhöhungen kein Interesse mehr.⁷¹ Nachdem schon am 2. Februar durch die Streichung der Züge 27 bis 32 vormittags Betriebsruhe herrschte, verkehrten ab 1. Juni erneut deutlich weniger Züge, zusätzlich fielen die Nachmittagsverbindungen zwischen Marktplatz und Betzingen weg. Die Vereinigten Gewerkschaften agitierten am 18. Juni jedoch weiter gegen eine Stilllegung der Bahn: Täglich führen etwa 3000 Arbeiter, ihr Ausfall bedeute schwere volkswirtschaftliche Schäden, das Überbringen des Mittagessens im Extrawagen mit ca. 300 Mittagessen entfiel und schließlich würden 20 Mitarbeiter der Bahn arbeitslos.⁷²

Am 27. 7. 1923 war die Entscheidung der WEG gefallen: Die Mitarbeiter der Straßenbahn erhielten ihre Kündigungsschreiben zum 31. August, „[...] die Bahn kommt durch die maßlose Geldentwertung zum Erliegen. Vor Monat Juni betrug die Personalausgaben noch 50–60 % der Einnahmen, im Juni bereits 82 %, sodass dieser Monat mit einem Verlust von 5 Millionen Mark abschließt, für den Juli wird mit einem Verlust von 30 Millionen gerechnet“,⁷³ Zahlen, die sich wenige Wochen später nochmals steigerten. Die Bahngesellschaft informierte die Aufsichtsbehörde (die Reichsbahndirektion Stuttgart)

⁷¹ Sitzungsbericht Gemeinderat Reutlingen, in: GEA vom 26. 5. 1923.

⁷² StadtA Pfullingen A 242.

⁷³ StadtA Rt., Stadtwerke Personalabteilung Nr. 34, 52, 523.



Offizielle Bekanntmachung zur Einstellung des Straßenbahnverkehrs in Reutlingen, Anzeige in der Schwarzwälder Kreiszeitung vom 29. August 1923.

gen! Die Entwicklung des Kaufkraftverlustes zeigt sich an der Entwicklung der Preise für Einzelfahrscheine. Kostete im Mai 1919 eine Fahrt nach Betzingen 35 Pfennig, betrug der Preis im Sommer 1922 4,- Mark, um ein Jahr später, zur Zeit der Hyperinflation, auf 100.000,- Mark emporzuschnellen.⁷⁵

Am stärksten betroffen von der Betriebsstilllegung war Eningen (von Pfullingen aus gab es ja noch die Eisenbahnverbindung der Echaztalbahn), aber selbst für einige Arbeiter- und Schülerzüge nach Reutlingen müsste die Gemeinde sich verpflichten, den Abmangel von monatlich mindestens 500 Millionen Mark zu übernehmen, keine realistische Option für deren Finanzlage. Die Schwarzwälder Kreiszeitung widmete der Straßenbahn zum letzten Betriebstag einen emotionalen Epilog:

über die geplante Betriebseinstellung zum 1.9.; am 21. August erfuhr schließlich die Öffentlichkeit über die Presse den genauen Stilllegungstermin.

In der Reutlinger Gemeinderatsitzung vom 23. August wurde das Schreiben der WEG verlesen, in dem die Gesellschaft mitteilt, alle Maßnahmen, den Betrieb weiterzuführen, seien fehlgeschlagen. Die Unternehmerin sprach der Stadtverwaltung für das von dieser ihr bezeugte Wohlwollen den verbindlichsten Dank aus in der Hoffnung, dass baldige günstigere Zeiten die Wiederaufnahme gestatten. OBM Hepp schloss sich namens des Gemeinderates diesem an.⁷⁴

Mit dieser Entscheidung endete ein Prozess, der vom Kriegsende 1918 bis zur Stilllegung der Bahn fünf Jahre später insgesamt 28 Tarifierhöhungen verzeichnete – anfangs noch im Halbjahresintervall und zuletzt im Abstand von nur drei bis vier Ta-

⁷⁴ SKZ vom 24. 8. 1923.

⁷⁵ StadtA Pfullingen Gemeinderatsprotokolle 1922, § 413; ebd. A 242 /25 sowie die Tagespresse.

„Wer hätte damals, als die elektrische Straßenbahn im Juli des Jahres 1912 mit so vielen Verkehrs- und Entwicklungshoffnungen als Nachfolgerin der alten lieben ‚Büschesbahn‘ in Betrieb genommen wurde, eine solch tragische Wendung der Dinge geahnt!“ [...] Die Eninger müssen „den Weg abends und morgens nun wieder wie in alten Zeiten unter die Füße nehmen [...], insofern sie nicht das Fahrrad zu Hilfe nehmen, und mit der Einnahme des Mittagessens zu Hause ist es für Viele wieder nichts mehr. [...] Man hätte gewiß dies und jenes im öffentlichen Leben eher missen können als gerade diese volkswirtschaftlich wertvolle Einrichtung. [...] Wenn aber – und diese Zuversicht wollen wir uns denn doch nicht rauben lassen – die Zeiten wieder einmal bessere werden, so möchten wir hoffen, dass ‚unsere‘ elektrische Straßenbahn unter den wegen mißlicher Verhältnisse von der Bildfläche verschwundenen Einrichtungen dann zu den ersten zählt, welche sich wieder in den Dienst des öffentlichen Wohls zu stellen vermögen.“⁷⁶

Auch das Angebot des Kraftverkehrsamtes für einen Busbetrieb von Eningen aus musste die Gemeinde aus Kostengründen ablehnen.⁷⁷ Der Güterverkehr Südbahnhof–Eningen mit Stückgut und Wagenladungen sowie die Bedienung der Gleisanschlüsse Weberei Eningen und Schlayer Pfullingen blieben hingegen in Betrieb. Dafür beschäftigte die WEG die beiden leitenden Beamten Bahnverwalter Fink und Werkmeister Hambrecht weiter. Sie mussten auch dafür sorgen, dass Strecke, Gebäude und Fahrzeuge erhalten blieben. Die Post kam aber wie im 19. Jahrhundert wieder mit dem Pferdewagen.

Den fest angestellten Mitarbeitern bot die Gesellschaft teilweise eine Stelle bei einer anderen WEG-Bahn an, so Schaffner Gustav Votteler in Gerstetten auf der Alb. Er schaute sich den vorgesehenen Arbeitsplatz auch an, lehnte dann jedoch aus familiären Gründen ab. Trotzdem erhielt er ab 1. Oktober 1923 ein Ruhegehalt,⁷⁸ denn allen fest angestellten Mitarbeitern⁷⁹ gewährte die Pensionskasse ein Ruhegehalt entsprechend der Dauer ihrer Zugehörigkeit zu dieser Kasse. Der (nicht fest angestellte) Hilfsschaffner Bley dagegen stimmte einer Versetzung nach Neuenstadt als „Güterbodenarbeiter“ zu, wohnen konnte er wie sein Vorgänger im Wartesaal des Stationsgebäudes, „sofern er ein Bett mitbringt.“⁸⁰

Am 16. Oktober regte ein Eninger Bürger per Leserbrief die Wiederinbetriebnahme an, angeblich sei die Bahnverwaltung bereit, zunächst nur für die Mittagszeit ein Zugpaar nach Reutlingen verkehren zu lassen – allerdings

⁷⁶ SKZ vom 29. 8. 1923.

⁷⁷ Gemeindearchiv Eningen, Gemeinderatsprotokoll vom 12. 9. 1923; SKZ vom 13. 9. 1923.

⁷⁸ StadtA Rt., Stadtwerke Personalabteilung, Nr. 910 Votteler, Gustav.

⁷⁹ StadtA Rt., Stadtwerke Personalabteilung, Nr. 836 Schmiedhäussler, Ludwig; fest Angestellte erhalten Monatslohn und können nach einer bestimmten Dienstzeit in die Pensionskasse aufgenommen werden.

⁸⁰ StadtA Rt., Stadtwerke Personalabteilung, Nr. 97 Bley, Paul.

müssten die Beteiligten „mit finanziellen Opfern“ rechnen. Alle Interessenten wurden gebeten, sich in die bei der Bahnverwaltung ausliegende Liste einzutragen. „Es liegt jetzt in den Händen aller in Reutlingen Beschäftigten, ob sie über den Winter fahren oder laufen wollen.“⁸¹ Eine Verwirklichung gelang jedoch bis Dezember nicht.

Im Zeichen der „Scheinblüte“ – die Straßenbahn in den „Goldenen Zwanziger Jahren“ 1923–1929

Nach der Währungsreform vom 15. 11. 1923 (eine Billion Papiermark = eine Goldmark) erhielten die beiden nicht entlassenen Mitarbeiter der WEG am 26. November 1923 erstmals ihre Bezüge in Goldmark.

Bis die Straßenbahn für ihre Kunden aber wieder fuhr, dauerte es nochmals fast einen Monat: Erst am 13. Dezember wurde der Verkehr mit drei Zugpaaren Eningen–Karlsplatz (und zurück) über die Mittagszeit zwischen 11.43 und 14.27 Uhr wieder aufgenommen. Die Ankündigung im Eninger Amtsblatt klang noch sehr vorsichtig:

„Die Fahrpreise werden sich, durch größtmögliches Entgegenkommen der Direktion und trotz der bedeutenden Strompreiserhöhung, im Rahmen der Friedenspreise bewegen und betragen Eningen–Reutlingen Karlsplatz 20, See 15, bis Südbahnhof 10 Pfennig. Sie sind tunlichst wertbeständig zu leisten. Wochen- bzw. Monatskarten können erst nach übersichtlicher Gestaltung des Verkehrs ausgegeben werden, es wären also insoweit, etwa in den ersten 8 bis 14 Tagen, Einzelfahrkarten zu den obengenannten Preisen zu lösen.“⁸²

„Mit der Einführung dieser Züge soll jedoch der Verkehr noch nicht offiziell aufgenommen werden. Es handelt sich zunächst nur um einen Versuch, von dessen Ausgang die Wiederaufnahme des Betriebs abhängig gemacht wird.“⁸³

So konnten die Beschäftigten zum Mittagessen nach Hause fahren. Ab dem 2. 1. 1924 erweiterte die Bahn ihr Angebot auf zusätzliche Fahrtenpaare, zwei zum Karlsplatz morgens sowie drei abends. Nachdem der Verkehr zu Jahresende 1923 vermutlich noch von den beiden leitenden Beamten allein gefahren wurde, machte die WEG nun einigen „Ehemaligen“ ein Angebot: Bei einer Arbeitszeit von zehn Stunden, Bezahlung im Taglohn unter Abzug des momentanen Pensionsbetrags und täglicher Kündigungsfrist gab es die Aussicht auf Wiederaufnahme in das frühere Dienstverhältnis, wenn sich in einigen

⁸¹ Eninger Amtsblatt Nr. 10 vom 16. 10. 1923 „Stimmen aus dem Leserkreis“.

⁸² Eninger Amtsblatt vom 8. 12. 1923.

⁸³ GEA vom 12. 12. 1923.

Wochen zeige, dass der Versuch gelingt.⁸⁴ Vier lang gediente Straßenbahner (Stationsaufseher Bauknecht, Zugführer Epple, Schaffner Maier und Wagenführer Wörwag) waren die ersten „Rückkehrer“.⁸⁵

In mehreren Etappen wurde der Fahrplan erweitert, bereits ab 14. 1. 1924 gab es (jeweils als Paar, also Hin- und Rückfahrt) einen Nachmittagszug und ab 1. Februar wurden ferner wieder Fahrten für Sonntagsausflügler angeboten. Ab 1. März konnte man auch in Pfullingen wieder Straßenbahn fahren – sieben Zugpaare über den Tag verteilt von 6.14 bis 8.14 und 11.45 bis 19.30 Uhr – dazu kam noch ein täglicher Vormittagszug ab 1. April von Eningen und zurück über Pfullingen und schließlich am Sonntag ein „Nachtzug“ Eningen–Karlsplatz mit Rückfahrt über Pfullingen; er erreichte Eningen um 21.15 Uhr. Dieser Standard galt bis 30. April 1924.⁸⁶ Bereits ab 1. April öffnete auch wieder die Fahrkartenverkaufsstelle Pfullingen in der „Traube“.⁸⁷

Die Wiederaufnahme des Verkehrs nach Pfullingen war zudem erfreulich für das Personal, es wurde ab 1. 3. 1924 wieder wie vor der Stilllegung als Angestellte beschäftigt. Erfreulich auch die Senkung der Einzelfahrscheine ab 22. 4. 1924 entsprechend den „Friedensfahrpreisen“: Von Pfullingen bis Südbahnhof 10 Pfg., bis Seestraße und Spitzwiesen 15 Pfg., bis Eningen, Marktplatz, Karlsplatz oder Hbf. 20 Pfg., bis Betzingen 30 Pfg.⁸⁸

Es fehlte nur noch der Betzinger Ast: Hier konnte man ab dem 1. Mai wieder fahren, gleichzeitig gab es auch auf den anderen beiden Strecken Verbesserungen. Zwar behauptete die WEG, die Wiederaufnahme des Verkehrs habe die Erwartungen nicht erfüllt, sie öffne Betzingen aber „in der Erwartung, dass nunmehr die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden.“⁸⁹ Betriebsschluss war jedoch werktags noch gegen 19.30 Uhr, sonntags etwa eine Stunde später. Damit war der Verkehr „offiziell“ wieder aufgenommen, erkennbar an einem neuen „Nachtrag“ zum Tarif. Weitere sechs frühere Mitarbeiter erhielten wieder ihren Arbeitsplatz und auch die Fahrkartenverkaufsstelle Ludwig Lachenmaier in der Wilhelmstraße öffnete wieder. Ebenso nahm der Freizeitverkehr wieder Fahrt auf: „An den Pfingstfeiertagen 8. und 9. Juni laufen Sonderzüge mit riesigem Verkehr am Vormittag und vor allem

⁸⁴ StadtA Rt., Stadtwerke Personalabteilung, Nr. 52 Bauknecht. Der Stundenlohn betrug 37 Pfennig.

⁸⁵ StadtA Rt., Stadtwerke Personalabteilung. Weitere Wiedereinstellungen ab 1. 2. 1924: Bahn- aufseher Koch, Wagenführer Schmiedhäussler, ab 15. 2. Schlosser Bader, ab 1. 3. Wagenführer Guhl, Schaffner Limberger, ab 1. 5. Bley, Hegel, ab 1. 5. Ott, ab 1. 6. Moser, ab 1. 9. Weiwadel, ab 21. 11. Hilfsschaffner Schlegel.

⁸⁶ Echazbote vom 30. 4. 1924.

⁸⁷ GEA vom 19. 4. 1924. Eine Arbeiterkarte Pfullingen–Reutlingen kostete einmal täglich 0,90 M., zwei Mal 1,40 M., drei Mal 2,10 M., eine Monatskarte 11 M. und die Schülermonatskarte ebenso 11 M. Das entsprach den „Friedensfahrpreisen“.

⁸⁸ Echazbote vom 22. 4. 1924.

⁸⁹ SKZ vom 2. 5. 1924, Gemeinderat Reutlingen.

in den Abendstunden durch die Wanderer zum Nebelhöhlenfest“;⁹⁰ am Wochenende 5./6. Juli fuhr ein Sonderzug nach der Vorstellung des Zirkus Aluwe in der Tübinger Straße⁹¹ und zum Kreisbergfest auf der Wanne verkehrten am Samstag, 26. Juli, von 14 bis 16 Uhr sowie am Sonntag, 27., schon ab 5.30 Uhr Frühzüge nach Pfullingen.⁹² Anlässlich des Jungbauerntages am 3. August auf der Wanne wurden die Straßenbahnen nach Pfullingen, die in geringen Abständen fuhren, fast gestürmt.⁹³ Starke Verkehr bescherte am 26. Oktober auch die Pfullinger Kirbe mit Karussell auf dem Lindenplatz.⁹⁴

Der direkte Anschluss zum Hauptbahnhof in Reutlingen (genannt werden zwei Abendzüge um 19 und 20 Uhr) blieb aber trotz des Wunschs des Pfullinger Gemeinderates stillgelegt; dagegen spräche – so die Bahnverwaltung – zum einen die fehlende Umsetzungsmöglichkeit für den Zug mit Beiwagen um 19 Uhr, denn die entsprechende Gleisanlage musste ja 1921 entfernt werden. Zum anderen sei aber nur wegen eines Zuges die Freihaltung der Gleise namentlich im Winter unrentabel, denn die Gleise müssten täglich, und zwar abends, wo das ganze Personal zur Bewältigung des Arbeiterverkehrs eingesetzt ist, von Schnee und Eis gereinigt werden, sodass dafür ein besonderer Mann eingestellt werden müsste.⁹⁵

1924 fuhren (gegenüber 574.198 im inflationsgeschüttelten Vorjahr) mit 954.738 Personen wieder deutlich mehr Menschen mit der Straßenbahn.

Rückkehr zu „normalen“ Verhältnissen

Am 1. Januar 1925 beschäftigte die WEG in Eningen bereits wieder 21 Mitarbeiter: Neben Bahnverwalter und Werkführer je einen „Anwärter“, Stationsaufseher und Bahnaufseher, sieben Schaffner und fünf Wagenführer, dazu je einen Schlosser, Werkstattarbeiter und Streckenarbeiter.⁹⁶ Bis zum 1. März kamen noch ein Hilfswagenführer und ein Hilfsschaffner hinzu.

Zum 1. Mai führte die WEG einen erheblich verbesserten Fahrplan ein mit einer „Rückkehr zu normalen Verhältnissen“, es gab viele neue Verbindungen; der Zugverkehr begann um 5.33 Uhr und endete werktags zwar zunächst noch um 21 Uhr, wurde ab November aber erweitert durch zwei Nachtzugpaare an bestimmten Tagen. Dafür verstärkten zwei weitere zurückkehrende Kollegen die Mannschaft der Eninger Straßenbahner.⁹⁷

⁹⁰ Echazbote vom 8. 6. 1924.

⁹¹ GEA vom 5. 7. 1924.

⁹² GEA und Echazbote vom 25. 7. 1924.

⁹³ GEA vom 4. 8. 1924.

⁹⁴ Echazbote vom 21. 10. 1924.

⁹⁵ StadtA Pfullingen A 242, Schreiben der WEG an die Stadt Pfullingen vom 25. 11. 1924.

⁹⁶ H. Bürnheim (wie Anm. 1), S. 15.

⁹⁷ Wiedereintritt Hilfswagenführer Otto Maier und Hilfsschaffner Albert Schlegel; StadtA Rt., Stadtwerke Personalabteilung, Nr. 545 und 821.

Mit dem Aufschwung gelangten jedoch die Kapazitäten der vorhandenen Fahrzeuge an ihre Grenzen, vor allem im Berufsverkehr – die Bahn brauchte schnell mehr Wagen. Allerdings hatten neue Wagen – wenn überhaupt erhältlich – viel zu lange Lieferzeiten und würden zudem den Etat der sparsamen Gesellschaft sprengen. Der WEG gelang es jedoch, von der Crefelder⁹⁸ Straßenbahn für 7000 Mark zwei gebrauchte Triebwagen zu kaufen, die am 24. November 1924 in Eningen eintrafen. Allerdings waren sie als Triebwagen unbrauchbar⁹⁹ und konnten hier nur als Beiwagen verwendet werden. Nach einem entsprechenden Umbau in der Eninger Werkstatt gingen sie im März/April 1925 mit den Nummern 15 und 16 in Betrieb.¹⁰⁰ Aufgrund ihrer ursprünglichen Bestimmung behielten die beiden schon in Crefeld so bezeichneten Wagen auch in Eningen den Spitznamen „Türkenwagen“.¹⁰¹

Die nächste Lieferung „neuer“ gebrauchter Wagen folgte im Herbst 1925. Mit drei vierachsigen Wagen sollte der Platzmangel im Berufsverkehr endlich vorbei sein.¹⁰² 25 Jahre waren sie bereits als Triebwagen bei dem Unternehmen „Elektrische Kleinbahn im Mansfelder Bergrevier AG“ unterwegs. Inflationsbedingt war der Betrieb dort am 2. 12. 1922 für immer zum Erliegen gekommen.¹⁰³ Im August/September 1925 kamen die Fahrzeuge nach Eningen, wurden dort zu Beiwagen umgebaut und erhielten die Betriebsnummern 17, 18 und 19.¹⁰⁴ Beim Personal hießen die über 10 m langen Fahrzeuge nur die „Vierachser“ und bereiteten angesichts ihres Gewichts (9500 kg) und vor allem wegen der hohen Einstiege den Fahrgästen nicht nur Freude. Bevorzugt im Berufsverkehr eingesetzt (z. B. als „Vorzug“ bis Seestraße), linderten sie aber den häufig beklagten Platzmangel zu Stoßzeiten.

⁹⁸ Amtliche Schreibung des Stadtnamens ab 8. 11. 1900 Crefeld, ab 25. 11. 1925 Krefeld.

⁹⁹ StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 281.

¹⁰⁰ StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe (Karten und Pläne) Nr. 762 F.

¹⁰¹ Die Wagen wurden 1916 von der Sächsischen Waggonfabrik Werdau erbaut und waren eigentlich für Istanbul vorgesehen. Sie konnten aber wegen des Weltkrieges nicht ausgeliefert werden und gelangten 1919 unter den Nummern 164 und 165 nach Krefeld, 1920 wurde sie dort in Nr. 258 und 259 unnummeriert; Städtische Werke Krefeld AG: Zur Geschichte des Unternehmens Heft 2 Fahrzeuggeschichte, Krefeld 1995, S. 16 mit handschriftlicher Korrektur W. Bankstahl 2011.

¹⁰² Informationen von Baurat Seiffert in der Sitzung vom 25. 11. 1925: „Vorjahr 5 Wagen für Arbeiterverkehr eingestellt“; es sei „gelungen in letzter Zeit Wagen gelegentlich günstig zu erwerben“. StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 454.

¹⁰³ Marco Zeddel; Gerhard Knitzschke: Die Elektrische Kleinbahn im Mansfelder Land, Halle 2000; Gerhard Bauer: Straßenbahn Archiv 4 Raum Erfurt/Gera–Halle (Saale)/Dessau, Berlin 1984, S. 188–193; Matthias Bethge: Handbuch der deutschen Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateisenbahnen, Berlin 1928, S. 159–160.

¹⁰⁴ In Mansfeld fuhren sie als Triebwagen und trugen dort die Betriebsnummern 3, 9 und 14. Als Kaufpreis für alle drei Wagen wird 6805,10 RM genannt. (Bahngrundbuchamt Stuttgart Grundakten zum Bahngrundbuchblatt Nr. 1 Bahneinheit Nr. 8 Privatbahn Eningen–Reutlingen–Betzingen der WEG Zugang Betriebsmittel).

Wegen Umbauarbeiten in der Marktstraße in Pfullingen verkehrten die Wagen ab 7. 8. 1925 dort nur bis zur Kunstmühlestraße. Die bisher ungefähr in der Mitte der Marktstraße liegenden Gleise wurden anlässlich der Verbreiterung dieser Hauptdurchgangsstraße auf die westliche Seite verlegt, die gesamte Straße einschließlich der neuen Gleistrasse gepflastert und mit seitlichen Gehwegen versehen. Diese umfangreichen Arbeiten dauerten über dreieinhalb Monate. Während dieser Zeit mussten die Fahrgäste bis zum Ortseingang zu Fuß gehen. Da es an der Haltestelle Kunstmühle keine Ausweichstelle gab, konnten Züge mit Beiwagen nicht umsetzen. Der Betriebsablauf für die Bahn war daher erschwert, im Berufsverkehr mit Beiwagen musste mit zwei Triebwagen gefahren werden, von denen vermutlich einer dann jeweils geschleppt wurde. Erst ab dem 24. 11. 1925¹⁰⁵ konnte die Bahn wieder bis zur Haltestelle Traube verkehren. Das Gleis, das seither an der Kurzestraße endete, wurde nun einige Meter über diese Straße hinausgeführt; die seitherige Ausweichstelle vor dem Gebäude Nr. 18 (Wirtschaft zur Traube) konnte aber wegen Einspruchs des Pfullinger Gemeinderates nicht mehr eingebaut, sondern sollte erst nächstes Jahr am Lindenplatz wieder verlegt werden.

Der Verkehrsverein als Motor für einen attraktiven Nahverkehr

Am 23. Juli 1925 gründete sich der Verkehrsverein für Reutlingen und Umgebung¹⁰⁶, Vorsitzender wurde Fabrikant Erwin Seiz. Aufgabe des Vereins sollte es sein, die Verkehrsinteressen aller Art der Stadt Reutlingen und ihrer Umgebung zu fördern. Dazu gehörte beispielsweise die Hebung des Fremdenverkehrs durch Verbesserung der Verkehrsmittel und der Verbindungen, des Gasthofwesens, der Stadt- und Ortsorientierung, ferner Pflege der Heimatkunde und Heimatliebe, Schutz der Natur- und Kunstdenkmäler, die Förderung von Sport und Winterunterhaltung und die weitere systematische Erschließung der Naturschönheiten der Umgebung.¹⁰⁷

Schon in der Gründungsversammlung wurde betont, dass „man sich wohl mit Fahrplanfragen zu befassen“¹⁰⁸ habe. Bereits in der ersten „Ausschusssitzung“ vom 24. September nahm der Straßenbahnfahrplan „großen Raum in der Beratung“ ein. Alle Anwesenden waren sich darin einig, dass sich die

¹⁰⁵ StA Ludwigsburg E 79 III Bü 805 und E 79 IV Bü 98.

¹⁰⁶ Am 21. 7. 1925 tagte der vorbereitende Ausschuss für die Gründung des Verkehrsvereins. Nachdem Krieg und Inflation dem alten Verein von 1911 ein Ende bereitet hätten, sei nun eine Neugründung vorgesehen. Wichtig sei eine breite Grundlage, die alle Bevölkerungskreise umfasse und Institutionen wie Stadtverwaltung, Gewerbe, Handel, Kaufmannschaft, aber auch Wander- und Gebirgsvereine mit heranziehe. (GEA vom 24. 7. 1925).

¹⁰⁷ SKZ vom 18. 7. 1925. Die Stadt Reutlingen bewilligte einen jährlichen Beitrag von 1000 Mark. (GEA vom 4. 9. 1925).

¹⁰⁸ GEA vom 24. 7. 1925.

Weiterführung der Bahn zum Bahnhof nicht mehr länger aufhalten ließe. Die Geschäftsführung wurde deshalb beauftragt, sofort die nötigen Schritte zur Erreichung der schon längst unbedingt erforderlichen Weiterführung zu unternehmen. Ebenso wurde die Einführung des 30-Minuten-Verkehrs für die Straßenbahn verlangt. Erfreulicherweise stellten die anwesenden behördlichen Vertreter dem Verein die nachhaltigste Unterstützung in Aussicht.¹⁰⁹

Angesichts dieser „geballten Kraft“ hatte die WEG zukünftig einen schweren Stand, denn ihre wichtigsten „Kunden“, die Kommunen Reutlingen, Eningen und Pfullingen arbeiteten im neuen Verein engagiert mit und koordinieren ihre Bedürfnisse.

Im Oktober 1925 stellte der Verein die zwei Hauptforderungen auf. Die erste verlangte die Einführung eines 30-Minuten-Takts nach Eningen und Pfullingen und eines 15-Minuten-Takts zwischen Reutlingen und Südbahnhof. Die Argumente für eine Fahrplanerweiterung klangen so modern wie heute: Der Versuch, einerseits die Bedürfnisse des Berufs- und Schülerverkehrs und gleichzeitig die allgemeinen Verkehrsbedürfnisse bloß durch einzelne Züge zu befriedigen, werde nie gelingen. Nur mittels eines regelmäßigen Taktverkehrs könne die Straßenbahn ihren Aufgaben gerecht werden. Der bisherige Betriebsschluss um 20 Uhr bedeute für die Bewohner von Pfullingen, Eningen und Betzingen, die „in einem derartig engen wirtschaftlichen und kulturellen Connex“ mit Reutlingen stünden, dass sie kaum „die in großer Zahl in Reutlingen stattfindenden Unterrichtskurse,¹¹⁰ Vorträge und Veranstaltungen kultureller und gesellschaftlicher Art“ besuchen können.

Weiter wurde eine direkte Anbindung der Straßenbahn bis zum Hauptbahnhof Reutlingen verlangt. Diese Forderung glich, standort- und entwicklungsbedingt, fast einer „unendlichen Geschichte“. Kein anderes Thema beschäftigte Öffentlichkeit und Entscheidungsträger stärker und emotionaler. Deshalb soll die Vorgeschichte kurz dargestellt werden.

Bis 1912 fuhr die aus der Gartenstraße kommende Dampfbahn bis vor den Bahnhof, bog nach rechts ab und endete auf einem gepachteten Grundstück parallel zur Bahnhofstraße, wo ein „Umsetzen“¹¹¹ für die Rückfahrt möglich war. Mit der Eröffnung der elektrischen Bahn nach Betzingen bogen die Züge, nun aus der Wilhelmstraße kommend, Richtung Betzingen direkt nach links in die Lederstraße ein. Mit dem Ende des Dampfbetriebes aus der Garten-

¹⁰⁹ SKZ vom 26. 9. 1925.

¹¹⁰ „12 Fräulein von hier bitten, ihr Gesuch um Einschaltung eines Wagens Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag je abends 9 Uhr 15 Min. für die Besucher der Frauenarbeitsschule, das sie der Direktion der Württ. Eisenbahn Gesellschaft eingereicht haben, gütigst zu unterstützen.“ StadtA Pfullingen, Gemeinderatsprotokoll vom 20. 11. 1925, § 682.

¹¹¹ Fachausdruck im Schienenverkehr: Am Ende einer eingleisigen Strecke wird der Triebwagen von den Beiwagen abgekuppelt und umfährt mittels zwei Weichen auf einem parallelen Gleis die Beiwagen, um auf der entgegengesetzten Seite für die Rückfahrt wieder anzukuppeln.

straße 1912 änderte sich deshalb auch die Zufahrt in die Bahnhofstraße, nun führte ein elektrifiziertes Gleis quer über die Karlstraße und dann nach rechts in die Bahnhofstraße, am Post- und am Bahnhofsgebäude vorbei und von dort wie bisher zur Umsetzanlage der bisherigen Dampfbahn. Damit schloss die WEG zwar das Gleis in der Bahnhofstraße wieder an,¹¹² aber der Fahrplan sah – zum Leidwesen des Gemeinderates¹¹³ – bis auf ganz wenige Ausnahmen nur direkte Fahrten zwischen Eningen und Betzingen ohne Bahnhofsanbindung vor. Im Zusammenhang mit den Planungen für die Erweiterung nach Pfullingen diskutierte der Gemeinderat erneut dieses Problem.¹¹⁴ Der WEG war der Status quo jedoch so wichtig, dass sie als Kompromiss eine Wartehalle auf dem Karlsplatz errichtete und die Stadt dafür die Frage der Durchführung des Verkehrs bis zum Bahnhof bis zum Frühjahr 1917 zurückstellte.¹¹⁵

Trotz des andauernden Krieges griff das Bürgerausschussmitglied Freytag im Oktober 1918 das Thema wieder auf. Oberbürgermeister Hepp erinnerte jedoch an die Zusage der WEG. Sie habe dies für die Zeit nach dem Krieg zugesichert und der Gemeinderat sei damit einverstanden gewesen.¹¹⁶ Hepp folgte dann aber doch der Anregung Freytags und bat mit Schreiben vom 26. 10. 1918 um die Ausarbeitung entsprechender Pläne. Bereits vier Wochen später präsentierte die WEG einen Entwurf. Nach der Rückkehr von Tiefbauamtsinspektor Keller vom Militär konnte die Planung mit einigen Verbesserungswünschen fortgesetzt werden. Gleisbögen sollten zur Vermeidung des Quietschens 25 statt 20 Meter betragen, die Gleise sollten in die Mitte der Karlstraße verlegt und die Spanndrähte an den Häusern statt an Masten befestigt werden. Weiter sollte der Platz wie in der Lederstraße mit einer Mittelinsel und zwei getrennten Fahrbahnen aus ästhetischen und wirtschaftlichen Gründen versehen werden. Diese „Insel“ wäre auch als Endhaltestelle der Bahn ins Neckartal vorzusehen.

Nach Zustimmung der Bauabteilung arbeitete die WEG den Plan bis zum 17. Juli 1919 um; Tiefbauamt und Gemeinderat stimmten zu und baten die WEG um baldigen Bau. Der Plan sah auch tatsächlich bereits drei Gleisabzweigungen in die Straße Unter den Linden für die geplante Bahn an den Neckar vor. Die sofortige Umsetzung scheiterte aber an langen Lieferfristen

¹¹² Sitzung der verstärkten Bauabteilung vom 19. 6. 1911, StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 5.

¹¹³ Gemeinderatsprotokoll vom 21. 6. 1911, § 718, StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 5.

¹¹⁴ Beim seinerzeitigen Beschluss zum Verkehr über die Wilhelmstraße war vereinbart worden, nach einem Betriebsjahr den Anschluss zum Bahnhof nochmals zu diskutieren.

¹¹⁵ Noch im Oktober 1917 bestätigte die WEG, „dass wir sofort nach Wiederkehr geregelter Verhältnisse die wiederholt und dringend gewünschte Schleifenverbindung nach dem Hauptbahnhof herstellen und alle Züge über den Hauptbahnhof leiten werden, bei denen Anschluss an die Staatsbahn in Frage kommt, StadtA Pfullingen A 242.

¹¹⁶ StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 453. Gemeinderatsprotokoll vom 16. 10. 1918, § 878.

der Schienenwalzwerke von 40 Monaten. Die WEG wollte inzwischen die Genehmigung der Aufsichtsbehörde einholen.¹¹⁷

Zunächst wurde die Strecke am Bahnhof sogar etwas verkürzt; ab 5. Mai 1920 musste die gepachtete Umsetz- und Rangieranlage an der Bahnhofstraße abgebrochen werden, weil die Staatsbahn dieses Gelände für den Bau eines Dienstgebäudes benötigte¹¹⁸ – wegen fehlender Umsetzungsmöglichkeit konnten deshalb zum Bahnhof nun keine Beiwagen mehr mitgenommen werden. Zum Bahnhof verkehrten, abgesehen von gelegentlichen Sonderzügen, bis Mai 1922 fahrplanmäßig nur ein bis zwei Eninger Zugpaare täglich, von 1916 bis 1919 auch von und nach Pfullingen.¹¹⁹ Anschließend unterhielt die WEG dieses Gleis nur noch für Sonderverkehr und legte es angesichts der inflationsbedingten Schwierigkeiten ab 16. November 1922 schließlich komplett still.

Nach drei Jahren Pause konnte 1925 nun auch das Projekt „Hauptbahnhof“ mithilfe des neu gegründeten Verkehrsvereins und der Kommunen weiterverfolgt werden. Der Verein schrieb am 3. Oktober 1925:

„Als grösster Missstand wird es seit Jahren empfunden, dass die Bahnen in unverständlicher Weise mitten in der Stadt am Marktplatz und am Karlsplatz ihren Ausgangs- und Endpunkt haben. Konnten diese Zustände unter den schwierigen Verhältnissen der letzten Jahre [...] noch hingenommen werden, so lassen die heute so gesteigerten Verkehrsbedürfnisse diese Verhältnisse nicht mehr länger tragbar erscheinen. Der Verkehrsverein muss zunächst die grundsätzliche Forderung erheben, dass die Regelung des Strassenbahnverkehrs nicht ausschließlich vom Rentabilitätsstandpunkt aus erfolgt [...]. Hiervon ausgehend muss, wie in jeder anderen Stadt, so auch in Reutlingen die Strassenbahn unbedingt in direkte Verbindung mit dem Zentralpunkt des Verkehrs, dem Hauptbahnhof, gebracht werden. Es ist ein schlechterdings unhaltbarer Zustand, dass die am Reutlinger Hauptbahnhof ankommenden Reisenden erst eine weite Strecke zurücklegen, bis sie zur Strassenbahn kommen. [...] Nicht nur, dass diese Verhältnisse dem Verkehr in jeder Weise hinderlich sind und in allen Teilen der Bevölkerung grösste Missstimmung hervorrufen und Anlass zu berechtigten Beschwerden geben; ebenso beachtenswert ist es, dass durch diese Missstände das Ansehen und der Ruf unserer Stadt aufs schwerste geschädigt wird. Gibt es doch keine Stadt von der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung Reutlingens, bei der die Strassenbahn nicht direkt zum Bahnhof führt, obwohl die Schienen längst gelegt sind. Die ankommenden Fremden aus allen Tei-

¹¹⁷ Vgl. dazu StA Ludwigsburg E 79 III Bü 805, Schreiben der WEG vom 17. 9. 1919.

¹¹⁸ StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 501.

¹¹⁹ Im Fahrplan ab 29. 9. 1916 verkehrten z. B. drei Zugpaare werktags um ca. 7 Uhr und 18 Uhr von bzw. nach Eningen sowie um 22 Uhr nach Eningen und Pfullingen.



Mitten im geschäftigen Treiben steht der Triebwagen 23 mit Beiwagen an der Endstation am Marktplatz bereit zur Fahrt nach Pfullingen, er trägt noch den traditionellen Anstrich von 1912 – „ergänzt“ durch Werbung. Trotz Blumenschmucks in den Fenstern trauen die Straßenbahner der Witterung nicht ganz, der Schornstein im Dach des Beiwagens verrät den auf einer Bank stehenden Glühofen, der erst bei milderem Temperaturen entfernt wird.

len Deutschlands und des Auslands – und ihrer sind tagtäglich nicht wenige – [warten] vergeblich auf eine Strassenbahn [...].“¹²⁰

Natürlich engagierte sich die Allianz aus Gemeinden und Verkehrsverein auch weiterhin intensiv für abendliche Fahrplanverbesserungen zu kulturellen Veranstaltungen und für den 30-Minuten-Verkehr. Die WEG lehnte den Abendzug mit der Begründung ab, im Winter bestehe kein Bedarf und es gäbe um diese Zeit auch keinen Anschluss mehr nach Stuttgart. Abendzüge erforderten eine unrentable Personalaufstockung, bei Veranstaltungen würden wie schon bisher Sonderzüge eingelegt.¹²¹

Schon nach kürzester Zeit erfuhren die Aktivitäten des Verkehrsvereins eine große, wohlwollende Resonanz in der Öffentlichkeit, vor allem durch die ausführliche Unterstützung der Lokalpresse. Im Eninger Amtsblatt¹²² er-

¹²⁰ StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 5; gleichlautende Schreiben gingen an das Oberamt, das Bezirksamt und die Amtskörperschaft Reutlingen.

¹²¹ SKZ und Eninger Amtsblatt vom 9. 10. 1925; Gemeinderatsprotokoll Reutlingen vom 1. 10. 1925, § 674, StadtA Pfullingen A 242.

¹²² Am 9. und 12. 10. 1925.

schiene sogar wörtliche Berichte aus den Sitzungen. So bestand bei der WEG zunehmend Handlungsbedarf.

Am 25. 11. 1925¹²³ traf man sich zur Besprechung der WEG mit Vertretern aus Reutlingen, Pfullingen und Eningen im Reutlinger Rathaus. Dabei wurden die beiden Forderungen (Verbesserung des Fahrplans und direkte Anbindung an den Hauptbahnhof) behandelt. Baurat Seiffert von der WEG befürchtete finanzielle Belastungen für das Unternehmen in Höhe von 30.000 Mark u. a. durch mehr Personal und neue Ausweichstellen, die nötig würden, wenn die Pfullinger Züge statt bis Marktplatz bis zum Bahnhof fahren. Die WEG bot jedoch an, ab 1. Januar 1926 einen 40-Minuten-Verkehr und mehr Abendzüge einzuführen; auch den Gleisanschluss zum Hauptbahnhof mit Schleife entlang des List- und Karlsplatzes könne sie grundsätzlich zusagen, ein sofortiger Bau wäre ihr aber nur mit einem kommunalen Baukostenvorschuss in Höhe von 30.000 Mark möglich. In der Sitzung des Reutlinger Gemeinderats vom 3. 12. 1925 berichtete Oberbürgermeister Hepp, Direktor Seiffert sei bei der Besprechung „ziemlich scharf zugesetzt“ worden.¹²⁴ Bereits zum 30. November gab es Fahrplanverbesserungen für die Nachtzüge zwischen 20.30 und 24 Uhr: Mo, Di, Do und Fr verkehrt ein Abendzug Betzingen-Pfullingen und der bisherige Zug Mi und So 22.20 ab Marktplatz verkehrt zukünftig auch am Samstag.

Sogleich beschäftigte sich das Tiefbauamt mit den konkreten Planungen für die Gleisschleife, dabei ging es um den genauen Standort der Haltestelle und um die Koordination mit der „geplanten Vorortbahn nach dem Neckar.“¹²⁵ Ergebnis war, dass der Karlsplatz zunächst nach den alten Plänen gebaut werden solle, „da die Linienführung der Vorortbahn nicht festliege und die Aussicht auf ein baldiges Zustandekommen derselben infolge der seit den letzten Verhandlungen eingetretenen Umstände nur gering sei.“¹²⁶

Zum Fahrplanwechsel am 1. 1. 1926 fuhren wieder gelegentlich Straßenbahnen, die bisher am Karlsplatz endeten,¹²⁷ auf dem bestehenden Gleis zum Hauptbahnhof – mit zwei bis vier täglichen Zugpaaren von und nach Eningen, Betzingen und Pfullingen allerdings nur zu ausgewählten Zeiten, beispielsweise für Anschlüsse zur Staatsbahn. Ein großer Erfolg war darüber hinaus auch die Wiedereinführung des Taktverkehrs: „Der feste 40-Minuten-Fahrplan, der vor der Verkehrseinschränkung bzw. Stilllegung des Betriebes bestanden hat, wird auf beiden Linien baldigst, spätestens ab 1. Januar 1926 wieder eingeführt.“¹²⁸ Dagegen verhielt sich die WEG zu der Einführung des

¹²³ GEA vom 27. 11. 1925.

¹²⁴ SKZ vom 4. 12. 1925.

¹²⁵ StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 454 Mitteilung an Stadtschultheißenamt vom 22. 12. 1925.

¹²⁶ StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 454 Gemeinderatsprotokoll vom 30. 12. 1925, § 877.

¹²⁷ StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 1, Schreiben der WEG vom 29. 11. 1925.

¹²⁸ Ebd.

30-Minuten-Verkehrs, der für die Stadt effektiv den 15-Minuten-Verkehr bringen würde, ablehnend.¹²⁹

Neben dem öffentlichkeitswirksamen Thema Fahrplan gab es in der zweiten Jahreshälfte 1925 auch weitere Fortschritte bei der Infrastruktur. Ab 31. Oktober wurde auf Anregung der Autoreparaturwerkstatt Gebr. Sauer auf Höhe der Tübinger Straße 100 „beim Zirkusplatz“ eine neue Haltestelle Friedrichsau für deren Arbeiter eingerichtet. Schon bisher war für Zirkusvorstellungen bei Bedarf gehalten worden.¹³⁰

Da nach Beschaffung der beiden Beiwagen 15 und 16 die Wagenhalle in Eningen zu klein war, standen ständig mehrere Wagen im Freien und litten unter der Witterung. Nach der Entscheidung, drei weitere Anhängewagen zu beschaffen, wurde nun bis Ende November 1925 die Wagenhalle der Gleise 3 bis 5 um 16 Meter nach vorne verlängert.¹³¹

Die Kriegs- und Inflationszeit hatte den Unterhalt der Bahnanlagen erheblich erschwert,¹³² sodass die WEG nun einen erheblichen Nachholbedarf bewältigen musste.¹³³ Bis Jahresende 1925 wurden durch das Tiefbauamt Reutlingen auf Kosten der Bahn die Straßenbeläge entlang der Gleise an verschiedenen Abschnitten zwischen Betzingen und Seestraße¹³⁴ verbessert. Die Bahnverwaltung veranlasste die Auswechslung der Kreuzung Straßenbahn/Staatsbahn am Bahnhof Reutlingen Süd,¹³⁵ die Auswechslung von vier Wei-

¹²⁹ Ein 30-Minuten-Verkehr, so die WEG, bedeute einen 15-Minuten-Verkehr Südbahnhof-Hauptbahnhof, der sich nicht mit dem Schüler- und Berufsverkehr vertrage, er „eilt den Verkehrsbedürfnissen weit voraus“. Zwischen Albstraße und Marktplatz gebe es zu wenig Fahrgäste und außerdem benötige man dann „mehr Fahrzeuge und Wagenhallenraum“, für diese kostspieligen Investitionen habe man keine Mittel. StadtA Rt., Stadtwerke Verkehrsbetriebe Nr. 1; SKZ vom 4. 12. 1925.

¹³⁰ StA Ludwigsburg E 49/76 Genehmigung durch Reichsbahndirektion Stuttgart am 27. 10. 1925.

¹³¹ StA Ludwigsburg K 410 II/8; HStA Stuttgart E 49 Bü 76.

¹³² Den einzigen größeren Bau in dieser Zeit finanzierte nicht die WEG, sondern die Firma Gminder im Werk Tübinger Straße: Sie erweitert im Juli/August 1923 ihren normalspurigen Gleisanschluss, der das Straßenbahngleis in der Tübinger Straße zwischen Gebäude 125 und 125 a kreuzte, durch zwei normalspurige Gleise und weiter westlich zwischen Gebäude 133 und 135 durch ein 90-cm-Schmalspurgleis, StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 525, Erledigungsvermerk vom 20. 8. 1923.

¹³³ StA Ludwigsburg E 79 II Bü 76. Bei einer Prüfung am 14. 7. 1925 durch die Aufsichtsbehörde (die Reichsbahndirektion Stuttgart) wird bemängelt: Die Lage des Gleises lasse vielfach zu wünschen übrig, insbesondere zwischen Reutlingen und Eningen sei das Gleis „versessen“ und eine gründliche Instandsetzung nötig, fehlendes Kleineisenzeug sei zu ersetzen bzw. nachzuziehen. Abgenützte Schienen müssten baldmöglichst ausgewechselt werden, besonders zwischen Albstraße und Südbahnhof, die Weichen würden zunehmend schlechter.

¹³⁴ StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 498.

¹³⁵ 28. 11. 1924: Bestellung der „Überschneidung“ bei den Schwäbischen Hüttenwerken Wasseralfingen, Kosten 3139 RM, StA Ludwigsburg E 79/IV Nr. 98 Tagebuch Privatbahnen Nr. 1108 vom 13. 7. 1924; desgl. Nr. 1861 Bezahlung der Restschuld am 13. 10. 1925.

chen¹³⁶ und des äußeren Schienenstrangs im Bogen zwischen Albstraße und Südbahnhof¹³⁷ sowie von Dezember 1925 bis März 1926 in Eningen den Einbau einer Lackierwerkstatt und die Errichtung eines Schuppens auf Freipfosten am Gleis 1 der Wagenhalle. Im Frühjahr 1926 wurde erstmals die Vignol-Gleisanlage mit Natriumchlorat besprengt,¹³⁸ nachdem die Verkrautung und Vergrasung vorher häufig beanstandet worden war. Dafür kaufte die WEG einen Kesselsprengwagen¹³⁹ für alle ihre Bahnen, beim Einsatz auf der Straßenbahnstrecke musste er dann auf Rollschemeln verkehren.

Der nächste Fahrplanwechsel am 15. 5. 1926 brachte erneut Verbesserungen im Abendverkehr ab 20 Uhr. Für das Nachtzugpaar zwischen 23 und 0.30 Uhr war zunächst ein Zuschlag vorgesehen, auf den die WEG aber nach Einspruch des Verkehrsvereins verzichtete;¹⁴⁰ auch die anfangs vorgesehene Streichung dieses Zugpaares ab 31. Okt. 1926 wurde zurückgenommen.¹⁴¹

Hingegen ging bei der Gleisschleife zunächst nichts voran. Auf Nachfrage Reutlingens erklärte die WEG im April 1926 überraschend, sie werde zu ihrem „Bedauern in diesem Jahr nicht in der Lage sein“, diese zu bauen.¹⁴² Darauf legte der Verkehrsverein „in schärfster Form Verwahrung ein“ und betonte, „wie dringend notwendig es ist, dass das Stadtschultheißenamt der Direktion gegenüber auch fernerhin in zähester Weise ihre Forderungen im Interesse der Verkehrsverhältnisse der Stadt vertritt.“¹⁴³ Natürlich beschäftigte dies auch den Gemeinderat, der nach den Verhandlungen vom November 1925 mit einem Bau im laufenden Jahr gerechnet hatte: „Gemeinderat Seiz führt aus, die WEG habe Gefallen daran, zu tun was sie wolle. [...] Die Verweigerung des Baus der Gleisschleife noch in diesem Jahr ohne Grundangabe sei eine Ungehörigkeit.“¹⁴⁴ Die Eisenbahngesellschaft lenkte nun ein: „Wir werden Ihrem Wunsche nachkommen und die Gleisschleife bauen“, schrieb Direktor Hässler am 11. 6. 1926. Zügig setzte nun das Tiefbauamt die Planungen (u. a. Änderung der Baulinien, Straßenquerschnitt, Baumpflanzungen, Beleuchtung, Verkehrsinsel, Oberflächenbeschaffenheit) fort. „Dank“ der Verzögerung konnte nun auch der Anschluss der Bahn an den Neckar, der im Vorjahr noch außer Acht blieb, berücksichtigt werden. Für die Straßenbau-

¹³⁶ StA Ludwigsburg K 410 II/8 Bericht der Bauinspektion Reutlingen vom 1. 12. 1925.

¹³⁷ StA Ludwigsburg E 79 III/805.

¹³⁸ StA Ludwigsburg K 410 II/8 vom 1. 12. 1925.

¹³⁹ WEG-Bericht über das 28. Geschäftsjahr 1926, S. 2.

¹⁴⁰ Auf den zunächst geplanten Zuschlag für Nachtzüge wird nach Intervention des Verkehrsvereins verzichtet, nur die Arbeiter- und Schülerkarten gelten in diesen Zügen nicht, Echazbote vom 23. 4. 1926; GEA 12. 5. 1926.

¹⁴¹ Mitteilung 18.10.26: Die Nachtzüge Nr. 91/92 und 93/94 zwischen 23.13 und 0.31 Uhr werden auch nach dem 31.10. beibehalten, Gemeinderat Pfullingen 18. 10. 1926, § 879 und Enninger Amtsblatt 13. 10. 1926.

¹⁴² StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 453 Schreiben der WEG vom 22. 4. 1926.

¹⁴³ StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 453 Schreiben vom 3. 5. 1926.

¹⁴⁴ StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 453 Gemeinderatsprotokoll vom 6. 5. 1926, § 377.

arbeiten wurden zu Lasten der Stadt 90.000 Mark veranschlagt. Die bisherige Gasbeleuchtung sollte eine ganznächliche elektrische Beleuchtung ersetzen.

Am 9. 7. 1926 genehmigte der Gemeinderat den Umbau des Karlsplatzes mit Gleisschleife.¹⁴⁵ Wegen Lieferschwierigkeiten verzögerte sich allerdings der Baubeginn erneut. Erst am 28. 3. 1927 konnte mit den Straßenbauarbeiten begonnen werden, täglich waren etwa 50 Arbeiter beschäftigt.¹⁴⁶ Im April wurden entlang des Museumsgartens die ersten neuen Gleise verlegt, gefolgt von der Verkehrsinsel in der Karlstraße mit der neuen Ausweichstelle, im Mai begann auch die Gleislegung Richtung Straße Unter den Linden.¹⁴⁷ Am 23. Juni 1927 meldete die Presse die Fertigstellung des Karlsplatzumbaus.¹⁴⁸ Sieben Weichen und drei Kreuzungen waren eingebaut worden.¹⁴⁹ Der Reutlinger General-Anzeiger „jubelte“:

Die umsäumenden Häuserzüge scheinen durch die Aufteilung des Platzes miteinander recht glücklich zu harmonisieren, der seitherige Eindruck der Öde [...] ist gewichen. Reutlingen hat in städtebaulicher Hinsicht gewonnen. [...] Schon heute weist der Karlsplatz den regsten Verkehr auf. Das Kundengeschäft hat damit seine wesentliche Voraussetzung erhalten. Der erhöhte Zins, der für die zentrale Lage von geschäftlichen Mietern bewilligt wird, wird die Wohnungsnachfrage beiseitedrängen und innerhalb der geschäftlichen Nachfrage wird ein enger Konkurrenzkampf um die besten Lagen geführt werden. [...] Der größte Volkswirt – Friedrich List – sieht nun von seinem Sockel eine Frucht seiner „Theorie der produktiven Kräfte“ reifen. Durch die Ausbildung der städtischen produktiven Kräfte, der Erschließung des Karlsplatzes für den Straßenbahnverkehr, werden die

¹⁴⁵ StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 453 Gemeinderatsprotokoll § 561. Das Bankhaus Ruoff, Quenzer & Co. erhob Einspruch, da dieses auf dem „Museumsblock“ (der heutigen Listplatz-Grünanlage) ein Saalbauprojekt mit „Hotel-, Konzerthaus- und Badeanstaltneubau“ plante.

¹⁴⁶ Die Gleisbauarbeiten wurden durch das Unternehmen Louis Hertewich erbracht, StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 501.

¹⁴⁷ Insgesamt gab es – mit dem Anschluss nach Altenburg – acht neue Weichen und drei neue Kreuzungen.

¹⁴⁸ SKZ vom 22. 6. 1927; GEA vom 23. 7. 1927.

¹⁴⁹ Im Eigentum und in der Unterhaltungspflicht der WEG lagen 178,74 m neue Rillenschienen mit vier Bogenweichen und einer Kreuzung, der Kostenanteil der WEG an der Schleife betrug 22.631,61 RM; Bauunternehmer für das Projekt war die Firma Hertewich. Laut Bericht des Reichsbahnbauamtes Reutlingen an die Reichsbahndirektion Stuttgart (StA Ludwigsburg E 78 III Bü 805) gab es Abänderungen gegenüber dem ursprünglichen Plan, dazu gehörte auch der Verzicht einer Gleiskurve vom Gleis in der Lederstraße („Betzinger Haltestelleninsel“) direkt in die Straße Unter den Linden – ein Verzicht, der fast vierzig Jahre später nochmals eine entscheidende Rolle spielte, als die Stadtwerke Reutlingen „Durchmesserlinien“ über den „Nordring“ einrichten wollten und u. a. an dieser fehlenden Gleiskurve scheiterten.



Aufnahme von Walter Kleinfeldt mit dem neu gestalteten Karlsplatz, der Ausweichstelle in Bildmitte für die geplante Bahn nach Altenburg und den Gleisverbindungen aus der Wilhelmstraße. Vermerk des Fotografen: „Kalte Bau-Technik ohne Kunst und Gemüt.“

Opfer, welche zum Wohle des gemeinen Wesens zunächst gebracht werden, sich reichlich vergelten.¹⁵⁰

Parallel zum Bau der Gleisschleife wurde auch an Verbesserungen der vorhandenen Infrastruktur gearbeitet: Im Mai 1927 galt es in der Wilhelmstraße Ecke Oberamteistraße neben der Marienkirche einen Unfallschwerpunkt zu entschärfen: Ein beleuchtetes Transparent warnte nun „automatisch“ querende Kraftfahrzeuge, sobald sich ein Zug der Kreuzung nähert.¹⁵¹ Im selben Monat

¹⁵⁰ GEA vom 23. 7. 1927.

¹⁵¹ SKZ, 30. 5. 1927. Technisch geschieht dies durch einen parallelen Fahrdrat vor und im Kreuzungsbereich, dieser wird durch den Stromabnehmer der Straßenbahn während der Durchfahrt mit dem stromführenden Hauptdrat elektrisch verbunden und damit das Transparent eingeschaltet. Allerdings scheint die Anlage noch nicht zu funktionieren, wenn sich fast ein Jahr später ein Leserbriefschreiber beschwert, der Parallelschleifdrat sei noch nicht angebracht und es „vergeht wohl kaum ein Tag, ohne dass nicht an der Kreuzung ein Zusammenstoß [...] erfolgt.“ (GEA vom 27. 4. 1928).



Die Fortsetzung der Gleisschleife von der Karlstraße Richtung Bahnhof zeigt der Blick auf den Listplatz.

wechselte die WEG auch die Vignolgeise zwischen Südbahnhof und Ortseingang Pfullingen aus.¹⁵²

Zum Fahrplanwechsel am 15. 5. 1927, mit dem die WEG parallel zur Deutschen Reichsbahn die 24-Stunden-Zeit einführte, verkürzte sie zwar die Zugfahrten Nr. 19/20 und 31/32 bis Marktplatz (statt bisher Hauptbahnhof), weil sie sich „nicht gelohnt“ hätten, verbesserte jedoch den Abendverkehr und verzichtet auf den geplanten Zuschlag für die Nachtzüge.¹⁵³

Am 8. August 1927 fuhren zum ersten Mal fahrplanmäßig Straßenbahnen über die neue Gleisschleife,¹⁵⁴ die ersten Wagen „waren in sinnreicher Weise

¹⁵² Auf diesem 839 m langen Gleisabschnitt (km 2+20 bis km 10+59) waren 1916 die alten Lokalbahngleise von 1899 (20,75 kg/m) aus der Alb- und Gartenstraße eingebaut worden; sie wurden nun unter Oberleitung von Bahnverwalter Fink aus Eningen durch stärkere Schienen (Form Württ. L 24 kg/m) ersetzt, allerdings auch gebrauchte Exemplare von anderen WEG-Normalspurstrecken (1678 m Schienen), GEA vom 25. 5. 1927; StA Ludwigsburg E 79 III Bü 840.

¹⁵³ GEA und SKZ vom 8. 4. 1927.

¹⁵⁴ GEA vom 6. und 9. 8. 1927.

bekrängt.“¹⁵⁵ Pfullingen bekam acht Züge zum und sieben vom Bahnhof (die bisher nur bis Marktplatz fuhren), Eningen 15 zum und neun vom Bahnhof, Betzingen acht bzw. zehn.¹⁵⁶

Im Gemeinderat meldete sich auch Gemeinderat Kalbfell – der spätere Oberbürgermeister – zum Thema Gleisschleife zu Wort. Die Presse berichtete, dass man wegen der „Schleifenfahrt“ am Karlsplatz vom Marktplatz nach Betzingen 22 Minuten benötige, während man zu Fuß dieselbe Strecke in 20 Minuten zurücklege. Man solle dafür sorgen, dass der 30-Minuten-Verkehr endlich einmal eingeführt werde, zumal die Bahn eine sehr gute Rentabilität aufweist. Oberbürgermeister Hepp bemerkte, seine früheren Prophezeiungen wegen der Gleisschleife träfen nun zu; er habe nie begreifen können, weshalb man um das Museum herumfahren soll. Gemeinderat Wolpert regte an, auch Pfullinger Züge nach Betzingen durchfahren zu lassen.¹⁵⁷

Bei der Hauptversammlung des Gewerbevereins berichtete Gemeinderat Roth, dass sich die Gleisschleife auf dem Karlsplatz „als sehr vorteilhaft erwiesen“ habe.¹⁵⁸

Anders das Württembergische Landesamt für Denkmalpflege Stuttgart, das sich am 2. 7. 1927 zu Wort meldete und gar nicht begeistert vom „neuen“ Karlsplatz war – allerdings aus ganz anderen Gründen: „Wir sind von den verschiedensten Seiten gebeten worden, dafür einzutreten, dass der Karlsplatz in Reutlingen eine Bepflanzung mit Bäumen erhalte und vielleicht in Verbindung damit auch die Anlage vor dem Bahnhof besser gestaltet werde.“¹⁵⁹

Der Gemeinderat lehnte dies jedoch am 2. September aus Kostengründen ab.¹⁶⁰

Ab September 1927 wurde die Wilhelmstraße zur Einbahnstraße erklärt, nur die Straßenbahn durfte weiterhin in beiden Richtungen verkehren; die bloß noch abwärts fahrenden Kraftfahrzeuge mussten der Straßenbahn auf der linken Fahrbahnseite ausweichen.

Das Unternehmen setzte – ermuntert durch deutlich steigende Fahrgastzahlen¹⁶¹ – auch im weiteren Verlauf des Jahres 1927 fühlbare Verbesserungen bei der Infrastruktur fort.¹⁶²

¹⁵⁵ SKZ vom 9. 8. 1927.

¹⁵⁶ GEA vom 16. 6. 1927.

¹⁵⁷ SKZ vom 14. 10. 1927. Eine wirklich praktikable Lösung ergab sich erst ab 1929, als grundsätzlich alle Pfullinger Züge die Schleife befuhren und alle Eninger direkt nach Betzingen fuhren. Die Schleife konnte bis 1955 befahren werden.

¹⁵⁸ GEA vom 15. 11. 1927.

¹⁵⁹ StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 66/57.

¹⁶⁰ GEA vom 2. 9. 1927.

¹⁶¹ Gegenüber dem Vorjahr ist der Personenverkehr 1927 um fast ein Viertel auf 2.635.845 Personen gestiegen, dem höchsten Stand seit Bestehen der Straßenbahn, vgl. WEG: Bericht über das 29. Geschäftsjahr 1927, S. 3; GEA 5. 5. 1928.



Triebwagen 22 an der Wartehalle Karlsplatz, Mai 1928. Der Schaffner dieses Wagens, der von Betzingen nach Eningen fuhr, musste die Weiche zuerst geradeaus und dann wieder zurück in die Grundstellung Richtung Wilhelmstraße stellen, bevor er einstieg, die Fahrt über die Schleife Karlstraße, Listplatz, Bahnhofstraße und zurück an der Post vorbei fortsetzte, um dann quer von links nach rechts erneut den Karlsplatz zu überqueren und schließlich in der Wilhelmstraße weiterfuhr.

Die Beschwerden rissen aber zunächst nicht ab; im Juni 1928 beanstandete ein technisch versierter Straßenbahnkenner öffentlich die elektrische Bremswirkung der älteren Triebwagen Nr. 21–24,¹⁶³ im Oktober 1928 wurde berichtet, „bei einzelnen der alten Wagen zeigt sich mit Beginn der eintretenden Kälte auch die berüchtigte „elektrische Selbstheizung“, erzeugt durch das Warmwerden der alten Motoren.¹⁶⁴ Im Januar 1929 wurden nicht funktionie-

¹⁶² GEA 19. 12. 1927. Am 20. 1. 1928 meldet dieselbe Zeitung erneut eine Entgleisung – allerdings eines Triebwagens; gleichwohl ist das der Anlass, erneut die „langen Wagenkonstruktionen“ als „Risiko nicht ungefährlicher Art“ anzuprangern.

¹⁶³ „So hat der Schreiber [des Leserbriefs] miterlebt, wie der TW 22, als er auf 4 gebremst wurde, nur geraucht aber nicht gebremst hat, ebensowenig die Anhängewagen, die doch beim Einschalten der Bremse bremsen sollten.“ GEA vom 30. 6. 1928.

¹⁶⁴ Vermutlich handelt es sich um elektrische Widerstände, die sich nicht auf dem Dach, sondern im Wagen befanden.

rende Heizungen beanstandet,¹⁶⁵ Gemeinderat Oskar Kalbfell¹⁶⁶ berichtete am 25. 4. 1929 sogar von Lebensgefahr: Ein Schaffner habe geäußert, er verzichte „in den Triebwagen zu gehen, da ihm sein Leben lieber sei“.

Darauf wurden einige Verbesserungen umgesetzt. Der 1924 gebraucht erworbene und nur als Beiwagen verwendete Wagen Nr. 16 wurde 1927 wieder zum Triebwagen zurückgebaut. Dafür bekam er eine neue elektrische Ausrüstung mit fabrikneuen starken Motoren der Firma BBC¹⁶⁷ und erhielt die Nr. 28. 1928 entschied sich das Unternehmen schon mit Blick auf die neue Linie nach Altenburg zum Kauf von zwei Neuwagen, den Triebwagen Nr. 29 und 30. Schließlich erhielt von den alten 1912 gebauten Triebwagen der TW 23 1929 als erster neue Motoren und Fahrschalter.¹⁶⁸

Auch die Gleisanlage erfuhr Verbesserungen. Im Juni 1928 wurde die Strecke vom Südbahnhof bis Spitzwiesen mit stärkeren Schienen versehen.¹⁶⁹ Im Juli/August erhielten die Rillenschienen in der Albstraße vom Ortseingang bis Seestraße einen neuen Unterbau anlässlich der Pflasterung dieser Straße, im Juli 1929 folgte auch der restliche Teil zwischen Seestraße und Burgplatz.¹⁷⁰

Vom 28. April bis 6. Mai 1928 fand die „Reutlinger Woche“¹⁷¹ statt, eine Bewährungsprobe für die Straßenbahn, die sie mit verstärkten oder doppelt geführten Zügen bewältigte. Das gesamte Personal und Wagenmaterial war von früh bis spät im Einsatz, an den Sonntagen 29.4. und 6.5. wurden 13.600 und 15.000 Fahrscheine verkauft.¹⁷²

¹⁶⁵ Beschwerde im Gemeinderat Pfullingen 16. 1. 1929 (GEA vom 17. 1. 1929). Die WEG rechtfertigte sich, sie heize teils elektrisch, teils mit Öfen, StadtA Pfullingen Gemeinderatsprotokoll 13. 2. 1929, § 55.

¹⁶⁶ Gemeinderat Reutlingen 25. 4. 1929, in: GEA vom 26. 4. 1929.

¹⁶⁷ Notariat – Grundbuchamt – als Bahngrundbuchamt Stuttgart, Grundakten zum Bahngrundbuchblatt Nr. 1 Bahneinheit Nr. 8 Privatbahn Eningen–Reutlingen–Betzingen der WEG, Verzeichnis der [...] Betriebsmittel Stand 31. 12. 1926. 1927 Anschaffung einer elektrischen Ausrüstung, StadtA Rt. Stadtwerke Reutlingen Hauptabteilung Verkehrsbetriebe Nr. 5, WEG an Reichsbahndirektion 21. 5. 1927: „Beschaffung eines weiteren TW“ mit Genehmigung vom 14. 6. 1927 (Geschäftsbericht 1927). Nach erneutem Umbau 1934/35 von TW 28 wieder zu einem BW (16) wurden dessen Fahrschalter und Motoren für TW 21 weiterverwendet! Die zweite neu erworbene elektrische Ausrüstung mit Motoren wird allerdings in den Triebwagen Nr. 23 (und nicht in den baugleichen Beiwagen Nr. 15) eingebaut; vermutlich hatte sich TW 28 wegen der kleinen Plattformen nicht bewährt.

¹⁶⁸ Die TW 21, 22 und 24 bis 27 erhalten erst 1934 bis 1937 eine neue elektrische Ausrüstung.

¹⁶⁹ Länge 1870 m, eingebaut wurden gebrauchte Schienen Form L.

¹⁷⁰ StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 501.

¹⁷¹ Syndikus Dr. Brock charakterisierte diese Werbe- und Verkaufsveranstaltung der „Geschäftswelt“ in der Mitgliederversammlung des Verkehrsvereins als „Willenskundgebung der Bürgerschaft zu Fortschritt und Aufstieg.“ Geboten werden neben besonderer Stadt- und Höhenbeleuchtung z. B. auch Schaufensterwettbewerb und Modenschau.

¹⁷² GEA vom 8.5.28.

In der Mitgliederversammlung des Verkehrsvereins vom 15. August 1928 forderte der Vorsitzende, Fabrikant Seiz, in Anwesenheit von Oberbürgermeister, Landrat und zahlreichen Vertretern der benachbarten Gemeinden die Einführung des 20-Minuten-Fahrplans. Auch habe sich der Verein auch „in besonders ausgiebiger Weise [...] mit Fragen des Kraftomnibusverkehrs“ beschäftigt.¹⁷³ In einer Sitzung der Ortsvorsteher von Reutlingen, Pfullingen und Eningen zusammen mit dem Vorsitzenden des Verkehrsvereins wurden die Forderungen für den Winterfahrplan präzisiert: 30-Minuten-Verkehr von Eningen und Pfullingen und 15-Minuten-Verkehr in Reutlingen, jeweils von 5.30 bis 20.30 Uhr, anschließend 40-Minuten-Verkehr.¹⁷⁴ Die WEG war damit allerdings nicht einverstanden, denn dies bedeute mehr Personal, den Bau neuer Ausweichstellen und die Beschaffung weiterer Wagen. Der Gemeinderat hielt jedoch alle Forderungen für erfüllbar, Gemeinderat Kalbfell war der Ansicht, „dass man bei der Bahnverwaltung mal ganz energisch vorgeht“.¹⁷⁵ Der Fahrplan ab 15. 11. 1928 brachte zwar deutliche Verbesserungen, z. B. im Abendverkehr und bei den Fahrten zum Bahnhof, jedoch noch nicht den 30-Minuten-Takt.

Aber der Druck auf das Unternehmen WEG hielt an. Die SPD-Zeitung „Freie Presse“ kritisierte den Fahrplan als unzulänglich. Die Mittagszüge seien „geradezu lebensgefährlich überfüllt“, das Personal sei überfordert, während sich das Unternehmen trotz hoher Einnahmen nicht um die Belange des Publikums kümmere.¹⁷⁶ Kälte im Februar brachte zusätzliches Ungemach, zum Teil „frozen“ die Fenster nicht auf. Manche Wagen waren mit



Bericht über die Entgleisung eines der vierachsigen Wagen, die gebraucht gekauft worden waren. Reutlinger General-Anzeiger vom 19. Dezember 1927.

¹⁷³ Bereits am 16. 6. 1928 kam es zur Gründung der Firma „Omnibusverkehr Reutlingen“ unter der örtlichen Geschäftsleitung von A. Hogenmüller, Marienstraße 2. Geplant war für den Sommer eine Verbindung zum Markwasen und eine Linie Reutlingen–Honau. Gegen Letztere protestierte allerdings die WEG am 19.12.28, weil sie Einbußen auf ihrer Linie befürchtete und forderte, Busse erst ab Laiblingsplatz zuzulassen, StadtA Pfullingen, Gemeinderatsprotokoll vom 19. 12. 1928, § 434.

¹⁷⁴ GEA vom 4. 9. 1928.

¹⁷⁵ SKZ vom 28. 8. 1928.

¹⁷⁶ Freie Presse vom 24. 1. 1929.

(Kohle-)Öfen ausgerüstet, teilweise aber auch mit modernen elektrischen Heizkörpern.¹⁷⁷ In Eningen organisierte die Ortsgruppe der KPD sogar eine Bürgerversammlung zum Thema „Die vollbesetzten Wagen“ im „geheizten Saal“ des Gasthofs Drei König.¹⁷⁸

Auch die Stadt Reutlingen intensivierte den Druck auf die WEG. Als Vertreter verhandelte Rechtsrat Rapp, beraten durch den Direktor der Stuttgarter Straßenbahnen, Paul Loecher. Mit der neu in Reutlingen gegründeten Omnibusgesellschaft hatte man bereits Kontakt aufgenommen, diese sei, bereit [...], einen 10-Minuten-Verkehr innerhalb Etters zu betreiben.“¹⁷⁹ Am 24. Januar forderte der Gemeinderat die WEG auf, „den 30-Minuten-Verkehr unter Beibehaltung des 10-Pfenningtarifs alsbald in die Wege zu leiten und durchzuführen“, andernfalls hätte sie angesichts der Omnibusoption „zur Zeit kein Interesse“ mehr.¹⁸⁰ Nun musste die Gesellschaft nachgeben; am 14. Februar erfuhr die Öffentlichkeit, dass „im Laufe des Sommers“ der 30-Minuten-Verkehr eingeführt werde.¹⁸¹ Damit kamen auf die WEG (wie befürchtet) größere Investitionen zu. Zwei neue Ausweichstellen – an der Marienkirche und am Südbahnhof – mussten gebaut werden, auch waren zwei weitere Triebwagen nötig. Der Vorsitzende des Verkehrsvereins Seiz erklärte dazu in der Sitzung vom 25. Februar: „Wenn sich die Verwaltung unter dem Druck der Stadt Reutlingen nun endlich bereit erklärt hat, den 30 Minuten-Verkehr einzuführen, so muss verlangt werden, dass die Straßenbahnanlage von vornherein auf den 20- bzw. 15-Minuten-Verkehr eingerichtet wird. Nur auf diese Weise kann den Bedürfnissen des Stadtverkehrs Rechnung getragen und die erforderliche Verkehrssicherheit erreicht werden.“¹⁸²

Im Juli 1929 wurde die Albstraße vom Burgplatz bis zur Seestraße gepflastert. Im gleichen Monat begannen die Bauarbeiten für die beiden neuen Ausweichstellen. An der Marienkirche hegten die Anwohner Bedenken wegen Verkehrsbehinderungen für den Auto- und Fuhrwerksverkehr, es gab jedoch keine andere Lösung.¹⁸³ Die neue Ausweichstelle am Südbahnhof war zunächst vor dem gleichnamigen Gasthof vorgesehen, nach Einspruch des Straßen- und Wasserbauamtes musste sie jedoch unterhalb der Abzweigweiche Eningen/Pfullingen auf freiem Gelände verlegt werden und wurde damit

¹⁷⁷ StadtA Pfullingen A 242 WEG vom 8. 2. 1929.

¹⁷⁸ Eninger Amtsblatt vom Nr. 26 vom 15. 2. 1929.

¹⁷⁹ StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 501, Gemeinderatsprotokoll vom 24. 1. 1929, § 84.

¹⁸⁰ Ebd.

¹⁸¹ GEA vom 14. 2. 1929; StadtA. Pfullingen, Gemeinderatsprotokoll vom 13. 2. 1929, § 55.

¹⁸² GEA vom 1. 3. 1929.

¹⁸³ Während des Baus wurde in Leserbriefen die „Verstopfung“ der Wilhelmstraße beklagt und vorgeschlagen, dass die Bahn – nachdem sie das Prinzip der Einbahnstraße durchbrochen habe – abwärts durch die Gartenstraße und nur aufwärts durch die Wilhelmstraße fahren solle, GEA vom 1. und 5. 8. 1929. Auch die Polizeidirektion hegte Bedenken, vgl. deren Schreiben vom 15. 7. 1929, StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 501.

auch von den Eninger Zügen befahren. Sie erhielt die Bezeichnung Arbachweiche.

Am ersten September 1929 war es so weit: Mit dem Winterfahrplan trat der 30-Minuten-Verkehr in Kraft. Auf Wunsch Pfullingens fuhren nun nahezu sämtliche Züge¹⁸⁴ von dort mit über die Schleife zum Reutlinger Hauptbahnhof, während die Züge Eningen–Betzingen aus der Wilhelmstraße links abbiegend ohne Umweg über die Lederstraße verkehrten.

Die neu beschafften Triebwagen erhielten die Betriebsnummern 29 und 30; mit ihrem zeitgemäßen Aussehen entsprachen sie den Fahrzeugen der städtischen Straßenbahn nach Altenburg. Nach und nach stellte die WEG ihren gesamten Wagenpark ebenfalls auf dieses moderne Design um: Die untere Wagenhälfte grün und die obere (im Fensterbereich) weiß, getrennt durch eine schmale schwarze Bauchbinde.¹⁸⁵ Für den erweiterten Fahrzeugpark musste die Eninger Wagenhalle im Herbst 1929 erneut vergrößert werden, ein Teil der Bahnhofsgleise 1 und 2 wurde als vorne und seitlich offener Schuppen überdacht. Außerdem erhielt der Triebwagen 23 eine komplett neue elektrische Ausrüstung mit stärkeren Motoren und modernen Fahrschaltern.

Anlässlich des nächsten Fahrplanwechsels bewertete das Unternehmen den 30-Minuten-Verkehr aus seiner Sicht negativ: Der 30-Minuten-Verkehr habe nicht „den erwarteten Verkehrsaufschwung gebracht, zwar stieg der Personenverkehr geringfügig an aber die Gesamteinnahmen standen 1929 bereits „im Zeichen des ungünstig darniederliegenden Wirtschaftslebens.“¹⁸⁶ Die Mehreinnahmen betragen nur 8000 Mark, während die Mehrausgaben für Personal und Strom 27.000 Mark ausmachen.¹⁸⁷

Trotzdem waren kleinere Investitionen möglich: Im Juli 1930 wurden die Gleise von der Arbachweiche bis zum Beginn der Albstraße gegen stärkere Schienen¹⁸⁸ ausgewechselt. Im August erhielt die Haltestelle Spitzwiesen ein Wartehäuschen, ab 11. Dezember 1930 gab es auf Antrag von Gemeinderat Kalbfell in der Hohenzollernstraße eine neue Haltestelle namens Grathwohlstraße.¹⁸⁹

¹⁸⁴ Ausgenommen ist der Arbeiterverkehr.

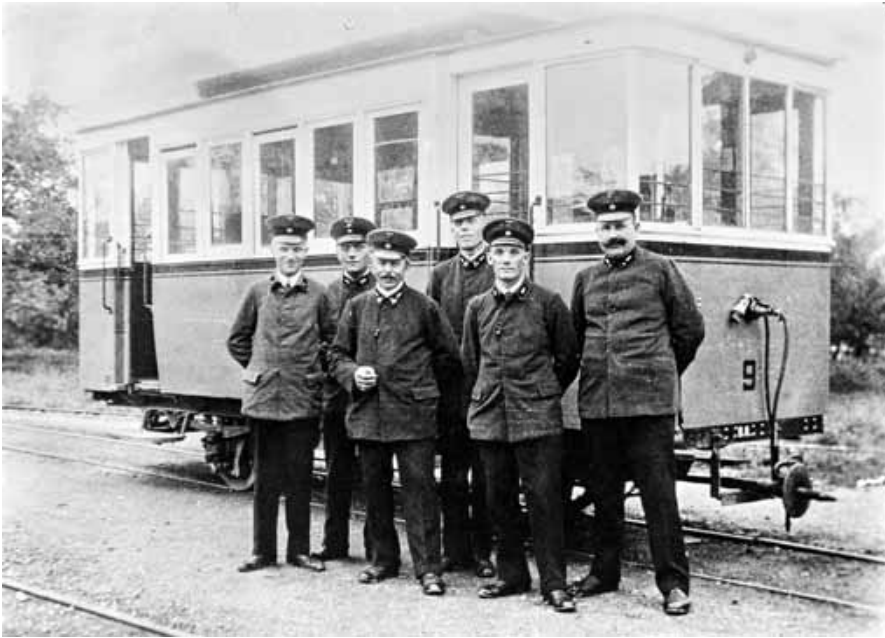
¹⁸⁵ Vorbild dafür ist der Anstrich der Stuttgarter Straßenbahnen, der auf Direktor Paul Loecher zurückgeht, der Reutlingen in Straßenbahnangelegenheiten berät. In Reutlingen wurde statt der Stuttgarter Grundfarbe Gelb das traditionelle Grün verwendet.

¹⁸⁶ WEG: Bericht über das 31. Geschäftsjahr 1929, S. 2.

¹⁸⁷ Dazu kommen noch Mehrausgaben für stärkere Abnutzung des Oberbaus, der Fahrleitung und der Wagen sowie Verzinsung und Tilgung der Kosten für die beiden neuen Ausweichstellen, Schreiben der WEG vom 24. 4. 1930, StadtA Pfullingen A 242. Laut WEG-Geschäftsbericht für 1929 hat sich der Reinertrag des Unternehmens um die Hälfte vermindert.

¹⁸⁸ Stärkeres Profil als bisher mit gebrauchten Schienen Form Württ. L (statt 18,66 kg/m nun 24 kg/m).

¹⁸⁹ GEA vom 14. 8. 1931; SKZ vom 14. 8. 1931; GEA vom 29.8.[1931].



Angesichts der Eröffnung der Linie nach Altenburg mit Wagen in neuem, modernem Anstrich nach Stuttgarter Vorbild, zog auch die WEG nach: In Eningen hat sich das Personal vor dem Beiwagen Nr. 9 aufgestellt, dem ersten „Eninger“ Wagen in Hellgrün und Weiß mit schwarzer Bauchbinde.

Spätestens ab 1931 zeigte sich die Rezession aber auch bei der Straßenbahn deutlich: Die Fahrgastzahlen gingen zurück und ab 1. März kürzte die WEG aufgrund der Brüning'schen Notverordnung die Bezüge für die Wagenführer und Schaffner von bisher 90 auf 84 % der Reichsbesoldung.¹⁹⁰ Ab 24. 8. 1931 musste das Unternehmen weiter reagieren: Mehrere Nachtzüge zwischen 23 und 24 Uhr wurden gestrichen. Immerhin durfte der letzte Zug vor Betriebschluss nach Beratung mit dem Verkehrsverein weiterhin ohne Nachtzuschlag benutzt werden.¹⁹¹ Angesichts der staatlich geforderten Preissenkungen forderte Stadtrat Stein auch die Senkung der Fahrpreise. Die WEG machte sich wohl die Notverordnung beim Abbau ihrer Gehälter zunutze, die Fahrpreise wollte sie aber nicht abbauen. Auf Nachfrage des nunmehrigen Oberbürger-

¹⁹⁰ StadtA Rt., Stadtwerke Reutlingen Zentralregistratur Nr. 162. Am 1. 11. 1931 folgte die nächste Senkung auf 81 % sowie 3 % Sonderzuschlag, ab dem 1. 1. 1932 auf 75,5 % und 3 % der Reichsbesoldungsordnung. Diese Absenkung blieb bis zum 31. 12. 1939 bestehen.

¹⁹¹ SKZ vom 14. 8. 1931.

meisters Haller verwies die WEG auf eine ausstehende Reaktion des staatlichen Preiskommissars.

Am 30. 10. 1932 griff der Eninger Gemeinderat das Thema Preissenkungen wieder auf. Bei den Arbeitern sei ein Lohnrückgang von 50 bis 60% zu verzeichnen, auch den Angestellten der Bahn werde der Lohn gekürzt, die Fahrpreise aber blieben unverändert. Die Bahn stehe an 3. bis 4. Stelle bei der Rentabilität der WEG-Bahnen. Der Eninger Bürgermeister verhandelte direkt mit dem WEG-Direktor, der jedoch eine Senkung der Wochenkartenpreise für unmöglich hielt. Der Preis sei sehr niedrig und könne nur gehalten werden, weil die Frequenz der übrigen Benutzer gut sei. Am 31. Dezember ergänzte WEG-Direktor Nau, bei den ständig zurückgehenden Betriebsergebnissen sei eine „Senkung der außerordentlich niedrigen Fahrpreise nicht möglich, es gibt wohl kaum eine billigere Straßenbahn in Deutschland bei gleicher Leistung.“¹⁹²

Diese Behauptung lässt sich kaum verifizieren, Tatsache ist jedoch, dass die Bedeutung der Straßenbahn nicht nachließ; der Stadt Reutlingen war dieses Verkehrsmittel sogar so wichtig, dass sie das Privatunternehmen zum vertraglich frühestmöglichen Zeitpunkt 1944 aufkaufte. Straßenbahnen fuhren in Reutlingen bis 1974.

Tabelle 1: Übersicht zur Verkehrsleistung und zur finanziellen Situation der Straßenbahn Eningen – Pfullingen – Reutlingen¹⁹³

Jahr	Beförderte Personen	Triebwagen- und Lokomotiv-Kilometer	Wagenachskilometer	Einnahmen in Mark	Ausgaben in Mark	Gewinn/Verlust in Mark
1918	2.350.053	144.430	706.502	240.260	162.552	+ 77.708
1919	2.039.605	112.187	633.038	283.407	210.781	+ 72.626
1920	1.803.840	124.438	619.665	611.156	545.165	+ 65.991
1921	1.918.701	147.634	682.297	1.023.183	897.448	+ 125.735
1922	1.736.509	151.623*	668.179	6.553.321 **	7.614.569 **	- 1.061.248
1923	574.198	74.600*	282.654	3115,43 Bill.	7671,67 Bill.	- 5768,74 Bill.
1924	954.738	86.692*	362.866	159.179	112.983	+ 46.196
1925	1.872.594	129.462*	672.644	259.800	207.197	+ 52.603
1926	2.095.424	207.880*	94.607	289.998	232.457	+ 57.541

¹⁹² Gemeindearchiv Eningen, Nr. 68, Schreiben vom 31. 12. 1932.

¹⁹³ Jährliche Geschäfts-Berichte der Württembergischen Eisenbahn-Gesellschaft zu Stuttgart, Ebingen 1918 bis 1933.

Jahr	Beförderte Personen	Triebwagen- und Lokomotiv-Kilometer	Wagenachskilometer	Einnahmen in Mark	Ausgaben in Mark	Gewinn/Verlust in Mark
1927	2.534.845	227.868*	1.090.386	348.392	265.004	+ 83.388
1928	2.705.282	22.664*	1.142.335	366.582	281.491	+ 85.091
1929	2.714.611	259.016*	1.181.493	363.117	317.468	+ 45.649
1930	2.667.524	30.832*	1.277.766	344.259	294.733	+ 49.526
1931	2.39.836	299.807*	1.225.463	314.429	275.941	+ 38.488
1932	2.058.068	286.816*	1.095.799	274.168	239.345	+ 34.823
1933	1.892.126	286.866*	1.037.244	242.375	223.955	+ 18.420

* einschließlich Leerfahrt- und Rangier-Kilometer

** reine Betriebseinnahmen bzw. -ausgaben

Die „Städtische Straßenbahn Reutlingen – Altenburg“

Vor allem nördlich der Kernstadt befanden sich zahlreiche Industriebetriebe wie z. B. Emil Adolff, Burkhardt & Weber oder Gustav Wagner. Sie benötigten nicht nur Rohstoffe, die dank eines Eisenbahnanschlusses zur Verfügung standen, sondern vor allem auch Arbeitskräfte. Schon bald zeigte sich, dass dafür das Potenzial in der Stadt selbst nicht mehr genügte. Weitere Mitarbeiter waren nur in den umliegenden Dörfern zu gewinnen. Einen weißen Fleck in Sachen Bahnverbindung stellten dabei die Gemeinden nördlich der Stadt dar. Es war folgerichtig, dass sich die Hoffnungen der Industrie auf den Anschluss dieses Gebietes richteten. Hier stand Reutlingen allerdings in Konkurrenz zur Nachbarstadt Tübingen und hatte den Nachteil, dass diese Ortschaften verwaltungsmäßig alle zum Oberamt Tübingen gehörten.¹⁹⁴

Schon seit dem Jahr 1913 bot die Neckartal-Filder-Kraftwagen-Gesellschaft Nürtingen einen fahrplanmäßigen Betrieb auf der Strecke Mittelstadt-Pliezhausen-Tübingen an.¹⁹⁵ Im gleichen Jahr meldete die Presse die Gründung der Gesellschaft „Reutlinger Kraftwagenverkehr“, die eine

¹⁹⁴ Für die Dörfer Rommelsbach, Oferdingen, Altenburg, Pliezhausen, Sickenhausen, Deger-schlacht und Walddorf galt die Zugehörigkeit zu Tübingen bis zum 30. 9. 1938, vgl. Irmtraud Betz-Wischnath: Vom Oberamt zum Großkreis – Zur Entstehungsgeschichte des Landkreises Reutlingen, in: RGB NF 37 (1998), S. 328–329.

¹⁹⁵ GEA vom 27. 9. 1913, Freie Presse vom 2. 10. 1913.

„Motoromnibuslinie“ von Reutlingen bis nach Walddorf¹⁹⁶ betreiben wollte.¹⁹⁷ Die Eröffnungsfahrt folgte bereits am 15. Oktober,¹⁹⁸ der Betrieb wurde jedoch schon 1916 wieder eingestellt.

1918 gab es Planungen für eine Eisenbahnlinie nach Pliezhausen. Parallel dazu konkretisierten sich ab August 1919 Bestrebungen für eine Straßenbahnverbindung unter fachlicher Beratung durch Baurat Paul Loercher¹⁹⁹ von den Stuttgarter Straßenbahnen.

Angesichts der wirtschaftlichen Lage konnte allerdings zunächst nur Jakob Steinmaier aus Gniebel ab 1922 mit seinem „Milchauto“ Personen zwischen Gniebel und Reutlingen befördern.²⁰⁰ Ab 1924 geriet Reutlingen jedoch immer mehr unter Druck, da es um neue Oberamts-Zuordnungen der Gemeinden nördlich der Stadt ging; Tübingen warb mit dem Projekt einer Bahn Waldenbuch–Tübingen. Nachdem es aber keine Chance mehr für eine Reichsbahnstrecke nach Reutlingen gab, griff die Stadt im Januar 1925 das Straßenbahnprojekt energisch wieder auf. Bereits im Februar des Jahres fiel die Grundsatzentscheidung: Unter Zurückstellung anderer Projekte wie Gewerbeausstellung oder Saalbau und trotz sehr angespannter Finanzsituation – die Stadt musste ein Darlehen in Höhe von über einer Million Reichsmark aufnehmen – sollte eine elektrische Straßenbahn gebaut werden.²⁰¹ Wohl nicht zufällig beschloss die Firma Gminder noch im selben Jahr den Bau eines neuen Webereigebäudes in Rommelsbach. Das große Interesse der Industrie zeigte sich auch darin, dass sieben Unternehmen eine Verpflichtungserklärung zur Deckung eines eventuellen Abmangels in Höhe von jährlich 17.400 RM übernahmen.²⁰² Bis Mitte des Jahres 1926 dauerte die mühsame Finanzierungsplanung – parallel dazu liefen Untersuchungen zur Streckenführung.

¹⁹⁶ Reutlingen–Rommelsbach–Oferdingen–Pliezhausen–Altenburg–Rübgarten–Walddorf mit täglich vier Fahrtenpaaren.

¹⁹⁷ Das Kapital von 64.000 Mark kam von „Reutlinger Geschäftsleuten“ und den beteiligten Gemeinden.

¹⁹⁸ GEA vom 16. 10. 1913.

¹⁹⁹ Dr.-Ing. e. h. Paul Loercher (1872–1969), Bauingenieur, ab 1899 Vorstand des technischen Büros der Stuttgarter Straßenbahnen SSB, ab 1903 stellvertretender Direktor, 1907–1950 Direktor der SSB, vgl. Paul Loercher: Die Geschichte der Stuttgarter Straßenbahnen AG von 1928–1958, Stuttgart 1963.

²⁰⁰ GEA vom 17. 6. 1922.

²⁰¹ Am 7. 2. 1925 berichtet der Oberbürgermeister zur Finanzlage der Stadt, dass die Gelder aus der „amerikanischen Anleihe“ von 2.500.000 Mark und die 700.000 Mark aus der „Berliner Anleihe“ ganz für das Neckarkraftwerk benötigt würden. Angesichts der „Projektfülle“ müssten klare Prioritäten aufgestellt werden: nämlich an erster Stelle aus wirtschaftlichen Gründen der Straßenbahnbau, erst danach kommen Saalbau und Ausstellung, die nur als wünschenswert zu bezeichnen seien, StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 458.

²⁰² Es handelte sich um die Firmen Emil Adolff (12.000 RM), Gustav Wagner (2500 RM), Gebr. Wendler (1200 RM), Maschinenfabrik Wafios (1000 RM), Stoll & Cie. (500 RM) und Ernst Wagner Apparatebau (500 RM). Die Verpflichtungserklärungen zur Deckung des Abman-



Porträt von Bauingenieur Paul Loercher (1872–1969), ab 1907 Direktor der Stuttgarter Straßenbahnen AG.

Ende des Jahres fiel die Entscheidung: Die 8,2 km lange Strecke wird nach dem Projekt von Paul Loercher vom Karlsplatz über die Straße Unter den Linden und entlang der Rommelsbacher Straße bis zur gleichnamigen Ortschaft, von dort über Oferdingen bis nach Altenburg ans Neckarufer geführt. Die Gemeinden mussten nur den Grunderwerb auf ihren Markungen übernehmen. Die Bauleitung lag beim städtischen Tiefbauamt in enger Kooperation mit dem Stuttgarter Fachmann. Der Verkehrsverein unterstützte das Projekt und widersprach den Bedenken der Handelskammer.²⁰³ Die Bahn sei eine Lebensnotwendigkeit für Reutlingen, die Stadt benötige Arbeitskräfte aus dem Umland, denn sie läge abseits von Wasserwegen und großen Verkehrsstraßen.²⁰⁴

Am 28. März 1927 begannen die Bauarbeiten. Der dreigleisige Betriebsbahnhof mit Werkstatt und Büros entstand in Oferdingen. Am 1. August 1928 konnte die Bahn feierlich eingeweiht werden, am Tag darauf begann der fahrplanmäßige Verkehr mit vier Triebwagen und fünf Beiwagen.²⁰⁵ Die Betriebsführung der städtischen Straßenbahn übernahm die WEG gegen Vergütung. Das Fahrplanangebot sah zunächst eine Wagenfolge von 80 Minuten vor, die in den Morgen-, Mittags- und Abendstunden durch bis zu drei Züge verstärkt wurden.²⁰⁶

Außer dem intensiven Berufsverkehr aus den Nordgemeinden eröffnete die neue Straßenbahn aber auch den Reutlingern an den Wochenenden neue Ausflugsziele: Neben dem Schönbuch für die Wanderfreunde lockten im Sommer vor allem der Neckar und die Baggerseen alle Badefreudigen in Scharen an. Der Erfolg war so groß, dass im darauffolgenden Jahr je ein weiterer Trieb-

gels hatten eine Laufzeit von zehn Jahren. Die Zusagen der Firmen mussten tatsächlich schon ab 1929 mehrere Jahre in Anspruch genommen werden.

²⁰³ StA Sigmaringen Wü 65/27 Nr. 3740, Schreiben vom 10. 2. 1927.

²⁰⁴ StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 458, Stellungnahme („Streng vertraulich“) zum Gutachten der Handelskammer, 10. 2. 1927; vgl. Gemeinderatsprotokoll vom 10. 2. 1927, § 112.

²⁰⁵ Triebwagen Nr. 51–54, Beiwagen Nr. 71–75.

²⁰⁶ Der Versuch mit einzelnen durchgehenden Zügen bis Pfullingen bewährte sich nicht und wurde zum 6. 10. 1928 beendet.



Ein halbes Jahr nach der Eröffnung präsentieren Wagenführer und Schaffner die neuen Wagen der Straßenbahn Reutlingen–Altenburg an der Haltestelle Rommelsbach.

und Beiwagen hinzukamen.²⁰⁷ Dank langfristiger Vorbereitung und professioneller Begleitung durch Loercher war es Reutlingen gelungen, das knappe Zeitfenster zwischen Inflation und Weltwirtschaftskrise für den Straßenbahnbau zu nutzen.

Mit der Abrechnung und der Vergütung an die WEG war die Stadt allerdings nicht zufrieden und kündigte 1931 deshalb den Vertrag mit dieser Gesellschaft. Sie übergab die Betriebsführung stattdessen an das Elektrizitätswerk Reutlingen. Trotzdem litt die städtische Straßenbahn im Zuge der Weltwirtschaftskrise unter denselben Problemen wie die Privatbahn WEG und der Fahrplan musste eingeschränkt werden. Der gewünschte engere Anschluss der Nordgemeinden an Reutlingen und die Erleichterungen für die in den Reutlinger Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter bedeutete jedoch in jedem Falle einen entscheidenden Fortschritt für alle Beteiligten. Und nicht nur hinsichtlich der Arbeitskräfte reüssierten Industrie und Stadt, auch verwaltungsmäßig gelangten die angeschlossenen Gemeinden 1938

²⁰⁷ Triebwagen Nr. 55 mit größerem Platzangebot und Beiwagen Nr. 76. Anlässlich dieser Zugänge erhielt die Wagenhalle in Oferdingen ein viertes Gleis.

zunächst zum Landkreis Reutlingen und 1971 sogar zur Stadt Reutlingen – durchaus eine „Spätfolge“ der Straßenbahnverbindung von 1928.²⁰⁸

Tabelle 2: Übersicht zur Verkehrsleistung und zur finanziellen Situation der Straßenbahn Reutlingen–Altenburg²⁰⁹

Jahr	Beförderte Personen	Triebwagen- und Lokomotiv-Kilometer	Wagenachskilometer	Einnahmen in Mark	Ausgaben in Mark	Gewinn/Verlust in Mark
1928, Aug.–Dez.	keine Angaben überliefert	./.	./.	35.292	15.166	20.126
1929	./.	./.	./.	123.567	58.130	65.437
1930	./.	./.	./.	117.199	63.205	53.994
1931	533.666	83.661	82.311	89.086	61.576	27.510
1932 ²¹⁰	379.568	90.384	79.752	63.412	45.058	18.354
1933 ²¹¹	368.999	91.940	78.795	61.612	46.045	15.567

Die unausgeführten Projekte

Die neue, erfolgreiche Straßenbahnlinie weckte große Hoffnungen in zahlreichen Gemeinden der Umgebung. An erster Stelle stand Pliezhausen, aber hier galt die Überführung über den Neckar als (finanzielles) Haupthindernis. Im Dezember 1928 meldete sich Sondelfingen, täglich gingen 600 Menschen von dort zu Fuß nach Reutlingen zur Arbeit.²¹² Am 1. März 1929 empfing

²⁰⁸ Probleme bereitete der Bahnbau allerdings dem Oberamt Tübingen. Oberamtmann Gös sah natürlich – die ja durchaus einkalkulierte – Abwerbung der betroffenen Ortschaften vom Tübinger Einfluss Richtung Reutlingen. Zudem war damit auch der jahrzehntelange Tübinger Wunsch einer Direktverbindung entlang des Neckars bis Nürtingen endgültig obsolet.

²⁰⁹ StadtA Rt., Strombetriebe Nr. 381; Stadtpflege I Nr. 1930; Beilagen zum Hauptbuch für das Jahr 1930 Nr. 1081–1600. Bei den finanziellen Ergebnissen handelt sich um reine Betriebsergebnisse ohne Zinsen und Tilgung für Bau und Anschaffungen. Zur Verzinsung der Darlehen waren alleine für das Geschäftsjahr 1933/34 53.970 RM erforderlich und damit der Betriebsgewinn bei Weitem aufgezehrt, vgl. Statistik der deutschen Straßenbahnen und Bahnen besonderer Bauart, Berlin 1935.

²¹⁰ 1. 4. 1932–31. 3. 1933.

²¹¹ 1. 4. 1933–31. 3. 1934.

²¹² Auf einem amtlichen Stimmzettel zur Gemeinderatswahl „dichtete“ ein Bürger: „O, wie wäre es so schön,/Wenn die Straßenbahn würd geh'n/Und die Leut von Sondelfingen/

Oberbürgermeister Hepp den Bürgermeister von Mittelstadt zu einer Besprechung über eine Verlängerung der Bahn Richtung Walddorf.²¹³ Im selben Jahr wurde in der Presse anlässlich der Verlängerung der Straßenbahn von Esslingen nach Neuhausen/Filder eine Abzweigung über Aich und Mittelstadt bis an die Reutlinger Straßenbahn gefordert.²¹⁴ Mittelstadt und Pliezhausen stellten bereits 5000 Mark für die Planung bereit und wollten Direktor Loercher für ein Vorprojekt gewinnen. Jedoch setzte die Weltwirtschaftskrise nach dem „Börsenkrach“ allen diesen Plänen ein Ende.²¹⁵

Der Nahverkehr wurde im Lauf der Weimarer Jahre zunehmend als kommunale Aufgabe verstanden; war – wie in Reutlingen – der Betreiber ein privates Unternehmen, so fiel umso mehr der Kommunalpolitik und Interessenvertretungen wie dem Verkehrsverein die Aufgabe zu, Lobbyarbeit für einen zeitgemäßen Nahverkehr zu organisieren. Betrachtet man die vierzehnjährige Entwicklung im Gesamten, so fallen zwei Aspekte auf:

1. Das große Engagement der Lokalpolitik und die kontinuierliche Resonanz in der Presse zeigen die Bedeutung, die dieses Verkehrsmittel in der Weimarer Zeit hatte. Die Straßenbahn ermöglichte in erster Linie Arbeit und Bildung, aber auch Kultur und Freizeit.
2. Das Verkehrsmittel Straßenbahn erweist sich als Spiegelbild und Seismograf aller politischen und vor allem aller wirtschaftlichen Entwicklungen der Zeit. Am extremsten während der Inflationszeit, aber ebenso während des wirtschaftlichen Aufschwungs bremste oder förderte ihr Angebot das öffentliche und private Leben eines Großteils der Bevölkerung von Reutlingen und darüber hinaus.

Würde zur Arbeit nach Reutlingen bringen./Es wäre Pflicht vom Gemeinderat,/Dass der Wunsch bald würde zur Tat,/Bei Regen und Wind,/Bei Kälte und Schnee -/O, wie wär's da in der Straßenbahn schön!“, SKZ vom 11. 12. 1928.

²¹³ StadtA Rt., Gemeindecarchiv Mittelstadt Nr. 1513.

²¹⁴ GEA vom 10. 9. 1928.

²¹⁵ Das letzte überlieferte Projekt stammt von 1953: Das Staatsarchiv Sigmaringen verwahrt eine „Karte der durchlaufenden Verbindung zwischen der Stuttgarter und Reutlinger Straßenbahn“, StA Sigmaringen Wü 65/27 Nr. 3740.

Hochverrat oder versuchte Abwehr der Nazis? Ein Reutlinger Kriminalfall Mitte der 1920er Jahre

Silke Knappenberger-Jans

Im Frühjahr 1925 wurden zehn Reutlinger Arbeiter und Handwerker aus dem Umfeld der KPD vor dem Leipziger Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zu Gefängnisstrafen zwischen neun Monaten und zwei Jahren drei Monaten verurteilt. Ihnen wurde zur Last gelegt, sie hätten im Herbst 1923 in Reutlingen als Mitglieder einer geheimen und staatsfeindlichen Verbindung gemeinschaftlich das hochverräterische Unternehmen vorbereitet, die republikanische Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern. Dazu sei ein geheimes Waffenlager angelegt und Sprengstoff entwendet worden, mit dem Handgranaten hergestellt wurden.

Was war passiert? Wer waren die beteiligten Personen? Wo lagen die Hintergründe der Geschehnisse? Diesen Fragen soll nun nachgegangen werden.

I Die Ausgangslage

Die Krisensituation 1923 und die KPD

Ruhrbesetzung und Hyperinflation führten im Jahr 1923 zu einer massiven wirtschaftlichen und innenpolitischen Krise im Deutschen Reich. Die Not verschärfte die sozialen Konflikte, trieb die Spaltung der Arbeiterbewegung voran und begünstigte die Polarisierung und Radikalisierung der politischen Parteien.

Die KPD, die seit dem Zusammenschluss mit der linken Mehrheit der USPD Ende 1920 deutlich an Bedeutung gewonnen hatte, verstand sich als revolutionäre Alternative zur SPD und zielte auf sozialistische Produktionsverhältnisse und die Einführung einer sozialistischen Räterepublik unter Führung der KPD.¹ Vor 1924 gab es in der KPD noch eine größere Bandbreite an Meinungen, in welcher Form und mit welchen Zwischenlösungen man die-

¹ Vgl. zur KPD allg. u.a. Axel Kuhn: Die deutsche Arbeiterbewegung, Stuttgart 2004, S. 161 ff.; Thomas Kurz: Feindliche Brüder im deutschen Südwesten. Sozialdemokraten und Kommunisten in Baden und Württemberg von 1928 bis 1933, Berlin 1996, bes. S. 20 ff.; Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996; Thomas Schnabel: Geschichte von Baden und Württemberg 1900–1952, Stuttgart 2000, S. 85–148; zu Reutlingen: Wolfgang Jung: Kriege, Brüche, Krisen – Wiederaufstieg. Reutlingen im 20. und 21. Jahrhundert, in: Wilhelm Borth

ses Ziel erreichen wollte. Die Frage einer „Einheitsfront“ mit den Sozialdemokraten und Gewerkschaften wurde stark diskutiert. Ab 1924 sollte die Partei nach links rücken und sich konsequenter an den Entscheidungen der Komintern (Kommunistische Internationale) ausrichten, der sie schon seit 1919 angehörte.

Die wirtschaftliche Krise 1923 brachte der KPD einen gewaltigen Mitgliederzuwachs. Zeitgenössische Schätzungen nennen 300.000 Mitglieder im Deutschen Reich in 3321 Ortsgruppen im Jahre 1923 gegenüber 219.000 Mitgliedern in 2481 Ortsgruppen im Vorjahr; heute geht man für 1923 von insgesamt rund 200.000 Mitgliedern aus.² Auch in Württemberg hatte die KPD im Krisenjahr 1923 Zulauf. Hatte sie bei den Landtagswahlen 1920 3 % der Stimmen erreicht, lag sie 1924 dann bei 11 %. Führendes Mitglied in dieser Zeit war der von der USPD kommende Johannes Stetter, der zuerst im Landtag und ab 1924 im Reichstag saß. Die KPD Württemberg gehörte zusammen mit Hohenzollern und Teilen von Baden zum Partei-Bezirk 26 von insgesamt 28 Bezirken, die die KPD im Deutschen Reich zu organisatorischen Zwecken gebildet hatte. „Vorort“ war Stuttgart. Innerhalb dieses südwestdeutschen Bezirks war wiederum der Unterbezirk Reutlingen einer von etwa 15 Unterbezirken.³ Für 1924 schätzte man im württembergischen Bezirk etwa 10.000 Mitglieder in 26 Ortsgruppen.

Die vermutlich im Sommer 1919 gegründete Reutlinger KPD gewann im Herbst 1920 an Bedeutung, als Teile der USPD zur KPD überwechselten.⁴ Zulauf erhielt die KPD zuerst von Notstandsarbeitern. Später gab es, zum Beispiel als die Reutlinger Gewerkschaften sich 1920 dem württembergischen Generalstreik gegen den direkten Abzug der Lohnsteuer anschlossen, gemeinsame Aktionsfelder. Zum Bruch zwischen den Vereinigten Gewerkschaften und dem kommunistisch orientierten Fabrikarbeiterverband kam es im Mai 1924, aber dennoch bestanden auch danach vor Ort noch Gemeinsamkeiten der Arbeiterparteien, zum Beispiel eine Wahlkampagne zum Thema Fürstenenteignung.

Ohnehin prägte vermutlich die konkrete lokale Lebenswelt die Mehrheit der Arbeiter stärker als ideologische Debatten – Familie, Nachbarschaft, gemeinsame (Arbeiter)vereine, Gewerkschaft, Arbeitsplatz waren Rahmen und

u. a. (Hrsg.): Reutlingen. Von der Reichsstadtherrlichkeit zur selbstbewussten Großstadt, Reutlingen 2013, S. 173–185.

² StA Ludwigsburg, F 215 Bü 640, Abhandlung des Landespolizeiamtes/Polizeipräsidium Stuttgart, Abt. IV über den Stand der kommunistischen Bewegung; ms., August 1924 (im Folgenden Polizeipräs. Stgt., Abhandlung 1924), S. 21; Harald Jentsch: Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923, Rostock 2005, S. 10.

³ Polizeipräs. Stgt., Abhandlung 1924 (wie Anm. 2), S. 19 ff.

⁴ Zu Reutlingen vgl. Paul Landmesser; Peter Päßler: Wir lernen im Vorwärtsgen! Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Reutlingen 1844–1949, Heilbronn 1990, S. 259–289.



Das Reutlinger Gewerkschaftshaus an der Ecke Leder-/Wernerstraße war in den 1920er Jahren Kommunikationszentrum der Arbeiterbewegung. Auch die Kommunisten trafen sich dort.

Orientierungslinie.⁵ Nicht zuletzt war auch das Reutlinger Gewerkschaftshaus Kommunikations- und Kulturzentrum für alle in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Nicht nur SPDler und Gewerkschafter, auch KPDler trafen sich hier zu Versammlungen und in der Wirtsstube; sie nutzten den Ort genauso als Informationsbörse und Treffpunkt.

Für die Reutlinger KPD liegen Mitgliederzahlen erst für 1925 vor: Hier hatte die Reutlinger Ortsgruppe 60 bis 80, die Kommunistische Jugend 20 bis 25 Mitglieder.⁶ Man kann davon ausgehen, dass es insbesondere Anfang Herbst 1923 einen großen Mitgliederzuwachs bei dieser Partei gab. Auch vier der später im Hochverratsprozess Angeklagten traten erst in dieser Zeit in die KPD ein. Ein anderer Parteigenosse erinnerte sich an den Herbst als die Zeit, als man „die vielen Aufnahmen machte“.⁷ Offenbar konnte sich die KPD als Partei präsentieren, die in der Krise ganz besonders die Interessen der Arbeiter vertrat. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 erreichte die KPD dann auch

⁵ Vgl. allg. zum Spannungsfeld KPD-Parteibefehl und lokale Wirklichkeit K.-M. Mallmann, *Kommunisten* (wie Anm. 1), bes. S. 304 ff., 334 ff.

⁶ StA Sigmaringen, Wü 65/27 Bü 1811.

⁷ Bundesarchiv (künftig: BArch) Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 4, Aussage Eugen Neu, 11. 11. 1926.

mit 12,9% im Oberamt Reutlingen ihr zweitbestes Ergebnis in der Weimarer Republik.⁸ Die Erfahrung der Arbeitslosigkeit war ein wichtiges Motiv für den Eintritt in die KPD, was umgekehrt die Partei auch für die Rekrutierung neuer Mitglieder genutzt haben wird. Der Maurer Reinhold Aichele erklärte etwa, beim Abstempeln der Erwerbslosenkarten sei er häufig mit Kommunisten zusammengekommen und dadurch in die kommunistische Bewegung „hineingezogen“ worden.⁹

Rechte politische Radikalisierung

Dazu kam auf Seiten der Arbeiterbewegung der wohl 1923 ganz starke Eindruck, dass sich „die Hakenkreuzler“ massiv in der Öffentlichkeit bemerkbar machten und dabei durchaus auch „aufrüsteten“. Dem wollten viele ein Gegengewicht schaffen, indem sie die KPD stärkten. Im Dezember 1922 hatte sich in Pfullingen eine erste Ortsgruppe der NSDAP gegründet, Anfang Januar 1923 eine eng verbundene Reutlinger Ortsgruppe, die durch wöchentliche „Sprechabende“ – trotz öffentlichen Versammlungsverbots in dieser Zeit – öffentlich präsent war.¹⁰ Im März 1923 gab es eine Konfrontation zwischen links und rechts, als die Rede eines prominenten auswärtigen NS-Redners durch Gewerkschafter und Sozialdemokraten gestört wurde.

Der Eindruck einer massiven „Aufrüstung“ der Rechten konnte Mitte 1923 in Reutlingen durchaus entstehen. Im April und Mai zogen wohl 40 Pfullinger und Reutlinger NSDAPler, bewaffnet mit 14 Gewehren und 5000 Schuss Munition, nach München in Erwartung eines Hitlerputsches. In der Region um Reutlingen häuften sich im Sommer die Schlägereien zwischen Linken und Rechten, so in Lichtenstein, auf dem Georgenberg oder in Kirchheim. Dass Ende 1923 die Militarisierung in der Reutlinger NSDAP durchaus fortgeschritten und der Gedanke an Umsturz von rechts sehr konkret verankert war, zeigte der Bericht eines der frühen Reutlinger NSDAP-Mitglieder: „Dauernd schwirrten Gerüchte in der Stadt umher. Heute Nacht schlagen die Kommunisten in Eningen los, hieß es einmal. Morgen geht es nach Stuttgart usw. [...] wir schliefen fast überhaupt nicht mehr, und wenn wir uns ins Bett legten, dann nur mit dem Revolver auf dem Nachttisch [...] Die Abteilungen wurden in Stoßtrupps eingeteilt, die auf die Umgebung der Stadt verteilt wur-

⁸ Landmesser/Päßler, Vorwärtsgehen (wie Anm. 4), S. 277.

⁹ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 22. 8. 1924, Aussage Reinhold Aichele.

¹⁰ Manfred Maul-Ilg: „Reutlingen war ein harter Boden“ – Anfänge und Aufstieg der NSDAP in Reutlingen, in: Reutlingen 1930–1950. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit, hrsg. von Heimatmuseum und Stadtarchiv Reutlingen, Reutlingen 1995, S. 11–41, hier S. 19 ff. Vgl. auch Landmesser/Päßler (wie Anm. 4), S. 273 ff. Vgl. ferner Silke Knappenberger-Jans: Karl Schumacher. Eine nationalsozialistische Karriere in Reutlingen, in: RGB NF 53 (2014), S. 221–306.

den. Man rechnete nämlich damit, daß in Reutlingen Unruhen ausbrechen würden und daß man dann die Stadt von außen nehmen müßte. Auch waren schon so und so viele Lastwagen bestellt, die uns ‚im Falle des Falles‘ nach München bringen sollten.“¹¹ Der Hitlerputsch am 9. November 1923 fand dann ohne Reutlinger Beteiligung statt, weil die württembergische Regierung die Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen zwischen Württemberg und Bayern unterbrechen ließ.

Reutlinger Schutzpolizei und Zusammenstoß zwischen Bismarckjugend und Linken

Für viel Unmut sorgte bei den Reutlinger Arbeitern und Gewerkschaftern die Ausstattung und das Verhalten der neuen Hilfspolizei in Reutlingen. Als sich die Reutlinger Gewerkschaften 1920 dem württembergischen Generalstreik gegen den geplanten Lohnsteuer-Direktabzug anschlossen, waren die Tübinger Polizeiwehr und die Reutlinger Einwohnerwehr gegen die streikenden Arbeiter vorgegangen. Der Gemeinderat hatte danach gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die ehemalige Brauerei Siber & Speiser zur Polizeikaserne umbauen lassen, um dort eine 80 bis 100 Mann starke zusätzliche Polizeitruppe zum Schutz der Bevölkerung unterbringen zu können.¹² Im Juni 1921 traf eine 30 Mann starke Truppe ein, sie war ab Mai 1923 mit einer neuen Staatsuniform optisch präsent in der Öffentlichkeit.

Aufgrund dieser Vorgeschichte waren viele Arbeiter skeptisch, was Zweck und Ausrichtung der neuen Schutzpolizei betraf. Der Hilfsheizer Gottlob Böhler, einer der späteren Angeklagten im Hochverratsprozess, beschrieb die Wirkung: Als in Reutlingen „Bürgersöhne als Hilfspolizeimansschaften eingekleidet und teilweise in der Ortsunterkunft der Polizeischaar Reutlingen untergebracht“ wurden, seien die Angehörigen der KP und anderer links eingestellter Parteien durch dieses Ereignis in große Aufregung versetzt worden, „weil bei der Arbeiterschaft die Ansicht herrschte, dass diese nur gegen die Arbeiterschaft eingesetzt würden, zumal damals auch durch Arbeitslosigkeit und tägliche Verschlechterung der Papiermark unter der arbeitenden Bevölkerung grosses Elend herrschte. Durch diese Umstände wurde mancher anständige Arbeiter in die Hände der K. P. getrieben, weil sie nach der damaligen Einstellung der Arbeiterschaft die einzige Partei war, welche für die arbei-

¹¹ Reutlinger General-Anzeiger (künftig: GEA) vom 10. 11. 1933 (Rückblick eines NSDAP-Mitglieds), hier zit. nach M. Maul-Ilg, *Anfänge NSDAP* (wie Anm. 10), S. 20 f. Vgl. generell zur württ. NSDAP um 1923 Christopher Dowe: *Umsturzvorbereitungen der NSDAP*, in: *Haus der Geschichte Baden-Württemberg* (Hrsg.): *Vertrauensfragen. Der Anfang der Demokratie im Südwesten 1918–1924*, Stuttgart 2018, S. 92 f.

¹² Zur neuen Schutzpolizei vgl. GEA vom 4. 9. 1920, 15. 10. 1920, 11. 6. 1921, 19. 1. 1923, 22. 5. 1923. Vgl. ferner den Beitrag von Nils Marvin Schulz in diesem Band.

tende Bevölkerung bessere Zeiten schaffen will. Ich selbst habe in Wirklichkeit nichts zu verlieren als mein Leben.“¹³

Einen Beweis für ihre kritische Haltung fanden viele Arbeiter in folgendem Vorfall: Mitte September 1923 hielt die deutschnational orientierte Bismarckjugend, Jugendorganisation der DNVP mit paramilitärischem Charakter, übers Wochenende in Reutlingen eine Bezirksversammlung ab. Sie wurde von linken Demonstranten gestört, es kam zu Schlägereien und Verhaftungen. Am Tag darauf versammelten sich viele Arbeiter und Gewerkschafter, um gegen die Verhaftungen zu protestieren, sie wurden jedoch von der neuen Schutzpolizei auseinandergetrieben.¹⁴ Zu den Verhafteten und später Verurteilten gehörte Hans Früh, Leiter der Reutlinger KPD-Ortsgruppe und ebenfalls einer der später am Hochverratsprozess beteiligten Täter.

Der Zimmermann Karl Eisele, auch einer der späteren Angeklagten, sah in den Geschehnissen gar einen der Auslöser für seine politische Radikalisierung. Nach dem „Zwischenfall zwischen der kurz zuvor eingezogenen Hilfspolizei und der Bevölkerung“, bei dem er auch dabei gewesen sei, sei er abends gegen 8 Uhr zufällig an das Gewerkschaftshaus gekommen, wo eine Demonstration der Gewerkschaften stattfand. Bei dieser sei sehr lebhaft über das Vorgehen der Hilfspolizei, welche nach Ansicht Eiseles „grösstenteils aus Nationalsozialisten und Angehörigen der Bismarckjugend bestand“, geschimpft worden.¹⁵ Auch er sei sehr erregt gewesen, „weil ich darüber erbost war, dass man einem alten Feldsoldaten so junge Leute mit dem Gewehr entgegenstellt.“ Auf Drängen verschiedener Arbeitskollegen sei er damals in die KPD eingetreten. Aufgeregt habe ihn und andere Leute auch, dass die Hilfspolizei „bei Siber und Speiser eingekleidet wurde und unsere Leute dort von der Polizei mit Gummiknüppeln auf den Kopf gehauen wurden. Da schrie ein jeder, wenn wir nur Handgranaten hätten oder geballte Ladungen u. dergl.“¹⁶

Linke politische Radikalisierung im Herbst 1923

Die krisenhafte wirtschaftliche Situation, die politische Instabilität im Deutschen Reich und der wachsende Einfluss der KPD im Jahre 1923 bestärkte viele Kommunisten in der Hoffnung, durch einen sofortigen gewaltsamen

¹³ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Anzeige Landeskriminalpolizeiamt (im Folgenden LKPA) Stgt./Rt., 13. 5. 1924, darin Aussage Gottlob Böhler 9. 4. 1924.

¹⁴ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 17. und 18. 9. 1923. Hier zit. nach Heidi Stelzer: Reutlingen in den Zwanziger Jahren, Reutlingen 2001, S. 61. Zur Bismarckjugend vgl. Wolfgang Krabbe: Die gescheiterte Zukunft der Ersten Republik. Jugendorganisationen bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat (1918–1933), Opladen 1995, S. 171–196.

¹⁵ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage Karl Eisele. Es sind keine Belege bekannt, dass Angehörige der Bismarckjugend bei der Reutlinger Hilfspolizei waren. Möglicherweise war das eine Verwechslung Eiseles.

¹⁶ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Haftbefehl Amtsgericht Rt., 9. 1. 1924.

Umsturz gleich zum Ziel der Diktatur des Proletariats in Deutschland kommen zu können.¹⁷ Nach monatelangen Diskussionen hielt das Politbüro der russischen KP, das die Komintern dominierte, Ende August 1923 die Zeit reif für einen Aufstand im Deutschen Reich und arbeitete bis Ende September einen Aktionsplan nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution aus. Am 4. Oktober 1923 legte die russische KP den Beginn der Revolution in Deutschland auf den 9. November 1923 fest. Die deutsche KPD trieb die weitere politische und technische Planung entsprechend diesen Vorgaben weiter. Mit einem Sonderfonds, in den mehrfach sechsstellige Dollarsummen einfließen, wurde der „deutsche Oktober“ durch die Komintern mitfinanziert.

Mitte Oktober traten in Sachsen und Thüringen Kommunisten in die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen ein. Sie sollten laut Plan die dortigen Arbeiter und proletarischen Hundertschaften aus den Beständen der Landespolizei bewaffnen, den Generalstreik ausrufen und die Revolution vortreiben. Doch die Reichsregierung setzte das sächsische Kabinett ab und ordnete den Einmarsch von Reichswehrtruppen an. Die KPD, von den Ereignissen überrollt, beschloss daraufhin am 23. Oktober, da Stimmung und Situation sich gewandelt hatten und die Vorbereitungszeit zu knapp war, den Rückzug vom Aufstandsplan. Allein in Hamburg kam es ab dem 23. Oktober zu bewaffneten Auseinandersetzungen, aber diese isolierte Aktion wurde in drei Tagen niedergeschlagen. Der KPD war es nicht gelungen, durch einen Umsturz an die Macht zu kommen. Eine der Folgen war ein reichsweites Verbot der KPD vom 23. November 1923 bis 1. März 1924. Trotz Parteienverbots blieb es ruhig in Württemberg, die KPD kam nach der Aufhebung des Verbots bei der Landtagswahl 1924 sogar auf 11,7 % Wählerstimmen.

Spuren der KPD-Militarisierung in Reutlingen und Umgebung

Etwa ab August/September 1923 plante die deutsche KPD-Zentrale, den Anfang 1923 eingerichteten Ordnungsdienst, der zum Schutz von Parteiveranstaltungen diente, zu einer geheimen militärischen Kampforganisation mit proletarischen Hundertschaften auszubauen. Sie sollte den geplanten Aufstand durchführen, der auf den Sturz der Verfassung und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats zielte, und nach dem Erfolg dieser Revolution die wichtigsten Zweige des Wirtschaftslebens sichern können.¹⁸ Gedacht war,

¹⁷ Zum Folgenden vgl. Bernhard H. Bayerlein u. a. (Hrsg.): *Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern*, Berlin 2003, darin u. a. Vorwort Hermann Weber, S. 19–34; Christopher Dowe: *Kommunistische Umsturzversuche*, in: *Vertrauensfragen* (wie Anm. 11), S. 88–91; Harald Jentsch: *Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923*, Rostock 2005, bes. S. 205–237; Hermann Weber; Andreas Herbst: *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*, Berlin 2004, hier: Einleitung, S. 13.

¹⁸ Polizeipräs. Stgt., *Abhandlung 1924* (wie Anm. 2), S. 54–58; *Polizeipräsidium Stuttgart* (Hrsg.): *Die Kommunistische Partei in der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs zum*

von der Zentrale ausgehend über alle Instanzen – Sektionen, Bezirke, Unterbezirke – bis in die kleinsten Ortsgruppen hinein eine Organisation zur Verfügung zu haben, die dann die Befehle der Zentrale ausführen und die lokalen Ereignisse koordinieren konnte. Die Organisationen sollten rein militärischen Charakter haben und nicht als „politische Debattierclubs“ betrachtet werden; Befehlen hatte man sich zu unterwerfen. In Südwestdeutschland bildete man während der Aufstandsvorbereitungen im Herbst und Winter 1923 besondere geheime militärische Unterbezirke, die sogenannten „Kampfgebiete“, die sich meist nicht mit der politischen Unterbezirkseinteilung deckten. So gab es nur sieben militärische im Vergleich zu 15 politischen Unterbezirken.¹⁹ Militärischer Leiter des Bezirks Südwest insgesamt war ab August 1923 Erich Woltenberg, der unter dem Decknamen „Walter“ agierte und, direkt aus Berlin berufen, bereits Erfahrung als militärischer Leiter bei der bayerischen Räterepublik und 1920 eines Aufstandsversuchs im Ruhrgebiet mitbrachte. Als er 1924 steckbrieflich gesucht wurde, floh er in die Sowjetunion.²⁰

Doch abgesehen davon, dass Organisationsgrad und Kommunikationsmöglichkeiten der KPD bei Weitem noch nicht so fortgeschritten waren, wie sich das die deutsche und erst recht die sowjetische Zentrale gedacht haben mögen, wird auch generell schnell deutlich, dass zwischen diesen – zumal unter großem Zeitdruck aufgestellten – Plänen und den Möglichkeiten an der Basis, auch nur annähernd die Durchführung zu bewerkstelligen, eine große Diskrepanz bestand. Das Reutlinger Beispiel jedenfalls zeigt, dass es Ansätze und Spuren einer solchen Kampforganisation gab, aber – wie noch zu sehen sein wird – von einer im Sinne der KPD halbwegs gelungenen Umsetzung keine Rede sein kann.

Wie die württembergischen Polizeibehörden aus Dokumenten wussten, die andernorts bei KPD-Hausdurchsuchungen gefunden worden waren, gab es für den 1. Oktober 1923 einen zentralen KPD-Auftrag zur Bildung von Kampforganisationen in allen Ortsgruppen.²¹ Bis 7. Oktober sollten die Unterbezirksleiter demnach den Stand in den einzelnen Ortsgruppen, mindestens jedoch den der eigenen Ortsgruppe, nach oben zurückgemeldet haben. Groß- und Industriestädte sollten im Zentrum stehen.

In Reutlingen wurde der politische Leiter der lokalen Ortsgruppe, Hans Früh, gleichzeitig zum militärischen Leiter der geheimen Kampforganisation ernannt. Er war für das „Kampfgebiet“ Reutlingen zuständig, das die Orte Sondelfingen, Metzingen, Neuhausen, Urach, Wittlingen, Betzingen, Wann-

Schutze der Republik und des Reichsgerichts, Stuttgart 1925 (im Folgenden Polizeipräs. Stgt., Kommunist. Partei 1925), S. 1 ff., 10–13, 25–30.

¹⁹ Polizeipräs. Stgt., Abhandlung 1924 (wie Anm. 2), S. 58.

²⁰ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten (wie Anm. 17), S. 884 f.

²¹ Polizeipräs. Stgt., Kommunist. Partei 1925 (wie Anm. 18), S. 146 ff.

weil, Tübingen, Derendingen, Dusslingen, Nehren, Mössingen und Bodelshausen umfasste.²² Hans Früh hatte nun den Auftrag, bei allen kleineren Orten der Umgebung den Umfang und Stand der Vorbereitungen abzufragen und an höhere Instanzen weiterzuleiten. Man hatte bei Hausdurchsuchungen auch die entsprechenden Formulare bei ihm gefunden. Er selbst gab bei den späteren Verhören an, die Formulare nur zum Schein ausgefüllt und nur in einem Fall weitergegeben zu haben. Andererseits waren nach einer Aufstellung des württembergischen militärischen Leiters vom November 1923 für das „Kampfgebiet“ Reutlingen 32 Hundertschaften mit 1100 Mann gemeldet.²³ Damit hätte Reutlingen nach Stuttgart in der Dichte der Organisation die zweite Stelle im württembergischen Bezirk innegehabt. Die anderen Unterbezirke waren neben Stuttgart noch Ulm, Schwenningen, Gmünd, Heilbronn und Pforzheim. Für den württembergischen KPD-Bezirk 26 wurden insgesamt 186 Hundertschaften mit 10.100 Mann angegeben. Die Richtigkeit dieser Aufstellung wurde aber selbst von den damaligen württembergischen Polizeibehörden bezweifelt „in Anbetracht der bei den Kampfgebietsleitern vorherrschenden Absicht, durch vorteilhafte Stärkemeldungen bei den höheren Parteinstanzen einen guten Eindruck zu erwecken.“²⁴

Es hat aber in Reutlingen wohl tatsächlich eine proletarische Hundertschaft gegeben, die im Oktober 1923 zu Übungszwecken auch einen Reisemarsch durchführte – zwei der späteren Angeklagten im Hochverratsprozess nahmen daran teil.²⁵ Andere Reutlinger KPD-Mitglieder wussten allerdings gar nichts von der Existenz einer solchen Truppe, die anscheinend sehr geheim war. Wie groß diese Hundertschaft war, ist schwer zu sagen – der Name ist sicherlich nicht wörtlich zu nehmen, es waren wohl weniger Teilnehmer. Ein Zeuge gab an, es habe in allen umliegenden Orten solche Hundertschaften gegeben.²⁶ Für die militärische Ausstattung der Ordnungsdienste und Hundertschaften sollte eine besondere Abteilung für Waffen- und Munitionsbeschaffung sorgen, deren Leiter „Wumbo“ genannt wurde.²⁷ Diese Aufgabe übernahm in Reutlingen ebenfalls Hans Früh.

Im zentralen KPD-Plan für den Aufstand spielte der Ausbau des Kurierdienstes vor Ort eine große Rolle. Ein Netz von Kurierlinien sollte der Partei die rasche, sichere und unauffällige Beförderung von geheimen Schriftstücken, Befehlen und Nachrichten sichern, unabhängig von öffentlichen Ver-

²² BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage Lutz, 12. 5. 1924. Siehe auch Kap. III.1.

²³ Polizeipräs. Stgt., Abhandlung 1924 (wie Anm. 2), S. 58.

²⁴ Ebd.

²⁵ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 22. 8. 1924, Aussage Reinhold Aichele.

²⁶ Ebd., Bd. 7, Prot. Amtsgericht Rt., 15. 1. 1924, Aussage Reinhold Aichele.

²⁷ Polizeipräs. Stgt., Kommunist. Partei 1925 (wie Anm. 18), S. 10–13, 31 ff.

kehrsmitteln.²⁸ Der Kurierdienst wurde häufig von zuverlässigen arbeitslosen Parteigenossen versehen, die ihre Erwerbslosen-Unterstützung mit einer kleinen Zulage aufbessern konnten. Größere Geldsendungen und besonders wichtige Nachrichten wurden von Sonderkurieren überbracht. Es gab in Württemberg Ende 1923/Anfang 1924 neun Kurierlinien, darunter eine, die die Route Stuttgart – Plochingen – (Kirchheim) – Metzingen – (Urach) – Reutlingen – Tübingen – Hechingen – Balingen – Ebingen – Sigmaringen abdeckte und regelmäßig „bediente“.

Von Kurieren, die Nachrichten und neue Befehle brachten, war in den Zeu-
genaussagen der Reutlinger Angeklagten tatsächlich in großer Dichte die Rede. Waren die Kuriere fremd, wiesen sie sich durch „Parolewörter“ aus. Für jeden Tag wurden besondere Parolen ausgegeben, die nur den Eingeweihten bekannt waren, gab Zeuge Reinhold Aichele an.²⁹ Die Parole habe er jeden Abend durch einen der eigenen Kuriere erfahren, der bei ihm vorbeikam. Solange die Hundertschaften noch nicht verboten waren (also vor dem KPD-Verbot), seien die Befehlszettel, auf denen allemal so etwas wie „erhöhte Gefechtsbereitschaft“ oder „Alarmbereitschaft“ oder „Nichts Neues“ und die Parole gestanden habe, von Früh unterschrieben gewesen. Später hätten sie keine Unterschriften mehr getragen. Die Betzinger Genossen holten dann jeden Abend die aktuelle Parole bei Aichele, der ebenfalls in Betzingen wohnte. An die Wannweiler und Pfrondorfer wurden sie durch besondere Kuriere, welche bei der Betzinger Mühle bereitstanden, weitergebracht.³⁰ Bei brisanten Aufträgen wurden oft ortsfremde Kuriere eingesetzt.³¹ Die Anonymität gewährleistete Schutz, so konnte in Polizeiverhören niemand verraten werden. Es mögen aber auch oft Schutzbehauptungen gewesen sein, wenn Zeugen in Verhören erklärten, den Kurier nicht gekannt zu haben. Innerhalb des „Kampfgebiets“ Reutlingen war Christoph Lutz als Ordonnanz und rechte Hand von Früh unterwegs. Er brachte verschiedentlich verschlossene Befehle an die Kuriere von anderen Ortschaften, welche auf bestimmte Plätze der Stadt bestellt waren.³²

Auch für den Fall, dass ein Parteimitglied untertauchen musste, war in Reutlingen gesorgt: Es gab „illegale“ Wohnungen, d. h. Parteigenossen waren bereit, in ihrer Wohnung andere Genossen für eine bestimmte Zeit zu beherbergen, sodass diese bei Polizeikontrollen nicht auffindbar waren. Hans Früh

²⁸ Polizeipräs. Stgt., Abhandlung 1924 (wie Anm. 2), S. 71 f.; Polizeipräs. Stgt., Kommunist. Partei 1925 (wie Anm. 18), S. 71–75.

²⁹ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Polizei-Direktion Rt. an Staatsanw. Tü, 2. 2. 1924.

³⁰ Ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Rt., Erklärung Reinhold Aichele, 8. 2. 1925.

³¹ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage Böhler, 9. 4. 1924.

³² Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage Lutz, 12. 5. 1924.

und Wilhelm Zimmermann, gegen den später ebenfalls wegen Hochverrats ermittelt wurde, nutzten solche Möglichkeiten im Herbst und Winter 1923.³³

Eine Ernährungsabteilung war im zentralen KPD-Plan ebenfalls vorgesehen. Diese sollte die Ernährung der Hundertschaften und nach der Machtübernahme die Lebensmittelversorgung der gesamten Bevölkerung in die Hand nehmen.³⁴ Im Vorfeld sollten dafür schon einmal die vorhandenen Lebensmittellager, Mühlen, Lagerhäuser und Nahrungsmittelfabriken erfasst werden. Für den Reutlinger Bezirk war dem Textiltechniker Wilhelm Zimmermann diese Aufgabe übertragen worden.

Vorgesehen, aber erst ab Ende 1923 im Aufbau, waren sogenannte Tscheka-Gruppen, also Geheimorganisationen nach russischem Vorbild zur Beseitigung von Parteiverrätern und unbequemen Gegnern.³⁵ Großes Aufsehen verursachten zwei Tscheka-Strafprozesse 1924/25 vor dem Leipziger Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, bei denen u. a. auch Zusammenhänge zum Oberleiter Südwest Erich Wollenberg hergestellt wurden und von einem Plan, den Stuttgarter KPD-Funktionär Wetzell zu ermorden, die Rede war. Bezüge zur Region Reutlingen sind nicht bekannt, aber bereits vorher werden die Parteigenossen Gerüchte über solche Bestrebungen gekannt haben; sie sind möglicherweise auch damit eingeschüchtert worden. Zwei Verdächtige im Reutlinger Hochverratsfall hatten jedenfalls großen Respekt vor dem, was mit Verrätern passieren konnte, einer erwähnte ein „Femegericht“.³⁶ Einer widerrief mehrere Aussagen, der andere rückte erst spät mit Informationen heraus.

II Die Reutlinger Vorfälle im Spiegel von Polizei und Justiz

1 Die Ermittlungen

Anfang Januar 1924 erfuhr die Reutlinger Polizeidirektion in einer vertraulichen Anzeige, dass im Monat Oktober 1923 in einem Betzinger Anwesen „und zwar in der hinten hinausgelegenen Werkstatt an mehreren Abenden in verdächtiger Weise gearbeitet worden sei.“³⁷ An den Arbeiten seien zwei bis drei Personen beteiligt gewesen und soviel bemerkt werden konnte, hätten die Personen kleine Holzkisten hergestellt, die offenbar zur Aufnahme von

³³ Vgl. Kap. III.1 und III.6.

³⁴ Polizeipräs. Stgt., Abhandlung 1924 (wie Anm. 2), S. 42; Polizeipräs. Stgt., Kommunist. Partei 1925 (wie Anm. 18), S. 10–13, S. 75 f.

³⁵ Polizeipräs. Stgt., Abhandlung 1924 (wie Anm. 2), S. 64 f.; Polizeipräs. Stgt., Kommunist. Partei 1925 (wie Anm. 18), S. 10–13, S. 59–67.

³⁶ Vgl. Kap. III.3.1. und III.4.

³⁷ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Anzeige Polizei-Direktion Rt., 8. 1. 1924.

Sprengstoff bestimmt gewesen seien. Im Raum seien gelbe Stellen beobachtet worden, wie sie für den Sprengstoff Pikrinsäure eigentümlich seien.

Schnell wurden Reinhold Aichele, Maurer und Besitzer der Werkstatt, Zimmermann Karl Eisele und der Weber Albert Hack als Verdächtige für die Handgranatenherstellung ermittelt sowie Hans Früh als Auftraggeber, der Bauschlosser Christoph Lutz als Lieferant des Sprengstoffs und der Maurer David Aichele als Vermittler. Ihre Verbindung zur KPD wurde schnell erkannt. Nach zwei Tagen Befragung wurde Haftbefehl gegen die Beteiligten erlassen, weil sie Sprengstoffe in ihrem Besitz hatten und damit „geballte Ladungen“ herstellten, um diese bei einem geplanten Aufstand zu politische Zwecke zu verwenden bzw. den Sprengstoff transportiert hatten.³⁸ Früh wurde zur Last gelegt, dass er die anderen Beschuldigten „vorsätzlich durch Missbrauch seines Ansehens bestimmt habe, indem er um jene Zeit als Leiter der Ortsgruppe Reutlingen der K.P.D. seinen Einfluss, seine Kenntnisse und seine Beziehungen dazu benützte, um die Herstellung geballter Ladungen zu revolutionären Zwecken zu organisieren.“

Die Verdächtigen blieben alle bis 8. Februar 1924 in Untersuchungshaft in Reutlingen, bis auf Früh, der bereits am 25. Januar wieder entlassen wurde. Angesichts der Höhe der angedrohten Strafen und bei den politischen Verbindungen der Angeschuldigten bestünde Fluchtverdacht und außerdem bei der noch ungeklärten Sachlage Verdunklungs- und Verabredungsgefahr, hatte man argumentiert.

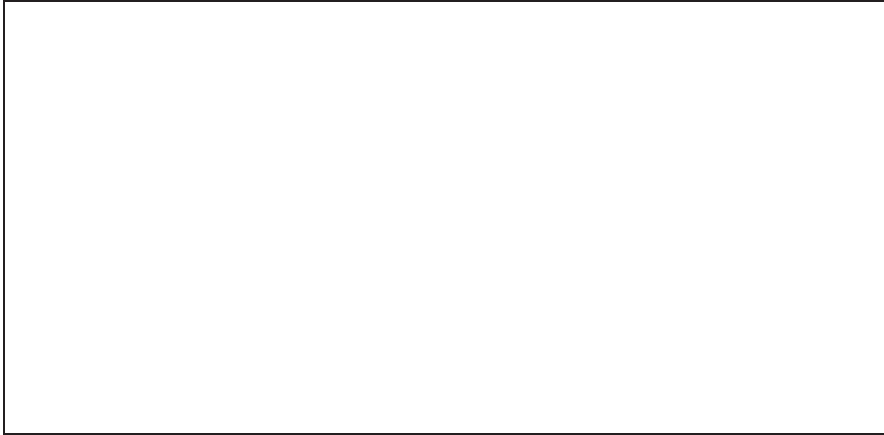
Der Textiltechniker Wilhelm Zimmermann, der verdächtigt wurde, die Handgranaten bei Aichele abgeholt zu haben, sollte ebenfalls verhört werden, war aber aus Reutlingen verschwunden.³⁹ Am 13. Januar wurde er in Ulm wegen anderer Betrugsdelikte verhaftet und am 29. Januar nach Reutlingen überführt, da man ihn dringend wegen seiner „politischen Beziehungen zu revolutionären Geheimbünden“ befragen wollte. Zimmermann flüchtete Mitte Februar aus dem Reutlinger Amtsgerichtsgefängnis. Da er bis 1926 unauffindbar blieb, sollte sein Gerichtsverfahren später vom Hauptprozess abgetrennt werden. Über den Wäschekorb, in dem der Sprengstoff aufbewahrt wurde, kam die Polizei auf die Spur der Diebe Theodor Koch, Wilhelm Neuffer und Gottlob Böhler, die den Sprengstoff vorher aus einem Feldhäuschen gestohlen hatten, und ermittelte auch hier weiter.

Anfang Februar 1924 übernahm das Württembergische Landeskriminalpolizeiamt Stuttgart auf Anordnung des Oberreichsanwalts beim Reichsgericht Leipzig die Leitung über die Ermittlungen und stellte damit die Reutlinger Taten in einen größeren Gesamtkontext.⁴⁰ Die (seit 23. 11. 1923 reichsweit verbotene) KPD sei 1923 dazu übergegangen, ihr Ziel, die der-

³⁸ Ebd., Bd. 7, Haftbefehl Amtsgericht Rt., 9. 1. 1924.

³⁹ Vgl. zu Wilhelm Zimmermann Kap. III.6.

⁴⁰ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 7. 2. 1924.



Wilhelm Zimmermann flüchtete im Februar 1924 aus dem Reutlinger Amtsgerichtsgefängnis. Trotz reichsweiter Fahndung wegen Hochverrats wurde er erst Mitte 1926 wieder gefasst und konnte von der zwischenzeitlich erlassenen Amnestie profitieren.

zeitige Regierung zu stürzen und eine proletarische Diktatur zu errichten, mittels Gewalt durchsetzen zu wollen, hieß es zur Begründung. Sie habe zu diesem Zweck, unter dem Vorwand, ihre Maßnahmen dienten der Abwehr der Faschistenbewegung, militärische Kampforganisationen gebildet und deren Bewaffnung nach Weisung der Berliner Zentrale eingeleitet und zum Teil durchgeführt. Neben dem Besitz von Waffen stünde die Herstellung von Handgranaten und sonstigen Sprengkörpern im Vordergrund.

Der Leipziger Oberreichsanwalt bestimmte den Stuttgarter Landgerichtsrat Bühner zum Untersuchungsrichter, der schon in mehreren KPD-Hochverratsfällen ermittelte und den Eindruck gewonnen hatte, dass „diese verbrecherische Betätigung“ der Waffenherstellung für die Zwecke und Ziele der Partei auch in Württemberg einen großen Umfang angenommen hatte. Insbesondere ermittelte Bühner auch beim im Juli 1924 ebenfalls in Leipzig verhandelten Fall Paul Lambart und Genossen. Der Stuttgarter „Wumbo“ (Waffen- und Munitionsbeschaffer) Lambart hatte mit einigen Genossen auf Anweisung von Oberleiter Südwest Erich Wollenberg offenbar in einer Feuerbacher Fabrik die Herstellung von 100.000 Messingzündern beauftragt unter dem Vorwand, es seien Gassparer, außerdem Blechbüchsen und Sprengstoff besorgt, um Handgranaten bauen zu können.⁴¹ Es handelte sich also um wesentlich größere Mengen und eine wesentlich gezieltere Planung als in Reutlingen. Aber da bei den Ermittlungen in den anderen Hochverratsfällen immer wieder Dokumente mit Bezügen zu Reutlingen aufgetaucht waren,

⁴¹ Zum Fall Lambart u. Gen. u. a. Polizeipräs. Stgt., Kommunist. Partei 1925 (wie Anm. 18), S. 36 ff., 175–182. Vgl. auch den Fall Link und Gen., S. 268–283.

vermutete das Stuttgarter Landeskriminalpolizeiamt auch hier ein noch verstecktes größeres Ausmaß des „hochverräterischen Treibens“.

Die Berliner KPD-Zentrale habe diese ganze Bewaffnungstätigkeit angeordnet und finanziert; für Durchführung und Überwachung sei in Württemberg die Kampfgebietsleitung Südwest zuständig. Durch die örtliche Durchführung der Bewaffnung – und dazu zählte für die Stuttgarter Behörden auch die Reutlinger Aktion – „erscheinen die einzelnen bekanntwerdenden Tatbestände örtlicher Natur, sind aber in Wahrheit Teile dieser geschilderten Gesamtkaktion.“⁴² Sie betonten, „dass die im allgemeinen straffe militärische Organisation der K.P.D., die von der politischen Leitung scharf getrennt ist und mit ganz besonderer Vorsicht gehandhabt wird, es von selbst mit sich bringt, dass die Waffenherstellung nur solchen Personen anvertraut wird, die das besondere Vertrauen der Partei genießen. Diese Personen sind sich daher auch, wenigstens soweit sie Mitglieder der Partei sind, des Verwendungszweckes der Waffen stets bewusst. Wenn, wie sich bei Klärung dieses verbrecherischen Treibens zeigt, die einzelnen Teilnehmer sich nicht kennen wollen oder tatsächlich nicht kennen, so kann dies nur ein Beweis dafür sein, wie sehr sich der in solchen Angelegenheiten verwendete Personenkreis der Gefährlichkeit seiner Umtriebe und der hierauf angedrohten schweren Strafen bewusst ist.“⁴³

Es galt also für die Reutlinger Vorfälle von vornherein die Prämisse, dass es sich dabei um „von ganz oben“ in der KPD beauftragte Aktionen gehandelt haben sollte, die von der Partei besonders ergebene Genossen gehorsam und planmäßig ausgeführt wurden, die genau wussten, dass die KPD damit einen Umsturz durchführen wollte. Es wird in der Folge noch zu sehen sein, dass man aus der Perspektive mehrerer Reutlinger Täter an dieser Prämisse Zweifel haben kann.

Die Stuttgarter Ermittlungsbehörden gingen davon aus, dass der Oberleiter Südwest Erich Wollenberg alias Walter seine Anweisungen zur Herstellung von Handgranaten direkt an die Kampfleiter der Unterbezirke weitergegeben hatte, im Falle Reutlingen also an Hans Früh. Früh wiederum habe dann Anfang Oktober in vielleicht etwas versteckter, aber über Endzweck und Ziel keinen Zweifel lassender Weise die Genossen seines Unterbezirkes zur Bewaffnung und Waffenherstellung aufgefordert und den Sprengstoff zu den von Aichele und Genossen hergestellten Sprengladungen auch mit Zündern versehen.

Da inzwischen auch die Reste eines aufgelösten Reutlinger Waffenlagers in der Holzlege von Reinhold Aicheles Schwager entdeckt worden waren, wurde nun die Reutlinger Waffenbeschaffung ebenfalls in die Stuttgarter Ermittlungen miteinbezogen. Fünf Gewehre und ein Karabiner waren in Reut-

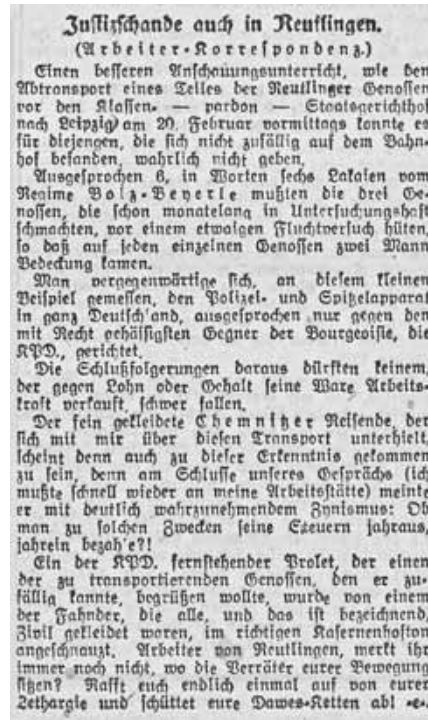
⁴² BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 7. 2. 1924.

⁴³ Ebd.

lingen gefunden worden; die Stuttgarter Ermittler erwarteten wegen bei Früh gefundenen Dokumenten allerdings, dass es im Unterbezirk Reutlingen 60 der KPD zur Verfügung stehende Gewehre und weitere Waffen geben musste.⁴⁴ Bis zum Ende wurden aber keine weiteren Waffen mehr gefunden.

Mitte Mai 1924 wurden die bisherigen Ermittlungsergebnisse vom Landeskriminalpolizeiamt Stuttgart in einem Dossier zusammengefasst.⁴⁵ Weitere Ermittlungsschritte wurden im Juli und August 1924 zusammenfassend dokumentiert.⁴⁶ Inzwischen gehörte auch noch der Reutlinger Tagelöhner Gottlob Holzwarth, Gartenhausbesitzer mit verstecktem KPD-Waffenlager, zum Kreis der Verdächtigen. Am 24. November 1924 wurden die Voruntersuchungen abgeschlossen und an den Leipziger Oberreichsanwalt übergeben, die Anklageschrift verlesen und Haftbefehl gegen die Angeklagten erlassen.

Die Angeklagten blieben in Untersuchungshaft bis zum Beginn des Prozesses, der im März 1925 vor dem Leipziger Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik stattfinden sollte. Streng bewacht waren sie im Januar und Februar 1925 von den Gefängnissen in Reutlingen und Tübingen nach Leipzig gebracht worden. Die Süddeutsche Arbeiterzeitung, Organ der württembergischen KPD, mokierte sich in einem kleinen Artikel mit dem Titel „Justizschande auch in Reutlingen“ über die schwere Bewachung der Angeklagten, die zufällig auf dem Reutlinger Bahnhof beobachtet worden war. Sechs Polizisten mussten demnach die drei Genossen, „die schon monatelang in Untersuchungshaft schmachten, vor einem etwaigen Fluchtversuch hüten, so daß auf jeden einzelnen Genossen zwei



Die Süddeutsche Arbeiterzeitung, Organ der württembergischen KPD, kritisierte Anfang 1925 die strenge Bewachung der Reutlinger Angeklagten auf dem Weg von Reutlingen zum Leipziger Gerichtsprozess.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924.

⁴⁶ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt. an Oberreichsanwalt Leipzig, 9. 7. 1924.

Mann Bewachung kamen. Man vergegenwärtige sich an diesem kleinen Beispiel gemessen, den Polizei- und Spitzelapparat in ganz Deutschland, ausgesprochen nur gegen den mit Recht gehässigsten Gegner der Bourgeoisie, die KPD, gerichtet.“⁴⁷

Doch was hatten sich die zehn Reutlinger Angeklagten eigentlich genau zuschulden kommen lassen?

2 Die Taten

2.1 Sprengstoffdiebstahl

Es war in der Reutlinger KPD ab Spätsommer 1923 auch in Kreisen einfacher Parteimitglieder bekannt, dass die Partei Sprengstoff gebrauchen konnte. Dies brachte die Gelegenheitsdiebe und KPD-Mitglieder Theodor Koch, Wilhelm Neuffer und Gottlob Böhler auf die Idee, mit der Beschaffung der begehrten Ware Geld verdienen zu können.⁴⁸ Die Gelegenheit war da, als der 19-jährige Mechaniker Wilhelm Neuffer von einem ehemaligen Schulfreund zufällig erfuhr, dass im etwa eine halbe Stunde von Reutlingen entfernten Feldhäuschen des Reutlinger Fuhrunternehmers Buck Sprengstoff lagerte. Buck sprengte immer wieder im Auftrag der Reutlinger Stadtverwaltung größere Mengen „Stumpenholz“, also Wurzelstöcke, und hatte im Feldhäuschen einen Vorrat von etwa 20 Kilo von dem mit amtlicher Erlaubnis gekauften Sprengstoff angelegt. Wilhelm Neuffer und sein Komplize, der 24-jährige Stricker Theodor Koch, brachen nun gewaltsam den Holzladen des Feldhäuschens auf und stiegen ein. Der Sprengstoff lagerte in einer Kiste in Paketen von je sechs bis acht Patronen und Koch steckte eines der Sprengstoffpakete ein.

Am darauffolgenden Sonntag kehrten die beiden Kleinkriminellen mit einem dritten Komplizen, dem wegen Betrugs vorbestraften 24-jährigen Hilfsheizer Gottlob Böhler, zum Feldhäuschen zurück, das sie mit angelehnter Tür zurückgelassen hatten. Böhler steckte eine geringe Menge Sprengstoff in seine Taschen und Neuffer verpackte den großen Rest in einem großen extra mitgebrachten Rucksack. Die drei Diebe schafften den Sprengstoff in die Wohnung von Theodor Koch, der dem Tatort am nächsten wohnte. Mehrere Tage blieb er dort in einem kleinen Wäschekorb. Böhler wandte sich an David Aichele, den er als Zweiten Vorsitzenden der Reutlinger KPD kannte, und bot ihm den Sprengstoff an.

David Aichele nahm über den Verbindungsmann Christoph Lutz Kontakt zum Vorsitzenden der KPD Reutlingen Hans Früh auf, um den Ankauf des

⁴⁷ Süddeutsche Arbeiterzeitung vom 28. 2. 1925, S. 6.

⁴⁸ Die folgende Beschreibung basiert auf den Darstellungen der Anklageschrift und Urteilsbegründung, ergänzt durch Details aus den Zeugenaussagen, soweit sie zuverlässig sind.

Sprengstoffs zu besprechen. Früh lebte zu diesem Zeitpunkt, wie es in kommunistischen Kreisen hieß, „illegal“, d. h. er wohnte überwiegend nicht zu Hause, sondern, ohne dort polizeilich gemeldet zu sein, in der Wohnung eines Parteigenossen in Sondelfingen, deren Adresse nur wenige ausgewählte KPD-Genossen kannten. Früh genehmigte den Ankauf des Reutlinger Sprengstoffs, falls er nicht zu teuer war, da er noch andere Quellen für Sprengstoff über die Parteikanäle in Stuttgart und Esslingen kannte. Die Diebe Koch und Neuffer schafften den Sprengstoff dann im Wäschekorb zum Reutlinger Gewerkschaftshaus zu David Aichele. Von dort holte Kurier Christoph Lutz den Korb mit dem brennenden Inhalt mit dem Fahrrad ab und brachte ihn, vermutlich von Koch und Neuffer begleitet, in seine eigene Wohnung. Einige Tage später erhielten Koch und Neuffer drei Dollar als Bezahlung.

2.2 Handgranatenbau

Die Reutlinger KPD stand nun vor der Aufgabe, aus dem Sprengstoff einsatzfähige Handgranaten zu machen. In Gesprächen wurde dieser Gedanke weitergetragen und so fanden sich zwei Neu-KPD-Mitglieder, Karl Eisele und Reinhold Aichele, die die entsprechenden Voraussetzungen mitbrachten, diese Idee auch in die Tat umzusetzen. Der 27-jährige Zimmermann Karl Eisele besaß aus Kriegszeiten von seinem Infanterie-Regiment die Kenntnisse zum Handgranatenbau und der 28-jährige Maurer Reinhold Aichele hatte in Betzingen die entsprechende Hinterhof-Werkstatt zum ungestörten Arbeiten. KPD-Ortsgruppenleiter Früh koordinierte über seinen Kurier Christoph Lutz die Sprengstoffübergabe. Karl Eisele holte nun in einem Rucksack den Sprengstoff. An zwei bis drei Abenden fertigten Reinhold Aichele und Karl Eisele in der Betzinger Werkstatt „geballte Ladungen“ aus dem Sprengstoff. Eisele zimmerte sechs hölzerne Kistchen mit einer Größe von etwa 20 x 15 cm in unterschiedlichen Höhen. Aichele füllte fünf der Kisten mit dem Sprengstoff. Oben brachten die beiden jeweils ein kleines Loch zur Füllung mit Sprengkapseln an, die sie jedoch nicht zur Verfügung hatten. An einem dieser Abende kam zufällig der Betzinger Weber Albert Hack zu Besuch in die Werkstatt, ebenfalls KPD-Mitglied. Er wurde eingeweiht und beauftragt, aus einem Stück Bandeisen eiserne Handgriffe für die Kisten herzurichten. Er nahm das Eisen mit, ließ mithilfe eines Schmiedes in der Nachbarschaft, dem er einen harmlosen Zweck nannte, die Griffe herstellen und brachte sie zurück.

Drei Wochen lang deponierte Reinhold Aichele die gefüllten Kisten in seiner Werkstatt, bis es ihm nach eigenen Aussagen zu viel wurde und er einem nicht genannten Parteimitglied gegenüber drohte, den Sprengstoff in die Echaz zu werfen, wenn die Kisten nicht bald geholt würden. Daraufhin, so Reinhold Aichele, seien sie eines Nachts von einem ihm unbekanntem Mann, der sich durch ein Parolewort zu erkennen gab, mit einem kleinen Leiterwagen abgeholt worden. Im ersten Verhör hatte Aichele den Abholer als den Reutlinger Textiltech-

niker Wilhelm Zimmermann identifiziert, dies später aber widerrufen. Der Verbleib der Handgranaten konnte nie geklärt werden, Gerüchten nach landeten sie in der Echaz. In der Hauptverhandlung behauptete Reinhold Aichele plötzlich, vor der Abholung den Sprengstoff ohne Wissen der Partei heimlich wieder herausgeholt und durch Zement ausgetauscht zu haben. Das Gericht hielt diese zu allen früheren Erklärungen gegensätzliche Aussage für unglaubwürdig. Eine zweite kleine Menge Sprengstoff erhielt Aichele zwischen dem 15. und 20. November. Diesen Sprengstoff wollte Aichele dann nicht in die übrige sechste Kiste gefüllt, sondern direkt in die Echaz geworfen haben.

2.3 Waffenbeschaffung und Waffenlager

Parallel zu Sprengstoffdiebstahl und Handgranaten-Fertigung war die KPD Reutlingen auch an der Beschaffung von Waffen interessiert. Verschiedene KPD-Mitglieder trugen aus Einzelgeschäften eine kleinere Zahl an Waffen zusammen, die meist über Umwege noch aus alten Kriegsbeständen stammten.

Der Reutlinger Ortsgruppenleiter Hans Früh kaufte im September 1923, es war die Zeit der Hyperinflation, für 25 Millionen Mark einen umgearbeiteten Militärkarabiner von einem Fabrikarbeiter namens Bronner. Dieser wiederum hatte das Gewehr bereits Ende August dem Reichwehrsoldaten Veit, seinem Nachbarn seit Jugendtagen, für 15 Millionen Mark abgekauft. Veit, der in der Tübinger Waffenmeisterei der Reichswehr arbeitete, hatte das Gewehr so umgebaut, dass es zum Scheibenschießen geeignet war.

Die Gelegenheitsdiebe Theodor Koch und Gottlob Böhler waren auch daran interessiert, nach dem Sprengstoffverkauf weitere Geschäfte mit der KPD abzuschließen. Als den beiden Anfang November 1923 zu Ohren kam, dass der Hausmeister der städtischen Turnhalle Steichele seit Kriegsende zwei Militärgewehre bei sich lagerte, kauften sie ihm diese für zwei Dollar ab. Auf Umwegen, über Gewerkschaftshaus und einen Boten, der sie in Sondelfingen zu Frühs konspirativem Wohnsitz führte, brachten sie die Gewehre zum Reutlinger KPD-Chef, der sie ihnen für drei Dollar abkaufte.

Drei weitere Gewehre wechselten während Parteiversammlungen in der Wohnung des Parteivize David Aichele in KPD-Parteibesitz; Christoph Lutz nahm sie in Empfang. Das Gericht hielt es später für möglich, dass David Aichele selbst dies nicht wusste, da er immer wieder viele Gäste hatte, zumal David Aichele die Mitwirkung an Waffengeschäften durchgängig vehement bestritten hatte. Eine weitere Waffe wurde später von den Behörden in Karl Eiseles Wohnung gefunden. Er erklärte, sie als Andenken aus dem Krieg behalten zu haben, aber die Behörden rechneten diese Waffe ebenfalls dem „KPD-Bestand“ zu.

Es war offenbar schwierig, ein geeignetes Versteck für die Waffen zu finden. Im November 1923 wurde der Tagelöhner Gottlob Holzwarth von einigen KPD-Parteigenossen gefragt, ob er sein in der Nähe des Südbahnhofs gelege-

nes Gartenhäuschen als Lager zur Verfügung stellen wolle. Als er sich dazu bereit erklärte, wurden ihm nach und nach verschiedene Gewehre, Pistolen, Munition und Handgranaten überbracht. Holzwarth versteckte die Sachen – meist ohne dass die Überbringer dies beobachten konnten – unter den Fußbodenbrettern des Häuschens.

Im Dezember 1923 bemerkte Holzwarth allerdings, dass sein Gartenhäuschen aufgebrochen war und zwei Pistolen fehlten. Das Waffenlager, das noch sechs Militärgewehre, Munition allerlei Art und einige Stiel-Handgranaten enthielt, war also nicht mehr sicher. Ortsgruppenleiter Früh beauftragte Reinhold Aichele, die Waffen von Holzwarths Gartenhäuschen weg zu einem besseren Versteck zu schaffen.

Reinhold Aichele war offenbar ratlos. Zunächst besprach er mit Holzwarth, dass sie die Waffen zu Frühs Wohnung transportieren wollten. Er packte seinen Handschlitten, überredete Karl Eisele, sich ihm anzuschließen. In Holzwarths Gartenhäuschen verpackten die drei die Gegenstände aus dem Versteck in einen mitgebrachten Sack, luden sie auf den Schlitten und brachten sie bei Dunkelheit zu Frühs Wohnung. KPD-Chef Früh allerdings weigerte sich, die brisanten Gegenstände bei sich zu behalten, und schob die Verantwortung auf Reinhold Aichele ab. Auf dem Heimweg nach Betzingen beschloss Aichele, inzwischen allein unterwegs, die gefährliche Sammlung erst einmal bei seinem unbeteiligten Schwager Bless unterzubringen, da er wusste, wo die Hauschlüssel versteckt waren und dieser mit seiner Frau einige Tage verreist war. Er versteckte die Gegenstände in dessen Holzstall in einem ungeordneten Holzhaufen. Die dabei enthaltenen Handgranaten, so behauptete Aichele in den Verhören, habe er wegen ihrer Gefährlichkeit nicht ins Haus nehmen wollen und deshalb gleich in die Echaz geworfen. Sein Plan war es eigentlich, die Sachen nach kurzer Zeit wieder zu holen, wenn ihm ein besseres Versteck eingefallen war. Daraus wurde allerdings nichts, weil Aichele aufgrund der inzwischen aufgedeckten Handgranaten-Geschichte Anfang Januar in Untersuchungshaft kam. Die Waffen im Holzstapel kamen rasch zum Vorschein und die Ermittlungen zum Waffenlager der KPD wurden in Gang gesetzt.

3 Der Prozess

Weil die Reutlinger Taten im Gesamtkontext der allgemeinen Umsturzpläne der KPD vom Herbst 1923 gesehen wurden und dem Gerichtsprozess gegen die zehn Reutlinger Angeklagten somit übergeordnete Bedeutung zukam, fand dieser vom 11. bis 13. März 1925 vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig statt.⁴⁹ Der Staatsgerichtshof, 1922 im Wege der

⁴⁹ Urteil vom 13. 3. 1925, Prozessanmerkung vgl. BArch Berlin, R 3003/96, Az.14 a J 197/25. Zum Staatsgerichtshof vgl. Ingo J. Hueck: Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, Tübingen 1996.

Republikschutzgesetzgebung entstanden und mit Berufsrichtern des Reichsgerichts und politischen Beisitzern besetzt, verhandelte zahlreiche Hochverratsfälle in diesen Jahren. Die Angeklagten Reinhold und David Aichele, Karl Eisele, Albert Hack, Christoph Lutz, Gottlob Holzwart und Hans Früh wurden von den Esslinger Rechtsanwälten von Bagnato und Koelle vertreten, Früh noch zusätzlich von Rechtsanwalt Becker aus Tübingen. Da die Esslinger Anwälte bei vielen Hochverratsprozessen auftraten, ist zu vermuten, dass sie von der Roten Hilfe beauftragt und bezahlt wurden. Theodor Koch, Wilhelm Neuffer und Gottlob Böhler hatten keinen Verteidiger.

Die 1921 gegründete Rote Hilfe war eine kommunistische „Wohlfahrtsorganisation“, die unter anderem politisch Verfolgten half und streikenden und inhaftierten Arbeitern mit ihren Familien zur Seite stand.⁵⁰ Der Rechtsschutz war Mitte der 1920er Jahre ihr wichtigstes und umfangreichstes Arbeitsfeld. Die Rote Hilfe unterstützte außerdem mindestens zwischen Januar und Mai 1925 die Familien der Reutlinger Verurteilten mit regelmäßigen Geldbeträgen.⁵¹ Die Summen bewegten sich zwischen 5 M monatlich (für Koch und Böhler) bis zu 38 M monatlich für Früh und David Aichele oder sogar 46 M für Hack. Offenbar erhielten (ehemalige) Funktionäre der KPD höhere Summen.

Die Reutlinger Angeklagten wurden zu Strafen zwischen neun Monaten Gefängnis (Holzwarth und Hack) bis hin zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus (Hans Früh) sowie jeweils zusätzlich zu Geldstrafen von 50 bis 200 M verurteilt. Die bereits abgeleistete Untersuchungshaft wurde jedem Verurteilten angerechnet, die Geldstrafen galten als schon abgegolten. Die jeweiligen Einzeldelikte – Waffen- und Sprengstoffbeschaffung, Waffenlager – wurden bei allen Verurteilten darüber hinaus als „Vorbereitung zum Hochverrat“ definiert und eingeordnet. Man ging davon aus, dass sie als Mitglieder der KPD – ungeachtet dessen, ob sie noch Mitgliedsbeiträge bezahlten oder nicht – die Umsturzpläne dieser Partei kannten und damit auch bestrebt waren, deren gewaltsame Ziele zu fördern, also hochverräterisch zu agieren. „Sie wußten, daß die Gegenstände, die sie der Partei zukommen ließen – Sprengstoff, Waffen und Munition –, als Mittel zur Erreichung jener Ziele verwendet werden sollten. Mag auch mit einer Bewegung rechtsgerichteter Organisationen gerechnet worden sein, so war ihnen doch klar, daß die Kommunistische Partei sich nicht mit einer Abwehr von dieser Seite etwa kommender Angriffe begnügen

⁵⁰ Dazu Sabine Hering, Kurt Schilde (Hrsg.): Die Rote Hilfe. Die Geschichte der internationalen kommunistischen „Wohlfahrtsorganisation“ und ihrer sozialen Aktivitäten in Deutschland (1921–1941), Opladen 2003, bes. S. 31–56, 105–130.

⁵¹ BArch Berlin, R 3003/96, Az. 14 a J 197/25, Bd. 1, Akten Redakteur Eugen Bantel, Beschlagnahme Liste der Roten Hilfe mit 189 Namen von unterstützten Personen in Württemberg, dokumentiert sind die Monate Januar bis Mai 1925.



Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig war in den 1920er Jahren Schauplatz zahlreicher Hochverratsprozesse.

würde, sondern darüber hinaus die Diktatur des Proletariats zu erreichen suchen würde“, hieß es in der Urteilsbegründung.

Strafrahmen und Urteilsbegründung im Reutlinger Fall entsprachen der üblichen Vorgehensweise und Argumentation des Staatsgerichtshofs in der Rechtsprechung bei den zahlreichen KPD-Hochverratsprozessen, die sich auf die Vorgänge der Jahre 1923/24 bezogen.⁵² Dass bei Hochverratsdelikten von rechten Gruppierungen im Einzelfall eine Verbindung zwischen Vereinigung und Aktion nachgewiesen werden musste und nicht, wie bei der KPD, generell vorausgesetzt wurde, brachte dem Gericht den Vorwurf der Einseitigkeit ein und wurde bereits von vielen Zeitgenossen öffentlich kritisiert. Für die KPD war die Justiz der Weimarer Republik eine „Klassenjustiz“. Es gab Mitte der 1920er Jahre in der Tat eine riesige Anzahl Hochverratsprozesse mit einem ganz deutlichen Schwerpunkt auf der Verurteilung linker Tätergruppen. Es wurde, aus heutiger Sicht, zu lange gezögert, auch die NSDAP generell strafrechtlich als hochverräterische Gruppierung einzuordnen und zu verfolgen. Viele Fälle, in denen NS-Anhänger Waffen oder Handgranaten im Besitz hatten, landeten auch gar nicht erst als „Hochverrat“ vor dem Leipziger Gericht. Die Reutlinger Angeklagten jedenfalls wurden, vor allem im Vergleich mit ähnlichen Taten aus dem rechten Spektrum, hoch bestraft.

III Einzelperspektiven: Die Täter

1 Hans Früh: Geheimer KPD-Strategie und Spitzel

Hans Früh war die zentrale Figur der Ereignisse, was Überblick und Planung betraf. Er blieb aber im Hintergrund und war schwer zu durchschauen. Dies sahen auch die Richter des Staatsgerichtshofs so, die ihm die Rolle des „Haupttäters“ zuwiesen und ihn mit der höchsten Strafe – zwei Jahre drei Monate – belegten.

Hans Früh wurde am 26. Oktober 1890 in Undingen (Oberamt Reutlingen) als Sohn des Schuhmachers Johann Martin Früh und seiner Frau Anna Marie geboren. Er hatte neun Geschwister. Seine Mutter wurde vom örtlichen Pfarrer als stille fromme Frau beschrieben, sein Vater als „schwieriger Charakter, bei dem die Frau ein schweres Leben hatte.“⁵³ Früh besuchte die evangelische Volksschule vor Ort, machte von 1905 bis 1908 in Reutlingen eine Lehre als Maler und arbeitete als Malergeselle in Stuttgart, Reutlingen und Tübingen.

⁵² Vgl. I. J. Hueck, Staatsgerichtshof (wie Anm. 49), bes. S. 157–162, 210–219, 246–248; Marcus Böttger: Der Hochverrat in der höchstrichterlichen Rechtsprechung in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M u. a. 1998, S. 192–200.

⁵³ StA Ludwigsburg, E 356 d III Bü 331, Auskunft Pfarramt Undingen an Strafanstalt Ludwigsburg, 5. 9. 1925.

Während der Lehrzeit besuchte er im Winter die Malschule des Kunstmalers Fritz Hummel in Reutlingen. Im künstlerischen Bereich werden wohl auch seine eigentlichen Interessen gelegen haben, die er aus wirtschaftlich-sozialen Gründen nicht weiterverfolgen konnte. 1913 kam er zum Militär und im Ersten Weltkrieg wurde er wohl ab August 1914 als Ersatzreservist eingezogen und diente bis Kriegsende bei verschiedenen Infanterie-Regimentern, 1916 unterbrochen wegen eines Nervenleidens und einer Leistenbruch-Operation. Ihm wurde das Eiserne Kreuz II. Klasse und eine Verdienstmedaille verliehen.

Hans Frühs erste aus Waldshut stammende Ehefrau Friederike starb Ende 1921. Ab Oktober 1922 war er in zweiter Ehe mit Berta, geb. Auwärter, verheiratet.⁵⁴ 1927 wurde eine Tochter geboren. Berta Früh hatte ein ruhigeres Leben als ihr Mann: Sie war ab 1910 bei der Reutlinger Strickwarenfirma Krimmel beschäftigt und konnte dort im November 1935 ihr 25-jähriges Berufsjubiläum feiern. Hans Früh war nach seiner Militärentlassung 1919 durchgängig als Maler tätig, teilweise auch für denselben Arbeitgeber, hatte aber immer wieder – wohl der Wirtschaftskrise geschuldet – Phasen ohne Arbeit. Zwischen September 1923 und Ende März 1924 war er ohne Beschäftigung, verbrachte einen großen Teil dieser Zeit aber, wie noch zu sehen sein wird, mit politischen Aktivitäten und in Untersuchungshaft. Hans Früh hatte mehrere Vorstrafen. 1909 – mit 19 Jahren – hatte er wegen Betrugs acht Tage im Gefängnis gesessen und 1912 wurde er wegen Diebstahls zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.⁵⁵

In die KPD-Ortsgruppe Reutlingen trat er nach eigenen Angaben im November 1922 ein. Er sei dazu von Arbeitskollegen angeregt worden. Früh, der als sehr intelligent beschrieben wurde, machte dort rasch Karriere, war ab Januar 1923 Erster Vorsitzender der Ortsgruppe Reutlingen und ab März 1923



Der Maler Hans Früh war 1923 Ortsgruppenleiter und militärischer Leiter der Reutlinger KPD.

⁵⁴ Zu Lebenslauf, Militärkarriere und Vorstrafen vgl. StadtA Rt., Personen- und Adressbogen Johannes Früh vgl. ebd., Lebenslauf. Die Angaben zu Hochzeitsdatum und Kriegseintritt schwanken. Zu Berta Früh vgl. Hermann Schöllkopf: Reutlinger Chronik 1935–1939, Reutlingen [1941], S. 27.

⁵⁵ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 3, Handakten Oberreichsanwalt, 1925.

Leiter des Unterbezirks Reutlingen. Die Anweisungen als Unterbezirksleiter bekam er von der Bezirksleitung in Stuttgart, teilweise auch von der Reichszentrale in Berlin.⁵⁶ Die KPD war strikt zentralistisch organisiert.

Früh beteiligte sich bei den Reutlinger Zusammenstößen zwischen der deutschnationalen Bismarckjugend und jungen Kommunisten im September 1923 und wurde dort verhaftet. Vom 17. September bis 10. Oktober saß er in dieser Sache in Tübingen in Untersuchungshaft, wurde dann aber bis zum Prozess vor dem Tübinger Landgericht am 28. Januar 1924 auf freien Fuß gesetzt. Wegen Landfriedensbruchs wurde er dann zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Strafe wurde wegen der laufenden Ermittlungen im Hochverratsfall zunächst nicht vollstreckt und fiel später unter das Amnestiegesetz vom 26. November 1925.⁵⁷

Als Früh nach der Tübinger Untersuchungshaft am 10. Oktober wieder freikam, traf er auf eine zugespitzte politische Situation. Die KPD hatte ihre Umsturzpläne bereits beschlossen und die Leitung Südwest und die Stuttgarter Oberleitung waren nun offenbar dabei, in den Unterbezirken über das weitere Vorgehen zu informieren. Ein „Stuttgarter Genosse, der sich Karl nannte“, kam zu Versammlungen in Reutlingen und Eningen und übertrug wohl bei diesem Anlass Hans Früh das Amt des geheimen militärischen Leiters und „Wumbos“ (Waffen- und Munitionsbeschaffer) für das „Kampfgebiet“ Reutlingen. Durch einen Kurier aus Stuttgart wurden ihm Waffenlisten übersandt, die er an die Ortsgruppenführer seines Unterbezirks verteilen, durch diese ausfüllen lassen und durch einen Kurier wieder nach Stuttgart zurücksenden sollte.

Hans Früh ging auch noch auf weitere geheime Versammlungen, unter anderem in Obertürkheim, wo es, so schilderte es später ein Zeuge aus einem anderen Hochverratsfall, einen Vortrag über die kommende Revolution mit Anweisungen gegeben hatte: Funktionäre und Wanderclubs sollten die Eiserne Kohorte der Partei bilden, es müsse mit schärfstem Terror gekämpft, mit allen Mitteln weiterorganisiert und insbesondere das Militär für die Partei gewonnen werden.⁵⁸ Früh habe dort, so der Zeuge, ein Formular über Waffenbestände ausgefüllt und mit seinem Namen unterschrieben. Der Stuttgarter Ernährungsleiter Heinrich Wetzel hielt offenbar im Reutlinger Gewerkschaftshaus auch einmal eine Funktionärssitzung ab.

Weil überall kommunistische Funktionäre verhaftet wurden, beschloss Früh, wie er selbst angab, in die „Illegalität“ zu gehen, d. h. er lebte etwa ab Mitte Oktober mehrere Wochen lang überwiegend in Sondelfingen in der

⁵⁶ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage Früh, 12. 5. 1924.

⁵⁷ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage Früh; auch ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 22./23. 8. 1924; ebd., Bd. 7, Aussage Früh 9. 9. 1924; zur Amnestie auch StA Ludwigsburg, E 356 d III Bü 331.

⁵⁸ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 5, Zeuge Karl Heidenreich, 15. 9. 1924.

Wohnung eines befreundeten Kommunisten, des Tagelöhners Johannes Kurtz, ohne dort gemeldet zu sein. Auch andere Kommunisten hielten sich dort auf, manche kurzzeitig, andere auch über Nacht. Wilhelm Zimmermann war anfangs dort und Vinzenz Mayer, Wäscher bei der Reutlinger Dampfwaschanstalt Schwenk und Kassier bei der Reutlinger KPD, tauchte regelmäßig auf, oder auch der Schuhmacher Eugen Neu, der Expedient der kommunistischen „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ in der Region war.⁵⁹ Zuweilen waren sechs bis sieben Männer dort versammelt, wie sich aus verschiedenen Zeugenaussagen ergab. Früh und Hausbesitzer Kurtz erinnerten sich auch an die Warnung eines Boten bzw. Radfahrers, der einmal gekommen sei, um vor einer Polizeirazzia zu warnen. Früh berichtete dann, alle hätten schnell das Haus verlassen und sich auf Umwegen nach Reutlingen durchgeschlagen.

Nur wenige eingeweihte Parteigenossen wussten, wo Früh sich aufhielt. Seine „Ordonnanz“ Christoph Lutz war Vermittler und Bote zwischen Früh und seiner Ortsgruppe bzw. Kurier für die anderen Orte des Reutlinger „Kampfgebiets“. Hin und wieder tauchte Früh auch unerwartet wieder in seiner eigenen Wohnung auf oder ging zu anderen Bekannten. Häufige Standortwechsel scheinen üblich gewesen zu sein. KPD-Kassier Vinzenz Mayer berichtete, er und das Ehepaar Früh hätten sich auch drei bis vier Tage bei seiner Braut in Betzingen aufgehalten. Früh kehrte nach Reutlingen zurück, als er, wie er selbst formulierte, „erfahren hatte, dass man auf meine Verhaftung keinen Wert mehr lege, wenn ich mich ruhig verhalte.“⁶⁰

Hans Früh hielt sich nach außen hin bedeckt, vor allem nach dem reichsweiten Verbot der KPD ab dem 23. November 1923, nach dem er nicht mehr öffentlich als Funktionär der Partei agieren konnte. Man kann jedoch davon ausgehen, dass er im Geheimen sehr aktiv war. Er hat vermutlich als militärischer Leiter und „Wumbo“ für sein ganzes „Kampfgebiet“ Reutlingen, das fast 20 Orte von Tübingen bis Mössingen oder Urach umfasste, die Waffenbestände und den Organisationsgrad abgefragt.⁶¹ In seiner eigenen Ortsgruppe Reutlingen kümmerte er sich um die Waffen- und Sprengstoffbeschaffung und hatte wohl als einziger den Gesamtüberblick über die Einzelaktivitäten. So genehmigte er den Ankauf des gestohlenen Sprengstoffs von Koch und Neuffer, gab möglicherweise weitere Sprengstoffankäufe in Esslingen in Auftrag und koordinierte die Waffenankäufe. Über Früh lief auch jeweils die Bezahlung, das Geld dazu dürfte von der Stuttgarter Oberleitung gekommen sein, die es wiederum von höheren Instanzen erhalten hatte. Auch wenn Reinhold Aichele später von seiner Erstaussage abrückte, dürfte wohl die Idee, den

⁵⁹ Ebd., Bd. 7, Amtsgericht Rt., Zeugenaussagen Eugen Neu, Vinzenz Mayer, Johannes Kurtz, o. D.

⁶⁰ Ebd., Bd. 7, Haftbefehl Amtsgericht Rt., 9. 1. 1924.

⁶¹ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 7. 2. 1924.

Handgranatenbau tatsächlich zu realisieren, auch von Früh gekommen sein.⁶² Auch die Anlage und die spätere Auflösung des Waffenlagers in Gottlob Holzwarths Gartenhäuschen wurde von Früh koordiniert. Dessen Entsorgung allerdings schob er auf Reinhold Aichele ab, nachdem es Ende Dezember angesichts der vielen Polizeiermittlungen in Württemberg gefährlich geworden war, mit Waffenlagern in Verbindung gebracht zu werden.

Die KPD stellte für die Waffen- und Munitionsbeschaffung größere Summen Geld zur Verfügung, die durch die Hände von Hans Früh liefen, der über ihre konkrete Verwendung entschied. Offenbar ließ sich Hans Früh dazu verleiten, immer wieder bestimmte Summen für sich selbst abzuzweigen. Seine Frau Berta bestätigte später indirekt diesen Vorwurf, indem sie bei einem Verhör angab: „Von den Geldbeträgen der Partei habe ich hin und wieder Beträge in Höhe bis zu 15 M genommen. Diese Beträge nahm ich im Einverständnis meines Mannes, der mir sagte, dass er schon längere Zeit durch die Partei Schaden erlitten habe und denselben hierdurch wieder gut machen wolle.“⁶³

Assistent Christoph Lutz schöpfte schon bald Verdacht, dass Früh Parteigelder unterschlug. Bei späteren Verhören gab er recht unverblümt zu Protokoll, dass er häufig gesehen habe, dass Früh in Abrechnungen über Waffenkäufe höhere Ausgaben angegeben hätte, als er tatsächlich gehabt habe. Die Differenz habe er behalten und „auf Parteikosten üppig gelebt“.⁶⁴ Auch der Zweite Vorsitzende der Reutlinger KPD David Aichele, der mit Früh ohnehin über inhaltliche Fragen im Streit lag, hatte den Verdacht, dass Früh sich an Parteigeld bereicherte. Früh versuchte in dieser Zeit, ihn aus der Partei zu drängen. Er warf David Aichele vor, dieser „spüre ihm nach“ und verbat sich dieses Spionieren.⁶⁵

Offenbar gingen viele Kuriere und andere Parteigenossen bei Früh zu Hause ein und aus, vor allem auch noch Ende November und Dezember nach dem Parteiverbot. Er hatte dann wegen einiger Genossen, die in die Wohnung kamen, einen größeren Streit mit seiner Frau Berta, die nicht viel von Frühs KPD-Aktivitäten hielt und darauf bestand, dass sich die Zahl der Besucher reduzierte.⁶⁶ Einmal kam auch der Stuttgarter KPD-Landtags- und spätere Reichstagsabgeordnete Johannes Stetter, vermutlich am 22. Dezember, nachdem er aus Ulmer Haft entlassen worden war. Stetter war verhaftet worden, weil er ein Flugblatt unterschrieben hatte, auf dem gegen das Verbot der KPD

⁶² Ebd., Bd. 7, Anzeige Polizei-Direktion Rt., 8. 1. 1924; ebd., Bd. 7, Haftbefehl gegen RA, Amtsgericht Rt 9. 1. 1924; ebd., Bd. 7, Protokoll Amtsgericht Rt., 15. 1. 1924, Aussage R. Aichele.

⁶³ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 24. 7. 1924.

⁶⁴ Ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 23. 8. 1924, Aussage Lutz. Ähnliche Aussage auch ebd., Bd. 4, Aussage Eugen Neu, 11. 11. 1926. Vgl. auch Kap. III.2.2.

⁶⁵ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Aussagen Hans Früh, 9. 1., 12. 5. und 9. 9. 1924.

⁶⁶ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 24. 7. 1924.

protestiert wurde. Berta Früh war auf ihn gar nicht gut zu sprechen, wie sie in einem Verhör erklärte: „Die Fortbetätigung meines Ehemannes in der Partei trotz Verbotes führe ich auf eine Besprechung mit dem Landtagsabgeordneten Stetter in unserer Wohnung zurück. Dies war an einem Tag, als Stetter von einer Verhandlung in Ulm seine Heimreise in Reutlingen unterbrochen hatte. Ich glaube sicher, dass sich mein Ehemann mit illegalen Parteisachen nicht befasst hätte, wenn ihn nicht Stetter dazumal dazu genötigt hätte.“⁶⁷

Die Lage der württembergischen KPD wurde nach dem Parteiverbot ohnehin immer brisanter. Viele kommunistische Betriebsräte und Funktionäre wurden in Schutzhaft genommen. Zusammen mit Stetter saßen etwa 70 bis 80 Parteigenossen im Ulmer Garnisonsarresthaus.⁶⁸ Die württembergischen Behörden ermittelten in mehreren Hochverratsfällen.⁶⁹ Am 30. Dezember 1923 wurden dann im Staatstheaterrestaurant in Stuttgart mehrere prominente Kommunisten, darunter erneut Johannes Stetter, wegen versuchten Hochverrats festgenommen. Stetter sollte später nach seiner Haftentlassung untertauchen und erst im Mai 1924 direkt zum Sitzungsbeginn des Berliner Reichstags wieder erscheinen, wo er als neugewählter Reichstagsabgeordneter dann Immunität genoss. In Württemberg, berichtete Berta Früh, habe man nach der Festnahme im Theaterrestaurant nichts mehr von der Partei gehört, „denn diese Festnahmen hatten Uneinigkeiten in der KPD-Leitung zufolge, ein jeder befürchtete dazumal, festgenommen zu werden.“⁷⁰

Verteidigungsstrategien

Anfang des Jahres 1924 erreichte die Verhaftungswelle auch die Reutlinger KPD. Die Reutlinger Polizei nahm am 8. Januar die ersten Verdächtigen fest, nachdem sie die Handgranaten-Werkstatt von Reinhold Aichele entdeckt hatte. Sie kam auch in die Wohnung von Hans Früh, durchsuchte sie ergebnislos nach „geballten Ladungen“ und sonstigen Beweismitteln zum Umgang mit Sprengstoff und nahm Früh mit zum ersten Verhör auf das Reutlinger Polizeirevier. Früh, vermutlich durch frühere Verhörsituationen und Parteiinstruktionen geschult, gelang es als einzigem Verdächtigen, nichts zu verraten und alles abzustreiten: Weder habe es in seiner Wohnung eine Besprechung über Handgranatenherstellung gegeben noch habe er von dem Plan gewusst und

⁶⁷ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 24. 7. 1924, Aussage Berta Früh.

⁶⁸ Hans Stetter: Aus dem Leben eines Proletariers, Stgt. 1961, S. 21 ff. Vgl. zu Stetter auch Uwe Fuhrmann: Eine proletarische Geschichte Deutschlands: Hans (Johannes) Stetter (1885–1963), in: Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für Historische Studien, 2013/3, S. 106–127.

⁶⁹ Polizeipräs. Stgt., Kommunist. Partei 1925 (wie Anm. 18).

⁷⁰ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 24. 7. 1924, Aussage Berta Früh.

auch die Abholung der fertigen Sprengladungen nicht organisiert. Er habe überhaupt die KPD während ihres Verbots nicht mehr geleitet.⁷¹

„Zu den Angaben und zu der Person des Früh ist zu bemerken, dass seine Angaben unglaublich erscheinen“, urteilten aber die Reutlinger Polizeibeamten. Für sie war klar: „Er ist der Führer der hiesigen K.P.D. u. macht den Eindruck eines intelligenten Menschen. Nach seinem ganzen Auftreten scheint er einen grossen Einfluss auf die Mitglieder der K.P.D. auszuüben. Er dürfte auch als der geistige Urheber bezügl. der Anfertigung der geballten Ladungen in Frage kommen.“⁷² Seine vorläufige Festnahme habe er zunächst dadurch zu hintertreiben gesucht, dass er erklärte, seine Frau sei schwanger. Wenn man ihn festnehme, würde sich seine Frau das Leben nehmen, er mache den Unterzeichneten für alle Folgen verantwortlich. Die Polizei habe ihm dann erklärt, „dass er mit derartigen Ausführungen keinen Eindruck erwecken könne und dass bei seinem zwecklosen Leugnen, auch an eine Freilassung sowieso nicht zu denken sei.“

Trotz des Misstrauens der Polizei gegenüber Früh gab es eine Panne: Da es im Polizeidirektionsgebäude nur eine Arrestzelle gab, in der bereits Karl Eisele saß, wurde Früh provisorisch im Dienstzimmer des Polizei-Oberkommissars untergebracht, bewacht von einem Kriminal-Oberwachtmeister. Als dieser bemerkte, dass sich im Wachlokal Frühs Ehefrau Berta mit dem Beschuldigten Reinhold Aichele unterhielt, verließ er für einen Augenblick das Dienstzimmer, um die beiden zu trennen. Hans Früh nutzte die Gelegenheit, durch das im Parterre gelegene Fenster zu fliehen. Weil er die Flucht gleich bemerkte, gelang es dem Wachtmeister, Früh wieder einzufangen. Die Polizei interpretierte den Fluchtversuch als indirektes Schuldeingeständnis.⁷³

Früh blieb vom 8. bis 15. Januar 1924 in der Reutlinger Untersuchungshaft. Seine Taktik, alles abzustreiten, geriet ins Wanken, als die Polizei am 12. Januar bei einer zweiten Wohnungsdurchsuchung 17 Schriftstücke zur KPD fand, die bewiesen, dass Hans Früh als geheimer Kampfgebietsleiter aktiv war, auch während des Parteiverbots. Gefunden wurden u. a. Geheimschlüssel, Befehle der Kampfgebietsleitung Reutlingen an Ortsgruppen, Vordrucke für Waffenbestandsaufnahmen oder Abrechnungen.⁷⁴

Früh änderte nun seine Verteidigungsstrategie. Das Amt als Kampfgebietsleiter habe er gegen seinen Willen bekommen, erklärte er.⁷⁵ Es sei ihm auf einer geheimen Eninger Versammlung aufgedrängt worden, als ihn einige Genossen vorgeschlagen hätten. Von Hundertschaften und Waffenbeschaffung

⁷¹ Ebd., Bd. 7, Anzeige Polizei-Direktion Rt., 8. 1. 1924, Aussage Früh, 8. u. 9. 1. 1924.

⁷² Ebd., Bd. 7, Anzeige Polizei-Direktion Rt., 8. 1. 1924.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 24. 7. 1924.

⁷⁵ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage Früh, 12. 5. 1924; ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 22./23. 8. 1924, Aussage Früh.

sei da aber nicht die Rede gewesen, nur von Abwehr faschistischer Angriffe. Weil er mit dieser Sache nichts zu tun haben wollte, der Partei gegenüber aber den Anschein erwecken wollte, als ob er sich mit dieser Aufgabe befasse, habe er einige Befehle weitergegeben, behauptete Früh gegenüber den Ermittlern. Ihm sei von einem Kurier aus Stuttgart in schriftlicher Form ohne Unterschrift die Drohung übermittelt worden, dass er von der Partei disziplinarisch bestraft würde, wenn er seine Parteipflicht nicht erfülle. Nur unter diesem Zwang habe er einige Formulare von Waffenlisten ausgefüllt, um etwas vorzeigen zu können, wenn er kontrolliert würde. Die Verschlüsselungshinweise und Waffenlistenformulare habe er unausgefüllt zu Hause liegen lassen, einen Teil vernichtet und keine einzige Waffenliste an die Oberleitung vermittelt. Von wem er die Anweisungen als provisorisch bestellter Kampfgebietsleiter erhalten habe, wisse er nicht, da diese alle mit Decknamen gezeichnet hätten und ihm die betreffenden Personen persönlich nicht bekannt waren und er auch nur sehr selten infolge der ziemlich großen Entfernung von Stuttgart mit ihnen zusammengekommen sei.

Da die Behörden auch ohne Geständnis genug Beweise für Frühs umfangreiche Aktivitäten als Kampfgebietsleiter und Waffen- und Munitionsbeschaffer sowie seine gute Vernetzung mit Stuttgarter KPD-Kreisen hatten und ihm eine tragende Rolle für den Unterbezirk Reutlingen zuschrieben, versuchte Früh, sich auf andere Weise aus der Affäre zu ziehen: Er erklärte sich bereit, als Spitzel für die Polizei zu arbeiten. So blieb Früh von seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft am 15. Januar bis zu seiner erneuten vorläufigen Festnahme Ende August Unterbezirksleiter der Reutlinger KPD und leistete dem Polizeipräsidium Stuttgart „gute Dienste“, wie dieses später betonte.⁷⁶ Von weiteren Verhören blieb er im Unterschied zu den anderen Verdächtigen erst einmal verschont, obwohl er als Hauptakteur galt. Dies geschehe „aus taktischen Gründen“ und weil er ja auch jede Beteiligung an der Straftat leugne, hieß es in einer entsprechenden Polizeimeldung. Aber vermutlich hing dies auch mit Frühs Spionagetätigkeit zusammen.⁷⁷

Erst im Mai 1924 wurde Früh wieder verhört und blieb bei seiner Taktik, nur zuzugeben, was ihm bewiesen werden konnte.⁷⁸ Weder vom Handgranatenbau noch von Sprengstoff- und Waffenkäufen wollte er etwas bemerkt haben. Auch sonstige Sprengstoffankäufe in Esslingen habe er nicht in Auftrag gegeben. Ihm sei durch Kuriere von der Oberleitung zwar mehrmals gesagt worden, in Esslingen könne Sprengstoff geholt werden und dann wiederholt Vorhalt gemacht worden, warum er von diesem Angebot keinen

⁷⁶ Ebd., Bd. 3, Württ. LKPA Stgt. an Staatsgerichtshof Leipzig, 25. 10. 1924.

⁷⁷ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., Meldung 7. 2. 1924.

⁷⁸ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage Früh, 12. 5. 1924. Zu den Esslinger Sprengstoffkäufen auch schon ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Ulm an Staatsanw. Tü, 25. 1. 1924; ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Rt. an Staatsanw. Tü, 2. 2. 1924.

Gebrauch mache. Er habe aber weder Zimmermann noch sonst jemand beauftragt, in Esslingen oder Stuttgart Sprengstoff zu holen.

Auf Initiative des Leipziger Oberreichsanwalts kam Hans Früh dann ab dem 27. August 1924 in Untersuchungshaft nach Tübingen. Den Stuttgarter Behörden passte das nicht und sie baten – allerdings vergeblich – den Leipziger Staatsgerichtshof, ein Gnadengesuch des Hans Früh vom Oktober 1924 zu genehmigen. Das Stuttgarter Landeskriminalpolizeiamt hoffte, weiterhin von Frühs Bereitschaft zu Spitzeldiensten zu profitieren. Denn derzeit, so erklärten sie den Leipziger Kollegen, hätte Früh große Chancen, wieder Reutlinger Unterbezirksleiter zu werden, da der statt Früh eingesetzte Genosse das Vertrauen der Bezirksangehörigen nur in geringem Maße besitze. „Dies wäre für die Nachrichtenabteilung insofern von besonderem Vorteil“, so die Behörde, „als dadurch die Möglichkeit vorhanden wäre, gerade jetzt z. Zt. des Aufbaues der Betriebszellen dauernd auf dem Laufenden gehalten zu werden.“⁷⁹ Wo die Loyalitäten des Hans Früh tatsächlich lagen, ist unklar.

Früh blieb in Haft bis zum Verhandlungsbeginn. Beim Prozess in Leipzig im März 1925 wurde er zu zwei Jahren und drei Monaten Zuchthaus verurteilt, der im Vergleich höchsten Strafe aller zehn Angeklagten. In der Urteilsbegründung des Staatsgerichtshofs heißt es, dass Früh von allen Angeklagten in seinen verschiedenen Ämtern bei Weitem die umfangreichste Tätigkeit für die Partei entfaltet habe. Er sei zunächst Mitglied, dann Vorsitzender der Ortsgruppe Reutlingen und schließlich Leiter des Unterbezirks Reutlingen im Jahre 1923 gewesen. Die gefundenen Dokumente hätten überdies eine rührige Tätigkeit auch in der Zeit nach dem Verbot der Partei bewiesen. Er habe zweifellos Waffen in größerem Umfang und auch Munition und Sprengstoff für die Partei angekauft, den Abtransport der Handgranaten von Aichele veranlasst, und zwar über die Zahl der hier erwiesenen Fälle hinaus. Früh wurde als „Täter“ bestraft, nicht als „Gehilfe“.

Bei Früh ging das Gericht, wie auch bei Reinhold Aichele, Eisele und Lutz, von einem besonders schweren Fall aus, der mit Zuchthausstrafe geahndet wurde. Alle hätten „in einer Zeit, in der die Kommunistische Partei die schwere wirtschaftliche Not des Vaterlandes zur Förderung ihrer verbrecherischen Bestrebungen ausnutzte, die Partei mit besonders gefährlichen verbrecherischen Mitteln, und zwar Früh in besonders umfangreichen Maße, unterstützt.“ Gegen Früh wurde deshalb eine höhere Zuchthausstrafe als gegen die drei anderen Angeklagten festgesetzt.

Am 22. April wurde Früh, wie die anderen Gefangenen auch, von Leipzig in die Strafanstalt Ludwigsburg überstellt, mit der Anweisung, ihn von den Gefangenen Aichele, Eisele und Hack streng zu trennen.⁸⁰ Seine Zuchthausstrafe von zwei Jahren und drei Monaten wurde um die Untersuchungshaft

⁷⁹ Ebd., Bd. 3, Württ. LKPA Stgt. an Staatsgerichtshof Leipzig, 25. 10. 1924.

⁸⁰ Zur Haft in der Strafanstalt Ludwigsburg generell vgl. StA Ludwigsburg, E 356 d III Bü 331.

von sechs Monaten verkürzt, deshalb hatte er seine Entlassung auf 13. Dezember 1926 zu erwarten. Eine fünftägige Unterbrechung wegen der Beerdigung seiner Schwiegermutter wurde ihm für Ende Oktober 1925 bewilligt.

Während seiner Haft stellte Früh mehrfach Gnadengesuche.⁸¹ Immerhin hatte er den Gefängnisdirektor und den Hausgeistlichen davon überzeugen können, dass er sich vom Kommunismus abgewandt habe. Und auch das Stuttgarter Landeskriminalpolizeiamt schrieb Empfehlungen nach Leipzig, in denen die wichtigen Dienste betont wurden, die Früh der Polizei nach seiner ersten Festnahme bei der Verfolgung der kommunistischen Umtriebe geleistet habe. Der Oberreichsanwalt blieb aber skeptisch und lehnte ab: Früh habe sich zu dieser Umkehr erst entschlossen, nachdem er festgenommen war und seine Lage damit zu verbessern hoffte. Bis dahin habe er eine besonders rührige Tätigkeit für die KPD entfaltet, auch in der Zeit des Parteiverbots.

Wegen der nicht genehmigten Gnadengesuche war Hans Früh sehr unzufrieden. In einem Brief an seine Frau Berta vom 10. Januar 1926 ließ er seinem Unmut freien Lauf. Das hatte allerdings zur Folge, dass sein Brief die obligatorische Gefängniszensur gar nicht passierte, „wegen des in der Tat ungerechtfertigten Schimpfens“, wie auf dem Umschlag notiert wurde. „Du kannst Dir jedenfalls denken“, schrieb Früh, „wie es in meinem Innen aussieht wie ein Lutz u. ein Aichele u. die anderen jeweils ja wie Du weißt entlassen u. können die Not der Ihrigen mildern, indem sie arbeiten können; u. ich? – man sollte es nicht für möglich halten, die größten Lumpen sind in der Freiheit.“⁸² Offenbar rechnete er fest damit, dass die Stuttgarter Behörden im Gegenzug für seine Spitzeldienste eine Strafmilderung durchzusetzen in der Lage waren: „Also das bestimmt gegebene Versprechen, ich sei an Weihnachten oder doch auf Neujahr zu Hause, war eben doch *nur wieder ein Versprechen*. Diese Versprechungen, gehen nun fort seit 1924. Jetzt l. Berta warte ich nur noch bis mein Gesuch *abschlägig* von Leipzig zurück kommt, dann liebe Berta, ist bei mir das Maß voll, denn auf dieses Gesuch setzte ich keine Hoffnung mehr. So geht man mit Menschen, die bewiesen haben, dass in ihnen etwas anderes steckt, als man vermutete, nicht um. Was ich tun muß endlich, das werde ich tun, das Jahr 1926 soll für mich nicht wieder enden mit Versprechungen u. leeren Worten, denn ich *will wieder als Mensch leben*. Ich habe meine Hoffnungen gesetzt auf Menschen die berufen sind der Gerechtigkeit zu dienen, mein ganzes Vertrauen habe ich denselben gegeben und was ist das Resultat? Nichts u. wieder nichts ja noch viel weniger.“ Auf den 16. Februar 1926 wurde Hans Früh dann allerdings doch begnadigt und mit fünfjähriger Bewährungsfrist entlassen. Ihm wurden also etwa zehn Monate erlassen.

⁸¹ BAArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 3, Handakten Oberreichsanwalt 1925.

⁸² StA Ludwigsburg, E 356 d III Bü 331, Brief Hans Früh an Berta Früh, 10. 1. 1926.

KPD- oder Gestapo-Agent?

Nach seiner Gefängniszeit lebte und arbeitete Hans Früh weiterhin in Reutlingen. Er bildete sich offenbar beruflich weiter, wurde später als Malermeister und Dekorationsmaler geführt. Auffälligkeiten sind für die folgenden Jahre keine bekannt. Ein kleiner Fahrradunfall im Oktober 1926, als Früh von der Karlstraße in die Kaiserstraße in kurzem statt weitem Bogen einfuhr, deshalb mit einem anderen Fahrradfahrer zusammenstieß und 5 RM Strafe bezahlen musste, war vermutlich sein einziger Kontakt zur Reutlinger Polizei in diesen Jahren.⁸³

Frühs politische Überzeugungen und Loyalitäten bleiben aber rätselhaft, wechselten vielleicht aber tatsächlich jeweils aus Opportunitätsgründen. Nach Kriegsende 1945 behauptete er, nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis 1926 weiterhin kommunistisch eingestellt gewesen zu sein und diese Überzeugung niemals gewechselt zu haben. Falls dies zutrifft, war er aber in keiner herausgehobenen Position für die Reutlinger KPD mehr tätig und hat sich auch nicht an auffälligen Aktionen beteiligt. In der Reutlinger KPD wurde Anfang der 1930er Jahre Fritz Wandel zur prägenden Person. Ob Hans Früh weiterhin gegen die KPD spionierte, ist auch unbekannt. 1945 stilisierte sich Hans Früh jedenfalls zum überzeugten Kommunisten der Weimarer Zeit, der deshalb zweimal im Gefängnis gelandet war, unter anderem weil er einer Kampforganisation angehört habe, die während des Münchner Hitlerputsches 1923 Naziumtriebe habe verhindern wollen.⁸⁴

Als im Frühjahr 1933 bei der Machtübernahme der Nazis in Reutlingen die Kommunisten verfolgt und deren Exponenten ins Lager Heuberg gebracht wurden, habe auch er wegen seiner politischen Grundeinstellung Befürchtungen gehabt, ins Konzentrationslager zu kommen, erklärte Hans Früh nach Kriegsende 1945. Das sei dann auch der Grund gewesen, warum er sich im Jahr 1937 zum Eintritt in das NSKK (Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps), einer paramilitärischen Unterorganisation der NSDAP, entschlossen habe. Er habe auch den Dienstbetrieb beobachten und das kameradschaftliche Zusammensein der Leute beobachten wollen. Weil er zu viel gemeckert habe, sei er im Jahr 1939 aus dem NSKK wieder ausgeschlossen worden.⁸⁵

1942 ließ sich Hans Früh von der Gestapo als Geheimagent anwerben.⁸⁶ Dabei knüpfte er wohl an seine früheren Spitzeltätigkeiten gegen die KPD an – oder hatte diese nie einschlafen lassen. Einer der Gegenspieler Hans Frühs aus Udingen jedenfalls gab 1945 an, er habe während des Dritten Reichs versucht, Früh auszuschalten. Ein Obersekretär der Staatspolizei Stuttgart habe

⁸³ StadtA Rt., Württ. Polizeidirektion Bd. 54, Strafsache gegen Hans Früh, 18. 10. 1926.

⁸⁴ StadtA Rt., Akten der Nachkriegszeit (künftig: AdN) Bü 401, Polit. Referat, Aussage Hans Früh, 8. 9. 1945.

⁸⁵ Ebd., Polit. Referat, Aussage Hans Früh, 8. 9. 1945.

⁸⁶ Ebd., Polizeiposten Udingen/Anstett an Franz. Gendarmerie Reutlingen, 16. 7. 1945.

ihm dann erklärt, dass sie auf den Früh nicht verzichten könnten. Er sei schon vor 1933 als Mitglied der KPD ihr Spitzel gewesen. Hans Früh erhielt für seine Spitzeldienste von der Gestapo ein Telefon eingerichtet, so wurde das zumindest kolportiert.

1942 habe ein Gestapo-Beamter ihn in Anspielung auf seine kommunistische Vergangenheit aufgefordert, in Tübingen einen Mann zu überwachen, so Früh selbst 1945. Aus Angst, ins Konzentrationslager zu kommen, habe er einer Mitarbeit zugestimmt. „Ich wusste genau, dass jetzt die Zeit gekommen war, entweder die Freiheit zu vertauschen mit dem Konz.Lager oder aber mich dem Willen der geh. Polizei zu fügen.“⁸⁷ Früh erhielt nun regelmäßig Benzin vom Landratsamt, um mit seinem Motorrad nach Tübingen fahren zu können. Es handelte sich bei dem zu überwachenden Mann ausgerechnet um seinen früheren KPD-Genossen Wilhelm Zimmermann, der inzwischen in Tübingen in der Mergenthalerstraße ein Handwebstuhlgeschäft betrieb. Er sei nur scheinbar darauf eingegangen, Zimmermann der Geheimen Polizei auszuliefern, beteuerte Hans Früh bei seiner Verteidigung 1945 und verwendete damit dieselbe Rechtfertigungsstrategie wie Mitte der 1920er Jahre. Er habe Zimmermann in Tübingen aufgesucht, ihn in einem Restaurant getroffen, in dem er verkehrte. In der Folge habe er dann auch dessen Familie kennengelernt. „Ich hätte nun ja Gelegenheit gehabt diesen Mann den Nazis auszuliefern sofern ich ein politischer Lump gewesen wäre u. ein Freund der Nazis“, erklärte Hans Früh weiter. „Ich tat das Gegenteil, unter anderem brachte ich ihm einmal einen Hasen, kurz, wir haben uns bis zum heutigen Tage nichts vorzuwerfen.“ Der Gestapo habe er erklärt, Zimmermann äußere sich über politische Sachen nicht, und man habe ihm geantwortet, er solle nur recht vorsichtig bei ihm sein, die Sache habe ja Zeit.

Vermutlich Anfang der 1940er Jahre erhielt Früh eine Anstellung auf der Muna Haid, der Luftwaffen-Munitionsanstalt auf der Schwäbischen Alb bei Großengstingen, bei der ausländische Zivilarbeiter und später Zwangsarbeiter beschäftigt waren. Er habe hier seiner innerlichen Linie gemäß gewirkt, den Nazis, wo es ging, zu schaden, erklärte Hans Früh selbst. So habe er verhindert, dass die Zivilarbeiter militärische Übungen absolvieren mussten, oder sich beschwert, dass Essen aus der Werksküche im Offizierskasino verwendet wurde.⁸⁸

Ein Zeuge, Omnibusbesitzer Johannes Leibfritz, der Transportfahrten für Muna Haid durchführte, sah dies 1945 anders. Ihm erschien die Behauptung des Früh, er wäre nur in harmloser Form in Verbindung mit der Gestapo gestanden, unglaubwürdig. Seine Anstellung auf der Muna Haid habe dieser durch besondere Beziehungen erhalten. Die Arbeit sei meist Tarnung gewesen, hauptsächlich sei die Aushorchung der dortigen Arbeiter seine Aufgabe

⁸⁷ Ebd., Brief Früh an OB Kalbfell, 27.8./3.9.1945.

⁸⁸ Ebd.

gewesen. Leibfritz' Frau habe einige Male Gestapo-Beamte in Reutlingen abholen und wieder herunterfahren müssen, die mit Früh dort konferierten. Es sei das Gerücht umgegangen, so Leibfritz, dass Früh die Gewalt besitze, jeden zu verhaften, den er für verdächtig halte. Wenn dieser nun behauptete, er hätte durch das formelle Eingehen auf die Gestapo-Wünsche nur ein Tarnmanöver gemacht, so müsse er doch sagen, dass er sich nicht über drei Jahre so tarnen konnte, dass es nicht gemerkt worden wäre.⁸⁹

Anfang der 1940er Jahre zog Hans Früh, wohl im Zusammenhang mit seiner Anstellung auf Muna Haid, von Reutlingen in seinen Geburtsort Undingen um. Bald wurden ihm dort Ambitionen auf den Bürgermeisterposten nachgesagt und offenbar machte er sich dabei nicht gerade Freunde. Nach Frühs Nachkriegs-Darstellung wurden er und seine Familie dort von den Nazi-Parteigrößen nicht gerade liebevoll empfangen, weil sie ihn für einen linken Nazigegner hielten. Er sei bespitzelt worden und man habe auf der Lauer gelegen, um ihn beim „Schwarzhören“ von ausländischen Radiosendern aus Paris und London zu erwischen. Als er immer noch keine Ruhe hatte, habe er versucht, wenigstens dem Haupträdelsführer zu schaden. Früh zeigte ihn bei der Gestapo an, weil dieser gesagt haben sollte, „wenn er nicht mehr Lohn bekomme, arbeite er eben nur so viel, dass er seinen Lohn verdiene“. Die Folge war ein Verfahren gegen diesen Einwohner. Wäre er „nicht immer sonst ein so grosser Nazi gewesen, so hätte ich ihn nicht gemeldet“, verteidigte sich Früh später.⁹⁰ Sein Verhalten wollte er jetzt als heimlichen Widerstand gegen die Nazis gewertet wissen. Nach Kriegsende 1945 tauchte Früh dann auf einer Liste mit Personen auf, die sich durch schikanöses Verhalten im Dritten Reich besonders unbeliebt gemacht hätten. Verfasst hatte sie der Undinger Oberwachmeister Anstett, mit dem Früh ebenfalls im Streit lag. Im Dezember 1943 oder Anfang 1944 wurde Hans Früh mit 54 Jahren noch zur Wehrmacht eingezogen.⁹¹

Das Politische Referat in der Reutlinger Stadtverwaltung, das 1945/46 Material zur Beurteilung politischen Verhaltens in der NS-Zeit sammelte, hielt Frühs Rechtfertigungen für unglaubwürdig. Früh mache einen schlechten Eindruck, heißt es in der städtischen Beurteilung. „Er ist keine offene Natur und zeigt in seinem Wesen einen gewissen gewalttätigen Zug. Er ist somit charakterlich nicht hoch zu werten.“⁹² Es erscheine nicht recht glaubhaft, dass er seine Spitzel-Tätigkeit nur zögernd und einschränkend ausgeübt habe. Vielmehr habe er selbst zugeben müssen, dass er hierfür Entschädigung in Form von Benzin bekommen habe. Es sei daher sogar der Verdacht begründet, dass ihm seine Tätigkeit auch anderweitig entlohnt wurde. Ob und in welchem

⁸⁹ Ebd., Fabrikant Joh. Leibfritz an OB Kalbfell, 25. 10. 1945.

⁹⁰ Ebd., Polit. Referat, Aussage Früh, 8. 9. 1945.

⁹¹ Ebd.

⁹² Ebd., Polit. Referat, Bericht über Früh, 7. 9. 1945.

Umfang er durch seine Spitzel-Tätigkeit Schaden gestiftet habe, sei nicht feststellbar. Wegen der von Früh ausgeübten „verabscheuungswürdigen Tätigkeit“ könne nur eine zeitweise Inhaftierung als angemessene Sühne erachtet werden, wurde erklärt. Nach Verurteilung zu politischer Haft durch die amerikanische Militärregierung wurde er am 10. September 1945 in das Politische Lager Reutlingen eingeliefert, wo er mehrere Monate verbrachte.⁹³

Anfang November 1945 kündigte die Stadt Reutlingen die Räume der Malerwerkstatt, die Hans Früh hier immer noch in der Lederstraße 90 betrieb. Sie wollte darin eine Dreizimmerwohnung einrichten.⁹⁴ Das Gesuch von Berta Früh, ihren Mann zur Räumung der Werkstatt für einige Tage aus der Haft freizustellen, hatte ebensowenig Erfolg wie ihre Bitte, ihn an Weihnachten zu entlassen.

2 Funktionäre auf dem Rückzug

2.1 David Aichele: Sprengstoff im Wäschekorb

David Aichele wurde am 29. Dezember 1894 als Sohn des Ölhändlers David Aichele und seiner Ehefrau Barbara in Eningen geboren. Nach dem Besuch der evangelischen Volksschule in Eningen absolvierte er die Gewerbeschule in Reutlingen, zwei Privatkurse im Baufach, drei Semester Baugewerkschule und die Maurermeister-Prüfung.⁹⁵ Von 1912 bis 1914 ging David Aichele auf Wanderschaft. Im Ersten Weltkrieg war er ab September 1914 bis Januar 1915 Soldat beim Grenadier-Regiment 123. Er wurde mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse und einer Silbernen Verdienstmedaille ausgezeichnet. Aufgrund einer schweren Kriegsverletzung durch Granatsplitter und mehrfache Schüsse in Schulter, Oberarm und Handgelenk auf der rechten Seite wurde er vom Heer als 60 % Kriegsbeschädigter entlassen. Mit zertrümmerter Achsel und verkrüppeltem rechtem Arm sah David Aichele seine Berufspläne als Bauwerkmeister zunichte gemacht. Ab 1916 arbeitete er auf der Baugewerkschule, dann ein Jahr als technischer Kontrollbeamter bei der Geschossfabrik Ingolstadt, danach angestellt bei der Bahnmeisterei und dem Stadtbauamt Günzburg. Im März 1921 kehrte er nach Reutlingen zurück und war hier zunächst als Hilfs- und Vorarbeiter tätig, bis er dann ab August 1923 als Materialverwalter in der Maschinenfabrik zum Bruderhaus beschäftigt wurde.

David Aichele war seit Januar 1918 mit Anna, geb. Schubert, verheiratet und hatte zwei Kinder, die zur Zeit der Leipziger Gerichtsverhandlung neun

⁹³ StadtA Rt., AdN Bü 951, 1029, 1030, 1031. Früh war mindestens bis 10. 4. 1946 in diesem Lager inhaftiert.

⁹⁴ StadtA Rt., AdN Bü 245 und Bü 401, Berta Früh an OB Kalbfell, 12. 12. 1945.

⁹⁵ StadtA Rt., Personen- und Adressbogen David Aichele; BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 5; ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage D. Aichele.

und vier Jahre alt waren. Im Vergleich zu seinen Mitangeklagten war er relativ vermögend: Er baute 1921, zum Teil mit Landes- und Gemeindedarlehen, ein Zweifamilienhaus, das ab 1927 schuldenfrei war.⁹⁶ Wegen der Verbreitung kommunistischer Flugblätter wurde David Aichele in der Hyperinflation 1923 zu einer Geldstrafe von einer Billion Mark verurteilt.⁹⁷ Der Reutlinger KPD schloss sich David Aichele Anfang des Jahres 1922 an und wurde rasch Zweiter Vorsitzender der Partei. Motiv war offenbar seine Enttäuschung über die Zerschlagung seiner Berufspläne als Bauwerkmeister und Wut über die schlechte Behandlung von Kriegsverletzten in der Nachkriegszeit. Trotz Ablegung von Prüfungen und trotz des Besitzes des Zivilversorgungsscheins als Schwerkriegsbeschädigter hatte er nach eigener Aussage auf Stellengesuche überall höhnische Antworten erhalten. Dies schmerzte ihn als Schwerkriegsbeschädigten ganz besonders und er glaube, dass die KP seine Interessen am besten wahrnehme.⁹⁸ Bei „normalen Verhältnissen“, war auch seine Frau Anna überzeugt, hätte sich ihr „rechtschaffener stets auf das Wohl seiner Familie bedachter Mann“ nicht auf die KPD und schon gar nicht auf die Hochverratspläne eingelassen.⁹⁹

Innerhalb der Reutlinger KPD fungierte David Aichele als ehrenamtlicher Gewerkschaftsobmann. Er dürfte im innerparteilichen Spektrum also eher Vertreter einer gemäßigten kommunistischen Realpolitik gewesen sein. Die Putschpläne und die Radikalisierung der KPD im Herbst 1923 haben ihm sicher weniger gefallen, aber als leitender Funktionär wusste er davon. Mit der militärischen Organisation der Partei habe er nie etwas zu tun gehabt, er habe immer nur politische Versammlungen geleitet und sei gewerkschaftlich tätig gewesen, betonte David Aichele in den Verhören mehrfach.¹⁰⁰

Unterschiedliche Haltungen zur Ausrichtung der KPD waren sicherlich einer der Gründe für das Zerwürfnis zwischen David Aichele und Hans Früh, dem Ersten Vorsitzenden. Beide wurden etwa zur selben Zeit in ihre Positionen gewählt, aber schon bald hätten die Streitereien mit Früh eingesetzt, berichtete Aichele. Als Gewerkschaftsobmann habe er seine Anweisungen von der Gewerkschaftsabteilung der Bezirksleitung bekommen.¹⁰¹ Der zweite

⁹⁶ StadtA Rt., Stadtpflege II Bü 1692; ebd., S 74 Nr. 1564.

⁹⁷ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Anzeige Polizei-Direktion Rt., 8. 1. 1924; ferner Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage David Aichele, 12. 5. 1924.

⁹⁸ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage David Aichele, 12. 5. 1924.

⁹⁹ Ebd., Bd. 5, Gesuch Anna Aichele, 19. 12. 1924.

¹⁰⁰ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 7. 2. 1924, Aussage David Aichele; ebd., Bd. 7, Amtsgericht Rt., 15. 2. 1924, Aussage D. Aichele.

¹⁰¹ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage David Aichele, 12. 5. 1924.

Grund war, dass David Aichele Hans Früh nicht für ehrlich hielt und verdächtige, Parteigelder zu veruntreuen – womit er ja auch nicht so falsch lag.¹⁰²

Wegen der Konflikte mit Früh, auf dessen Seite sich zunächst auch Christoph Lutz schlug, fühlte sich David Aichele zunehmend isoliert in der Reutlinger KPD. Er sei in mögliche Pläne für Sprengstoff- und Waffenbeschaffung in keiner Weise eingeweiht gewesen, erklärte er in einem der Verhöre: „Obwohl ich zweiter Vorsitzender der Ortsgruppe Reutlingen der K.P.D. war, so schenkte man mir doch kein Vertrauen in der Partei, seitdem ich seinerzeit bei der Flugblattverteilung so rasch aus der Schutzhaft entlassen worden war. Man warf mir vor, ich habe die Partei an den Pranger gestellt.“¹⁰³ Noch kurz vor dem Verbot der KPD (also etwa Mitte November) habe ihn der Vorsitzende Früh ausschließen wollen, was er sich aber nicht habe gefallen lassen. Bei einer Versammlung vor mindestens 60 bis 80 Genossen im Gewerkschaftshaus habe Früh ihn aufgefordert, das Zimmer zu verlassen, weil er Gewerkschaftsobmann sei und hier andere Fragen behandelt würden. Als Aichele kurz darauf bei einer öffentlichen Mitgliederversammlung von Früh Rechenschaft über sein Verhalten gefordert habe, habe Früh ihn vor der gesamten Mitgliedschaft für aus der Partei ausgeschlossen erklärt. Dieser Tag habe den endgültigen Schluss seiner ganzen Parteitätigkeit gebracht.¹⁰⁴ Zu einer förmlichen Entscheidung über den Parteiausschluss sei es aber infolge der Auflösung der Parteiorganisation nicht mehr gekommen.¹⁰⁵ Seit dem Verbot der Partei am 23. November habe er keine Beiträge mehr bezahlt, so Aichele; er betrachte sich seitdem nicht mehr als Mitglied. Als Schwerkriegsbeschädigter habe er sich auch der Hundertschaft Reutlingen nicht angeschlossen.¹⁰⁶ Früh spielte die Vorgänge indessen als privaten Streit zwischen ihm und David Aichele herunter. Er sei lediglich einmal mit ihm bei einer privaten Zusammenkunft auf der Straße aneinandergeraten, weil er ihm vorgeworfen habe, er spüre ihm nach, was er sich verbeten habe.¹⁰⁷

Als David Aichele in einem Verhör vorgehalten wurde, er sei bei weiteren Sprengstoffbeschaffungen für die Partei aktiv gewesen, vermutete er sofort Früh oder Lutz als Urheber solcher Verdächtigungen: Dies könne nur von Früh oder Lutz kommen, „die nun auf mir abladen wollen, weil sie einen Hass auf mich haben, seit ich gegen Früh in der Partei entschieden aufgetreten bin. Ich bin ehrlich genug, um für das was ich gemacht habe, auch einzustehen.“¹⁰⁸

¹⁰² Ebd., Bd. 7, Aussagen David Aichele, Württ. LKPA 7.2.24 und Württ. Landgericht, 23.8.24. Vgl. auch Kap. III.1.

¹⁰³ Ebd., Bd. 7, Haftbefehl Amtsgericht Rt., 9. 1. 1924. Vgl. auch ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 23. 8. 1924.

¹⁰⁴ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage David Aichele.

¹⁰⁵ Ebd., Bd. 7, Haftbefehl Amtsgericht Rt., 9. 1. 1924.

¹⁰⁶ Ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 23. 8. 1924.

¹⁰⁷ Ebd., Bd. 7, Aussagen Früh, 9.1., 12.5. und 12. 6. 1924.

¹⁰⁸ Ebd., Bd. 7, Amtsgericht Rt., 15. 2. 1924.

In der Tat belasteten Früh und Lutz David Aichele in den Verhören immer wieder, so behaupteten sie beispielsweise, dass er mit Geld von Tübinger Parteigenossen Sprengstoff gekauft habe.¹⁰⁹

Doch trotz der Distanz zur Reutlinger KPD und seiner angeblichen Unkenntnis über deren geheime militärische Organisation ließ sich David Aichele, als er von Gottlob Böhler gefragt wurde, ob die KPD Interesse am Kauf von Sprengstoff hätte, auf die Vermittlung des Sprengstoffes und die Beaufsichtigung des Wäschekorbes mit dem explosiven Inhalt ein. Da Früh sich offenbar schon weigerte, mit David Aichele zu reden und dieser während Frühs „illegaler“ Phase auch dessen Aufenthaltsort gar nicht wusste, schaltete Aichele Christoph Lutz ein, um Früh zu informieren und das Geschäft für die Partei möglich zu machen. Die Beschaffung von Sprengstoff und Waffen habe seiner Ansicht nach nur zum Schutz und zur Abwehr des bevorstehenden Faschisten-Putsches Verwendung finden sollen, behauptete auch David Aichele in den Verhören. Es sei ihnen ja immer wieder gesagt worden, dass sie von dieser Richtung nichts Gutes zu erwarten hätten. Dass dies tatsächlich zum größten Teil richtig sei, sei ihm dadurch bestätigt worden, dass „rechtsradikale Elemente“ sein Haus durch das Einwerfen von Fenstern beschädigt hätten, er tätlichen Beleidigungen ausgesetzt gewesen sei und verschiedene Drohbriefe erhalten habe.¹¹⁰ Diese aus der alltäglichen Erfahrung im Reutlinger Umfeld hergeleitete Motivation klingt plausibel. Dennoch muss er als KPD-Funktionär von den radikaleren Zielen gewusst haben.

David Aichele beteiligte sich auch weiterhin an den konspirativen Gepflogenheiten der KPD. Er war bereit, Parteigenossen in seiner Wohnung in der Wöhrdstraße zu beherbergen, wenn diese irgendwelche Aufgaben zu erfüllen hatten oder „untertauchen“ mussten. So wohnte Wilhelm Zimmermann im Herbst 1923 etwa eine Woche bei ihm, bevor er endgültig mit dem unterschlagenen KPD-Geld flüchtete.¹¹¹ Allerdings hatte Zimmermann David Aichele erzählt, seine Frau habe ihn nach einem Streit hinausgeworfen, also keinen politischen Grund angegeben. In Aicheles Wohnung gingen viele KPD-Mitglieder ein und aus; es fanden auch Parteiversammlungen dort statt. Es sei nicht ausgeschlossen, dass dabei Gewehre übergeben oder Waffenkäufe getätigt wurden, sagte Aichele in den Verhören aus.¹¹² Vor Gericht konnte ihm nicht bewiesen werden, dass er davon wusste oder selbst aktiv wurde.

Anfang Januar 1924 wurde die Handgranatenherstellung in der Werkstatt des Reinhard Aichele von der Reutlinger Polizei aufgedeckt. Am 9. Januar holten zwei Polizisten David Aichele an seinem Arbeitsplatz in der Maschi-

¹⁰⁹ Ebd., Bd. 7, Landgericht Stgt., Aussage Früh, 9. 9. 1924.

¹¹⁰ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924.

¹¹¹ Ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Ulm an Staatsanw. Tü., 25. 1. 1925.

¹¹² Zum Bsp. ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 23. 8. 1924, Aussage David Aichele; auch ebd., Bd. 7, Aussage D. Aichele, 9. 7. 1924.

nenfabrik zum Bruderhaus ab und führten ihn zur Vernehmung durch die Reutlinger Polizei. Er blieb bis 26. Januar in Untersuchungshaft.¹¹³ In den Verhören gab David Aichele sofort zu, Anfang bis Mitte Oktober 1923 in der Wirtsstube des Gewerkschaftshauses einen kleinen verschlossenen Wäschekorb bewacht zu haben. Er behauptete allerdings zunächst, dieser Korb sei im Gewerkschaftshaus abgestellt worden und die Wirtin habe ihm ausgerichtet, da sei ein Korb, den er bewachen solle. Er habe dann ein bis zwei Stunden darauf aufgepasst und ihn dann an Christoph Lutz übergeben.¹¹⁴ Die Beteiligung der Sprengstoffdiebe Koch, Neuffer und Böhler, aber auch Aicheles Vermittlerrolle beim Sprengstoffankauf kamen erst etwas später ans Licht.

Wie die anderen Angeklagten kam auch David Aichele nach Ausstellung des Haftbefehls des Staatsgerichtshofs Anfang Dezember 1924 in Untersuchungshaft, in seinem Fall in das Reutlinger Amtsgerichtsgefängnis. Hier machten ihm wohl seine Kriegsverletzungen zu schaffen und er bemühte sich, allerdings vergeblich, bis zum Prozessbeginn auf freien Fuß gesetzt zu werden. Er habe im Krieg sieben Verwundungen erlitten, erklärte er, und hauptsächlich sei ihm die rechte Achsel zertrümmert worden. Seit zwanzig Wochen sei er eigentlich arbeitsunfähig und stehe in ärztlicher Behandlung. Kurz vor der Verhaftung hätte er sich eigentlich einen weiteren Splitter aus dem linken Oberarm entfernen lassen sollen, sei aber wegen des Mostens, das er zu beaufsichtigen habe, nicht dazu gekommen. Bereits 40 heiße Bäder seien ihm vom Arzt verordnet worden. „Eine längere Untersuchungshaft“, erklärte er, „hätte für mich ernste Lebensgefahr zu Folge, da ich gegen Kälte und ein hartes Lager äusserst empfindlich bin.“¹¹⁵

Seine Frau Anna unterstützte ihn mit einem eigenen Gesuch. Von der Arbeit weg sei ihr Mann am 4. Dezember verhaftet worden, obwohl er bis zu diesem Tag stets ärztlich betreut worden sei, beschwerte sie sich. Dass die vielen Kriegsverletzungen seine Gesundheit beeinträchtigt hätten, liege auf der Hand. Nun habe er auch noch durch die Untersuchungshaft körperlich und seelisch stark gelitten: „Sein siecher Körper mit seinem zerrütteten Nervensystem steht durch die psychische seelische Einwirkung der Untersuchungshaft vor dem vollständigen Zusammenbruch.“¹¹⁶ Da Fluchtgefahr nicht im geringsten zu befürchten sei, bat sie, ihren Mann auf freien Fuß zu setzen, insbesondere noch vor den Weihnachtsfeiertagen, „damit er bis dahin seiner Familie zurückgegeben ist & all das Leid gemildert wird. Vor allem aber mein Mann mir & meinen Kindern erhalten bleibt.“ Dies, so betonte sie, „dürfte wohl der einfachste Weg zur pol. Entwirrung sein. Damit wäre dem Staate,

¹¹³ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924; ebd., Bd. 7, Anzeige Polizei-Direktion Rt., 8. 1. 1924.

¹¹⁴ Ebd., Bd. 7, Anzeige Polizei-Direktion Rt., 8. 1. 1924, Aussage D. Aichele, 9. 1. 1924.

¹¹⁵ Ebd., Bd. 5.

¹¹⁶ Ebd., Bd. 5, Gesuch, 19. 12. 1924.

dessen Hüter der oberste Gerichtshof mit seiner Gesetzgebung ist, am besten gedient.“ David Aichele blieb trotz dieser medizinischen Argumente in Untersuchungshaft und trat auch nach dem Gerichtsurteil am 13. März 1925 seine um die Untersuchungshaft verminderte Haftstrafe von acht Monaten und zwei Wochen an. Beim Prozess war er relativ hart mit einem Jahr Gefängnis bestraft worden, obwohl ihm „nur“ die Vermittlung und Übergabe des Wäschekorbs angelastet wurde. Erschwerend wirkten seine Leitungsfunktionen in der Reutlinger KPD. Doch bereits im Juli 1925 setzte sich der Oberreichsanwalt dafür ein, Aicheles Gnadengesuch wegen seiner guten Führung und seiner Kriegsbeschädigung zu befürworten. Er schlug vor, den Verurteilten nach zwei weiteren Monaten zu entlassen, auch wenn er zu den überzeugten Anhängern der KPD gehöre.¹¹⁷

Nach der Haft stabilisierte sich David Aicheles berufliche Situation offenbar. Bis 1927 war sein Zweifamilienhaus schuldenfrei und 1929 wurde er als selbstständiger Baumaterialhändler geführt. Soweit bekannt ist, kam er nur in einer privaten Ausnahmesituation im September 1929 noch einmal mit der Reutlinger Polizei in Kontakt. Nachdem ihn seine Ehefrau verlassen hatte und aus Ärger über seine Nachbarn veranstaltete David Aichele sehr lautstark und alkoholisiert in seiner Wohnung mit einigen Freunden und einem extra engagierten Klavierspieler ein Fest. Die Polizei musste auf Protest der Nachbarn mehrmals erscheinen und die vorläufige Festnahme androhen, bis es endlich ruhiger wurde. David Aichele erhielt eine Strafe von 10 RM wegen Ruhestörung.¹¹⁸

2.2 Christoph Lutz: Misstrauischer Parteikurier

Christoph Lutz wurde am 19. April 1900 in Hechingen als Sohn des Schlichtermeisters und Fabrikarbeiters Adolf Lutz und seiner Frau Judith in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen geboren.¹¹⁹ Vater und Mutter hätten einen anständigen Charakter gehabt, seien überall beliebt gewesen und ihr Verhalten zueinander und zu den Kindern sei gewesen „wie es sich gehört“, gab Christoph Lutz selbst an. Er hatte zwei Schwestern und zwei Brüder, die alle anständige und beliebte Personen seien. Ein Bruder war Lehrer, der andere Schreiner. Lutz besuchte in Hechingen und Bodelshausen bis zum 17. Lebensjahr die evangelische Volksschule mit sehr guten Zeugnissen, absolvierte dann in Hechingen eine Lehre als Bauschlosser und arbeitete als Geselle in Rheinfeldern und in der Eisenbahnreparatur-Werkstätte in Tübingen. Vom Oktober 1918 bis Januar 1920 war er Soldat beim Infanterie-Regiment 122, zuletzt bei

¹¹⁷ Ebd., Bd. 3, Handakten Oberreichsanwalt 1925.

¹¹⁸ StadtA Rt., Württ. Polizeidirektion Bd. 41, Anzeige gegen David Aichele, 21. 9. 1929.

¹¹⁹ Biograph. Angaben: BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage Lutz; StA Ludwigsburg, E 356 d III Bü 328; StadtA Rt., Personen- und Adressbogen.

der Freiwilligen Abteilung Haas in Stuttgart. Nach der Entlassung ging er in seinem Beruf auf Wanderschaft, u. a. nach Augsburg, München, Tuttlingen, Freiburg, Stuttgart, bis er dann im Dezember 1921 wieder nach Reutlingen zurückkehrte. Ab Mai 1923 war er arbeitslos, ab Juni 1924 wieder als Schlosser beschäftigt. Seit Oktober 1922 war Lutz mit Lore, geb. Müller, verheiratet. Im März 1925 und im November 1926 wurden zwei Töchter geboren. Lutz hatte eine schwache Gesundheit, 1922 eine Rippenfellentzündung und 1923 eine Tuberkulose, die in der schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Situation nicht richtig ausheilte. Auch seine Frau war lungenkrank.

Lutz war mehrfach vorbestraft: 1919 erhielt er beim Militär wegen Diebstahls 14 Tage, 1920 wegen dienstlichen Ungehorsams 16 Tage mittleren Arrest. 1923 wurde er wegen Schleichhandels von Gerste zu 5000 M Geldstrafe und im selben Jahr wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die letzte Strafe trat er am 8. Januar 1924 im Amtsgerichtsgefängnis Reutlingen an und wurde dort am nächsten Tag auch gleich zur Handgranatensache verhört. Im direkten Anschluss verbüßte er die Strafe wegen Diebstahls dann bis 27. März 1924 im Zellengefängnis Heilbronn. Der Rest der Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.¹²⁰ Seine letzte Strafe wegen schweren Diebstahls, so Lutz, sei entstanden „durch die sehr schlechte Zeit der Inflation im Jahre 1923. Ich wurde schon im Mai 1923 arbeitslos u. konnte absolut keine Arbeit finden. Meine Frau war immer krank u. auch ich wurde durch schlechte Beköstigung letzten Endes auch krank. Wir hatten öfters nur schwarzen Kaffee u. trockenes Brot.“¹²¹ So habe er bei einem Bauern Nahrungsmittel gestohlen.

Christoph Lutz war im November 1921, also mit 21 Jahren, in die KPD eingetreten, weil er glaubte, „dass diese Partei am besten die Interessen der Arbeiterschaft verfechte“ und weil ihn Nachbarn dazu überredet hätten.¹²² Als die KPD im Krisenherbst 1923 begann, ihre Umsturzpläne zu organisieren, wurden Lutz offenbar verschiedene dem gerade entstehenden militärischen Geheimbereich zugeordnete Aufgaben übertragen. Auch diesen Schritt in die politische Radikalisierung erklärte Lutz nicht mit Überzeugungen, sondern mit seiner wirtschaftlichen Notlage: „In der schlechtesten Zeit 1923 war die kommunistische Partei allgemein beliebt bei der Arbeiterschaft, als diejenige Partei, welche uns eine bessere Lebensmöglichkeit schaffen wolle. Durch gut bekannte Arbeitskollegen wurde ich zur aktiven Arbeit innerhalb der Partei aufgefordert u. ich sagte in meiner bittersten Notlage bereitwillig zu.“¹²³

¹²⁰ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 3, Handakten Oberreichsanwalt 1925; ebd., Bd. 7, Anzeige Polizei-Direktion Rt., 8. 1. 1924; LKPA Stgt., 7. 2. 1924, 13. 5. 1924.

¹²¹ StA Ludwigsburg, E 356 d III Bü 328, Lebenslauf.

¹²² BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage Lutz, 12. 5. 1924, 23. 8. 1924. Im August 1924 gab Lutz an, seit Herbst 1922 in der KPD zu sein.

¹²³ StA Ludwigsburg, E 356 d III Bü 328, Lebenslauf.

Lutz arbeitete ab September 1923 drei Monate lang als Ordonnanz und Verbindungsmann von Hans Früh, als dieser verdeckter militärischer Leiter des „Kampfgebiets“ Reutlingen wurde und in einer geheimen Wohnung lebte. Innerhalb der Reutlinger Ortsgruppe, aber auch im großen „Kampfgebiet“, das neben Reutlingen zahlreiche weitere Ortschaften vom Neckartal bis zur Schwäbischen Alb umfasste, war Lutz für die interne Kommunikation zuständig und transportierte auch verschlossene Botschaften an die Kuriere von anderen Ortschaften. Außerdem war Lutz ab September 1923 als Unterkassier in der KPD-Ortsgruppe Reutlingen tätig. Seine Anweisungen habe er vom Kassier der Ortsgruppe Vinzenz Maier erhalten. Vermutlich ging es bei diesen Tätigkeiten von Lutz vor allem um die illegalen Ankäufe von Sprengstoff und Waffen, für die die übergeordneten KPD-Stellen Geld zur Verfügung stellten. Eine Bezahlung für seine Parteitätigkeit erhielt Lutz nach eigenen Angaben nicht.¹²⁴ Im Oktober 1923 nahm er an einem Reisemarsch der Hundertschaft Reutlingen teil. Jedes Mitglied der KPD Reutlingen sei automatisch auch Mitglied der Hundertschaft Reutlingen gewesen, behauptete er.¹²⁵ Weitere Übungen habe er aber nicht mitgemacht.

In seiner Rolle als rechte Hand von Hans Früh war Christoph Lutz über viele Vorgänge informiert und an vielen Aktivitäten als Bote, Vermittler und Assistent beteiligt. Er agierte aber nicht eigenständig, sondern aufgrund der Instruktionen, die man ihm gab, und dachte wohl zunächst nicht viel über den Zweck der Aufträge nach. So vermittelte er den Kontakt während der Kaufverhandlungen über den gestohlenen Sprengstoff zwischen den Beteiligten (David Aichele und die Diebe Koch und Neuffer) und Früh, der den Ankauf von seiner „illegalen“ Wohnung aus genehmigte und aus Parteigeldern bezahlte. Lutz war es dann, der den Wäschekorb mit dem Sprengstoff bei David Aichele im Gewerkschaftshaus abholte, ihn zwei bis drei Tage bei sich in der Wohnung verwahrte, bis Karl Eisele zu ihm kam, den Sprengstoff dort in seinen Rucksack umpackte und mitnahm. Lutz wusste dabei, dass der Wäschekorb mit Pikrin, also einem sehr gefährlichen Sprengstoff, gefüllt war. Seine ziemlich starke Wirkung habe er selbst schon beim Sprengen von Stumpen im Wald beobachtet, erklärte er in einem der späteren Verhöre. Er habe sich aber über die Sache weiter keine Gedanken gemacht, habe auch den Aichele nicht nach der Verwendung des Pikrin gefragt. Er habe geglaubt, einem Parteigenossen diese Gefälligkeit erweisen zu müssen. Als Parteigenosse hätte er es auch als seine Pflicht angesehen, es dem Eisele abzugeben, selbst wenn ihm die Bestimmung des Pikrins zur Herstellung von Handgranaten bekannt gewesen wäre.¹²⁶

¹²⁴ BAArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage Lutz, 12. 5. 1924.

¹²⁵ Ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 23. 8. 1924, Aussage Lutz.

¹²⁶ Ebd., Bd. 7, Anzeige Polizei-Direktion Rt., 8. 1. 1924.

Christoph Lutz war es dann, der den ermittelnden Beamten im Februar 1924 streng vertraulich entscheidende Hinweise auf weitere am „Handgranatenfall“ beteiligte Personen gab: die Diebe Koch, Neuffer und Böhler.¹²⁷ Lutz hatte Koch und Neuffer auf Anweisung von Früh den Kaufpreis von 3 Dollar für die gestohlene Ware ausbezahlt.¹²⁸ Lutz bestätigte den Behörden auch, dass Früh wegen der Sprengstoffbeschaffung Kontakte nach Esslingen hatte. Er selbst habe aber nie Sprengstoff in Esslingen geholt, was Wilhelm Zimmermann und andere Parteigenossen behauptet hatten.

Auch in mehrere Waffenankäufe war Christoph Lutz verwickelt. So vermittelte er im Spätsommer 1923 den Ankauf eines abgeänderten Militär-Karabinergewehrs von Albert Bronner an die KPD zum Preis von 20 bis 25 Millionen Mark.¹²⁹ Er hatte KPD-Mitglied Bronner im Garten beim Scheibenschießen beobachtet und Früh von dem schönen umgebauten Karabiner berichtet, worauf Früh ihn bat, Bronner zu Kaufverhandlungen in Frühs Wohnung zu bringen. Lutz holte später dieses Gewehr bei Bronner in einem Sack ab und brachte es zu Früh. Später transportierte er im Auftrag von Früh dieses und mindestens ein weiteres Militärgewehr sowie Munition zu Gottlob Holzwarths Gartenhäuschen ins Waffenlager.

David Aicheles Wohnung, wo viele KPD-Sitzungen stattfanden, war dabei wohl – ob nun mit oder ohne Wissen von David Aichele – ein wichtiger Übergabeort für Waffen und Munition, die im Waffenlager landeten. Lutz behauptete auch, dort bei einer Ausschusssitzung einmal zwei Pistolen Holzwarth direkt übergeben zu haben. Die Ausführung der Früh'schen Anordnungen sah Lutz als Dienst an der Partei.

Christoph Lutz war lange Zeit bereit, ohne Nachdenken und Widerspruch die Anweisungen von Früh auszuführen. Dies scheint sich – so stellte er es zumindest in den späteren Verhören dar – etwa Ende Oktober geändert zu haben. Von Mai bis Oktober 1923, als Früh als politischer Leiter der Partei fungierte und Lutz ihn als rechte Hand unterstützte, hätten sie sich gut verstanden, so Lutz.¹³⁰ Da seien ihm die Ziele der KPD noch nicht klar gewesen. Er habe immer gedacht, der Sprengstoff solle dazu dienen, einen eventuellen Angriff der Reichswehr und Schutzpolizei gegen die infolge der Arbeitslosigkeit und Inflation allgemein unzufriedene Arbeiterschaft abzuwehren. Er habe dann erfahren, dass die KPD den gewaltsamen Umsturz vorbereite und die Bewaffnung der Arbeiterschaft unter dem falschen Vorwand betreibe, man müsse sich gegen die Hakenkreuzler rüsten. Da ihm allmählich die kom-

¹²⁷ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 7.2. 1924, Aussage Lutz.

¹²⁸ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 7.2. 1924; vgl. auch ebd., 13. 5. 1924, Aussage Lutz, 12. 5. 1924; vgl. auch Aussage Lutz 9. 7. 1924; vgl. ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Ulm an Staatsanw. Tü, 25. 1. 1925.

¹²⁹ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 7.2. 1924, Aussage Lutz; vgl. auch Aussage Lutz 9. 7. 1924.

¹³⁰ Dazu ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 13. 5. 1924, Aussage Lutz 12. 5. 1924; ebd., Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 23. 8. 1924, Aussage Lutz.

munistische Kampfweise zu weit ging, habe er nicht mehr mitgemacht. Lutz behauptete sogar, seinen Austritt aus der KPD-Ortsgruppe Reutlingen erklärt und seit dem Verbot der Partei nicht mehr für sie und Früh gearbeitet zu haben.

Es gab für Lutz noch einen zweiten Grund, warum er Früh, seit er ihn näher kennengelernt habe, „für einen ganz gemeinen Lumpen“ hielt.¹³¹ Er beschuldigte ihn, Parteigelder unterschlagen zu haben. Sein Aufwand habe ihn dies dringend vermuten lassen, da er doch arbeitslos war. Lutz erklärte, er habe häufig gesehen, dass Früh in Abrechnungen über Käufe von Waffen wiederholt höhere Beträge als Ausgaben eingesetzt habe, als er in Wirklichkeit gemacht hatte. Für den Sprengstoff habe er zum Beispiel 3 Dollar bezahlt und 5 Dollar verrechnet. Mit den so gewonnenen Geldern hätten er und seine Frau gut gelebt. Zum Dank dafür, so Lutz, dass er ihn während seines illegalen Aufenthalts und der Erkrankung seiner Frau mit Nahrungsmitteln und Dienstleistungen aller Art unterstützt habe, habe er ihn bei den Parteigenossen in den Ruf eines „lästigen Fressers“ gebracht. „Ich hatte ihn mit meinen bescheidenen Mitteln nach Kräften unterstützt“, beklagte sich Lutz, „und er hat dann später auf Parteikosten üppig gelebt.“¹³²

Wie die anderen Beteiligten im „Handgranatenfall“ wurde Christoph Lutz Anfang Januar 1924 zum ersten Mal verhört, weitere Verhöre folgten im Februar, Mai, Juli und August. Da er über viele Zusammenhänge gut informiert war und wohl aus Verärgerung über die KPD und ihren Leiter Früh bereit war, relativ viel preiszugeben, war er ein wertvoller Zeuge für die ermittelnden Beamten.

Anfang Dezember 1924 kam Lutz, wie die anderen Angeklagten auch, mit dem Haftbefehl des Staatsgerichtshofs in Untersuchungshaft in Reutlingen. Da nützten auch weder sein Verweis auf die lohnende Arbeit bei Schlossermeister Katz, die er derzeit den ganzen Winter über habe, noch ärztliche Zeugnisse, die ihm eine langwierige Lungentuberkulose und seit 1920 eine Neigung zu epileptischen Anfällen attestierten.¹³³ Bei der Gerichtsverhandlung vom 13. bis 15. März 1925 wurde Christoph Lutz zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt, da er umfangreich sowohl bei Sprengstoff- als auch bei der Waffenbeschaffung beteiligt war und als Funktionär der Partei als „Täter“ und nicht als „Beihilfe“ gehandelt habe, so das Gericht.¹³⁴ Lutz verbüßte seine Haft, von der drei Monate Untersuchungshaft abgezogen wurden, in der Strafanstalt Ludwigsburg. Ein erstes Gnadengesuch vom

¹³¹ Ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 23. 8. 1924, Aussage Lutz, 12. 5. 1924; vgl. auch ebd., Württ. LKPA Stgt., Aussage Lutz, 7. 2. 1924.

¹³² Ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 23. 8. 1924.

¹³³ Ebd., Bd. 5.

¹³⁴ BAArch Berlin, R 3003/96, Az. 14 a J 197/25, Bd. 1, Prozessanmerkung.

Sommer 1925 wurde, wie bei den anderen Angeklagten auch, als verfrüht abgelehnt, auch wenn seine gute Führung gelobt wurde.¹³⁵

Noch immer fand Lutz das hohe Strafmaß ungerecht, wie er im Gefängnis erläuterte: „Ich war mir, offen und ehrlich gesagt, nicht klar, gegen wen eigentlich der Sprengstoff verwendet werden sollte, denn ich bin kein geschulter Politiker, auch fragte ich gar nicht danach. Daß ich nur deshalb ein Jahr sechs Monate Zuchthaus erhalten habe, kann ich nicht als gerecht ansehen, denn als ich diese strafbare Handlung begangen habe, wußte ich wohl, daß es, falls ich dabei ertappt würde, bestraft werde, hätte ich aber gewußt, daß solch hohe Strafen darüber verhängt werden, wäre ich niemals zu dieser Tat übergegangen u. werde mich in Zukunft hüten, solche Angelegenheiten zu verrichten.“¹³⁶

Wegen andauernder Gesundheitsprobleme ließ sich Lutz im Oktober 1925 auf eigene Kosten von einem Lungenspezialisten untersuchen. Der stellte Beschwerden fest, die auf die alte Erkrankung zurückgingen, eine frische Erkrankung oder Lebensgefahr bestehe nicht. Bei dem blassen Aussehen und den früher überstandenen Krankheiten empfahl er aber eine Verlegung ins Gefängnis Krankenhaus Hohenasperg, wenn sich der Zustand nicht bessere. Dies wurde jedoch nicht genehmigt. Im November 1925 wurde eine Strafunterbrechung empfohlen, weil es Lutz' Ehefrau sehr schlecht ging. Lutz sei „ein stiller, fleißiger und geordneter Arbeiter, gegenüber seinen Mitgefangenen zurückhaltend“, wurde dabei festgehalten. „Seine Sympathien für die Kommunistische Partei sind geschwunden. Um einem völligen Zusammenbruch ihrer Kräfte zu entgehen, musste die zart konstituierte Frau ein Sanatorium, aufsuchen u. ihr Kind in Kost geben.“¹³⁷ Christoph Lutz wurde dann aber am 24. Dezember 1925 genau wie Reinhold Aichele vorzeitig entlassen mit fünfjähriger Bewährungsfrist.

Nach der Haft scheinen sich seine wirtschaftlichen Verhältnisse stabilisiert zu haben. Christoph Lutz hatte regelmäßig Arbeit als Schlosser, seine Frau arbeitete als Strickerin, Spulenlegerin oder 1927/28 als Arbeiterin bei der Reutlinger Hülsenfabrik Emil Adolff. Wegen kleinerer Vergehen kam Christoph Lutz 1929/30 noch einmal in Kontakt mit der Reutlinger Polizei.¹³⁸ Er war mit dem Fahrrad durch eine gesperrte Baustelle gefahren, was ihm eine Geldstrafe von 3 RM eintrug. Ein anderes Mal musste er wegen Übertretung des Gaststättengesetzes 6 RM Geldstrafe bezahlen. Mit vier anderen „Sangesbrüdern“ des Arbeiterliederkranzes Betzingen hatte er nach der Singstunde bei einem weiteren Vereinskollegen, der einen Flaschenbierhandel betrieb, bis

¹³⁵ BAArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 3, Handakten Oberreichsanwalt 1925.

¹³⁶ StA Ludwigsburg, E 356 d III Bü 328, Lebenslauf.

¹³⁷ Ebd.

¹³⁸ StadtA Rt., Württ. Polizeidirektion Bd. 67, Anzeigen Lutz 27. 8. 1927, 16. 7. 1929, 29. 9. 1930.

5 Uhr morgens gefeiert. Sein weiteres Leben verlief, soweit bekannt, unauffällig.

3 Handgranaten aus Betzinger Werkstatt

3.1 Reinhold Aichele

Reinhold Aichele wurde am 18. März 1895 in Reutlingen als Sohn des Gipsers Reinhold Aichele und seiner Frau Karoline geboren.¹³⁹ Seinen Vater beschrieb er als liebevoll und gerecht, aber auch jähzornig, was er selbst geerbt habe, seine Mutter als ruhig, liebevoll, sparsam und fleißig. Reinhold Aichele besuchte in Reutlingen die evangelische Volksschule, danach bis zum 17. Lebensjahr die Gewerbeschule, die er nach eigenen Angaben als einer der besten Schüler verließ und als Anerkennung eine Belobung und einen Preis erhielt. Eigentlich wäre er gerne Lehrer geworden, aber auf Wunsch des Vaters erlernte er das Maurerhandwerk und machte bei seinem Vater, den er als guten, aber auch „schlagfertigen“ Lehrmeister bezeichnete, die Gesellenprüfung. Als Kriegsfreiwilliger ging er bereits am 4. August 1914 in den Ersten Weltkrieg im Infanterie-Regiment 121. Unterbrochen durch einen Lazarettaufenthalt wegen einer Verletzung am Oberschenkel, diente er bis 1918 und wurde mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse und weiteren Verdienstmedaillen ausgezeichnet. Reinhold Aichele konnte dann regelmäßig in seinem Beruf als Maurer arbeiten, erlebte aber in den Krisenjahren 1922/23 auch Arbeitslosigkeit. 1920 heiratete er Anna Sauer und zog nach Betzingen ins Häuschen der Schwiegereltern, die er nebenher noch bei ihrer kleinen Landwirtschaft unterstützte.

Reinhold Aichele war vor seinem KPD-Eintritt politisch unerfahren und auch nicht gewerkschaftlich organisiert. Vielmehr bewegte er sich schon seit sehr jungen Jahren im Umfeld traditionell-bürgerlicher Reutlinger und Betzinger Vereine. Er war – und blieb es auch nach seinem KPD-Eintritt – aktives Mitglied des „Ersten Militärvereins“ Reutlingens sowie seit etwa 1913 Mitglied der Freiwilligen Sanitätskolonie Reutlingen, wofür er im Herbst 1923 sogar das Verdienstkreuz für zehnjährige Treue und freiwillige Dienstzeit vom Württembergischen Landesverein verliehen bekam.¹⁴⁰ Reinhold Aichele beteiligte sich überdies an den Bereitschaftsdiensten während der Unruhen im Herbst 1923. Auch der regelmäßige Kirchgang in die evangelische Kirche Betzingen gehörte zu seinem Leben.

¹³⁹ Zu den biographischen Daten v. a. StA Ludwigsburg, E 356 d III Bü 329; StadtA Rt., Personen- und Adressbogen; BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage R. Aichele.

¹⁴⁰ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Gesuch R. Aichele, 27. 1. 1924

Anfang Oktober 1923 schloss er sich der Reutlinger KPD an.¹⁴¹ Dies scheint ein eher impulsiver Entschluss gewesen zu sein, aus der Erfahrung der Arbeitslosigkeit heraus. Beim Abstempeln der Erwerbslosenkarten sei er häufig mit Kommunisten zusammengekommen und dadurch in die kommunistische Bewegung „hineingezogen“ worden, erklärte er. Eine Funktion übernahm er nicht in der KPD, aber er sei ohne Weiteres mit dem KPD-Eintritt auch Mitglied der Reutlinger Hundertschaft geworden. Im Oktober 1923 habe er dann auch einmal eine Übung der Hundertschaft, einen Reisemarsch, mitgemacht. An den politischen Versammlungen und Schulungen nahm er dagegen weniger teil.

Reinhold Aichele trat also in einer Phase der KPD bei, in der die geheime Militarisierung schon im Gange war. Das Erlebnis Reisemarsch hat ihn begeistert, aber er verband damit wohl eher die Kameradschaft, weniger die militärischen und politischen Ziele – anfangs nannte er die Hundertschaft „Sportabteilung“. Diese seien ihm infolge seiner „politischen Unerfahrenheit“ gar nicht bewusst gewesen, nahm er für sich in Anspruch. Die ihm später zur Last gelegten Vergehen, die er tief bereue, habe er „mehr aus Dummheit und Leichtsinn, als aus politischer oder verbrecherischer Absicht ausgeführt.“¹⁴² Die eigentlichen politischen Ziele der KPD, erklärt Aichele später recht nachvollziehbar, seien ihm erst nach seiner Verhaftung klar geworden. Dass Früh Kampfleiter war und dass die KPD Waffen und Munition habe, habe er schon gewusst, aber er habe angenommen, dass sich die ganze kommunistische Bewegung zum Kampf gegen die Hakenkreuzler rüste. Es sei damals die Zeit äußerster politischer Spannung gewesen und die Arbeiterschaft erwartete täglich den Ausbruch eines Rechtsputsches. Für Aichele stand es dabei fest, dass die Arbeiterschaft schlimmen Zeiten entgegengehe, da sie keine Waffen hatte, um einem solchen Putsch wirksam zu begegnen.¹⁴³ Darüber habe man sich nach Versammlungen oder in der Wohnung von Hans Früh unterhalten. Anfangs beschrieb Aichele recht deutlich, dass es Hans Früh war, der in Gesprächen die Idee mit dem Handgranatenbau aufbrachte, und es klingt auch einleuchtend, dass Früh ganz bewusst die Anfangseuphorie von Reinhold Aichele genutzt hat, um an seine Ziele zu kommen. Man habe überlegt, so Aichele weiter, dass man unbedingt Waffen haben müsse, und dann sei Karl Eisele damit gekommen, dass er vom Krieg her wisse, wie man Handgranaten herstelle. Aichele sei deshalb Feuer und Flamme für die Sache gewesen und als erklärt wurde, es sei besser, wenn man zu den geballten Ladungen kleine Holzkisten anfertigen würde, habe er den Vorschlag gemacht, seine nach hinten gelegene Werkstatt zu nutzen.¹⁴⁴ Wenn er damals gewusst hätte, dass die

¹⁴¹ Ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 22. 8. 1924.

¹⁴² Ebd., Bd. 7, Gesuch R. Aichele, 27. 1. 1924.

¹⁴³ Ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 22. 8. 1924.

¹⁴⁴ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 7. 2. 1924.

№ 7116 Lebenslauf ¹⁵ Lebenslauf ¹⁵ Lebenslauf
 des Reinhold Aichele ¹⁵ Lebenslauf ¹⁵ Lebenslauf
 Zuchthaus-Gefängnis-Gefangener Reinhold Aichele . . .

Nach §17 der DVO haben die Gefangenen, die zu mehr als 1 Monat verurteilt sind, einen Lebenslauf niederzuschreiben. Die Gefangenen werden auf die gestellten Fragen hingewiesen u. sollen diese, so gut es ihnen möglich ist, erschöpfend beantworten. Die Gefangenen dienen damit ihren eigenen Interessen.

Strafanstaltsdirektor

Geburtsdag: 18. März 1895
 Geburtsort: Reinlingen
 Name, Stand u. Reinhold Aichele in. Bauarbeiter, geb. Gefängnis.
 Wohnort des Eltern: Reinlingen, WeinstraÙe Nr. 24.

Der Vater u. seine Familie.

1) Vater am Leben? Geburtsjahr: 1) Mann Vater, Reinhold Aichele, 14. geb. am 26. März 1873 in Reinlingen, alt 22. J. Reinhold Aichele, Gef. gest.
 Mann gestorben? Erreichtes 2) für Aichele in der Strafanstalt in Reinlingen in der Strafanstalt mit 13 Jahren bei seinem Vater in der Gef. in der Strafanstalt. der Kinderzahl mit 9 Kindern in der Strafanstalt, aber nicht in der Strafanstalt.
 Lebensalter! 3) Er ist bei jetzt noch nicht verheiratet.

2) Beruf des Vaters?
 Wirtschaftliche Lage des Vaters?
 Schule u. Berufsausbildung des Vaters?
4) Nach jetzt ist er noch nicht verheiratet, aber er hat noch 2 Kinder in der Strafanstalt.

3) Ist der Vater schon bestraft worden?
 Wenn ja, wie oft und wovon?
5) Nach jetzt ist er noch nicht verheiratet, aber er hat noch 2 Kinder in der Strafanstalt.

4) Was können Sie über den Charakter Ihres Vaters sagen?
 Wie ist oder war sein Verhalten gegenüber der Frau u. den Kindern?

Der Maurer Reinhold Aichele verbüßte seine Haftstrafe wegen Hochverrats und Sprengstoffverbrechen in der Strafanstalt Ludwigsburg. Hier musste er wie jeder Häftling mit längerer Zuchthausstrafe ein Formular zum Lebenslauf ausfüllen.

KPD nicht zur Verteidigung gegen einen Rechtsputsch, sondern zum gewaltsamen Sturz der Regierung und zur Erringung der Macht rüstet, so Aichele, hätte er das nicht getan, denn solche Ziele hätte er nicht unterstützt. Seit dem Verbot der KPD betrachte er sich überhaupt nicht mehr als Mitglied der Partei und habe auch keine Mitgliedsbeiträge mehr entrichtet.¹⁴⁵

Aichele stellte also seine Werkstatt zur Verfügung, um gemeinsam mit Karl Eisele fünf Kisten mit Handgranaten herzustellen, für die Lieferung des Sprengstoffs wurde anderweitig gesorgt. Eine sechste Kiste, für deren Füllung der Sprengstoff fehlte, blieb übrig. Der zufällig hereinplatzende Albert Hack wurde ebenfalls miteinbezogen. Nach zwei bis drei Wochen wurden die Kisten durch einen Kurier abgeholt, der sich durch ein Aichele bekanntes Parolewort auswies.¹⁴⁶ Die Sache war für ihn damit aber noch nicht erledigt. Eines Abends, nachdem die Handgranaten bereits angefertigt und auch abgeholt worden waren, kam Christoph Lutz auf dem Rad mit einem Rucksack zu ihm mit dem Auftrag, dessen Inhalt aufzubewahren. Dieser bestand aus 7 bis 8 Paketen Pikrinsäure von der Größe eines Paketes Zündholzschachteln. Aichele nahm die Sachen entgegen, obwohl er gleich den Eindruck hatte, „als ob mir damit etwas aufgehängt werden sollte“.¹⁴⁷ Daher entschied er sich, sie am nächsten Abend in die Echaz zu werfen, was sich als schwieriges Unterfangen herausstellte. Hinter seinem eigenen Haus war das wegen des niedrigen Wasserstands nicht möglich. So beschloss er, den Sprengstoff am Wehr hinter der Mühle, wo das Wasser sehr tief war, zu versenken. „Als ich gegen einhalb zehn Uhr mich dorthin auf den Weg machte“, berichtete Aichele, „sprach mich Schutzmann Hack an und begleitete mich wider Erwarten bis über die Wache hinaus. Er fragte mich, wohin ich gehe, worauf ich ihm sagte: Ins Steigle! Er ging nun in dieser Richtung mit mir bis fast an den Ausgang des Dorfes. Erst dort trennten wir uns dann und ich ging dann zum Wehr hinter der Mühle zurück und warf dort alles ins Wasser.“¹⁴⁸

Obwohl er angeblich nichts mehr mit der Partei zu tun haben wollte, ließ sich Aichele noch zu einem weiteren geheimen Dienst für Früh und die Reutlinger KPD überreden.¹⁴⁹ Er solle, so lautete Frühs Auftrag am 29. Dezember 1923, ein unsicher gewordenes Waffenlager im Gartenhäuschen eines ihm bisher unbekanntem Parteigenossen nahe des Südbahnhofs auflösen und an einen besseren Ort bringen. Gemeinsam mit Eisele, den er um seine Begleitung gebeten hatte, und dem Gartenhausbesitzer Gottlob Holzwarth holte Aichele Waffen, Munition und Stiel-Handgranaten im Gartenhäuschen ab und

¹⁴⁵ Ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 22. 8. 1924.

¹⁴⁶ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 7. 2. 1924.

¹⁴⁷ Ebd., Bd. 7, Protokoll Amtsgericht Rt., 15. 1. 1924, Aussage R. Aichele.

¹⁴⁸ Ebd.

¹⁴⁹ Dazu ausführlich u. a. ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt. an Oberreichsanwalt Reichsgericht Leipzig, 9. 7. 1924, Aussage R. Aichele; vgl. auch ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 22. 8. 1924, Aussage R. Aichele.

schaffte sie zu Früh. Doch dieser wollte in der politisch brisanten Lage keinesfalls mit verdächtigen Gegenständen in Verbindung gebracht werden und wälzte die Verantwortung für den weiteren Verbleib der Waffen auf Aichele ab. Aichele war ratlos, was er mit den brisanten Gegenständen machen sollte, die er keinesfalls mit nach Hause nehmen wollte. Als er auf dem Heimweg nach Betzingen am Wehr bei der Säge vorbeikam, warf er, so stellte er es zumindest in den Verhören dar, die Handgranaten in die Echaz. Er überlegte, die Gewehre auf einen auf dem weiteren Heimweg liegenden Auffüllplatz zu werfen und mit Schutt zuzudecken. Spontan entschied er aber, sie erst einmal im Haus seines für ein paar Tage abwesenden und unbeteiligten Schwagers in der Holzablage zu verstecken. Sein Plan, die versteckten Gegenstände unbemerkt wieder zu holen, wenn ihm eine bessere Lösung für die Entsorgung eingefallen war, schlug dann allerdings fehl. Bevor Aichele tätig werden konnte, wurde er am 8. Januar 1924 wegen der Herstellung der Handgranaten auf dem Polizeirevier Reutlingen verhört und in Untersuchungshaft gesteckt. Es dauerte nicht lange, bis die Waffen im Holzhaufen entdeckt wurden und damit auch die Ermittlungen zur Waffenlager-Geschichte ins Rollen kamen.¹⁵⁰

Als der Reutlinger Polizei gemeldet wurde, dass in Reinhold Aicheles Hinterhof-Werkstatt in Betzingen im vorherigen Oktober Verdächtiges vor sich gegangen war, durchsuchte sie die Werkstatt. Sofort fand die Polizei das sechste leere Holzkistchen und weitere Beweismittel wie ein Stück Packpapier mit der dem Sprengstoff Pikrin eigentümlichen Gelbfärbung, in welchem offenbar die Sprengladungen verpackt waren. Auch eine kleine Blechdose mit Zündhütchen für Jagdgewehre wurde entdeckt.¹⁵¹ Aichele hatte also während der dazwischenliegenden Monate nicht einmal aufgeräumt.

Reinhold Aichele gab bei den ersten Verhören seine Beteiligung sofort zu und machte ausführliche Angaben zum Handgranatenbau.¹⁵² Im Juli und August 1924 wurde er dann zu seiner Rolle bei der Umbettung des Waffenlagers befragt.¹⁵³ Durch alle Befragungen zog sich dabei das Motiv der Reue. „Es hat mich schon oft genug gereut, dass ich mich in eine solche Sache eingelassen habe, ich würde mich auch zu so etwas nicht mehr hergeben“, beteuerte er immer wieder.¹⁵⁴ Er sei entschlossen, sich „in keiner Weise mehr an den kommunistischen Umtrieben zu beteiligen.“¹⁵⁵ Für die Suche nach den

¹⁵⁰ Ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 22. 8. 1924.

¹⁵¹ Ebd., Bd. 7, Anzeige Polizei-Direktion Rt., 8. 1. 1924.

¹⁵² Ebd., Bd. 7, Anzeige Polizei-Direktion Rt., 8. Jan. 1924; ebd., Bd. 7, Haftbefehl gegen R. Aichele, Amtsgericht Rt. 9. 1. 1924; ebd., Bd. 7, Protokoll Amtsgericht Rt., 15. 1. 1924, Aussage R. Aichele.

¹⁵³ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt. an Oberreichsanwalt Reichsgericht Leipzig, 9. 7. 1924, Aussage R. Aichele; vgl. auch ebd., Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 22. 8. 1924, Aussage R. Aichele.

¹⁵⁴ Ebd., Bd. 7, Anzeige Polizei-Direktion Rt., 8. 1. 1924.

¹⁵⁵ Ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Rt., Erklärung R. Aichele, 8. 2. 1925.

verschwundenen, von ihm hergestellten Handgranaten bot er den Behörden anfangs Kooperation an, als hätte er noch nie darüber nachgedacht, dass man damit Schaden anrichten konnte. Es sei ihm selbst wichtig, den Verbleib der geballten Ladungen zu ermitteln, „weil ich nicht möchte, dass schliesslich ein fanatischer Mensch doch noch bei irgend einer Gelegenheit diese Ladungen verwendet und dann mich mittelbar noch eine Schuld daran träfe.“¹⁵⁶ In den Dörfern rund um Reutlingen seien ja damals überall Kämpferorganisationen gebildet worden, erklärte er der Polizei. Man müsste nur eben bei den Funktionären dieser Organisation vorsichtig Umfrage halten, so käme man vielleicht den geballten Ladungen auf die Spur.¹⁵⁷

An seine Frau schrieb Reinhold Aichele während der Untersuchungshaft: „Du darfst ruhig jedermann ins Auge sehen, ich bin wohl hier, aber noch bin ich kein Dieb und auch kein Mörder und werde, so Gott will, es auch nie werden. Mein ganzer Fehler war der, ich habe aus Dummheit u. Leichtsinn, gute Ratschläge ausgeschlagen u. den glatten Worten falscher Freunde gefolgt, unter die ich in der unruhigen Zeit hineinkam.“ Er sei, so weiter an seine Frau, auf dem Weg gewesen, ihr zu folgen und die ganze Gesellschaft fallen zu lassen, dann kam die Verhaftung: „Belogen und betrogen zu sein, das ist das klägliche Ende vom Lied u. der Leidtragende bin ich u. unverschuldet müsst Ihr auch darunter leiden.“¹⁵⁸ Große Vorwürfe machte er sich, den 80-jährigen Schwiegervater nicht mehr bei der Feldarbeit und der Viehhaltung unterstützen zu können. Seit September 1923 war er außerdem Vater einer kleinen Tochter.

Widerrufe

Auf den ermittelnden Reutlinger Polizeibeamten wirkte Reinhold Aichele am Anfang sehr offen und kooperativ. Aichele sei völlig unvorbereitet gewesen bei der ersten Vernehmung, erklärte Kriminal-Oberkommissar Hartmann 2½ Jahre später. Seiner Ansicht nach habe er die volle Wahrheit sagen wollen, um wieder auf freien Fuß zu kommen.¹⁵⁹ Allerdings hat Reinhold Aichele wohl seine offenherzigen ersten Aussagen vor der Polizei nach einigem Nachdenken doch bereut. Vielleicht hatte er auch Angst vor dem von ihm einmal erwähnten „Femegericht“ der KPD, das während der Militarisierung im Herbst 1923 eingerichtet worden sei, und „von dem man jedem beim Eintritt gesagt hat, es bringe die um die Ecke, welche irgendetwas verraten“.¹⁶⁰ Jedenfalls widerrief Aichele seine erste spontane Aussage von Anfang Januar 1924, es sei Wilhelm Zimmermann gewesen, der die Handgranaten bei ihm abgeholt

¹⁵⁶ Ebd., Bd. 7, Haftbefehl R. Aichele, Amtsgericht Rt., 9. 1. 1924.

¹⁵⁷ Ebd., Bd. 7, Protokoll Amtsgericht Rt., 15. 1. 1924, Aussage R. Aichele.

¹⁵⁸ Ebd., Bd. 7, Abschrift Brief Reinhold an Anna Aichele, 23. 1. 1924.

¹⁵⁹ Ebd., Bd. 4, Aussage Karl Hartmann, ca. 11. 11. 1926.

¹⁶⁰ Ebd., Bd. 7, Protokoll Amtsgericht Rt., 15. 1. 1924, Aussage R. Aichele.

und mit einem kleinen Kinderleiterwagen fortgeschafft habe.¹⁶¹ Anfang Februar – inzwischen war Wilhelm Zimmermann in Ulm aufgegriffen worden und saß dort in Untersuchungshaft – behauptete er plötzlich, wegen der Dunkelheit habe er den Abholer, der sich durch ein Parolewort legitimiert habe, nicht erkannt, er habe die Handgranaten in der Scheuer übergeben.¹⁶²

Auch seine erste Aussage, Hans Früh sei dabei gewesen, als die Idee zur Handgranatenproduktion aufkam, zog Aichele später zurück.¹⁶³ Möglicherweise hatte er inzwischen auch Angst vor Früh, der in den Verhören jegliche Kenntnis und Verbindung zur Handgranatenherstellung leugnete. Im Mai 1924 wollte er auf einmal ausdrücklich betont wissen, „dass wir die Ladungen nicht im Auftrag der Partei hergestellt haben, sondern aus eigenem Antrieb.“¹⁶⁴

Kurz vor der Gerichtsverhandlung versuchte der Betzinger Stadtpfarrer, für sein Gemeindeglied Reinhold Aichele ein gutes Wort beim Staatsgerichtshof einzulegen und um ein mildes Urteil zu bitten. Nicht nur hätte die ganze Familie die Arbeitskraft des Angeklagten dringend nötig zu ihrem Fortkommen. Dieser selbst sei „ein gutmütiger Mensch, der treu für seine Familie sorgte, aber in einer Zeit der Arbeitslosigkeit aus Langeweile u. Unbedachtsamkeit in Berührung mit kommunistischen Umtrieben kam. Er hat sich aber wieder davon zurückgezogen, als er sah, wohin sie führen würde.“¹⁶⁵ Der Pfarrer hatte Aichele während seiner ersten und auch zweiten Untersuchungshaft wiederholt besucht.

Vor Gericht wurde Aichele zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt, wovon vier Monate Untersuchungshaft schon als verbüßt galten. Regulärer Entlassungstermin wäre also der 13. Mai 1926 gewesen. Die Beteiligung an der Hundertschaft, also einer staatsfeindlichen Verbindung, die Herstellung der Handgranaten in seinen Räumen und der Transport des Waffenlagers wogen schwer. Reinhold Aichele saß seine Strafe in der Landesstrafanstalt Ludwigsburg ab, gleichzeitig mit den Mittätern Eisele, Lutz und Hack. Ein erstes Gnadengesuch im Juli 1925 wurde als verfrüht abgelehnt, ein weiteres im November hatte dann mehr Erfolg.¹⁶⁶ Aichele habe sich dem Terror der kommunistischen Kirchenaustrittsparole nicht gebeugt, wurde vom Gefängnispfarrer lobend erwähnt. Er mache sich auch Vorwürfe, dass er „nicht der Stimme seiner ihn warnenden, rechtschaffenen Frau“ gefolgt

¹⁶¹ Ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Rt., 8. 1. 1924, Aussage R. Aichele.

¹⁶² Ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Rt. an Staatsanw. Tü, 2. 2. 1924; vgl. auch Aussage 7. 2. 1924 und folgende.

¹⁶³ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 7. 2. 1924; vgl. auch Polizei-Direktion Rt., Erklärung R. Aichele, 8. 2. 1925.

¹⁶⁴ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924.

¹⁶⁵ Ebd., Bd. 5, Gesuch Ev. Stadtpfarramt Betzingen, 2. 3. 1925.

¹⁶⁶ Ebd., Bd. 3, Handakten Oberreichsanwalt 1925.

war.¹⁶⁷ Reinhold Aichele wurde am 24. Dezember 1925 mit fünfjähriger Bewährungsfrist aus dem Ludwigsburger Gefängnis entlassen.¹⁶⁸ Er lebte weiter in Betzingen, arbeitete als Maurer und blieb, soweit bekannt, unauffällig.

3.2 Karl Eisele

Karl Eisele wurde am 23. Dezember 1896 in Reutlingen als Sohn des Zimmermanns Johannes Eisele und seiner Frau Friederike geboren.¹⁶⁹ Er hatte fünf Geschwister und zwei Stiefgeschwister, auch die Brüder waren Zimmerleute. Seine Kindheit war von Armut und Streit mit der Stiefmutter geprägt. Von 1903 bis 1910 besuchte er die evangelische Volksschule in Reutlingen, bis 1913 absolvierte er eine Lehre des Zimmerhandwerks bei seinem Onkel, der ihn nicht gut behandelte. Trotzdem schloss er mit guter Gesellenprüfung ab. Von Mai bis August 1914 war er innerhalb Württembergs auf Wanderschaft, um sich im Beruf weiterzubilden, und arbeitete danach in seinem Handwerk. Von September 1915 bis Kriegsende war er Soldat und wurde dabei zweimal leicht verwundet, davon einmal durch einen großen Steinsplitter an der rechten Kopfseite, was ihm nach eigenen Angaben Probleme mit leichter Erregbarkeit bescherte. Der nur 1,55 m große, aber kräftige Karl Eisele wurde mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse und der silbernen Verdienstmedaille ausgezeichnet. Von Januar 1919 bis September 1923 arbeitete er in Reutlingen als Zimmermann, war dann fünf Monate erwerbslos, bevor er ab März 1924 bei der gemeinnützigen Bauarbeitergenossenschaft wieder Arbeit fand. Vorstrafen hatte er keine. Zur Zeit des Hochverrats-Falls war Eisele verlobt mit Ida Haberbosch, die er dann am 8. Mai 1926 heiratete.

Karl Eisele trat ebenso wie Reinhold Aichele erst Anfang Oktober 1923 in die KPD ein; „in der Zeit der politischen Hochspannung“ habe er sich dazu von Arbeitskollegen verleiten lassen, erklärte er.¹⁷⁰ Eine Funktion übte er in der Partei nicht aus. Zum Auslöser für seine radikale Politisierung erklärte er seinen Ärger über die in Reutlingen Anfang der 1920er Jahre eingerichtete, eher rechtsgerichtete Hilfspolizei. Diese hatte Mitte September 1923 bei einem Zusammenstoß zwischen der deutschnationalen Bismarckjugend und linksgerichteten Reutlingern, in deren Verlauf es Schlägereien und Verhaftungen gab, deutlich Partei für die Deutschnationalen ergriffen und Gegendemonstrationen der Gewerkschaften am nächsten Tag auseinandergetrieben. Karl Eisele kam dann, wie er beschrieb, nach dem Zwischenfall mit der Bis-

¹⁶⁷ StA Ludwigsburg, E 356 d III Bü 329; Stellungnahme, 25. 11. 1925.

¹⁶⁸ StA Ludwigsburg, E 356 d III Bü 329.

¹⁶⁹ Zur Biographie vgl. BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./ Rt., 13. 5. 1924, Aussage Eisele; StA Ludwigsburg, E 356 d III Bü 330, Lebenslauf; StadtA Rt., Personen- und Adressbogen Karl Eisele.

¹⁷⁰ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Haftbefehl Amtsgericht Rt., 9. 1. 1924; vgl. auch ebd., Aussagen 7.2., 12./13.5. und 22. 8. 1924.

marckjugend gegen acht Uhr abends sehr erregt an das Gewerkschaftshaus, wo eine Demonstration der Gewerkschaften stattfand. Viele dort versammelten Personen hätten in Bezug auf das Vorgehen der Hilfspolizei geäußert, „da sollte man Handgranaten haben“. ¹⁷¹ Er selbst sei dann von einem Unbekannten, der in einem großen Haufen von Leuten stand, auf die Seite genommen worden und der habe ihm gesagt, er sei doch im Feld gewesen und werde sich in der Handhabung von Handgranaten auskennen; er solle doch solche herstellen. Da er diesen Unbekannten seither nirgends mehr gesehen hatte, glaubte Eisele, dass es ein Auswärtiger gewesen war. Vermutlich war diese Begegnung von Früh bewusst herbeigeführt worden, denn Eisele berichtete dann noch, dass er direkt danach in einem Gespräch mit Hans Früh ebenfalls über die Notwendigkeit gesprochen habe, die Arbeiter zu bewaffnen. Auch Eisele glaubte an die Abwehr eines Faschistenangriffs als Zweck der Bewaffnung, denn er sah den konkreten Zusammenhang zu dem vorhergegangenen Zwischenfall. Die Handgranaten sollten eben verwendet werden, „wenn es losging“. ¹⁷² In den Verhören behauptete er, bei seinem Eintritt in die KPD nichts von der Existenz der Reutlinger Hundertschaft gewusst zu haben, die Führer dieser Hundertschaft kannte er nicht. Dass Früh eine Zeit lang Kampfleiter gewesen sei, habe er erst durch die Ermittlungen erfahren.

Als dann mit Reinhold Aichele Werkstatt eine geeignete Räumlichkeit für die Handgranatenproduktion zur Verfügung stand und Hans Früh im Hintergrund über Christoph Lutz die Sprengstoffbeschaffung organisierte, stand die in der aktuellen Aufregung geäußerte Absicht plötzlich vor der Realisation, ohne dass Neu-KPD-Mitglied Karl Eisele noch viel darüber nachdachte und sich der Tragweite seiner Handlung bewusst werden konnte. Er holte nach Anweisung den Sprengstoff bei Christoph Lutz ab, nahm Holzbrett-Abfälle von zu Hause mit und stellte an zwei bis drei Abenden zusammen mit Reinhold Aichele und Albert Hack die sechs Kistchen her, von denen fünf mit den Sprengstoffladungen gefüllt wurden. ¹⁷³ Wie das ging, wusste Karl Eisele, weil er im Krieg bei seinem Infanterie-Regiment schon mit Sprengungen zu tun gehabt hatte. „Ich habe nach der Fertigstellung der Ladungen der Sache nicht mehr recht getraut und wenn ich mich nicht schon damit eingelassen hätte, würde ich es nicht mehr getan haben“, schilderte er später seine Bedenken. ¹⁷⁴ Etwa Mitte November, kurz vor dem Verbot der Partei, so stellte er es dar, trat er aus der KPD wieder aus, weil er erfahren habe, dass der Sturz der Regierung

¹⁷¹ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Haftbefehl Amtsgericht Rt., 9. 1. 1924; vgl. ferner ebd., Bd. 7, Aussagen Eisele vom 8.1., 7.2., 8.2., 12./13.5. und 22. 8. 1924. Vgl. auch Eiseles Darstellung bei StA Ludwigsburg, E 356 d III Bü 330, Lebenslauf.

¹⁷² BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 7.2. 1924, Aussage Eisele.

¹⁷³ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage Eisele 12. 5. 1924; vgl. auch die Aussagen vom 8.1., 9.1. und 7.2. 1924.

¹⁷⁴ Ebd., Bd. 7, Anzeige Polizei-Direktion Rt., 8. 1. 1924.

das Ziel der Partei sei. Mit diesem Ziel war er nicht einverstanden und wollte seitdem mit der Partei nichts mehr zu schaffen haben.

Als Begleiter von Reinhold Aichele war Karl Eisele dann allerdings Ende Dezember 1924 noch bei der Verlegung des KPD-Waffenlagers aus Holzwarths Gartenhäuschen dabei, was er aber vermutlich eher als Freundschaftsdienst verstand. Dass es um den Transport von Gewehren ging, erfuhr er wohl erst vor Ort. Eisele verabschiedete sich dann nach einem Teil des Weges, um nach Hause zu gehen, bevor Reinhold Aichele sich weiter auf die Suche nach einem neuen Versteck für die Waffen machte.¹⁷⁵

Kurz nach Reinhold Aichele wurde dann am 8. Januar 1925 auch Karl Eisele verhaftet, beide sollten bis 8. Februar in Untersuchungshaft bleiben. Als Eiseles Wohnung durchsucht wurde, fand man dort eine Selbstladepistole mit größtenteils unbrauchbaren Patronen. Er habe sie aus dem Krieg mitgebracht, gab Eisele an. Einen Waffenschein habe er im Herbst 1923 beantragt, er sei ihm aber verweigert worden. Die Patronen habe er als Kriegsandenken aufbewahrt.¹⁷⁶

Vor Gericht wurde Eisele dann unterstellt, er habe diese Pistole behalten, um sie gelegentlich für die Zwecke der KPD verwenden zu können. Er wurde wie Reinhold Aichele und Christoph Lutz zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Die Herstellung der Handgranaten und der Besitz von Sprengstoff wogen schwer, beim Waffenlager wurde ihm angelastet, dass er davon gewusst, dieses aber nicht gemeldet hatte.

Auch Eisele verbüßte, parallel zu Aichele, seine Haft in der Strafanstalt Ludwigsburg. Auch ihm wurde eine gute Führung attestiert, aber dennoch ein erstes Gnadengesuch im Juli 1925 als verfrüht abgelehnt.¹⁷⁷ Während allerdings Reinhold Aichele und Christoph Lutz auf den 24. Dezember 1925 mit fünfjähriger Bewährungsfrist entlassen wurden, blieb Eisele in Haft.

Warum denn Eisele nicht entlassen werde wie die anderen beiden Reutlinger, die Strafe sei doch gleich hoch gewesen, fragte denn auch ein Beauftragter der Familie zur Jahreswende 1925/26. Eisele, so sah es seine Familie, sei doch von diesen zum Verbrechen aufgefordert worden. Es sei ja erfreulich, heißt es in dem Gesuch weiter, dass diese heimdurften, aber habe sich Eisele so schlecht aufgeführt, dass ein solcher Unterschied gemacht werden konnte, „das ist mir unbegreiflich, wir haben doch einen Gott im Himmel welcher jedes begangene Unrecht sieht, ich weiß ja nicht was dahinter steckt“. Arbeit, so wurde auch versichert, bekomme er gleich bei seinem früheren Arbeit-

¹⁷⁵ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 7.2.1924, Aussage Eisele; vgl. auch Aussage Eisele, 22. 8. 1924.

¹⁷⁶ Ebd., Bd. 7, Anzeige Polizei-Direktion Rt., 8. 1. 1924; vgl. auch StA Ludwigsburg, E 356 d III Bü 330, Lebenslauf.

¹⁷⁷ BAArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 3, Handakten Oberreichsanwalt 1925.

geber.¹⁷⁸ Möglicherweise hatte es eine Rolle gespielt, dass Eisele Ende September 1925 dabei erwischt wurde, wie er eine brennende (und verbotene) Zigarette im Holz versteckte. Zur Strafe wurde ihm das warme Frühstück und Abendessen vorenthalten. Ansonsten befürworteten Gefängnisdirektor und Pfarrer mit etwas Verspätung nun auch die Begnadigung des Karl Eisele: Er sei „ein recht ordentlicher Mensch“ und „keiner von den Wirrköpfen, Fanatikern, sondern ist ein einfacher Arbeiter, der durch andere in das Treiben hineingezogen worden ist“. Zudem sei er arbeitslos und „das gewissenlose Gerede über die drohende Faschistenherrschaft“ habe eben auch auf ihn gewirkt.¹⁷⁹ Der „Warnungserfolg einer Strafe“ sei bei ihm erreicht und die Prognose deshalb günstig. Er sei ein gutmütiger und dabei allerdings schwacher Mensch, weshalb eine Bewährungsstrafe als in die Freiheit hineinwirkende Mahnung sinnvoll sei.

Karl Eisele wurde am 16. Februar 1926 entlassen und arbeitete dann wieder als Zimmermann. Er heiratete und führte, soweit bekannt, ein unauffälliges Leben.

3.3 Albert Hack

Albert Hack, der dritte Handgranaten-Produzent und wie Reinhold Aichele aus Betzingen, war neben Holzwarth einer der beiden älteren Angeklagten. Er wurde am 24. November 1885 in Betzingen als Sohn des Feldschützen Jakob Hack geboren.¹⁸⁰ Nach der Schule arbeitete er als Weber in Reutlingen in der Fabrik. Ab August 1914 war er zuerst Ersatz-Reservist, dann als Soldat im Felde. Wegen eines krebstartigen Magenleidens kam er zum Ersatzbataillon nach Stuttgart, dann bis Kriegsende nach Friedrichshafen zur Luftschiffswerft. Bis auf eine kurze Zeit als Notstandsarbeiter war Hack immer als Weber tätig. Im September 1917 heiratete er Maria Herb, mit der er drei Kinder hatte, die 1923 sechs, fünf und eineinhalb Jahre alt waren. Ein schuldenfreier bewirtschafteter Acker bot ihm einen gewissen finanziellen Rückhalt. Vorbestraft war er nicht.

Schon als junger Mann habe er sich politisch betätigt, gab Hack bei den Verhören an. Bei der KPD sei er seit Anfang 1923, nachdem ihn ein Diskussionsredner auf einer Versammlung davon überzeugt habe, dass die KPD die Interessen der Arbeiterschaft am besten vertrete.¹⁸¹ Der kommunistischen Bewegung habe er sich angeschlossen, so Hack, „weil ich im Felde und auch

¹⁷⁸ StA Ludwigsburg, E 356 d III Bü 330, Gesuch, 4. 1. 1926.

¹⁷⁹ Ebd., Stellungnahmen 30./31. 12. 1925.

¹⁸⁰ Zum Lebenslauf v. a. BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage Albert Hack, 12. 5. 1924; StadtA Rt., Personen- und Adressbogen Albert Hack.

¹⁸¹ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage Hack, 12. 5. 1924.

sonst in meinem Leben viel bittere Ungerechtigkeiten habe erleiden müssen. Ich halte es nicht für Recht, dass in Deutschland die Plutokratie am Ruder ist und das ganze Volk unter diesen paar Schlemmern und Parasiten zu leiden hat.“¹⁸² Von der KPD erhoffte er, „dass sie bessere und gerechtere Zustände heraufführen werde für Deutschland.“ Hack war etwa ab März 1923 ehrenamtlich Erster Vorsitzender der Ortsgruppe Betzingen. Er erklärte, sich immer nur politisch und nie militärisch für die Partei betätigt zu haben. Mit den Zielen der KPD, eine proletarische Diktatur zu errichten durch Sturz der bestehenden Regierung, konnte er sich zwar aus, sah dies aber nicht als konkretes Nahziel. Im Herbst 1923 sei es ihm ausschließlich um die Abwehr faschistischer Angriffe gegangen. Hack räumte aber in den Verhören ein, von der Parteileitung bedrängt worden und in einer Zwangslage gewesen zu sein. Weil er bei mehreren Zusammenkünften von Gewalttätigkeiten abgeraten hatte, habe man ihn einen Feigling geheißt. Die Parteileitung habe alle wissen lassen, dass gegen jeden, der die Partei verrate, sehr scharfe Maßnahmen ergriffen würden.¹⁸³

Er habe dann aber an den Funktionärssitzungen mit Rücksicht auf seine Frau, welche seine Parteitätigkeit nicht guthieß, nicht mehr teilgenommen und sei deshalb in die Parteiziele in der radikalen Phase auch nicht eingeweiht gewesen.¹⁸⁴ Auch von den Sprengstoffplänen und der Herstellung der Handgranaten habe er vorher nichts gewusst, erklärte Hack. Er sei ganz zufällig in die Werkstatt des Reinhold Aichele gekommen, als dieser gerade mit Karl Eisele zusammensaß und Holzkistchen gebastelt habe. Er hole sehr häufig abends Milch für seine Kinder in einem benachbarten Haus und habe wie schon öfters bei diesem Anlass Reinhold Aichele besuchen wollen und sei in die Werkstatt geschickt worden.¹⁸⁵ In dieser waren Aichele und Eisele mit Schreinerarbeiten beschäftigt. Er konnte nur schwer in Erfahrung bringen, was die zwei machten, und hatte den Eindruck, als ob sie ihn möglichst bald wieder loshaben wollten. Ihm sei dann aber klar geworden, dass die Kistchen der Herstellung von Handgranaten dienen. Aichele habe ihm schließlich ein Stück Eisen übergeben, von dem er bei einem Schmied Handgriffe für die Kistchen machen ließ und sie wieder in Aicheles Werkstatt brachte. Dann brachte Hack die Handgriffe noch an die Kistchen an. Darauf beschränkte sich Hacks Tätigkeit, was auch von Aichele und Eisele bestätigt wurde.

Man habe sich in Aicheles Werkstatt auch über die politische Hochspannung unterhalten und darüber, dass man etwas haben müsste, um die Faschisten abzuwehren. Nie sei von anderen Zielen gesprochen worden. Hacks

¹⁸² Ebd., Bd. 7, Haftbefehl Amtsgericht Rt., 9. 1. 1924.

¹⁸³ Ebd., Bd. 7, Amtsgericht Rt., 15. 2. 1924.

¹⁸⁴ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924.

¹⁸⁵ Zur Handgranaten-Herstellung vgl. ebd., Bd. 7, Aussagen Albert Hack, 12.1., 7. u. 15.2. sowie 12./13. 5. 1924.

Wahrnehmung nach lebten im Herbst 1923 die Bauern und die Arbeiter in Betzingen auf sehr gespanntem Fuß miteinander: „Es war damals eigentlich jedes Haus fortgesetzt im Alarmzustande.“ Die Handgranaten wurden seiner Ansicht nach angefertigt, „weil wir doch nicht mit verschränkten Armen zusehen wollten, wenn man uns geholt hätte. Damit mussten wir rechnen. Es genügte ja, wenn man einer nicht beliebten politischen Richtung angehörte, um ins Gefängnis geworfen zu werden.“¹⁸⁶

Albert Hack, schwer magenkrank, entschloss sich beim Verbot der KPD, sich vom politischen Leben ganz zurückzuziehen, „da ich gemerkt habe, dass sonst meine Gesundheit vollends ganz untergraben wird.“¹⁸⁷ Am 8. Januar 1924 wurde er jedoch, als die Handgranaten-Sache bekannt wurde, wie die anderen Verdächtigen in Untersuchungshaft gesteckt und erst am 8. Februar wieder entlassen.¹⁸⁸

Als Albert Hack Anfang Dezember 1924 mit dem Haftbefehl des Staatsgerichtshofs in seine zweite Untersuchungshaft kam, hoffte er vergeblich, wegen seines Magenleidens auf freiem Fuß bleiben zu können. Er sei unterernährt, erklärte er, könne nur wenige Speisen, keinen Alkohol und kein Nikotin vertragen.¹⁸⁹ Ende Januar 1925 wurde er gleichzeitig mit den anderen Angeklagten „streng gesondert und durch zuverlässige Begleitwächter bewacht“ nach Leipzig überführt.¹⁹⁰ Damit Albert Hack seine Arbeit als Weber behalten konnte, übernahm seine Frau während seiner zweimaligen Untersuchungshaft dessen Stelle.

Der Betzinger Stadtpfarrer appellierte, ähnlich wie bei Reinhold Aichele, kurz vor der Gerichtsverhandlung an den Leipziger Staatsgerichtshof, Albert Hack möglichst mild zu beurteilen.¹⁹¹ Er beschrieb Hack als einen verantwortungsvollen Familienvater mit drei Kindern und fleißigen Arbeiter, der zwar Kommunist, aber dennoch fest in das traditionelle Betzinger Dorfleben integriert war. Als Kommunist sei Albert Hack zwar im Sommer 1922 aus der evangelischen Kirche ausgetreten. Aber bei seinen Gesprächen mit Hack, so der Pfarrer, sei deutlich zutage getreten, dass er dem Kommunismus nicht aus Eigennutz oder sonstiger niedriger Gesinnung anhing, sondern aus unklaren Vorstellungen von der Solidarität und allgemeiner Menschenverbrüderung. Seinen Kirchenaustritt habe er damit begründet, dass er der Sache des Proletariats Opfer bringen müsse, nachdem andere für sie sogar das Leben gelassen hätten. Die erste Untersuchungshaft im Januar 1924 hatte Albert Hack nach Ansicht des Betzinger Pfarrers in eine Krise geführt. Sein Idealismus sei zu-

¹⁸⁶ Ebd., Bd. 7, Haftbefehl Amtsgericht Rt., 9. 1. 1924.

¹⁸⁷ Ebd.

¹⁸⁸ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924.

¹⁸⁹ Ebd., Bd. 5.

¹⁹⁰ Ebd., Bd. 5.

¹⁹¹ Ebd., Bd. 5, Gesuch Ev. Stadtpfarramt Betzingen an Staatsgerichtshof Leipzig, 2. 3. 1925.

sammengebrochen, vom Verhalten seiner früheren Parteigenossen, von denen einer auf den anderen abzuladen suchte, war er tief enttäuscht. Schließlich bat Hack den Pfarrer um einen Besuch im Gefängnis und um Wiedereintritt in die Kirche, was gleich nach der Haftentlassung auch vollzogen wurde. Seither halte er sich von jeder Politik fern. Er wisse ja nicht, wie stark Hack früher in die kommunistischen Umtriebe verflochten gewesen sei, so der Pfarrer, aber man müsse ihm zugutehalten, dass er aus edlen Beweggründen handelte und zu gründlicher Einsicht von der Unrechtmäßigkeit seiner Haltung gekommen sei.

Vor dem Leipziger Staatsgerichtshof wurde zwar anerkannt, dass Albert Hack an der Herstellung der Handgranaten weniger stark beteiligt war als Aichele und Eisele. Da er aber KPD-Funktionär war, wurde ihm unterstellt, den Verwendungszweck der Handgranaten im Sinne der KPD, also den sofortigen gewaltsamen Umsturz der Regierung, genau gekannt zu haben. Er galt damit als Mittäter und nicht als Gehilfe und wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, wovon vier Monate Untersuchungshaft schon verbüßt waren.

Albert Hack kam im Juni 1933 ins „Schutzhaftlager“ Heuberg.¹⁹² Er wird vermutlich weiter für die KPD tätig gewesen sein, denn nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden zahlreiche Kommunisten dort inhaftiert. Weiteres ist nicht bekannt.

4 Sprengstoff- und Waffendiebe: Wilhelm Neuffer, Theodor Koch und Gottlob Böhler

Die drei Gelegenheitsdiebe Wilhelm Neuffer, Theodor Koch und Gottlob Böhler waren mit Sprengstoffdiebstählen und Waffenbeschaffung an den Reutlinger Vorgängen beteiligt.

Wilhelm Neuffer

Der Mechaniker Wilhelm Neuffer wurde am 16. Oktober 1904 als Sohn des Schreiners Wilhelm Neuffer und seiner Ehefrau Luise in Pfullingen geboren. Von 1918 bis 1921 machte er in einem Reutlinger Betrieb eine Lehre als Mechaniker und fand dort anschließend Arbeit bis Mitte März 1922.¹⁹³ Es folgten wechselnde kurzfristige Arbeitsgelegenheiten bei verschiedenen Arbeitgebern als Schlosser und Dengler und eine Phase der Arbeitslosigkeit ab Anfang September 1923. Nach der Hochverrats-Haft fand er in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre immer wieder eher kurzfristige Engagements in seinem Beruf, aber auch als Arbeiter, Schlosser, Handlanger, Eisendreher oder

¹⁹² StadtA Rt., Fürsorgeakten Nr. 4048 Albert Hack.

¹⁹³ Zur Biographie: BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 23. 8. 1924; StadtA Rt., Personen- und Adressbogen Wilhelm Neuffer.

sogar Strickerlehrling. Hin und wieder arbeitete er auch in Stuttgart oder Ludwigsburg.

Mitglied der KPD war Wilhelm Neuffer nach eigenen Angaben seit August 1923. Er habe sich aber nie besonders für die Parteitätigkeit interessiert und auch keine Versammlungen besucht. Seine damalige Verlobte Emma Reicherter, die offenbar nicht viel von seiner politischen Präferenz hielt, war überzeugt, dass er durch mangelndes Selbstwertgefühl und seine Jugend „ein Opfer derer geworden ist, welche glauben, mit dem Kopfe durch die Wand zu kommen.“¹⁹⁴ Später erfolgte die Trennung, Neuffer hatte Kontaktverbot für das gemeinsame Kind. Am 27. Mai 1929 heiratete er Pauline Hau aus Riedelrich.

Während einer Phase der Arbeitslosigkeit 1923 hat der 19-jährige Wilhelm Neuffer seine Finanzen offenbar mit Einbrüchen und Diebstählen aufgebessert. Hin und wieder tat er sich dabei mit seinem Komplizen Theodor Koch zusammen. Beim Sprengstoffdiebstahl gesellte sich noch Gottlob Böhler dazu.

Theodor Koch

Theodor Koch wurde am 31. August 1899 in Esslingen geboren. Er machte wohl keine Ausbildung, sondern war ab April 1913 in Reutlingen zunächst bei der Textilfirma Ulrich Gminder als Arbeiter und Packer beschäftigt, später als Hausknecht, Tagelöhner, Laufbursche bei wechselnden Arbeitgebern.¹⁹⁵ Zwischen November 1917 und September 1919 war er beim Militär, zuerst im Krieg und zuletzt in Münsingen. Ab 1923 arbeitete er einige Zeit als Stricker, unterbrochen durch Arbeitslosigkeit von September 1923 bis Januar 1924. Die Beschäftigungsverhältnisse blieben wechselhaft, 1929/30 arbeitete Koch als Tagelöhner in städtischen Einrichtungen in Reutlingen. KPD-Mitglied war Koch bereits im Herbst 1923, auch wenn er das bei den ersten Verhören nicht zugeben wollte, damit man ihm keine politische Motivation für seinen Sprengstoffdiebstahl zuschreiben konnte. Im Frühjahr 1924, also nach Wiederzulassung der Partei, trat er wieder ein.¹⁹⁶

Gottlob Böhler

Gottlob Böhler wurde am 1. August 1899 in Reutlingen geboren, sein Vater war Gerber. Auch Böhler machte keine Ausbildung und arbeitete dauerhaft

¹⁹⁴ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 5, Gesuch Emma Reicherter für Wilhelm Neuffer, 24. 11. 1924.

¹⁹⁵ StadtA Rt., Personen- und Adressbogen Theodor Koch.

¹⁹⁶ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 4, Aussage Theodor Koch, 11. 11. 1926; vgl. auch ebd., Bd. 7, Aussage Böhler vor Amtsgericht Rt., 5. 7. 1924.

in Hilfstätigkeiten als Fabrikarbeiter, Tagelöhner oder Hilfsheizer.¹⁹⁷ Sein Arbeitsleben war geprägt von stets kurzen Arbeitseinsätzen und ständigem Wechsel, aber immerhin fand er ohne größere Lücken meistens eine Beschäftigung. Immer wieder zog er in den 1920er Jahren weg, nach Oberndorf, Riedlingen, Lindau, Kettenacker, Gammertingen und Ludwigsburg, und kehrte zwischendurch nach Reutlingen zurück. In Krisenjahren war auch einmal das Städtische Fürsorgeamt Arbeitgeber oder er war Notstandsarbeiter. Böhler war vorbestraft wegen Betrugs, vermutlich 1923. Er heiratete 1923 Friederike Schmid, zwei Kinder wurden geboren. Nach der Trennung heiratete er seine zweite Frau Margarethe.

Gottlob Böhler war schon langjähriges KPD-Mitglied, angeblich seit der Gründung der KPD-Ortsgruppe Reutlingen. Eine Funktion habe er bei der Partei nicht ausgeübt und während des Verbots der KPD habe er keine Mitgliedsmarken geklebt. Allerdings kann Böhler nicht nur ein einfaches und nur grob informiertes Parteimitglied gewesen sein, denn er hatte recht detaillierte Kenntnisse darüber, wie man bei der KPD geheime Sprengstoffposten oder Waffen verkaufen oder wie man über Mittelsmänner Kontakt zum verdeckt wohnenden Hans Früh aufnehmen konnte.

Der Sprengstoffdiebstahl von Neuffer, Koch und Böhler

Nachdem Wilhelm Neuffer von einem früheren Schulkameraden zufällig erfahren hatte, dass im Feldhäuschen des Fuhrunternehmers Buck im Gewand Hohbuch Sprengstoff lagerte, beschloss er zusammen mit Theodor Koch, den Sprengstoff zu stehlen und zu Geld zu machen.¹⁹⁸ Bei ihrem ersten Besuch stiegen die beiden Komplizen durch den aufgebrochenen Fensterladen in das Häuschen ein und fanden dort den Sprengstoff, etwa 40 Pfund in Packungen aufgeteilt, in einer Munitionskiste mit aufklappbarem Deckel. Sie ließen die Haustüre unverschlossen zurück und kamen einige Tage später, in Begleitung von Gottlob Böhler, ein zweites Mal. Möglicherweise hatte Böhler wegen der gelben Spuren an den Händen von Koch und Neuffer erkannt, dass sie mit Sprengstoff hantiert hatten, und sie danach gefragt. Koch und Böhler füllten ihre Taschen mit kleineren Mengen, Neuffer packte den großen Rest in seinen mitgebrachten Rucksack. Die drei Diebe machten sich über den Volkspark auf den Heimweg. Koch und Neuffer packten in der elterlichen Wohnung von Koch unbemerkt den Sprengstoff in einen kleinen Wäschekorb um und versteckten ihn unter dem Bett. Böhler behielt seinen Anteil zunächst, weil er ihn, wie er sagte, zur Sprengung von Stumpenholz habe verwenden wollen.

¹⁹⁷ StadtA Rt., Personen- und Adressbogen Gottlob Böhler.

¹⁹⁸ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, darin Aussagen Wilhelm Neuffer, 3./4.4. und 13. 5. 1924, Aussagen Theodor Koch, 3. 4. 1924 und Gottlob Böhler, 9. 4. 1924; ebd., Amtsgericht Rt., Aussage Koch 5. 7. 1924.

Einen bestimmten Käufer hätten sie am Anfang noch nicht im Sinn gehabt, betonten Neuffer und Koch. Sie hätten den Sprengstoff auch anderweitig verkauft, wenn sie dort mehr Geld erhalten hätten.¹⁹⁹ Sie hätten gehofft, den Sprengstoff an Leute verkaufen zu können, die Stumpen sprengen wollten. Sie bestritten, irgendwelche politischen Zwecke damit verfolgt zu haben. Neuffer und Koch verübten im Herbst 1923 eine ganze Reihe von Einbruchdiebstählen in verschiedene Gartenhäuschen, bei denen kein politisches, sondern bei der Verhandlung vor dem Reutlinger Amtsgericht nur ein kriminelles Motiv gesehen wurde. Der Leipziger Staatsgerichtshof sollte ihnen aber später unterstellen, dass sie in diesem Fall von vornherein an die KPD verkaufen wollten.

Böhler allerdings hatte die KPD als Abnehmer durchaus im Sinn. Er stellte den Kontakt zu Parteivize David Aichele her, der die Kaufabwicklung mit der Parteiführung klärte und mit Koch und Neuffer die Übergabe vereinbarte. Seinen selbst eingesteckten kleinen Rest Pikrin, behauptete Böhler, habe er, als es ihm nicht gelang, einen geeigneten Holzschlag mit Stumpenholz zu kaufen, unentgeltlich ebenfalls an die KPD abgegeben, „weil ich so etwas nicht nach Hause bringen darf“.²⁰⁰ Böhler erklärte, den Sprengstoff der KPD überlassen zu haben, „weil damals nach meiner Ansicht ein allgemeiner Kampf zwischen den links & rechts-Parteien bevorstand.“²⁰¹ Einige Tage später transportierten Neuffer und Koch den Sprengstoff im Wäschekorb ins Gewerkschaftshaus, wo ihn David Aichele in Empfang nahm. Von dort landete er über weitere Stationen in der Betzinger Handgranaten-Werkstatt.

Neuffer behauptete später, nicht daran gedacht zu haben, dass der Sprengstoff von der kommunistischen Partei zu verbrecherischen Anschlägen verwendet werden würde. „Wenn ich gewusst hätte, dass er solchen Zwecken dienen sollte“, so Neuffer, „hätte ich mich mit der ganzen Sache nicht eingelassen. Ich war wohl Mitglied der KPD, aber nur erst ganz kurze Zeit und war mir über die Ziele derselben noch nicht recht im Klaren.“²⁰² Koch äußerte sich ähnlich. Das Gericht sollte ihnen später nicht glauben.

Die Diebe mussten noch einige Wochen auf ihr Geld warten. Anfangs war von fünf bis sechs Dollar Verkaufserlös die Rede gewesen, doch Christoph Lutz brachte Koch zunächst einmal zwei Dollar, mehr habe die Partei gerade nicht. Neuffer bezahlte von seinem Anteil erst einmal seine im Gewerkschaftshaus noch ausstehende Zeche und die Miete für sein Zimmer, etwas

¹⁹⁹ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, darin Aussagen Wilhelm Neuffer, 3./4.4. und 13. 5. 1924 sowie Aussage Theodor Koch, 3. 4. 1924; Amtsgericht Rt., Aussage Koch 5. 7. 1924.

²⁰⁰ Ebd., Bd. 7, Aussage Böhler, Amtsgericht Rt., 5. 7. 1924.

²⁰¹ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, darin Aussage Böhler, 9. 4. 1924.

²⁰² Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, Aussage Neuffer; ebd., Amtsgericht Rt., Aussage Koch, 5. 7. 1924.

Bargeld hatte er dann noch übrig.²⁰³ Von Früh direkt erhielt Koch danach einen weiteren Dollar. Lutz behauptete später im Verhör, Früh habe bei diesem Sprengstoffgeschäft bei der Partei fünf Dollar als Kaufpreis angegeben und die Differenz in die eigene Tasche gesteckt.²⁰⁴ Die Bezahlung in Dollar war verbreitet, das Geld kam vermutlich von der Stuttgarter KPD-Instanz und stammte indirekt aus den Berliner bzw. Moskauer Geldfonds zur Finanzierung des Aufstands.

Der Waffenhandel: Koch und Böhler

Im Herbst 1923 kam Gottlob Böhler und Theodor Koch zu Ohren, dass Jakob Steichele, ein ehemaliger Schutzmann und derzeitig Hausmeister an der städtischen Turnhalle, zwei Gewehre Modell 98 zu verkaufen hatte.²⁰⁵ Sie beschlossen, die Gewehre zu erwerben, um sie dann wieder weiterzuverkaufen. Angeblich hatten beide aus dubios wirkenden Geschäften Dollars übrig: Böhler gab „Handelsgeschäfte“ an und Koch „Dollarsendungen aus Amerika“. Die beiden Reutlinger suchten Steichele in seiner Wohnung auf und nach einigem Hin und Her wechselten die zwei Gewehre für zwei Dollar den Besitzer. Sie wurden in einem von Koch mitgebrachten Sack verstaut. Da Böhler darüber informiert war, dass „die KPD zur Abwehr eines drohenden Rechtsputsches Waffen aufkaufe“, schlug er Koch vor, „die Gewehre dem Früh zu überlassen, damit sie nicht in gegnerische Hände kommen.“²⁰⁶ Koch wiederum erklärte, die Waffen nicht speziell für die KPD gedacht und über den Verwendungszweck nicht Bescheid gewusst zu haben, er habe nur Geld verdienen wollen. Jedenfalls trugen die beiden den Waffensack ins Gewerkschaftshaus und fragten nach Früh. Zum Abschluss des Verkaufs machten sie sich nach Sondelfingen auf, wo ihnen ein Unbekannter entgegenkam und sie zu Frühs konspirativer Wohnung lotste, wo neben Früh auch Lutz und Zimmermann anwesend waren. Für drei Dollar verkauften sie dort die Gewehre.

Der Hausmeister Steichele erklärte später, die beiden Gewehre nach Kriegsschluss von Soldaten übernommen zu haben, die in Reutlingen einquartiert waren. Bei ihrem Aufbruch hätten sie die Waffen nicht mitnehmen wollen und er habe dann bei der Waffenablieferung im Oktober 1920 „vergessen“, die Gewehre abzuliefern.²⁰⁷ Eigentlich hätte er sie selbst gerne behalten, um in den Schützenverein einzutreten, aber aus Geldnot habe er sie dann doch

²⁰³ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924, darin Aussagen Neuffer, 3. 4. 1924 und 13. 5. 1924; Koch, 3. 4. 1924.

²⁰⁴ Ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 23. 8. 1924, Aussage Lutz.

²⁰⁵ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt. an Oberreichsanwalt Reichsgericht Leipzig, Aussage Koch 9. 7. 1924; ebd. Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, Aussage Koch, 23. 8. 1924, und Aussage Böhler, 25. 8. 1924. Über die Details gibt es mehrere Varianten.

²⁰⁶ Ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Aussage Böhler, 25. 8. 1924.

²⁰⁷ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt. an Oberreichsanwalt Reichsgericht Leipzig, 9. 7. 1924.

verkauft. Nie und nimmer hätte er sie an Kommunisten verkauft, denen hätte er die Gewehre lieber auf den Kopf geschlagen.²⁰⁸

Ermittlungen und Gefängnisaufenthalte

Während der Ermittlungen zur Handgranatenproduktion in Reinhold Aichel's Werkstatt wurde bekannt, dass der dazu verwendete Sprengstoff von Wilhelm Neuffer und Theodor Koch in einem Gartenhäuschen entwendet worden war. Neuffer und Koch wurden zum Verhör dann am 3. April 1924 in das Gefängnis der Polizei Reutlingen eingeliefert und am nächsten Tag wieder auf freien Fuß gesetzt.

Da Wilhelm Neuffer und Theodor Koch zusammen im November 1923 noch eine ganze Reihe weiterer Gartenhäuschen aufgebrochen und Diebstahle verübt hatten, wurden sie dafür Ende Februar 1924 vor dem Amtsgericht Reutlingen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Neuffer trat diese Strafe am 12. Mai 1924 im Landesgefängnis Rottenburg an und wurde dort dann auch gleich noch einmal im Hochverratsfall verhört. Neuffer gelte „in Reutlingen als arbeitsscheuer Mensch und besitzt keinen guten Ruf. Politisch ist er bis jetzt noch nicht hervorgetreten“, informierten die Reutlinger Ermittler bei dieser Gelegenheit ihre Kollegen in Stuttgart und Leipzig.²⁰⁹ Theodor Koch dagegen, der am selben Tag seine Strafe hätte antreten müssen, hatte es vorgezogen, sich wenige Tage vorher mit unbekanntem Ziel davonzumachen. Da auch Gottlob Böhler am selben Tag mit unbekanntem Ziel verschwand – später redete er von seiner „Flucht nach Österreich“ – ist zu vermuten, dass die beiden gemeinsam das Weite gesucht hatten.²¹⁰

Erst bei den Verhören vom Mai 1924 verriet Neuffer dann, dass auch Gottlob Böhler am Sprengstoffdiebstahl beteiligt gewesen war. „Wenn ich bis jetzt andere Angaben gemacht habe“, motivierte Neuffer sein Schweigen, „so geschah es nur, weil es hiess, man dürfe nie zum Verräter in Parteiangelegenheiten werden, und weil ich befürchtete, dass man mir irgend etwas Nachteiliges zufügen werde, wenn ich von Anfang an den Hergang der Sache richtig geschildert hätte.“²¹¹ Nach Verbüßung der Strafe wegen Diebstahls am 12. August 1924 ging es für Neuffer dann gleich übergangslos vom Rottenburger Landesgefängnis in die Untersuchungshaft im Hochverratsfall, was mit Fluchtgefahr begründet wurde. Er blieb dort bis Prozessbeginn. Der wieder aufgetauchte Theodor Koch wurde am 5. Juli vor dem Amtsgericht Reutlingen noch einmal verhört. Danach wurde er sofort ins Landesgefängnis

²⁰⁸ Ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, Aussage Steichele, 1. 9. 1924; vgl. auch ebd., Württ. LKPA Stgt. an Oberreichsanwalt Reichsgericht Leipzig, 9. 7. 1924, Aussage Steichele.

²⁰⁹ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924.

²¹⁰ Ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 25. 8. 1924.

²¹¹ Ebd., Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13. 5. 1924.

Rottenburg abgeliefert, um seine dreimonatige Diebstahl-Strafe nachzuholen. Dem schloss sich dann wie bei Neuffer die Untersuchungshaft für den Hochverratsfall direkt an, die bis zum Prozess dauerte.²¹² Auch Böhler war wieder aufgetaucht und kam am 5. Juli 1924 direkt in die Untersuchungshaft für den Hochverratsfall, die er im Gerichtsgefängnis in Stuttgart verbrachte.

Bei der Gerichtsverhandlung wurden Neuffer zu einem Jahr Gefängnis, Koch und Böhler jeweils zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt; die Zeit der Untersuchungshaft wurde verrechnet und die Geldstrafe galt als schon abgegolten. Bei allen dreien nahm das Gericht an, dass sie Mitglieder der KPD gewesen waren. Neuffer, Koch und Böhler hätten beim Sprengstoffdiebstahl schon mit der Verkaufsmöglichkeit an die KPD gerechnet und deren Ziele gekannt. Da es ihnen in erster Linie auf den Erlös angekommen war, wurden sie als Gehilfen, nicht als selbstständige Täter bewertet. Bei Koch und Böhler kam die Waffenlieferung an die KPD dazu.

Alle drei saßen ihre Haft in der Strafanstalt Ludwigsburg bis zum Ende ab. Für sie gab es trotz mehrerer Gnadengesuche keine Begnadigung.²¹³ Bei einem dieser Gesuche hatte der Oberreichsanwalt seine ablehnende Haltung mit der Gefährlichkeit der drei Diebe begründet und dass sie vornehmlich aus Gewinnsucht gehandelt hätten. Neuffer wurde vermutlich am 13. September 1925 entlassen, Böhler am 13. Oktober 1925 und Koch am 13. Januar 1926.

Nach der Haftentlassung

Es gelang Neuffer und Koch nach der Haftentlassung nicht, ein geregeltes Leben zu führen. Offenbar hatten beide ein Alkoholproblem und eine geringe Affektkontrolle. Bei Koch scheint sich die „leichte Erregbarkeit“, die er sich selbst zugeschrieben und als Familienerbe bezeichnet hatte, fatal weiterentwickelt zu haben. Dazu kam eine sozial und wirtschaftlich schwierige Situation mit häufig wechselnden Arbeitsverhältnissen und immer wieder Phasen der Arbeitslosigkeit.

Bereits während der Ermittlungen im Hochverratsfall hatte Theodor Koch sich in Reutlingen eine Strafverfügung wegen Ruhestörung und grobem Unfug mit einer Geldstrafe von 20 Goldmark eingehandelt.²¹⁴ Weil er diese trotz mehrfacher Mahnungen nicht bezahlte, versuchte die Reutlinger Polizei Ende 1925 vergeblich, bei Koch im Ludwigsburger Gefängnis pfändbare Gegenstände aufzutreiben. Koch musste deshalb nach seiner Haftentlassung gleich noch einmal in Reutlingen fünf Tage in Haft als Ersatz für die Geldstrafe.

Nur etwa einen Monat nach der Haftentlassung prügelten sich Theodor Koch und Wilhelm Neuffer auf der Wilhelmstraße mit einem dritten Mann.

²¹² Ebd., Bd. 7, Reutlinger Amtsgericht, Aussage Koch, 5. 7. 1924; ebd., Bd. 5, Amtsgericht Tü, 16. 2. 1925; ebd., Bd. 5, u. a. Schreiben 23.1., 10.2. 1924.

²¹³ Ebd., Bd. 3, Handakten Oberreichsanwalt 1925.

²¹⁴ StadtA Rt., Württ. Polizeidirektion Bd. 64, Theodor Koch.

Sie griffen dann noch einen weiteren Passanten an, der den Streit schlichten wollte. Koch kam in Polizeiarrest, weil er sich gar nicht beruhigen ließ. Da weder Koch noch Neuffer die Geldstrafe von 10 RM aufbringen konnten, verbüßten sie die Strafe zwei Tage in Haft. Weitere Strafverfügungen wegen Ruhestörung und fehlender Wohnungsummeldung kamen 1926/27 dazu.

Theodor Koch lebte in dieser Zeit in einer schwierigen Wohnsituation.²¹⁵ Er war mitsamt schwangerer Frau zwischen Januar 1926 und Januar 1927 bei seinem Vater in einer Baracke in der Jahnstraße untergekommen. Zur Familie zählte auch noch Kochs Schwester mit Familie, mit deren Mann er ständig in Streit geriet. Theodor Koch bat die Stadtgemeinde um Zuweisung einer benachbarten gerade freien Barackenwohnung, die jedoch schon für eine andere Familie verplant war. Er erhielt über den Winter ein unbeheiztes Zimmer in einer der Baracken, die Stadt betonte aber, dass sie keine Verpflichtung habe, der Familie Wohnraum zu beschaffen. Von Februar bis August 1927 wohnte Familie Koch dann in einer anderen städtischen Wohnung.

Zu einer Eskalation kam es im Juli 1928, als Koch mitten in Reutlingen großes Aufsehen verursachte, weil er in einem lautstarken Streit seine Frau verprügelte und mit Bierflaschen nach ihr warf. Auch von der Polizei ließ er sich nicht beruhigen und wurde deshalb über Nacht in den Sicherheitsarrest gesteckt. Dort randalierte er weiter und demolierte die Zelleneinrichtung. Koch galt in Reutlingen als „polizeibekannte Person, welche in angetrunkenem Zustand zu allem fähig ist“.²¹⁶ Es wundert nicht, dass sich die Ehefrau 1928 eine Zeit lang von Koch trennte. Weitere Schlägereien, Ruhestörungen und die Nötigung eines Autofahrers, den er am Überholen hinderte, indem er mit dem Fahrrad in der Fahrbahnmitte vor ihm herfuhr, brachten Koch auch 1929 und 1930 Strafverfügungen mit Geldstrafen ein.

Wilhelm Neuffer brachte es nach seiner Haftentlassung auf eine noch höhere Zahl an Strafverfügungen der Reutlinger Polizei als Theodor Koch.²¹⁷ Kurz nach seiner Entlassung aus dem Ludwigsburger Gefängnis bekam er Mitte November 1925 eine Geldstrafe, weil er mit einigen Freunden über die Polizeistunde hinaus in einer Wirtschaft sitzen blieb und die Wirtin am Schließen hinderte. Wegen Beleidigung erhielt Neuffer noch eine gesonderte Anzeige. Zwischen März 1926 und Januar 1929 brachte er es auf zwölf weitere Anzeigen wegen groben Unfugs, laute Schreiens, Beschimpfungen, Schlägereien und eingeschlagenen Fensterscheiben. Dazu kam, dass Neuffer häufig vor der Wohnung der Familie seiner früheren Verlobten auftauchte und das gemeinsame Kind zu sehen verlangte. Er hatte dort Hausverbot, weil er nicht für den Unterhalt des Kindes sorgte. Um sich den Zutritt zu erzwingen,

²¹⁵ StadtA Rt., S 74 Bü 991, Auszug aus Gemeinderatsprotokoll vom 16. 12. 1926; ebd. Personen- und Adressbogen Theodor Koch.

²¹⁶ StadtA Rt., Württ. Polizeidirektion Bd. 64, Theodor Koch, Polizeiprotokoll v. 24. 7. 1928.

²¹⁷ StadtA Rt., Württ. Polizeidirektion Bd. 69, Wilhelm Neuffer.

prügelte sich Neuffer Mitte 1926 mit dem Vater seiner früheren Verlobten. Dieser erstattete Anzeige wegen Hausfriedensbruch.

5 Gottlob Holzwarth: Gartenhausbesitzer mit Waffenlager

Gottlob Holzwarth, mit 42 Jahren der älteste der am Hochverratsfall Beteiligten, wurde am 14. Februar 1881 in Strümpfelbach (Oberamt Backnang) als Sohn eines Metzgers geboren.²¹⁸ Nach der Volksschule lernte er das Küferhandwerk und war danach ab 1895 in verschiedenen deutschen Städten in seinem Beruf tätig. Von 1901 bis 1903 folgte die Militärzeit in Straßburg beim Fußartillerie-Regiment. Nach beendeter Dienstzeit arbeitete Holzwarth zwei Jahre in der Schweiz. In Reutlingen wurde er danach (bis auf einen kleinen Abstecher nach Stuttgart) sesshaft und heiratete seine Frau Lina Mezger, die aus Reutlingen stammte, im Oktober 1911. Die Ehe blieb kinderlos. Holzwarth arbeitete nun als Tagelöhner. Er hatte aber einen sehr geregelten Arbeitsplatz in der Reutlinger Maschinenfabrik Gustav Wagner, eine lohnende Spezialarbeit, wie er selbst sagte. Kriegsdienst leistete er von Dezember 1914 bis 1918 bei der Fußartillerie. Gottlob Holzwarth war Besitzer eines eingefriedeten Baumguts mit Gartenhäuschen, auf der Markung Eningen beim Südbahnhof gelegen. Sonst hatte er kein Vermögen. Er war nicht vorbestraft.

Holzwarth war ursprünglich bei der USPD und trat bei deren Spaltung Ende 1920 zur KPD über, er kam also vermutlich eher aus der gewerkschaftlich-praktischen Arbeit. Über seine Haltung zur KPD äußerte er sich etwas widersprüchlich. Zum einen war er, wie er betonte, überzeugter Anhänger der KPD und las regelmäßig die Süddeutsche Arbeiterzeitung, das Organ der württembergischen KPD, das 1923 einen radikalen Kurs verfolgte und einige Male verboten wurde. Er habe dort aber nur die Artikel über gewerkschaftliche Fragen gelesen, beteuerte Holzwarth. Artikel über gewaltsamen Umsturz, Bewaffnung der Arbeiterschaft und Bildung von Hundertschaften hätten ihn nicht interessiert. Daher, so Holzwarth, sei ihm auch nicht bekannt geworden, dass die Partei im Herbst und Winter 1923 den gewaltsamen Umsturz und die Bewaffnung der Arbeiterschaft vorbereitet habe.²¹⁹

Als Holzwarth kurz vor der Auflösung der KPD im November 1923 nach einer Versammlung von einigen Parteigenossen gefragt wurde, ob er sein Gartenhäuschen als KPD-Lager zur Verfügung stellen wolle, glaubte er sich

²¹⁸ Zu den biographischen Angaben vgl. BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Württ. LKPA Stgt. an Oberreichsanwalt Reichsgericht Leipzig, Aussage Holzwarth, 9. 7. 1924; ebd. Bd. 5, Erklärung Holzwarth 4. 12. 1924; StadtA Rt., Personen- und Adressbogen Gottlob Holzwarth.

²¹⁹ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 22. 8. 1924.

als überzeugter Anhänger der KPD der Sache nicht entziehen zu können.²²⁰ Nach einigen Tagen seien dann junge Leute in den Abendstunden zu ihm gekommen, die einen Sack mit zwei Gewehren bei sich gehabt hätten. Sie seien dann gemeinsam zu seinem Grundstück gelaufen, wo er sie außerhalb des Gartenhäuschens habe warten lassen. Nur er selbst betrat das Häuschen, hob die Bodenbretter in die Höhe und verbarg die Gewehre im Hohlraum unter ihnen. Weitere junge Leute brachten in einem Sack nochmal drei Gewehre und Munition in einer schweren Schachtel sowie eine Stiel-Handgranate, welche in Zeitungspapier eingewickelt war. Er habe niemand von den jungen Leuten gekannt und würde auch so gut wie niemand von den jüngeren Parteigenossen kennen. Außerdem habe ihm Christoph Lutz noch ein Gewehr und dann im Auftrag des Hans Früh auch noch zwei Pistolen zur Verwahrung gebracht. Etwas später habe er bemerkt, dass die Tür des Gartenhäuschens aufgebrochen und diese beiden Pistolen entwendet worden waren.²²¹ Holzwarth hatte Lutz im Verdacht, denn dieser habe den Aufbewahrungsort gekannt und sei immer gut gekleidet gewesen, obwohl er arbeitslos war. Lutz selbst bestritt dies vehement und es gab auch keine Beweise dafür.

Nach diesem Diebstahl und als dann auch die KPD verboten wurde, habe er, so Holzwarth, der Sache nicht mehr getraut und zu Früh gesagt, er solle ihm die Sachen aus dem Haus schaffen. Es habe dann einige Zeit gedauert, bis Reinhold Aichele und Karl Eisele mit dem Schlitten und einigen Säcken kamen und die Gewehre und die Munition bei ihm abholten. Er sei froh gewesen, als er sie loshatte. Wo die Gewehre herstammten und zu welchem Zweck sie benützt werden sollten, wusste er nicht, habe auch nie danach gefragt.

Holzwarth ruderte bei seiner zweiten Aussage im August 1924 gewaltig zurück und lieferte eine neue Variante: Er habe alle Pakete verschlossen in Empfang genommen und sich auf den Standpunkt gestellt, der Inhalt gehe ihn nichts an. Erst Mitte Dezember habe er die Pakete geöffnet und entdeckt, was er da eigentlich aufbewahrte. Er habe dann von Früh gefordert, die Sachen aus seinem Gartenhaus wegzuschaffen, weil er nicht bestraft werden wollte. Zu welchem Zweck die Waffen von der Partei gesammelt und versteckt wurden, habe er nicht gewusst. „Von solchen Sachen wollte ich einfach nichts wissen; ich war 4½ Jahre im Krieg, habe genug davon und will meinen unbescholtenen Namen behalten. Einer Hundertschaft habe ich nie angehört“, erklärte er.²²² Überhaupt sei er seit dem Verbot der KPD kein Mitglied mehr und wolle auch gar nichts mehr von der Partei wissen, „weil mir die Streitigkeiten unter den Genossen zuwider sind.“

²²⁰ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt. an Oberreichsanwalt Reichsgericht Leipzig, 9. 7. 1924, Aussage Holzwarth.

²²¹ Ebd.

²²² Ebd., Bd. 7, Württ. LG Stgt., Voruntersuchung, 22. 8. 1924.

Bei der Gerichtsverhandlung im März 1925 wurde Holzwarth unterstellt, als überzeugter KPD-Anhänger und Leser der Süddeutschen Arbeiterzeitung im Jahre 1923 habe er über die Ziele der KPD genau Bescheid gewusst. Ihm wurde aber zugestanden, dass er, als er sein Gartenhäuschen als Waffenlager zur Verfügung stellte, nur als Gehilfe, nicht als Täter gehandelt habe. Holzwarth wurde zu neun Monaten Gefängnis und 50 RM Geldstrafe verurteilt. Drei Monate Untersuchungshaft wurden abgezogen.

6 Wilhelm Zimmermann: Funktionär und Hochstapler auf der Flucht

Wilhelm Zimmermann wurde am 5. Februar 1897 als Sohn eines Stückpassiers (Textilberuf) in Reutlingen geboren. Er wuchs im Gmindersdorf auf und war nach der Volksschule in einer Weberei tätig.²²³ Während des Ersten Weltkriegs diente er als Freiwilliger und arbeitete danach für ein halbes Jahr wieder in einer Reutlinger Weberei. Zimmermann begann, sich für Geschichte, Gründe und Ursachen der Revolution 1918 zu interessieren, die seinen Worten nach über ihn „hereingebrochen“ war.²²⁴ Er schloss sich der Reutlinger USPD an. Eineinhalb Jahre lang besuchte er das Technikum für Textilindustrie in Reutlingen und kam von dort aus in Kontakt mit einer sozialistischen Studentenvereinigung in Tübingen. Er sei in seinem Beruf tüchtig gewesen und habe viele schöne Sachen entworfen, wurde ihm vom Leiter des Reutlinger Textilarbeiterverbands bescheinigt.²²⁵ „Durch seine Verhältnisse“ sei er aber wohl „in einen Strudel gekommen“.

Wilhelm Zimmermann entwickelte bereits in jungen Jahren einen Hang zu blumigen Erzählungen seines persönlichen Erlebens und einen Drang, sich selbst bei politischen Ereignissen eine wichtige Rolle zuzuordnen. Die Zeit der Krise und des Umbruchs Mitte der 1920er Jahre hat diese Tendenzen sicher noch verstärkt. Dies sollte es seinen Zeitgenossen und auch den späteren Ermittlern sehr schwer machen, ihn und seine politischen Loyalitäten einzuschätzen und die wahren Sachverhalte zu erkennen. In zwei längeren Manuskripten 1924 und 1926 hat Zimmermann jeweils seine eigene Sicht der Dinge für die Ermittler niedergeschrieben.

Am Textiltechnikum wurde Zimmermann politisch aktiv, indem er sich gegen die Aufstellung einer „Techniker-Companie“ wandte, die der Reutlinger Einwohnerwehr angeschlossen werden sollte. Die Reutlinger Einwohnerwehr war 1919 von dem Reutlinger Strickwarenfabrikanten Krimmel mit Unterstützung der DDP gegründet worden, um Unruhen, aber auch Streiks von Arbeitern abzuwehren. Im Studium, so Zimmermanns Interpretation, sei

²²³ Ebd., Bd. 4, Voruntersuchung, Aussage Zimmermann, 4. 11. 1926. Biograph. Angaben vgl. auch ebd., Bd. 4, Bericht Württ. LG Stgt. an Polizei Rt., 12. 11. 1926.

²²⁴ Ebd., Bd. 7, hs. Ms. Wilhelm Zimmermann, Die Erkenntnis, ca. Jan. 1924.

²²⁵ Ebd., Bd. 4.

er daraufhin isoliert gewesen und habe sich, nachdem er fertig war, ein halbes Jahr überall vergeblich bemüht, eine Anstellung zu bekommen.²²⁶ Auch seine Parteigenossen, „die mir Himmel und Welt versprochen, ließen mich allmählich im Stich.“

Zimmermann entschloss sich daher im Frühjahr 1920, im Ausland eine berufliche Betätigung zu suchen. Er ließ sich einen Reisepass nach Russland ausstellen und verließ Reutlingen Anfang März. In Stuttgart besuchte er nach eigenen Angaben noch Clara Zetkin, die er über einen Balten in der Tübinger Studentenvereinigung kennengelernt hatte, und erhielt von ihr eine Legitimation und Empfehlung für Russland. Die Einreiseformalitäten waren kompliziert, Zimmermann musste wegen des Visums in Berlin Station machen und fuhr dann weiter nach Stettin, um ein passendes Schiff für die Weiterfahrt zu finden. Er hatte, so gab er es selbst an, sogar das Glück, dass ihm aufgrund der Empfehlung von Clara Zetkin angeboten wurde, in den folgenden Wochen ohne Fahrkosten mit einem sowjetischen Cruiserboot nach Petersburg fahren zu können. Eigentlich musste er nur noch sein Gepäck in Berlin holen.

Doch als er am nächsten Morgen, dem 13. März 1920, weiterreisen wollte, wurde er in der Nähe des Brandenburger Tors Augenzeuge des Kapp-Putsches. Reaktionäre Freikorps, die ihre Auflösung verhindern wollten, besetzten an diesem Tag das Berliner Regierungsviertel, um gegen die Weimarer Republik zu putschen. Nach fünf Tagen scheiterte der Aufstand vor allem an einem Generalstreik. Wilhelm Zimmermann beschloss nun offenbar, vorerst in Berlin zu bleiben. Merkwürdigerweise scheint er sich einem Teil der reaktionären Freikorps angeschlossen zu haben – wenn er die ganze Geschichte nicht sowieso frei erfunden hat, die er Anfang 1924 für die Ermittler niederschrieb! Offenbar schlief er mit seiner Truppe in einem riesigen ungeheizten Saal und hatte mit der Technischen Nothilfe zu tun, die wohl die Folgen des Generalstreiks mildern sollte.²²⁷ Zimmermann schwärmte einige Jahre später in seinen Aufzeichnungen regelrecht von der Vaterlandsliebe und dem Opferwillen des Korps, vor allem der älteren Offiziere, die sich völlig anspruchslos in die Gemeinschaft mit den einfachen Soldaten eingereiht hätten. „Ich habe nie, solange ich politisch tätig war, jemals gesehen, daß ältere Arbeiter, die die 50 überschritten hatten, sich mit Eifer an der Bewegung beteiligt hätten, ausser dass sie in Bezahlung standen.“²²⁸

Danach, so Zimmermann, sei er wegen seiner Teilnahme am Kapp-Putsch 1921 sieben Monate im Gefangenenlager Albdamm in Stettin in Unter-

²²⁶ Ebd., Bd. 7, hs. Ms. Wilhelm Zimmermann, Die Erkenntnis, ca. Jan. 1924. Zur Einwohnerwehr vgl. den Beitrag von Nils Marvin Schulz in diesem Band.

²²⁷ Ebd., Bd. 7, hs. Ms. Wilhelm Zimmermann, Die Erkenntnis, ca. Jan. 1924.

²²⁸ Ebd.

suchungshaft gewesen, bevor das Verfahren infolge Amnestie eingestellt wurde.²²⁹ Die Gründe seiner Gefangenschaft bleiben rätselhaft, zumal Zimmermann davon nur in Andeutungen und in immer neuen Versionen erzählte, in denen die Stichworte Hochverrat, Manipulationen an den beschlagnahmten Maschinengewehren der Kappisten und der Verdacht, er sei Spitzel gewesen, vorkamen. Ein Reutlinger Oberwachtmeister kannte von Zimmermann die Variante, er sei in Stettin sieben Monate in Haft gewesen, weil er sich auf die Seite einer sowjetischen Roten Armee gestellt habe und dann an der Grenze von deutschen Truppen geschnappt worden sei. Zimmermann war für ihn Anfang der 1920er Jahre „ein waschechter Kommunist“ gewesen und habe russische Zustände einführen wollen.²³⁰

Gerichtsakten zum Stettiner Fall konnten die später ermittelnden Behörden keine auftreiben. Zimmermann selbst brachte dafür die originelle Erklärung, diese seien bei einer Meuterei im Gefängnis Berlin-Moabit vernichtet worden. Immerhin war klar, dass Zimmermann ab dem 26. April bis 9. Mai 1920 in Stettin mit Wohnsitz gemeldet und ab 3. Juni 1920 von Stettin nach Reutlingen abgemeldet war. Laut Stettiner Polizeiunterlagen soll er dann von Reutlingen aus am 17. Oktober 1920 in das Stettiner Gerichtsgefängnis wegen eines politischen Verbrechens eingeliefert worden sein. Eine Entlassung war am 16. März 1921 vermerkt.²³¹ Nicht gelöst werden konnte das Rätsel, dass der Reutlinger Polizei und dem Amtsgericht ein solcher Gefangenentransport nicht bekannt war und Zimmermann weder in der Liste der Untersuchungsgefangenen noch der Strafgefangenen noch bei den entsprechenden Kanzleien verzeichnet war und es auch im Tübinger Strafregister keine Spuren gab. Letztlich konnten die Ermittlungsbehörden das Rätsel um Zimmermanns erstes angebliches Hochverratsverfahren auch nach intensiven Recherchen nicht lösen. Auch Zimmermanns politische Loyalitäten blieben unklar.

Eintritt in die Reutlinger KPD

Anfang April 1921 kehrte Wilhelm Zimmermann nach Reutlingen zurück und fand Arbeit als Weber bei der Firma Ulrich Gminder. Politisch war er zunächst bei der lokalen Ortsgruppe der SPD aktiv. Weil es ihm „eben bei der SPD nicht mehr recht“ gefallen habe, „während mir das Programm der KPD einleuchtete“, trat er auf Anfang September 1923 bei der Reutlinger KPD ein.²³² Er habe aus Zeitungsberichten geschlossen, dass ein Rechtsputsch

²²⁹ Dazu v. a. BArch ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 7.2.1924; ebd., Bd. 4, Voruntersuchung, Aussage Zimmermann, 4.11.1926.

²³⁰ Ebd., Bd. 4, Aussage Oberwachtmeister Lutz Ludwig, 11.11.1926.

²³¹ Ebd., Bd. 4.

²³² Ebd., Bd. 7, Amtsgericht Rt., 13.2.1924. Vgl. ferner zu Motiven des KPD-Eintritts: ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Ulm an Staatsanw. Tü, 25.1.1925; ebd., Bd. 4, Aussage Zimmermann, 5.11.1926.

bevorstehe und wollte die Arbeiterschaft sammeln, um diesen Angriff von rechts abwehren zu können. Er habe, so Zimmermanns Darstellung, nicht mit einem gemeinsamen Vorgehen der Sozialdemokraten mit den Kommunisten gerechnet, da die Kommunisten einen Verrat der regierungsloyalen SPD befürchtet hätten. Er sei aber im Herbst 1923 davon ausgegangen, dass die KPD die Abwehr der Putschgefahr von rechts organisierte, nicht den Sturz der Regierung und die Errichtung der Räterediktatur erstrebte. Dieses Fernziel der KPD habe er damals nicht für erreichbar gehalten. Zimmermann gab an, er habe gewusst, dass die Partei Gewehre und Munition hatte. Er beschaffte sich Anfang Oktober zwei Infanteriegewehre für den Eigengebrauch, die er nur aufgekauft habe, um sie nicht in die Hände von Mitgliedern von Rechtsorganisationen gelangen zu lassen.²³³

Wilhelm Zimmermann erzählte in seinen ersten Verhören Anfang 1924 auch ausführlich von einem Esslinger Sprengstoffauftrag, den er am 16./17. Oktober 1923 von Hans Früh erhalten haben wollte, obwohl die Ermittlungsbehörden zuvor gar nichts davon wussten. Zimmermann behauptete, er sollte bei der KPD-Bezirksgruppe Esslingen „Mehl“ abholen, was das Codewort für Sprengstoff war, und ihn zunächst ins Gewerkschaftshaus nach Reutlingen bringen. In Esslingen habe er einen jungen Burschen mit Sowjetstern nach der Wohnung des ihm benannten Genossen gefragt und sei dorthin geführt worden. Im Haus habe ihn eine größere Anzahl jüngerer Burschen umringt. Das Gewünschte habe er nicht bekommen, weil er keinen Ausweis gehabt habe und man ihm nicht traute. In Reutlingen habe man ihm gesagt, er habe sich dumm benommen.²³⁴ Im weiteren Verlauf des Reutlinger Hochverrats-Gerichtsfalls spielte diese Esslinger Sprengstoffgeschichte dann keine Rolle mehr, denn keiner der anderen Reutlinger bestätigte die Angaben von Zimmermann. 1926 wurde der Esslinger Sache aber im Zuge der Ermittlungen nochmals nachgegangen, zumal Zimmermann sogar das Haus, in dem er gewesen sein wollte, korrekt beschreiben konnte.²³⁵ Gerichtsverwertbare Fakten wurden nicht zutage gefördert.

In der zweiten Oktoberhälfte 1923 wohnte Wilhelm Zimmermann für etwa eine Woche bei Parteivize David Aichele. Er hatte Zimmermann dies angeboten, weil er erfahren hatte, dass er, der erst im April 1923 geheiratet hatte, von seiner Frau wegen seiner Tätigkeit in der KPD aus dem Haus geworfen wurde.²³⁶ Auch Nachbarn hatten von lautstarkem Streit berichtet. Aichele räumte Zimmermann auf seiner Bühne eine Lagerstätte frei und gab später an, dass Zimmermann, solange er bei ihm geschlafen habe, morgens fortging und

²³³ Ebd., Bd. 4, Aussage Zimmermann, 5. 11. 1926.

²³⁴ Ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Ulm an Staatsanw. Tü, 25. 1. 1924.

²³⁵ Ebd., Bd. 4, Ermittlungen Nov. 1926.

²³⁶ Ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Ulm an Staatsanw. Tü, 25. 1. 1924; ebd., Bd. 4, Aussage D. Aichele, 11. 11. 1926.

abends wiederkam. Sie hätten wenig miteinander gesprochen und was Zimmermann gedacht oder getan hätte, habe er nicht mitbekommen.

Schon kurz nach seinem Parteieintritt, etwa Anfang Oktober 1923, wurde Wilhelm Zimmermann von Ortsgruppenleiter Hans Früh zum Ernährungsleiter der KPD bestellt, ein wichtiger Posten in der geheimen militärischen Organisation.²³⁷ Zimmermann selbst gab an, dem württembergischen Ernährungsleiter Heinrich Wetzel direkt unterstellt gewesen zu sein und die Aufgabe gehabt zu haben, nach den Befehlen der Stuttgarter Oberleitung die Organisation der Ernährung im Unterbezirk Reutlingen in die Hand zu nehmen. Insbesondere hatte er an verschiedenen Orten, zum Beispiel Hechingen, Mössingen, Eningen und Bodelshausen, Unterleiter zu bestellen. Es sei zum Beispiel angeordnet worden, dass die Lebensmittellager von Parteimitgliedern beaufsichtigt werden sollten, damit kein Abtransport durch die Nationalsozialisten stattfinde. „Der Zweck der ganzen, von mir zu schaffenden Organisation war der, die Verproviantierung der Truppe und der Bevölkerung für den Fall zu sichern, dass die Arbeiterschaft sich zur Abwehr des befürchteten Fasziistenputsches [!] erheben würde“, erklärte Zimmermann. „Alles was ich tat, hatte überhaupt nur den Zweck, die Gegenwehr gegen die Fasziisten und deren Angriff vorzubereiten und es lag mir vollständig fern, einen gewalttätigen Umsturz der Reichs- oder der Landesverfassung herbeizuführen.“²³⁸ Wie intensiv Wilhelm Zimmermann nun tatsächlich als Ernährungsleiter tätig war – er war ja höchstens ein bis zwei Wochen aktiv – ist schwer einzuschätzen. Heinrich Wetzel behauptete später jedenfalls, er habe den Eindruck gehabt, es sei eher wenig gewesen. Allerdings gab er Zimmermann, als dieser erzählte, er müsse im Auftrag der Partei und des Genossen Früh sehr viel reisen und habe große Ausgaben, einige Dollars zur Entschädigung.

Überhaupt scheinen Zimmermanns KPD-Parteigenossen eher wenig über ihr Neu-Mitglied gewusst zu haben, das so schnell mit wichtigen Aufgaben betraut wurde. Er könne wenig zu dessen Tätigkeit und Ansichten sagen, äußerte etwa der Schuhmacher Eugen Neu. Gegen Zimmermann habe ein Misstrauen bestanden, „er zeigte sich als revolutionär, er wurde aber als Spitzel angesehen.“ In den Parteiversammlungen habe er nie gesprochen, er setzte sich meistens für sich allein hin. Was er für geheime Aufgaben gehabt haben sollte, sei in der allgemeinen Mitgliedschaft nicht besprochen worden.²³⁹ Auch Gottlob Böhler erklärte, mit Funktionären der Partei wie Zimmermann keinen näheren Kontakt gehabt zu haben. Er sei viel gereist, warum, wisse er nicht, und es habe geheißsen, er sei Ernährungsleiter. Von seinem Auftreten her

²³⁷ Zur Aufgabe als Ernährungsleiter vgl. ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Ulm an Staatsanw. Tü., 25. 1. 1924; Württ. LKPA Stgt., 7. 2. 1924; Amtsgericht Rt., 13. 2. 1924; ebd., Bd. 4, Aussage Heinrich Wetzel, 9. 11. 1926.

²³⁸ Ebd., Bd. 7, Amtsgericht Rt., 13. 2. 1924.

²³⁹ Ebd., Bd. 4, Aussage Eugen Neu, 11. 11. 1926.

habe er keinen Zweifel gehabt, dass Zimmermann mit der Partei durch dick und dünn geht.²⁴⁰

Christoph Lutz, der Parteikurier, hielt wenig von Zimmermann. Er sei nie mit ihm befreundet gewesen und konnte ihn nicht leiden, solange er in der Partei war, erklärte er später, „er spielte sich immer etwas großartig auf. Ich habe keine Veranlassung, den Zimmermann zu schonen und würde es sagen, wenn ich etwas Näheres über ihn wüsste.“²⁴¹ Sogar Hans Früh, KPD-Unterbezirks- und Militärleiter, wurde offenbar argwöhnisch gegenüber seiner neuen Führungskraft und sah in ihm wohl auch einen parteiinternen Konkurrenten, dem er nicht trauen konnte.²⁴² Ihm war zugetragen worden, dass sich Zimmermann direkt nach Stuttgart gewandt hatte und von Heinrich Wetzel verschiedene Aufgaben als Ernährungsleiter und Waffenaufkäufer bekam und auch mit Geldmitteln versehen wurde. Zimmermann sei in Hechingen, Mössingen und auch tagelang in Stuttgart gewesen und habe sich so aufgespielt, wie wenn er von Reutlingen nicht abhängig wäre, sondern mit direkter Ermächtigung der Stuttgarter Leitung handle. Es sei ihm nicht bekannt, ob er tatsächlich Munition, Waffen oder Sprengstoff gekauft habe.

Abkehr vom Kommunismus

Dass Wilhelm Zimmermann aus KPD-Sicht tatsächlich nicht zu trauen war, zeigte sich bald. Er selbst setzte den Tag seiner Abkehr von der KPD auf den 26. Oktober 1923 fest.²⁴³ Kurz vor der Abfahrt zu einem Termin bei Wetzel in Stuttgart wollte er von einem Mössinger KPD-Kurier von einem „Brandbrief“ der KPD erfahren haben, den die KPD-Mitglieder aus der Gegend um Sigmaringen sich geweigert hatten weiterzuleiten. In dem Brief stand, dass im Falle eines Umsturzes allen Bauern, die nicht zur KPD-Sache stünden, die Häuser und Scheunen angezündet werden sollten. Er sei nun erstmals stutzig und irre an den Zielen der KPD geworden, so Zimmermann. Vorher sei er Idealist gewesen und habe gedacht, dass die Partei als solche legal und anständig kämpfen werde, während der Inhalt des Befehls ihm nun als Verbrechen gemeinster Natur erschien. Wetzel habe beim Treffen die Bedenken nicht ausräumen können. Dieser selbst konnte sich an eine solche Diskussion allerdings gar nicht mehr erinnern, solche Briefe, sagte er später, habe Erich Wollenberg tatsächlich geschrieben, er aber nicht.²⁴⁴ Wetzel übergab Wilhelm Zimmermann bei diesem Treffen 20 Dollar für Unterbezirksleiter Hans Früh und die Reutlinger Ortsgruppe, die für die Familien von inhaftierten Genossen ver-

²⁴⁰ Ebd., Bd. 4, Aussage Gottlob Böhler, ca. 11. 11. 1926.

²⁴¹ Ebd., Bd. 4, Aussage Lutz, 14. 11. 1926.

²⁴² Ebd., Bd. 4, Aussage Früh, ca. 11. 11. 1926.

²⁴³ Ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Ulm an Staatsanw. Tü, 25. 1. 1924; ebd., Württ. LKPA Stgt., 7. 2. 1924, Aussage Zimmermann; Amtsgericht Rt., 13. 2. 1924.

²⁴⁴ Ebd., Bd. 4.

wendet werden sollten. Außerdem erhielt er sechs Dollar für seine eigenen Reisekosten und den Auftrag, den Landtagsabgeordneten Müller von Sigmaringen zu überwachen, der als Spitzel verdächtigt wurde.

Nach seinem Weggang von Wetzlar, so Zimmermann, habe er den Entschluss gefasst, die Tätigkeit als Funktionär der KPD aufzugeben, weshalb er mit diesen 26 Dollar nicht mehr nach Reutlingen zurückkehrte und auch die ihm befohlene Überwachung des Abgeordneten Müller von Sigmaringen nicht unternahm: „Ich entschloss mich vielmehr, nachdem ich derartige Zumutungen, wie sie in dem Befehl von Wetzlar enthalten waren, auszuführen nicht einverstanden war, meine Parteirichtung anders einzustellen.“²⁴⁵ Er sei deshalb geflohen, weil er die Partei schädigen und mit ihr nichts mehr zu tun haben wollte.²⁴⁶

Hochstaplerkarriere

Zimmermann tauchte erst einmal zwei Tage bei zwei Stuttgarter Freunden unter, denen er nichts vom Vorgefallenen erzählte, und kleidete sich mit dem Großteil der 26 Dollar neu ein.²⁴⁷ Dann machte er sich auf eine etwas chaotische und verwirrende Reise, in deren Verlauf er sich, wie er sagte, über seine künftige politische Ausrichtung Gedanken machen wollte. Sein Plan war es, wie er behauptete, Denk- und Arbeitsweise der Nationalsozialisten kennenzulernen. Gleichzeitig begann er aber, als krimineller Hochstapler mit narzisstischen Zügen falsche Identitäten anzunehmen und sich mit wechselnden Heldenerzählungen von NS-Anhängern Unterkunft und Geldgeschenke zu erschleichen. Zunächst fuhr Zimmermann am 28. Oktober nach Aalen, wo er noch unter seinem richtigen Namen in einem Gasthaus wohnte, und in den folgenden zwei Tagen über die Station Crailsheim nach Nürnberg. Hier begann er, seine illegalen Identitäten zu festigen.

In Nürnberg kam Zimmermann in der Neptundiele, einem Lokal der Nationalsozialisten, in Kontakt mit den NS-Parteigenossen. Er trug eine alte graue Militäruniform und freundete sich mit einem der Gäste, Ludwig Abtsmeier, so rasch an, dass der ihn noch am selben Abend einlud, bei ihm zu wohnen. Zimmermann erschlich sich sein Vertrauen mit der Behauptung, er habe als Nationalgesinnter aus Württemberg fliehen müssen, weil er in eine Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Nationalen verwickelt gewesen sei und dabei jemand erschossen oder schwer verwundet habe.²⁴⁸ Er sei von besserer Herkunft, ein Bruder von ihm sei Reichwehrrauptmann, mit dem er

²⁴⁵ Ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Ulm an Staatsanw. Tü, 25. 1. 1924.

²⁴⁶ Ebd., Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 7. 2. 1924.

²⁴⁷ Ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Ulm an Staatsanw. Tü, 25. 1. 1924.

²⁴⁸ Zu den Nürnberger Aktivitäten vgl. ebd., Bd. 4, Bericht Polizei Nürnberg-Fürth, 24. 11. 1926 mit Aussagen Julius Püttner, Ludwig Abtsmeier, 5. 2. 1924, Wilhelmine Billmann, 6. 2. 24; Anzeiger Polizei Ulm, 25. 1. 1924.

sich aber nicht gut verstünde, weil dieser eine demokratische Gesinnung habe. Absmeier gab ihm kleinere Geldbeträge als Zehrgeld und lud ihn ein, an Übungen des Korps Lützow teilzunehmen, wohl eine Art geheimer Ableger des 1920 aufgelösten rechtsgerichteten paramilitärischen Berliner Freikorps Lützow. Zimmermann nahm auch an Parteiversammlungen im Wirtshaus teil.

Als Absmeier nach etwa zehn Tagen erklärte, er sei jetzt lange genug Gastgeber gewesen, hielt ihn Zimmermann noch hin, indem er behauptete, sein Name sei falsch, er heiße in Wirklichkeit Gülting. In den nächsten Tagen komme jemand von seiner Verwandtschaft und werde ihn legitimieren. Auch andere Angehörige des Korps Lützow waren misstrauisch geworden, weil Zimmermann kurz nach dem Hitlerputsch vom 8./9. November 1923 versuchte, in diesem Kreis Geld für eine Reise nach München zu beschaffen, weil er dort „eine nationale Tat“ vollbringen wolle. Der Gründer des Nürnberger Korps Lützow, Julius Püttner, hielt dies für einen Schwindel und arbeitete darauf hin, Zimmermann wieder loszuwerden. Nach zwei Tagen verschwand dieser aber von selbst und machte sich eigenständig am 13. November auf den Weg nach München.

Kurzbesuch bei der KPD Reutlingen?

Er sei seit dem 25. Oktober nicht mehr in Reutlingen gewesen, beteuerte Zimmermann später hartnäckig, er sei mit der KPD fertig gewesen. Tatsächlich gibt es aber in der zweiten Novemberhälfte in seiner Reiseroute eine „Lücke“ und Reutlinger Zeugen, die ihn kurz vor dem KPD-Parteiverbot vom 23. November 1923 in Reutlingen gesehen haben wollten.²⁴⁹ So wurde Zimmermann in Frühs „illegaler“ Wohnung in Sondelfingen gesichtet, als Theodor Koch die Waffe vorbeibrachte, die er der KPD verkaufen wollte. Seiner Meinung nach wohnte er auch dort. Auch kursierte in Reutlingen die Geschichte, Zimmermann rechtfertige das Verschwinden der 20 Dollar aus Stuttgart und seine anschließende Flucht damit, dass er zwei Maschinengewehre gekauft habe, die Gewehre aber infolge Eingreifens der Polizei im Stich lassen musste.²⁵⁰ Aber vermutlich schlug ihm nun das Misstrauen der Reutlinger Ortsgruppe deutlich entgegen, die KPDler Hans Früh, Vinzenz Mayer und Eugen Neu berichteten dies jedenfalls. Auch von Parteiausschluss sei die Rede gewesen.

Nie geklärt werden konnte auch die Frage, wer denn nun die später verschwundenen Handgranaten aus Reinhold Aicheles Werkstatt abgeholt hatte. Der Reutlinger Kriminal-Oberkommissar Hartmann war jedenfalls noch 2½ Jahre nach den ersten Ermittlungen im Hochverratsfall der festen Meinung, Reinhold Aichele habe beim ersten Verhör 1924 die Wahrheit gesagt, als

²⁴⁹ Ebd., Bd. 4, Aussagen Koch, Lutz, Vinzenz Mayer, Eugen Neu, Früh, ca. 11. 11. 1926.

²⁵⁰ Ebd., Bd. 4, Aussage Lutz, 11. 11. 1926.

er Wilhelm Zimmermann als Abholer benannte. Er sei da noch völlig unvorbereitet gewesen und habe den Willen gehabt, alles zuzugeben, um wieder freizukommen. Dass er später wiederrufen habe, erkläre er sich damit, dass er Zeit zum Überlegen gehabt habe.²⁵¹

Am 13. November 1923 jedenfalls saß Wilhelm Zimmermann im Zug nach München und lernte dort eine junge Frau kennen.²⁵² Die Buchhalterin Mina Billmann aus Kraftshof bei Nürnberg erzählte ihm, sie sei auf dem Weg zu der Beerdigung eines Verwandten, der gelegentlich des Hitlerputsches in München gefallen sei. Wilhelm Zimmermann, der hier unter seinem richtigen Namen auftrat, reagierte schnell und entgegnete ihr, dass er ebenfalls zur Beerdigung der anlässlich des Münchner Putsches Gefallenen dorthin fahre, um sich auch zugleich über die politischen Verhältnisse in München zu orientieren. Zimmermann gab sich ihr gegenüber als Angehöriger der NSDAP aus und trug auch eine Windjacke, wie sie von den Nationalsozialisten getragen wurde, darunter eine graue Felduniform. Man kam sich rasch näher und tauschte Adressen aus, wobei Zimmermann eine Münchner Adresse und die Nürnberger Adresse von Absmeier angab, bei der Mina Billmann später einmal vergeblich nach Zimmermann suchen sollte.

Zimmermann verlor keine Zeit und tauchte schon zwei Tage später bei Mina Billmann in Kraftshof auf, allerdings ohne sie anzutreffen. Am Wochenende kam er wieder, man machte Spaziergänge und er holte sie am nächsten Tag von der Arbeit ab, man aß zu Abend. Zimmermann spiegelte ihr vor, dass er sich eine größere Menge Zigaretten gekauft hätte und nun in Geldnöten sei und sie ihm deshalb Geld vorstrecken müsse. Mina Billmann gab ihm etwa 2 bis 3 Billionen M.²⁵³ Während der höchstens zwei oder drei Besuche bei Mina Billmann in der Zeit bis Anfang Januar 1924, die er immer wieder in seine sonstigen Aktivitäten einschob, schaffte es Zimmermann, sich mit ihr zu verloben, sich ihren Eltern und Geschwistern als Bräutigam zu präsentieren und sie dazu zu bringen, ihm neben Unterkunft und Verpflegung insgesamt etwa 300 RM und 100 M Silbergeld zu geben. Außerdem stahl er ihr rund 85 Bauern-Silberknöpfe und machte sie zu Geld. Argwöhnisch wurde Mina Billmann, als sie Zimmermann einen Brief an die Adresse seines Onkels in Geislingen schickte und unerwartet einen von dessen Frau zurückbekam. Mina Billmann solle sich vor ihrem Mann hüten, schrieb Maria Zimmermann, er sei verheiratet und sie erwarte ein Kind.²⁵⁴ Noch einmal ließ sie sich beruhigen mit Zimmermanns Erklärung, er lebe in Scheidung, und gab ihm weiter

²⁵¹ Ebd., Bd. 4, Aussage Karl Hartmann, 11. 11. 1926.

²⁵² Zu Mina Billmann vgl. ebd., Bd. 4, Bericht Polizei Nürnberg-Fürth, 24. 11. 1926 mit Aussage Wilhelmine Billmann, 6.2.24 (Abschrift).

²⁵³ Mit der Währungsreform vom 15. 11. 1923 wurde die Hyperinflation beendet. 1 Billion M (Papiermark) entsprach nun 1 RM (Rentenmark, ab Ende 1924 Reichsmark). Bis Sommer 1924 waren auch die Billionenscheine parallel noch im Umlauf.

²⁵⁴ BArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 4.

Geld. Beim letzten Treffen am 7. Januar 1924 nahm ihr Zimmermann unter dem Vorwand, er müsse bei einem Rechtsanwalt einen Geldbetrag bezahlen und habe in München eine Stellung bekommen, noch einmal 60 M ab. Dann tauchte er unter.

Spätere Recherchen der Behörden ergaben, dass Zimmermann in den Wochen zwischen Ende November und Anfang Januar von Ort zu Ort reiste und in erstaunlicher Schnelligkeit unter wechselnden Namen und Identitäten sich in nationalsozialistische Kreise einschlich.²⁵⁵ Dabei scheint es ihm gelungen zu sein, seine jeweilige Rolle so überzeugend zu spielen, dass niemand Verdacht schöpfte. Oft baute er Erfahrungen, Adressen und Sachdetails aus vorherigen Begegnungen in die neue Identität ein. Immer spiegelte er wohl eine derartige Vertrauenswürdigkeit vor, dass ihm seine jeweils neuen Bekannten Gesellschaft, Essen oder sogar Unterkunft boten. So fuhr er von seinem ersten Besuch bei Mina Billmann aus nach Friedrichshafen, wo ein Ingenieur und früherer Fliegerhauptmann Diemer sein Gastgeber wurde. Weiter ging es nach Lindau, wo er sich unter dem Namen Gültingen in den Gasthof zum Lamm einquartierte. Von dort reiste er über Wangen nach Kisslegg. Hier wohnte Zimmermann Anfang Dezember längere Zeit im Hotel zur Post und wechselte dann in die Privatwohnung des Tierarztes Dr. Hilz in Wolfegg. Er heiße Kress von Kressenstein, hatte er Hilz versichert, reise aber unter dem Namen Joachim Gültingen, weil er wegen Teilnahme am Hitlerputsch verfolgt werde. Weil er behauptete, die Kleidung, die er auf dem Leib trage, habe er schon beim Hitlerputsch in München angehabt und seine bessere Kleidung sei bei Hauptmann Diemer in Friedrichshafen deponiert, überließ ihm Hilz leihweise einen Anzug, Mantel, Hemd und Selbstbinder im Gesamtwert von 245 Goldmark und lieh ihm 22 M.

Zimmermann machte sich wieder davon Richtung Ulm, dann nach einem Abstecher bei Mina Billmann zu seinem Onkel nach Geislingen. Die Weihnachtszeit und den Jahreswechsel verbrachte er bei drei verschiedenen Stuttgarter Bekannten. Nach dem schon erwähnten Abschiedsbesuch bei Fräulein Billmann ging die Reise weiter nach Ansbach und Ellwangen, wo Zimmermann wieder als Gültingen auftrat. Über Stationen in Aalen und Heidenheim gelangte er am 13. Januar 1924 nach Ulm, wo er sich als Joachim Gültingen im Goldenen Engel einquartierte und in eine Fremdenkontrolle geriet, bei der er dann auch verhaftet wurde.²⁵⁶ Seine Ausrede, unter den Namen Ing. Joachim Gültingen und Freiherr Kress von Kressenstein aus Neuenhof bei Nürnberg habe er seit 1918 verdeckt an sämtlichen Unternehmungen der rechts stehenden Parteien teilgenommen und könne aus diesem Grunde seinen richtigen Namen nicht angeben, nützte ihm auch nichts mehr, als er zur Ulmer Polizei

²⁵⁵ Ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Ulm an Staatsanw. Tü, 25. 1. 1924, Strafbefehl Staatsanw. Ravensburg, 25. 1. 1924 (zu Hilz).

²⁵⁶ Ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Ulm an Staatsanw. Tü, 25. 1. 1924.

gebracht wurde, wo er dann seine richtigen Personalien angeben musste. Es zeigte sich, dass eine ganze Reihe von Strafanzeigen wegen Betrugs und Zechprellerei aus Stuttgart, Crailsheim, Nürnberg, Kraftshof, Friedrichshafen, Kisslegg, Wolfegg und Ellwangen gegen ihn vorlagen und die Spur seiner letzten Aufenthaltsorte nachzeichneten. Bei den Verhören bestritt Zimmermann dann entschieden, KPD-Spion zu sein. Diese Partei sei für ihn erledigt, er werde seine Parteirichtung in Zukunft anders einstellen. Er habe bei seinen Erkundungen in NS-Kreisen gesehen, dass dort „mit vornehmeren Mitteln gekämpft“ werde.²⁵⁷

Reutlinger Ermittlungen im Januar 1924

Während Wilhelm Zimmermann im Schnelltempo als Hochstapler durch Württemberg und Bayern reiste, wurden in Reutlingen ab dem 8. Januar 1924 Ermittlungen im Hochverratsfall aufgenommen. Und weil Zimmermann anfangs nach Aussage Reinhold Aicheles als Abholer der Handgranaten aus dessen Werkstatt galt, wurde er zum Verhör gesucht. Die Reutlinger Polizei stellte nun fest, dass Zimmermanns Wohnung aufgelöst und seine Frau umgezogen war. Diese gab an, getrennt zu leben und nichts von ihrem Mann zu wissen.²⁵⁸ In der Reutlinger KPD hatte sich inzwischen gerüchteweise Zimmermanns Unterschlagung der 20 Dollar und seine Flucht herumgesprochen. Dann tauchten die ersten Fahndungsaufrufe aus halb Württemberg wegen Zimmermanns Betrügereien auf und der Reutlinger Polizei war nun klar, wie es in ihrem Bericht heißt, dass Zimmermann „eine sehr zweifelhafte Persönlichkeit“ war, der sich im württembergischen Oberland als Betrüger herumtreibe, indem er sich als Mitglied der ebenfalls verbotenen NSDAP ausbebe und die Orts- und Bezirksgruppen „brandschatze“.²⁵⁹ Die Reutlinger Polizei stellte am 25. Januar 1924 einen eigenen Haftbefehl gegen Zimmermann aus wegen des Verdachts, dass er Handgranaten an einen unbekanntem Ort gebracht haben sollte. Zimmermann blieb bis 29. Januar 1924 in Ulm in Haft und wurde dann nach Reutlingen überführt.

Unter Hinterlassung eines langen Manuskripts über seinen politischen Werdegang flüchtete Wilhelm Zimmermann dann am 26. Februar 1924 aus dem Reutlinger Amtsgerichtsgefängnis. Bei der Ausgabe des Abendessens hatte der Oberwachtmeister nur eine der beiden Zellentüren wieder verschlossen, weil er später das Geschirr wieder einsammeln wollte. Zimmermann hatte nun ein Holzscheitchen so eingeklemmt, dass die Tür nicht ganz verschlossen war. Es gelang ihm, unbemerkt in den Gang und den Hof zu

²⁵⁷ Ebd., vgl. div. Strafanzeigen gegen Zimmermann ebd., Bd. 4 und Bd. 7, Württ. LKPA Stgt., 7.2.1924.

²⁵⁸ Ebd., Bd. 7, Anzeige Polizei-Direktion Rt., 8. 1. 1924.

²⁵⁹ Ebd., vgl. auch ebd., Bd. 7, Polizei-Direktion Rt., 17. 1. 1924; Amtsgericht Rt., 25. 1. 1924.

flüchten und nach dem Öffnen der großen verriegelten Eingangstür zu entkommen.²⁶⁰

KPD oder NSDAP?

Da Zimmermann für längere Zeit trotz der vielen Steckbriefe und Anzeigen unauffindbar blieb, trennte man sein Verfahren im November 1924 vom großen Gerichtsverfahren der anderen zehn Angeklagten ab und stellte es während seiner Abwesenheit vorläufig ein. Neue Betrugsanzeigen der Jahre 1924 und 1925, etwa aus Kempten und Darmstadt, ließen vermuten, dass Zimmermann mit seiner betrügerischen Hochstapelei in NS-Kreisen weitermachte, dabei seinen „Wirkungskreis“ ausdehnte und manchmal nur knapp entwischte. So stellte sich Zimmermann in Schweinfurt im März 1924 auf einer deutschvölkischen Wahlversammlung als Kurt Langen, Diplom-Agrarier aus Meidelstetten, vor und ersuchte um eine Unterstützung, da er als „Völkischer“ von der Polizei verfolgt werde. „Gelegentlich des Anzündens von Zigaretten mit dem Feuerzeug des Langen“, heißt es in einem Polizeibericht, „machte einer der Anwesenden die Wahrnehmung, dass ein kleiner zusammengelegter Zettel zwischen den Zündhölzern lag. Der Finder nahm den Zettel unauffällig an sich und stellte fest, dass es ein Zeitungsausschnitt mit dem Steckbrief des Kommunistenführers Zimmermann aus Reutlingen war. Auf eine Anfrage bei der Polizei in Reutlingen kam die Mitteilung, dass der angebliche Langen wahrscheinlich der gesuchte Zimmermann selbst gewesen ist.“²⁶¹

Auch im Februar 1926 war man noch nicht weiter: Trotz energischer Nachforschungen habe man den gegenwärtigen Aufenthaltsort des Wilhelm Zimmermann nicht in Erfahrung bringen können, meldete die Reutlinger Polizei an den Leipziger Oberstaatsanwalt. Die Angehörigen wie auch seine getrennt lebende Ehefrau gaben an, dass sie, seitdem Zimmermann flüchtig sei, nichts mehr von demselben gehört hätten und überhaupt nicht wüssten, wo er sich zur Zeit aufhalte, er schreibe niemals nach Hause.²⁶² Das Polizeibild von Zimmermann war im Württembergischen Fahndungsblatt vom 1. 3. 1924 und 14. 1. 1925 abgebildet sowie im Deutschen Fahndungsblatt vom 20. 10. 1925.²⁶³ Aktuell lagen drei Steckbriefe aus Reutlingen, Nürnberg und Darmstadt vor.

Ende April 1926 wies eine Spur nach Brandenburg. Zimmermann war hier zwei Tage bei einem Gastwirt aus Treppendorf abgestiegen. Er reiste auf den Namen Friedrich Schenk aus Petersdorf im Riesengebirge, Rittmeister vom

²⁶⁰ Ebd., Bd. 7, Bericht Amtsgericht Rt. über Flucht Zimmermanns, 1. 3. 1924.

²⁶¹ Ebd., Bd. 4, Bericht Polizei Nürnberg-Fürth, 24. 11. 26. Zu Steckbriefen und Anzeigen ebd., Bd. 3 und 4.

²⁶² Ebd., Bd. 5, Polizei-Direktion Rt., 26. 2. 1926 und LKPA Stgt., 14. 4. 1926.

²⁶³ Ebd., Bd. 5.

früheren 2. Bayerischen Ulanenregiment, hatte einen gefälschten Stahlhelmausweis und gab sich als Reisender für Manschettenknöpfe für Stahlhelmeute aus.²⁶⁴ Auch hier hinterließ er eine nicht bezahlte Zeche.

Anfang Mai 1926 führte dann eine ähnliche Spur nach Niederschlesien ins Riesengebirge.²⁶⁵ In einer Wirtschaft bei Flinsberg war ein Verkäufer von Stahlhelm-Manschettenknöpfen mit laut geführten radikalen politischen Reden aufgefallen. Aufmerksame Polizeibeamte überprüften ihn im Fahndungsblatt und erkannten Wilhelm Zimmermann. Der Fremde hatte um die Osterzeit im kleinen Ort Flinsberg in verschiedenen Quartieren unter dem Namen Friedrich Schenk gewohnt, angeblich 1890 im nicht weit entfernten Petersdorf geboren. Er hatte dort angegeben, dass er Hauptmann d. R. und zurzeit bei seinem Vater, dem Major a. D. und ehemaligen Kaiserlichen Konsul in Griechenland Fritz Schenk in Petersdorf wohnhaft sei. Er verkaufte und sammelte in der Umgebung von Flinsberg Bestellungen auf Manschettenknöpfe in Stahlhelmform, die er außer bei Zivilpersonen beim Jungdeutschen Orden und beim Stahlhelm anbot. Bei seinem Verschwinden hinterließ er mehrere offene Rechnungen.

Eine Nachfrage beim echten Konsul Schenk ergab, dass der angebliche Schenk alias Wilhelm Zimmermann tatsächlich längere Zeit bei ihm als Gast gewesen, jedoch seit geraumer Zeit unter heimlicher Mitnahme von 250 Stahlhelm-Manschettenknöpfen, für die der Konsul ein Patent hatte, verschwunden war. Den Ermittler wunderte, dass es den Konsul wenig störte, dass sich der Flüchtige als sein Sohn ausgab. Der Konsul habe versucht, dem Flüchtigen den Anstrich eines harmlosen Menschen zu geben, der durch die Not gezwungen sei, etwas zu schwindeln. Er vermutete Wilhelm Zimmermann inzwischen in der Nähe von Berlin.²⁶⁶ Da die Polizei argwöhnte, dass er doch noch mit dem Konsul in Kontakt stand, ließ sie dessen Haus noch für einige Zeit beobachten, allerdings vergeblich.

Im Juli 1926 wurde Wilhelm Zimmermann in Quedlinburg tatsächlich aufgegriffen und wegen Betrug und Zechprellerei in Untersuchungshaft gesteckt.²⁶⁷ Hier hatte er sich Ingenieur Karl Kurt Kummer genannt und in seiner Kleidung steckten bei der Verhaftung Papiere, die auf den Namen Hans Christian Jensen lauteten, geboren 1891 in Kupfermühle bei Flensburg. Seinem Gastwirt hatte er erzählt, er habe bei politischen Unruhen jemand niedergeschlagen, der vielleicht seinen Verletzungen erlegen sei. Bei der gerichtlichen Vernehmung berichtete Zimmermann dann, er sei nach Dänemark geflüchtet und jetzt zurückgekehrt, weil ihm gesagt worden sei, dass seine Reutlinger Hochverrats-Tat unter die Straffreiheitsverordnung vom 21. Au-

²⁶⁴ Ebd., Bd. 4, Ermittlungen Leipzig 1926.

²⁶⁵ Ebd., Bd. 5, Bericht Grenzkommissariat, 25. 5. 1926.

²⁶⁶ Ebd., Bd. 5.

²⁶⁷ Ebd., Bd. 5; auch in Bd. 4, Oberstaatsanwalt Halberstadt, 23. 7. 1926.

gust 1925 falle. Bei der „Hindenburg-Amnestie“ von 1925 wurde Straferlass für bestimmte politische Straftaten zugestanden.

Als dann trotzdem Haftbefehl erlassen wurde, legte Wilhelm Zimmermann Mitte September 1926 dagegen vergeblich Haftbeschwerde ein und forderte Amnestie. In einer etwas großspurigen und wirren Erklärung – zumal Zimmermann ja inzwischen angeblich der NSDAP nahestand – schilderte er sein „politisches Denken und Handeln“ im Jahre 1923.²⁶⁸ Seine Tätigkeit, so Zimmermann, habe sich während der fraglichen Zeit in Reutlingen nur auf die Abwehr eines zu dieser Zeit zu erwartenden Putsches von rechts erstreckt. Nie habe er an den gewaltsamen Sturz einer bestehenden Staatsform gedacht. Wer die Vorgänge in Bayern, das offene Rüsten der Rechtsstehenden zum Kampf gegen die Republik beobachtet habe, der sah, was kommen musste: der Putsch Hitlers. Hätte sich dieser richtig entfaltet, so hätten doch die, die sich zur Verteidigung der Republik vorbereiteten, recht behalten. In Bayern habe sich Zimmermann persönlich von der Qualität der rechten Truppen und ihrer Bewaffnung überzeugen können. Während man in Reutlingen eine Geheimniskammer gehabt habe, wenn man mal eine Kamera oder ein paar Eierhandgranaten oder eine rostige Klinge zu Gesicht bekam, hätten bei Nürnberg 14 Tage vor dem Putsch Leute der Hitlerorganisationen schwer bewaffnet an den Ein- und Ausgängen der Dörfer Posten gestanden. Außerdem wollte Zimmermann seine Unterschlagung der KPD-Gelder als Entlastungsgrund für das Hochverratsverfahren gewertet wissen. Die KPD habe ihn ja deswegen sogar angezeigt.

Nach Verbüßung kleinerer Haftstrafen wegen Betrugs und Zechprellerei in Quedlinburg und Darmstadt wurde Wilhelm Zimmermann am 19. Oktober 1926 wieder nach Stuttgart überführt. Anfang November 1926 wurde am Staatsgerichtshof in Leipzig das Verfahren gegen Zimmermann wieder aufgenommen und die Ergänzung der Voruntersuchung angeordnet. Doch nach umfangreichen Ermittlungen, bei denen auch zahlreiche Reutlinger Zeugen erneut befragt wurden, beantragte der Leipziger Oberreichsanwalt am 9. Februar 1927, das Verfahren aufgrund des Amnestiegesetzes von 1925 einzustellen.²⁶⁹ Weder zu Zimmermanns Tätigkeit als Ernährungsleiter noch zu seiner Rolle bei der Beschaffung von Waffen war genug belastbares Material für eine höhere als zweijährige Strafe gefunden worden; die Voraussetzungen für eine Amnestie waren also erfüllt. Und die ihm zur Last gelegten Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz – die Abholung der Handgranaten aus Aicheles Werkstatt und die Beschaffung von Sprengstoff aus Esslingen – waren nicht beweisbar. Reinhold Aichele hatte seine Zimmermann belastende Aussage widerrufen und die früheren erheblich schwankenden Aussagen von Zimmermann selbst – „der offenbar Psychopath und Gewohnheitsbetrüger ist“, wie

²⁶⁸ Ebd., Bd. 4, Haftbeschwerde Zimmermann, 16. 9. 1926.

²⁶⁹ Ebd., Bd. 3, Oberreichsanwalt, 9. 2. 1927.

der Oberreichsanwalt vermerkte – zum Esslinger Sprengstoff reichten nicht für eine Anklage. Alle anderen Vergehen Zimmermanns waren nicht Gegenstand des Hochverrats-Verfahrens.²⁷⁰ Das Verfahren gegen Zimmermann wurde am 22. Februar 1927 eingestellt.²⁷¹ Zimmermanns Kalkül war also aufgegangen, er musste nicht wegen Hochverrat ins Gefängnis. Er war damit der einzige der Reutlinger Angeklagten, dem dies gelang.

Rückkehr nach Reutlingen

Wilhelm Zimmermann kehrte daraufhin nach Reutlingen zurück und fing wieder an, in einer Reutlinger Firma als Stricker zu arbeiten.²⁷² Auch mit seiner Frau Maria, die die Jahre zuvor beharrlich erklärt hatte, von ihrem Mann gar nichts gehört zu haben, kam er offenbar wieder zusammen. Das Paar bekam, nachdem ein erster Sohn bereits im Mai 1924 geboren worden war, nun noch zwei weitere Söhne im Januar 1928 und im November 1930. Dauerhaft scheint Zimmermann es aber nicht geschafft zu haben, seine wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu konsolidieren. Zu den schon bekannten Verurteilungen von 1924 bis 1926 aus Waldsee, Crailsheim, Quedlinburg, Darmstadt und Stuttgart kamen 1927 noch weitere hinzu: Im Juni 1927 Betrug in Friedberg, im Juni und im Dezember 1927 in Reutlingen Unterschlagung bzw. Hausfriedensbruch und öffentliche Beleidigung und im August 1927 in Nürnberg noch einmal Diebstahl und Betrug, was ihm Geldstrafen und sogar noch einmal drei Monate Gefängnis eintrug.²⁷³ Möglicherweise waren dies aber zum Teil auch ältere Vorfälle, die jetzt erst zur Anzeige kamen.

Im Mai 1931 kam seine Frau Marie für zwei Wochen ins Reutlinger Krankenhaus.²⁷⁴ Sie war nicht krankenversichert und Wilhelm Zimmermann zögerte einerseits die Bezahlung hinaus, weigerte sich andererseits aber auch strikt, Hilfe vom Fürsorgeamt anzunehmen. Terminen auf dem Amt entzog er sich. Im Mai 1933 tauchte er dann doch auf dem Reutlinger Fürsorgeamt auf und bat um Übernahme der rückständigen Miete, da sonst einen Tag später zwangsweise geräumt würde. Die Reutlinger Behörde gewährte eine einmalige Mietbeihilfe, wollte sich aber nicht zu einer regelmäßigen Zahlung verpflichten, sodass die von der Gemeinnützigen Wohnungsfürsorge Stuttgart betriebene Wohnung der Zimmermanns weiterhin von der Zwangsräumung bedroht war. Im Oktober 1933 erschien Marie Zimmermann erneut auf dem Fürsorgeamt und erklärte nun, ihr Mann sei seit Anfang Oktober mit unbekanntem Aufenthaltsort verreist. Er habe nur 10 RM dagelassen und sie benötige nun Unterstützung für sich und die drei noch kleinen Kinder. Sie

²⁷⁰ Ebd.

²⁷¹ Ebd., Bd. 3.

²⁷² StadtA Rt., Personen- und Adressbogen Wilhelm Zimmermann.

²⁷³ StadtA Rt., Fürsorgeakten Nr. 13617, Auszug aus Strafregister Landgericht Tü, 19. 5. 1933.

²⁷⁴ Vgl. zum Folgenden StadtA Rt., Fürsorgeakten Nr. 13617, Wilhelm Zimmermann.

erhielt nun monatlich Beihilfe für Miete, Lebensmittel und Bargeld. Am 28. Oktober 1933 meldete sie der Fürsorge, ihr Mann sei in Saarbrücken. Er hätte in Reutlingen auf der Polizei erscheinen sollen, sei aber „lieber gegangen“.

Die vermietende Wohnungsgesellschaft mahnte weiter die Mietaußenstände an und verkündete schließlich für Mitte März 1934 die Zwangsräumung. Angesichts dieser Situation schrieb Wilhelm Zimmermann seiner Frau, er habe eine Wohnung in Saarbrücken und sie solle mit den Kindern zu ihm kommen. Von der Reutlinger Fürsorge erbat sich Marie Zimmermann nun 100 RM Unterstützung für den Umzug, die sie auch bekam. Eigentlich hatte Wilhelm Zimmermann sich verpflichtet, den Rest der Umzugskosten selbst zu tragen, doch der Spediteur wandte sich wegen der am Ende immer noch fehlenden 50 RM erneut an die Fürsorge.

Die von Wilhelm Zimmermann in Saarbrücken betriebene Handweberei lief wohl anfangs ganz gut, doch während der Sommermonate verschlechterte sich das Geschäft derart, dass Marie Zimmermann Ende August 1934 mit ihren drei Kindern wieder zurückkehrte und nach Pfullingen zu ihren Eltern zog, die dort eine kleine Landwirtschaft betrieben.

Ab Mai 1935 war Wilhelm Zimmermann im Konzentrationslager in Dachau inhaftiert. Welche Gründe dafür vorgebracht wurden und ob er sich weiter politisch betätigt hatte, ist unbekannt. Am 30. April 1937 wurde er offenbar wieder entlassen und sollte ab 16. Mai 1937 bei einem Reutlinger Gartenarchitekten arbeiten. Seine Frau zog nun von Pfullingen wieder nach Reutlingen um. 1942 betrieb Wilhelm Zimmermann dann ein Handwebstuhlgeschäft in Tübingen und lebte wohl auch mit seiner Familie dort. Hier traf er dann wieder mit Hans Früh zusammen, der ihn im Auftrag der Gestapo bespitzeln sollte.²⁷⁵ Sein weiteres Schicksal ist unbekannt.

IV Fazit

Die Reutlinger Kommunisten handelten ohne Zweifel kriminell, als sie 1923 Sprengstoff und Waffen beschafften, Handgranaten herstellten und ein Waffenlager anlegten. Bei den Parteifunktionären, vor allem bei Hans Früh und Wilhelm Zimmermann, kann man außerdem davon ausgehen, dass sie über die konkreten Umsturzpläne der KPD informiert waren und durch die Stuttgarter Oberleitung auch Instruktionen erhalten hatten. Doch das Bild einer von Moskau aus durchorganisierten Reutlinger KPD mit entschlossenen lokalen KPD-Parteisoldaten will sich nicht einstellen. Denn die Bilanz der Aktionen des Herbst 1923 fällt bescheiden aus und die Vorstellung, dass von

²⁷⁵ Vgl. Kap. III.1.

Reutlingen eine bolschewistische Weltrevolution hätte ausgehen können, war utopisch: Sechs Waffen mit nicht ganz passender Munition, Handgranaten, die am Ende vielleicht doch in der Echaz gelandet sind, außerdem zwei Führungskräfte mit undurchsichtigen politischen Loyalitäten, die in die eigene Tasche gewirtschaftet haben, der eine schließlich als Hochstapler flüchtig.

Dazu kommen mit David Aichele und Christoph Lutz zwei Funktionäre, die auf das dubiose Verhalten des Leiters und die Gewalteskalation mit Zögern und Rückzug reagierten. Jenseits aller Verharmlosungsstrategien in Verhör-situationen wirken die Aussagen der beiden plausibel. Für sie wie auch für mehrere andere der Reutlinger Verurteilten trifft möglicherweise auch eine Feststellung zu, die in der Forschung hinsichtlich der KPD-Umsturzpläne von 1923 allgemein getroffen wurde: Die Mehrheit der deutschen Arbeiter, so Harald Jentsch, sei 1923 nicht bereit gewesen, für eine vage Hoffnung auf ein besseres Morgen das Heute aufs Spiel zu setzen. Die Massen hätten zwar verstärkt mit den Auffassungen und der Politik der KPD sympathisiert, was die Wahlergebnisse und die zahlreichen Arbeitskämpfe bewiesen. Auch wenn die Mehrheit der deutschen Arbeiter, so Jentsch weiter, in der Politik der KPD ihre Interessen stärker berücksichtigt gesehen habe, so bedeutete das noch lange nicht, dass sie bereit gewesen wäre, sich aktiv an der Umsetzung dieser Politik zu beteiligen: „Es stellte doch einen entscheidenden Unterschied dar, ob man einer Partei auf dem Wahlschein seine Stimme gab oder ihr auf die Barrikade folgte.“²⁷⁶

Auch die Behauptung von Reinhold Aichele und Karl Eisele, den beiden Handgranatenbauern, es sei ihnen um die Abwehr der Faschisten gegangen, nicht um die Diktatur des Proletariats, wirkt nachvollziehbar. Denn es entsprach ihrer konkreten Erfahrung vor Ort, dass die Schutzpolizei nicht unbedingt auf ihrer Seite stand und dass rechte Gruppen sich auf einmal breitmachten; es war ja auch bereits zu Konflikten gekommen. Und die örtliche NSDAP-Ortsgruppe und die SA, die während ihres Verbots 1923 als Wandergruppe getarnt weitermarschierte, besaßen ebenfalls Waffen. Sogar die ermittelnden Stuttgarter Behörden räumten anfangs ein, dass es bei allen Beschuldigten, außer bei den Funktionären Früh, David Aichele und Lutz, aufgrund der realen Situation in Reutlingen durchaus möglich war, dass sie den Zweck der Bewaffnung in der Abwehr der Faschistengefahr sahen. Denn das Stärkeverhältnis der Kommunisten und Nationalsozialisten sei zu dieser Zeit in Reutlingen etwa gleich gewesen, es seien auch von beiden Seiten verschiedentlich Terrorakte vorgefallen und es hätten auch wiederholt Zusammenstöße zwischen den beiden extremen Parteien stattgefunden.²⁷⁷

²⁷⁶ H. Jentsch, KPD (wie Anm. 17), S. 209 f.

²⁷⁷ BAArch Berlin, R 3003/95, Az. 14 J 254/24, Bd. 7, Anzeige LKPA Stgt./Rt., 13.5.1924, Schlussbemerkung zu den Verhören.

Es erstaunt daher, dass die Mitglieder der Reutlinger NSDAP, die 1923 den konkreten Vorsatz hatten, beim Hitlerputsch am 9. November 1923 mitzuhelfen und nur durch Nachrichtensperre der württembergischen Regierung daran gehindert wurden, nicht etwa wegen Hochverrat angeklagt wurden. Vielmehr mussten sich 28 dieser verhinderten Putschisten im Februar 1924 „nur“ vor dem Tübinger Landgericht dafür verantworten, dass in ihrem Umfeld Handgranaten und Gewehre gefunden wurden.²⁷⁸ Nur einer der Beteiligten wurde dann zu einer geringfügigen Geldstrafe verurteilt, während sich die Reutlinger KPD-Angeklagten für das vergleichbare Vergehen in Leipzig wegen Hochverrats verantworten mussten.

Angesichts der politisch instabilen Situation und der republikbedrohenden Anschläge und Unruhen von rechts und links war es nach dem Herbst 1923 nachvollziehbar und legitim, dass Polizei und Justiz bei den Reutlinger KPD-Vorfällen und anderswo unter der Prämisse einer hochverräterischen, durchgeplanten KPD-Aktion ermittelten. Verheerend wirkten sich jedoch auf längere Sicht die großen Unterschiede in der Einschätzung radikaler Linker und Rechter aus.

Das Polizeipräsidium Stuttgart hielt 1924/25 die KPD für die „zur Zeit einzig gefährliche revolutionäre Vereinigung“, nachdem „die Umsturzbestrebungen von rechts infolge des Mißlingens des Hitlerputsches so ziemlich versandet sind.“²⁷⁹ Der „unbeugsame Vernichtungswille“ der KPD mache die kommunistische Bewegung abgesehen von ihrer zahlenmäßigen Stärke zu der gefährlichsten unter den derzeitigen staatsfeindlichen Strömungen.²⁸⁰ Dagegen ließen sich, so die Einschätzung der Stuttgarter Polizeibehörde, die Führer und Anhänger der völkischen Bewegung trotz allen Geredes vom „Tatmenschen-tum“ in ihrer Politik von Gefühlsmomenten leiten. Diese Gefühlspolitik könne zwar bei unsachgemäßer Behandlung ihrer Verfechter durch die Inhaber der Staatsgewalt zu schweren Erschütterungen des Staatslebens führen, wie der Hitlerputsch im Herbst 1923 mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt habe. „Die völkischen Gefühlspolitiker können also sehr wohl eine akute Erkrankung des Staatskörpers herbeiführen“, urteilte das Stuttgarter Polizeipräsidium, „nicht aber eine chronische, wie das kommunistische Gift.“ Die völkische Bewegung sei auf Persönlichkeiten eingestellt, aber ihre Führer seien „nicht selten politische Glücksritter, die auf die Dauer keinen nachhaltigen Einfluss auf ihre Anhänger auszuüben vermögen.“²⁸¹

Auch die württembergische Landesregierung hat Anfang und Mitte der 1920er Jahre, als die ersten nationalsozialistischen Parteiorganisationen ge-

²⁷⁸ GEA vom 10. 11. 1933 (Rückblick eines NSDAP-Mitglieds), vgl. auch M. Maul-Ilg, Anfänge NSDAP (wie Anm. 10), S. 21.

²⁷⁹ Polizeipräs. Stgt. (Hrsg.), Kommunistische Partei 1925 (wie Anm. 18), S. III.

²⁸⁰ Polizeipräs. Stgt., Abhandlung 1924 (wie Anm. 2), S. 4.

²⁸¹ Ebd.

gründet wurden, die Gefahr von rechts völlig unterschätzt.²⁸² Zwar ging sie durchaus gegen rechtsradikale Stimmungsmache und gewalttätige öffentliche Auftritte vor. Von Dezember 1922 bis Juli 1923 erteilte das Innenministerium der NSDAP Versammlungsverbot und die württembergischen SA-Gruppen wurden ab April 1923 untersagt, auch wenn sie ihre Aktivitäten dann als Sport- und Wandergruppen getarnt fortsetzten. Im Sommer 1923 wurden bei Hausdurchsuchungen im NS-Umfeld paramilitärische Ausrüstungen und Waffen beschlagnahmt. Doch Innenminister Eugen Bolz sah weiterhin von den Nationalsozialisten keine generelle Gefahr für die Sicherheit und Ordnung Württembergs ausgehen. Während des Hitlerputsches verhinderte Bolz am 8./9. November 1923 eine württembergische Beteiligung, indem er regionale NS- und SA-Führer verhaften und Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen abbrechen ließ. Hitler maß er danach keine politische Wirkkraft mehr zu. Eine verhängnisvolle Fehleinschätzung, wie sich einige Jahre später herausstellen sollte.

²⁸² Dazu C. Dowe, Umsturzvorbereitungen der NSDAP (wie Anm. 11), S. 92 f.; M. Maul-Ilg, Anfänge NSDAP (wie Anm. 10), S. 11–33.

Unerwartet Vizekanzler in der Endphase des Ersten Weltkriegs. Der Reutlinger Ehrenbürger Friedrich von Payer (1847–1931)

Christopher Dowe

Am 9. Oktober 1912 traten der Reutlinger Gemeinderat und der Reutlinger Bürgerausschuss zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Im vertraulichen Teil der Beratungen schlug Oberbürgermeister Emil Hepp vor, den langjährigen Reutlinger Landtagsabgeordneten Friedrich von¹ Payer, der bei den anstehenden Landtagswahlen nicht mehr kandidierte, das Reutlinger Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Der Oberbürgermeister begründete seine Initiative damit, dass die Stadt „ihrem seitherigen Abgeordneten außerordentlich viel“ verdanke. „Payer habe viel mehr, als es die Öffentlichkeit im allgemeinen wisse, es sich angelegen sein lassen, in jeder Beziehung die Interessen der Stadt Reutlingen zu vertreten. Insbesondere habe sich der Stadtvorstand mit allen Anliegen und auf allen Gebieten seiner Tätigkeit an ihn wenden können und stets das denkbar größte Entgegenkommen gefunden.“² Bürgerausschuss und Gemeinderat stimmten dem Vorschlag des Stadtoberhauptes zu. Auch Payers politische Gegner betonten, wie der Reutlinger General-Anzeiger vermerkte, „daß sich der bisherige Abgeordnete hohe Verdienste um die Stadt erworben habe“, und ergänzten, dass Payer auch als langjähriger Präsident der zweiten Kammer der württembergischen Landstände, also als Parlamentspräsident des Landtags, „seines Amtes in vorbildlicher Weise gewaltet habe“.³ Einstimmig beschlossen die Kommunalgremien, Payer zum Ehrenbürger zu ernennen und damit die Zahl der Ehrenbürger der Stadt auf acht zu erhöhen. In den Jahren vor ihm waren unter anderem der bis 1898 amtierende Oberbürgermeister Julius von Benz sowie die ehemaligen Präsidenten der Regie-

¹ 1906 wurde Payer mit dem Komturkreuz des Ordens der württembergischen Krone ausgezeichnet und in den persönlichen Adelsstand erhoben. Er selbst führte das Adelsprädikat nicht. Vgl. Günther Bradler (Bearb.): Friedrich Payer. Autobiographische Aufzeichnungen und Dokumente (Göppinger Akademische Beiträge Nr. 83), Göppingen 1974, S. 188.

² Reutlinger General-Anzeiger für die Oberämter Reutlingen, Tübingen, Rottenburg, Herrenberg, Nürtingen, Urach und Münsingen (im Folgenden abgekürzt als GEA) vom 9. 10. 1912. Vgl. auch Schwarzwälder Kreiszeitung–Reutlinger Tagblatt Nr. 237/9. 10. 1912.

³ GEA 9. 10. 1912.



Der Reutlinger Ehrenbürger Friedrich von Payer zählte zu den führenden Linksliberalen und war einer der wichtigsten deutschen Politiker in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkriegs.

rung des Schwarzwaldkreises mit Sitz in Reutlingen Karl von Bellino und Karl von Luz ausgezeichnet worden.⁴

Eine Woche später konnte Oberbürgermeister Hepp Gemeinderat und Bürgerausschuss darüber informieren, dass Payer die Ehrung sehr gerne annehme, und verlas den Dankbrief des Abgeordneten, in dem der in Tübingen geborene und in Stuttgart lebende Payer betonte, „er schätze sich glücklich, Angehöriger eines so blühenden Gemeinwesens geworden zu sein.“⁵

Die Ehrenbürgerurkunde ließ die Stadt durch den Vorsteher der Reutlinger Frauenarbeitsschule Inspektor Schradin anfertigen. Eine lederne, teilweise vergoldete Schmuckmappe schuf ein Stuttgarter Kunstgewerbebetrieb.⁶ Die Überreichung der Urkunde erfolgte im kleinen Kreise durch den Oberbürgermeister und

den Obmann des Bürgerausschusses.⁷

Seinen Abschied aus dem Landtag hatte der 65-jährige Friedrich von Payer mit Altersgründen und einem anstehenden und notwendigen Generationswechsel begründet.⁸ Auch wenn Payer am 14. November 1912 bei einem Wahlkampfauftritt in Reutlingen darauf hinwies, dass er noch nicht zum alten Eisen gehöre und er deshalb noch an seinem Reichstagsmandat für den Wahlkreis Reutlingen, Rottenburg und Tübingen festhalte,⁹ zeichnete sich das langsame Ende eines langen politischen Lebens ab.¹⁰ Dass Payer kürzertreten

⁴ StadtA Rt., DB 17 b Rudolf Finckh: Chronik der Stadt Reutlingen 1901–1918, S. 461.

⁵ GEA Nr. 244/17. 10. 1912, 3. Blatt.

⁶ StadtA Rt., Stadtpflege-Rechnung 1912, S. 1906 sowie Beilagen zur Stadtpflege-Rechnung 1912, Nr. 3854–3856.

⁷ GEA Nr. 3/4. 1. 1913, 2. Blatt.

⁸ Verhandlungen der Württembergischen Zweiten Kammer (Kammer der Abgeordneten) auf dem 38. Landtag im Jahr 1912. Protokoll-Band 93, Stuttgart 1912, vgl. Payers Rede in der 127. Sitzung/5. 10. 1912, S. 3361.

⁹ Vgl. GEA Nr. 269/15. 11. 1912.

¹⁰ Vgl. die Pressekommentare zu seinem Ausscheiden aus dem württembergischen Landtag, auszugsweise abgedruckt in GEA Nr. 240/12. 10. 1912, 2. Blatt.

wollte, zeigte sich auch daran, dass er 1912 seine Zulassung als Anwalt zurückgab und sich damit beruflich zur Ruhe setzte.¹¹

Doch sollte es anders kommen und Payer unverhofft in eine politische Schlüsselrolle auf Reichsebene hineinwachsen. Als Stellvertreter der letzten beiden kaiserlichen Reichskanzler Georg von Hertling und Max von Baden wirkte Payer 1917 und 1918 an Weichenstellungen der deutschen Geschichte mit und spielte 1919 und 1920 eine wichtige Rolle in der Deutschen Nationalversammlung. Wie es dazu kommen konnte, soll im Folgenden dargestellt zu werden. Zuvor gilt es, Payers Leben bis zur Verleihung des Reutlinger Ehrenbürgerrechtes zu skizzieren und dabei Erfahrungen, Prägungen und Fähigkeiten aufzuzeigen, die sein „zweites politisches Leben“ wesentlich beeinflussen sollten.¹²

Oppositionspolitiker und Parlamentspräsident

Friedrich Payer wurde am 12. Juni 1847 in Tübingen geboren. Sein Vater war Pedell an der Tübinger Universität und hatte nicht nur hausmeisterliche Funktionen, sondern auch eine disziplinarische Aufgabe gegenüber den Studenten, sollte er doch im Auftrag des Rektors die akademische Gerichtsbarkeit gegenüber den Universitätsangehörigen durchsetzen.¹³ Dieser Teil der Aufgaben erklärt sich daraus, dass die Universität bis weit in das 19. Jahrhundert hinein eine eigene Gerichtsbarkeit besaß, die erst im Kaiserreich weitgehend abgebaut wurde. Der bekannte Karzer, das universitäre Gefängnis, gehört in diesen Kontext.¹⁴ Payers Jugend bewegte sich so zwischen akademischer Lebenswelt und dem Milieu der Tübinger „Wengert“. ¹⁵ Payers Vater starb, als Friedrich 14 Jahre alt war. Dank Stipendien

¹¹ Vgl. Hans-Georg Müller-Payer: Friedrich Payer, in: Max Müller; Robert Uhlend (Hrsg.): Lebensbilder aus Schwaben und Franken, Bd. 11, Stuttgart 1969, S. 344–367, hier S. 364.

¹² Eine wissenschaftliche Biografie Payers fehlt. Helmut Franz: Das Problem der konstitutionellen Parlamentarisierung bei Conrad Haußmann und Friedrich von Payer (Göppinger Akademische Beiträge Nr. 100), Göppingen 1977 behandelt nur Teilaspekte. Wichtig sind Payers eigene autobiografische Schriften: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder, Frankfurt 1923, sowie post mortem veröffentlichte Dokumente von G. Bradler (vgl. Anm. 1). Payers Nachlass liegt im Bundesarchiv Koblenz sowie im Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Sofern Archivalien in der vorliegenden Literatur ausgewertet und nachgewiesen wurden, erfolgt zur Entlastung der Anmerkungen im Folgenden nur der Nachweis auf die Sekundärliteratur.

¹³ Vgl. H.-G. Müller-Payer (wie Anm. 11), S. 344–345.

¹⁴ Vgl. Klaus Michael Alenfelder: Akademische Gerichtsbarkeit (Bonner Schriften zum Wissenschaftsrecht, Bd. 7), Baden-Baden 2002.

¹⁵ Vgl. Karl Braun u. a.: Das andere Tübingen. Kultur und Lebensweise der Unteren Stadt im 19. Jahrhundert (Untersuchungen des Ludwig-Uhlend-Instituts Sonderband), Tübingen 1978.



Als Student trat Payer (links) 1866 der Tübinger Studentenverbindung Roigel bei, die in Orientierung an den Burschenschaften die Farben „Schwarz-Gold-Rot“ als Verbindungsfarben gewählt hatte.

kampf und 1866 kam es zum Krieg Preußens gegen die Habsburger Monarchie und die süddeutschen Staaten, in dem die Doppelmonarchie gewaltsam aus dem entstehenden deutschen Nationalstaat hinausgedrängt wurde. Dass in Württemberg bei den Wahlen zum Parlament des deutschen Zollvereins 1868 erstmals das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer angewendet wurde, war eine wichtige Etappe der Demokratiegeschichte.

Payer engagierte sich für großdeutsch-demokratische Positionen, war 1868 bei der Gründung der Deutschen Volkspartei in Stuttgart als einer der Schriftführer dabei¹⁹ und brachte sich in Tübingen in den Wahlkampf dieser Partei ein, die seine politische Heimat wurde.²⁰ Die Pflege des demokratischen

konnte der begabte Halbweise das Evangelische Seminar in Blaubeuren besuchen, das auf ein Studium der evangelischen Theologie vorbereiten sollte und die Möglichkeit bot, das Abitur abzulegen.¹⁶ In der Familie obrigkeitshörig erzogen, weckten Gespräche mit demokratisch gesinnten Mitschülern in ihm das Interesse für Politik.¹⁷ Als Payer 1865 in Tübingen sein Studium begann, schrieb er sich für Jura ein, denn er wollte kein evangelischer Pfarrer werden. Während seines Studiums der Rechte, das er 1869 abschloss, blieb er in engem Kontakt mit seinen demokratisch gesinnten ehemaligen Mitschülern aus Blaubeuren, die ebenfalls die württembergische Landesuniversität besuchten. Die jungen Studenten engagierten sich parallel zum Hochschulbesuch im demokratischen Volksverein in Tübingen.¹⁸

Es waren damals bewegte Zeiten, tobte doch in Preußen der Verfassungskonflikt zwischen Regierung und Landtag, in Baden der Kultur-

¹⁶ Vgl. H.-G. Müller-Payer (wie Anm. 11), S. 344–346.

¹⁷ Vgl. G. Bradler (wie Anm. 1), S. 119.

¹⁸ Vgl. H.-G. Müller-Payer (wie Anm. 11), S. 345–350.

¹⁹ Vgl. G. Bradler (wie Anm. 1), S. 121.

²⁰ Vgl. ebd., S. 122.



Payer wirkte 1868 als Schriftführer an der Gründungsversammlung der Deutschen Volkspartei in Stuttgart mit. Die Einlasskarte bewahrte er zur Erinnerung auf.

Erbes der 1848er-Revolution zusammen mit Parteiveteranen, die selbst 1848 aktiv gewesen waren, die Ablehnung Preußens und eines preußisch dominierten kleindeutschen Nationalstaates wie der Kampf für ein föderal aufgebautes Großdeutschland einschließlich Österreichs waren wesentliche Programmpunkte, für die sich der junge Payer begeisterte.²¹

Nach dem Jura-Examen folgte das Referendariat mit Stationen in Tübingen und Dusslingen.²² 1871 erhielt Payer seine Zulassung als Rechtsanwalt in Stuttgart und arbeitete zugleich für eine gewisse Zeit parallel als Redakteur des demokratischen Parteiorgans *Der Beobachter*, bis er erkannte, dass eine solche Doppeltätigkeit nicht vereinbar mit dem Aufbau einer Kanzlei war, und die Redaktion niederlegte.²³ Aus der Politik zog sich Payer nicht zurück, auch wenn der deutsch-französische Krieg und die Reichsgründung seine Partei mit ihrer antipreußischen und großdeutschen Orientierung zunächst dramatisch schwächten.

1873 überredeten Parteifreunde Payer, bei der Anfang 1874 anstehenden Reichstagswahl im Wahlkreis Reutlingen, Tübingen und Rottenburg für die

²¹ Vgl. Dieter Langewiesche: Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 52), Düsseldorf 1974; Gerlinde Ruge: Die Volkspartei in Württemberg von 1864 bis 1871 (VKGL B 62), Stuttgart 1970.

²² Vgl. G. Bradler (wie Anm. 1), S. 124.

²³ Vgl. Müller-Payer (wie Anm. 11), S. 351.

Volkspartei zu kandidieren.²⁴ Damit nahm Payer frühestmöglich das passive Wahlrecht wahr, gab es doch damals gesetzliche Vorgaben für das Mindestalter für Abgeordnete. Auch wenn Payer selbst nicht erwartete, das Mandat zu erringen, stürzte er sich engagiert in den Wahlkampf in seinem sehr heterogenen Wahlkreis, der aus dem katholischen Oberamt Rottenburg, den altwürttembergischen evangelischen Gebieten um die Universitätsstadt Tübingen und aus der ehemals Freien Reichsstadt Reutlingen mit Umland bestand.²⁵

Seine ersten Wahlkampf Erfahrungen und seinen ersten Wahlkampfauftritt in Reutlingen beschrieb Payer 1920: „Bei meiner [ersten, d. Verf.] Versammlung in Reutlingen übernahm der zufällig anwesende alte Pfarrer Hopf, der Redakteur des „Gradaus“, einer der populärsten Freiheitsmänner des Landes sozusagen, die politische Bürgschaft über mich und am Schluß zog die ziemlich anspruchsvoll aufgetretene Opposition in gedrückter Stimmung ab. [...] Bei der Agitation auf dem Lande begleiteten mich je für ihr Oberamt meine alten Tübinger oder meine neuen Reutlinger Freunde, im Amt Rottenburg waren wir meist nur zu zweit. Es ging fast überall über Erwarten gut.“²⁶ Payer erinnerte auch an Herausforderungen während des Wahllampfes: „Der Wahlkampf war vor allem dadurch erschwert, daß die paar in Reutlingen und Tübingen erscheinenden Blätter teils ausschließlich den Gegnern zur Verfügung standen, teils unsere „Eingesendet“, wenn überhaupt, nur sehr zensiert aufnahmen. [...] Das Agetieren war voll technischer Schwierigkeiten [...]. Fahrräder, Autos und Telefon waren noch nicht erfunden. Nebenbahnen gab es noch nicht [...]. Es war grimmig kalt; wenn mir nicht ein aus Rußland zurückgekehrter Freund einen Pelzmantel geliehen hätte, hätte ich jämmerlich frieren müssen. Trinkfestigkeit war für einen Kandidaten, der sich persönlich vorstellen mußte, fast unentbehrlich, den Tag über mußte man in, ich weiß nicht wieviel, Wirtshäusern einkehren und die Wirte waren den Städtern gegenüber wirklich empfindlich, wenn man sein Glas nicht austrank. Zum Glück lag meine Hochschulzeit noch nicht weit zurück.“²⁷

Zu seiner eigenen Überraschung scheiterte Payer nur knapp. Drei Jahre später, 1877, gelang es ihm aber, den Reichstagswahlkreis Reutlingen, Tübingen, Rottenburg zu gewinnen und als Abgeordneter in das deutsche Nationalparlament einzuziehen. Bei der folgenden vorgezogenen Wahl 1878 verlor

²⁴ Vgl. G. Bradler (wie Anm. 1), S. 46.

²⁵ Für eine Reichstagskandidatur lag die Altersgrenze bei 25 Jahren, beim württembergischen Landtag bei 28. Deshalb greifen die Überlegungen von Bernhard Mann zur unterschiedlichen Attraktivität von Landtags- und Reichstagsmandat nicht, vgl. Bernhard Mann: Friedrich Payer (1847–1931), in: Reinhold Weber; Ines Mayer (Hrsg.): Politische Köpfe aus Südwestdeutschland (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 33), Stuttgart 2005, S. 14.

²⁶ Zitiert nach G. Bradler (wie Anm. 1), S. 40.

²⁷ Zitiert nach G. Bradler (wie Anm. 1), S. 41.

Payer sein Mandat wieder, zog nach einer Nachwahl 1880 wieder in den Reichstag ein, behauptete 1881 und 1884 sein Mandat, unterlag jedoch 1887 seinem nationalliberalen Gegenkandidaten.²⁸ Kulturkampf und Sozialistengesetz, Attentatsversuche auf den Kaiser und Reichskanzler sowie massive Wahlbeeinflussung der Regierung zugunsten der Konservativen und Nationalliberalen prägten diese politische Phase.

Ab 1890 sollte Payer dann Reutlingen, Tübingen und Rottenburg ununterbrochen bis zum Ende des Kaiserreiches im Reichstag vertreten. Zudem setzte er sich bei einer Nachwahl zum württembergischen Landtag im Reutlinger Wahlkreis am 10. November 1893 durch und gewann dieses Mandat, das er bis zum seinem Rückzug aus der württembergischen Landespolitik 1912 immer wieder verteidigte. Die Landtagswahl von 1895 veränderte die politische Landschaft Württembergs nachhaltig und schuf wesentliche Grundlagen für Payers landespolitisches Wirken. Denn bei dieser Wahl erlitten die regierungstreuen Kräfte dramatische Verluste. Zugleich wurde die oppositionelle Volkspartei Payers erstmals die stärkste Kraft im Landesparlament und arbeitete eng mit der erstmals im Landtag vertretenen katholischen Zentrumsparterie zusammen.²⁹ Als stärkste politische Kraft im Parlament stellte ab 1895 die Volkspartei den Parlamentspräsidenten, zu dem niemand anderes als Friedrich Payer gewählt wurde. Auch wenn er sein Reichstagsmandat nicht aufgab, rückte nun die Landtagspolitik in den Mittelpunkt von Payers politischem Wirken, zumal er als Parlamentspräsident nicht auf seine Fraktionszugehörigkeit verzichten musste.

Über wie viele Themen der württembergische Landtag in den über 1200 Sitzungen, die Payer leitete,³⁰ beriet und entschied, skizzierte Payer selbst am 14. November 1912, als er in Reutlingen eine Wahlkampfreda hielt: „Wenn man das Wahlprogramm der Volkspartei von 1894 ansieht und mit dem jetzigen Zustand der Gesetzgebung [im Jahr 1912, d. Verf.] vergleicht, so darf man mit Freude einen ganz gewaltigen Fortschritt feststellen. Um nur die wichtigsten Errungenschaften aufzuführen, so haben wir nun die reine Volkskammer unter Ausschluß der Privilegierten. Wir haben Sicherung des Wahlheimnisses und Schutz gegen Wahlbeeinflussungen [...], es ist die Verwaltungsreform mit Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher durchgeführt, wir haben die Schulreform gemacht, eine Hebung des Lehrerstandes erreicht, das Steuerwesen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit umgestaltet, (mit Ausnahme der Ertragssteuern, deren Reform dem kommenden Landtag vorbehal-

²⁸ Vgl. Bernd Haunfelder: *Die liberalen Abgeordneten des Reichstags 1871–1918*, Münster 2004, S. 313–314.

²⁹ Vgl. Andreas Gawatz: *Wahlkämpfe in Württemberg. Landtags- und Reichstagswahlen beim Übergang zum politischen Massenmarkt (1889–1912)* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 128), Düsseldorf 2001.

³⁰ Verhandlungen der Württembergischen Zweiten Kammer (Kammer der Abgeordneten) auf dem 38. Landtag im Jahr 1912. Protokollband 93, Stuttgart 1912, S. 3360.

ten bleibt). Wir haben die Bauordnung und ein Wasserrechts-Gesetz geschaffen, unsere Forderung auf Errichtung von Handwerkskammern ist erfüllt, eine durchgreifende Verbesserung des Eisenbahn- und Postwesens hat stattgefunden.“³¹

Dass sich in dieser Zeit auch das politische System Württembergs tiefgreifend wandelte, betonte Payer 1912 in seiner Abschiedsrede im Landtag, wenn er ausführte: „Der Einfluß der Volksvertretung und damit des Volkes auf die Verwaltung des Staates ist direkt und indirekt gestiegen. Dadurch daß Regierung und Krone den berechtigten Wünschen der Bevölkerung auch auf diesem Gebiete verständnisvoll entgegengekommen sind, haben wir uns mit Recht den Ruf eines wahrhaft konstitutionell regierten Landes erworben.“³² Dabei verlor Payer nicht aus den Augen, dass in Württemberg ebenso wie in den anderen deutschen Staaten und im Reich Krone und Regierung eine Schlüsselrolle bei dem zukam, was politisch umgesetzt werden konnte und was nicht. Dementsprechend betonte Payer in seiner Abschiedsrede als Landtagspräsident, ab 1895 habe sich „die Regierung, ihrer Verantwortung bewusst, selbst an die Spitze der Reformbewegung“ gestellt. „Das Verdienst der Volksvertretung“ habe „nur in der freudigen Förderung der Reformpläne der Regierung und in der Ergänzung und Erweiterung derselben durch eine kräftige Initiative“ bestanden.³³ Auch nach der Verfassungsreform von 1906 blieb es in Württemberg dabei, dass Regierungschef und Minister nur vom Vertrauen des Königs abhängig waren. Württemberg war und blieb rechtlich eine konstitutionelle und keine parlamentarische Monarchie, auch wenn der Landtag politisch so viel Gewicht gewann, dass sich eine parlamentarische Monarchie abzeichnete.³⁴

Auf Reichsebene war die Stellung des Parlamentes vergleichbar. 1912 sah Payer hier noch ein Wirkungsfeld für sich, war er doch zwei Jahre zuvor wesentlich daran beteiligt, dass sich die auf mehrere kleine Parteien verteilten Linkliberalen im deutschen Nationalparlament zur Fortschrittlichen Volkspartei zusammenschlossen.³⁵

³¹ GEA Nr. 269 vom 15. 11. 1912.

³² Verhandlungen Landtag (wie Anm. 30), S. 3361.

³³ Ebd., S. 3360.

³⁴ Vgl. Klaus Simon: Die württembergischen Demokraten. Ihre Stellung und Arbeit im Parteien- und Verfassungssystem in Württemberg und im Deutschen Reich 1890–1920 (VKGL B 52), Stuttgart 1969, S. 47–52.

³⁵ Vgl. Andrea Kramp: Georg Gothein (1857–1940). Aufstieg und Niedergang des Linkliberalismus (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 77), Düsseldorf 2018, S. 156–162.



Zum zweiten Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei in Mannheim 1912 erschien eine Fotopostkarte. Sie zeigte die linksliberalen Führer Friedrich von Payer, Johannes Kaempf und Otto Fischbeck.

Abgeordneter im Weltkrieg

Dass zweieinhalb Jahre nach seiner Wiederwahl in den Reichstag mit dem Ersten Weltkrieg ein globales Völkerschlagen beginnen sollte, dem viele Millionen Menschen zum Opfer fielen und das auch das Ende der konstitutionellen Monarchien in Deutschland bringen würde, konnte Friedrich Payer nicht ahnen. Im August 1914 reihte er sich ein in die nationale Volksgemeinschaft, glaubte, dass Deutschland nur einen Verteidigungskrieg führe, und äußerte am 3. August 1914 zu seinem Parteifreund Conrad Haußmann, „wir müssen ihnen [den Kriegsgegnern] den Schädel einschlagen“.³⁶

Als Zeichen der nationalen Geschlossenheit trat der Reichstag während des Krieges nur noch selten zusammen und verzichtete zudem darauf, öffentlichen Druck und Kritik an Kaiser und Reichsleitung heranzutragen, um den nationalen „Burgfrieden“ nicht zu gefährden. Friedrich Payers Parteifreund Conrad Haußmann formulierte es so: „Unter den Waffen schweigt die Kritik, weil sie nicht bloß wertlos, sondern schädlich ist, auch wenn und gerade wenn

³⁶ Zitiert nach Ulrich Zeller (Hrsg.): Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen von Conrad Haußmann, Frankfurt 1924, S. 2.

sie berechtigt wäre.“³⁷ Dies etwas kompensierend, wandelte sich der Hauptausschuss ab 1916 in eine Art Ersatzparlament um, firmierte unter dem Namen Hauptausschuss und bot bei öffentlichen und geheimen Sitzungen den Abgeordneten ein Forum, Anliegen der Wähler dem Reichskanzler und den Staatssekretär genannten Ministern gegenüber vorzubringen und innenpolitische Entwicklungen mit zu beeinflussen.³⁸ Dies galt kaum für außenpolitische Fragen, waren diese doch der Verfassung nach dem Kaiser, dem nur ihm verantwortlichen Reichskanzler und den Regenten der Bundesstaaten vorbehalten. Der Krieg hatte dramatische politische Machtverschiebungen zur Folge, denn die obersten Militärs suchten über Fragen der Kriegsführung hinaus auch die Außenpolitik und wichtige Teile der Innenpolitik zu bestimmen, sodass manche Historiker für die zweite Kriegshälfte von einer Quasi-Militärdiktatur in Deutschland sprechen.³⁹ Auch wenn das zu weitgehend ist, war die Oberste Heeresleitung in den Jahren 1917 und 1918 doch so stark, dass sie den Kaiser zur Entlassung etwa des Kanzlers oder des Außenministers zwingen konnte. Der zunehmenden Macht des Militärs stellte sich ab Sommer 1917 eine Mehrheit des Reichstags, gebildet aus Sozialdemokraten, Linksliberalen und Zentrumspolitikern, ein Stück weit entgegen. Diese politische Konstellation war die Voraussetzung für Friedrich von Payers „zweites politisches Leben“, das ihn in das Amt des Stellvertreters des Reichskanzlers führen sollte.

Maßgeblich gefördert, aber nicht initiiert durch eine Aufsehen erregende Rede Matthias Erzbergers⁴⁰ im Hauptausschuss des Reichstags, bildete sich Anfang Juli 1917 ein informelles Gremium, der Interfraktionelle Ausschuss, in dem die Spitzenpolitiker der Linksliberalen, der Sozialdemokratie und der Zentrumspartei, phasenweise ergänzt um Nationalliberale, ein gemeinsames Vorgehen im Reichstag gegenüber Kaiser, Kanzler und der Obersten Heeresleitung besprachen und festlegten. Geeint konnte die Mehrheit der Reichstagsabgeordneten ihr politisches Gewicht einsetzen, sich mit der von Erzberger angeregten Friedensresolution in die Kriegszieldebatte einbringen und für einen Verständigungsfrieden werben.⁴¹

³⁷ Haußmann an seine Frau am 4. 8. 1914, abgedruckt in U. Zeller (wie Anm. 36), S. 10. Vgl. auch K. Simon (wie Anm. 34), S. 146.

³⁸ Vgl. Reinhard Schiffers: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918. Formen und Bereiche der Kooperation zwischen Parlament und Regierung (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 67), Düsseldorf 1979.

³⁹ Vgl. etwa Manfred Nebelin: Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg, München 2011.

⁴⁰ Vgl. Christopher Dowe: Matthias Erzberger. Ein Leben für die Demokratie, Stuttgart 2011, S. 89–100.

⁴¹ Vgl. Erich Matthias; Rudolf Morsey (Bearb.): Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, 2 Bde. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 1, Bd. 1), Düsseldorf 1959.

Infolge der politischen Auseinandersetzungen musste der amtierende Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg zurücktreten und sich sein Nachfolger Georg Michaelis – erstmals in der Geschichte des Kaiserreiches – bei Amsantritt bereit erklären, die vom Reichstag in der entstehenden Friedensresolution skizzierten außenpolitischen Vorstellungen umzusetzen.⁴² Friedrich von Payer spielte in diesen Entwicklungen insofern eine wichtige Rolle, als er Sprecher des Interfraktionellen Ausschusses wurde und für die Reichstagsmehrheit die Gespräche mit der Reichsleitung führte.⁴³ Dass er seinem Charakter und seinen politischen Überzeugungen entsprechend nicht zu den treibenden Kräften dieser politischen Veränderungen zählte, erleichterte ihm den Kontakt mit Reichskanzler und Staatssekretären, führte ihn aber auch mehrfach dazu, dass er die Sprecherfunktion niederlegte, um dann doch weiterzumachen, nachdem ihn Teile des Interfraktionellen Ausschusses zum Getriebenen der sich überschlagenden Ereignisse gemacht hatten.⁴⁴

Wie wenig Payer im Sommer 1917 eine Parlamentarisierung der Reichsregierung anstrebte – es ging ihm um die Wiederherstellung der Kontrollrechte des Parlaments gegenüber der Regierung und eine engere Abstimmung zwischen Volksvertretung und Exekutive⁴⁵ – veranschaulicht eine Äußerung im Interfraktionellen Ausschuss. Rhetorisch fragte Payer am 12. Juli 1917 die anderen Mitglieder, „als ob wir auf einmal das Bedürfnis hätten, unsererseits die Regierung in die Hand zu nehmen“.⁴⁶ Dass einige Mitglieder aus den Parteien der Reichstagsmehrheit nach Aufgabe ihres Parlamentssitzes einen Staatssekretärsposten übernahmen, begrüßte Payer im Juli 1917, lehnte aber für sich trotz mehrerer Aufforderungen ein solches Regierungsamt ab.⁴⁷

Payers Vermittler- und Kommunikatorrolle zeigte sich nicht nur bei der Endredaktion der Friedensresolution und seinen Versuchen, die Reichsleitung

⁴² Vgl. Christoph Reguluski: Die Reichskanzlerschaft von Georg Michaelis 1917. Deutschlands Entwicklung zur parlamentarisch-demokratischen Monarchie im Ersten Weltkrieg, Marburg 2003; Bert Becker: Georg Michaelis: Preußischer Beamter, Reichskanzler, Christlicher Reformler 1857–1936. Eine Biographie, Paderborn 2007.

⁴³ Aus der Sicht Conrad Haußmanns musste Payer mehr in das Amt des Sprechers geschoben werden, als dass er sich drängte. Vgl. U. Zeller (wie Anm. 36), S. 101.

⁴⁴ Siehe dazu etwa Bundesarchiv Koblenz (im Folgenden als BArch), N 1020/45, Bl. 74–75: Brief vom 14. 7. 1917; Bl. 82: Brief vom 20. 8. 1917; Bl. 86–90: Brief vom 23. 8. 1917. Für die Zeit des Ersten Weltkriegs spricht Alastair P. Thomson mit Blick auf die gesamte Fortschrittliche Volkspartei und spätere DDP von einer Vermittlerrolle der Partei zwischen den auf eine Parlamentarisierung der Regierung drängenden Kräften im Reichstag und der Exekutive. Vgl. Alastair P. Thompson: *Left Liberals, the State, and Popular Politics in Wilhelmine Germany*, Oxford 2000, S. 385–387.

⁴⁵ Vgl. K. Simon (wie Anm. 34), S. 153–167; H. Franz (wie Anm. 12), S. 128–182; A. Kramp (wie Anm. 35), S. 335–336.

⁴⁶ Matthias/Morsey, Ausschuss (wie Anm. 41), Bd. 1, S. 49.

⁴⁷ Vgl. Zeller (wie Anm. 36), S. 106, 119.

auch auf die Gefahr einer inhaltlichen Verwässerung in die Parlamentsinitiative einzubinden, sondern auch mit Blick auf den neuen Reichskanzler, der einerseits die Friedensresolution zu unterlaufen trachtete, sich andererseits in seinem Amt als völlig überfordert zeigte.⁴⁸ Payer verhinderte wenige Wochen nach dem Amtsantritt von Michaelis eine Misstrauenserklärung des Hauptausschusses gegenüber dem Reichskanzler, die sein Parteifreund Conrad Haußmann am 23. August 1917 herbeiführen wollte.⁴⁹ Weitere Krisen um den Kanzler folgten, bis Michaelis schließlich Anfang November 1917 zurücktrat.⁵⁰

Vizekanzler und Vertrauensmann der Reichstagsmehrheit

Nun hatte die Stadt Reutlingen zum zweiten Mal in diesem Jahr Grund, ihrem Ehrenbürger Friedrich von Payer zu gratulieren. Hatte Reutlingen Payer zu seinem 70. Geburtstag am 12. Juni 16 Flaschen Wein zukommen lassen,⁵¹ so sandte die Stadt dem Politiker am 13. November per Telegramm ihre „herzlichen gluecks- und segenswuensche“ zur Übertragung „des amtes eines vicekanzlers des deutschen reiches“ und wünschte: „moege die fuehrung dieses hervorragenden amtes ihnen zu hoher befriedigung, unserem vaterland aber zu reichem segen gereichen“.⁵²

Payers Vizekanzleramt war Ergebnis eines intensiven politischen Ringens. Eingebunden waren nicht nur der Kaiser und seine Umgebung, da Kanzler, Vizekanzler und Staatssekretäre durch den Monarchen berufen wurden und der Verfassung nach nur ihm und nicht dem Reichstag verantwortlich waren. Auch die Oberste Heeresleitung versuchte ihre Interessen bei der Bildung einer neuen Regierung einzubringen. Schließlich ist das Parlament, genauer die Reichstagsmehrheit aus Linksliberalen, Sozialdemokraten und Zentrumspolitikern, zu nennen, die inzwischen so viel politischen Einfluss gewonnen hatte, dass sie nicht nur die neue Regierung auf ein politisches Programm verpflichten, sondern auch bei Personalfragen mitbestimmen konnte. Neuer Reichskanzler wurde der bayerische Ministerpräsident und Zentrums Politiker Georg von Hertling.⁵³ Hertling lehnte Payer ursprünglich als seinen

⁴⁸ Vgl. Regulski (wie Anm. 42); Becker (wie Anm. 42).

⁴⁹ Vgl. K. Simon (wie Anm. 34), S. 157.

⁵⁰ Vgl. C. Regulski (wie Anm. 42); B. Becker (wie Anm. 42).

⁵¹ StadtA Rt, C 50, Gemeinderatsbeschluss vom 7. 6. 1917 mit Erledigungsmerk zur ausgelieferten Stückzahl.

⁵² BArch Koblenz, N 1020/2: Bl. 14.

⁵³ Vgl. C. Regulski (wie Anm. 42); Becker (wie Anm. 42); Matthias/Morsey, Ausschuss (wie Anm. 41), Bd. 1.

Stellvertreter ab, doch setzten Payers Parteifreund Conrad Haußman und die Sozialdemokraten den Württemberger durch. Die SPD wollte sich nicht offiziell mit einem Staatssekretär an der neuen Regierung beteiligen, verlangte aber Payer als Vertrauensmann im Kabinett.⁵⁴ Payers erhoffte Rolle skizzierte Haußmann in einem Privatbrief vom 10. November 1917 so: „Payer ist neben Hertling unentbehrlich. Hertling ist erst durch Payer, durch seine Erzeugung als Kanzler und die ihm auferlegte Gleisführung ein großer Erfolg der demokratischen Bewegung.“⁵⁵

Payer als Vizekanzler war, wie der Historiker Klaus Simon mit Recht betonte, der erste „Politiker, der auf ausdrückliches Verlangen und nach Auswahl durch eine Reichstagsmehrheit in ein Regierungsamt berufen wurde.“ Vizekanzler wurde damit, so Simon weiter, „gerade ein föderalistischer Demokrat aus Süddeutschland mit ausgesprochen antipreußischer und antimilitaristischer Vergangenheit, ohne Offizierspatent und ohne auch nur Wehrdienst geleistet zu haben, kleinbürgerlicher Herkunft, einem freien Beruf angehörend und bisher als Parlamentarier unabhängig und ohne engere Verbindung mit der Bürokratie.“ Simon benannte damit nicht nur wichtige soziale Charakteristika Payers, die bis dahin Ausschlusskriterien für den Zugang zu vielen hohen Ämtern des wilhelminischen Deutschland gewesen waren. Der Historiker begriff mit Recht die Ernennung Payers auch als Teil eines langfristigen tiefgreifenden Wandlungsprozesses des Kaiserreiches und in einer kürzeren Perspektive als Zeichen, „wie sehr der Einfluß der Reichstagsmehrheit seit der Juli-Krise gewachsen war“.⁵⁶

Payer selbst zögerte, das Amt anzunehmen, und empfand dies als Opfer. Diese Sicht erklärt sich nicht primär mit seinem Alter, sondern ist Konsequenz



Am 12. November 1917 ernannte Kaiser Wilhelm II. Payer offiziell zum Stellvertreter des Reichskanzlers. Die Urkunde zeichnete auch Reichskanzler Georg von Hertling gegen.

⁵⁴ Vgl. K. Simon (wie Anm. 34), S. 159.

⁵⁵ Zitiert nach U. Zeller (wie Anm. 36), S. 153 (Brief an Kurt Hahn vom 10. 11. 1917).

⁵⁶ K. Simon (wie Anm. 34), S. 159.

seines Selbstverständnisses, bedeutete doch die Vize-Kanzlerschaft für Payer einen Verzicht auf eigene Freiheit, eine „Abkehr vom Stolz auf die [eigene, d. Verf.] Unabhängigkeit“ und brachte den Eintritt des selbstständigen Rechtsanwalts und unabhängigen Abgeordneten in die Abhängigkeiten und das Eingebundensein einer Beamtenstellung.⁵⁷

Payer brachte vieles mit, das ihn für das Amt des Vizekanzlers als gut geeignet erscheinen ließ. Er besaß in Jahrzehnten gesammelte politische Erfahrung als Abgeordneter im Reichstag und im württembergischen Landtag, war bestens im Nationalparlament vernetzt und hatte in seiner Funktion als Sprecher des Interfraktionellen Ausschusses mit der Regierung verhandelt.⁵⁸ Abgeordnete wie Vertreter der Exekutive setzten zudem auf Payers mittelnde Art, seine Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit. Schließlich hatte Payer als einer der wenigen Abgeordneten des Reichstages längere Zeit administrative Erfahrungen sammeln können, denn als Präsident der Zweiten Kammer des württembergischen Landtags war er von 1895 bis 1912 auch Vorsitzender des Staatsfonds gewesen, der die württembergischen Staatsschulden verwaltete.⁵⁹

Doch bevor er sein neues Amt wahrnehmen konnte, fiel Payer zunächst für drei Monate krankheitsbedingt⁶⁰ aus und kehrte erst Anfang Februar 1918 auf die politische Bühne zurück. In diesem Zeitraum hatten sich nicht nur wesentliche Arbeitsabläufe der Regierung Hertling ohne einen Vizekanzler eingespielt, im Osten hatte sich auch die politische und militärische Lage mehrfach tiefgehend gewandelt. Am 15. Dezember 1917 war ein Waffenstillstand zwischen Deutschland und der Habsburger Monarchie einerseits sowie der Ukraine und dem bolschewistisch kontrollierten Teil Russlands andererseits geschlossen worden. Die Ukrainische Volksrepublik, die ihre Unabhängigkeit von Russland erklärt hatte und sich seit Ende Dezember mit diesem im Kriegszustand befand, schloss am 9. Februar 1918 in Brest-Litowsk einen Frieden mit dem Deutschen Reich, der den Vorstellungen der deutschen Militärführung über ein deutsch dominiertes Großraumimperium im Osten entsprach, aber auch der Ukraine die Anerkennung als Staat brachte. Der russische Verhandlungsführer Leo Trotzki erklärte hingegen am 10. Februar 1918, sein Land werde die diktierten deutschen Friedensforderungen nicht unterzeichnen. Darauf rückten deutsche Truppen ab dem 17. Februar 1918 wieder vor, besetzten weitere Gebiete Russlands und zwangen schließlich die

⁵⁷ Payers eigene Sicht zurückblickend in F. Payer, Bethmann Hollweg (wie Anm. 12), S. 47. Zitate und die vom Verf. erweiterte Argumentation nach Simon (wie Anm. 34), S. 159.

⁵⁸ Bis 12. 7. 1917 hatte zunächst Peter Spahn die Aufgabe eines Vorsitzenden übernommen, die dann an Payer überging. Der Württemberger fungierte aber von Anfang an als Sprecher des Interfraktionellen Ausschusses gegenüber der Reichsleitung. Vgl. Matthias; Morsey, Ausschuss (wie Anm. 41), Bd. 1, S. XXXVI.

⁵⁹ Vgl. F. Payer, Bethmann Hollweg (wie Anm. 12), S. 47.

⁶⁰ Payer spricht von einer Kopfnervenentzündung, vgl. F. Payer, Bethmann Hollweg (wie Anm. 12), S. 47.

Bolschewiki, am 3. März 1918 einen verschärften Friedensvertrag in Brest-Litowsk zu unterzeichnen.⁶¹

Innenpolitisch hatte sich die Situation in Deutschland nicht entspannt. Der Kaiser hatte zwar 1917 die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts angekündigt, doch bremsten preußische Konservative erfolgreich diese einschneidende Änderung.⁶² Die Militärbehörden gingen im Innern gegen Pazifisten und andere engagierte Befürworter eines Verständigungsfriedens vor und die Versorgungslage in Deutschland wurde immer schlechter, gerade in den Städten. Große Streiks, vor allem im Januar 1918, waren die Folge,⁶³ so dass Conrad Haußmann in einem Brief vom 24. Januar 1918 die innenpolitische Lage als verfahren beschrieb und darüber klagte, dass die Regierung Hertling nicht zur Klärung der wesentlichen Fragen finde. Alle hofften, so Haußmann, auf Payer, auch die politischen Gegner von den Nationalliberalen und die Oberste Heeresleitung.⁶⁴

Als Payer Anfang Februar 1918 wieder genesen war und in die Politik zurückkehrte, galt es für ihn, seine Position im Kabinett Hertling zu finden. Denn das Amt des Stellvertreters des Reichskanzlers, wie es offiziell hieß, war ein junges und erst unter seinem Amtsvorgänger Karl Helfferich eingeführt worden.⁶⁵ Während Helfferich jedoch als Staatssekretär im Reichsamt des Innern eine Ressortverantwortlichkeit hatte, konnte Payer auf kein eigenes Ministerium zurückgreifen. Zudem hatten die Ressorts die Zuständigkeiten untereinander in den Monaten von Payers Krankheit aufgeteilt. Payers Aufgabe in der Regierung Hertling wurde es, zwischen den Ministerien zu schlichten, wenn diese sich um Zuständigkeiten und Abgrenzungsfragen stritten. Zudem übernahm Payer weitgehend die Kontakte zwischen Reichsleitung, der Reichstagsmehrheit und dem Parlament.⁶⁶

Um Payers Wirken als Vizekanzler angemessen einschätzen zu können, sind die Grenzen seines politischen Spielraums zu berücksichtigen. Mit Blick auf den verfassungsrechtlichen Rahmen ist an die zentrale Position des Kaisers zu erinnern, von dessen Vertrauen Kanzler, Vizekanzler und Staatssekretäre abhängig waren. Zudem arbeitete die Regierung nur eingeschränkt als Kollektivorgan. Kanzler, Vizekanzler und Staatssekretäre trafen sich zwar – das war

⁶¹ Vgl. Jörn Leonhard: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014, S. 811–827.

⁶² Vgl. Reinhard Patemann: *Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 26), Düsseldorf 1964.

⁶³ Vgl. Roger Chickering: *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, München 2002, S. 189–203.

⁶⁴ U. Zeller (wie Anm. 36), S. 170.

⁶⁵ Vgl. F. Payer, Bethmann Hollweg (wie Anm. 12), S. 50–51.

⁶⁶ Vgl. ebd., S. 50–51, 56–57. Vgl. auch Matthias/Morsey, Ausschuss (wie Anm. 41), Bd. 2.

damals eine Neuerung – einmal die Woche zu einer Art Kabinettsitzung, doch wurden dort nur Informationen ausgetauscht. Die politischen Entscheidungen fielen nicht bei diesen gemeinsamen Beratungen, sondern im direkten Kontakt zwischen Kanzler und dem zuständigen Staatssekretär.⁶⁷ Die übrigen Kabinettsmitglieder blieben außen vor. Payer hatte ferner, wie von der Verfassung vorgesehen, sein Abgeordnetenmandat aufgeben müssen, um Vizekanzler zu werden.⁶⁸ Politisches Gewicht konnte er – ohne eigene Ressortzuständigkeit – so nur durch seine verfassungsmäßig nicht vorgesehene Rolle als Vertrauensmann der Reichstagsmehrheit gewinnen. Schließlich machte sich bei dem aus Württemberg stammenden Vizekanzler eine Entkopplung der politischen Macht in Preußen und im Reich bemerkbar. Denn während der Reichskanzler im Kaiserreich in der Regel zugleich preußischer Ministerpräsident war und damit auch auf die Ministerien Preußens zugreifen konnte, die auf vielen Politikfeldern die fehlende Reichsexekutive ersetzten, hatte Payer nur sein Reichsamt. Doch nicht nur das: Unter Verweis auf seine württembergische Herkunft sprachen gerade Konservative Payer das Recht und die Fähigkeit ab, sich an preußischen Debatten zu beteiligen. Vor einem solchen Hintergrund überrascht denn auch nicht, wenn der Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts Friedrich von Berg klagte: „Es ist eben in der Reichskanzlei niemand, der preußisch denkt.“⁶⁹

Wie seine Herkunft aus Württemberg als Waffe gegen Payer eingesetzt werden konnte, zeigte sich schon nach seiner ersten Reichstagsrede als Vizekanzler am 25. Februar 1918. Payer kam vor dem Nationalparlament auch vorsichtig darauf zu sprechen, dass die vom Kaiser schon im Vorjahr versprochene Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts endlich umgesetzt werden solle, und rief mit Blick auf den oft polemischen Ton Konservative wie Unabhängige Sozialdemokraten dazu auf, Mäßigung und Zusammenhalt zu wahren. Diese Rede wirkte wie ein politisches Fanal. Der Kaiser äußerte gegenüber einem Vertrauten: „Von Payer lasse ich mir meine Konservativen nicht beschimpfen.“⁷⁰ Und das Auswärtige Amt erfuhr von seinem Vertreter im Großen Hauptquartier: „S[eine]M[ajestät] hat sich heute Abend sehr abfällig u[nd] ungehalten über die Rede von Exzellenz v. Payer ausgesprochen. Der Kaiser meinte, das Verhalten der Unabhängigen u[nd] Konservativen könne man wohl unter vier Augen gegenüberstellen, aber öffentlich u[nd] amtlich

⁶⁷ Vgl. F. Payer, Bethmann Hollweg (wie Anm. 12), S. 56.

⁶⁸ Vgl. ebd., S. 48.

⁶⁹ Zitiert nach Heinrich Potthoff (Bearb.): Friedrich von Berg als Chef des Geheimen Zivilkabinetts 1918. Erinnerungen aus seinem Nachlaß (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, Bd. 7), Düsseldorf 1971, Anhang, S. 210 (am 16. September 1918).

⁷⁰ Ebd., S. 119–120.

die beiden Parteien einander gleichzustellen, das könne sich der König von Preußen nicht gefallen lassen.“⁷¹

Welche Reaktionen Payer im Reichstag auslöste, hielt der Württemberger in seinen Erinnerungen fest: „Aber der zurückgehaltene Zorn [der Konservativen, d. Verf.] brach lebhaft aus, als ich später nach rechts wie nach links die Mahnung zur Mäßigung und zum Zusammenarbeiten ergehen ließ. Die Konservativen wollten diese für sich nicht gelten lassen und fühlten sich so gekränkt, mit der Linken, wie sie es auszudrücken liebten, gleichgestellt zu werden, daß das Haus auf Antrag des konservativen Führers v. Heydebrand beschließen mußte, die Sitzung am nächsten Tage erst nachmittags um 2 Uhr beginnen zu lassen, damit die Konservativen Zeit zum Studium meiner ‚herausfordernden Rede‘ fänden. Es war das erste Mal, daß von konservativer Seite einem Kanzler oder Staatssekretär im Reichstage eine derartig heftige Szene gemacht wurde. Mich [...] focht diese Erklärung weniger an [...]. Aber anders wirkte der Lärm von so gefürchteter Seite auf die hinter mir stehende Korona von Unterstaatssekretären, Bundesratsbevollmächtigten und Geheimräten. Wie ich mich umdrehte, blickte ich in etliche geradezu entgeisterte Gesichter, und mehr als einer der Herren mochte wohl augenblicklich im Zweifel sein, ob es nicht überhaupt rätlich sein dürfte, sich von mir nach einer solchen Kampfansage von konservativer Seite möglichst fernzuhalten.“⁷² In der Reichstagsitzung am folgenden Tag sprach der Führer der Konservativen von Heydebrand dann auch Payer als Württemberger rundweg das Recht ab, sich zu preußischen Angelegenheiten zu äußern.⁷³

Payers Parteifreund Conrad Haußmann beschrieb seine Eindrücke aus dem Parlamentsplenum in einem Brief an seine Tochter: „Payer schloss gestern unter donnerndem Beifall, wie ich ihn noch nie gehört habe. Das verdankt er den Pfuirufen der Rechten, zu denen seine Rede gar keinen Anlaß gab.“⁷⁴ Seinem Sohn beschrieb er die Situation so: „Es war ein Skandieren der Konservativen und ein alles niederwerfender Beifall des Hauses, der an die antike Bühne erinnert hat. Er [Payer, d. Verf.] zog unter Feuer und Blumen durch die Straße vom Parlament zu der Ministertribüne. Dabei war seine Rede fast zu einfach, ist aber nun wie ein ‚Markstein‘ des Parlamentarismus.“⁷⁵

Trotz der Empörung des Kaisers und der Konservativen konnte sich Payer im Amt halten. An der Blockade der preußischen Wahlrechtsreform durch die Konservativen änderte sich jedoch nichts und Payer überlegte deshalb in den

⁷¹ Telegramm aus dem Großen Hauptquartier an das Auswärtige Amt, 26. 2. 1918, zitiert nach ebd., S. 120, Anm. 24.

⁷² F. Payer, Bethmann Hollweg (wie Anm. 12), S. 283–284.

⁷³ Vgl. dazu Kuno Graf von Westarp: *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches*, Bd. 2, Berlin 1935, S. 508.

⁷⁴ Zitiert nach U. Zeller (wie Anm. 36), S. 183 (Haußmann an seine Tochter am 26. 2. 1918).

⁷⁵ Zitiert nach ebd., S. 181 (Haußmann an seinen Sohn am 26. 2. 1918).

folgenden Monaten mehrfach, ob er nicht als Vizekanzler zurücktreten sollte, da dieses zentrale Ziel der Reichsregierung nicht erreichbar schien. Doch zwei Gründe hielten ihn davon ab, erstens seine Rolle als Vertrauensmann der Reichstagsmehrheit in der Regierung und zweitens die Befürchtung, dass nach einem Ende der Regierung Hertling eine Regierung der Militärs kommen werde, die es zu verhindern galt.⁷⁶

Aus Payers Perspektive gab es nicht nur solche Konflikte, sondern er erkannte auch mit Blick auf mögliche deutsche Kriegsziele wichtige Überschneidungen mit den Vorstellungen der Obersten Heeresleitung und dem Kaiser. Denn Payer war seit Kriegsbeginn Überlegungen aufgeschlossen, Gebiete, die von deutschen Truppen erobert worden waren, zugunsten Deutschlands zu annektieren.⁷⁷ Payers Rolle bei der Entstehung der Friedensresolution des Reichstags im Sommer 1917 war, anders als etwa bei Matthias Erzberger,⁷⁸ nicht mit einer grundsätzlichen außenpolitischen Neuausrichtung verbunden, sondern Payer blieb, wie Conrad Haußmann am 20. April 1918 schrieb, „in der auswärtigen Politik opportunistisch“.⁷⁹ Dem entsprechend gaben Vizekanzler Payer (und Kanzler Hertling) im Februar 1918 auch Außenminister Richard von Kühlmann keine Rückendeckung, als dieser versuchte, die Oberste Heeresleitung und ihre expansiven Pläne im Osten zu mäßigen.⁸⁰ Selbst in seinen 1923 erschienenen Erinnerungen lässt Payer nur sehr vorsichtig Kritik an der oft brutalen deutschen Besatzungspolitik im Osten, gerade im Ober Ost genannten Gebiet,⁸¹ erkennen, obwohl die Reichstagsmehrheit das Ende entsprechender militärischer Maßnahmen immer wieder im Hauptausschuss des Reichstags angemahnt hatte. Von nationaler Überheblichkeit, Anmaßung und Herabsetzung anderer geprägt, schrieb er 1923 rückblickend auf den Krieg im Osten: „Völker niederer Kulturstufe haben fast durch alle Schichten hindurch kein großes Verlangen nach einer korrekten Verwaltung, sind vielmehr selbst mit Zuständen, die wir als Rechtlosigkeit, Unordnung und Schmutz empfinden, zufrieden, wenn sie nur mit weicheren Formen der Verwaltung verbunden sind, als eine systematische stramme Disziplin sie ihnen aufzuzwingen versucht.“⁸² Erst im September

⁷⁶ Diese Überlegungen teilte Payer mit dem Staatssekretär des Innern Max Wallraf. Vgl. F. Payer, Bethmann Hollweg (wie Anm. 12), S. 288.

⁷⁷ Vgl. K. Simon (wie Anm. 34), S. 145, 148.

⁷⁸ Vgl. C. Dowe, Erzberger (wie Anm. 40), S. 68–81.

⁷⁹ Zitiert nach U. Zeller (wie Anm. 36), S. 186.

⁸⁰ Rückblickend darauf Haußmann am 20. 4. 1918, abgedruckt ebd., S. 186.

⁸¹ Vgl. dazu Vejas Gabriel Liulevicius: *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg 1914–1918*, Hamburg 2002; Christian Westerhoff: *Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Deutsche Arbeitskräftepolitik im besetzten Polen und Litauen 1914–1918* (Studien zur historischen Migrationserforschung, Bd. 25), Paderborn u. a. 2012.

⁸² F. Payer, Bethmann Hollweg (wie Anm. 12), S. 232.

1918 bekannte sich Payer öffentlich dazu, dass Deutschland das 1914 überfallene und besetzte Belgien nicht annektieren wolle, und machte sich damit auch offiziell als Vizekanzler eine Position zu eigen, die der Reichstag, wenn auch in verklausulierten Worten, bereits in seiner Friedensresolution im Sommer 1917 eingenommen hatte. An Überlegungen, im Osten aus den Trümmern des Zarenreiches eine Reihe von Satellitenstaaten unter deutscher Hegemonie zu schaffen, hielt Payer auch im September 1918 und trotz der Kriegslage noch fest.

So überrascht nicht, wenn Conrad Haußmann, Parteifreund und Wegbereiter der Vizekanzlerschaft Payers, am 12. September 1918 mit Blick auf die Regierung von Reichskanzler Hertling und seinem Stellvertreter Payer im Interfraktionellen Ausschuss resümierte, das letzte Jahr sei „politisch nicht ausgenutzt, sondern vertrödelt“ worden. Jetzt müsse gehandelt werden. „Nachdem die Regierung ein Jahr lang zwiespältig operiert“ habe „oder operieren mußte“, müsse „jetzt eine klare Willensbildung stattfinden“. „Ein Friede des Jahres 1919“ werde „schlechter als ein Frieden anno 1918“. ⁸³

Historiker haben sich an dieser Einschätzung Haußmanns orientiert, wenn etwa Bernhard Mann urteilt, Hertling und Payer hätten die Reichspolitik nicht auf eine klare Linie gebracht und Payer sei „viel zu loyal, anfangs auch wochenlang krank, wohl auch in seinen Zielen nicht sicher genug“ gewesen, um die Reichspolitik stärker zu bestimmen. ⁸⁴ Und für Klaus Simon hatte sich Payer als Vizekanzler unter Hertling stark auf eine bürokratische Sicht des Vize-Kanzleramts zurückgezogen und nicht versucht, sein politisches Gewicht, das er als Vertrauensmann der Reichstagsmehrheit besessen habe, im politischen Machtkampf mit der Obersten Heeresleitung einzusetzen. ⁸⁵ Deshalb sprach Simon mit Blick auf eine mögliche Parlamentarisierung des Kaiserreiches sogar von einem „Misserfolg der Vize-Kanzlerschaft Payers“. ⁸⁶

Vizekanzler der ersten parlamentarischen Regierung des Kaiserreiches

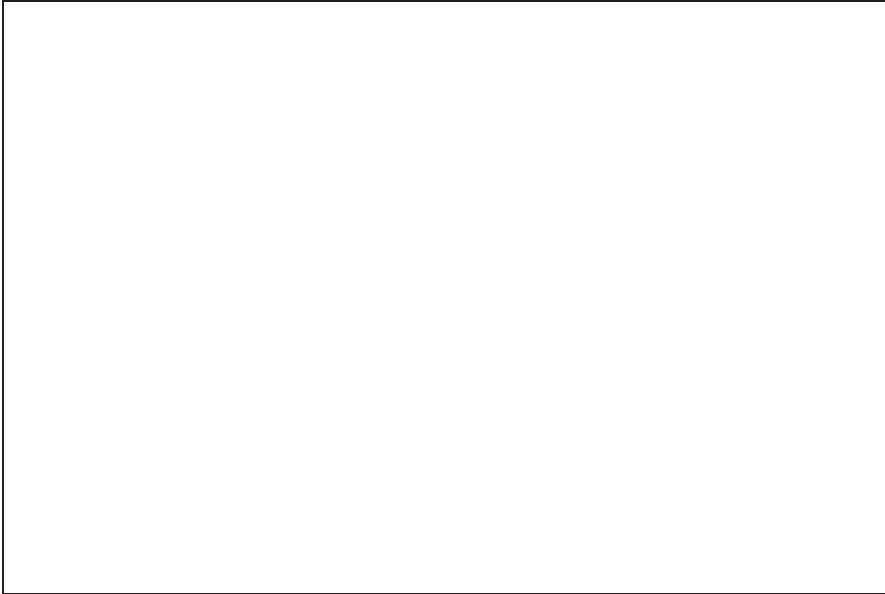
Als sich in der zweiten Monathälfte des September – und damit zwei Wochen, bevor Ludendorff und Hindenburg Kaiser, Kanzler und Reichstag die deutschen Niederlagen offenbarten – abzeichnete, dass die Regierung Hertling politisch gescheitert war, überlegte auch Friedrich von Payer, „angesichts des Unmutes über die Regierungspolitik“ und wegen seines Alters zurückzutreten und nicht für weitere Aufgaben in einer zukünftigen Regie-

⁸³ Zitiert nach Matthias/Morsey, Ausschuss (wie Anm. 41), Bd. 2, S. 533.

⁸⁴ B. Mann (wie Anm. 25), S. 17.

⁸⁵ Vgl. K. Simon (wie Anm. 34), S. 170–171, 173.

⁸⁶ Ebd. S. 167.



Reichskanzler Prinz Max von Baden (in Uniform) im Oktober 1918 auf dem Weg in den Reichstag, begleitet von seinem Stellvertreter Friedrich von Payer (2. von links) und dem Pressechef des Reichskanzlers Eduard Deutmoser (links) und dem Chef der Reichskanzlei Wilhelm Freiherr von Radowitz.

rung zur Verfügung zu stehen.⁸⁷ In dieser Situation zeigte sich, welche Bedeutung Payer jenseits der Frage der Umsetzung der genannten politischen Ziele gewonnen hatte. Denn Politiker der Reichstagsmehrheit drängten darauf, dass er als Reichskanzler oder Vizekanzler weitermachen solle. So betonte der württembergische Liberale Conrad Haußmann, Payer habe neben dem Vertrauen der eigenen Fraktion auch das fast aller anderen Fraktionen des Reichstags. Zudem sei „seine Ministerlehrzeit [...] ein Kapital, das man nicht wegwerfen dürfe“.⁸⁸ Als es am 1. Oktober 1918 im Interfraktionellen Ausschuss darum ging, wer neuer Reichskanzler werden solle, sprach sich der führende Zentrumspolitiker Matthias Erzberger für Payer aus und der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann forderte: „Payer muss das Ostmißtrauen ausräumen, dann sind wir für ihn, weil er erstens Parlamentarier, zweitens unser Vertrauensmann und drittens ein anständiger Mann ist.“⁸⁹

Payer war und blieb nicht nur Vertrauensmann der Reichstagsmehrheit, ihm kam auch eine Schlüsselrolle bei der Bildung einer neuen Regierung zu.

⁸⁷ Zitat von Conrad Haußmann zum 27. 9. 1918, zitiert nach U. Zeller (wie Anm. 36), S. 225.

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Ebd., S. 231.

Am 28. September 1918 erklärte Payer Reichskanzler Hertling in vertraulichem Gespräch darüber auf, dass Hertling keine Unterstützung mehr von der Reichstagsmehrheit erhalte und zurücktreten müsse.⁹⁰ Hertling entschied nach diesem Hinweis nicht nur, sein Amt niederzulegen, er fragte auch seinen Stellvertreter Payer, wer denn neuer Reichskanzler werden solle. Payer sprach sich für Max von Baden aus. Der Vizekanzler führte in den folgenden Tagen im Großen Hauptquartier zahlreiche Unterredungen und warb hier wie andernorts für eine Kanzlerschaft des badischen Kronprinzen. Von den Militärs im Großen Hauptquartier erfuhr Payer als einer der ersten Politiker überhaupt, dass Deutschland den Krieg verloren und die Militärführung sofortige Waffenstillstandsverhandlungen und die Bildung einer parlamentarischen Regierung vom Kaiser verlangt habe. Nach Berlin zurückgekehrt, koordinierte er die Bildung eines neuen Kabinetts, dem erstmals auch Sozialdemokraten angehörten. Als Neuerung und Zugeständnis an den Reichstag mussten die in die Regierung eintretenden Abgeordneten nicht mehr ihr Reichstagsmandat niederlegen, sondern durften es behalten. Damit trug Payer wesentlich dazu bei, dass eine neue Regierung unter Max von Baden gebildet werden konnte.⁹¹

Payer selbst hatte trotz mehrfachen Drängens abgelehnt, das Amt des Regierungschefs zu übernehmen. Als Grund diente nicht nur der Hinweis auf sein Alter. Payer war sich auch der großen Distanz zu den herrschenden Klassen des Kaiserreiches bewusst, an der schon sein Vorgänger gescheitert war. Noch wichtiger war der fehlende Rückhalt Payers beim Kaiser, der trotz der Machtverschiebungen zugunsten des Reichstags immer noch wichtige Blockademöglichkeiten besaß. Dies alles wäre vielleicht einen Schritt weit durch einen ausgeprägten Willen zur Macht zu kompensieren gewesen,⁹² doch ein solches Vorgehen passte nicht zu Payers Selbstverständnis als Abgeordneter.⁹³ Payer behielt Vorbehalte gegen das parlamentarische Regieren und hielt wenig von Staatssekretären ohne Portefeuille, die seiner Ansicht nach zu viel Zeit hatten und unnötigerweise das Regierungshandeln politisch zu kontrollieren suchten.⁹⁴

Nichtsdestotrotz fanden unter Reichskanzler Max von Baden jetzt erstmals Kabinettsitzungen statt, auf denen die anstehenden Fragen nicht nur diskutiert, sondern auch entschieden wurden. Da Max von Baden längere Zeit erkrankt ausfiel, führte sein Stellvertreter Payer in der sechswöchigen Kanz-

⁹⁰ Ebd., S. 229.

⁹¹ Vgl. Erich Matthias; Rudolf Morsey (Bearb.): *Die Regierung des Prinzen Max von Baden* (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, Bd. 2), Düsseldorf 1962; Lothar Machtan: *Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers*, Berlin 2013, S. 361–388.

⁹² Vgl. K. Simon (wie Anm. 34), S. 175–176.

⁹³ Vgl. auch H. Franz (wie Anm. 12), S. 223–227, 235.

⁹⁴ Nach K. Simon (wie Anm. 34), S. 179; G. Bradler (wie Anm. 1), S. 119.

lerschaft des Badeners in wichtigen Phasen überzeugend die Regierungsgeschäfte. Die neue Regierung setzte innerhalb weniger Wochen weitreichende Verfassungsänderungen im Deutschen Reich durch und machte damit Deutschland zu einer parlamentarischen Monarchie.⁹⁵ Zudem konnten nach komplizierten diplomatischen Sondierungen ab Anfang November die Waffenstillstandsverhandlungen beginnen.

Die wohl weitreichendste Veränderung war, dass die neue Regierung den Primat der Politik gegenüber dem Militär wieder durchsetzte. Hatte die Oberste Heeresleitung mit ihren Forderungen nach sofortigen Waffenstillstandsverhandlungen und einer Umbildung der Regierung Ende September/Anfang Oktober die Zusammensetzung und Agenda der neuen Regierung wesentlich mitbestimmt, beschränkten Max von Baden, sein Stellvertreter Payer und die politischen Köpfe im Kabinett Matthias Erzberger, Philipp Scheidemann, Adolf Gröber und Conrad Haußmann in wenigen Wochen den politischen Einfluss der Militärs. Was Anfang Oktober noch undenkbar erschien, setzten die Politiker unter maßgeblicher Beteiligung Payers Ende Oktober durch: die Entlassung der politischen und militärischen Schlüsselfigur der Obersten Heeresleitung, General Ludendorff.

Payer war dasjenige Regierungsmitglied, das den Spitzenmilitärs direkt entgegentrat. Am 25. Oktober führte Payer für den erkrankten Reichskanzler das entscheidende Gespräch mit den Generälen Ludendorff, Hindenburg, dem preußischen Kriegsminister und Vertretern der Marine, die in einer plötzlichen Wendung die Wiederaufnahme der Kämpfe forderten. Die Militärs versuchten Payer davon zu überzeugen, „dass unsere nationale und soldatische Ehre es von uns“ fordere, „die maßlosen Bedingungen Wilsons zurückzuweisen“. Hatten die Generäle Hindenburg und Ludendorff wenige Wochen vorher das Gegenteil beteuert, sollte nun die Westfront ihrer Meinung nach doch noch den Winter hindurch dem Ansturm der Feinde standhalten. Überzeugende Argumente konnten sie nicht vorbringen. Deshalb äußerte der Vizekanzler offen sein Misstrauen und erklärte, er wolle andere Generäle befragen, um sich ein zuverlässiges Bild zu machen. „Als im Laufe der Unterhaltung das Wort Soldatenehre von General Ludendorff fiel“, so notierte ein Teilnehmer, erwiderte der Vizekanzler: „Ich kenne keine Soldatenehre, ich bin einfacher schlichter Bürger und Zivillist. Ich sehe nur das hungernde Volk.“⁹⁶

Anders als in den vergangenen Jahren setzten sich die Politiker gegen die Oberste Heeresleitung durch. Der Kaiser entließ General Ludendorff und die Sondierungen über einen Waffenstillstand konnten fortgeführt werden. Payer

⁹⁵ Vgl. K. Simon (wie Anm. 34), S. 179.

⁹⁶ Zitiert nach Wilhelm Deist (Bearb.): *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918* (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 2. Reihe, Bd. 1), Düsseldorf 1970, S. 1339; vgl. dazu auch die Version in Leonidas E. Hill (Hrsg.): *Die Weizsäcker-Papiere 1900–1932*, Berlin–Frankfurt–Wien 1982, S. 308.

hatte sich damit allerdings unter Militärs verhasst gemacht. So bezeichnete etwa ein führender Marinevertreter am 29. Oktober 1918 im Kriegstagebuch der Seekriegsleitung Payer als einen „kleinen jämmerlichen Parteigänger ohne Sinn und Verstand für nationale Würde und Ehre“.⁹⁷

Das Vorhaben der Seekriegsleitung, den Kurs der Regierung heimlich zu sabotieren und eine große Seeschlacht mit Großbritannien zu provozieren, scheiterte an der Weigerung der Matrosen auszulaufen und löste die Revolution aus, die Anfang November in den Flottenstützpunkten in Kiel und Wilhelmshaven beginnend die alte politische Ordnung in ganz Deutschland in sich zusammenbrechen ließ. Damit überrollten die revolutionären Ereignisse auch die tiefgreifenden politischen Reformen der Regierung von Baden-Payer und ließen sie Geschichte werden, bevor die Verfassungsänderungen volle Wirkung zeigen konnten. In Erkenntnis des dramatischen Wandels und des Drucks der Straße verkündete am 9. November 1918 Reichskanzler Max von Baden eigenmächtig die Abdankung des Kaisers und übergab sein Amt an den Sozialdemokraten Friedrich Ebert. Zwei Tage später unterzeichnete Matthias Erzberger im Auftrag von General von Hindenburg und der neuen revolutionären Machthaber um Friedrich Ebert den Waffenstillstand.

Friedrich von Payer erhielt an diesem Tag in Berlin seine Entlassungspapiere. Friedrich Ebert hatte in den beiden Tagen zuvor noch vergeblich versucht, Payer zur Mitarbeit in der neuen Volksregierung zu gewinnen. Doch Payer lehnte ab und reiste zurück nach Stuttgart in seine württembergische Heimat.⁹⁸

Fraktionsvorsitzender in der Deutschen Nationalversammlung

Payer zog sich wie einige andere wilhelminische Spitzenpolitiker zunächst einmal politisch zurück. Deshalb war er auch nicht an einem wichtigen Ereignis in der Geschichte des Liberalismus beteiligt, an der in Berlin vollzogenen Gründung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), die Links- und Nationalliberale zu vereinen suchte.⁹⁹ Per Telegramm am 21. Dezember 1918 gebeten, die Wahl in den Hauptvorstand der DDP anzunehmen, lehnte Payer aus Altersgründen ab.¹⁰⁰ Bei der entsprechenden Parteineugründung in Payers Heimat Württemberg, die sich später als die auf der Reichsebene vollzog, beteiligte sich Payer nur am Rande. Immerhin gewann die neue Partei Payer dafür, als Spitzenkandidat die württembergische DDP-Liste bei den

⁹⁷ Zitiert nach Wilhelm Deist: Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 14 (1966), S. 366.

⁹⁸ Vgl. BArch Koblenz, N 1020/11: Bl. 101, 103.

⁹⁹ Vgl. K. Simon (wie Anm. 34), S. 204.

¹⁰⁰ Vgl. BArch Koblenz, N 1020/11: Bl. 173.

Wahlen zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung anzuführen. So wandte sich am 8. Januar 1919 auch die Reutlinger DDP an Payer mit dem Wunsch, den Reutlinger Ehrenbürger im Wahlkampf einzubinden.¹⁰¹ Payer betonte bei seinen Auftritten, die Monarchie sei tot und das Volk solle über die Parlamentarisierung und die Volksvertretung größtmöglichen Einfluss auf die Regierungsbildung erhalten. Eigentlich sei mit den Oktober-Reformen schon alles Notwendige passiert. Eine Diktatur der Straße sei auf jeden Fall zu vermeiden. In der jetzigen Situation gelte es schließlich, die Reichseinheit zu bewahren, ohne den Föderalismus aufzugeben.¹⁰²

Während Payer den Aufbau moderner Organisationsstrukturen der DDP in Württemberg anderen überließ,¹⁰³ machte er Ende 1918 seinen Einfluss bei der Aufstellung der Kandidatenlisten der DDP in Württemberg geltend. Das musste auch ein aufstrebender Jungpolitiker erfahren, der sich zu Höherem berufen fühlte und darauf drängte, über einen guten Listenplatz ein sicheres Mandat zu erhalten. Diesem beschied Payer: „Kronprinzen müesset warte können.“ Der aufstrebende Jungpolitiker war niemand anderes als ein gewisser Theodor Heuss.¹⁰⁴

Payer wurde zusammen mit 68 anderen DDP-Politikern und fünf -Politikerinnen in die Nationalversammlung gewählt und übernahm dort den Vorsitz seiner Fraktion. Während sich seine Partei von Februar bis Juni 1919 und von Oktober 1919 bis zu den Wahlen des ersten Reichstags im Juni 1920 an der Regierung beteiligte, bildeten nicht die DDP-Minister das eigentliche Machtzentrum der Partei. Vielmehr war es der Fraktionsvorsitzende Payer, der gemeinsam mit den Spitzenvertretern der anderen Regierungsfractionen die Grundlinien der Regierungsarbeit festlegte. Die DDP-Fraktion wurde oft erst nachträglich informiert und den DDP-Ministern war es vorbehalten, die Absprachen umzusetzen.¹⁰⁵

In einer zentralen politischen Thematik gelang es Payer allerdings nicht, die Einheit seiner Fraktion zu wahren, in der Friedensfrage. Als die harten Friedensbedingungen, die die Kriegsgegner in Versailles der deutschen Verhandlungsdelegation verkündeten, im Reich bekannt wurden, war Friedrich Payer wie die meisten anderen Deutschen zunächst geschockt. Seiner Frau schrieb er am 11. Mai 1919: „Die Friedensbedingungen werden immer entsetzlicher, je mehr man sich hinein studiert. Sklaverei ist ein schwacher Ausdruck für das uns zgedachte Los. Nur Festigkeit kann noch etwas retten.“¹⁰⁶ Die Forderungen abzulehnen, darin war die DDP-Fraktion sich einig. Die beiden ande-

¹⁰¹ Vgl. BArch Koblenz, N 1020/12, Bl. 85.

¹⁰² Vgl. H. Franz (wie Anm. 12), S. 262–263.

¹⁰³ Vgl. K. Simon (wie Anm. 34), S. 202.

¹⁰⁴ Zitiert nach Peter Merseburger: Theodor Heuss. Der Bürger als Präsident, München 2012, S. 206.

¹⁰⁵ Vgl. K. Simon (wie Anm. 34), S. 195–197, 208.

¹⁰⁶ BArch Koblenz, N 1020 Nr. 47, Bl. 5.

ren Regierungsparteien, die SPD und das Zentrum, waren hingegen in dieser Frage von Anfang an gespalten.¹⁰⁷ Payer unterstützte in der Regierung Scheidemann den Reichskanzler und die Kräfte, die für eine Ablehnung der Bedingungen eintraten. „Unannehmbar“ war die Botschaft, die auch nach Payers Ansicht die angemessene Antwort auf die Forderungen der Kriegsgegner war.¹⁰⁸ In einem Brief an seine Frau vom 13. Mai 1919 zeichnete Payer ein düsteres Bild für den weiteren Fortgang der Verhandlungen: „An menschliche Motive denke ich“, schrieb Payer, „bei unseren Gegnern längst nicht mehr. Bleibt die Hoffnung auf die Einsicht der Neutralen & der Völker selbst. [...] Ich fürchte, wir gehen schweren Zeiten entgegen, wenn nicht gar unerwartetes geschieht. Abwehren können wir das Unheil nicht, aber sanktionieren werden wir es nicht.“¹⁰⁹

Wie Payer vermutet hatte, ließen die Kriegsgegner der deutschen Delegation keinen Verhandlungsspielraum, sondern forderten schließlich ultimativ die Annahme der Friedensbedingungen und bereiteten für den Fall einer deutschen Ablehnung die Fortsetzung des Krieges und die militärische Besetzung Deutschlands vor.¹¹⁰ Über dieser Frage zerbrach die Regierung Scheidemann. Wie SPD und Zentrum zuvor, spaltete sich nun auch die DDP-Fraktion. Eine Mehrheit blieb beim Kurs der Ablehnung der Friedensbedingungen und setzte einen Austritt der Partei aus der Regierung durch. Payer zählte zu der Minderheit, die dies verhindern wollte. Seiner Frau schrieb er am 20. Juni 1919: „Gestern war einer der ekelhaftesten Tage meines Lebens. Die Fraktion ist wie toll, nur 8–10 standen auf meiner Seite & ich hätte den Vorsitz schon niedergelegt, wenn sie mich nicht gebeten hätten, das Chaos nicht auch noch zu vergrößern.“¹¹¹ Payer und eine Minderheit seiner Fraktion stimmten in der Folge in der Nationalversammlung für die Annahme der Friedensbedingungen und ermächtigten als Teil einer parteiübergreifenden Mehrheit die neue Regierung aus SPD und Zentrumspartei unter Reichskanzler Gustav Bauer, den Versailler Friedensvertrag zu unterzeichnen.¹¹² Die Fortsetzung des Krieges, die militärische Besetzung Deutschlands, eine drohende Zer-

¹⁰⁷ So auch Payer an seine Frau am 11. 5. 1919 (BArch Koblenz, N 1020 Nr. 47, Bl. 5).

¹⁰⁸ Vgl. BArch Koblenz, N 1020 Nr. 47, Bl. 6.

¹⁰⁹ Ebd.

¹¹⁰ Vgl. Eckart Conze: Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt, München 2018, S. 276–382.

¹¹¹ BArch Koblenz, N 1020 Nr. 47, Bl. 12–13.

¹¹² Vgl. H. Franz (wie Anm. 12), S. 267–270; P. Merseburger, Heuss (wie Anm. 104), S. 220; Lothar Albertin: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 45), Düsseldorf 1972, S. 337. Zur politischen Gesamtkonstellation vgl. Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006, S. 247–285.

schlagung des deutschen Nationalstaates und ein Ende der gerade erst geschaffenen Weimarer Demokratie konnten so abgewendet werden.

Nach ihrem außenpolitisch begründeten Austritt aus der Regierung kehrte die DDP Anfang Oktober 1919 wieder in das Kabinett zurück, um auf die innenpolitischen Entscheidungen wieder mehr Einfluss zu erhalten. Payer ließ sich schließlich dazu überreden, wieder den Fraktionsvorsitz zu übernehmen, den er infolge der Auseinandersetzungen um die Annahme des Versailler Vertrages niedergelegt hatte. Payers selbst gestecktes Ziel war es, die innerlich tief gesplante Fraktion wieder zu einen.¹¹³ Doch die Frage, ob die DDP sich weiter an der Regierung beteiligen oder besser in die Opposition gehen sollte, begleitete in den folgenden Monaten Payers Arbeit bis zu den Wahlen des ersten Reichstags im Juni 1920.¹¹⁴ Müde von der Politik, verzichtete der 73-Jährige 1920 darauf, erneut für das Nationalparlament zu kandidieren, und zog sich aus der aktiven Politik weitgehend zurück.

Politiker im Ruhestand

Damit endete Payers zweites politisches Leben, seine unverhoffte zweite politische Karriere, die ihn in einer Umbruchphase in die Regierungsverantwortung geführt und an zentralen Weichenstellungen der deutschen Geschichte hatte mitwirken lassen. Nach vielen Jahrzehnten in der aktiven Politik begann für den 73-Jährigen nun das Lebens eines „elder Statesman“.

Payer beschränkte sich in den folgenden Jahren darauf, vor allem über gelegentliche Veröffentlichungen zu Themen, die ihm schon als Parlamentarier wichtig gewesen waren, die öffentliche Meinung und die Politik zu beeinflussen.¹¹⁵ Dies galt vor allem für außenpolitische Fragen. Payer warb immer wieder für einen realistischen Blick auf die begrenzten Möglichkeiten deutscher Außenpolitik und warnte vor einer Konfrontationspolitik unter Berufung auf die nationale Ehre.¹¹⁶ Payer gehörte damit zu den frühen Verständigungspolitikern der Weimarer Republik, die erst nach 1923 die Außenpolitik dauerhaft bestimmten sollten.¹¹⁷

Fast noch wichtiger war Payers Engagement auf dem Feld der Geschichtspolitik, im Streit um die jüngste Vergangenheit. Denn das Ringen um die Kriegsursachen und die Schuld an der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg war in der Weimarer Republik zugleich immer auch Kampf um die

¹¹³ H. Franz (wie Anm. 12), S. 270–271.

¹¹⁴ Ebd., S. 273, 277.

¹¹⁵ Vgl. Payers Zeitungsbeiträge in: BArch Koblenz, N 1020/21.

¹¹⁶ Vgl. ebd. etwa Bl. 6: Frankfurter Zeitung und Handelsblatt Nr. 342/10. 5. 1921, Bl. 19–21: „Echo“ der Jungen Demokratie Nr. 12/Dezember 1923

¹¹⁷ Vgl. Peter Krüger: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.

Demokratie, und die Dolchstoßlegende stellte eine der wichtigsten Waffen der republikfeindlichen Kräfte auf der Rechten dar.¹¹⁸ Im März 1919 hatte sich Payer noch öffentlich zurückgehalten, als Hindenburg die Dolchstoßlegende mit falschen Darstellungen unterfütterte und die Regierung Max von Baden zu desavouieren suchte. Payer befürchtete, die deutsche Ver-



Friedrich Payer heiratete am 13. 9. 1876 Alwine Schöninger (1854–1936). Als Eltern von zwei Kindern war es den beiden vergönnt, 1926 ihre Goldene Hochzeit zu feiern. Das Bild entstand nach 1921.

handlungsposition bei den anstehenden Friedensverhandlungen zu schwächen.¹¹⁹ Nachdem jedoch immer mehr Beteiligte ihre Sicht der Dinge in die Öffentlichkeit getragen hatten, stellte sich Payer vor den ehemaligen Reichskanzler Max von Baden und schilderte nach kritischer Durchsicht der eigenen Aufzeichnungen in Zeitungsartikeln seine Sicht der Ereignisse um den 9. November. Dabei korrigierte er immer wieder tendenziöse verfälschende Darstellungen der ehemaligen Obersten Heeresleitung, die von ihrer Verantwortung für die militärische Niederlage ablenken und diese den demokratischen Kräften in die Schuhe schieben wollte.¹²⁰ Diesem Ziel dienten auch Payers 1923 in Buchform erschienene Erinnerungen „Von Bethmann Hollweg bis Ebert“.¹²¹ Zudem begab sich der gelehrte Jurist auch auf einen juristischen geschichtspolitischen Schauplatz. Denn im sogenannten Magdeburger

¹¹⁸ Vgl. Boris Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933 (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 61), Düsseldorf 2003.

¹¹⁹ Vgl. BArch Koblenz, N 1020/12, Bl. 233.

¹²⁰ Vgl. etwa BArch Koblenz, N 1020/21, Bl. 10: Berliner Tageblatt Nr. 1/1. 1. 1922, 1. Beiblatt; Bl. 25: Literaturblatt. Beilage zur Frankfurter Zeitung Nr. 2/18. 1. 1924. Siehe auch BArch Koblenz, N 1020/12 Bl. 233: Max von Baden an Payer vom 27. 3. 1919; BArch Koblenz, N 1020/47, Bl. 19: Brief vom 28. 7. 1919.

¹²¹ F. Payer, Bethmann Hollweg (wie Anm. 12), vgl. etwa S. 210.



75 Jahre Revolution von 1848 war für Friedrich von Payer der Anlass, in einer Broschüre an diesen wichtigen Abschnitt deutscher Demokratiegeschichte zu erinnern.

1848. Erinnern an demokratische Traditionen zur Stärkung der Weimarer Republik, die Pflege des Erbes der württembergischen Volkspartei, die sich in der Tradition von 1848 verstand, sowie persönliche Prägungen in seinen eigenen politischen Anfängen, als er noch die alternden 1848er in der eigenen Partei kennen- und schätzen lernen konnte, fielen bei Payer als Motivation für diese Form der Geschichtspolitik zusammen. Und der 75. Jahrestag der Revolution von 1848 im Jahr 1923 bot Payer Möglichkeiten, sowohl über Zeitungsartikel wie in Broschürenform an 1848 zu erinnern.¹²⁵

Reichspräsidenten-Prozess von 1924, in dem eine weitere Fassung der Dolchstoßlegende vor Gericht verhandelt wurde und in dem ein republikfeindliches Gericht in einem skandalösen politischen Urteil die Gegner der Demokratie stärkte,¹²² trat Payer nicht nur im Berufungsverfahren zugunsten des Reichspräsidenten Ebert auf,¹²³ sondern zeigte in einer später veröffentlichten Stellungnahme die juristischen Fehler des erstinstanzlichen Urteils auf. Payer arbeitete die politische Instrumentalisierung der Justiz durch rechte Kräfte am Beispiel des Verfahrens heraus, um zu konstatieren, dass durch solche Fehlurteile „der Glaube an die Gerechtigkeit und die Gerichte“ insgesamt infrage gestellt werde.¹²⁴

Jenseits dieser jüngsten Zeitgeschichte bemühte sich Payer auch um das Erinnern an ein wichtiges Ereignis der deutschen Demokratiegeschichte, an die Revolution von

¹²² Vgl. dazu etwa Walter Mühlhausen: Rothardt, Erwin, in: Kurt Groenewold; Alexander Ignor; Arnd Koch (Hrsg.): Lexikon der Politischen Strafprozesse, 2014, <http://www.lexikon-der-politischen-strafprozesse.de/glossar/rothardt-erwin/> (21. 11. 2018).

¹²³ Vgl. BArch Koblenz, N 1020/36.

¹²⁴ Vgl. Karl Brammer (Bearb.): Der Prozess des Reichspräsidenten, Berlin 1923, S. 175.

¹²⁵ Vgl. etwa BArch Koblenz, N 1020/21, Bl. 17: Frankfurter Zeitung und Handelsblatt Nr. 360/18. 5. 1923; Friedrich Payer: Anno 1848, Frankfurt 1923. Ferner Payers Rede in der Deutschen Nationalversammlung am 10. April 1919, vgl. Verhandlungen der Verfassung-

Seine Partei, die DDP, versuchte ihn zwar Ende 1925 wieder stärker in ihre politische Arbeit einzubinden, indem sie ihn zum Ehrenpräsidenten ernannte.¹²⁶ Doch hielt sich der 78-Jährige auch weiterhin aus der tagesaktuellen Politik weitgehend heraus. Diese Zurückhaltung erfuhr eine Unterbrechung, als Payer im Januar 1930 öffentlichkeitswirksam und unter Protest aus der württembergischen DDP austrat. Grund für diesen Schritt war, dass einige DDP-Politiker, darunter der spätere erste baden-württembergische Ministerpräsident Reinhold Maier, völlig überraschend zusammen mit der national-liberalen DVP den Eintritt in die Landesregierung eingefädelt hatten, die bis dahin von den württembergischen Konservativen und der Zentrumspartei gebildet wurde. Dies bedeutete nicht nur einen deutlichen Kurswechsel, der für Payer einer Preisgabe linksliberaler Überzeugungen gleichkam. Noch wichtiger war, dass dieser Kurswechsel mithilfe von Tagesordnungstricks unter Umgehung der innerparteilichen Willensbildung durchgesetzt wurde. Im Protest gegen diese groben Verstöße gegen die innerparteiliche Demokratie trat Payer aus der württembergischen DDP aus, blieb aber Mitglied seiner Partei auf Reichsebene.¹²⁷

Dass die DDP auf Reichsebene 1930 für wenige Monate mit dem Jungdeutschen Orden fusionierte und den Parteinamen in Deutsche Staatspartei änderte, sollte Friedrich Payer als Beobachter der politischen Geschehnisse noch erleben. Doch bevor die nationalsozialistische Diktatur an die Stelle der Weimarer Demokratie trat und die Nationalsozialisten ihr Terrorregime errichteten, starb der letzte kaiserliche Vizekanzler und langjährige Führer der württembergischen Linksliberalen am 14. Juli 1931 in Stuttgart.

gebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327. Stenographische Berichte, Berlin 1920, S. 935–936.

¹²⁶ Vgl. BAArch Koblenz, N 1020/21, Bl. 36–37, 52; Konstanze Wegner; Lothar Albertin (Bearb.): Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe, Bd. 5), Düsseldorf 1980, S. 329.

¹²⁷ Vgl. Klaus-Jürgen Matz: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 89), Düsseldorf 1989, S. 70–80; G. Bradler (wie Anm. 1), S. 239–242; Wegner/Albertin (wie Anm. 126), S. 525.

Adolf Kommerell (1866–1931). Der erste Reutlinger Landrat in einer „neu angebrochenen Zeit“

Marco Birn

Als Adolf Kommerell am 9. Dezember 1918 das Amt des Reutlinger Oberamtsvorstehers antrat, war gerade der Erste Weltkrieg zu Ende gegangen. Seit der Novemberrevolution bildeten sich allerorts im Deutschen Reich Arbeiter- und Soldatenräte. Die monarchischen Herrscher dankten ab. Wilhelm II. von Württemberg verzichtete gerade einmal neun Tage vor Kommerells Amtsantritt auf die Krone. Der Verwaltungsbeamte Kommerell, der seine gesamte Laufbahn in dem altbewährten System der württembergischen Oberämter absolviert hatte, übernahm nun die Verantwortung in einer Zeit des politischen Umbruchs. Fast die gesamte Weimarer Republik hindurch sollte er die Geschicke des Oberamtes lenken. Als Landrat Adolf Kommerell am 24. April 1931 im Bezirkskrankenhaus Reutlingen nach längerem Leiden einer Lungenkrankheit erlag, befand sich die parlamentarische Demokratie bereits in einer tiefen Krise und die Zeichen deuteten wiederum auf einen Umbruch hin.

Adolf Kommerell wurde am 1. Dezember 1868 in Tübingen als ältester Sohn des gleichnamigen Gastwirts und Kaffeehausbesitzers und Wilhelmine (Mina) Weiß geboren.¹ Sein Vater, einer alten bürgerlichen Tübinger Familie entstammend, hatte im Jahre 1873 das beliebte Café Kommerell in der Pflerhofstraße in Tübingen gegründet, „in dessen behaglichen Räumen Bürger und Studenten stets gerne [...] verkehrten.“² Zum 85. Geburtstag der Mutter wird diese in der Tübinger Chronik als „echte Tübinger Studentennutter“ bezeichnet, hatte sie doch Generationen junger Akademiker in ihrer „patriarchalisch-mütterlichen Art ihren Rat geliehen“.³ Sein Bruder Hermann trat in die Fußstapfen des Vaters, wurde Hotelier und übernahm nach dem Verkauf des väterlichen Cafés das Hotel Kronprinz in Reutlingen.⁴ Der drittgeborene Karl wurde Mathematiker und Professor in Tübingen.⁵ Der jüngste Bruder

¹ Die Lebensdaten der Familie Kommerell hier und im Folgenden entstammen der Familienchronik Kommerell, hrsg. von Otto Kommerell, Frankfurt am Main 1943, § 1357.

² Vgl. ebd., § 1219.

³ Zitiert nach ebd.

⁴ Vgl. ebd., § 1358.

⁵ Vgl. ebd., § 1359.



„Gruß vom Café Kommerell“, Postkarte von 1897 mit Darstellungen von Außenansicht und Gastraum sowie von Touristenzielen in der Umgebung.

Otto wurde Ingenieur und war Abteilungspräsident bei der Reichsbahnbauverwaltung in Berlin. Er gab auch die hier zitierte Familienchronik heraus.⁶

Am 1. Mai 1897 heiratete Adolf Kommerell die in Reutlingen geborene Mina Maier, Tochter des mittlerweile in Tübingen wohnhaften Privatiers Johann Georg Maier. Aus der Ehe gingen zwei Töchter hervor. Mina Hildegard wurde 1898 in Rottenburg geboren und Herta Elisabeth 1906 in Reutlingen.⁷

Adolf Kommerell konnte sicherlich schon früh im Café der Eltern das studentische Leben unmittelbar erfahren. Die Verbindung der Familie zur Landesuniversität sollte sich jedoch nicht nur auf die Bewirtung beschränken. Bis 1885 besuchte er das Gymnasium in Tübingen, seine Reifeprüfung legte er dann 1886 in Ulm ab und immatrikulierte sich im gleichen Jahr an der Universität Tübingen.⁸ Zunächst studierte er Forstwissenschaften, wechselte 1888 jedoch zu den Regiminalwissenschaften (Staatswissenschaften) und fasste somit eine Beamtenlaufbahn in den Blick. Nachdem er im Herbst 1891 die Erste Höhere Verwaltungsdienstprüfung abgelegt hatte, absolvierte er anschließend

⁶ Vgl. ebd., § 1360.

⁷ Vgl. ebd., § 1357.

⁸ Die Informationen zu seiner Laufbahn hier und im Folgenden entstammen der Akte seiner Anstellung: Landesarchiv Baden-Württemberg, StA Ludwigsburg, E 1731 Bü 261.

ein Referendariat im Oberamt Tübingen. Während dieses einjährigen Referendariats wurde er auch zwei Monate nach Pliezhausen versetzt, wo er den örtlichen Verwaltungsaktuar Oswald unterstützte. In seinem Zeugnis ist zu lesen, dass „sich Kommerell das Lob eines eifrigen und fleißigen Mannes verdient“ habe und er „für die praktischen Geschäfte recht brauchbar“ sei.⁹ In Pliezhausen hatte er sich in das Steuer- und Rechnungswesen eingearbeitet und bekam eine musterhafte Führung attestiert. Zum zweiten Jahr seines Referendariats wechselte Adolf Kommerell nach Reutlingen zur Regierung des Schwarzwaldkreises. 1893 legte er die Zweite Höhere Justizdienstprüfung ab und trat zum 29. Juni in die württembergische Innenverwaltung ein.

In der Folgezeit wurde Adolf Kommerell in zahlreichen Oberämtern eingesetzt und nahm Vertretungsstellen in Heidenheim, Crailsheim, Gerabronn, Rottenburg, Geislingen und Künzelsau an. 1899 kehrte er nach Reutlingen zurück und wurde Amtmann beim Oberamt Reutlingen. Vom November 1902 an trat er in den Dienst der Regierung des Schwarzwaldkreises. Hier wurde er zunächst als Kollegialhilfsarbeiter und ab 1905 als Regierungsassessor eingesetzt. Der Rang und Titel eines Oberamtmannes wurde ihm 1906 verliehen. Nachdem die Stelle des Oberamtsvorstehers in Nagold frei geworden war, bewarb sich Kommerell 1909 um die dortige Leitung und bekam die Stelle. Nach neun Jahren als Oberamtsvorsteher in Nagold wurde er 1918 zum Regierungsrat befördert und bewarb sich im gleichen Jahr für die Leitung des Reutlinger Oberamtes. In diesem Zusammenhang stellte die Kreisregierung ein Zeugnis aus: „Oberamtmann Kommerell ist ein kenntnisreicher, fähiger Bezirksbeamter, der sein Amt mit Umsicht und Hingebung verwaltet und in seinem Bezirk große Achtung genießt. Auch im Kollegialdienst – er hatte bei der Kreisregierung über 5 Jahre das schwierige Wasserreferat zu besorgen – hat er sich bewährt. Seine dienstliche und ausser-



Adolf Kommerell in Galauniform eines hohen württembergischen Beamten, vor 1918.

⁹ Zitiert nach ebd.

dienstliche Führung ist tadellos.“¹⁰ Wie eingangs beschrieben, lenkte er ab dem 9. Dezember 1919 die Geschicke des Reutlinger Oberamts. Seit 1928 führte er, als erster im Oberamt bzw. Landkreis, den Titel „Landrat“. ¹¹

Im Nachruf des Reutlinger General-Anzeigers wird Landrat Kommerell als ein korrekter, umsichtiger und entgegenkommender Beamter beschrieben, der sich Sympathien in weiten Kreisen der Bevölkerung erworben habe. Gerade in der politisch unruhigen Nachkriegszeit und der jungen Weimarer Republik schätzte man seine „ruhige und sichere Behandlung der Dinge“, was dazu führte, dass er trotz der wetteifernden politischen Anschauungen einen vernunftmäßigen Fortgang der öffentlichen Verwaltung gewährleistete und so seinen Beitrag dazu leistete, dass sich die Verhältnisse im Reutlinger Oberamt konsolidierten. ¹²

Die württembergischen Oberämter waren, als Vorgängerinstitutionen der Landkreise, mittlere Verwaltungseinheiten mit kommunalem und staatlichem Aufgabenspektrum. Die Gemeinden des Oberamtes bildeten die Amtskörperschaft, eine Gebietskörperschaft, die mit der Amtsversammlung über ein eigenes Parlament und der Amtspflege über einen eigenen Haushalt verfügte. Ein von der Amtsversammlung gewählter Beirat (bis 1906 Amtsversammlungsausschuss) erledigte die laufenden Geschäfte. ¹³ Der Oberamtsvorsteher, später Landrat, war zugleich staatlicher Verwaltungsbeamter und Vorsitzender der Amtsversammlung. Zu seinem Dienstantritt trug Adolf Kommerell den eigenhändigen Vermerk ins Oberamtsprotokoll ein: „Am 9. Dezember 1918 hat der zum Oberamtsverweser bestellte Regierungsrat Kommerell von Nagold das Amt übernommen.“ ¹⁴

Die erste Sitzung des Bezirksrates leitete Kommerell bereits am 28. Dezember 1918, ¹⁵ die erste Amtsversammlung unter seiner Führung tagte am 13. Februar 1919. Im Protokoll dieser Sitzung findet sich eine Zusammenfassung seiner Antrittsrede. In dieser Rede gedachte Kommerell „der neu angebrochenen Zeit, dankte den Soldaten, die die Greuel des Krieges“ vom Vaterland „ferngehalten haben und begrüßte die heimgekehrten Krieger mit dem Wunsche, daß sie ihr Fortkommen wieder finden mögen.“ ¹⁶ An die Mitglieder der Amtsversammlung gewandt, verdeutlichte Kommerell, dass er kein festes Programm habe. Vielmehr „halte er es für seine Aufgabe, alle Bestrebungen des Bezirkes tatkräftig zu unterstützen, er werde die Verhand-

¹⁰ Zitiert nach ebd.

¹¹ Die Personalakte von Adolf Kommerell findet sich im KreisA RT, B 1303 Nr. 1203.

¹² Vgl. Reutlinger General-Anzeiger (im Folgenden: GEA) vom 25. 4. 1931.

¹³ Zur Entwicklung von Oberamt und Amtskörperschaft siehe Irmtraud Betz-Wischnath: Vom Oberamt zum Großkreis – Zur Entstehungsgeschichte des Landkreises Reutlingen, in: RGB NF 37 (1998), S. 309–352, hier S. 320–323.

¹⁴ Zitiert nach KreisA RT, R 1/1 Nr. 31.

¹⁵ Vgl. ebd. Nr. 12, Sitzung vom 28. 12. 1918.

¹⁶ Zitiert nach KreisA RT, R 1/1 Nr. 18.

lungen gerecht leiten“. Gleich beim ersten Tagesordnungspunkt ging es um wichtige Themen für den Übergang zu der von Kommerell bezeichneten *neu angebrochenen Zeit*: die Erwerbslosenfürsorge nach der Demobilmachung,

die Aufnahme von Arbeitslosen, den Umgang mit Frauen in Dienststellen, die „Kriegskrankenkasse“ sowie Kriegszulagen für Beamte.

In seiner Funktion als Oberamtmann und Vorsitzender der Amtsversammlung saß Kommerell in verschiedenen Gremien und hatte unterschiedliche Funktionen inne. So gehörte er u. a. dem Verwaltungsrat der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke und des Sparkassen- und Giroverbands an, war stellvertretender Vorsitzender der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Reutlingen und Bezirksvertreter des Landesvereins vom Roten Kreuz.¹⁷

In seine mehr als elfjährige Dienstzeit fallen verschiedene Schwerpunktthemen, welche die großen Herausforderungen der Zeit auf Bezirksebene widerspiegeln. Ein zentraler infrastruktureller Aspekt war die Anpassung der Straßen an die veränderten Verkehrsverhältnisse, die auf der Zunahme des Kraftwagen- und Kraftpostverkehrs beruhten. Nach dem Kriegsende wurden zahlreiche Nachbarschaftsstraßen ausgebaut, wobei die Straße von Pfullingen nach Genkingen über die Stuhlsteige besondere Erwähnung verdient.¹⁸ Weiterhin wurden u. a. die Kraftpostlinien von Reutlingen nach Willmandingen und nach Würtingen eingerichtet. Die Nebelhöhle erhielt eine Zufahrtsstraße und es wurde im Rahmen von Notstandsarbeiten mit dem Bau einer neuen Verbindungsstraße ins Steinlachtal begonnen.¹⁹

Die rege Bautätigkeit führte jedoch zu Spannungen mit der Stadt Reutlingen, die aufgrund der Umlage für einen Großteil der Kosten aufkommen musste. Oberbürgermeister Dr. Haller ermahnte die Amtskörperschaft im Rahmen einer Gemeinderatssitzung zu Sparsamkeit bei Straßenbauten und verdeutlichte, dass er als Mitglied des Bezirksrats genau auf Einsparmöglich-

Am 9. Dez. 1918
 die Amtsversammlung
 H. Kommerell
 übernahm die Dienstgeschäfte.

Adolf Kommerell übernimmt die Dienstgeschäfte. Eigenhändiger Eintrag im Amtsversammlungsprotokoll.

¹⁷ Vgl. GEA vom 25. 4. 1931.

¹⁸ Zum Straßenausbau in jener Zeit vgl. die Protokolle der Amtsversammlung KreisA RT, R 1/1 Nr. 16.

¹⁹ Zum Bau der Straße ins Steinlachtal vgl. KreisA RT, R 3 Nr. 260.

keiten achten werde.²⁰ Bei Ausbesserungsarbeiten an der Nachbarschaftsstraße Betzingen–Wannweil warf der Gemeinderat der Amtskörperschaft Verschwendung und Durchführung von unzweckmäßigen Ausführungen vor. Daraufhin äußerte sich Landrat Kommerell am 27. Januar 1930 im Reutlinger General-Anzeiger und stellte die Situation aus der Sicht des Oberamtes dar. Dem Gemeinderat warf er hierbei Unkenntnis des Sachverhaltes vor und sprach ihm die Berechtigung der Kritik ab. Er wertete die Äußerung des Gemeinderates als einen Angriff auf seine Verwaltung: „Es mehren sich in letzter Zeit die Fälle, in denen gegen die Amtskörperschafts-Verwaltung seitens der Stadtverwaltung Reutlingen öffentlich ungerechtfertigte Angriffe unternommen werden. Die Amtskörperschafts-Verwaltung sieht sich daher zu ihrem Bedauern gezwungen, solche Angriffe unter Darlegung des wirklichen Sachverhalts auch öffentlich zurückzuweisen.“²¹ Der Streit wurde auch anschließend weiter öffentlich ausgetragen. Oberbürgermeister Haller erklärte, dass Landrat Kommerell „der sehr merkwürdigen Ansicht“ sei, „daß der Gemeinderat kein Recht habe, Dinge in rein sachlicher Weise zu besprechen“, und äußerte sich zu dem von ihm empfundenen Verbot jeglicher Kritik: „Diese Zumutungen sind so unerhört, daß ich keine Worte zu ihrer richtigen Kennzeichnung finde.“²²

Die anderen Gemeinden im Oberamt profitierten jedenfalls von den infrastrukturellen Investitionen. Dazu gehörte auch der Ausbau der Wasserversorgung. Ohmenhausen, Wannweil, Mägerkingen und Bronnen bekamen neue Wasserleitungen und Hausanschlüsse.

Adolf Kommerell setzte sich persönlich für die Verbesserung des Feuerlöschwesens ein.²³ Das Oberamt beschloss auf seine Anträge hin, die Beschaffung einer Kraftfahrspitze und einer Autodrehleiter, welche beide zum 100-jährigen Jubiläum der Freiwilligen Feuerwehr Reutlingen als Ehrengabe überreicht wurden. Voraussetzung war die Bereitschaft, die beiden Geräte auch bei Bränden außerhalb der Stadt einzusetzen.²⁴ Für sein Engagement wurde Kommerell schließlich im Jahr 1926 mit der Ehrenmitgliedschaft der Freiwilligen Feuerwehr Reutlingen ausgezeichnet.²⁵ 1928 wurde die Stadt Pfullingen ebenfalls bei der Anschaffung einer Kraftfahrspitze unterstützt, die im Falle eines Brandes aber auch in anderen Bezirksgemeinden eingesetzt werden konnte.²⁶

Zur Landwirtschaft hatte Kommerell bereits durch seine Mitgliedschaft im Vorstand der Berufsgenossenschaft eine enge Verbindung und laut seinem

²⁰ Schwarzwälder Kreiszeitung, Reutlinger Tageblatt vom 24. 1. 1930.

²¹ Zitiert nach GEA vom 27. 1. 1930.

²² Zitiert nach GEA vom 7. 2. 1930.

²³ Vgl. KreisA RT, R 1/1 Nr. 16, Sitzungen vom 10. 5. 1922 und 19. 11. 1925.

²⁴ Vgl. ebd., Sitzung vom 24. 6. 1926.

²⁵ Vgl. GEA vom 25. 4. 1931.

²⁶ Vgl. KreisA RT, R 1/1 Nr. 16, Sitzung vom 14. 6. 1928.

Nachruf erfreute sich die Fleckviehzuchtgenossenschaft seiner ständigen Aufmerksamkeit.²⁷ Die Pfullinger Jungviehweide wurde 1928 mit einem Beitrag aus der Amtskörperschaftskasse gefördert.²⁸ In Pfullingen waren zuvor bereits eine Distriktstierarztstelle eingerichtet worden.²⁹ Der Obstbau erfuhr durch die Anstellung eines hauptamtlichen Oberamtsbaumwarts im Jahre 1925 eine Förderung.³⁰ Kommerell selbst war Zweiter Vorsitzender des Obst- und Gartenbauvereins Reutlingen und engagierte sich in diesem Bereich wohl auch persönlich.³¹

In seiner Dienstzeit erhielt das Oberamt zwei zentrale neue Aufgaben im sozialen Bereich. Die Verwaltung des neu geschaffenen „Arbeitsnachweises Reutlingen–Münsingen“, das spätere Arbeitsamt, wurde 1923 auf die Amtskörperschaft übertragen³² und auch das Jugendamt wechselte in deren Verantwortung. Die Satzung, welche das Landesjugendwohlfahrtsgesetz realisieren sollte, wurde in der Amtsversammlung am 14. Juni 1928 beschlossen.³³

Der Ausbau des Bezirkskrankenhauses war Kommerell ein besonderes Anliegen. Während seiner Dienstzeit wurde eine neue Chefarztstelle für die Innere Abteilung geschaffen und ein Oberarzt für die Chirurgie angestellt.³⁴ Zudem sollte ein Erweiterungsbau in die Wege geleitet werden. Unstimmigkeiten mit der Stadt herrschten zunächst jedoch bei der Umsetzung. Landrat Kommerell äußerte sich in der gemeinsamen Sitzung des Bezirksrats mit der Krankenhauskommission am 24. Juli 1929 dahingehend, dass er einen vollständigen Neubau des Bezirkskrankenhauses als ideale Lösung ansehe, dies aber wegen der finanziellen Belastung von Amtskörperschaft und Gemeinde kaum umsetzbar sei. Sprachführer für einen Erweiterungsbau war Oberbürgermeister Dr. Haller, der keinerlei Notwendigkeit für einen Neubau erkennen konnte und die Kosten für die Stadt Reutlingen möglichst gering halten wollte. Am 16. Januar 1930 beschloss die Amtsversammlung dann einen Erweiterungsbau mit 120 Betten, der wegen der wirtschaftlichen Situation jedoch vom Innenministerium abgelehnt wurde. Erst Mitte der 1930er Jahre befasste sich das Oberamt wieder mit Plänen zur Erweiterung des Kreiskrankenhauses.³⁵

Die Bautätigkeit des Oberamts erstreckte sich auch auf die Verwaltungsgebäude. Dies ging nicht zuletzt auf die zunehmenden Aufgaben des Ober-

²⁷ Vgl. GEA vom 25. 4. 1931.

²⁸ Vgl. KreisA RT, R 1/1 Nr. 16, Sitzung vom 14. 6. 1928.

²⁹ Vgl. KreisA RT, R 1/1 Nr. 16, Sitzung vom 10. 5. 1922.

³⁰ Vgl. ebd., Sitzung vom 19. 11. 1925.

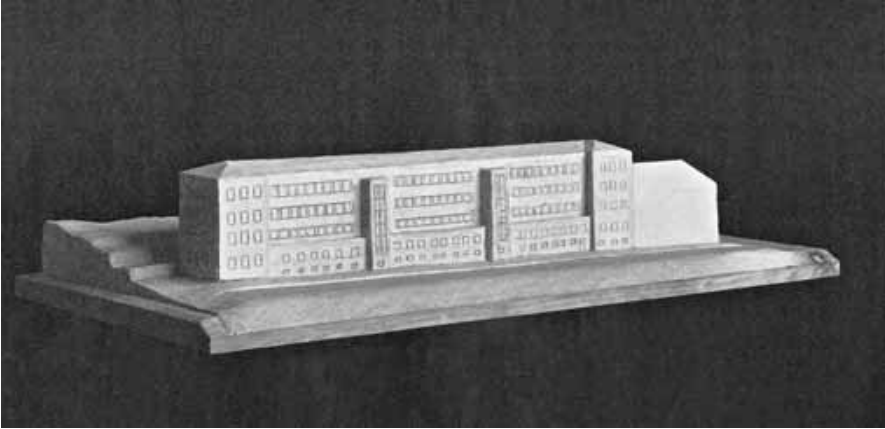
³¹ Vgl. KreisA RT, R 13 Nr. 254; hierin findet sich auch ein Nachruf des Obst- und Gartenbauvereins.

³² Vgl. KreisA RT, R 1/1 Nr. 16, Sitzung vom 3. 7. 1924.

³³ Vgl. ebd., Sitzung vom 14. 6. 1928.

³⁴ Vgl. ebd., Sitzung vom 14. 6. 1928.

³⁵ Vgl. KreisA RT, R 3 Nr. 449.



Modell des Erweiterungsbaus für das Bezirkskrankenhaus in Reutlingen, Front gegen die Goethestraße, 1929.



Unter Adolf Kommerell erbaut und noch heute Sitz von Ämtern des Landkreises: Gebäudekomplex Bismarckstraße 14–16 (links), hier eine Postkartenansicht der 1930er Jahre.

amtes zurück. So wurden schließlich die Pläne für einen neuen zusammenhängenden Gebäudekomplex für die Behörden in der Bismarckstraße 16 und das Arbeitsamt in der Bismarckstraße 14 realisiert,³⁶ und mit den Arbeiten für das neue Oberamtssparkassengebäude am Marktplatz wurde ebenfalls begonnen.³⁷

Kommerell erkrankte im Jahr 1923 an einer Lungenblutung. In der Folge war er von Dezember 1923 bis März 1925 die meiste Zeit dienstunfähig. Im Jahre 1930 verschlechterte sich sein gesundheitlicher Zustand wieder. An der Amtsversammlung am 27. November 1930 konnte er bereits nicht mehr teilnehmen. Er wurde in dieser und der folgenden Sitzung von Regierungsrat Dr. Wanner vertreten.³⁸ Wenige Monate später verstarb Adolf Kommerell im Bezirkskrankenhaus an einer erneut ausgebrochenen Lungenerkrankung. Der Nachruf im Reutlingern General-Anzeiger vom 25. April 1931 schloss mit folgendem Fazit:



Landrat Adolf Kommerell, Aufnahme nach 1928.

„Abschließend ist zu sagen, daß Landrat Kommerell durch seine offene und gewinnende Art verstanden hat, im vertrauensvollen Zusammenarbeiten mit den Vertretern der Amtskörperschaft und der Gemeinden, sowie mit den ihm unterstellten Beamten – denen er immer ein großes Maß von Selbständigkeit einräumte – dem Wohle des Bezirks und seiner Bevölkerung in glücklicher Weise zu dienen. Sein früher Tod hat ein starkes Wollen und Können vorzeitig lahmgelegt. Der Verstorbene wird aber durch seine Arbeit und seine Werke in der dankbaren Erinnerung des Bezirks Reutlingen fortleben.“

In einer Zeit, in der der Landrat nicht gewählt, sondern als hochrangiger Beamter vom Innenministerium eingesetzt wurde, hatte Adolf Kommerell nur wenige repräsentative Aufgaben und trat nur selten öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Vielmehr ging es ihm darum, mit seinen Beamten und in

³⁶ Vgl. KreisA RT, R 1/1 Nr. 16, Sitzung vom 13. 6. 1929.

³⁷ Vgl. ebd., Sitzung vom 23. 5. 1930.

³⁸ Vgl. ebd., Sitzung vom 27. 11. 1930.

Zusammenarbeit mit den Vertretern der Amtskörperschaft die vermehrten Aufgaben im Oberamtsbezirk zu bewältigen. Diesen Arbeitsauftrag formulierte er bereits in seiner Antrittsrede in seiner ersten Amtsversammlung und laut den Nachrufen scheint er dies auch so praktiziert zu haben. In den Protokollen erscheint Kommerell als oberster Verwaltungsbeamter im Kreis, der mit den Gemeinden verhandelte, vor Ort mit den Beteiligten sprach und daraus die Vorschläge entwickelte, die dann unter seinem Vorsitz im Bezirksrat erörtert und schließlich in der Amtsversammlung zur Abstimmung gebracht wurden. Was wir aus den Akten über sein Wirken erfahren, passt zu jenem Bild, das der General-Anzeiger über ihn zeichnete. Demnach hatte er seine selbst gesteckten Ziele erreicht und die Herausforderungen der „neu angebrochenen Zeit“ erfolgreich absolviert. Viele Entscheidungen aus seiner Dienstzeit, zuvorderst seien die Baumaßnahmen und infrastrukturellen Investitionen genannt, prägten und prägen bis heute den Kreis und die Stadt Reutlingen.

Reutlinger Reformationsgedenken im 19. Jahrhundert und die Säkularfeiern von 1917 und 1924 in ihrem zeitgeschichtlichen Zusammenhang

Wilhelm Borth

Die folgenden Ausführungen beschließen den Beitrag zu den Jahrhundertjubiläen, die in Reutlingen seit 1617 in Erinnerung an Martin Luthers Ablassthesen vom 31. Oktober 1517 gefeiert wurden. Obwohl die Thesenveröffentlichung nach wie vor als das zentrale Epochenereignis der Reformation gilt, sind verstärkt im 19. Jahrhundert konkurrierende Gedenktage hinzugekommen. Dies vor allem auch in Reutlingen, das dank seines Reformators Matthäus Alber sowie der Unterzeichnung der *Confessio Augustana* von 1530 als ein früher Pionierort für die Verbreitung des Luthertums in Süddeutschland galt.¹ Im Mittelpunkt des folgenden Beitrags, der im Rahmen des Themenbandes zu Reutlingen in der Weimarer Zeit erscheint, stehen die Reutlinger Reformationsfeiern von 1917 und 1924 sowie ein kurzer Rückblick auf das Reformationsgedenken vor allem im 19. Jahrhundert.

Wichtigstes Konkurrenzdatum zum 31. Oktober 1517 wurden der 24. bzw. 25. Juni 1530, d. h. die Tage der Unterzeichnung und anschließenden Übergabe der lutherischen Bekenntnisschrift (*Confessio Augustana*) an Kaiser Karl V. auf dem Augsburger Reichstag. Zwei Vorgänge, die dem beteiligten Amtsbürgermeister Jos Weiß nicht nur religiösen, sondern auch hohen politischen Bekennermut vor dem Kaiserthron abverlangten.² Im Laufe des 19. Jahrhunderts kamen noch weitere, auf die biografischen Daten Luthers und Albers bezogene Gedenkfeiern hinzu. So verankerte sich die Reformationsepoche im historisch-kulturellen Gedächtnis der Stadt und trug über die Jahrhunderte hinweg zur Ausbildung einer Identität Reutlingens bei.³

¹ Wilhelm Borth: Die Reutlinger Reformationsjubiläen von 1617, 1717 und 1817 in ihrem zeitgenössischen Zusammenhang, in: RGB NF 56 (2017), S. 169–246.

² Gerhard Junger: Reutlinger Feierlichkeiten im Wandel der Jahrhunderte – 450 Jahre *Confessio Augustana*, in: RGB NF 18 (1979), S. 103–115. Vgl. auch W. Borth, Reformationsjubiläen (wie Anm. 1), S. 170 (Abbildung).

³ So z. B. im „Reutlinger Ehrenzeugnis“, das am 24. Juni, dem Tag der Unterzeichnung der *Confessio* durch Bürgermeister Jos Weiß, bis 1802 jährlich in der Marienkirche verlesen wurde. Vgl. W. Borth, Reformationsjubiläen (wie Anm. 1), S. 216–220.

Kontinuität und Wandel: Zur Tradition der drei ersten Reutlinger Säkularfeiern

Die Jahrhundertfeiern zur Reformation sprechen zwar gleiche historische Fakten, Ereignisse und theologische Schlagworte an. Aber über die reine Faktizität und begriffliche Nomenklatur hinaus fallen bei der Auswahl von Inhalten, ihrer Bewertung und vor allem ihrer politischen Instrumentalisierung markante Unterschiede ins Auge.⁴ So blieben die beiden „Jubelfeiern“ von 1617 und 1717 noch ganz in den politischen Kosmos der Reichsstadt und in eine voraufklärerische, religiös geprägte Kultur und gesellschaftliche Praxis eingebunden. Sie waren obrigkeitlich verordnete Bitt- und Dankfeiern für die bisherige Erhaltung des lutherischen Glaubens und sollten den als prekär empfundenen konfessionellen Status quo legitimieren und stabilisieren.⁵ Sie trugen insbesondere in Reutlingen Züge eines Legitimität stiftenden Staatskultes.

Bedingt durch die Mediatisierung Reutlingens fand das Reformationsjubiläum von 1817 unter veränderten kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen statt.⁶ Nachdem Württemberg ein Königreich mit einem konfessionell gemischten Staatsgebiet geworden war, musste sich das 1802 zu einer württembergischen Oberamtsstadt degradierte Reutlingen auch kirchlich und im Reformationsgedenken der Staatsraison des jungen Königreichs anpassen. Dessen gesellschaftliche Integration erforderte Toleranz zwischen den Konfessionen. Demgemäß hatte das königliche Konsistorium der jubiläumsfreudigen örtlichen Kirchengemeinde Mäßigung gegenüber „Christen von ungleichen Glaubensbekenntnissen“ angeordnet.⁷

Reutlinger Reformationsgedenken 1830, 1883 und 1895

Im 19. Jahrhundert entstand in Reutlingen vor dem Hintergrund der Industrialisierung und der sie begleitenden Urbanisierung⁸ eine neue bürgerliche Fest- und Gedenkkultur. Die Stadt war Schauplatz zahlreicher regionaler und

⁴ Luise Schorn-Schütte: Kleine Historiografiegeschichte der Reformation, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Nr. 52 (2016), S. 15–21, hier: S. 15 f.

⁵ Wolfgang Flügel: „Und der legendäre Thesenanschlag hatte seine ganz eigene Wirkungsgeschichte“. Eine Geschichte des Reformationsjubiläums, in: *Berliner Theologische Zeitschrift* 28 (2011), S. 28–43, hier: S. 31.

⁶ W. Borth, *Reformationsjubiläen* (wie Anm. 1), S. 222.

⁷ Ebd., S. 226, 228, 229 u. 230.

⁸ Vgl. hierzu: Wilhelm Borth; Bernd Breyvogel; Wolfgang Jung: *Reutlingen. Von der Reichsstadt zur selbstbewussten Großstadt*, Reutlingen 2013, S. 162 ff.

überregionaler Feste,⁹ in die sich auch die Reformationsjubiläen einreihen: Die Reformationsfeier 1817, die Gedenkfeier zur Augsburgischen Konfession von 1830 sowie die Feiern des 400. Geburtstags Martin Luthers von 1883 und des 400. Geburtstags von Matthäus Alber von 1895.¹⁰

Erfolgreiche Bemühungen um ein Jos-Weiß-Gedenken

Eine andere Facette bürgerlicher Gedenkkultur war der zeittypische Kult um historische Persönlichkeiten, der sich u. a. in der Errichtung städtischer Denkmale zeigte. Da 1863 auf dem Bahnhofplatz das Friedrich-List-Denkmal, 1889 das Hermann-Kurz-Denkmal und 1892 das Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf der Planie eingeweiht wurden, verwundert es nicht, dass auch ein öffentliches Interesse für ein Denkmal des Reformationsbürgermeisters Jos Weiß entstand.

Am 26. Juni 1866 bildete sich nach dem Vorbild des Friedrich-List-Komitees ein Jos-Weiß-Komitee mit Stadtschultheiß Grathwohl als Vorstand. Außerdem gehörten dem Komitee Honoratioren und Vertreter der Vereine an. Laut Gründungsprotokoll wurde in Reutlingen seit längerer Zeit „lebhaft angeregt, dem verdienten Bürgermeister der Reformationszeit, Josua Weiß, ein ehrendes Denkmal [...] als Zeichen dankbarer Erinnerung von Seiten seiner spätgeborenen Mitbürger zu stiften.“¹¹ Das Stiftungsvermögen sammelte sich aus Musik- und Theateraufführungen sowie durch Spenden an. Nach Grathwohls Tod (1867) erlahmte der Anfangsimpuls. 1878 hatte man die bescheideneren Idee, im großen Saal des neugotischen Rathauses für Jos Weiß eine Gedenktafel anzubringen. Es blieb jedoch bei den hierfür angefertigten Skizzen des Bildhauers Friedrich Launer.¹² Eine Veröffentlichung im Amtsblatt

⁹ Im Jahr 1859 feierte man z. B. Schillers 100. Geburtstag, 1863 den 50. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig sowie 1841 und 1889 das 25-jährige Regierungsjubiläum König Wilhelms I. und König Karls I. Vgl. Beschreibung des Oberamts Reutlingen (OAB), hrsg. von dem K. Statistischen Landesamt, Stuttgart 1893, Teil II, S. 164 f. Ebd. auch folgendes Zitat (S. 61): „So erhält der unbefangene Beobachter den Eindruck, als ob hier in geselliger Hinsicht eher zu viel als zu wenig geschehe.“

¹⁰ Zur Jubiläumsfeier von 1817 siehe W. Borth, Reformationsjubiläen (wie Anm. 1), S. 222–246. Insgesamt: OAB Reutlingen (wie Anm. 9), S. 164; Carl Bames: Chronica von Reutlingen und Pfullingen in Freud und Leid im Festtags- und Werktagskleid. Von 1803 bis 1874, ND Reutlingen 1985, S. 27 u. 47; Egmont Fehleisen: Chronica von Reutlingen in Freud und Leid, im Festtags- u. im Werktagskleid [...] (1874–1900), Reutlingen 1900, S. 196 f. und 333–336. Weitere Informationen zu den beiden letztgenannten Feiern befinden sich in den jeweiligen Jahrgängen des „Amtsblatts für Reutlingen“, der „Schwarzwälder Kreiszeitung“ und des „Reutlinger General-Anzeigers“ (nur für 1895).

¹¹ Vgl. hierzu StadtA Rt. A 2 Nr. 4033 und ebd., Flattichregistratur Nr. 1230: „Protokollbuch des Josua Weiß-Comité's“, S. 1.

¹² Gerald Kronberger: Die Jeremiaden des Gotikers. Bildhauer Friedrich Launer (1827–1914) und die Reutlinger Baudenkmale, in RGB NF 40 (2001), S. 229–303, hier: S. 274.



Eine von Bildhauer Friedrich Launer im Jahr 1878 angefertigte Skizze für ein (nicht verwirklichtes) Denkmal des Reutlinger Reformationsbürgermeisters Jos Weiß. Sie diente später als Vorlage für die Bronzeplakette des im Jahr 2006 auf dem Albtorplatz neben der Jos-Weiß-Schule errichteten Denkmals.

für Reutlingen vom 14. Februar 1899 zog nach 33 Jahren den Schlussstrich: Das auf 1300 Mark angewachsene Stiftungsvermögen wurde nun für eine lebensgroße Jos-Weiß-Statue verwendet, die den Chor der damals restaurierten Marienkirche zieren sollte, zusammen mit Matthäus Alber, Martin Luther und Philipp Melanchthon. Von dem einst Priestern und Heiligenfiguren vorbehaltenen Chorraum blicken seither die vier „Reformatorenstatuen“ auf die Gemeinde. So hatten Jos Weiß und Matthäus Alber doch einen repräsentativen Platz in der Marienkirche gefunden, die ja von Anbeginn auch politischer Erinnerungsort Reutlingens war. Darüber hinaus waren Jos Weiß und Matthäus Alber bereits seit 1842/43 durch die Neubenennung einer „Josua Weiß Strass“ (heute Jos-Weiß-Straße) an der südlichen Altstadtmauer und einer auf den Chor der Marienkirche zulaufenden „Aulberstraße“ im Stadtbild präsent.¹³

„Freudenreichste Tage, die je über unsere Stadt aufgegangen sind“ Die Gedächtnisfeier der Confessio Augustana von 1830

Traditionsbedingt kam der 300-Jahr-Feier der Confessio Augustana in Reutlingen eine hohe Bedeutung zu. Die ausführlichste Darstellung des Jubiläums stammt vom damaligen Stadthistoriker Carl Christian Gratianus.¹⁴ Gestützt auf diesen und Johann Jacob Fetzer hat Gerhard Junger einen knappen, aber anschaulichen Überblick dieser Feier gegeben.¹⁵ Ihr kirchenorganisatorischer

¹³ Vgl. hierzu: Gerald Kronberger: Wegweiser zur Stadtgeschichte: Die Historie der Reutlinger Straßennamen, in: RGB NF 50 (2011), S. 9–112, hier: S. 18 u. S. 75 ff.

¹⁴ Carl Christian Gratianus: Philipp Melanchthon und Josua Weiß, der Abgeordnete von Reutlingen auf dem großen Reichstag zu Augsburg im Jahr 1530, Reutlingen 1830, S. 85–96. Dieses Werk war offensichtlich als historischer Beitrag zum Jubiläum gedacht.

¹⁵ G. Junger (wie Anm. 2), S. 112 f.: Die 300-Jahrfeier der Confessio Augustana in Reutlingen.

Rahmen war, wie schon 1817, durch einen Synodalerlass des Konsistoriums vom 11. Dezember 1829 vorgegeben.¹⁶ Als Hauptfesttag wurde der 27. Juni 1830, d. h. der dem Übergabedatum der *Confessio Augustana* folgende Sonntag, festgelegt. In den Predigten sei der „hohe Werth der evangelischen, in dem Augsburgerischen Glaubens-Bekenntnis enthaltenen [...] Lehre nahe zu legen“. Deshalb seien in den Kirchen die ersten 21 Artikel des Bekenntnisses vorzulesen. Großen Wert legte der Erlass auf den Jugendunterricht und wie schon 1817 folgten Vorschriften zur Mäßigung des konfessionellen Übereifers. Alles, „was Andersdenkende zur Erbitterung reizen könnte“, sei zu vermeiden.

Erneut stand Reutlingen vor dem Dilemma, eigene Jubiläumsvorstellungen mit Stuttgarter Vorgaben in Einklang zu bringen. Enttäuscht war man, dass nicht der 25. Juni, das eigentliche Übergabedatum der *Confessio Augustana*, sondern erst der folgende Sonntag (der 27. Juni) zum „zentralen Festtag“ erklärt wurde. „Reichsstädtische Ressentiments regten sich bei den Alten. Sie wollten sich ihren 25. Juni, den Tag der Übergabe, nicht nehmen lassen.“¹⁷ Zudem erweiterte Reutlingen in eigener Regie die Jubiläumsfeier von einem auf vier Tage (24.–27. Juni 1830). Damit waren das Unterzeichnungs- und Übergabedatum ins Festprogramm mit einbezogen:

Donnerstag, 24. Juni

An diesem Tag wurden „im gewöhnlichen Vormittagsgottesdienst“ die ersten 21 Artikel des Augsburger Glaubensbekenntnisses verlesen, „dessen feierliche, auch von Seiten unserer Stadt einst [...] unterstützte Uebergabe der Mittelpunkt unserer Festeserinnerungen ist. Die Bürgergarde „verkündigte in der Frühe des Morgens durch den militärisch-musikalischen Morgensegen so wie durch andere kriegerische Musik in den Straßen und auf den öffentlichen Plätzen [...] den Anfang der Feierlichkeiten.“¹⁸

Freitag, 25. Juni

Am Vormittag fand eine Jugendfeier statt. „Der 25. Junius hätte eigentlich nach seiner geschichtlichen Bedeutung und nach mehrfach geäußerten Wünschen der glänzende Mittelpunkt der [...] Festfeierlichkeiten werden sollen.“ Aus Rücksicht auf die Vorgaben des Konsistoriums wurde der Tag nur durch eine „einfache, aber bedeutsam würdige Weise“ gefeiert. „Es ertönte nämlich

¹⁶ August Ludwig Reyscher (Hrsg.): Sammlung der württembergischen Gesetze, Bd. 9.2 (Sammlung der Kirchen-Gesetze), Tübingen 1835, S. 822–824.

¹⁷ G. Junger (wie Anm. 2), S. 112. An dieser Stelle sei an das bis 1802 in der Marienkirche zur Erinnerung an die Unterzeichnung der *Confessio Augustana* jährlich am 24. Juni gesprochene „Reutlinger Ehrenzeugnis“ erinnert. Vgl. W. Borth (wie Anm. 1), S. 216–220.

¹⁸ C. Gratianus (wie Anm. 14), S. 87.

um diese Zeit [um vier Uhr nachmittags war die Übergabe der Confessio, d. Verf.] das schöne Geläute von der St. Marien Kirche Hauptturme; und mit dem ersten Glockenklang trat auf allen Straßen feierliche Stille ein, zum Zeichen, dass jeder Hörer der hohen Bedeutung des Tones sich bewußt sei.“¹⁹

Samstag, 26. Juni

Am dritten Festtag fand ein weiterer Gottesdienst statt. „Diese kirchliche Feier benützten die jüngeren Mitglieder der hiesigen Rothgerberzunft, um [...] ein Geschenk in der Hauptkirche aufzustellen.“ In feierlicher Prozession wurde ein Brustbild Martin Luthers vom Zunfthaus aus von der Stadtgarde begleitet und unter deren Peletonfeuer und Geschützsalven zur Hauptkirche geführt.“²⁰

Nach dem Gottesdienst entwickelte sich ein regelrechtes Volksfest: „Mit einbrechender Dunkelheit [...] begann nun unter fortwährend von einer nahen Anhöhe herab donnernden Geschützes-Salve eine Beleuchtung der Stadt, wie sie nach dem Zeugniß Einheimischer und dem einstimmigen Geständniß der vielen durch den Ruf des Festes hierher gelockten Fremden schwerlich eine Provinzialstadt Württembergs je in ihren Mauern gesehen hat [...]. In der Mitte dieses Glanzmeeres aber zog Aller Augen immer wieder von neuem auf sich die Spitze des über das dunkle Dach hoch sich erhebenden Thurmes der Hauptkirche, der [...] von dem untern Kreisumlaufe bis zum Scheitel des auf höchster Spitze stehenden Marienbildes reich und prächtig beleuchtet war [...], weithin die Strahlen sendend und weither die Augen und die Herzen zum Himmel ziehend [...] als treffendes Symbol des Protestantismus, wie er Licht werfend in die Nacht des Irrglaubens und Unglaubens, und über sie sich hoch erhebend aufwärts dringt mit reinem Sinn zum Unsichtbaren. Und in der Ferne ringsum die Stadt her loderten gleich Dank- und Festaltären drei gewaltige Feuer auf den Bergspitzen der Alten Burg, des St. Georgenbergs und der mit königlicher Huld eingeräumten Achalm.“²¹

Sonntag, 27. Juni

„Als [...] des heitern Morgens Frühe erschienen war, so ertönte wieder vom Thurm herunter Glockenklang und ein Choral mit Posaunen geblasen, zum

¹⁹ Ebd., S. 87.

²⁰ Ebd. S. 89 f. Die Bames-Chronik erwähnt bei der Beschreibung des Jubiläumsjahres als weiteres Detail, dass die ledigen Weingärtner und Gerber am Rebenmännleinstag 1830 (25. Mai) ein Brustbild Matthäus Albers für die Kirche gestiftet hätten. Das „Rebenmännle“ war der Patron der Reutlinger Weingärtner. (Vgl. C. Bames, wie Anm. 10, S. 46 f.) Wiedergabe des Bildnisses von Matthäus Alber: Eva Bissinger; Martina Schröder; Werner Ströbele: Der „Luther Schwabens“ Matthäus Alber. Begleitband zur Ausstellung des Heimatmuseums Reutlingen, Reutlingen 2017, S. 68.

²¹ C. Gratianus (wie Anm. 14), S. 91 f.

Zeichen, dass das Hauptfest erschienen sei, an welchem nun vorzugsweise eine kirchliche und religiöse Feier statt finden sollte.“²² Sie stand allerdings im Schatten des Vortages.

Reutlingen hat das Jubiläum von 1830 mit eigenwilligen, lokalpatriotisch motivierten Abweichungen vom Synodalerlass gefeiert. Ins Auge springt das Bedürfnis, den religiösen Kern mit „äußerem Glanz“ und profaner Festlichkeit zu umgeben. Dies vor allem durch die Allgegenwart der Bürgergarde und ihres paramilitärischen Auftretens. Ein weiteres Element weltlicher Festfreude war die effektvolle nächtliche Beleuchtung der gesamten Stadt. Nach Gratianus verbanden sich „Begeisterung für die Sache evangelischer Glaubensfreiheit“, „Liebe zum Ruhme der Vaterstadt“ und „innerliche Erhebung des Gemüths“ zu einer wahren „Jubellust“.²³

Feiern zu den 400. Geburtstagen Martin Luthers (1883) und Matthäus Albers (1895)

Die beiden letzten Reformationsfeste des 19. Jahrhunderts waren dem Gedenken an Martin Luther und Matthäus Alber gewidmet. Einem allgemeinen Trend der Historiografie folgend, gerieten die Geburtstage von Luther und anderer Reformatoren „in den Sog des Jubiläums- und des bürgerlichen Personenkultes“.²⁴

Das Lutherjubiläum von 1883 „400-jähriges Geburtstagsfest des großen Glaubenshelden“

Bereits im Juni 1883 veröffentlichte das Amtsblatt des Stuttgarter Konsistoriums ein Synodalschreiben an die evangelischen Pfarrämter, „betreffend die vierhundertjährige Gedächtnisfeier des Geburtstags Dr. Martin Luther’s.“ In Württemberg sollte die liturgisch festlich gestaltete Hauptfeier am Sonntag, den 11. November stattfinden. Am Geburtstag selbst (Samstag, den 10. November) war ein Abendgottesdienst vorgesehen, während am Vormittag in den evangelischen Volksschulen eine Gedächtnisfeier zu Ehren Luthers nahegelegt wurde. Darüber hinaus seien „belehrende oder erbauliche Vorträge zur Vorbereitung oder Nachbereitung des Gedenktags [...] von Nutzen“.²⁵

Im Vergleich zu diesem trockenen Kanzleistil herrschten an der Reutlinger Basis andere Töne und eigenwillige Kommentare. Egmont Fehleisen beginnt seinen Chronik-Eintrag zum 10. November 1883 folgendermaßen: „Unsere Stadt, welche in jener Zeit des großen Kampfes um Glaubensfreiheit eine her-

²² Ebd., S. 93.

²³ Ebd., S. 86.

²⁴ W. Flügel (wie Anm. 5), S. 33.

²⁵ Amtsblatt des württembergischen evangelischen Konsistoriums vom 9. 6. 1883.



Gedenkmedaille zu Luthers 400. Geburtstag im Jahr 1883. Die Prägung von Erinnerungsmedaillen war eine althergebrachte Tradition aller Reformationsjubiläen.

vorrangende, eingreifende Stellung²⁶ einnahm, hat auch die 400-jährige Feier des Geburtsfestes des großen Glaubenshelden, unseres Dr. Martin Luther, würdig gefeiert.“²⁷ Und die Schwarzwälder Kreiszeitung vom 3. November 1883 stellt in ihrem Hauptartikel die Frage: „Soll er [sc. der 400. Geburtstag Luthers] auch in Reutlingen gefeiert werden?“ Da „[es] seine evang. Kirche nächst Gott vornehmlich seinem edlen Alber [...] und wackere[n] Bürgermeister, Josua Weiß [verdankt] [...], wird eine echte Lutherfeier unserer Stadt zugleich auch ein ehrender Gedächtnisstag Albers und seines Freundes Josua Weiß [sein]. [...] Luther und Alber, wir dürfen sie wohl neben einander stellen. Hat man doch Reutlingens Reformator nicht ohne Grund, ‚den

andern Luther‘, den ‚Luther Schwabens‘ genannt.“

Die Reutlinger Lutherfeier selbst folgte einem bewährten Grundmuster.²⁸ Am Samstag, den 10. November fand vormittags in der Marienkirche ein Gottesdienst für die Reutlinger Schuljugend statt. Bereits „zwischen 8–9 Uhr sah man Schüler in festlicher Kleidung [...] ihren Schullokalen zueilen“, um dort das „Andenken Luthers an seinem 400-jährigen Geburtstag“ zu feiern. „Um 10 Uhr ertönten alle Glocken auf dem Hauptthurm und sämtliche Schüler [...] zogen in geordnetem Zug [...] zur Kirche. Das Gotteshaus füllte sich [...] mit den 1700–1800 Kindern.“ Aus städtischen Mitteln erhielt nach dem Gottesdienst „jedes Kind eine Medaille, womit sie sich decorirten.“²⁹

Um 6 Uhr abends fand in der Marienkirche ein liturgischer Gottesdienst statt. „Beim Austritt aus der Kirche wurde die Gemeinde überrascht durch bengalische Beleuchtung des alten [...], von allen Fremden bewunderten Got-

²⁶ D. h. Reutlingen hat die Reformation nicht nur vor Ort durchgeführt, sondern auch auf Reichsebene „eingegriffen“, sie z. B. durch die Protestation auf dem Speyrer Reichstag 1529, die Unterzeichnung der Confessio Augustana 1530 und den frühen Beitritt zum Schmalkaldischen Bund 1531 mitgestaltet.

²⁷ E. Fehleisen (wie Anm. 10), S. 196 f.

²⁸ Vgl. das im Amtsblatt für Reutlingen vom 10. 11. 1883 veröffentlichte Programm.

²⁹ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 11. 11. 1883.

teshauses mit seinem Thurme. Wunderbar erglänzten die äußeren Formen [...] bald im brennenden Roth, bald im blasserem Grün.“³⁰

Am Sonntag, den 11. November, „morgens 7 Uhr ertönten alle Glocken von den evang. Kirchen, der Hauptthurm war beflaggt und wurden [...] vom Thurme aus Choräle [...] geblasen. Auch die Häuser wurden beflaggt und um 9 Uhr war [...] die ganze Stadt reich mit Fahnen geschmückt.“³¹ Die Vereine, Genossenschaften, ehemaligen Zünfte und Bürger sammelten sich auf dem Marktplatz mit ihren Fahnen, um sich zum Festzug in die Kirche [...] aufzustellen. Seit Jahrzehnten sahen wir in unserer Stadt keinen solchen imposanten Festzug³², an welchen sich mindestens 1500 Männer beteiligten. [...] Beinahe ½ Stunde dauerte der Zug [...] in die Kirche [...]. Um den Altar stellten sich die Fahnenräger mit ihren Fahnen auf, die im Chor einen bunten, ehrenvollen und reichen Kranz bildeten.“ Im Gottesdienst hielt Dekan Kalchreuter eine „mit Kraft und Feuer vorgetragene“ Festpredigt.³³ Den Abschluss der offiziellen Feierlichkeiten bildete am Sonntagabend eine Lutherfeier im Vereinshaus, „bestehend in Aufführung von Posaunenchor, Gesängen und [...] Deklamationen“ über den Thesenanschlag, Luther in Worms, Luther und Melanchthon usw.³⁴

Weitere Veranstaltungen ergänzten das offizielle Festprogramm., wie z. B. sechs Vorträge der Pfarrer zu Luthers Leben und eine eindrucksvolle „Vorfeier“, die der Männerverein am 9. November vor 500 Besuchern im Gasthof zum Löwen abhielt.³⁵

Die beiden Jubiläen von 1830 und 1883 bestätigen Johannes Burkhardts These von der „Verbürgerlichung der reformatorischen Festkultur“ im 19. Jahrhundert.³⁶ Die feierlichen Prozessionen geistlicher und politischer Würdenträger in die Kirche nahmen den Charakter von öffentlichen Umzügen und Stadtfesten an. Der Festzug von 1883 wurde von der organisierten Handwerkerschaft, bürgerlichen Vereinen sowie den politischen und kirchlichen Vertretern der Stadt getragen. Der Festraum dehnte sich zunehmend

³⁰ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 13. 11. 1883.

³¹ Im Amtsblatt für Reutlingen vom 10. 11. 1883 hatten Gemeinderat und Oberbürgermeister Benz die Einwohnerschaft ersucht, ihre Teilnahme an der Feier durch zahlreiche Beflaggung ihrer Häuser kund zu tun.

³² Nach dem Amtsblatt (wie Anm. 28) hatte der Festzug folgende Aufstellung: 1.) Musik 2.) 12 Genossenschaften und frühere Zünfte mit ihren alten ehrwürdigen Fahnen 3.) Staatsbeamte, Geistliche, bürgerliche Collegen, Lehrer, städtische und stiftische Beamte 4.) 21 Vereine mit ihren Fahnen.

³³ Alle Zitate: Schwarzwälder Kreiszeitung vom 13. 11. 1883.

³⁴ Amtsblatt für Reutlingen vom 10. 11. 1883.

³⁵ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 11. 11. 1883.

³⁶ Vgl. hierzu Johannes Burkhardt: Verbürgerlichung der reformatorischen Festkultur, in: Dieter Düding; Peter Friedmann; Paul Münch (Hrsg.): Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg, Hamburg 1988, S. 212–236.

vom ‚Kernbereich‘, den Kirchen, auf den gesamten städtischen Raum aus.³⁷ Trotz ihrer kirchlich-religiösen Wurzel dienten die Reformationsjubiläen der aufstrebenden Stadt als willkommener Anlass, sich selbst zu feiern. Schließlich zeigte sich in den Medien noch ein weiterer, zukunftsweisender Aspekt. Bei einer zunehmend konsumkräftigen und bildungsbewussten Bürgerschaft ließ sich das Prestige Luthers offenbar profitabel vermarkten.³⁸ So preist z. B. mit dem Slogan „Zur Lutherfeier!“ die „Fahnenfabrik von Bonn am Rhein“ „was-serächte Fahnen mit lebensgroßer Lutherfigur“, „Luthers Familien-Wappen auf Carton gemalt“, „Vereins- und Schulfahnen“, „Lampions und Fackeln“, „Luthermedaillen à 45 Pfg.“ an.³⁹ Und im „Amtsblatt für Reutlingen“ erscheinen Annoncen für „Lutherbecher“ (versilbert zu 4,50 Mark und mit Ziergold zu 8,25 Mark) als „Erinnerungs-Gabe zu den bevorstehenden Lutherfesttagen, wie zu Geburtstags-, Pathen-, Weihnachts-Geschenken geeignet.“ Schließlich empfiehlt die Lithographische Anstalt Johs. Hohloch „Als Erinnerung zum Luther-Jubiläum [...] Lutherbilder, Luther-Album, sowie Foliobilder aus Luther's Leben“. ⁴⁰ Diese Werbung zeigt eine beginnende Kommerzialisierung der Lutherjubiläen an.

Das Alberjubiläum von 1895 – Feiern ohne Erinnerungsort?

Nur 12 Jahre später feierte Reutlingen am 8. und 9. Dezember 1895 den 400. Geburtstag seines Reformators Matthäus Alber. Im Vergleich zu 1830 und 1883 fiel dieses Jubiläum schlichter und ganz ohne stadtpflichtliche Festauftritte aus. Dies war auch eine Folge davon, dass die Marienkirche zwischen 1893 und 1901 unter Heinrich Dolmetsch einer neugotischen Restaurierung unterzogen wurde und deshalb ab 1894 für den Gottesdienst geschlossen war.⁴¹ Zum Auftakt der Feierlichkeiten erschien am 4. Dezember 1895 in der Presse ein Beitrag über Leben und Werk Albers: „Heute kehrt zum vierhundertstenmale der Tag wieder, an welchem der Mann das Licht der Welt erblickte, der dazu bestimmt war, der Lehre Martin Luthers in der [...] Heiligen

³⁷ Vgl. W. Flügel (wie Anm. 5), S. 37.

³⁸ Die zahlreiche Beamtenschaft der kommunalen und staatlichen Behörden (z. B. des Oberamts und der Regierung des Schwarzwaldkreises) sowie der Bildungseinrichtungen (z. B. Schulen, Technikum und Frauenarbeitsschule sowie das Pomologische Institut), aber auch eine wachsende Unternehmerschicht ließen in Reutlingen ein kulturell aufgeschlossenes Bildungs- und Besitzbürgertum entstehen.

³⁹ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 30. u. 31. 10. 1883.

⁴⁰ Amtsblatt für Reutlingen vom 6. u. 7. 11. 1883.

⁴¹ Die ebenfalls von Heinrich Dolmetsch als Ausweich- bzw. „Hilfskirche“ erbaute Leonhardskirche wurde am 29. April 1894 eingeweiht. Vgl. hierzu Jörg Heinrich: Die Restaurierung und Neuausstattung der Reutlinger Marienkirche unter Heinrich Dolmetsch (1827–1914), in: RGB NF 40 (2001), S. 9–123, hier: S. 23, und Ellen Pietrus: Die Kirchenbauten von Heinrich Dolmetsch. Ein Architekt in Württemberg, in: RGB NF 40 (2001), S. 125–228, hier: S. 139–143.

Römischen Reichs-Stadt Reutlingen Eingang zu verschaffen.“⁴² Aus diesem Anlass sah der Reutlinger Kirchengemeinderat für Sonntag, den 8. Dezember, einen „Gedächtnis-Gottesdienst“ in den evangelischen Kirchen⁴³ und am Folgetag einen „Evangelischen Familienabend“ in der Bundeshalle⁴⁴ vor. Damit war bereits das gesamte Jubiläumsprogramm umrissen. Allerdings musste der Reutlinger Dekan, Albert Herzog, noch die obrigkeitliche Genehmigung für die Gedenkfeier selbst und die Verwendung des „gewöhnlichen Vormittags-Gottesdienstes“ für eine Alber-Festfeier einholen. Am 19. November 1895 traf der Bescheid ein, „daß das Ev. Kons.(istorium) gegen diese Feier nichts zu erinnern hat u. ihr einen für die Gemeinde segensreichen Verlauf wünscht.“⁴⁵

Zum Gedächtnisgottesdienst lud Dekan Herzog mit einer kurzen Annonce im Amtsblatt⁴⁶ ein: „Aus Anlaß des 400 jährigen Geburtstages des Reutlinger Reformators Matthäus Alber findet am nächsten Sonntag, den 8. d. M, in den hiesigen ev. Kirchen ein Gedächtnis-Gottesdienst statt. Zu demselben werden die Glieder der evang. Gemeinde freundlichst eingeladen. Für die Mitglieder der bürgerlichen Kollegien, die evang. Staats- u. Gemeindebeamten⁴⁷ und die Lehrer sämtlicher hiesiger Lehranstalten, – welche hiemit noch besonders ein-



Programms des Jubiläums von 1895 aus Anlaß des 400. Geburtstags Matthäus Albers. Neben Luther galt das Reformationsgedenken der Stadt schon immer auch dem Reformator Reutlingens. Die Feier von 1895 war stark von der 1893 begonnenen Restaurierung der Marienkirche beeinträchtigt. Denn gerade für Alber war die Marienkirche die „durch die reformatorischen Erinnerungen geweihte Stätte der Stadt.“

⁴² Schwarzwälder Kreiszeitung vom 4. 12. 1895.

⁴³ Amtsblatt für Reutlingen vom 7. 12. 1895, 2. Blatt.

⁴⁴ Amtsblatt für Reutlingen vom 8. 12. 1895.

⁴⁵ LKA Stuttgart, A 29 Nr. 3752/11: Schreiben des K(öniglichen) Ev(angelischen) Dekanats Reutlingen an das K. Ev. Konsistorium vom 18. 11. 1895 und die Antwort des Konsistoriums an das Dekanat vom 19. 11. 1895.

⁴⁶ S. Anm. 43.

⁴⁷ Zu den Staatsbeamten s. Anm. 38.

geladen werden –, sind in der Leonhardskirche die Plätze im Chor freigehalten.“ Ein Gedächtnisgottesdienst ohne Festzug, der sich offensichtlich auf ein protokollarisches Minimum beschränkte. Im Gegensatz hierzu war der „Evangelische Familienabend“ am Folgetag eine „erhebende Gedenkfeier“. ⁴⁸ Das gedruckte Festprogramm, ⁴⁹ Fehleisens Stadtchronik und die Lokalpresse vermitteln einen lebendigen Eindruck dieser Feier: „Der Saal war festlich dekoriert, zu beiden Seiten der Bühne waren [...] Büsten der beiden großen Söhne unserer Stadt aus der Zeit der Reformation, Jodokus Weiß und Matthäus Alber, aufgestellt. Nach der Begrüßung durch Dekan Herzog hielt Stadtpfarrer Ströhle eine Festrede über das Leben und Wirken Albers mit Parallelen zur Biografie Luthers. Prälat Viktor von Sandberger beglückwünschte Reutlingen zum „Besitz der beiden großen Bürger der Reichsstadt [...]. Das Gedächtnis an solche Männer wirkt noch nach Jahrhunderten wohlthätig und segenbringend auf die jungen Geschlechter.“ Oberbürgermeister Julius von Benz verglich die „Reutlinger Reichsstadt aus jener Zeit, der Handwerker- und Weingärtnerstadt und die Industriestadt von heute.“ Der Geist jener großen Männer von vor 400 Jahren lebe noch unter uns fort. „Die Reformation habe zwei große Parteien geschaffen, die sich jetzt in unserem einigen deutschen Reiche feindlich gegenüberstehen. Er hoffe aber, daß es gelingen werde, einst alle christlichen Brüder unter eine Kirche zu vereinen.“ Schließlich führte Professor Julius Hartmann, der eine bis heute maßgebliche Alber-Vita verfasst hat, aus, „wie Jos Weiß und Matthäus Alber echte Söhne Reutlingens seien. Beide waren durch den den Reutlingern eigenen Zug der Bescheidenheit in hohem Maße ausgezeichnet und sind bis zu ihrem Ende stets einfach und frei von Stolz geblieben. Sie haben, indem sie die römische Herrschaft brechen halfen, mitgewirkt an der Gründung unseres neuen deutschen Reiches, des Kaisertums deutscher Nation.“ Zwischen den einzelnen Reden wurden musikalische Beiträge geboten, wie gemeinsames Choral-singen, Auftritte des Kirchenchors, des Weingärtner-Liederkranzes, des Singchors des Ev. Männervereins und des Posaunenchores des Ev. Jünglingsvereins. ⁵⁰

Auch dieses Reformationsgedenken wollte mehr, als nur an die eigene große Vergangenheit erinnern. Fast alle Beiträge sprachen Folgen der Reformation für die Gegenwart an. Oberbürgermeister Benz spielte mit „den beiden feindlichen Parteien in unserm einigen deutschen Reiche“ auf den sog. Kulturkampf (1871–1887) im deutschen Kaiserreich an und bedauerte dadurch eine

⁴⁸ Vgl. für das Folgende den Bericht der Schwarzwälder Kreiszeitung vom 10. 12. 1895.

⁴⁹ LKA Stuttgart, Dekanatsarchiv Reutlingen Nr. 1073.

⁵⁰ Vom Ev. Jünglingsverein liegt ein gedrucktes Programm einer eigenen Alberfeier für den 13. Dezember 1895 vor. Von dieser Veranstaltung findet sich jedoch in der Presse keine Spur. Stattdessen tauchen einzelne Programmpunkte in der Feier vom 9. Dezember auf, was darauf schließen lässt, dass man beide Feiern zu einer Hauptfeier zusammengelegt hat. Nachweis wie Anm. 49.

negative Folge der Reformation.⁵¹ Hier hatte sich offensichtlich ein Konflikt zwischen dem noch jungen Reichspatriotismus und der überkommenen konfessionellen Identität entwickelt. Die Auseinandersetzungen Albers mit der Papstkirche erschienen als ein Reutlinger Beitrag des Kampfes gegen römische Fremdherrschaft und machten damit Alber im Einklang mit einer nationalen Lutherrezeption⁵² kurzerhand zum Wegbereiter des „neuen deutschen Reiches“ von 1870/71. Auf lokaler Ebene galt Alber als mutiger und konsequenter Vorkämpfer für ein evangelisches Reutlingen. Darüber hinaus wurden er und Jos Weiß als „echte Söhne Reutlingens“ und als Vorbilder für spätere Generationen stilisiert. Als „Kind[er] des Volkes“, einfach und bescheiden, aber hartnäckig im Verfolgen ihrer Ziele. So spannt Benz mühelos den Bogen von der kämpferischen „Handwerker- und Weingärtnerstadt“ des 16. Jahrhunderts „zur Industriestadt von heute“. Denn „der Geist jener großen Männer [...] leb[t] noch unter uns fort.“ Insofern versteht sich auch diese Alberfeier als ein Beitrag zur Identität Reutlingens. Selbst im engeren städtischen Kreis war die Gegenwartsbedeutung der Reformation unbestritten.

Das Reutlinger Reformationsjubiläum von 1917

Da im Jahr 1917 die vierte große Säkularfeier der Reformation bevorstand, begann die Vertretung der evangelischen Landeskirchen im Kaiserreich, der „Deutsche Evangelische Kirchenausschuss (DEKA),⁵³ bereits seit 1912 mit den Vorbereitungen dieses traditionsreichen Jubiläums. Geplant war „eine protestantische Weltfeier 1917, zu der Protestanten aus USA, Kanada, Australien und den europäischen Nationen in Deutschland zusammenkommen sollten.“⁵⁴ Das im Juni 1914 konkretisierte Projekt eines völkerverbindenden Lutherjubiläums scheiterte jedoch am Ausbruch des Ersten Weltkrieges und fiel stattdessen in eine durch den Krieg angeheizte Atmosphäre des Völkerrasses.

⁵¹ Zum Konflikt Bismarcks mit der katholischen Kirche und seinen innenpolitischen Folgen siehe z. B. Wolfgang Schmierer: Art. Kulturkampf, in: Lexikon der deutschen Geschichte, hrsg. von Gerhard Taddey, Stuttgart³1998, S. 715.

⁵² So weist Hartmut Lehmann darauf hin, dass man Luther vor allem seit seinem 400. Geburtstagjubiläum 1883 „als den eigentlichen Gründungsvater des Deutschen Kaiserreiches von 1870/71 feierte.“ Hartmut Lehmann: Luthergedächtnis 1817 bis 2017, Göttingen 2012, S. 10.

⁵³ Nach der Vorgängerinstitution, der sog. Eisenacher Konferenz, wurde 1903 der „Deutsche Evangelische Kirchenausschuss (DEKA)“ als ständiges Koordinierungsorgan der Landeskirchen des Kaiserreichs gegründet, vgl. Lexikon der Kirchengeschichte, hrsg. Bruno Steimer, Freiburg 2001, Sp. 435–436. Vgl. auch Anm. 56.

⁵⁴ W. Flügel (wie Anm. 5), S. 34, und Gottfried Maron: Luther 1917, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 93 (1982), S. 177, 221, hier: S. 177.



Offizielle Broschüre über „Die Vierjahrhundertfeier der Reformation zu Reutlingen“ im Jahr 1917. Die fast 50 Druckseiten umfassende Broschüre wurde vom Künstler Fritz Hummel anschaulich illustriert. Das Motto „Glaube und Mut bleibe Reutlingens Zier“ ist einer Gedenkmedaille des Jahres 1817 entnommen und soll zeigen „wie man auch damals mit der Jubelfeier der Reformation die Erinnerung an die eigene reformationsgeschichtliche Vergangenheit verbunden hat“.

Noch unter dem landesherrlichen Kirchenregiment stehend, hatte man in Reutlingen zunächst die Vorgaben des Ev. Konsistoriums zu beachten.⁵⁵ Zusätzlich wandte sich der erwähnte DEKA direkt an die Gemeinden.⁵⁶ Gut dokumentiert ist die Reutlinger Reformationsfeier von 1917 in einer Broschüre des Dekanats Reutlingen,⁵⁷ einem mit ihr weitgehend übereinstimmenden Bericht an das Konsistorium vom 15. Juli 1918⁵⁸ und in der lokalen Presse. Alle Ebenen der kirchlichen Hierarchie trieb die Frage um, ob bzw. wie man angesichts des tobenden Weltkriegs ein Reformationsjubiläum feiern könne. Denn der Krieg war längst vom Bewegungs- zum menschenverschlingenden Stellungskrieg erstarrt. Mit den täglichen Gefallenmeldungen, der Mangelwirtschaft und den Warteschlangen vor Lebensmittelgeschäften war der Krieg in der Heimat angekommen. So stellte der am 30. September 1917 auch in Reutlingen verlesene Brief des DEKA fest: „Wir stehen im vierten Jahr des furchtbarsten Weltkrieges, den die Geschichte kennt, den [ein] unerhörter Überfall in unser friedliches Land hineingeworfen hat.“ Deshalb habe man eine in Wittenberg und Eisenach geplante „allgemeine deutsche Feier“ des Reformationsjubi-

⁵⁵ Vgl. den Konsistorialerlass vom 17.7.1917, „betr. die Gottesdienste zur vierten Jahrhundertfeier der Reformation und die Opfersammlungen“, in: Amtsblatt des württembergischen Evangelischen Konsistoriums und des Synodus 18 (1917) Nr. 14.

⁵⁶ „Konsistorialerlaß, betr. Verlesung einer Ansprache des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses“ vom 19.9.1917, ebd., Nr. 19.

⁵⁷ 1517–1917. Die Vierjahrhundertfeier der Reformation in Reutlingen im vierten Jahr des großen Krieges. Reutlingen o. J., [1917], hrsg. von Dekan Gotthilf Herzog.

⁵⁸ Die Vierjahrhundertfeier der Reformation in Reutlingen (wie Anm. 57).

läums abgesagt.⁵⁹ Es solle jedoch „um so mehr [...] das Gedächtnis der Reformation in jeder Landeskirche, in jeder Gemeinde, in jedem evangelischen Haus gefeiert werden.“ Entsprechend ordnete der Konsistorialerlass vom 17. Juli 1917 „mit Genehmigung Seiner Majestät des Königs“ folgende Organisation der Jubiläumsfeier an: Am Mittwoch, den 31. Oktober 1917, soll abends ein „liturgischer Gottesdienst“ und am Sonntag, den 4. November, vormittags der Hauptfestgottesdienst und nachmittags oder abends ein Predigtgottesdienst stattfinden. Die Gottesdienste sollen eine „reichere liturgische Ausgestaltung“ erhalten und „auf die Jubelfeier Bezug“ nehmen.⁶⁰

Der Reutlinger Kirchengemeinderat und die Pfarrer konnten sich mit dieser aus „Rücksicht auf die Zeitverhältnisse schlichte[n] und stille[n] Feier“ nicht anfreunden. „Für die alte Reformationsstadt Reutlingen [sei] eine etwas reicher ausgestattete Feier trotz des Krieges geboten.“⁶¹ Zunächst machten zahlreiche Presseartikel und Vorträge die städtische Öffentlichkeit mit der allgemeinen und lokalen Reformationsgeschichte bekannt.⁶² Vor allem aber „sollte die Hauptfeier der Gemeinde einem weiteren Rahmen eingefügt werden. [...] Insbesondere an der durch die reformatorischen Erinnerungen geweihtesten Stätte der Stadt, in der Marienkirche, hatte die Feier eine



Medaille zur vierten Säkularfeier der Reformation im Jahr 1917 von Walter Otto Klein. Das Bild mit der Umschrift des evangelischen Bekenntnisliedes „Ein feste Burg ist unser Gott“ weckt spontan Assoziationen an ein betoniertes Fort aus dem Ersten Weltkrieg und spiegelt so die Zeitumstände dieses Reformationsjubiläums wider.

⁵⁹ Vgl. den Konsistorialerlass vom 19. 9. 1917 (wie Anm. 56): „Nur die große Not der Zeit und die in ihr liegenden zwingenden Gründe äußerer Art haben ihn [den DEKA] bestimmen können, auf eine solche Feier zu verzichten.“

⁶⁰ Siehe Anm. 55.

⁶¹ Die Vierjahrhundertfeier der Reformation in Reutlingen (wie Anm. 57), S. 8.

⁶² Vgl. im Einzelnen: Ebd., S. 8 f. Genannt werden u. a. das Evangelische Gemeindeblatt für Reutlingen 1917 und 1918 und die Evangelischen Männerabende. Vgl. auch: Die Vierjahrhundertfeier der Reformation in Reutlingen (wie Anm. 57), S. 4: „Gegen 5000 Schriften wurden an Lehrer und Schüler verteilt und trugen die Freude an Luther und das Verständnis für sein Werk in die Häuser und Familien.“

des Festes würdige reichere Gestalt bekommen.⁶³ Schließlich ergab sich folgende Festordnung:⁶⁴

I Rüstsonntage

Drei Rüstsonntage am 14., 21. und 28. Oktober mit Predigten zu Luthers Theologie und mit abendlichen Vorträgen zu Luthers Biografie.

II Die Hauptfeier

Mittwoch, 31. Oktober: Jugendgottesdienst

½ 10 Uhr: Kirchliche Jugendfeier in der Marien-, Leonhards- und Katharinenkirche

11 Uhr: Festzug vom Marktplatz zur „Rennwiese“ zur Pflanzung der Luther- und Alberlinde

nachmittags 2 Uhr: Eröffnung einer Reformationsausstellung in der Marienkirche⁶⁵

abends 8 Uhr: Liturgische Reformationsandacht in den genannten drei Kirchen⁶⁶

Sonntag, 4. November: Festsonntag mit allgemeiner Reformationsfestfeier

8 Uhr: Geläute und Choralblasen vom Marienkirchenturm

9 Uhr: Vor dem Rathaus Aufstellung des Festzuges zur Marienkirche

½ 10 Uhr: Festpredigt von Dekan Herzog in der Marienkirche mit gleichzeitigen Festpredigten in der Leonhards-, Katharinen- und Nikolaikirche

11–12 Uhr: Orgelkonzert mit Luther- und Bachchorälen

Außerdem noch um 5 Uhr eine Abendpredigt über Luthers Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ und abends 8 Uhr ein Vortrag über „Luther und sein Haus“

⁶³ So rückblickend Dekan Herzog in: Die Vierjahrhundertfeier der Reformation in Reutlingen (wie Anm. 57), S. 9.

⁶⁴ Ebd., S. 10 f. Vgl. auch die Annonce im Reutlinger General-Anzeiger vom 30. 11. 1917.

⁶⁵ Ebd., S. 36–42. Gezeigt wurde u. a. eine große „Zahl von Schau- und Denkmünzen von Reformationsjubiläen aus dem Besitz des verstorbenen Kaufmanns Eugen Eisenlohr, des besten Kenners der hiesigen Kunst- und Altertumsdenkmale.“ Eisenlohr war von 1913 bis 1916 der vierte Vorsitzende des „Vereins für Kunst und Altertum in Reutlingen“, dem Vorgänger des heutigen Reutlinger Geschichtsvereins. Vgl. auch Reutlinger General-Anzeiger vom 31. 10. 1917. Zu Eisenlohr vgl. Heinrich Betz u. a.: Persönlichkeiten aus einem Jahrhundert Vereinsgeschichte, in: RGB NF 29 (1990), S. 45–74, hier: S. 48 ff.

⁶⁶ Das gedruckte Programm der Gottesdienste vom 31. 10. 1917 in: LKA Stuttgart, Dekanatsarchiv Reutlingen Nr. 1073.

III Der Ausklang

Sonntag, 11. November: Vormittagspredigt und Abendvortrag über Bilder aus der Reutlinger Reformation.

Nach der Feier: Verteilung der Gedächtnisschriften.

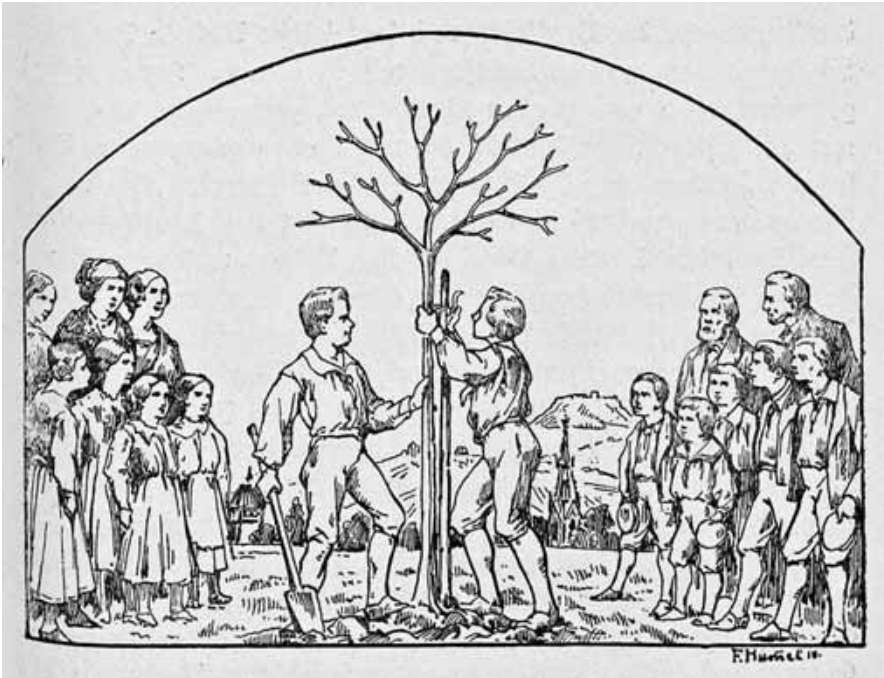
Trotz dieses beeindruckenden Festprogramms stellte der Reutlinger General-Anzeiger am 31. Oktober 1917 fest: „Die Reformation ist eine deutsche Tat. [...] Und doch haben wir jetzt im vierten Kriegsjahr wenig Neigung, Feste feiernd uns den stolzen Gefühlen hinzugeben, die geschichtliche Erinnerungen wohl in uns wecken dürften.“ In der Tat lag eine gedrückte Feststimmung über dem Jubiläum. Zunächst bekunden die zahlreichen Gottesdienste und sonstigen Beiträge einen großen religiösen Ernst und ein erstaunliches historisches Interesse für die Reformation. Aber schon die Terminfragen zeigen, wie schwierig es war, die Feststimmung und den Kriegsalltag in Einklang zu bringen. Denn „es war gewagt, einen Werktag zur Gedächtnisfeier der Reformation zu wählen. Nicht bloß der Krieg an der Front draußen, sondern auch der Hilfsdienst daheim rief in diesen entscheidungsvollen Tagen jeden Mann und jede Frau, alt und jung, auf seinen Platz. Bei Tag und Nacht arbeiteten die Fabriken für die Bedürfnisse des Heeres an Rüstung, Kleidung und vor allem an Munition. Es war deshalb der 31. Oktober [ein Mittwoch, d. Verf.] der eigentliche Gedächtnistag, in erster Linie zum Jugendfeiertag bestimmt worden.“⁶⁷ Im Rückblick sei dieser Tag jedoch am herrlichsten gewesen. Um 8 Uhr „läuteten die Glocken der Marienkirche den festlichen Tag [ein]. „In diesen Tagen freute sich die Gemeinde doppelt, daß, während [!] Leonhards-, Katharinen- und Nikolaikirche ihre Glocken dem Dienst des Vaterlandes hatten opfern müssen, das Geläute der Marienkirche um seines Alters [...] willen“ verschont worden war. Man sah „die Trüpplein der festlich gekleideten Schüler [...] durch die Straßen ziehen“, [...] jede Schule für sich, nach der ihr bestimmten Kirche.“⁶⁸ Die Gottesdienste waren mit kurzer Liturgie, Ansprachen, Lutherchorälen und „Deklamationen über den großen Reformator“ jugendgemäß gestaltet.

„Nach der kirchlichen Feier zogen die Schüler mit ihren Schulfahnen durch die reichbeflaggten Straßen [...] dem Marktplatz zu, wo die Geistlichkeit der Stadt im Ornat versammelt war und wo sich auch der Stadtvorstand mit den bürgerlichen Kollegien und den städtischen Beamten einfand.“⁶⁹ „Es war ein ergreifendes Bild, die mehr als 4000 Kinder auf der denkwürdigen Stätte des

⁶⁷ Die Vierjahrhundertfeier der Reformation in Reutlingen (wie Anm. 57), S. 14. Der Konsistorialerlass hatte für den 31. Oktober ja nur einen Abendgottesdienst vorgesehen und für die Jugend die übliche Christenlehre.

⁶⁸ Ebd., S. 15. Die Schülergottesdienste fanden in der Marien-, Leonhards- und Katharinenkirche statt.

⁶⁹ Reutlinger General-Anzeiger vom 1. 11. 1917.



Lindenpflanzung zum Reformationsjubiläum am 31. Oktober 1917. Der Maler Fritz Hummel hält eine erinnerungsreiche, von Stadtpfarrer Rommel und Oberbürgermeister Hepp gestaltete Szene beim Festakt auf der Rennwiese im Volkspark fest. Vor der versammelten städtischen Jugend werden zwei Linden zum Gedanken an Luther und Alber gepflanzt.

Markteides, von den Häusern die flatternden Fahnen und Wimpel, wie nach dem schönsten Sieg. [...] Um 11 Uhr „erklingen die Glocken wieder, die Musik des über die Kriegszeit hier garnisonierten Reserve-Infanterie-Ersatzbataillons Nr. 122 unter Kapellmeister Lemke stimmt an: Ein feste Burg ist unser Gott.“⁷⁰ „Nach dem Gesang [...] setzte sich der Zug – die Bataillonsmusik an der Spitze – durch die festlich geschmückte Katharinenstraße, durch das Tübinger Tor und die Alteburgstraße nach der Rennwiese in Bewegung, wo die Lutherlinde und die Alberlinde gepflanzt werden sollten.“ Der Gemeinderat hatte „den schönsten Platz dafür zur Verfügung gestellt.“⁷¹ Die

⁷⁰ Die Vierjahrhundertfeier der Reformation in Reutlingen (wie Anm. 57), S. 19 f.

⁷¹ Vgl. hierzu den Brief von Oberbürgermeister Hepp an den Kirchengemeinderat vom 13. Oktober 1917. Der Gemeinderat hat auf die Anfrage von Dekan Herzog am 12. Oktober 1917 hin Beschlüsse zur Kooperation bei der Jubiläumsfeier gefasst. Neben der Pflanzung der Luther- und Alberlinde auch eine Unterstützung der Reformationsausstellung in der

ankommende Jugend versammelte sich vor der halbkreisförmigen Rabatte, an deren Ende die beiden Bäume gepflanzt werden sollten. Nach einem Choral „pflanzte der Parkgärtner [...] die beiden Linden, stattliche junge Stämme, die Ökonomierat Lukas aus der Baumschule des Pomologischen Instituts mit liebevoller Sorgfalt ausgesucht hatte, indessen die Kapelle „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre“ [...] spielte.⁷² Die Ansprachen von Stadtpfarrer Rommel und Oberbürgermeister Hepp beendeten die Jugendfeier.

Drei Tage später, am Sonntag, den 4. November 1917, fand die vom Konsistorium angeordnete „Allgemeine Reformationsfestfeier“ mit je einem Vormittags- und Nachmittagsgottesdienst in der Marien-, Leonhards- und Katharinenkirche statt. Hinzu kamen ein Orgelkonzert und ein Vortrag über „Luther und sein Haus“. Auch in diesen Gottesdiensten konnten und wollten die Prediger den Weltkrieg nicht ausklammern, wie z. B. Dekan Herzog: „Je erschütternder das Gericht sei, das in dieser schweren und herben Kriegszeit über diese Welt und ihre hochgepriesene Kultur ergehe und je mehr das deutsche Volk in diesem Riesenkampf um sein Leben auf Gottes gnädigen Beistand angewiesen sei, [...] desto mehr werde unser Blick [...] hingelenkt auf den eigentlichen Quellpunkt der Reformation“, das „religiöse Grunderlebnis Luthers“, das ihn zum „Held der Reformation“ gemacht habe, sodass er „den ihm verordneten Kampf durchgekämpft und siegreich bestanden habe“.⁷³ Ein etwas gequälter Versuch, Luthers theologisches Ringen für Durchhalteparolen im Krieg einzusetzen.

Schließlich kannte der zweite Jubiläumstag noch einen feierlichen Höhepunkt: „Nach 9 Uhr sammelte sich auf und vor dem Rathaus der Festzug zur Kirche: die staatlichen und städtischen Beamten, Major Hölzgen und die Offiziere des Ersatzbataillons vom Res.-Inf.-Regt. Nr. 122, die Mitglieder der militärischen Vereine (Kriegerkameradschaft König Karl und Erster Militärverein) und die Vereinigung der Weingärtner.“ Da viele junge Weingärtner eingezogen waren, hatte man im Juli auf das jährliche Weingärtnerfest verzichten müssen. Es erinnerte mit einem Kirchgang an den Widerstand der Weingärtner gegen das sog. Interim von 1548. „Umso weniger durfte die freilich durch die Heeresinberufung [...] gelichtete Innung beim feierlichen Kirchgang fehlen.“ So nahmen sie als einzige Handwerkervertretung an dem Festzug teil. Im Gottesdienst „fehlten die Männerscharen wie bei früheren Jubelfesten, aber dafür füllten sich die Männerplätze mit den feldgrauen Mannschaften des Ersatzbataillons“.⁷⁴

Marienkirche sowie einer gemeinsamen Einladung und Gestaltung des Festzugs vom Marktplatz in die Marienkirche. Vgl. LKA Stuttgart (wie Anm. 49).

⁷² Die Vierjahrhundertfeier der Reformation in Reutlingen (wie Anm. 57), S. 19–21.

⁷³ Ebd., S. 31 f.

⁷⁴ Ebd., S. 30 f.



Extrablatt des General-Anzeigers vom 1. November 1917 zur Feier des Sieges der Mittelmächte bei den Isonzo-Schlachten. Das von Maler Fritz Hummel mit einem über den Alpen schwebenden Siegesengel verzierte Extrablatt hat Dekan Herzog in die Jubiläumsbrochure eingefügt und in einen religiösen Zusammenhang mit der Reformationsfeier gestellt.

Des sind wir fröhlich.“ Die gleichen Schüler, die zwei Tage zuvor am Reformationsfestzug teilnahmen, zogen mit „Fahnen und unter vaterländischem Gesang [...] zu einer Siegesfeier auf dem Marktplatz.“ Und „höher schlugen die Wogen der Begeisterung, als [...] eine Abteilung unserer Garnison mit klingendem Spiel durch die Hauptstraßen der Stadt zog.“⁷⁷ Reformations-

Gottesdienst und Festzug waren, wie schon der Festakt auf der Rennwiese, sehr stark vom aktiven Militär geprägt, eine natürliche Folge der Kriegssituation. Wie sehr die religiösen Feierlichkeiten von den Kriegereignissen übertönt wurden, zeigt ein in die kirchliche Jubiläumsschrift aufgenommenes „Extrablatt des General-Anzeigers“⁷⁵ vom 1. November 1917, das eine Telegrafensbotschaft des Kaisers über den Sieg der Mittelmächte bei einer der nordostitalienischen Isonzo-Schlachten⁷⁶ verkündete. Der Reutlinger Kunstmaler Fritz Hummel hatte es mit einer Grafik ausgeschmückt, die eine in den Wolken über die Alpen schwebenden Engel zeigt, der eine Siegesposaune bläst und eine sich nach Norden neigende Waage hält. Das Extrablatt überhöht den militärischen Sieg religiös, wie auch der folgende Pressekommentar: „Die Reformationsglocken des 31. Oktober waren kaum verhallt, da sollten sie wieder erklingen, um den herrlichsten Sieg zu verkünden. [...] Als bald darauf die Marienkirchenglocken von neuem ertönten, empfand es jedes Herz: „Der Herr hat Großes an uns getan.

⁷⁵ Ebd., S. 27–29. Dekan Herzog war der Meinung, dass es „die Kaiserliche Botschaft [...] wert ist [...], diesen Erinnerungsblättern eingefügt zu werden“.

⁷⁶ Vgl. Günter Cordes: Art. Isonzo-Schlachten, in: Lexikon der Deutschen Geschichte (wie Anm. 51), S. 601.

⁷⁷ Reutlinger General-Anzeiger vom 2. 11. 1917.

gedenken und patriotische Siegesfeier hatten sich zu einem emotionsgeladenen Amalgam vermischt.

Der herrschende Zeitgeist spricht auch aus den Ansprachen, die nicht in einem unmittelbaren liturgischen Zusammenhang standen, wie z. B. bei der „Jugendfeier“ in der Marienkirche am 31. Oktober, wo der Festredner Prof. Dr. Uebele an die Zeiten von 1517, 1617, 1717 und 1817 erinnerte und „in markigen Sätzen“ zeigte, „welche Anstrengungen das deutsche Volk machte, um aus den Krallen seiner Vergewaltiger, besonders der Franzosen loszukommen. [...] Zu den Helden, die den Befreiungskampf besonders glücklich und erfolgreich geführt haben, gehört ein Gustav Adolf, ein Wallenstein, ein Prinz Eugen, ein Friedrich der Große. Sie werden vom deutschen Volk und seiner Jugend besonders geehrt und geliebt. Obenan aber steht doch Luther, den sein Reformationswerk zum Volkshelden werden ließ.“⁷⁸ Beim Festakt auf der Rennwiese äußerte sich Stadtpfarrer Rommel ähnlich: „Kein Wunder, daß Luther [...] zum Liebling des deutschen Volkes wurde, wie es vor ihm nur Karl der Große war und wie ihn Gott noch einmal in der schweren Gegenwart in der Person Hindenburgs uns geschenkt hat.“ Statt eines Denkmals „aus Stein und Erz“ habe die Evangelische Kirchengemeinde beschlossen, an der „400 jährigen Wiederkehr des Tages, an dem Luther sein großes Befreiungswerk begann [...], zum Gedächtnis der Reformation eine Luther- und Alberlinde zu pflanzen.“ Zum Schluss der Feier sprach Oberbürgermeister Hepp und „übernahm beide Bäume ins Eigentum der Stadt und erklärte sich bereit, auch die Pflichten zu übernehmen, die aus dem Geschenk der Verwaltung erwachsen.“⁷⁹

Die an dieser exponierten Stelle im neuen Volkspark gepflanzten Linden fielen im Lauf der Jahrzehnte in Vergessenheit, wie auch das Fälldatum der Alberlinde. Erst im Rahmen der Reformationsfeier von 2017 wurde der Vorgang wieder aufgearbeitet und am Reformationstag 2017 eine neue Alberlinde gepflanzt.⁸⁰

Das Reformationsjubiläum von 1917 war schließlich auch Anlass zu pathetischer Lyrik in der Presse. Auch die mit Reutlingen eng verbundene Tochter

⁷⁸ Reutlinger General-Anzeiger vom 1. 11. 1917.

⁷⁹ Reutlinger General-Anzeiger vom 2. 11. 1917. Der 1914 begonnene Ausbau des Volksparks erstreckte sich über viele Jahrzehnte. Am südlichen Eingang gegenüber der Memminger Straße liegt der höchste, zentral gelegene Punkt einer symmetrisch geplanten Parkanlage, in der erst in den 1980er Jahren anlässlich der Landesgartenschau die sog. Wasserachse realisiert wurde. Ein Lageplan von 1923 zeigt, dass die Geländetrassierung für die Pflanzung der Luther- und Alberlinde mit der Parterremauer und den beiden von Emil Gminder gestifteten Zentauren bereits im Jahr 1917 vorgenommen wurde. Vgl. hierzu: Andrea Anstädt: Reutlinger Brunnengeschichten, Reutlingen 2004, S. 53 f. Der erwähnte Lageplan in StadtA Rt., Tiefbauamt Nr. 161.

⁸⁰ Vgl. Reutlinger General-Anzeiger vom 2. 11. 2017. Am Fuß der Linde befindet sich eine entsprechende Erinnerungsplakette.

von Hermann Kurz, Isolde Kurz, konnte sich dem patriotischen Sog nicht entziehen und veröffentlichte am 30. Oktober 1917 folgendes Gedicht:⁸¹

„Martin Luther

Von Wittenberg erging ein Licht, / Das floß durch alle Lande. / Von Wittenberg ein Weltgericht / Ob der Verderbnis Schande. / Das tat ein Mann, / Den zwang nicht Acht und Bann, / Er brach des Geistes Bande.

Ihm hat vorm Teufel nicht gegraut, / Er schlug sein Werk in Scherben. / Ein feste Burg hat er gebaut, / Die wird kein Sturm verderben. / Der Freiheit Haus, / Wir bau'n es hoffend aus, / Drin wollen wir leben und sterben.

Noch ward kein einig Vaterland, / Er hat's im Geist gegeben. / Er schlang der Sprache einig Band, / Um alles deutsche Leben. / Das deutsche Wort / Es bleib' uns Heim und Hort, / Darin wir sind und weben.

Wir sind umdräut, wie Luther war, / Von Tücken und Gefahren. / Mög seine Kraft auf immerdar / So uns sich offenbaren. / Sie geb uns Mut / Mit letztem Blut und Gut / Das Reich, das Reich zu wahren.“

Als Fazit der vierten Säkularfeier ergibt sich, dass Reutlingen 1917 trotz der düsteren Stimmung und der materiellen Not des vierten Weltkriegsjahres ein eindrucksvolles Reformationsfest gefeiert hat. Ein Brief des Tübinger Militärpfarrers und Theologieprofessors Otto Scheel vom 6. April 1918 an Dekan Herzog zeigt, dass dies auch auswärts wahrgenommen wurde: „Wir in Tübingen können nicht auf eine so geschlossene und wohl überdachte Feier zurückblicken wie Sie in R[eutlingen]. Die alte Reichsstadt mit ihrer ausgeprägten Individualität hat auch 1917 sich bewährt.“⁸² Diese Außensicht deckt sich mit dem Bewusstsein der Bürger- und Kirchengemeinde, eine „alte Reformationsstadt“⁸³ zu sein, die ihre Identität gerade in schweren Zeiten aus der Glanzepoche der Reichsstadt bezieht. Die Reutlinger Reformationsfeier erleichterte auch die Bewältigung von Gegenwartsproblemen. Wie bei früheren Jubiläen hat das Zusammenwirken von bürgerlicher und kirchlicher Gemeinde ein von

⁸¹ Vgl. „Schwabenspiegel“ vom 30. Oktober 1917 (StadtA Rt., Teilnachlass Isolde Kurz Nr. 33). Bereits 1916 hatte Isolde Kurz unter dem martialischen Titel „Schwert aus der Scheide“ ein Büchlein mit Kriegs-, Heimat- und Vaterlandsgedichten veröffentlicht: Isolde Kurz: Schwert aus der Scheide – Gedichte, Heilbronn 1916, S. 19 f. Vgl. auch Wilhelm Borth: Isolde Kurz (1853–1944). Biographie und Werk einer Dichterin als Spiegel ihrer Zeitgeschichte, in: RGB NF 33 (1994), S. 363–400, hier: S. 380–386.

⁸² LKA Stuttgart, Dekanatsarchiv Reutlingen Nr. 1073. Dekan Herzog hatte Prof. Scheel die Reutlinger Gedenkschrift zugesandt. Dieser hatte am 9. 11. 1917 als „wohlgelungenen Abschluß“ der Reformationsfeier im Kronprinzensaal einen Luthervortrag gehalten, „um sich an der Person des großen Reformators emporzuranken und seinen gewaltigen Geist in seinen Werken auf sich wirken zu lassen“. (Reutlinger General-Anzeiger vom 12. 11. 1917).

⁸³ Der Begriff „die alte Reformationsstadt Reutlingen“ taucht in der Festbroschüre des Dekanats auf: Vgl. Anm. 61.

großer Emotionalität getragenes Gemeinschaftsgefühl verstärkt.⁸⁴ Traditionsgemäß wurden Matthäus Alber und Jos Weiß auch bei diesem speziellen Lutherfest mitgefeiert. Und schließlich bezog man auch 1917 besonders die Jugend besonders stark in die Feierlichkeiten mit ein: Die Beteiligung der Schulen, aufwändige Jugendfeiern in der Marienkirche, in der Stadt und auf der Rennwiese, Umzüge mit Wimpeln, Schulfahnen und Musik, Verteilung von Gedenkmünzen etc. sollten die heranwachsende Generation in die städtische Tradition hineinwachsen lassen. Dass in der Festöffentlichkeit das aktive Militär mit seinen typischen Repräsentationsformen so stark in Erscheinung trat, hat einen zeitgeschichtlichen Hintergrund: Im Februar 1916 war Reutlingen mit dem in der Hermann-Kurz-Schule kasernierten Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 122 Garnisonsstadt geworden. Die Veteranen dieses 1915 aufgestellten Regiments feierten am 10. und 11. Oktober 1925 in Reutlingen das zehnjährige Gründungsfest mit einer Gedenkveranstaltung für die Gefallenen und weihten aus diesem Anlass im Volkspark unweit der Luther- und Alberlinde einen Gedenkstein ein.⁸⁵ Die Inschrift erinnert an das Regiment „Aufgestellt in Deutschlands Not / Juni 1915 / Im Feindesland die Heimat schüzend / starben 34 Offiziere 1335 Mann / furchtlos und treu.“



Gedenkstein für das in Reutlingen seit 1916 stationierte Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 122 im Südosten des Volksparks. Er wurde am 11. Oktober 1925 im Rahmen einer Regimentsgründungs- und Gefallenen-Gedenkfeier eingeweiht. Das noch aktive Regiment hatte sich sehr stark bei der Reformationsfeier von 1917 engagiert. Gefallenen- und Veteranengedenkfeiern prägten die politische Kultur der Weimarer Demokratie sehr stark.

⁸⁴ Vgl. Anm. 71.

⁸⁵ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 12. 10. 1925.

1524–1924 „Jubelfeier der Reutlinger Reformation“ Ein Gedenktag der eigenen Geschichte

Die Revolution von 1918 hatte mit der Abdankung König Wilhelms II. das Ende der Monarchie herbeigeführt. Württemberg war als „demokratischer Volksstaat“ ein Land der Weimarer Republik geworden. Damit fielen in der Kirche die Funktion des Königs als Notbischof und die Rolle des Evangelischen Konsistoriums als obere Staatsbehörde weg. Die Religionsgemeinschaften erhielten einen Selbstverwaltungsstatus und wurden Körperschaften des öffentlichen Rechts. Mit den Kirchengesetzen von 1919 und 1924 vollzog Württemberg als erstes deutsches Land eine Trennung von Kirche und Staat. Leitungsorgane der evangelischen Kirche waren jetzt der Landeskirchentag und der Kirchenpräsident sowie der Oberkirchenrat als oberste Verwaltungsbehörde. Die Kirchenverfassung wurde 1924 durch eine Kirchenbezirksordnung⁸⁶ und Kirchengemeindeordnung ergänzt.⁸⁷ Der Übergang der Evangelischen Landeskirche vom einflussreichen Staatskirchentum zur Körperschaft des öffentlichen Rechts hat auch bei der Reutlinger Pfarrerschaft zwiespältige Reaktionen hervorgerufen: einerseits Ängste vor einer gesellschaftspolitischen Bedeutungslosigkeit vor allem gegenüber der wirksamer organisierten katholischen Kirche, andererseits die Hoffnung auf eine zeitgemäße Erneuerung protestantischer Gläubigkeit auf Gemeindeebene.⁸⁸ Als Oberamtsstadt, als Sitz eines evangelischen Dekanats und einer Prälatur war Reutlingen ein weltliches und kirchliches Behördenzentrum in Württemberg geblieben.⁸⁹

Vor dem Hintergrund dieser verfassungs- und kirchenrechtlichen Umwälzungen feierte Reutlingen nach nur sieben, allerdings ereignisreichen Jahren bereits das nächste Reformationsjubiläum mit dem Titel: „1524–1924: Jubelfeier der Reutlinger Reformation“. Denn „längst stand es fest, daß Reutlingen, das bei der allgemeinen Reformationsjubelfeier im Jahr 1917 mit vollen Klängen mitgetan hatte, das Gedächtnis seiner eigenen Reformation noch besonders zu feiern das Recht und die Pflicht hat.“⁹⁰ Man feierte „ein seltenes Fest,

⁸⁶ Mit den Kirchenbezirken sind die Dekanate und die ihnen übergeordneten Prälaturen gemeint.

⁸⁷ Vgl. hierzu: Karl Weller; Arnold Weller: *Württembergische Geschichte im südwestdeutschen Raum*, Stuttgart und Aalen 1975, S. 292 f. Der erste württembergische Kirchenpräsident war Johannes von Merz (1924–1929). Sein Nachfolger Theophil Wurm (1929–1948) führte ab 1933 den Titel Landesbischof.

⁸⁸ Siehe hierzu den Beitrag von Jonathan Mall im vorliegenden Band.

⁸⁹ Da am 1. April 1924 alle Kreisregierungen in Württemberg aufgehoben wurden, war Reutlingen zum Zeitpunkt des Reformationsjubiläums (13.–15. September 1924) nicht mehr Regierungssitz des Schwarzwaldkreises. Siehe hierzu: *Von der Kreisregierung zum Landratsamt. 100 Jahre Verwaltung in der Reutlinger Oststadt*, hrsg. vom Landkreis Reutlingen, bearb. von Irmtraud Betz-Wischnath, Reutlingen [2005], S. 15 f. und S. 47.

⁹⁰ Reutlinger General-Anzeiger vom 3. 9. 1924.

kein Landesfest, sondern einen Reutlinger Gedenktag.“⁹¹ Damit schloss das Reformationsgedenken von 1924 eine immer wieder empfundene Lücke der örtlichen Erinnerungskultur und holte ein seit Langem empfundenes Versäumnis nach. Mit Ausnahme der Feier von Albers 400. Geburtstag im Jahr 1895⁹² waren alle bisherigen Jubiläen durch Daten der allgemeinen Reformationsgeschichte, d. h. von außen vorgegeben und inhaltlich gelenkt. Reutlingen hat dabei stets versucht, auch den eigenen Beitrag herauszustreichen. 1924 ging die Initiative ausschließlich von Reutlingen aus. Man wollte „heute aufs neue die Augen öffnen für die Tatsache, daß so früh, so bewußt, so würdig keine zweite süddeutsche Stadt die Reformation durchführte: nicht Hall trotz seines Brenz, nicht Ulm mit seinem zögernden Voranschreiten, nicht Heilbronn mit seiner ängstlichen Politik [...], sondern eben Reutlingen. Das wurde auch über Schwabens Grenzen hinaus damals beachtet und verdient wieder bei der rückschauenden Erinnerung die Beachtung des ganzen evangelischen Deutschlands.“⁹³ So kam der Festtitel „1524–1924: Jubelfeier der Reutlinger Reformation“ [Sperrung d. Verf.] zustande.⁹⁴

Um der „Gedenkfeier an die vor 400 Jahren geschehene Reformation unserer Stadt“ eine größere Resonanz zu sichern, hat man als Mitveranstalter den



Programm der Reutlinger Reformationsfeier von 1924. Dieses Jubiläum galt primär dem Gedenken des Markteides von 1524, d. h. einem Schlüsseldatum der Reutlinger und nicht der allgemeinen Reformationsgeschichte. Folgerichtig war nicht die Marienkirche, sondern der Marktplatz die zentrale Feierstätte.

⁹¹ Schwarzwälder Kreiszeitung von 13. 9. 1924.

⁹² Vgl. Anm. 42.

⁹³ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 6. 9. 1924.

⁹⁴ Vgl. das gedruckte Festprogramm: LKA Stuttgart, Dekanatsarchiv Reutlingen Nr. 1073 und die Annonce im Reutlinger General-Anzeiger vom 5. 9. 1924.

„Evangelischen Bund“ gewonnen. Er wurde 1886 in Erfurt als Verband „zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen“ gegründet.⁹⁵ Nach dem Ersten Weltkrieg war er in Landesverbände gegliedert und besaß auch in Reutlingen einen von Stadtpfarrer Otto Stahl⁹⁶ geleiteten Ortsausschuss. Er lud gemeinsam mit dem Gesamtkirchengemeinderat zur „Jubelfeier“ ein. Zudem legte man den Festtermin mit Rücksicht auf die Landesversammlung des Ev. Bundes erst auf September fest, obwohl der Markteid bereits Mitte Mai lag. Der Reutlinger General-Anzeiger meldete dazu: „Eine Reutlinger Reformationjubelfeier wird nun vor allem jenem Tag des Markteides gelten, dem Höhepunkt des ganzen denkwürdigen Jahres. [...] Es ist für unsere Stadt und Gemeinde eine besondere Ehre, an diesem Gedenktage der eigenen Geschichte den Ev. Bund als getreuen Eckart der evangelischen Sache in der Gegenwart als ihren Gast willkommen heißen zu dürfen.“⁹⁷ Im Gegensatz zu 1895 benötigte man für die Feier keine Genehmigung der Landeskirche mehr. Stattdessen lud der Dekan den Kirchenpräsidenten Johannes von Merz und den Prälaten des Reutlinger Kirchensprengels, Jakob Schoell, als Gäste ein.⁹⁸ Damit standen die Organisation, der Termin und der Hauptanlass der Jubelfeier fest. Das Programm erstreckte sich über drei Tage:

Samstag, den 13. September, hielten Dekan Wurm und zwei Stadtpfarrer zur „Vorbereitung und Sammlung für den kommenden Tag“ in der Marienkirche eine stimmungsvolle „liturgische Rüstfeier“.

Sonntag, den 14. September, eröffnete ein Choralblasen vom Marienkirchturm aus die „eigentliche Jubelfeier“ in der „Reformationsstadt Reutlingen“.⁹⁹

Am Vormittag fanden Festgottesdienste in allen evangelischen Kirchen statt. Die Marienkirche war Schauplatz des von Dekan Wurm gestalteten Haupt-

⁹⁵ Vgl. z. B. Brockhaus Enzyklopädie, Wiesbaden ¹⁷1968, Bd. 5, S. 803 f.

⁹⁶ Otto Stahl (1876–1972) war zuvor Pfarrer in Jerusalem und in Izmir (Smyrna). Nach dem Ersten Weltkrieg kam er nach Reutlingen als dritter Stadtpfarrer und war von 1928 bis 1946 Dekan in Göppingen. Vgl. den Beitrag von Jonathan Mall in diesem Band sowie Jakob Eisler (Hrsg.): Otto Stahl. Pfarrer in Nahost und Schwaben. Lebenserinnerungen (Kleine Schriften des Vereins für württembergische Kirchengeschichte, Nr. 11), Stuttgart 2012, hier: S. 170–199.

⁹⁷ Reutlinger General-Anzeiger vom 3. 9. 1924. Der „getreue Eckart“ ist eine Gestalt der deutschen Heldensagen, die aufopferungsvoll und treu für eine gute Sache kämpft.

⁹⁸ Es liegen zwei Schreiben des Kirchenpräsidenten an den Reutlinger Dekan Theophil Wurm vor. Am 8. 9. 1924 nahm er die Einladung Wurms an und am 17. 9. 1924 bedankte er sich „für die schöne und so würdig verlaufene Feier“ (LKA Stuttgart, Dekanatsarchiv Reutlingen Nr. 1073).

⁹⁹ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 15. 9. 1924.



Jubiläum der Reutlinger Reformation von 1924. Nach dem Gottesdienst am 14. September ging der Festzug von der Marienkirche zur zentralen Feier auf dem Marktplatz. Im Talar die beiden Ehrengäste Kirchenpräsident Johannes von Merz und Prälat Jakob Schoell. Dahinter die Honoratioren der bürgerlichen und kirchlichen Gemeinde.

festgottesdienstes. „Dort haben sich außer dem Kirchenpräsidenten Dr. Merz, Oberamtmann Kommerell, Oberbürgermeister Hepp, zahlreiche Vertreter des Gemeinderats und viele Festgäste aus Stadt und Land eingefunden.“ Der Kirchenpräsident sprach im Namen der Landeskirche ein Grußwort, in dem er u. a. hervorhob, dass Reutlingen „als erstes staatliches Gemeinwesen im Schwabenlande den Anschluss an die Reformation gefunden hat. [...] Es hat in den Standbildern von Jos Weiß und Matthäus Alber neben denen von Luther und Melanchthon im Chor seiner Marienkirche das erste schwäbische Reformationsdenkmal. [...] Darum begrüße ich heute die evangelische Gemeinde Reutlingen zu diesem ihrem Ehrentage im Namen der Landeskirche [...], um mit ihr diesen denkwürdigen Zeitraum wieder zu durchleben, in dem das Evangelium in Schwaben zuerst lebendig wurde.“ Ausdrücklich begrüßte der Kirchenpräsident „die Teilnehmer an der Hauptversammlung des Evangelischen Bundes und ihn selbst, der sich angeschlossen hat, das Fest mitzufeiern, denn seine gottgewollte Aufgabe ist es, das reformatorische Erbe zu bewahren, zu vertiefen und zu pflegen.“ Schließlich wies der Kirchenpräsident darauf hin, dass der Blick auf das turbulente Jahr 1524 den Reutlinger Bürgern „Trost und Stärkung in schwierigen Zeiten

und Tagen [...] wie sie insbesondere die letzten zehn Jahre in sich schließen“, bringen könnte.¹⁰⁰

Um 11 Uhr begaben sich die Ehrengäste in einem *Festzug* von der Marienkirche auf den Marktplatz. „Es erschienen dazu [an der Spitze] der Präsident unserer Landeskirche mit dem Prälaten, die Vertreter der kirchlichen und bürgerlichen Gemeinde mit ihren Vorständen, die evang. Spitzen der Staatsbehörden mit dem Vertreter der theologischen Fakultät der Universität Tübingen“¹⁰¹ sowie die Gesangvereine und die Stadtkapelle.

Von 11 bis 12 Uhr fand auf dem fahngeschmückten Marktplatz der musikalisch eingerahmte „eigentliche Festakt“¹⁰² mit Ansprachen von Oberbürgermeister Hepp und Stadtpfarrer Stahl statt. Hepp gab „eine Schilderung der Reutlinger Reformation, in deren Mittelpunkt er als markanteste Bilder den Reutlinger Markteid und das Erscheinen Albers vor dem Reichsgericht in Eßlingen“¹⁰³ stellte“. Im Blick auf die Anfangsjahre der Weimarer Republik ist bemerkenswert, dass und wie das Stadtoberhaupt den Markteid als basisdemokratischen Akt wertete: „Nicht nur die Hände der Ratsmitglieder, sondern alle Hände der versammelten Bürgerschaft erhoben sich zusammen und leisteten den Schwur, daß sie an ihrer neuen reinen Lehre festhalten wollten. Wahrlich eine erhebende, von großer Begeisterung durchglühte Tat der Zünfte und Bürgerschaft.“¹⁰⁴ Zudem sprach er auf dem Hintergrund des konfliktreichen Jahres 1524 „den Wunsch [aus], dass nach Überwindung von schweren Sorgen und Nöten, die uns jetzt bedrücken, auch für die Stadt Reutlingen wieder eine Zeit kommen möge, wo sie zu neuer Blüte gelangt.“ Stadtpfarrer Stahl begann seine Rede an die „Mitbürger und Glaubensgenossen“ rhetorisch geschickt mit dem RütliSchwur aus Schillers „Wilhelm Tell“. Mit der Betonung des Rechts der Unterdrückten auf Selbsthilfe und Widerstand zog er eine bewusste Parallele zu 1524: „Das ist die Rechtfertigung des Schwurs auf dem Rütli, das ist die Rechtfertigung auch des Schwurs auf dem Reutlinger Marktplatz.“ Auch er betonte: „Wir freuen uns heute [...] dessen, was auf diesem [Markt]platz geschehen ist, Großes dankt unsere Stadt Matthäus Alber, dem Reutlinger Bürgersohn, und Großes ihrem kernhaften Bürgermeister Jos Weiß. Aber das Größte ist, daß Alber aussprechen durfte, was Tausenden auf der Zunge lag, was Jos Weiß im Kreise der Fürsten und der [...] Reichsver-

¹⁰⁰ Reutlinger General-Anzeiger vom 15. 9. 1924. Die angesprochenen Nöte beziehen sich auf den Ersten Weltkrieg, die Wirren der Novemberrevolution von 1918 und ihre Folgen, sowie Turbulenzen der jungen Weimarer Republik, wie z. B. die Rätebewegung, den Kapp-Putsch, die Inflation von 1923.

¹⁰¹ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 15. 9. 1924.

¹⁰² Schwarzwälder Kreiszeitung vom 4. 9. 1924.

¹⁰³ 1924 war man noch der irr tümlichen Meinung, Albers Verhör hätte vor dem Reichskammergericht im Dezember 1524 stattgefunden. Im Dezember ging zwar die Vorladung ein, Alber wurde jedoch erst im Januar 1525, und zwar vor dem Reichsregiment, verhört.

¹⁰⁴ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 15. 9. 1924.

sammlung mit ernster Sicherheit sagen durfte: Hinter mir steht der heilige Wille eines ganzen Volkes.“ Und auf die Probleme der Gegenwart eingehend, fuhr er fort: „Wieder stehen wir zagend vor einem Trümmerhaufen. Was können wir tun? Anfangen in steter Zähigkeit, in alltäglichem Fleiß [...] arbeiten und nicht verzweifeln. [...] Habt ihr den Mut, den Glauben, von unten anzufangen? Wir seufzen um die Männer, um den Mann, den die Zeit braucht. [...] Darum dürfen wir Reformationsfest feiern mitten in der Not der Zeit. Und wenn wir ihn [sc. Gott] haben, dann ist er uns, [...] einem entwaffneten, gebeugten Volk, was wir jetzt alle miteinander [...] bekennen wollen: ein feste Burg, ein gute Wehr und Waffen.“¹⁰⁵

Beim gemeinsamen Festessen im ‚Kronprinzen‘ kamen zur Mittagszeit Vertreter der kirchlichen und bürgerlichen Gemeinde „mit den hohen Gästen“ zusammen. In Tischreden wurde über das [neue, d. Verf.] Verhältnis der Reutlinger Kirchengemeinde zur Landeskirche und Kirchenregierung, „von Dekan Wurm über das[jenige] der bürgerlichen zur kirchlichen Gemeinde, von Herrn Kirchenpräsident Dr. Merz von den Wünschen der bürgerlichen Gemeinde und ihrer Verwaltung für ein ferneres Blühen und Gedeihen der



Der Reutlinger Markttag von 1524. Gemeinde und Magistrat verpflichten sich in einem von den Zunftbürgern erzwungenen öffentlichen Schwur, dass der Prediger Matthäus Alber die lutherische Lehre in Reutlingen verkündigen darf. Der Ausbruch eines Feuers (vgl. das brennende Haus im Hintergrund) war der ursprüngliche Anlass des Auflaufs auf dem Marktplatz. Historisierende Illustration von Georg Barlösius (1864–1908) für die 1904 erschienene Reformationgeschichte Württembergs von Reinhold Schmid.

¹⁰⁵ Reutlinger General-Anzeiger und Schwarzwälder Kreiszeitung vom 15. 9. 1924. Ergänzung aus der Schwarzwälder Kreiszeitung desselben Datums: „Aber heute freuen wir uns [...] dessen, was auf diesem Platze geschehen. Denn es zeugt laut vor aller Welt: was vor 400 Jahren geschah, was ein kleines Gemeinwesen zum geachteten Gefährten machte der Großen und Mächtigen, was es hineinriß in den Wirbel welterschütternden Geschehens, das war [...] das unwiderstehliche Verlangen eines ganzen Volkes, eines ganzen Geschlechts.“

Kirchengemeinde manch feines und treffliches Wort gesagt.“¹⁰⁶ Nach dem Ende des Staatskirchentums bot das Reutlinger Reformationsfest offensichtlich eine willkommene Plattform, um die im Rahmen der Weimarer Republik entstandene Verfassung einer demokratisierten Landeskirche zu praktizieren und zu reflektieren, ebenso wie einen neuen Stil des Zusammenwirkens von kirchlicher und bürgerlicher Gemeinde. Das Reutlinger Reformationsfest von 1924 hat erkennbar obrigkeitsstaatliche Rituale überwunden.

Um 5 Uhr abends wurden in der Leonhardskirche bei einer musikalischen Abendfeier Kantaten von Bach aufgeführt, „deren zweite besonders mit ihrer kampffreudigen Stimmung so recht für das Reformationsjubiläum geeignet war.“¹⁰⁷

Am Abend schloss ein „Volks- und Gemeindeabend, zugleich [die] Festversammlung des Württembergischen Hauptvereins des Ev. Bundes“¹⁰⁸ in der überfüllten Städtischen Festhalle ‚Siber und Speiser‘ den Feiertag ab. Der Saal war „mit den Büsten von Matthäus Alber und Joß Weiß geschmückt. Man spürte in diesem Massenandrang etwas [...] von dem Geist, der unsere Väter befeuerte, als sie vor 400 Jahren ihren Glauben und ihre Überzeugungen mannhaft und standhaft gegen die Uebermacht des Papstes und Kaisers verteidigten.“ Der Vertreter des Ev. Bundes begrüßte die Festversammlung „und dankte den Reutlinger Freunden, daß sie dem Bund Gelegenheit gegeben haben, seine Jahresfeier in den Rahmen des Reutlinger Reformationsfestes einzufügen. Die hohen Güter, die vor 400 Jahren in heißem Ringen unserem deutschen Volk erstritten worden sind, und die als protestantisches Erbe auf unsere Zeit übergangen, sind bedroht und gefährdet. Der Evangelische Bund will sie schützen, bewahren, vertiefen und pflegen und damit ist der innere Zusammenhang angedeutet, der zwischen der Reutlinger Jubelfeier und der Tagung des Evangelischen Bundes besteht.“ In der eher konfessionspolemischen Ansprache erläuterte er dessen Zielsetzungen und warb um neue Mitglieder. „Die Versammlung unterstrich die Ausführungen des Redners mit dem Lied ‚Deutschland über alles‘. [...] Den Hauptvortrag des Abends hielt Prälat Dr. Schöll [...] über ‚Die Reutlinger Reformation und die Gegenwart‘“. Seine Frage, was „Reutlingen daran gehabt [hat], daß seine Bürger den Markteid schwuren und daß es seinen Namen unter das Augsburger Glaubensbekenntnis setzte“ und seine Antwort, dass die Stadt „eine neue Frömmigkeit“, eine „neue protestantische Sittlichkeit“ und eine „neue Einstellung zu Staat, Wissenschaft, Kunst und Technik“ gewonnen habe, mündete in dem Appell: „Möge das Reutlingen der Gegenwart und Zukunft sich nicht beschämen lassen von der Vergangenheit.“¹⁰⁹

¹⁰⁶ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 15. 9. 1924.

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ So im gedruckten Festprogramm: LKA Stuttgart, Dekanatsarchiv Reutlingen Nr. 1073.

¹⁰⁹ Alle Zitate Schwarzwälder Kreiszeitung vom 15. 9. 1924.

Am Montag, den 15. September 1924 hielt der das Reformationsjubiläum mitfeiernde Evangelische Bund seine Abgeordnetenversammlung im Marchtaler Hof.¹¹⁰

Schließlich wurde 1924 eine „Ausstellung von Erinnerungen an die Reformationszeit“ gezeigt,¹¹¹ die wie 1917 in der Seitenkapelle der Marienkirche stattfand.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die erwähnten¹¹² deprimierenden Erfahrungen von Kriegsniederlage und Novemberrevolution sowie die Anfangswirren der Weimarer Republik die gesamte Reformationsfeier von 1924 überschattet haben. Insbesondere musste die Evangelische Landeskirche den Verlust des königlichen Notepiskopats und des damit verbundenen staatlichen Rückhalts verkraften. Monarchische Restsympathien, Autoritätseinbußen sowie die Verunsicherung in einer demokratisch gewordenen Umwelt standen im Widerstreit mit den Chancen einer Verjüngung der Kirche in einem neuen gesellschaftspolitischen Umfeld. Diese Ambivalenz prägte auch das Klima der Festbeiträge. Zum ersten Mal stand die erfolgreiche lokale Reformation mit ihren zentralen Ereignissen und Persönlichkeiten ganz im Mittelpunkt der Feierlichkeiten. Da der Marktgedeutet wurde, war nicht die Marienkirche, sondern der Marktplatz das Festzentrum. Hauptakteure waren die Stadtbürger, die einst vom Magistrat den Schwur auf den Prediger Alber und seine lutherische Lehre erzwungen hatten. Dieser originär bürgerlich-politische Akt war das Entscheidende. Folgerichtig ging der feierliche Festzug jetzt zum ersten Mal von der Kirche zum Marktplatz und nicht umgekehrt. Die Verantwortung für die Organisation des Jubiläums lag ausschließlich bei lokalen Institutionen. Mit großem Nachdruck hob man die Pionierrolle Reutlingens bei der Einführung der Reformation in Süddeutschland hervor und ließ dies von Einheimischen und Gästen pathetisch feiern. Die wiederholten Hinweise auf das revolutionäre Potenzial der radikalen Zunftbürger zogen eine bewusste Parallele zwischen der Reformationsepoche und den zeitgeschichtlichen Erfahrungen der Novemberrevolution. Unübersehbar sind auch im Jahr 1924 die Hinweise auf die bedrängenden Nöte und Krisen der Gegenwart sowie die Tendenz, aus der lokalen Reformationsgeschichte Kräfte zu ihrer Überwindung und eine Zukunftsperspektive zu gewinnen. So stellt etwa Kirchenpräsident von Merz Alber und Weiß als „gottgesandte Führer“ aus der Not dar¹¹³ und Stadtpfarrer Stahl verweist

¹¹⁰ Schwarzwälder Kreiszeitung vom 4. 9. 1924. Vgl. auch das gedruckte Programm (LKA Stuttgart, Dekanatsarchiv Reutlingen Nr. 1073). Nach den Jahresberichten durch den Vorsitzenden Hermann Mosapp hielt Pfarrer Herrmann aus Holzmaden einen Vortrag über den katholischen Winfriedbund.

¹¹¹ Siehe das gedruckte Programm: LKA Stuttgart, Dekanatsarchiv Reutlingen Nr. 1073.

¹¹² Vgl. Anm. 88 und 100.

¹¹³ Kirchenpräsident von Merz im Gottesdienst der Marienkirche (Reutlinger General-Anzeiger vom 16. 9. 1924).

unverkennbar auf die Demütigung durch den Versailler Vertrag und die Hoffnung auf das Erscheinen eines die Not wendenden großen Mannes, Äußerungen, die auch ein fatales Omen für die Geschichte des kommenden Jahrzehnt darstellen. Dabei wird mit weitgespannten historischen Epochenvergleichen argumentiert. So durchdrangen sich Gegenwärtängste und Zukunftshoffnungen mit der geschichtlichen Deutung des Markteides von 1524. Nicht zuletzt hat das Reformationsfest von 1924 das Prestige Reutlingens in Württemberg und weit darüber hinaus verbreitet.¹¹⁴ In schwierigen Zeiten hat sich die Stadt mit ungebrochenem Pathos selbst gefeiert.

¹¹⁴ So schrieb etwa der befreundete Pfarrer Heinrich Pfisterer am 12. 9. 1924 an Dekan Wurm: „Jeder Geschichtskundige weiß, was die vorbildliche Haltung Reutlingens für die schwäbische Reformationsgeschichte und weiter hinaus bedeutet.“ (LKA Stuttgart, Dekanatsarchiv Reutlingen Nr. 1073).

Johann Christoph Hermann. Auf den Spuren eines vergessenen Malers der Barockzeit aus Reutlingen

Reinhard Hirth

Die Handlungsorte

Der folgende Aufsatz wendet sich dem nachweisbaren und hypothetischen Wirken des Reutlinger Malers Johann Christoph Hermann an fünf Orten zu. Drei befinden sich im Landkreis Ludwigsburg, vor allem Bissingen an der Enz sowie Asperg und Benningen, zwei im Kreis Reutlingen, der Reutlinger Ortsteil Sondelfingen und die Kreisgemeinde St. Johann-Würtingen. Ausgangsort ist Bissingen mit seiner Kilianskirche.

Historisch gehörte Bissingen nicht zu Bietigheim, sondern erst den Herren von Sachsenheim und später zum Amt Markgröningen.

Die dortige Kilianskirche ist eine spätgotische Kirche mit einem einzigen Schiff und einem Chor; im Westen steht ein massiger Turm. Sie befindet sich am Westrand des alten Dorfetters und ist heutzutage rundum von neueren Häusern umgeben.

Nach 1404 wurde die Kirche von der Herrschaft Sachsenheim ans Heilig-Geist-Spital in Markgröningen verkauft, in das die Kirche 1422 inkorporiert wurde. Infolgedessen war das Spital auch für den baulichen Unterhalt der Kirche zuständig; 1517 bis 1520 ließ der Spitalmeister Johannes Betz die Kilianskirche in spätgotischem Stil erneuern, wovon die Jahreszahl 1520 im Chorbogen zeugt.¹ Eine weitere Jahreszahl 1670, ebenfalls im Chorbogen, vermeldet die Renovierung nach dem 30-jährigen Krieg.

Der heutige Raumeindruck wird von der nachreformatorischen Ausmalung des Kirchenraums bestimmt, die inschriftlich auf 1677 und 1691 datiert ist. In dieser ganzen Zeit amtierte Pfarrer Jacob Seboldt in Bissingen. Er stammte aus Kirchheim unter Teck, verbrachte seine Jugend in Esslingen und zog nach seinem Tübinger Studium und ersten Pfarrstellen 1658 hier in Bissingen als seiner dritten Pfarrstelle auf; dort blieb er bis zu seinem Tod im Jahre 1691.² In

¹ Hermann Roemer: Bissinger Heimatbuch, bearb. von Rektor Hehl, Bietigheim 1955, S. 17–19.

² Zu Seboldt vgl. den Eintrag in der Württembergischen Kirchengeschichte online unter der URL <https://www.wkgo.de/personen/suchedetail?sw=gnd:GNDFB7725#phw>, Ordnungsnummer 7746 (12. 4. 2018).



Abb. 1: Die Kilianskirche von Bissingen/Enz von Norden.



Abb. 2: Inneres der Kilianskirche, Blick von der Westempore nach Südosten.

Tübingen ist er als „Jacobus Seyboldt Esslingensis“ immatrikuliert³, da er seine Jugendjahre in Esslingen verbracht hatte.

Seine Herkunft aus Kirchheim unter Teck könnte für die Entstehung der Bissinger Gemälde von Bedeutung gewesen sein, hatte er dort doch in seiner Kindheit die prächtig ausgemalte Martinskirche kennengelernt⁴ und den Wert der Bilder für die Predigt erfahren.



Abb. 3: Das Bild der Jakobsleiter auf der Nordwand der Kilianskirche von Bissingen mit der Inschrift des Johann Christoph Hermann.

Die Bilder der Bissinger Kilianskirche wurden nach Aussage der Oberamtsbeschreibung Ludwigsburg⁵ 1808 zugetüncht und 1961/62 wieder freigelegt. Die Innenbemalung besteht aus 23 Bildern aus dem Jahre 1677 und zwölf Bildern von 1691. Die Bilder von 1677 zeigen im Schiff die Heilsgeschichte von Mariae Verkündigung bis zum Jüngsten Gericht und im Chor die beiden evangelischen Sakramente Taufe und Abendmahl sowie den Sündenfall von Adam und Eva als des ersten Ehepaares. Die Thematik der Bilder von 1691 ist nicht so leicht auf einen Nenner zu bringen, es sind aber ebenfalls biblische Bilder.

Die Struktur der Bilder schaut außer beim Jonasbild von 1691 so aus wie bei der Darstellung der Jakobsleiter (Abb. 3), das von Johann Christoph Hermann gestiftet wurde: In der Mitte befindet sich das große Bild, darüber steht der Bibelvers, den das Bild illustriert, und darunter befindet sich eine Stifter-

³ Heinrich Hermelink (Hrsg.): Die Matrikeln der Universität Tübingen, Bd. 2, Stuttgart 1953, S. 227.

⁴ Nach Werner Fleischhauer: Renaissance im Herzogtum Württemberg, Stuttgart 1971, S. 369 wurde die Kirchheimer Martinskirche 1607/08 bemalt; s. a. Rolf Götz: Geschichte Kirchheims von der ersten urkundlichen Nennung im Jahre 960 bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, in: Kirchheim unter Teck. Marktort, Amtsstadt, Mittelzentrum, hrsg. von Rainer Kilian, Kirchheim unter Teck 2006, S. 169–172.

⁵ Beschreibung des Oberamts Ludwigsburg, hrsg. von dem Königlichen Statistisch-Topographischen Bureau, Stuttgart 1859, ND 1972, S. 201.

inschrift. Leider sind diese Inschriften unterschiedlich gut erhalten, manche fehlen auch ganz; auch die hier gezeigte Inschrift ist stellenweise schadhaft.

Die Beschäftigung mit der Malerfrage hat sich fast beiläufig aus der vorausgegangenen Erforschung der Stifter der Wandmalereien heraus entwickelt.

Der „Stifter“ Johann Christoph Hermann als Maler der Bilder

Die Stifter von 1677 stammten mit drei Ausnahmen alle aus Bissingen:

- Der Markgröninger Spitalmeister Jacob Hemminger.
Da die Kilianskirche, wie oben schon erwähnt, dem Markgröninger Heilig-Geist-Spital seit 1422 inkorporiert war, ist eine Stiftung sozusagen des Vorgesetzten der Kilianskirche verständlich. Die weitere Geschichte zeigt, dass das Markgröninger Spital an der Bemalung starkes Interesse hatte, denn auch 1691 stiftete der dann amtierende Spitalmeister Christian Hamm ebenfalls ein Bild.
- Der Gerlinger Arzt Dr. Johann Michael Vogel.
Dieser erscheint auf dem Bild der Opferung des Isaak in Kombination mit Wendel Schell, beide jeweils mit ihren Ehefrauen. Bei der Auswertung des ersten erhaltenen Bissinger Kirchenbuchs⁶ kamen die Hochzeitsdaten des jungen Wendel Schell ans Licht und es wurde klar, dass Dr. Vogel dessen Schwiegervater war. Schwiegervater und Schwiegersohn stifteten also gemeinsam mit ihren Frauen ein Bild.
- Der dritte Ortsfremde ist der Reutlinger Bürger Johann Christoph Hermann (Abb. 3).

Die Stifterinschrift Johann Christoph Hermanns gab durch die Lücke nach dem „Bürger und“ Rätsel auf. Da das darüber befindliche Bild vom Ehepaar Seboldt gestiftet wurde, war zunächst eine Verwandtschaft mit der Pfarrersfrau Anna Margaretha, geborener Kommerell, zu vermuten, allerdings ohne Erfolg. Aufgrund einer Archivnachricht aus Reutlingen, die zeigte, dass der Name „Hermann“ bei einem Reutlinger Maler vorkam, entstand dann die zündende Idee, dass es sich bei Johann Christoph um den Maler der Bissinger Wandbilder handeln könnte.

⁶ Pfarramt Bissingen/Enz, Mischbuch Bissingen 1649.

Vorstellung des Johann Christoph Hermann

Weitere Forschungen im Stadtarchiv Reutlingen und in den Kirchenbüchern erbrachten die folgenden Erkenntnisse zum Leben Johann Christoph Hermanns:⁷

- Geburt am 13. März 1643,
- Hochzeit am 9. Mai 1666,
- Geburt der Tochter Maria Catharina am 17. Februar 1667, bei ihrem Tod am 30. April 1671 erscheint Johann Christoph zum ersten Mal als „Mahler“.
- Geburt des Sohnes Johann Bernhard am 7. Februar 1669,
- Geburt des Sohnes Johann Christoph am 1. Juni 1671,
- „ein ärgerlicher wider Zucht und Ehrbarkeit laufender Exzess“, mit 20 Reichstalern am 12. November 1672 geahndet,⁸
- Geburt der Tochter Maria Margaretha am 26. Juli 1673, gestorben am 3. Oktober 1673 (?),
- Geburt des Sohnes Johann Jacob am 13. Oktober 1676, beim Vater wieder Angabe „Mahler“.
- Geburt der Tochter Maria Margaretha am 19. April 1679, gestorben am 3. Juli 1703, der Vater erscheint wie dann 1703 wieder als „Mahler“.
- Geburt der Tochter Magdalena am 27. April 1682, gestorben am 12. Juni 1703.
- Tod am 13. August 1712, hier der Eintrag „Burger und Mahler“.

Das sind zwar einige Fakten, aber leider sind es bis auf einen Rechnungsbeleg aus Würtingen bereits schon alle bisher bekannten Angaben über Johann Christoph Hermann. Über seine Tätigkeit als Maler ist bisher praktisch nichts bekannt, was auch an der unsicheren Lage von 1693 liegen kann, einem Jahr, in dem die Franzosen weite Teile des Herzogtums Württemberg verheert hatten.

Da er in seinen Kirchenbucheinträgen seit 1671 als „Mahler“ oder als „Bürger und Mahler“ erscheint, könnte diese Wortkombination auch auf seiner Stifterinschrift in der Bissinger Kirche erschienen sein. Er würde dann sein Bild nicht von jemandem bezahlt erhalten, sondern es – wohl aus Dankbarkeit – seinem Förderer Pfarrer Jacob Seboldt „überlassen“ haben. Er stiftet nämlich als einziger sein Bild nicht, sondern „überlässt“ es; damit fällt er aus der Reihe der Stifter heraus.

⁷ Sämtliche Lebensdaten wurden aus den entsprechenden Kirchenbüchern erhoben, und zwar mithilfe von „Archion“: Evangelische Kirchenbücher Online: <https://www.archion.de> (7.11.2018). Die Angaben zu Johann Christoph Hermann aus dem Reutlinger Ehebuch 1630, den Taufregistern 1632, 1654 und 1678 und den Totenregistern 1667 und 1696.

⁸ StadtA Rt., Ratsprotokolle 1666–1674, Bl. 243 r.



Abb. 4: Die Stifterinschrift des Gerlinger Arztes Michael Vogel in Kombination mit der seines Schwiegersohnes Wendel Schell in der Kilianskirche zu Bissingen.

ber von Nürtingen. Am 5. Oktober 1591 wird ihm dort sein erster Sohn Johann Bernhard geboren, der später als Maler wichtig wird, und am 2. April 1594 Sohn Georg, der als Gehilfe von Vater und Bruder erscheint und wohl eher Anstreicher als Kunstmaler war.¹⁰

An dieser Stelle soll erwähnt werden, dass dem Hans Hermann 1604 in Möglingen, ebenfalls heute im Kreis Ludwigsburg, eine Tochter geboren wird,¹¹ wo er und seine Frau sich also wohl längere Zeit aufgehalten haben. Unklar ist, ob es sich bei dem Künstler, der die Gewölbetonne des Möglinger Langhauses mit „hervorragenden Bildtafeln der Renaissancezeit, die das Leben Jesu darstellen“,¹² um Hermann handelte. Hier sollte noch geforscht werden. Von 1622 bis 1624 ist Hans Hermann zusammen mit seinem Sohn

Nach der Vermutung, dass der Reutlinger Bürger der Bissingener Maler gewesen sein könnte, rückt nun sein familiärer Hintergrund in den Blick.

Der Name „Hermann“ ist in der Kunstgeschichte nicht ganz unbekannt. So wissen wir einiges über den Großvater des Johann Christoph, seinen Vater und auch ein wenig über seinen Onkel – nur über Johann Christoph schweigt die Fachwelt bis heute.

Der Großvater Hans Hermann verbrachte den Großteil seines Lebens in Nürtingen. Ein erster Beleg seiner Tätigkeit liegt mit den Nürtinger Spitalrechnungen vor.⁹ Demnach fasst Hermann 1590 als „Maler von Herrenberg“ eine Uhrtafel in Nürtingen und hilft beim Abnehmen der alten Uhrtafel samt Zeiger sowie beim Anbringen der neuen. In diesem Jahr 1590 heiratete er am 3. November in Nürtingen Dorothea Gerber, die Tochter des Conrad Gerber

⁹ StadtA Nürtingen, Spitalrechnung 1590/1591, unpaginiert.

¹⁰ Hochzeits- und Geburtsdaten wieder aus den Kirchenbüchern Nürtingen (Eheregister 1567, Taufregister 1558 und 1598).

¹¹ Mischbuch Möglingen 1558.

¹² Ulrich Gräf: Kunst- und Kulturdenkmale im Kreis Ludwigsburg, Stuttgart 1986, S. 217.

Hans Bernhard mit der Fassung eines Kruzifixes in der Nürtinger Stadtkirche beschäftigt.¹³ Interessanterweise sind auch Arbeiten von David Seboldt, des Großvaters des Bissinger Pfarrers, an diesem Kruzifix belegt.¹⁴

1624 bezahlte Hans Hermann eine lange gelaufene Hypothek in Nürtingen zurück¹⁵ und heiratete im selben Jahr in Lützelstein im Elsass, heute La-Petite-Pierre, eine Pfarrerswitwe aus Tiefenbach¹⁶ und wurde ebenda Hofmaler.¹⁷ Nachdem der Vater 1624 abgewandert war, übernahm der Sohn Hans Bernhard die Funktion des Vaters in Nürtingen.¹⁸ Nach Ausweis der Nürtinger Spitalrechnungen wurde er dort vom Bruder Georg unterstützt. Die Spur des Hans Hermann verliert sich in Lützelstein.

Johann Bernhard, der spätere Vater „unseres“ Johann Christoph, wird nach 1624 in Nürtingen nicht mehr erwähnt; er hat wohl ein neues Tätigkeitsfeld gefunden. Er hatte schon 1619 in Böblingen geheiratet und im selben Jahr kam dort sein erster Sohn Johann Christoph (I.) zur Welt¹⁹. Bis 1634 werden ihm in Böblingen zehn Kinder geboren; da das Böblinger Sterberegister erst 1642 einsetzt, lässt sich über die Lebenszeit dieser Kinder nichts sagen. In der Katastrophenzeit 1634 auf 1635, im Jahr der Niederlage der Evangelischen bei Nördlingen und dem darauffolgenden Pestjahr, scheint Johann Bernhard seine Böblinger Frau und seine Kinder verloren zu haben, denn er erscheint dann erst wieder 1643 mit einer anderen Frau in den Kirchenbüchern von Reutlingen²⁰, und zwar beim Eintrag der Geburt des zweiten Johann Christoph „unseres“ späteren Malers. In Reutlingen hat Johann Bernhard wieder insgesamt fünf Kinder, hier wird ihm 1656 das Bürgerrecht verliehen²¹ und hier stirbt er auch 1661.²² Unter seinen Arbeiten in Reutlingen ist das mit „Herman Pictor“ signierte Frontispiz der „Pax Publica“ des Bürgermeisters Matthäus Beger hervorzuheben.²³

¹³ StadtA Nürtingen Spitalrechnungen 1622/1623, fol. 164, und 1624/1625, unpaginiert, s. Anm. 9.

¹⁴ StadtA Nürtingen Spitalrechnungen 1624/1625, unpaginiert; s. Anm. 9.

¹⁵ Wie Anm. 14.

¹⁶ Eheregister Nürtingen 1567 Bd. 15.

¹⁷ W. Fleischhauer (wie Anm. 4), S. 386. Fleischhauers Angabe ist allerdings schwer verständlich, wenn er zum Sohn Georg Hermann formuliert: „Hermann, Georg, viell. Sohn des Hans, Pfalzgräflicher Hofmaler zu Lützelstein in Nürtingen 1628.“

¹⁸ StadtA Nürtingen Spitalrechnungen 1624/1625, unpaginiert; s. Anm. 9 und 14.

¹⁹ Mischbuch Böblingen 1558 und 1632.

²⁰ Taufregister Reutlingen 1632.

²¹ StadtA Rt., A 2 Reichsstädtische Urkunden und Akten Nr. 8170.

²² Totenregister Reutlingen 1632.

²³ Gerald Kronberger: Die Pax publica des Matthäus Beger – eine Kriegskasse zieht Bilanz, in: RGB NF 33 (1994), S. 78–81. Eine Abbildung ebd. S. 82.



Abb. 5: Die beschädigte Stifterinschrift des Pfarrerehepaars Seboldt in der Kilianskirche zu Bissingen.

Die Verbindung von Reutlingen mit Bissingen/Enz

Wir halten fest: Der 1643 geborene Johann Christoph Hermann ist als Maler in Reutlingen belegt und er stammt in mindestens zwei Generationen von Malern ab. Wie kam aber der Reutlinger Maler ins Dorf Bissingen an der Enz?

Bei der Beantwortung hilft die schon erwähnte Stifterinschrift des Pfarrerehepaars Seboldt, dessen Bild sich genau über dem Hermanns befindet. Die Inschrift nennt den Geburtsnamen der „geliebten Hausfrau“ Seboldts, geborene Kommerell, also ein Mitglied einer wichtigen württembergischen Familie.

Ihr Vater Anastasius war von 1609 bis 1626 Vogt in Beilstein²⁴ und soll im September 1626 in Tübingen an der Pest gestorben sein.²⁵ Er hat von seiner Ehefrau Maria zwischen 1611 und 1623 acht Kinder bekommen; Magdalena ist das vierte, Christiana das fünfte und Anna Margaretha das achte und letzte Kind in Beilstein²⁶. Wo die Witwe Maria Kommerell die Jahre zwischen 1626 und ihrem Tod 1638²⁷ mit ihren möglicherweise sieben Kindern verbracht hat, ist unbekannt; 1626 war Agatha, das möglicherweise älteste Kind, 15, das jüngste, Anna Margaretha, die spätere Pfarrersfrau Seboldt, gerade drei Jahre alt.

Die Tochter Magdalena heiratete 1652 auffallend spät, mit fast 36 Jahren, Johann Friedrich Spiegler, einen Sohn des Kunstmalers Jacob.²⁸ Über eventuelle Beziehungen zwischen Spiegler und der Malerfamilie Hermann ist nichts bekannt. Aber zwischen Anna Margaretha, also der Pfarrersfrau Seboldt, und ihrer Nichte Maria Barbara Spiegler bestehen Verbindungen, denn die Nichte hielt sich als etwa 40-jährige Ledige im Pfarrhaushalt in Bissingen mindestens

²⁴ Vogtliste Beilstein im Mischbuch Beilstein 1579.

²⁵ Otto Kommerell: Familienchronik Kommerell. Stammtafel mit 79 Bildern und 15 Tafeln aufgestellt in der Zeit von 1915 bis 1942, Frankfurt 1946, S. 42.

²⁶ Mischbuch Beilstein 1579.

²⁷ Totenregister Stuttgart 1627.

²⁸ Eheregister Stuttgart 1631.

von 1691 bis 1693 auf. Diese Angabe beruht auf dem Kommunikanten-Register von Bissingen, das aber erst 1691 von Pfarrer Seboldts Nachfolger wieder geführt wurde.²⁹

Ergiebiger sind die Nachforschungen bei der nächsten Kommerell-Tochter, Christiana, die sich nach Reutlingen verheiratete. Durch ihre Verehelichung mit Johann Christoph Baur³⁰ 1642 gehörte sie sofort zu den Honoratioren der Stadt; auch ihr zweiter Mann, Wendel Kurrer, gehörte als Syndicus, also als Rechtsanwalt der Stadt Reutlingen, zu den führenden Männern der Stadt. Ihn heiratete sie 1658, er starb jedoch bereits im Dezember 1659.³¹ Christiana heiratete 1660 ihren dritten Mann, den Weißgerber Daniel Knapp, für den sie ebenfalls die dritte Frau war.³² Sie starb am 26. November 1668, Daniel Knapp am 4. Februar 1671.³³

Eine mögliche Beziehung zwischen Christiana Kommerell und der Malerfamilie Herrmann könnte sich anhand der Patenschaften belegen lassen. Sofort nach ihrer Hochzeit wurde sie als „Daniel Knappen Hausfrau“ Gevatterin, also Taufzeugin.³⁴ In den acht Jahren ihrer Ehe mit Daniel Knapp ist sie 41 Mal Taufpatin, er 24 Mal.³⁵ Sie fungierten aber nie gemeinsam, im Unterschied zu Bissingen, wo Ehepaare in der Regel zusammen als Gevatter auftraten. Auch die Familien der Täuflinge sind in Reutlingen sauber zwischen den Ehepartnern getrennt.

Da das erste Kind Johann Christoph Hermanns erst im Februar 1667 zur Welt kam,³⁶ dürfte es für eine Patenschaft Christiana oder Daniel Knapps im Hause Hermann allerdings bereits zu spät gewesen sein. Andererseits kann man aufgrund der Verflechtung der Knapps mit den Reutlinger Honoratioren aber vermuten, dass Christiana über die Vorgänge in Reutlingen genau Bescheid gewusst hat und ihre Schwester und damit auch den Schwager in Bissingen genau darüber informieren konnte, was „in der Kunstszene“ in Reutlingen vor sich ging. Denkbar, dass ihr der junge Johann Christoph schon als talentierter Maler in der Werkstatt seines Vaters aufgefallen war. Pfarrer Seboldt muss ja von den Talenten des Johann Christoph Hermann überzeugt gewesen sein, als er ihn in der Mitte der 1670er-Jahre für die Ausmalung seiner Kirche anheuerte.

Für die später behandelte Malerfrage der Stephanuskirche von Sondelfingen ist folgender Umstand wichtig: Daniel Knapp wurde nicht nur in Reutlingen, sondern auch in Sondelfingen Pate, und zwar vier Mal beim Pfarrersohn Israel

²⁹ Pfarramt Bissingen/Enz, Mischbuch Bissingen 1649–1717,

³⁰ Reutlinger Ehebuch 1630.

³¹ Totenregister Reutlingen 1632.

³² Ebd.

³³ Totenregister Reutlingen 1667.

³⁴ Taufregister Reutlingen 1654.

³⁵ Abgezählt im Taufregister Reutlingen 1654.

³⁶ Ebd.



Abb. 6: Die durch das später eingebrochene Fenster links gestörte Stifterinschrift des Pfarrers Georg Mangold in der Stephanskirche zu Sondelfingen.

Hegel,³⁷ der zu dieser Zeit Richter in Sondelfingen war. Die Ausgangsperson für die Pfarrerrfamilie Hegel ist Johannes Hegel.³⁸ Er wurde 1576 geboren, amtierte seit 1607 als Pfarrer in Würtingen und wechselte 1621 nach Sondelfingen. In Würtingen kam sein viertes Kind, Johann Georg, 1615 zur Welt. In Sondelfingen wurde ihm 1622 ein weiterer Sohn, Israel, geboren, der dort, wie eben schon festgestellt, als Richter eine weltliche Karriere machte. Sein Bruder Johann Georg³⁹ folgte 1636 seinem Vater als Pfarrer in Sondelfingen nach und heiratete 1638 in Reutlingen

die dortige Pfarrerstochter Regina Barbara Laubenberger; demnach war Pfarrer Johann Georg Hegel über Entwicklungen in Reutlingen bestens informiert. Er bekam in Sondelfingen 1640 seinen zweiten Sohn, der des Vaters Namen, also Johann Georg, erhielt. Und dieser jüngere Johann Georg Hegel heiratete 1677 in zweiter Ehe die Pfarrerstochter Barbara Mangold.⁴⁰ Deren Vater, Pfarrer Georg Mangold, geboren 1613, war von 1675 bis zu seinem Tod 1687 Pfarrer in Sondelfingen⁴¹ und fungierte dort 1686 als ein Stifter der dortigen Wandgemälde. Lesbar ist an Ort und Stelle leider nurmehr sein damaliges Alter von 73 Jahren.

Diese Pfarrerrfamilie Hegel fällt mit ihren Verbindungen nach Reutlingen, Sondelfingen und Würtingen auf, aber bislang ist keine Quelle bekannt, die Bezüge zur Malerfamilie Hermann erkennen lässt. Die Frage nach der Brücke von Bissingen nach Reutlingen konnte also nur mit Indizien beantwortet werden, diese Antwort ergab aber für das potenzielle Werkverzeichnis des Johann Christoph Hermann interessante Aspekte.

Um uns nun dem potenziellen Werkverzeichnis des Johann Christoph Hermann zu nähern, sollte man erst einen Blick auf die Lage 1670 werfen. In Bissingen wurde die Kirche laut Inschrift auf dem Chorbogen in diesem Jahr renoviert, war aber noch nicht ausgemalt. Pfarrer Seboldt kannte durch seine Herkunft aus Kirchheim an der Teck den Wert ausgemalter Kirchen; die dor-

³⁷ Abgezählt im Mischbuch Sondelfingen 1582.

³⁸ Vgl. wkgo: <https://www.wkgo.de/personen/suchedetail?sw=gnd:GNDFB3158#phw> (13. 4. 2018).

³⁹ wkgo: <https://www.wkgo.de/wkgosrc/pfarrbuch/cms/index/3161> (13. 4. 2018).

⁴⁰ wkgo: <https://www.wkgo.de/wkgosrc/pfarrbuch/cms/index/3162> (13. 4. 2018).

⁴¹ wkgo: <https://www.wkgo.de/wkgosrc/pfarrbuch/cms/index/5324> (13. 4. 2018).



Abb. 7: Stifterinschrift der am 6. April 1677 Witwe gewordenen Catharina Groß in der Kilianskirche zu Bissingen.

tige Martinskirche war, wie oben schon erwähnt, 1608 ausgemalt worden, brannte aber 1690 ab; nach Fleischhauer vermittelt die reich ausgemalte Peterskirche von Weilheim/Teck noch einen Eindruck der Kirchheimer Kirche. Über seine Schwägerin hatte Seboldt vermutlich Kenntnis von dem jungen Maler Johann Christoph Hermann in Reutlingen erhalten, der wohl nach dem Tode seines Vaters 1661⁴² als 18-Jähriger die Werkstatt seines Vaters übernommen hatte, bis er qualifiziert und alt genug ist, sie de jure zu übernehmen. 1670 dürfte das der Fall gewesen sein.

Die Datierung der Bissinger Gemälde ab 1677 ergibt sich aus der Stifterinschrift unter der Darstellung der Kalebstraube, wo Meloph Dickmann zusammen mit seiner Stieftochter genannt wird. Da sie als Witwe des jungen Marx Groß erscheint, der aber am 6. April 1677 verstorben ist, muss diese mit 1677 datierte Inschrift in diesem Jahr nach dem 6. April geschrieben worden sein.

Hypothetisches Werkverzeichnis des Johann Christoph Hermann

Anfangs der 1670er-Jahre leitete Johann Christoph Hermann die Werkstatt seines Vaters vermutlich schon etwa zehn Jahre. Zu dieser Zeit muss er so viel geschaffen haben, dass Pfarrer Seboldt von ihm überzeugt war. Um die Innenbemalung der Kilianskirche in Bissingen zu planen und dann auch materiell vorzubereiten, muss man wohl einige Zeit veranschlagen. Man kommt damit in die Zeit nach dem Reutlinger Bilderskandal von 1672, also etwa in die Jahre 1674 auf 1675. Wer Pfarrer Seboldt bei seinem theologischen Konzept beraten hat, ist ebenfalls nicht belegt, da sich darüber keine Aufzeichnungen erhalten haben. Da das Verklärungsbild und das Bild der Jakobsleiter, also die beiden Bilder von Pfarrer und Maler, konzeptionell innig verbunden sind – in

⁴² Totenregister Reutlingen 1632.



Abb. 8: Stifterinschrift von drei Ehepaaren Vatter in der Michaelskirche zu Asperg.

beiden ist nämlich von einem „Gotteshaus“ die Rede –, ist eine Beteiligung des Malers an der Bildkonzeption nicht ausgeschlossen. Pfarrer Seboldt kannte ja seit 1670 die zur Verfügung stehenden Wandflächen; die Themen und die Dimensionen der Bilder zu bestimmen, war sicher Verhandlungssache zwischen Pfarrer und Maler.

Damit können wir unseren Blick auf andere Orte lenken, zuerst nach Asperg. Die Verbindung dorthin ergibt sich durch die Ehe von Johann Georg Vatter, dem jüngsten Sohn des Asperger Schultheißen Sebastian Vatter, der am 10. März 1674 Anna Margaretha Seboldt, die älteste Tochter des Bissinger Pfarrers, heiratete.⁴³ Nach den oben vorgetragenen Überlegungen sind wir damit in der Zeit der Entstehung der Innenbemalung der Kilianskirche und es ist durchaus zu erwarten, dass der Asperger Schultheiß sich von den Bissinger Plänen, vor allem von deren Ergebnis, beeindruckt ließ.

Etwa gleichzeitig mit der Kilianskirche wurden auch in der Asperger Michaelskirche Gemälde freigelegt. Drei davon wurden konserviert; es handelt sich um eine Darstellung der Dornenkrönung, ein Kreuzigungsbild mit Grablegung und Auferstehung sowie um ein Himmelfahrtsbild. Für unseren Zusammenhang ist das Bild der Dornenkrönung wichtig, weil es von der Familie Vatter gestiftet ist. Es ist natürlich bedauerlich, dass auch diese Inschrift schadhaft ist, aber sie lässt sich mit den Angaben aus dem Asperger Kirchenbuch vervollständigen (Umschrift der Asperger Vatterinschrift, Ergänzungen nach dem Kirchenbuch in Kapitalchen):

Gott s aus Christlicher C a ges te
 vnd ihren Frauen dises stückh Mah
 H. MICHAEL Vatter des Raths vnd Elisabetha [seine] liebe Haus[fraw]
 BASTI Vatter vnd AGNES sein liebe Hau[sfraw]
 H. JERG Vatter vnd Margaretha seine [liebe Hausfraw]

⁴³ Pfarramt Bissingen/Enz, Mischbuch Bissingen 1649–1717.

Da die Ehefrauen jeweils gut lesbar sind, ergeben sich als Stifter dieses Bildes der Schultheiß Sebastian Vatter und seine beiden Söhne Hans Michael und Hans Jerg, der, wie eben dargelegt, die Seboldttochter Anna Margaretha geehelicht hatte. Da sowohl Sebastian Vatter als auch der Schwiegersohn Seboldts, Hans Jerg Vatter, 1683 starben,⁴⁴ muss diese Inschrift davor entstanden sein. Damit ergibt sich ein Entstehungszeitraum der Bilder zwischen 1678 und 1683. Wilhelm Haug, der zweite genannte Stifter, dessen Namen man auf dem Asperger Himmelfahrtsbild lesen kann, ist 1648 gestorben⁴⁵ und also 1678 schon 30 Jahre tot. Der Name erscheint hier nicht im Nominativ, sodass ihn jemand mit einer Stiftung bedacht zu haben scheint.

Nach Bissingen und Asperg ergab sich in Benningen, das Marbach gegenüber auf der anderen Neckarseite liegt, eine weitere mögliche Arbeitsstätte von Maler Hermann. In der Benninger Annenkirche wurde ebenfalls ein Gemälde freigelegt, es zeigt das Himmlische Jerusalem. Markus Otto wies zum einen auf die Seltenheit dieses Motivs, aber auch darauf hin, dass sich in der Bissinger Kilianskirche dasselbe Motiv findet. Da das Bissinger Gemälde sich in ganz schlechtem Zustand befindet, meinte Otto sogar, wer vom Bissinger Bild einen besseren Eindruck haben wolle, möge nach Benningen gehen.⁴⁶ An der Westwand der Annenkirche wurden sekundär die Emporenbilder angebracht. Markus Otto war bei der Bergung dieser Emporenbilder zugegen und beschrieb Bergung und Restaurierung der Bilder, die einem Industriellen mit Wurzeln in Benningen zu verdanken ist.⁴⁷ Auch in Benningen ist die Quellenlage schlecht; hier ist es so, dass die Benninger angesichts der französischen Invasion 1693 ihre Urkunden nach Marbach in vermeintliche Sicherheit brachten, die Franzosen aber Marbach abbrannten und dadurch auch die Benninger Urkunden verloren gingen.

Leider ist die Benninger Stifterinschrift noch schadhafter als die eben vorgestellte Asperger, sodass man im Grunde nur die Nennung von Pfarrer Kies und eine unvollständige Jahreszahl erkennen kann; für die Lesung „1685“ spricht die Anwesenheit der Witwe Kies in Marbach zu dieser Zeit; Pfarrer Jacob Kies war zwar 1681 verstorben, seine Frau firmierte aber noch mehr als zehn Jahre, auch in ihrer nächsten Ehe, als „Frau Kies“.⁴⁸ Stimmt die Datierung 1685, könnte man sich in Benningen an die Ausmalung der Michaelskirche in Asperg angeschlossen haben.

⁴⁴ Mischbuch Asperg 1558.

⁴⁵ Totenregister Stuttgart 1627.

⁴⁶ Markus Otto: Gedanken zu den Wandgemälden in der Bissinger Kilianskirche, in: Evangelisches Gemeindeblatt für Württemberg, Ortsbeilage Juni 1970, ohne Seitenangabe.

⁴⁷ Markus Otto: Die ehemaligen Emporenbrüstungsbilder, in Benningen am Neckar, 779–1979, Geschichte der Gemeinde, hrsg. von der Gemeindeverwaltung Benningen, Esslingen 1979, S. 118 f.

⁴⁸ Gevatterschaften der Witwe Kies im Mischbuch Benningen 1624.



Abb. 9: Vergleich zweier Apostelgestalten in Sondelfingen und an der Empore in Bissingen.

Ähnlichkeiten zwischen den Benninger Emporenbildern und den Bissinger Gemälden sind zu erkennen, eine kunstgeschichtliche Beurteilung steht aber noch aus.

Mit den nächsten Orten, Sondelfingen und Würtingen, befinden wir uns in der Nähe von Reutlingen.

Besser erforscht als die Asperger oder Benninger Kirchenbilder sind die in der Stephanuskirche in Sondelfingen.⁴⁹ Bei Licht betrachtet, ist die Quellenlage aber auch hier nicht besser. Bauakten sind nicht vorhanden, eventuell wurden sie erst beim Neubezug des Pfarrhauses 1973 entsorgt.⁵⁰

In der Stephanuskirche sind drei Wände bemalt, die Nord-, Ost- und Südwand. Wegen der Baustruktur wirkt die Sondelfinger Bemalung anders als die von Bissingen; in Sondelfingen ist die lange, fensterlose Nordwand von großen Apostelfiguren bedeckt, die etwa in Bissingen als Emporenbilder auftauchen. Wenn man aber manche Figuren vergleicht, fällt die Ähnlichkeit, vor allem wegen der unproportioniert kleinen Köpfe, auf.

⁴⁹ Thomas Braun: Die Ausmalung der Stephanus-Kirche in Sondelfingen aus dem Jahr 1686, in: Die Stephanus-Kirche in Sondelfingen und ihre Wandmalereien, hrsg. vom Stadtarchiv Reutlingen 2001, S. 40–52.

⁵⁰ E-Mail des Pfarramts Sondelfingen-West an den Verfasser vom 23. 11. 2016.



Abb. 10: Durch Freilegung der gotischen Gemälde zerstörte Reutlingen-Inschrift im darüber liegenden Gemälde in Sondelfingen.

Sicher ist in Sondelfingen die Datierung: 1686 wurde die Kirche nach Süden erweitert, wie die Jahreszahl über dem südlichen Eingang zeigt, und aus dem gleichen Jahr stammen auch die Wandgemälde, die mehrfach datiert sind.

Leider wurde bei der Freilegung der unterhalb liegenden gotischen Bemalung ein Schriftfeld beschädigt, das vielleicht Aufschluss über die Beziehungen zu Reutlingen gegeben hätte; so ist nur „Reutlingen“ deutlich zu lesen, mehr aber nicht.

Thomas Braun sieht in seiner Beschreibung der Sondelfinger Bemalung nur strukturelle Ähnlichkeiten mit Bissingen, keine auffallenden Gemeinsamkeiten; er hält den Bissinger Maler für den besseren, äußert aber die Vermutung, man werde in dieser Frage keine Gewissheit erlangen.⁵¹

Eigenartig ist aber, dass die ein wenig ältere Schwester des Vikars Tobias Borsch, eines Mitstifters von Sondelfingen 1686, Maria Sophia, am 11. Februar 1690 in Strümpfelbach im Remstal den damaligen Markgröninger Spitalmeister Christian Hamm heiratet, der in Bissingen 1691 das Bild des

⁵¹ T. Braun (wie Anm. 49), S. 51.

„Himmlischen Jerusalem“ stiftet. Das ist natürlich kein Beweis, aber es öffnet den Blick dafür, dass in jener Zeit ein uns heute völlig unbekanntes Beziehungsnetz bestanden haben könnte.

Um das potenzielle Werksverzeichnis fortzuführen, muss man nach Bissingen zurückkehren.

Laut Visitationsberichten hat die Kommunikantenzahl von 183 Personen im Jahre 1676⁵² auf 246 im Jahre 1692⁵³ zugenommen, die Gottesdienstbesucher sind also um 63 Personen deutlich gewachsen. Dieses Wachstum macht verständlich, dass man den Westbereich der Kilianskirche mit einer Empore neu gestaltete; wie der Westbereich zur Zeit der Bemalung von 1677 aussah, ist völlig unbekannt. Bei dieser Neugestaltung wurden die Westwand und die hintersten westlichen Flächen der Nord- und der Südwand neu bemalt; dazu kam noch die Empore. Was sich auf den Wandflächen unter der Empore verbirgt, ist wieder unbekannt, da diese Flächen nie freigelegt wurden. Dass im Zuge dieser Neugestaltung auch die Flächen zwischen den Chorfenstern bemalt wurden, kann für unseren Zusammenhang außer Betracht bleiben. Inwieweit bei der Konzeption der neuen Flächen der inzwischen in Bissingen anwesende Vikar einbezogen wurde, ist nicht bekannt; Pfarrer Seboldt muss vor seinem Tod 1691 schwer krank gewesen sein, denn seine Amtsgeschäfte im Kirchenbuch führte von 1688 bis 1691 der Vikar Georg Joachim Göritz.⁵⁴ Man hatte offensichtlich die Konzeption von 1677 überdacht und zum einen dem jüngsten Gericht von 1677 das „Himmlische Jerusalem“, zum anderen dem als „Christus in der Kelter“ dargestellten Passionsgeschehen von 1677 jetzt, 1691, eine „normale“ Kreuzigung hinzugefügt.

Die Bilder der Westwand, aber auch das Jonasbild auf der Ostseite des Chorbogens, sind 1691 datiert. Ob die Emporenbilder früher oder später entstanden, lässt sich nicht entscheiden.

Damit kommen wir zur letzten Station der hypothetischen Werkübersicht, die als einzige klar belegt ist, die Andreaskirche zu Würtingen.

In der Pfarrbeschreibung von 1905 heißt es:

Schon 1692 waren in der alten Kirche noch durch Maler Jo. Christo. Herman[n] zu Reutlingen die biblischen Historien, Propheten und Apostel in der Kirche gemalt für 66 Fl 30 Kr, woran zahlte Blaichstetten 12 Fl, Pium corpus Würt. 54 fl 30 Kr.⁵⁵

In der 2004 erschienenen Festschrift⁵⁶ wurde der in der Pfarrbeschreibung von 1905 genannte „Jo. Christo.“ zum falschen „Johann Christian“ um-

⁵² HStA Stuttgart A 281 Bü 876 (Visitationsprotokoll 1676).

⁵³ HStA Stuttgart A 281 Bü 877 (Visitationsprotokoll 1692).

⁵⁴ Pfarramt Bissingen/Enz Mischbuch Bissingen 1649–1717.

⁵⁵ Im Juli 2017 befand sich die Pfarrbeschreibung noch im örtlichen Pfarrarchiv, sollte aber nach Stuttgart ins Landeskirchliche Archiv transferiert werden.

⁵⁶ Kirche Gestern – Heute – Morgen. 250 Jahre Andreaskirche Würtingen 1754–2004, hrsg. von der Evangelischen Kirchengemeinde Würtingen, Bad Urach 2004, S. 10.

geformt. Einer handschriftlichen Notiz in der Pfarrbeschreibung nach wollte man diesen Befund nachprüfen, fand aber 1898 schon die Originalakten nicht mehr. In Bissingen steht der Johann Christoph Hermann an der Wand, aber die Inschrift ist beschädigt, und hier in Würtingen ist er sogar mit seiner Entlohnung belegt, aber das Original ist verschwunden: So ist eben die Quellenlage im Falle „unseres“ Malers!

In der Andreaskirche von Würtingen stammen die Emporenbilder von 1692; was sich hinter den genannten „biblischen Historien“ verbergen könnte, ist unklar. Die heute sichtbare Wandbemalung stammt jedenfalls von 1754.

Die Aussage des Rechnungsbelegs lässt sich durch die Daten der Stifter stützen: Einer der beiden Stifter des Thomas-Bildes, Hans Gauger, stirbt am 3. Mai 1693, mit der Ausmalung der Kirche muss zuvor begonnen worden sein.

Zusammenfassung

Unbezweifelbar sind die in Reutlingen belegten Lebensdaten des Johann Christoph Hermann 1643 bis 1712, klar belegt ist dort auch seine Bestrafung wegen „unzüchtiger Bilder“ aus dem Jahr 1672.

Dass er in Bissingen 1677 gemalt hat, dürfte als sicher gelten. Auch die Angaben aus dem Pfarrarchiv Würtingen sind wohl zutreffend. Hypothetisch bleibt das Bissingen vorausgegangene Werk. Aufgrund der engen personalen Verbindung und der räumlichen Nähe von Bissingen und Asperg erscheint auch die Tätigkeit in Asperg zwischen 1678 und 1683 wahrscheinlich. Wenn sich an Asperg Benningen 1685 angeschlossen, würde eine Linie, die in Asperg beginnt, fortgeführt, nämlich die Bildstiftung zu Ehren eines Verstorbenen.

Sondelfingen 1686 würde chronologisch gut ins Bild passen, eine neuerliche Tätigkeit in der erweiterten Bissinger Kirche wäre zumindest klar auf 1691 datiert, daran schließt sich die Andreaskirche in Würtingen 1692 an.

Es bliebe die Frage, was Johann Christoph Hermann zwischen 1692 und seinem Tod im Jahre 1712 getan hat.

Buchbesprechungen

Die Reformation in Württemberg. Freiheit – Wahrheit – Evangelium. Hrsg. vom Landesarchiv Baden-Württemberg. 2 Bde. Jan Thorbecke Verlag, Ostfildern 2017. 336 + 416 S. (Beiträge und Katalog), zahlreiche farbige Abb., 1 CD, 55,00 Euro.

„Was bleibt vom Reformationsjubiläum 2017?“ Diese zurzeit häufig gestellte Frage beantwortet sich für den Historiker relativ einfach, denn zahlreiche Publikationen sichern den Ertrag vieler lokaler, regionaler und nationaler Ausstellungen, Tagungen und Vorträge für die Nachwelt. Dies gilt für Reutlingen mit dem Begleitband zur Ausstellung des Heimatmuseums „Der ‚Luther Schwabens‘ Matthäus Alber“ und dem Themenband der Reutlinger Geschichtsblätter 2017 (NF 56) „Die Reformation in Reutlingen“. Da die lokale Kirchengeschichte eng mit Württemberg verflochten ist, verdient die Dokumentation der vom *Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart* und den *Staatlichen Schlössern und Gärten* organisierten Hauptausstellung des Landes „Die Reformation in Württemberg. Freiheit – Wahrheit – Evangelium“ auch in Reutlingen besondere Aufmerksamkeit.

Die zentrale Landesausstellung fand im Kunstgebäude in Stuttgart statt und parallel dazu in den säkularisierten Klöstern Alpirsbach, Bebenhausen und Maulbronn: Diese herausragenden „Reformationsorte“ sollten exemplarisch für die württembergischen Klöster stehen und im Perspektivenwechsel die Veränderung der religiösen Landschaft durch die Glaubensspaltung zeigen. Der Kurator Peter Rückert und sein Team haben den Ertrag der Ausstellung mit viel Sorgfalt in einem Katalogband und einem wissenschaftlichen Begleitband festgehalten.

Die Ausstellung zeigte „Etliche Spitzenstücke der württembergischen wie deutschen Reformationsgeschichte“ im Original, die der Katalogband großflächig und mit hilfreichen Erläuterungen wiedergibt: So etwa ein früher Druck von Luthers 95 Thesen vom 31. Oktober 1517, die Bannandrohungsbulle „Exsurge Domine“ Papst Leos X. gegen Luther vom 15. Juni 1520 und das Wormser (Reichsacht-)Edikt Kaiser Karls V. gegen Luther und seine Anhänger vom 8. Mai 1521. Aus Reutlinger Sicht verdient das Mandat des Kaiserbruders Erzherzog Ferdinand von Österreich vom 18. September 1524, mit dem der in Württemberg amtierende Statthalter allen Einwohnern des Landes den Umgang mit dem verketzerten Reutlingen verbot, zusätzliches Interesse,

ebenso der mit dem Siegel Reutlingens versehene Stiftungsbrief des Schmal-kaldischen Bundes vom 27. Februar 1531, von dem sich die Achalmstadt Schutz und Schirm vor dem Kaiser versprach.

Bemerkenswert ist vor allem die Gesamtkonzeption der Ausstellung und der Begleitbände. Angestrebt war – über die traditionellen theologisch-politischen Themen hinaus – eine „breit angelegte kulturhistorische Ausstellung zur Reformation in Württemberg“ mit neuen Fragestellungen und innovativen Präsentationsformen. Digitale Quellenauswertungen eröffnen einen neuen Blick auf die „Reformation als Medienereignis“ bzw. die „Zeitgenössischen Kommunikationsvorgänge und ihre Formen“ und vermitteln dadurch exaktere Kenntnisse über die Verbreitung von Luthers Lehre, aber auch über altgläubige Widerstände und den Meinungskampf in einer durch das neue Medium des Buchdrucks elektrisierten und radikalisierten Öffentlichkeit. Zu den sprunghaft gestiegenen informativen, polemischen und satirischen Publikationen und Flugschriften kamen eine neue reformatorische Bildersprache und neue Ausdrucksformen in Kunst und Grafik. Zudem eröffnete die Kooperation mit der *Staatlichen Hochschule für Musik und Darstellende Kunst* durch eine dem Katalog beigelegte CD mit dem Titel „Lieder und Stimmen der Reformation“ akustische Eindrücke und multimediales Erleben der Reformationszeit. Das weit gespannte Repertoire erfasst altgläubige und evangelische Choräle, profane Singsprüche, aber auch zeitgenössische, von geschulten Sprechern vorgetragene Texte. Dieses Medium nimmt den Hörer in die konfliktgeladene Atmosphäre der sog. Sturmjahre der Reformation hinein.

Die Wichtigkeit dieses medial-kommunikativen Aspekts schlägt sich auch in der Wahl des Ausstellungstitels „Wahrheit – Freiheit – Evangelium“ nieder. Er entstammt der polemischen Schrift „Von dem grossen Lutherischen Narren...“ (1522) des Straßburger Franziskaners Thomas Murner, der an diesen drei Schlagworten Luthers Lehre als Irrtum und Täuschung entlarven will. Seine Satire rief eine öffentliche Streitschriftenkontroverse hervor, die diese Begriffe zu Schlagworten der Reformation schlechthin machte.

Das Redaktionsteam hat die anspruchsvolle Ausstellungskonzeption sowohl in den zehn Abschnitten des Katalogbands durch Abbildungen und prägnante Kommentare als auch im Textband gleichermaßen anschaulich und vertieft umgesetzt, wobei dessen 35 Beiträge nach den vier „Sektoren“ „Gesellschaft, Reformation und Bauernkrieg“, „Medien und Kunst“, „Liturgie und Musik“ sowie „Die Reformation in den Klöstern“ strukturiert sind.

Resümierend sollen noch einige ausgewählte Punkte angesprochen werden. Eine gelungene Tour d’Horizon thematisiert zunächst gesellschaftliche, politische, kulturelle und religiöse Verhältnisse des deutschen Südwestens der Jahrzehnte um 1500 als Rahmenbedingungen der Reformation. Aufsteigende Territorialstaaten und Fürstenhöfe, selbstbewusste Reichsstädte und die bäuerliche Landbevölkerung erleben große Veränderungsprozesse, wobei die

Aufbruchsstimmung bei Herrschaftsadel und Bürgertum mit der verbreiteten Krisenstimmung des Bauerntums kontrastieren.

Ausführlich thematisieren Katalog- und Textband das vorreformatorische Kirchenwesen nicht nur am Beispiel der genannten Klöster, sondern auch die facettenreiche Volksfrömmigkeit. Dabei wird das Ablasswesen mit bewusstem Willen zur Neutralität als ein normales kirchliches Institut gewürdigt, mit einer positiven „Ablassfrömmigkeit“ und als zeittypisches Finanzierungsinstrument für Kreuzzüge oder kirchliche Bauvorhaben. So gewährte z. B. Papst Sixtus IV. Graf Eberhard im Bart zwischen 1476 und 1481 Ablässe zum Bau der Stiftskirche St. Amandus in seiner damaligen Residenz Urach. Schließlich dokumentieren anschauliche Text- und Bildzeugnisse ein den religiösen Zeitgeist beherrschendes intensives Heilsverlangen im Zeichen einer realen apokalyptischen Endzeiterwartung.

Selbstverständlich gewährt die Dokumentation der politischen, dynastischen und kirchlichen Entwicklung Württembergs unter den beiden Herzögen Ulrich (gest. 1550) und Christoph (gest. 1568) einen breiten Raum, zumal das Herzogtum – politisch bedingt – in ein Wechselbad streng verordneter Altgläubigkeit unter Erzherzog Ferdinand (bis 1534) und eines vom restituierten Herzog Ulrich dem Land im Eilverfahren aufoktroierten Luthertums gestoßen wurde, bevor Herzog Christoph das Land mit der Kirchenordnung von 1559 endgültig zu einem unverwechselbaren „evangelischen Staat“ ausbaute. Interessant ist dabei auch ein Blick an die Basis anhand sog. „Urfehdebrieve“ der Regierungszeit Erzherzog Ferdinands: Ein Stuttgarter Bürger hatte 1526 über die Mauer eines Frauenklosters bei Wildberg lutherische Schriften geworfen und wurde dafür inhaftiert. Bei der Entlassung aus dem Gefängnis musste er unter Androhung schwerer Strafen „Urfehde“ schwören, dass er sich in Zukunft nicht mehr an reformatorischen Umtrieben beteiligen wolle.

Im Sinn der Genderforschung ist auch ein eigener Beitrag den „Frauen im Umfeld der Reformatoren“, konkret Magarete und Katharina Brenz und Margarete Blarer, in einem eigenen Beitrag gewidmet.

Schließlich können Reutlinger Leser immer wieder historische Spuren ihrer Heimatstadt entdecken, wie z. B. die erwähnte Unterwerfung durch Herzog Ulrich (1519) oder das Boykottmandat Erzherzog Ferdinands von 1524. Bemerkenswert ist auch die ausführliche künstlerische und liturgische Kommentierung des „Reutlinger Grabchristus“ (1460/70) im Heimatmuseum. Vor allem werden der Ruf Reutlingens als Stadt der Frühdrucker mit Johann Otmar und des Reformators Matthäus Alber sowie der frühzeitige und konsequente Weg der Stadt ins Luthertum ausführlich gewürdigt. Dabei wird darauf abgehoben, dass Alber und die Reutlinger Theologen den persönlichen und brieflichen Kontakt zu Luther aus eigener Initiative gesucht haben, ohne, wie andere schwäbische Reformatoren, bei der Heidelberger Disputation von 1518 dabei gewesen zu sein. Schließlich auch, dass Alber in Fortführung des mittelalterli-

chen Prädikantengottesdienstes eine eigene, von Luther ausdrücklich gebilligte Gottesdienstordnung eingeführt hat, die später für Württemberg Vorbildcharakter haben sollte.

Selbst an unvermuteter Stelle findet man Bezüge zu Reutlingen. So etwa bei einem Aufsatz über den Umgang mit der vorreformatorischen bildlichen und skulpturalen Ausstattung der Upfinger Marienkirche, die z. T. den Bildersturm überlebten und auch in den evangelisch gewordenen Kirchen erhalten blieb. Dies gilt vor allem für die Renaissance-Taufsteine, die man ganz pragmatisch weiterverwandte, zumal das Taufsakrament beiden Konfessionen gemeinsam war. So weist Karl Halbauer darauf hin, dass man offenbar „selbst an Bildprogrammen der römischen Kirche keinen Anstoß [nahm], denn beim Taufstein in der Marienkirche der Reichsstadt Reutlingen toleriert man die szenische Darstellung der sieben [katholischen, d. Verf.] Sakramente.“

Die Lektüre der beiden Kataloge zur „Reformation in Württemberg. Freiheit – Wahrheit – Evangelium“ verspricht mehr als eine abendfüllende Lektüre.

Wilhelm Borth

Armee im Untergang. Württemberg und der Feldzug Napoleons gegen Russland 1812. Hrsg. von Wolfgang Mährle und Nicole Bickhoff. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2017. 276 S., 1 Karte. 30,00 Euro.

Auf einer Holzbrücke, die durch Wagenspuren und Geschosseinschläge schwer beschädigt ist, liegt auf der rechten Seite ein Knäuel von Soldaten, zum Teil in Uniform, zum Teil mit offenem Hemd und barfußig. Sie haben die Glieder ineinander verschränkt, sodass man kaum erkennen kann, was zu wem gehört und um wie viele Menschen es sich eigentlich handelt. Einige von ihnen scheinen noch Leben in sich zu haben, ein Bein zeigt zuckend in den Himmel; die, deren Gesichter man sieht, haben indes die Augen geschlossen und sind wohl bereits gestorben. Weiter hinten auf der Brücke ist ein weiterer, auf dem Rücken liegender Leichnam zu sehen, dessen Hände über den Rand der Brücke ins Nichts ragen, noch weiter im Bildhintergrund, schon auf der gegenüberliegenden Uferseite, wo die Brücke in einen morastigen Weg übergeht, liegt ein totes Pferd, noch weiter fernab zwei weitere Tote, kaum noch zu erkennen, am Wegesrand. – Unbarmherziger kann man die schrecklichen und sinnlosen Folgen des Krieges kaum darstellen. Das beschriebene Bild, das die „Brücke über die Kolotscha bei Borodino“ wenige Tage nach der dortigen Schlacht darstellt, stammt von dem Stuttgarter Militär und Maler Christian Wilhelm von Faber du Faur (1780–1857), der als Soldat in württembergischen Diensten an Napoleons desaströsem Russlandfeldzug im Jahr 1812 teilgenommen hat. Bei der Schlacht von Borodino am 7. September 1812 allein fanden auf beiden Seiten 85.000 Soldaten den Tod; Faber du Faur hat überlebt. Sein Aquarell befindet sich auf dem Titel des Bandes *Armee im Untergang. Würt-*

temberg und der Feldzug Napoleons gegen Russland 1812, der, herausgegeben von Wolfgang Mährle und Nicole Bickhoff, eine Ausstellung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart dokumentiert und die Beiträge einer Tagung aus dem Jahr 2012 enthält.

Friedrich I. von Württemberg verdankte Napoleon seinen Königstitel und erhebliche Gebietszugewinne. Nach der Hochzeit seiner Tochter Katharina mit Napoleons Bruder Jérôme war er mit dem französischen Kaiser auch familiär verbandelt, und dieser nahm ihn für den Russlandfeldzug in die Pflicht: Von den 15.400 Landeskindern kehrten am Ende rund 800 zurück. Eine Katastrophe nicht nur für Napoleon, sondern auch für Württemberg, das an den Folgen dieses Traumas noch lange zu leiden hatte. Die sechs Aufsätze, die der Band enthält, widmen sich verschiedenen Aspekten dieses Krieges. Erich Pelzer erzählt die Geschichte der Ursachen des Russlandfeldzuges mit der zunehmenden Entzweigung von Napoleon und dem Zaren Alexander I., zwischen denen auch Württemberg, das beiden Herrscherhäusern verbunden war, sich entscheiden musste (S. 11–29); Joachim Brüser erzählt die Geschichte des Krieges aus der Perspektive des württembergischen Offizierskorps (S. 31–45) mit dem wenig überraschenden, aber doch unangenehm berührenden Befund, dass, anders als bei den Soldaten und Unteroffizieren, wo nur rund 5 % der Kriegsteilnehmer in ihre Heimat zurückkehrten, die Quote bei den höheren Chargen rund 65 % betrug (S. 42); Denis Sdvižkov widmet sich dem aus einer Nebenlinie stammenden General Eugen von Württemberg (S. 47–56), der auf der Seite Russlands kämpfte. Was die damalige Epoche für abenteuerliche Lebensläufe zeitigte, veranschaulicht auch Helmuth Mojem in seinem Beitrag über den hallodrihaften Erfinder und Hochstapler Franz Leppich (S. 57–93), der zunächst während der Befreiungskriege in Württemberg – finanziell mit Unsummen unterstützt von Kronprinz Wilhelm I., dem Verleger Cotta und dem späteren Minister Wangenheim – einen lenkbaren Ballon bauen wollte, der sich auch als Geheimwaffe gegen Napoleon einsetzen lassen würde, allerdings erfolglos. Dasselbe versuchte er dann wenig später noch einmal mit der Unterstützung des russischen Zaren, diesmal in etwas größerem Stil, mit Sprengstoff beladen, und mit demselben Misserfolg – ein Umstand, der ihm immerhin eine Erwähnung in Leo Tolstois Roman *Krieg und Frieden* eingebracht hat. Nach der Einnahme Moskaus durch die napoleonischen Truppen und dem Brand von Moskau wurde Leppich und seinen Sprengstoffexperimenten (wohl zu Unrecht) von manchen napoleonischen Medien die Schuld an dem Flammeninferno zugeschrieben. In Russland unterstützte man ihn jedoch zunächst weiterhin bei einem neuerlichen Versuch, seine Flugmaschine fertigzustellen, bevor Leppich nach Deutschland zurückkehrte; seine Spur verliert sich bald darauf in Wien. Mit den Heimkehrern und ihren Erinnerungen beschäftigen sich abschließend zwei Beiträge des Mitherausgebers Wolfgang Mährle: Im ersten analysiert er die zahlreichen Selbstzeugnisse der württembergischen Kriegsteilnehmer und kann die beachtliche Zahl

von 25 Memoiren, Tagebüchern und anderen autobiographischen Dokumente anführen (S. 95–118); im zweiten stellt er den beeindruckenden Bildzyklus vor, in dem der eingangs erwähnte Faber du Faur seine Kriegserlebnisse festhielt, der mit dem Titel *Blätter aus meinem Portefeuille im Laufe des Feldzugs 1812 in Russland an Ort und Stelle gezeichnet* zwischen 1813 und 1843 erschienen ist (S. 119–147).

Der Katalogteil besticht durch die große Qualität der Abbildungen und die hohe Aussagekraft der gezeigten Gegenstände, Bilder und Dokumente, die die Ereignisse und ihre Wirkung illustrieren. Die einzelnen Abschnitte beschäftigen sich zum einen mit der ‚offiziellen‘ Betrachtung des Krieges, die mit Gemälden, Urkunden, Medaillen, Uniformen, Orden und anderem anschaulich gemacht wird. Wesentlich eindringlicher ist der ‚inoffizielle‘ Blick auf den Krieg von 1812 dargestellt, indem die Perspektive des einfachen Soldaten eingenommen wird. Anhand dreier ausgewählter Kriegsteilnehmer, dem Dichter und Juristen August Mayer, Friedrich von Harpprecht (beide stammen aus dem Freundeskreis Ludwig Uhlands und der schwäbischen Romantiker) sowie dem württembergisch-dänischen Christian von Martens, wird der Krieg anschaulich gemacht. Vor allem die Briefe August Mayers sind eindrucksvolle Zeugnisse über das Leben und das Elend der Soldaten im Einsatz. Ihre Entsprechung haben sie in den intensiven Bildern Faber du Fours und anderer, die, auch wenn sie zweifellos arrangiert und stilisiert sind, das Grauen dieses wie jedes Krieges nachvollziehbar machen. *Stefan Knödler*

Gustav Landauer: Briefe und Tagebücher 1884–1900. Hrsg. von Christoph Knüppel. 2 Bde. V&R unipress, Göttingen 2017. 1345 S., 130,00 Euro.

Es ist lohnend, sich mit Gustav Landauer (1870–1919) zu beschäftigen, dem Literaten, Philosophen, Pazifisten, Sozialisten und Anarchisten. Landauer hat ein enormes schriftstellerisches Werk hinterlassen, war maßgeblich an der Münchner Räterepublik beteiligt und wurde nach deren Niederschlagung bei der Einlieferung in das Zuchthaus Stadelheim von Freikorps grausam misshandelt und erschossen. Der vorliegende Band versammelt seine Briefe und Tagebücher aus den Jahren 1884 bis 1900 (die Fortsetzung wünscht man sich möglichst bald) und verfolgt seine Entwicklung vom frühreifen Vierzehnjährigen, der bereits seine ersten Versuche als Dichter unternimmt, zum Studenten der Philologie in Heidelberg und Berlin, der sich von seinem Studienfach nach und nach abwendet, erste Erfolge als Literat erlebt und sich zunehmend für gesellschaftliche Fragen interessiert, schließlich zum in verschiedenen sozialistischen, dann auch anarchistischen Organisationen praktisch engagierten Politiker. Unter Landauers Briefpartnern finden sich so berühmte Gestalten wie der Naturphilosoph Wilhelm Bölsche, der Verleger Eugen Diederichs oder der Schriftsteller und Philosoph Fritz Mauthner.

Geboren wurde Landauer in Karlsruhe, einen Großteil seines Lebens verbrachte er in Berlin, begraben liegt er in München. Seine Eltern aber stammen aus Schwaben, seine Vorfahren väterlicherseits aus Buttenhausen auf der Schwäbischen Alb. Von dort stammte auch seine Geliebte Clara Tannhauser, mit der Landauer, während er in Urach an seinem Roman *Der Todesprediger* arbeitete, im Sommer des Jahres 1892 eine geheime Liebeskorrespondenz unterhielt. Es ist nichts aus den beiden geworden, beider Eltern wären gegen die Beziehung gewesen und Clara heiratete wenig später ihren Vetter Karl Landauer. Gustav Landauer ehelichte die Schneiderin Grete Leuschner, mit der er in Berlin bereits ein Verhältnis begonnen hatte, das einer der Gründe war, warum er die Beziehung zu Clara aufgelöst hatte. Die Ehe hielt nicht lange; 1899 – im letzten Jahr, dessen Briefe in diesem Band dokumentiert werden – traf Landauer seine zukünftige zweite Frau, die Dichterin und Übersetzerin (von Balzac, Poe, Wilde) Hedwig Lachmann. Die Briefe an die drei Frauen gehören zu den lesenswertesten der Sammlung, sie zeigen Landauer nicht nur als einen sympathischen und aufmerksamen Liebhaber, sondern auch als einen herausragenden Stilisten.

Der Herausgeber der beiden voluminösen Bände, Christoph Knüppel, ist ein großer Kenner Landauers und seiner Zeit, wiederholt hat er sich mit ihm beschäftigt, auch die Briefe an Clara Tannhauser hat er zuvor bereits separat veröffentlicht (Konstanz 2013, vgl. die Rezension in den *Reutlinger Geschichtsblättern NF 53* [2014], S. 341 f.). Die Edition von Landauers Briefen und Tagebüchern könnte vorbildlicher nicht sein: Die zum überwiegenden Teil bisher unveröffentlichten Texte sind gründlich und ausführlich kommentiert, was die Freude an der Lektüre von Landauers schönen Briefen noch um die an der Gelehrsamkeit ihres Kommentars erweitert. Stefan Knödler

Rose Hajdu, Dietrich Heißenbüttel: Theodor Fischer. Architektur der Stuttgarter Jahre. Ernst Wasmuth Verlag, Tübingen-Berlin 2018. 208 S., 248 zumeist farbige Abb., 45,00 Euro.

Der Architekt und Stadtplaner Theodor Fischer (1862–1938) ist in Reutlingen kein Unbekannter. Als Schöpfer des Gmindersdorfs und des Schönbergturms („Pfullinger Onderhos“) hat er für die Region zwei geradezu populäre architektonische Würfe ‚gelandet‘. In den Reutlinger Geschichtsblättern 2015 wurde er jüngst als Schöpfer der abgegangenen Villa des Reutlinger Fabrikanten Emil Gminder in der Gustav-Werner-Straße vorgestellt. Der 2018 erschienene Bildband „Theodor Fischer. Die Stuttgarter Jahre“ führt weitere Bezüge zu Reutlingen und seiner näheren und weiteren Umgebung vor Augen. Noch relativ bekannt sind die Pfullinger Hallen, möglicherweise auch der dortige Erlenhof. Das „Haus Gminder“ in Fischbach am Bodensee – ein Wohnhaus Gustav Gminders, einem Bruder Emils – war ebenso sein Werk. Der skulptu-

rale Schmuck der Ulmer Garnisonskirche, aber etwa auch der des Gustav-Siegle-Hauses in Stuttgart oder des Erlenhofs in Pfullingen stammen zudem von Jakob Brüllmann, jenem Bildhauer, dem Reutlingen das Kentaurenpaar im Volkspark verdankt. Nicht zuletzt entwickelten sich die Bemühungen, den ursprünglichen Charakter des Gmindersdorfs gegen „zeittypische Überformungen“ zu behaupten, zu einer ersten großen ‚Nagelprobe‘ für das 1972 in Kraft getretene Denkmalschutzgesetz des Landes. Hierauf verweist das Vorwort von Prof. Dr. Claus Wolf, dem Präsidenten des Landesamts für Denkmalpflege Baden-Württemberg.

Der im Ernst Wasmuth Verlag erschienene Kunstbildband entstand jedoch keineswegs speziell für ein Reutlinger Publikum. Er präsentiert vielmehr 20 nach den Plänen Theodor Fischers errichtete Bauwerke in Württemberg sowie das Universitätsgebäude von Jena, deren Baubeginn in den Zeitraum zwischen 1901 und 1908 fallen. Sie werden in zwei- bis achtzehnseitigen Einzelbeiträgen vorgestellt. Der Architekturhistoriker Dietrich Heißenbüttel erläutert die damals entstandenen Profan- und Sakralbauten, Siedlungen sowie zwei Denkmäler der „Stuttgarter Jahre“, als Fischer Professor an der dortigen Technischen Hochschule war: eine starke halbe Dekade, die als seine „erfolgreichste und intensivste Schaffenszeit“ gilt. Die Architekturfotografin Rose Hajdu hat die genannten 21 Objekte in Farbaufnahmen dokumentiert. Pro Objekt sind zwei bis 18 Aufnahmen ausgewählt, in einigen Fällen ergänzt um historisches Bildmaterial. Während beispielweise das 1970 gesprengte Stadttheater Heilbronn auf zwei Seiten mit ebenso vielen (Archiv-)Aufnahmen vorgestellt wird, erfahren die noch weitgehend im Originalzustand befindlichen Pfullinger Hallen oder die Ulmer Garnisonskirche eine 18-seitige Würdigung mit insgesamt 16 bzw. 18 aktuellen Farbfotografien.

Rose Hajdu trat in Reutlingen insbesondere mit ihrer Veröffentlichung zum neuen Rathaus von 1966 in Erscheinung (Buchbesprechung in Reutlinger Geschichtsblättern 2012, S. 267). Ihre ungemein ansprechenden Aufnahmen zeigen sowohl die ‚Totale‘ von Gebäuden und Fassaden, Treppenhäusern und Innenräumen wie auch konstruktive Elemente und bauliche Details und nicht zuletzt den von Fischer sparsam aber wirkungsvoll eingesetzten ‚Schmuck‘ in Form von Bauplastik, Malerei und Ornament. Zumeist wurden pro Seite eine Großaufnahme oder mehrere kleinere Fotografien reproduziert, in einigen Ausnahmefällen – wie etwa dem Festsaal der Pfullinger Hallen oder beim Schönbergturm mit seiner Panoramafenstergalerie – sind es doppelseitige Aufnahmen. Rose Hajdu arbeitet in ihrer Bildsprache die von Fischer entworfenen und gestalteten Baukörper, Gebäudeelemente und Architekturdetails aus einer oftmals von störenden jüngeren ‚Zutaten‘ geprägten Umgebung eindrucksvoll heraus. Genauso kann sie aber auch am Beispiel der in die disparate Bebauung des Stuttgarter Schlossplatzes eingebetteten Kunsthalle vermitteln, was die von Fischer formulierte Maxime „Architektur ist Hintergrund“ bedeutet: nämlich das – wie es ein Fischer-Schüler schließlich formulieren sollte

– „überzeugend Selbstverständliche in der jeweiligen Situation, sei es im Gefüge eines Landschaftsbildes, einer Stadtsilhouette, einer Straße, eines Platzes“, das einen einzelnen Bau auszeichnen sollte.

In seinem einleitenden Beitrag „Eine völlig überraschende Aktualität: Theodor Fischer und die frühe Moderne“ konstatiert Dietrich Heißenbüttel, dass Fischer insgesamt einer „Historiografie der Ausschließung“ zum Opfer gefallen sei“. Fischer, der pompösen Historismus und Dekor-orientierten Jugendstil hinter sich gelassen hat, wird in der Rückschau vornehmlich als Traditionalist wahrgenommen. Dabei sei heute eher die Forderung etwa eines weitgehend kritiklos kanonisierten Le Corbusier, ganze Städte mit uniformen „Wohnmaschinen“ vollzupflastern, zu hinterfragen. Unter anderem einem solchen Postulat des „Neuen Bauens“ stellt Heißenbüttel die dogmenfeindliche Grundhaltung Fischers gegenüber. Demnach sollten Stadtplaner und Architekten mit ihrem „Bauwesen dem spezifischen Maßstab der Örtlichkeit gerecht werden“ und dies auf der Grundlage der intensiven Beobachtung der jeweiligen lokalen Gegebenheiten. Fischer wollte die „langweilige Gleichförmigkeit“, die „die modernen Städte im allgemeinen kennzeichnet“, überwinden und auch qualitativ wertvolle „Häuser der Nichtmächtigen“ in einem angemessenen Umfeld entstehen lassen. Für Heißenbüttel ist Fischer somit nicht zuletzt Anwalt eines Städtebaus, bei dem nicht „ein Carré nach dem anderen bis zur maximal zulässigen Traufhöhe gewinnbringend zugebaut“ wird.

In einer weiteren Vorbemerkung beschäftigt sich der Kunstbeauftragte der Evangelischen Landeskirche Reinhart Lambert Auer speziell mit Theodor Fischers Kirchenbauten in Württemberg. Die genannten Beiträge setzen das Wissen um die Biographie Fischers sowie dessen Gesamtwerk weitgehend voraus. Insgesamt aber zeigt der Kunstbildband ansprechend und eindrucksvoll, wie Theodor Fischer in seinen wenigen „Stuttgarter Jahren“ die reiche und vielfältige Architekturlandschaft Württembergs unübersehbar mit geprägt hat. Der Bildband präsentiert einen authentischen Architekten, der einerseits seine Bauten der vorgegebenen Umgebung ein- und – ein gutes Stück weit auch – angepasst hat und andererseits mit seiner Formsprache markante, zum Teil landschaftsprägende Akzente schuf: eine bemerkenswerte Synthese aus architektonischer Demut und Dominanz. Nicht zuletzt belegt Dietrich Heißenbüttel im Verbund mit den Fotografien Hajdus in überzeugender Weise, dass die klischeehafte Gegenüberstellung von Konservatismus versus „Moderne“ das Verständnis der Architektur- und Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts mehr behindert als befördert.

Gerald Kronberger

Mut bewiesen. Widerstandsbiographien aus dem Südwesten. Hrsg. von Angela Borgstedt, Sibylle Thelen und Reinhold Weber (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 46). W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2017, 526 S., zahlreiche Schwarz-Weiß-Abb., 6,50 Euro.

In ihrem Vortrag „Das Ende des Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof – Gedenken in Frankreich und Baden-Württemberg“ stellte Frédérique Neau-Dufour resümierend fest: „Sie (die Deutschen) versuchten vor allem, heil aus der Sache herauszukommen, indem sie sich anpassten oder zumindest so taten. In manchen Fällen machten sie auch wirklich mit – und in manchen Fällen leisteten sie Widerstand.“

Dieser in dem Buch „Entrechtet – verfolgt – vernichtet“ (*Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 46, Stuttgart 2016*) abgedruckte Text könnte als Einleitung für den Nachfolgebund „Mut bewiesen“ dienen, denn dieser behandelt „Widerstandsbiographien aus dem Südwesten“. Der von den gleichen Herausgebern betreute Band setzt die Würdigung des „unbekannten“ Widerstands gegen die Nazi-Terrorherrschaft fort. Die Perspektive des Vorgängerbuches ist im Titel „Mut bewiesen“ zum Positiven gewendet, wenn auch die Formulierung plakativ verkürzt fast zu salopp erscheint angesichts des Themas. Denn Mut beweist heute, in Nicht-Diktaturzeiten, bereits jemand, der gegen verbreitete Meinungen und den Zeitgeist aufsteht, nicht jedoch mit dem Tod rechnen muss. Die „Widerstandsbiographien“ porträtieren mutige Menschen, die durch ihr Handeln ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus ausgedrückt haben: Mut anstelle von Feigheit und Mut angesichts der Anpassung von Profiteuren. Der griechische ehemalige Zivilarbeiter in Hailfingen-Tailfingen Eduard Rock-Tabarowski sagte in einem Interview: „Solange die Deutschen noch die Uniform getragen haben, hat man nichts gegen Hitler gehört, erst als die Franzosen kamen, dann hat man alles mögliche gehört vom deutschen Mund. Worte gegen Hitler, die sie da gefunden haben. So war die Lage.“

Angela Borgstedt schreibt den Titel gebenden Einleitungsbeitrag „Mut bewiesen – Widerstand im Südwesten“, in dem sie sich einerseits mit den „Handlungsspielräumen“ der Widerständigen, andererseits mit der „Rezeptionsgeschichte des Widerstands“ befasst. Letztere war ein „Spiegel zeitgenössischer Verhältnisse“, also z. B. im „Kalten Krieg“, abhängig von der Provenienz aus Ost oder West. Das jeweilige politische Lager hatte seinen Widerstand, der vom anderen ignoriert wurde.

Die übersichtliche Gliederung des Buches in die Teile „Politisch und religiös motivierter Widerstand“, Widerstand gegen die „Euthanasie“-Verbrechen, „Hilfe, besonders für ‚rassisch‘ Verfolgte“, „Verteidigung geistiger Freiräume“, zeigt das Bemühen um Differenzierung und darum, allen Viten gerecht zu werden: Menschen kämpfen *gegen* das Regime und *für* ihre Werte, von den Nazis verbotene Parteien wie die SPD oder die Kommunisten, die

entrechteten Juden und Sinti, Zeugen Jehovas sind berücksichtigt. Die einzelnen „Teile“ werden von Angela Borgstedt eingeleitet, damit der Zusammenhang für den Leser deutlich wird. Die Autorinnen und Autoren sind Fachleute, die sich seit Jahren mit dem Leben und den Verhältnissen in Nazi-Deutschland auseinandersetzen, die recherchieren und forschen, um der „Erinnerungskultur“ zu dienen. In der Hauptsache qua Amt oder Beruf, vielleicht auch aus persönlich-biographischer Betroffenheit. Eindrücklich ist der Aufsatz von Monique Behr, die vom Schicksal ihres Großvaters Emil Behr, also auch aus familiären Gründen motiviert, schreibt. Trotz oder wegen Auschwitz, das er als Jude überlebte, hielt er „im unverrückbaren Glauben an das Gemeinwesen“ fest, erzählte jedoch wie viele Gerettete seiner Familie nichts.

Es sind Einzelpersonen und Gruppen jedes Alters und verschiedenster Herkunft, Standes und Glaubens, die „Mut bewiesen“ haben. Die Fotos auf dem Cover des Buches bilden die Mutigen in ihrer Normalität ab, die dennoch der nationalsozialistischen „Norm“ Widerstand entgegengesetzt haben. Wenn allerdings der Priester Willibald Strohmeyer als „Märtyrer der letzten Stunde“ – wieder eine sehr „griffige Überschrift – bezeichnet wird, dessen „Seligsprechungsverfahren“ noch nicht eingeleitet sei, so ist dies nicht nur für Nicht-Katholiken problematisch, weil der Begriff „Märtyrer“ von den französischen oder luxemburgischen Amicales übernommen wurde, wenn nicht sogar für den „Blutzeugen“ die „Ehre der Altäre“ angestrebt ist. Unbehagen ist angebracht, weil sich heute Selbstmordattentäter in Bekennerschreiben „Märtyrer“ nennen.

Für die gesamte zwölfjährige Diktatur soll sowohl der sehr frühe als auch der sehr späte Widerstand in Kriegszeiten zu Wort kommen. Weil einzelne Menschen und Kleingruppen als dem Regime Widerstehende gezeigt werden sollen, sind in Teil 7 „Junge Menschen im Widerstand“, in Teil 8 „Widerstand in der Endphase des Krieges“ zusammengefasst.

Hans Gasparitschs Vita (Teil 7) als Kommunist ist beispielhaft: Illegalität, Antifaschismus, KZ Dachau, illusionäre Kontakte zur FDJ der DDR, Proteste in der BRD gegen Rechtsextremismus und „Nachrüstung“. Als „Zeitzeuge“ wird er wichtig für die „Erinnerungsarbeit“, wenn ihm auch der Schock des Zusammenbruchs des sozialistischen Lagers und damit sein Verhältnis zu Stalin bis zu seinem Tode zu schaffen gemacht haben dürfte.

Das Verhalten der Mütter aus Geislingen bei Balingen in der „Geislinger Weiberschlacht“, die ihre Kinder nicht mehr in den Kindergarten schickten, weil 1941 die Ordensschwwestern durch nationalsozialistisches Personal ersetzt worden waren, ist ungewöhnlich für das Klima in einer katholischen Kleinstadt während des Nationalsozialismus, denn es gab in der Region angepasstes Verhalten in vergleichbaren Orten (Vinzentinerinnen und „Kinderschule“). Dass „Frauen in der Kriegsgesellschaft“ mit den Worten der jungen Kriegerwitwe die „männlichen Funktionsträger vor Ort aus Sicht der Frauen als

Drückeberger, Feiglinge und Lügner“, die sich „wegduckten“, entlarvten, offenbart den Mut, der sie den Boykott bis über das Kriegsende hinaus aufrechterhalten ließ.

Abraham Wajnryb, jüdischer Arzt aus Wilna und KZ-Häftling in Dautmergen, der 1941 die Zerstörung des Ghettos wegen Typhusverdachts durch Täuschung der SS aufschieben konnte, schreibt in seinen Erinnerungen: „Wenn wir davon ausgehen, dass Widerstand alle Aktivitäten umfasst, die auf die Erhaltung der Werte zielen, die der Feind zerstören will, kann man ohne Übertreibung das Krankenhaus als die Bastion des Widerstands im Ghetto bezeichnen.“

Deshalb könnte der Titel „Mut bewiesen“ auch implizit einen Appell für heute entsprechend der Aufklärungsmaxime enthalten: Habe Mut, dich aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit des Mitlaufens zu befreien!

Das Buch verdient große Leserschaft und öffentliches Interesse, weil durch die mutigen Widerständigen die angeblich homogene „Volksgemeinschaft“ der Deutschen im NS, ebenso die heutige Desavouierung des Begriffs durch Rechtsextremisten ad absurdum geführt ist. *Immo Opfermann*

Sarah Kleinmann: Nationalsozialistische Täterinnen und Täter in Ausstellungen. Eine Analyse in Deutschland und Österreich. TVV-Verlag, Tübingen 2017. 308 S., 25,00 Euro.

Oft denkt man, das Thema Nationalsozialismus sowie ihre Nachgeschichte und Aufarbeitung seien so gut erforscht, dass man keine neuen Erkenntnisse oder Ansätze mehr finden könnte. In ihrer Studie zur Darstellung von nationalsozialistischen Täterinnen und Tätern in Ausstellungen, die 2015 an der Universität Tübingen als Dissertation vorgelegt wurde, zeigt Sarah Kleinmann genau das Gegenteil.

Ausgehend von Theorien des kollektiven Gedächtnisses (Maurice Halbwachs, Aleida Assmann) interessiert sich Kleinmann für Ausstellungen und Museen, weil sie „als Repräsentations- und Identitätsort [...] die kulturelle Objektivation des kulturellen Gedächtnisses par excellence und damit eine maßgebliche Erinnerungsfigur [sind], an der das kulturelle Gedächtnis einer Gesellschaft beobacht- und analysierbar ist.“ (S. 14) Gleichzeitig seien an Museen „wissenschaftliche Konjunkturen ablesbar“, auch wenn „sie jedoch relativ langsam ihre Ausstellungen [...] aktualisieren“ (S. 14.)

Kleinmann geht es in dieser Studie nicht direkt um die Erforschung der Geschichte von nationalsozialistischen Täterinnen und Tätern, sondern um deren heutige „museale Repräsentation“ (S. 15). Zur Kontextualisierung bezieht sie sich auf Studien, die sich mit der Geschichte der Darstellung von Täterinnen, Tätern und Täterschaft, aber auch von Nationalsozialismus allgemein in KZ-Gedenkstätten befassen: Bisher sei festgestellt worden, dass „lange Zeit die

Darstellung der ‚Tat ohne Täter‘ [...] dominierte“ (S. 16). Die vorliegende Studie sei in dieser Hinsicht umso relevanter, da die Täterforschung seit den 1980er Jahren eine starke Konjunktur erfahren habe und parallel dazu im Rahmen des Bundesgedenkstättenkonzeptes aus dem Jahr 1999 17 Dauerausstellungen „entweder grundlegend überarbeitet oder neu erschaffen“ wurden (ebd.). Kleinmann untersucht dabei, welche Erklärungsmuster für eine Täterschaft angeführt werden, welche Medien zur Darstellung kommen, wie der Stand der Forschung in die Ausstellungen einfließt und welche impliziten Aussagen gemacht werden. Ein weiterer zentraler Aspekt der Studie ist die Analyse von „geschlechtlichen Codierungen“ (S. 18) in Bezug auf NS-Täterschaft. Hier verweist Kleinmann in einer sehr gut durchdachten Fragestellung auf den konstruktiven Charakter von Geschlecht als Kategorie, der sich etwa in der Repräsentation von Frauen im Nationalsozialismus, aber auch von Männern, widerspiegeln würde. Sie bezieht sich auf jüngere Forschungen über Täterinnen im Nationalsozialismus und liefert eine sehr differenzierte Analyse des Forschungsstandes, von der Frage des nicht nur „binären“ (S. 19) Verständnisses der Kategorie Geschlecht über die der besonderen Rolle, die den Frauen in der NS-Volksgemeinschaft zugesprochen wurde, bis hin zu einem vielfältigeren Verständnis der „Täterschaft“ von Frauen in der NS-Zeit – Frauen hatten eben andere Rollen als Männer und waren in mancher Hinsicht auf andere Weise – aber nicht nur – aktiv. Diese genderanalytische Perspektive nimmt einen zentralen Platz in der Fragestellung und der Analyse ein.

In einer Darstellung des Forschungsstandes zu den drei Bereichen „nationalsozialistische Täterinnen und Täter in Ausstellungen“, „Ausstellen des Nationalsozialismus und der Shoah“ und „gedenkstättenpädagogischer Umgang mit nationalsozialistischen Täterinnen und Tätern“, die zwar sehr aufschlussreich und umfangreich, aber etwas zu linear und zu wenig analytisch ist, greift Kleinmann verschiedene Aspekte auf: Faszination von Täterschaft, Darstellbarkeit von Verbrechen, Paradigmen in der jüngeren Täterforschung, problematische Verwendung des Begriffes „Täter“, Unterrepräsentierung von Täterinnen in Ausstellungen sowie den zentralen Zusammenhang zwischen historischem Ort und Ausstellung (S. 53).

Anschließend erläutert Kleinmann ihr methodisches Vorgehen. Die Studie sei angelegt „als ethnographische Forschung bzw. Feldforschung im Bereich der visuellen Anthropologie“ (S. 57). Wichtig sei dabei, dass „nicht die teilnehmende Beobachtung eines sozialen Gefüges, sondern die Analyse von gestalteten Räumen“ im Zentrum stehe (ebd.). Untersuchungsgegenstand sind sieben ständige Ausstellungen in Deutschland und Österreich, darunter drei als „Dokumentationszentren“ bezeichnete Ausstellungen (die Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg 1933–1945, den Lern- und Erinnerungsort Dokumentation Obersalzberg, das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg) und vier als „Gedenkstätten“ bezeichnete Orte (das Dokumentationszentrum Gedenkstätte Grafeneck, den Lern- und Gedenkort

Schloss Hartheim, die KZ-Gedenkstätte Mauthausen und die KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora). Kleinmann hat eine originelle, reflektierte Methode zur Analyse von Ausstellungen konzipiert, die an der Methode der „dichten Beschreibung“ nach Clifford Geertz, d. h. einer ergebnisoffenen und schichtweise immer dichteren Beschreibung orientiert ist, und auch vielfältige Materialien wie Flyer, dreidimensionale Objekte, Fotos und Webseiten miteinbezieht.

Nach diesen anregenden Reflexionen folgen drei als „Umkreisung“ genannte Kapitel zum Umgang mit dem Nationalsozialismus, zu den Konzepten des kollektiven, kommunikativen und kulturellen Gedächtnisses, und zu Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Museen. Obwohl diese „Umkreisungen“ äußerst interessant sind, fehlt oft der direkte Bezug zum Thema der Studie.

In dem Kapitel „Untersuchte Ausstellungen“ werden die sieben Ausstellungen nacheinander vorgestellt. Hier ist Kleinmann ihrer Methode treu – die Beschreibungen sind dicht und vielseitig, der Forschungsstand zum jeweiligen Ort wird knapp und transparent vorgestellt.

Leider werden die sehr anregenden und vertiefenden Überlegungen zur Konzeption und Methode nur am Rande in die tatsächliche Analyse der Ausstellungen miteinbezogen. Oft bleibt die Untersuchung bei der Beschreibung: Die Ausstellungstexte werden häufig zitiert aber sehr wenig „analysiert“ – zu der Textanalyse bringt sie keine methodische Reflexion ein –, Kategorien aus der Einleitung wie „Normalitätsparadigma“, „Erklärungsmuster“, „implizite Aussagen“ werden nur selten miteinbezogen. Erst in der Zusammenfassung der Forschungsergebnisse werden auf knappen zehn Seiten Ansätze für eine Analyse geboten, die an das Niveau der einführenden Überlegungen jedoch nicht herankommen. Außerdem erscheinen manche Bemerkungen sehr subjektiv, vor allem in Bezug auf „implizite Aussagen“ und die Wirkung von Ausstellungen. Diese Mängel einer eher deskriptiven und subjektiven Methode erkennt die Autorin im methodischen Teil aber selbst (S. 59). Trotzdem sei noch auf einen Punkt hingewiesen: An mehreren Stellen scheint die Autorin die untersuchten Ausstellungen an ihrer eigenen Vorstellung einer „guten“ Ausstellung zu messen, die ihrer Einschätzung nach bestimmte Kriterien erfüllen „sollten“ oder „müssten“ (S. 267) – die zwei Modalverben werden oft benutzt. Dass die Merkmale von einer „guten“ Ausstellung zur Debatte stehen und auch einen historisch konstruierten Charakter haben, bleibt leider unerwähnt, sodass manchmal etwas belehrende Kommentare vorkommen, wie über die Ausstellung in Nürnberg, „die sich dann auch intensiver mit den Täterinnen und Tätern befassen müsste“ (S. 272). Schließlich hätte man sich eine stärkere Analyse und Erschließung der Gründe, wie z. B. strukturelle Gründe für die unterschiedlichen Darstellungen in den Ausstellungen, gewünscht.

Diese Kritikpunkte sind aber so zu verstehen, dass die Studie qualitativ sehr hochwertig, überlegt und anregend ist, viele spannende, neue und wichtige

Fragen aufwirft. Auch wenn sie nicht alle beantwortet werden, ist die Arbeit eine zukunftssträchtige Pionierleistung. *Juliette Constantin*

Landesstelle für Museumsbetreuung Baden-Württemberg und Arbeitsgemeinschaft der Freilichtmuseen in Baden-Württemberg (Hrsg.): Anders. Anders? Ausgrenzung und Integration auf dem Land. Jan Thorbecke Verlag, Ostfildern 2018, 192 S., zahlreiche Farbabb., 16,90 Euro.

„Der Fremde“, schreibt Georg Simmel 1908 in seinem Exkurs weitsichtig, sei nicht mehr „der Wandernde, der heute kommt und morgen geht, sondern der [...], der heute kommt und morgen bleibt.“ Viele sind gekommen und geblieben: Flüchtlinge, Heimatvertriebene, (Spät-)Aussiedler, (Arbeits-)Migranten. Ein Ende der Zuwanderung ist nicht in Sicht: Krieg, Verfolgung und Vertreibung aus politischen, ethnischen und religiösen Gründen, Wirtschaftskrisen, Klimafolgen, Hunger und Armut treiben Menschen aus ihren Heimatländern. Laut UNO-Flüchtlingshilfe sind weltweit über 60 Millionen auf der Flucht – eine bleibende Herausforderung auch für die Integrationsfähigkeit der Zufluchtsländer.

Um Motive der Migration, Probleme und Chancen der Integration zu verstehen, hilft auch ein Blick in die Landesgeschichte. 2017/18 haben sich die sieben baden-württembergischen Freilichtmuseen Beuren, Gottersdorf, Gutach, Kürnbach, Neuhausen ob Eck, Wackershofen, Wolfegg zusammengetan, um das Thema zu beleuchten. Im Vorwort weist die Volkskundlerin Sabine Zinn-Thomas darauf hin, dass es den geschlossenen Horizont oder die totale soziale Kontrolle des Dorfes nicht mehr gibt, dass räumliche Mobilität und sozialstrukturelle Differenzierung die Verhältnisse zum Tanzen bringen und in Bewegung halten – und damit auch den Prozess des Einlebens.

Die Ausstellungsteile machen Gruppen- und Einzelschicksale durch Lebenszeugnisse und Bildmaterial plastisch. Wanderungsgeschichte wird nicht nur eindimensional als Zuwanderung, sondern multilateral auch als Auswanderung aus dem Südwesten in den Osten und die Neue Welt gesehen. Diese Migranten waren vielfach Wirtschaftsflüchtlinge, und was heute abwertend klingt, war schon damals reine Überlebensnotwendigkeit.

Das Themenspektrum umfasst das Landjudentum („Ausgrenzung. Akzeptanz. Vernichtung“), die gleichfalls von den Nazis verfolgte Minderheit der Jenischen („Auf der Reis“), die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg („Das mit dem Angenommen-Sein ist schwierig“), die nachfolgenden Gastarbeiter („Zwischen den Welten“).

Daneben werden Arme und sogenannte Randgruppen als Fremde im eigenen Land gezeigt. Da geht es um Armenhaus, Arbeitserziehung, Unterstützungsempfang, Arbeitszwang („Die Armen haben hierorts völlige Beschäftigung“), um Leben im Armenhaus („Gewünschte Distanz, erzwungene

Nähe“) oder die Nicht-Integration einer geflüchteten Ostpreußin („Zuhause in der Armenwohnung?“), die weiter in die USA emigriert.

In ihrem Essay „Zur Alltagsgeschichte des Fortgehens und Bleibens“ zeigt die Kulturwissenschaftlerin Christel Köhle-Hezinger die Dialektik von Verhocktheit und Fortmüssen, Aufbruch und Fortkommen. Und ein Interview mit dem niederländischen Museumsman Jan Vaessen öffnet den Blick über engere Landesgrenzen hinaus auf universelle Probleme.

Einer näheren Betrachtung wäre sicher noch der Zusammenhang zwischen „Fremdheit und Initiative“ (Utz Jeggle), von Zuwanderung und Innovation wert gewesen, wie er sich an der durch Hugenotten und Waldenser beförderten Gewerbe- und Wirtschaftsentwicklung zeigen lässt. Und auch hier könnten Erkenntnisse der Vergangenheit dazu beitragen, Lehren für die Gegenwart zu ziehen.

Im schwindlig machenden Transformationsprozess der Globalisierung ist „Heimat“ als Haltepunkt wieder virulent. Sofern der Begriff neben der Tatsache pluraler Heimaten die notwendige Beheimatung umfasst – der einen wie der anderen.

Wolfgang Alber

Hohenzollern – Burg, Adelshaus, Land. Katalog zur Ausstellung des Staatsarchivs Sigmaringen und des Hohenzollerischen Geschichtsvereins 2017. Hrsg. und bearb. von Volker Trugenberg. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 2017. 142 S., zahlreiche Farbabb., 10,00 Euro.

Beschäftigt man sich mit der reichsstädtischen Geschichte Reutlingens, so stößt man überraschend häufig auf zollerische Orte und Menschen: Zollerische Schutzjuden aus Hechingen treten als Gläubiger in Reutlingen in Erscheinung, reichsstädtisches Patriziat erwirbt grundherrliche Rechte in zollerischen Orten, die Grafen von Zollern selbst nutzen die Reichsstadt als Markt- und Verwaltungsmittelpunkt, ja einer findet 1377 den Schlachtentod vor den Toren der Stadt. – Grund genug also, um auf die Begleitpublikation einer Ausstellung aufmerksam zu machen, die sich zum Ziel gesetzt hatte, Ursprünge von Dynastie und Land Hohenzollern in Erinnerung zu rufen. Anlass war der 140. Jahrestag der Fertigstellung des nach Plänen Friedrich August Stülers wiedererrichteten Hohenzollern 1867, gleichzeitig das Gründungsjahr des Hohenzollerischen Geschichtsvereins und der jüngst durch Notverkäufe ins Gerede gekommenen Fürstlich-Hohenzollerischen Sammlungen in Sigmaringen.

Der reich gebildete, vom Leiter des Sigmaringer Staatsarchivs Volker Trugenberg bearbeitete Katalog versammelt knappe und informative Texte zu den Aspekten Burg, Adelshaus und Land. Die namengebende (ältere) Burg Hohenzollern erhält in ihrer Entwicklung und Wirkung auf das Umland breiten Raum zugebilligt. Sicherlich nicht zu Unrecht, zählt sie doch zu den

bedeutenden Hochadelsburgen entlang des Albtraufs und dürfte 1061 bei der erstmaligen Erwähnung zweier Herren von Zollern bereits bestanden haben. Erwähnenswert ist ein kurzer Exkurs von Erich Lieb, der anhand von Laserscandaten des Burghügels neu entdeckte Erdwerke vorstellt, die er der Belagerung und Eroberung der Burg durch die – damals mit den Reichsstädten vereint agierenden – Grafen von Württemberg 1422/23 zuordnen möchte (S. 11). Der Ausbau zur neuzeitlichen Festung wird verfolgt, dann aber die Entwicklung zum „nationaldynastischen“ Denkmal nach dem Übergang der beiden Fürstentümer an Preußen 1850. Eine Radierung Rudolph von Stillfrieds von 1837 zeigt die Burg in einer weniger bekannten Phase noch vor dem Wiederaufbau (S. 17): Eine im Geiste der Romantik „ruinierte“ Burg mit noch erhaltener mittelalterlicher Kapelle und einem neu errichteten Wartturm. Selten wohl werden diese Schlüssel motive der Romantik (Mittelaltersehnsucht, verfallende Ruinen, Warttürme als Zeichen der Wanderlust) derart prägnant in einem Bild sichtbar. Wiederaufbau und Königsbesuch 1867 werden selbstverständlich nicht ausgespart, keine Rolle spielt dann allerdings die Geschichte der Burg in neuester Zeit.

In gleicher Weise wird das Adelshaus in seinen Verzweigungen und in dem Aufstieg der fränkischen Zollern über die Burggrafen von Nürnberg zu den Markgrafen von Brandenburg, schließlich zu den preußischen Königen und deutschen Kaisern verfolgt. Im Mittelpunkt bleiben aber die schwäbischen Zollern, deren Entwicklung auch über die „napoleonische Flurbereinigung“ hinweg dargestellt wird. Bekanntlich war den guten Verbindungen ins Umfeld Napoleons das Kunststück zu verdanken, dass die Fürstentümer Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen als einzige neben Baden und Württemberg die staatliche Neuordnung ab 1801 überdauerten. Selbstverständlich wird auch die Wahl des Prinzen Karl zum König von Rumänien 1866 erwähnt, ebenso die kritische Haltung der Fürsten gegenüber der Demokratisierung Deutschlands 1918. Keine Informationen findet man hingegen zur Einstellung der Fürsten während der Zeit des Nationalsozialismus.

Anders verhält sich dies im letzten, dem „Land“ gewidmeten Kapitel. Das Land, das sind an erster Stelle natürlich Institutionen, Vereine und Einrichtungen, die Zollern im Namen führen, bis hin zur nach wie vor bestehenden Hohenzollerischen Landesbahn – auch wenn die Rahmenbedingungen längst nicht mehr selbstbestimmt, sondern der Maßgabe des preußischen Staates bis 1945 folgten. Hier finden sich nun auch Seiten über die Verfolgung der Juden und das Leid der Zwangsarbeiter zwischen 1933 und 1945, nichts allerdings erfährt man über das Schicksal der Sinti. Auf interessante Weise wird die Geschichte über 1945 hinaus fortgeführt, die Integration von Heimatvertriebenen angesprochen und natürlich das Ende der letzten Reste zollerischer Eigenständigkeit durch die Kreis- und Gemeindereform zu Beginn der 1970er-Jahre. Was bleibt, ist die durch Alltagsfotos von Botho Walldorf ange deutete Frage nach einer besonderen Prägung der Menschen in einem Land

mit lange eigener Verwaltungstradition. Liegt ein Teil der Antwort in der bemerkenswerten und im Vergleich zu Württemberg toleranteren kirchlichen Geschichte des 19. Jahrhunderts? Eine abschließende Wertung scheint nicht leicht zu fallen; der informative und gut lesbare Katalog regt in jedem Fall an, darüber nachzudenken und damit über einen nicht unwichtigen Bestandteil in der vielfältigen Geschichte des deutschen Südwestens. *Roland Deigendesch*

Waltraut Pustal: Historische Wasserwirtschaft der Echaz in Pfullingen. Beiträge zur Pfullinger Geschichte, Bd. 19, Pfullingen 2018, 217 S., zahlreiche, meist farbige Abb., 10,00 Euro.

Gemeinsam mit einer Reihe weiterer Autorinnen und Autoren hat die Vorsitzende des Pfullinger Geschichtsvereins Waltraut Pustal ein schön aufgemachtes Büchlein zur Wassergeschichte der Stadt Pfullingen herausgebracht. Ganz im Mittelpunkt steht die Echaz, die Lebensader der Stadt, der nicht nur Pfullingen seine große wirtschaftliche Entwicklung zu verdanken hat. Alle Nutzungsaspekte, meist verbunden mit Gewässerausbauten, mit Ausleitungen, Kanal- und Grabenbau, werden angesprochen: das Mühlenwesen, die Wasserkraftnutzung mit Turbinen, die Wiesenbewässerung, die Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung, Baden, Angeln und der Hochwasserschutz. Das Tüpfelchen auf dem i ist abschließend die Würdigung der Echaz aus der Sicht der bildenden und literarischen Kunst. Das Buch versteht sich als Beitrag zum tieferen Verständnis des Biosphärengebiets Schwäbische Alb, welches unter anderem die ganz wichtige Funktion besitzt, das historisch-kulturelle Erbe zu bewahren. Dies geht natürlich nur, wenn man dieses Erbe kennt.

Das Buch ist sehr übersichtlich gegliedert, beginnend von den natürlichen geologischen und hydrologischen Gegebenheiten, deren Zusammenspiel unter anderem zur Folge hat, dass bis auf den heutigen Tag Kalktuff (Steine und Sand) und Kalksinter entstehen, Gesteine, die das Tal geprägt und Baustoffe zur Verfügung gestellt haben, die man allenthalben noch sieht. Eingeschlossen in den Tuff findet man Artefakte, die von der Siedlungsgeschichte erzählen. Interessant ist der Blick auf Flur- und Straßennamen, in denen sich vielfach die Bedeutung des Wassers und seiner Nutzung widerspiegelt.

Ein größeres Kapitel ist dem früher ausgedehnten Mühlenwesen gewidmet, ausgehend von der uralten Regelung an der Urfall, wo die Echaz in den Dreiachtel- und den Fünfachtel-Kanal aufgeteilt wurde, beide früher mit zahlreichen Rädern und bis in die Gegenwart mit Turbinen bestückt. Vertieft mit kleinen Einzelgeschichten gibt es einen Überblick über die Industrialisierung im 19. Jahrhundert bis hin zum Niedergang der Textilindustrie, die ihrerseits, an anderer Stelle thematisiert, das Echazsystem mit schlimmen Abwässern belastete. Spannend und für viele Leser wahrscheinlich ziemlich neu sind die Ausführungen über die Wiesenwässerung, die bis in die 1960er-Jahre betrie-

ben wurde und von der man noch einige Gräben und Verteilerbauwerke sieht. Ganz lebendig wird diese Kulturtechnik, wenn die Zeitzeugen, befragt an einem Erzählnachmittag, berichten. Da geht es dann um Handwerkliches, Rechtliches, um Kindheitserinnerungen und Lausbubenstreiche. Weitere, kleinere Kapitel sind den Kanälen, der Wasserversorgung, also den Brunnen und Viehtränken, den Quellfassungen und Wasserleitungen (den Deicheln), den Abwasserproblemen – heute kaum noch vorstellbar, doch gar nicht so lange her –, dem Tuffsandabbau, einem ganz interessanten und viel zu wenig untersuchten Aspekt der Rohstoffgewinnung, sowie dem Baden, Waschen und Angeln gewidmet. Das Thema Hochwasser und Hochwasserschutz vermittelt interessante Einblicke und Bilder, doch keinen systematischen Überblick. Eingegangen wird dann noch auf die Echazau, auf Naturschutzfragen und naturnahe Umgestaltung. Ein kleines Sahnehäubchen ist am Schluss das Kapitel „Die Echaz in Kunst und Literatur“, wo u. a. das Leben, das Schicksal der Echaz und ihre Geschichte wortgewaltig in Hexametern besungen werden. Aquarelle tauchen die Echaz in harmonisches Licht.

Herausgekommen ist ein handliches, mit aussagekräftigen Bildern und Karten illustriertes Buch, das man gut zu Erkundungsgängen einstecken kann. Insbesondere die historischen Bilder und Karten vermitteln das Thema des Büchleins sehr gut. Die Texthäppchen sind leicht verdaulich geschrieben, wenn auch nicht immer so ganz tiefschürfend. Vielleicht wäre es ganz gut gewesen, ein paar Themen wegzulassen, andere dafür etwas ausführlicher zu behandeln. Der Vielzahl an Autor*innen ist es wohl geschuldet, dass der Text stilistisch nicht aus einem Guss ist und dass es ein paar Wiederholungen gibt. Die in großem Umfang im Literaturverzeichnis aufgeführten schriftlichen Quellen findet man nur zum Teil im Text wieder.

Doch summa summarum ein großes Lob: Die Lebensgeschichte der Echaz mit ihren Kanälen und Gräben wird – auch stellvertretend für viele andere Albflüsse – anschaulich nachgezeichnet. Zahlreiche Quellen wurden angezapft, darunter, ganz wichtig, die eindrucksvollen Berichte von Zeitzeugen. Sehr lässt sich der Weg Pfullingens zur Industriestadt nachvollziehen – ausschließlich auf dem Wasser und der Wasserkraft der Echaz beruhend.

Werner Konold

Abkürzungen

Allgemeine Abkürzungen

HMR	Heimatmuseum Reutlingen
HStA	Hauptstaatsarchiv
KreisA	Kreisarchiv
LKA	Landeskirchliches Archiv
ND	Nachdruck
NF	Neue Folge
Rt.	Reutlingen
StA	Staatsarchiv
StadtA	Stadtarchiv
UB	Universitätsbibliothek
WLB	Württembergische Landesbibliothek
WLM	Landesmuseum Württemberg

Abgekürzte Literatur und Zeitschriften

BWKG	Blätter für Württembergische Kirchengeschichte
KB Rt.	Der Landkreis Reutlingen, hrsg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Landkreis Reutlingen (Kreisbeschreibungen des Landes Baden-Württemberg), 2 Bde., Sigmaringen 1997
OAB	Oberamtsbeschreibung
RGB	Reutlinger Geschichtsblätter
RJKG	Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte
VKGL	Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg
WUB	Württembergisches Urkundenbuch, hrsg. von dem Königl. Staatsarchiv in Stuttgart, 11 Bde., Stuttgart 1849–1913, ND Aalen 1972–1978
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins
ZHG	Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte
ZWLG	Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte

Autoren und Rezensenten

Miriam Adler, Studentin der Geschichtswissenschaft; Eckenerstraße 2, 72070 Tübingen

Dr. Wolfgang Alber, Kulturwissenschaftler; Eschenweg 6/1, 72770 Reutlingen

Andreas Bauer, Student der Geschichtswissenschaft; Hans-Seyler-Straße 4, 73079 Süßen

Dr. Marco Birn, Leiter des Kreisarchivs Reutlingen; Bismarckstraße 16, 72764 Reutlingen

Dr. Wilhelm Borth, Oberstudiendirektor i. R.; Darrenstraße 44, 72768 Reutlingen

Juliette Constantin M. A., Doktorandin in Neuerer und Neuester Geschichte; Wagnerstraße 42, 89077 Ulm

Dr. Roland Deigendesch, Stadtarchivdirektor; Marktplatz 22, 72764 Reutlingen

Dr. Christopher Dowe, Historiker im Haus der Geschichte Baden-Württemberg; Hofäckerstraße 20, 76139 Karlsruhe

Prof. Dr. Ewald Frie, Professor am Seminar für Neuere Geschichte der Universität Tübingen; Wilhelmstraße 36, 72074 Tübingen

Reinhard Hirth, Oberstudienrat i. R.; Wilhelmstraße 39, 74321 Bietigheim-Bissingen

Dr. Silke Knappenberger-Jans, Historikerin; Bidembachstraße 20, 71640 Ludwigsburg

Dr. Stefan Knödler, Akademischer Rat; Universität Tübingen, Deutsches Seminar, Wilhelmstraße 50, 72074 Tübingen

Prof. Dr. Werner Konold, Professor für Landespflege; Alemannenhof 23, 79199 Kirchzarten

Gerald Kronberger, Dipl.-Archivar (FH) im Stadtarchiv Reutlingen; Wielandstraße 7, 72762 Reutlingen

Lukas Kuhn, Student der Geschichtswissenschaft; Christian-Laupp-Straße 4, 72072 Tübingen

Bernhard Madel, Realschullehrer i. R.; Weihergärtenweg 5/1, 72762 Reutlingen

Jonathan Mall, Student der Geschichtswissenschaft; Linsenhofstr. 22, 72810 Gomaringen

Elena Müller, Studentin der Geschichtswissenschaft; 72764 Reutlingen

Immo Opfermann, Studienrat i. R.; Lembergstraße 13, 72355 Schömberg

Gabriel Johannes Pscheidt, Student der Geschichtswissenschaft; Hackersteigle 3, 72076 Tübingen

Nils Marvin Schulz, Student der Geschichtswissenschaft; Fichtenweg 6/101, 72076 Tübingen

Abbildungsnachweise

- S. 30: StadtA Rt., S 103 Nr. 978.
 S. 31: StadtA Rt., S 100 Nr. 12828.
 S. 38: StadtA Rt., N 32 Nr. 20.
 S. 41: StadtA Rt., N 32 Nr. 23.
 S. 43: StadtA Rt., S 100 F Nr. 005/796.
 S. 44: StadtA Rt., S 100 G Nr. 1297
 (Foto: W. Kleinfeldt).
 S. 45: StadtA Rt., S 100 G Nr. 1296
 (Foto: W. Kleinfeldt).
 S. 49: StadtA Rt., Bauratsschreiberei.
 S. 52: StadtA Rt., S 100 G Nr. 1299
 (Foto: W. Kleinfeldt).
 S. 55: StadtA Rt., Stadtmessungsamt
 (Akzess. 2006/11).
 S. 57: StadtA Rt., DB 3819.
 S. 58: StadtA Rt., Bauratsschreiberei.
 S. 63: StadtA Rt., F 2a Nr. 425.
 S. 69: StadtA Rt., S 60 Nr. 112.
 S. 72: HStAS, E 135b Bü 1063.
 S. 75 *oben*: StadtA Rt., S 105/1 Nr. 09.27.
 S. 75 *unten*: StadtA Rt., S 105/1 Nr. 09.28.
 S. 76 *oben*: StadtA Rt., S 100 F Nr. 005/449.
 S. 76 *unten*: StadtA Rt., S 100 F Nr. 005/1351.
 S. 96: StadtA Rt., S 100 F Nr. 003/94.
 S. 98: StadtA Rt., S 103 Nr. 365.
 S. 101: GEA vom 16.3.1920.
 S. 109: StadtA Rt., S 55 Nr. 68.
 S. 112: StadtA Rt., F 2a Nr. 212.
 S. 119: StadtA Rt., Amtsblatt Rt. 12.1.1919.
 S. 121: Stadtbibl. Rt., SKZ vom 15.1.1919.
 S. 126: Stadtbibl. Rt., SKZ vom 2.1.1919.
 S. 127: HMR, Inv.-Nr. 1991/287.
 S. 134: StadtA Rt., S 100 F Nr. 005/1351.
 S. 139: StadtA Rt., S 2 Nr. 11.
 S. 141: StadtA Rt., Fürsorgeamt Nr. 77.
 S. 148: StadtA Rt., S 100 Nr. 473.09.
 S. 156: StadtA Rt., N 32 Nr. 2.
 S. 160: StadtA Rt., S 100 G Nr. 1274.
 S. 170: StadtA Rt., Amtsblatt Rt. 1924.
 S. 176–193: StadtA Münsingen, Foto-
 sammlung.
 S. 206: Freiheit und Freude 4.1.1920.
 S. 214: LKAS, Bildersammlung Nr. 5318.
 S. 229: StadtA Rt., S 100 F Nr. 2/92.
 S. 231: StadtA Rt., S 103 Nr. 689 (HdGBW,
 Slg. Metz Nr. 548/94).
 S. 235: Haus der Geschichte Baden-Württem-
 berg (HdGBW), Slg. Metz. Nr. 63/514.
 S. 238: Sammlung Madel.
 S. 246: GEA vom 2.12.1922.
 S. 249: Stadtbibl. Rt., SKZ vom 29.8.1923.
 S. 259: StadtA Rt., S 105/1 Nr. 198.51.
 S. 264: StadtA Rt., S 105/27 Nr. 26
 (Foto: W. Kleinfeldt).
 S. 265: HdGBW, Slg. Metz Nr. 87/472.
 S. 267: HdGBW, Slg. Metz Nr. 75/768.
 S. 269: GEA vom 19.12.1927.
 S. 272: Sammlung Madel.
 S. 276: StadtA Stuttgart, 9050/10203.
 S. 277: Sammlung Madel.
 S. 283: StadtA Rt., S 105/1 Nr. 173/63.
 S. 293: Bundesarchiv, R 3003 Nr. 14aJ-254-24
 Bd. 5.
 S. 295: WLB Stuttgart, Ztg. 9005.
 S. 301: Bildarchiv Foto Marburg, fm829342.
 S. 303: StadtA Rt., S 105/5 P Nr. 4996.
 S. 328: StAL E 356 d III Bü 329.
 S. 370: StadtA Rt., S 105/1 Nr. 177/46.
 S. 372: HStAS, Q 1/12 Bü 52b.
 S. 373: HStAS, Q 1/12 Bü 56.
 S. 377: HdGBW Inv.-Nr. 2018/0077.
 S. 381: HStAS, Q 1/12 Bü 41.
 S. 388: Bundesarchiv Bild Nr. 183-R04159.
 S. 395: HStAS, Q 1/12 Bü 52b.
 S. 396: HdGBW, Inv.-Nr. BIB 1227-1991.
 S. 400: StadtA Tübingen, D174/554.
 S. 401: Familienchronik Kommerell,
 Bild Nr. 54.
 S. 403: KreisA Rt., R 1/1 Nr. 31.
 S. 406 *oben*: KreisA Rt., R 3 Nr. 449.
 S. 406 *unten*: StadtA Rt., S 103 Nr. 1604.
 S. 407: StadtA Rt., S 105/1 Nr. 186.68.
 S. 412: StadtA Rt., Flattichreg. Nr. 1230.
 S. 416: Privat.
 S. 419: LKAS, DA Reutlingen Nr. 1073.
 S. 422: StadtA Rt., DB 1991.
 S. 423: WLM Stuttgart, Inv.-Nr. MK 4765
 (Foto: Hendrik Zwietasch).
 S. 426–428: StadtA Rt., DB 1991.
 S. 431: Privat.
 S. 433: LKAS, DA Reutlingen Nr. 1073.
 S. 435: StadtA Rt., S 100 Nr. 13172.
 S. 437: Stadtbibl. Rt.,DKL Schmid, S. 53.
 S. 442–455: R. Hirth.